ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Woynowski, Boris (Ed.) et al.

Working Paper

Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende

Arbeitsbericht, No. 59-2012

Provided in Cooperation with:
Chair of Forestry Economics and Planning, University of Freiburg

Suggested Citation: Woynowski, Boris (Ed.) et al. (2012) : Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Arbeitsbericht, No. 59-2012, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Forstökonomie, Freiburg i. Br., https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:25-opus-86452

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/69631

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.


http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Institut für
Forstökonomie

Arbeitsbericht 59-2012



Wirtschaft ohne Wachstum?!

Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende

Herausgeber: Boris Woynowski, Patrick Becker, Alexander Bertram, Sarah Bhandari, Julia Burger, Marilen Haver, Alina Janssen, Josha Lange, Juliana Miyazaki, Golo Peters, Florian Ruf, Julia Schneider, Jörn Sempach und Chien Chih Wang

UNI
FREIBURG

Institut für Forstökonomie

Wirtschaft ohne Wachstum?!

Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende

Reihe Arbeitsberichte des Instituts für Forstökonomie

| 59 – 2012

Dieses Werk ist entstanden im Rahmen des Lehrmoduls „Wirtschaft ohne Wachstum?!“, Wintersemester 2011/2012 am Institut für Forstökonomie, Universität Freiburg.

Betreuung Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Oesten | g.oesten@ife.uni-freiburg.de
Dipl. Forstw. Boris Woynowski | b.woynowski@ife.uni-freiburg.de

Herausgeber Boris Woynowski, Patrick Becker, Alexander Bertram, Sarah Bhandari, Julia Burger, Marilen Haver, Alina Janssen, Josha Lange, Juliana Miyazaki, Golo Peters, Florian Ruf, Julia Schneider, Jörn Sempach und Chien Chih Wang.

Kontakt

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Institut für Forstökonomie
Tennenbacherstrasse 4
D-79106 Freiburg im Breisgau
Tel.: 0761/203-3689
Fax: 0761/203-3690
forecon@ife.uni-freiburg.de

Titelbild Fotobeitrag zu Fotowettbewerb auf www.highspeed.ch (http://tiny.cc/cUcg2b)

Lizenzbedingungen Creative Commons – Herkunft – Namensnennung – Nicht Kommerziell – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland Lizenz. Dieses Buch enthält u.a. Textbeiträge, die, mit freundlicher Genehmigung der jeweiligen Verlage, aus urheberrechtlich geschützten Werken auszugsweise und gekürzt entnommen wurden. Eine Vervielfältigung dieser Beiträge außerhalb dieses Buches ist daher nicht gestattet. Die jeweiligen Beiträge sind dementsprechend gekennzeichnet.



Druck Gedruckt auf zu 100% recyceltem Altpapier.

ISSN 1431-8261

Inhalt

Einführung

I Anamnese: Was ist hier los?.....1

Einleitung 1

Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie 2
Warum weiteres wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option ist
Niko Paech

Literaturempfehlungen 11

II Diagnose: Ursachen des Wachstumsparadigmas.....12

Einleitung 12

Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik in den „Limits to growth" 15
Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft
Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

Geld geht auch anders 30
Margrit Kennedy

Wachstum, Wachstum über alles! 34
Welche Rolle spielt das Geld?
Helmut Creutz

Wachstumszwang und Wachstumsdrang in der modernen Wirtschaft 45
Hans Christoph Binswanger

Bankgeheimnis Geldschöpfung 54
Die Weltfinanzkrise wirft viele Fragen auf
Bernd Senf

Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung 69
Norbert Reuter

Mentale Infrastrukturen 76
Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam
Harald Welzer

Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors 96
Inge Røpke

Beschleunigung und Wachstum 105
Externe Triebkräfte sozialer Beschleunigung
Hartmut Rosa

Diskussion 119

Literaturempfehlungen 122

III Therapieansätze: Alternativen und Visionen.....124

Einleitung 124

Die Geldordnung: Das 100%-Geld 128
Helge Peukert

Postwachstumsgesellschaft und Grundeinkommen 137
Ronald Blaschke

Externe Kosten als Treiber von Landnutzungsänderungen 152
Dirk Löhr

Solidarische Ökonomie als Alternative zur Wachstumswirtschaft 175
Elisabeth Voß

Gemeinwohl ist Gewinn 187
Christian Felber

Bürgerschaftliches Engagement für eigenes Geld 192
Eva Koch

Wertschätzung der Lebensarbeit 201
Gerhard Scherhorn

Gutes Leben braucht andere Arbeit 211
Andrea Baier und Adelheid Biesecker

Gesellschaftliche Auswege aus der Ökokrise – Konzepte im Überblick 217
Frank Adler und Ulrich Schachtschneider

Fortschritt muss nachhaltig werden 231
Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ökologische Modernisierung 237
Joseph Huber

Kritik der Wachstumskritik 244
Zur Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung
Rainer Land

Stoffkreisläufe – Von der Wiege zur Wiege 254
Michael Braungart

Suffizienz & Subsistenz 263
Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von Urban Gardening
Christa Müller und Niko Paech

Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität 270
Björn Paech und Niko Paech

Öko-Sozialismus 273
Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative
Saral Sarkar

Suffizienz oder die Frage nach dem guten Leben 281
Silke Kleinhückelkotten

Suffizienz 285
Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise
Oliver Stengel

Wie der Motor der Beschleunigung abgeschaltet werden kann 298
Fritz Reheis

Diskussion 307

Literaturempfehlungen 311

IV Stimmen des Wandels: Change Maker im Gespräch.....314

Einleitung 314

Niko Paech 316
Postwachstumsökonomie

Ludwig Schuster 322
Regionalwährungen und nachhaltiges Geld

Ronald Blaschke 326
Zukunft der Arbeit und Grundeinkommen

Christian Hiss 329
Bürgeraktiengesellschaft „Regionalwert AG“

Ulrich Schachtschneider 333
Gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise

Uwe Schneidewind 338
Transition und Nachhaltigkeit in Unternehmen

Oliver Stengel 342
Suffizienz

Saral Sarkar 347
Ökosozialismus

Michael Braungart 351
Kreislaufwirtschaft

Chantal Ruppert-Winkel 357
Regionale Selbstversorgung mit EE

Norbert Rost 364
Regionalentwicklung

Luciano Ibarra 371
Solidarische Landwirtschaft: Gartencoop Freiburg

Nils Aguilar 378
Globale Transition-Initiativen

Sven Giegold 389
Finanzpolitik und Globalisierungskritik

Fritz Reheis 395
Entschleunigung

Frank Spilker 397
Band „Die Sterne“

Glossar..... 407

Einführung

„Wir müssen nichts so machen wie wir`s kennen, nur weil wir`s kennen, wie wir`s kennen. Wir können das vermeiden, indem wir uns anders entscheiden."

(Die Sterne)

Wirtschaft ohne Wachstum?!

„Wirtschaft. Wachstum. Wohlstand." Diesem Dreiklang aus den aktuellen Zukunftsleitlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWI)[1], zur Wahrung von Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland, steht ein anderer gegenüber. Klimawandel, Hartz IV und Finanzkrise(n) sind beispielhaft für ökologische, soziale und ökonomische Problemfelder zu nennen, welche mit der Strategie des steten Wirtschaftswachstums gelöst oder zumindest abgeschwächt werden sollen. Eine Steigerung des Wirtschaftswachstums zur Verringerung dieser Krisensymptome klingt zunächst plausibel: Wenn der Kuchen stetig wächst, sollte genug für alle da sein, auch bei steigender Nachfrage.

Wenn der Kuchen aber wächst und gleichzeitig die Qualität sinkt, die Zugangsmöglichkeiten reduziert werden, global die Zahl der unter Hunger Leidenden ansteigt und schließlich auch noch die Zutaten knapp werden, gilt es zu evaluieren, ob die Fokussierung auf eine kontinuierliche Steigerung des Wirtschaftswachstums einerseits möglicherweise nur kurzfristig und lokal begrenzt Teil einer Lösungstrategie ist, und andererseits die genannten Krisen und Problemfelder nicht auch mitverursacht sowie langfristig systemisch erhält.

Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende

Um Wohlstand und Lebensqualität – global und eben nicht nur in Deutschland – zu entwickeln und zu wahren, scheint es daher unabdingbar alle Wirtschaftssysteme, das kapitalistische eingeschlossen, die neben ökonomischem Wohlstand gleichzeitig ökologische wie soziale Instabilitäten produzieren, im Sinne einer Kant´schen[2] Aufklärung zu hinterfragen und hinsichtlich der Erreichung ihrer Ziele zu erforschen und zu verändern. Oder auf das Eingangszitat bezogen: Die Grenzen bestehender Erfahrungshorizonte können und müssen zuweilen überschritten werden, um die Perspektive zu wechseln und andere Entscheidungen treffen zu können.

Albert Einstein zufolge, lassen sich dabei Probleme nicht mit der Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Innovatives Denken ist also gefragt. Allerdings: Denken hilft zwar, nützt aber nichts[3], wenn darauf nicht auch Taten folgen. Eine Veränderung der Denkmuster erfordert demnach gleichzeitig die Erprobung und Anwendung neuer Handlungsmuster.

---

[1] http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/wirtschaft,did=473918.html

[2] Der Philosoph Immanuel Kant (1724 – 1804) gilt als wichtigster Vertreter der deutschen Aufklärung im 18. Jahrhundert. „Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen", umfasst die Essenz seines kritischen Denkansatzes.

[3] In Anlehnung an den Buchtitel von Ariely, D. (2010): Denken hilft zwar, nützt aber nichts. Knaur-Verlag.

Diese Herangehensweise wird international und im deutschsprachigen Raum von einer Reihe an Organisationen und Institutionen auf vielfältige Art und Weise verfolgt[4], nicht zuletzt auch von der im Jahr 2011 durch die Bundesregierung eingesetzten Enquete-Kommission zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“[5].

Der Buchtitel „Wirtschaft ohne Wachstum?!“ impliziert bezüglich einer Abkehr vom Wachstumsparadigma zweierlei: Frage und Forderung. Wie eine Wirtschaft, ohne die Fokussierung auf Wachstum, letztendlich aussehen wird, sei es beispielsweise dem Konzept einer Postwachstumsökonomie (Niko Paech) oder dem einer Postwachstumsgesellschaft (Irmi Seidl und Angelika Zahrnt) folgend, ist nach Auffassung der HerausgeberInnen dieses Buchs eine offene Frage. Dass an einer Abkehr vom Wirtschaftswachstum kein Weg vorbeiführt ist hingegen – angesichts ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisen – sowohl eine empirisch belegbare Feststellung, als auch eine gesamtgesellschaftlich notwendige Herausforderung. In dem Zwischenraum von ? und ! einer „Wirtschaft ohne Wachstum?!“ finden dabei letztlich genau – im Denken und Handeln – die Veränderungsprozesse statt, welche hier nachfolgend als Ansätze einer Wachstumswende bezeichnet und dargestellt werden.

Eine Wachstumswende ist daher als ein sozial-ökologischer Transformationsprozess zu verstehen, der sich zudem, je nach gesellschaftlichem und geographischem Bezugsrahmen, unterschiedlich gestaltet, um verschiedene zukunftsfähige Optionen und Entwicklungsrichtungen flexibel zu vereinen. Nach Ansicht der HerausgeberInnen sollen Ansätze einer Wachstumswende keine Richtung vorgeben, sondern die Frage von Entwicklung verschiedener Konzepte auf unterschiedlichen Ebenen stellen. Denn natürlich erfordern Probleme in Gesellschaftsmilieus mit niedrigen Einkommen oder sogenannten Entwicklungsländern ausdrücklich Lösungen, die zeitweise wirtschaftliches Wachstum benötigen, um etwa eine selbstbestimmte Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung zu etablieren. Bei materiell überversorgten Gesellschaftsmilieus oder sogenannten Industrieländern treten jedoch eher Fragen nach sozialen und ökologischen Entwicklungen in den Vordergrund. Wenn also in diesem Buch eine „Wirtschaft ohne Wachstum“ gefordert wird, bezieht sich dies primär auf die Debatte und Herausforderungen in sogenannten Industrieländern, da diese sich mitunter auch selbst als Vorreiter für Entwicklungen verstehen, die wiederum oftmals global adaptiert werden.

Anders als die starre lineare Vorgabe von entweder „Wachstum!“[6] oder „Schrumpfen!“, wird in diesem Buch die These begründet und vertreten, dass zur langfristigen globalen Entwicklung und Sicherung von Wohlstand und Lebensqualität vielmehr eine dynamische (Wachstums-)Wende des „sowohl als auch“ notwendig ist – jedoch weg von der

---

[4] International beispielsweise von der International Society of Ecological Economics (ISEE), der European Society of Ecological Economics (ESEE), dem Sustainable Europe Research Institute (SERI) und dem Post-Carbon-Institute. In Deutschland u.a. von der Vereinigung für ökologische Ökonomie (VÖÖ), der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW), dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI), dem Institut für Umwelt- und Energieforschung (IFEU), dem Institut für solidarische Moderne (ISM), dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC und dem Netzwerk Wachstumswende (NEWW).

[5] http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp

[6] vgl. Paquè, K. H. (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. Carl Hanser Verlag.

Fokussierung auf eine kontinuierliche Steigerung des Wirtschaftswachstums und hin zu sozial wie ökologisch tragfähigen Wirtschaftsweisen und Lebensstilen.

Inhalt und Aufbau

Von ausgewählten AutorInnen werden auf theoretischer Ebene – speziell in den Bereichen Geld, Zins, Arbeit und Psychologie – die Ursachen und Zwänge des Wachstumsparadigmas dargelegt. Neben dieser ausführlichen Problembeschreibung kommen in den gleichen Bereichen auch AutorInnen zu Wort, welche an theoretisch fundierten wie praktisch anwendbaren Alternativen und Visionen einer Wachstumswende arbeiten.[7] Um aufzuzeigen, dass diese Ansätze bereits vielfach erfolgreich umgesetzt werden, wurden zusätzlich mit etlichen wichtigen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Graswurzel-Initiativen vertiefende Interviews geführt.

Der Aufbau des Buches folgt in Teilen der Systematik einer klinischen Soziologie[8]: Auf die *Problembeschreibung* (Anamnese) folgt die *Begründung der Ursachen des Wachstumsparadigmas* (Diagnose). Anschließend werden *Alternativen und Visionen* (Therapievorschläge) aufgezeigt und in *Interviews mit „Change Makern"* weiter beleuchtet, um die Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende auf theoretischer und praktischer Ebene darzulegen.

Im *ersten Kapitel* wird zunächst begründet, warum weiteres wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option darstellt, bevor die Gründe und Ursachen für das Wachstumsparadigma im *zweiten Kapitel* ausgeführt werden. Dies geschieht mit Fokus auf die Bereiche Geld, Zins, Arbeit und Psychologie. Zur Veränderung des Wachstumsparadigmas erscheinen umsetzbare Alternativen und Visionen in diesen Bereichen erforderlich, welche schließlich im *dritten Kapitel* vorgestellt werden. Die notwendigen Veränderungen einer Wachstumswende lassen sich dabei nicht auf die Ökonomie allein beschränken. Sie scheinen vielmehr – im Sinne von „Oikos" als Lehre der Haus- und Wirtschafts*gemeinschaft* – die Initiative und Kooperation von Menschen aus verschiedenen Fach- und Lebensbereichen zu erfordern. Daher kommen im vierten Kapitel Personen zu Wort, die als „Change Maker" mit ganz unterschiedlichen Ansätzen versuchen Veränderungsprozesse anzustoßen und zu gestalten, die ein sozial wie ökologisch zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglichen könnten. Die Betonung liegt hier auf *könnten*, da zu einer empirisch geleiteten Evaluierung der langfristigen Erfolgswirksamkeit eben oftmals noch Forschungsbedarf besteht.

Zu jedem Kapitel erfolgt jeweils eine kurze Einführung und Diskussion der vorgestellten Inhalte, um Zusammenhänge aufzuzeigen und auch die Wachstumskritik nicht vor einer kritischen Betrachtung zu schonen. Abgeschlossen werden die Kapitel mit Literatur-empfehlungen, die weitere Informationsquellen aufzeigen und dabei auch versuchen Gegenpositionen zu berücksichtigen.[9] Ergänzt wird das Buch durch ein Glossar, welches zu wichtigen Begriffen Definitionen und Erklärungen bereithält.

---

[7] Ebenso wurde auf eine hohe inhaltliche wie fachliche Qualität der Beiträge geachtet. Mit Niko Paech, Eva Koch und Oliver Stengel konnten überdies die Gewinner des KAPP-Forschungspreises für Ökologische Ökonomie gewonnen werden.

[8] vgl. Stengel, O. (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Oekom, München. S. 28 f.

[9] Kapitel **IV** enthält im Anhang an die Interviews keine Diskussion und Literaturempfehlungen.

Entstehungshintergrund und Ziele

Dieses Buch war ursprünglich als Reader zur Einführung in die Debatte um Wirtschaftswachstum konzipiert und wurde von Studierenden der Forst-, Umwelt- und Naturwissenschaften in der Lehrveranstaltung „Wirtschaft ohne Wachstum?!“ an der Universität Freiburg entwickelt. Die Verortung der Lehrveranstaltung am Institut für Forstökonomie ist nicht zufällig und lässt sich unschwer begründen. Nicht weil die Forstwirtschaft gemeinhin als Erfinderin der Nachhaltigkeit gilt, sondern weil in der nachhaltigen Waldbewirtschaftung die Ansätze einer Wachstumswende bzw. Wirtschaft ohne Wachstum bereits umgesetzt werden.

So ist ein Mischwald aus Laub- und Nadelbäumen unter Umständen kurzfristig weniger ökonomisch ertragreich, als beispielsweise eine reine Fichtenmonokultur. Dafür bietet er langfristige Stabilität hinsichtlich sogenannter „Nichtholzwaldprodukte“, wie Biodiversität, Wasserschutz, Bodenerhalt und Erholungsqualität. Und: Ein nachhaltig bewirtschafteter Mischwald wächst weiterhin, aber innerhalb der Grenzen, die für den kontinuierlichen Erhalt aller Funktionen und die Befriedigung aller Anspruchsgruppen zu berücksichtigen sind. Der „Verzicht“ auf Maximierung des ökonomischen Outputs bedeutet hier gleichzeitig sowohl den Gewinn der langfristigen Verfügbarkeit der Produkte, als auch den Erhalt einer vielfältigen Produktionsgrundlage.

Und ähnlich wie ein Wald mehr als die Summe seiner einzelnen Bäume ist, wurde im Verlauf der Reader-Projektarbeit die Komplexität des Themas deutlich und eine Anpassung des Publikationskonzeptes notwendig, um sowohl die Notwendigkeit einer Wachstumswende fundiert zu begründen, als auch deren verschiedene Ansätze auf theoretischer und praktischer Ebene ausführlich aufzuzeigen sowie kritisch zu diskutieren. Das Neue bzw. Einzigartige an diesem Buch besteht darum nicht etwa in der Sammlung möglichst vieler neuer Beiträge, sondern in der bedachten Kombination einzelner Elemente einer Wachstumswende, welche in der Zusammenschau eine Einführung in die Debatte ermöglichen sowie theoretische und praktische Lösungsansätze aufzeigen. Die bereits anderweitig publizierten Textbeiträge[10] wurden partiell durch bislang unveröffentlichte Beiträge und Interviews ergänzt, was letztlich dazu geführt hat, dass aus dem Plan eines einfachen Readers ein umfassendes Buch entwickelt werden konnte.

Eine ebenso umfassende Wachstumswende wird, nach Auffassung der HerausgeberInnen, auf verschiedenen Ebenen parallel stattfinden müssen, die zwar jeweils unterschiedliche Ansätze vertreten, in ihrer Relevanz jedoch gleichwertig erscheinen. Dieses Buch richtet sich deshalb ausdrücklich sowohl an WissenschaftlerInnen, die zu Theorien und Strategien zukunftsfähiger Wirtschaftsformen forschen, als auch an PraktikerInnen, welche bereits aktiv an der kulturellen Herausforderung einer sozial-ökologischen Transformation bestehender Strukturen arbeiten.

[10] Diese Textbeiträge stellen gekürzte Auszüge dar und sollen einen Einstieg in die vertiefende Auseinandersetzung mit den vollständigen Werken bieten. Die jeweiligen Beiträge sind entsprechend am Ende des Artikels gekennzeichnet und die Kürzungen im Text mit [...] markiert.

Danksagung

Ermöglicht wurde dieses Buch durch die Unterstützung des Instituts für Forstökonomie. Hier gebührt allen MitarbeiterInnen und besonders Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Oesten sowie Frau Marion Triesch großer Dank. Ebenso hervorzuheben ist die zustimmende wie unkomplizierte Zusammenarbeit mit den beteiligten AutorInnen und InterviewpartnerInnen. Das freundliche Entgegenkommen der beteiligten Verlage, die den teilweisen Abdruck bereits publizierter Texte genehmigten, muss an dieser Stelle ebenfalls besonders honoriert werden.

Schlichtweg unmöglich gewesen wäre dieses Buch jedoch ohne die großartige und weit über das erforderliche Maß einer Lehrveranstaltung hinausgehende Mitarbeit der Studierenden, welche die Zusammenarbeit zu einer Freude gemacht und es fertig gebracht haben, dieses Buch innerhalb von nur vier Monaten gemeinsam zu konzipieren und zu realisieren.

Abschließend möchte ich Ihnen, mit Bezug auf das Eingangszitat, bei der Lektüre dieses Buches drei Dinge wünschen:

Erstens: Die Offenheit zu entdecken, wie vielfältig und inspirierend die Ansätze einer Wachstumswende sind, die bereits erforscht und umgesetzt werden.

Zweitens: Die Motivation zu erhalten, selbst im eigenen Umfeld etwas zu verändern und die eigenen Denkmuster zu hinterfragen.

Drittens: Den Mut zu finden, um den Schritt vom Denken ins Handeln zu wagen und gemeinsam mit Anderen neue Wege entstehen zu lassen, indem man sie geht.

Herzlichst, Boris Woynowski

Freiburg, Juli 2012

I Anamnese: Was ist hier los?

Einleitung

„Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende – so lautet der Titel dieses Werkes. Bevor die Zwänge, die zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum führen dargestellt (Diagnose) und verschiedene Lösungsbausteine vorgestellt (Therapieansätze) werden, erscheint es von grundlegender Bedeutung, zunächst den Stand des Wissens abzubilden und eine Standortbestimmung, in Form einer Problembeschreibung, vorzunehmen (Anamnese). Oder zugespitzt formuliert: Was ist hier los? Warum stellen sich die Fragen nach „Wirtschaft ohne Wachstum?!“ und einer Wachstumswende?

Im nachfolgenden Artikel liefert Niko Paech hierzu eine analytische Problembeschreibung, von auf unbegrenztem Wachstum angelegten Wirtschaftsstrukturen und deren ökologischen, sozialen und ökonomischen Risiken. Dabei legt er, anhand des Ansatzes der ökologischen Modernisierung, die Entstehungsgeschichte des Wachstumsparadigmas dar. Er erörtert weiterhin, gestützt auf Empirie und daraus abgeleiteten Hypothesen, warum unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option ist und begründet so in einem ersten Schritt die Notwendigkeit einer Wachstumswende, hin zu sozial wie ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaftsformen.

Im weiteren Verlauf dieses Readers werden in Kapitel **II** die Gründe und Zwänge für unbegrenztes Wirtschaftswachstum[1] vertiefend dargestellt, bevor in Kapitel **III**, in Form von Alternativen und Visionen, eine Auswahl an Lösungsansätzen präsentiert wird, um den sozial-ökologischen Herausforderungen eines Wirtschaftswachstums ohne Grenzen zu begegnen. Im vierten Kapitel kommen schließlich Menschen zu Wort, die sich in unterschiedlichen Lebens- und Fachbereichen sowie auf verschiedenen Handlungsebenen, bereits aktiv mit sozial-ökologischen Veränderungsprozessen auseinandersetzen. Als „Change Maker“ repräsentieren sie gleichermaßen Akteure wie Initiativen im Kontext einer Wachstumswende.

[1] Der Begriff Wirtschaftswachstum bedeutet in diesem Zusammenhang einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nach Jackson (2011) ist „das BIP im Grunde eine buchhalterische Gleichung, die einen ungefähren Maßstab für die „Wirtschaftsaktivität“ in einer Region liefert. Man kann es sich vorstellen als gleichzeitige Messung der Summe der gesamten Wirtschaftsleistung (Bruttowertschöpfung), der Summe der gesamten Einkommen (Löhne und Gehälter sowie Dividenden/ Gewinne) und der Summe aller Ausgaben (Konsum und Investitionen).“ Das Problematische an der aktuellen Verwendung des BIP als Wohlstandsindikator ist, dass auch ökologische und soziale Schäden zu einem Zuwachs beitragen und folglich die „Wirtschaftsaktivität“ steigern. So führen beispielsweise Autounfälle zu einer Zunahme des BIP, da Aufräumarbeiten durchgeführt, neue Autos gebaut und verschiedene Dienstleistungen angeboten und nachgefragt werden. Durch die ausschließliche Koppelung der Messung an materielle Zuwächse, kann das BIP jedoch keine oder nur sehr beschränkte Auskunft darüber geben, ob Parameter wie das Lebensglück und die Zufriedenheit der Menschen ebenfalls zunehmen, obwohl diese explizite Teilziele von wirtschaftlicher Aktivität bzw. gesellschaftlichem Wohlstand sind.

Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie

Warum weiteres wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option ist

Niko Paech

1. Ökologische Modernisierung als radikalisierter Fortschrittsmythos

Multiple Krisenszenarien erschüttern den vielleicht letzten Konsens, der moderne Gesellschaften bei aller Interessenheterogenität noch zusammenhält. Die Rede ist vom Wachstumsdogma. Bis zum ersten Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972 „Die Grenzen des Wachstums“ ließ sich gesellschaftlicher Fortschritt in einen bedingungslosen Wachstumsimperativ übersetzen. Unbehelligt von materiellen oder ökologischen Restriktionen mündeten wirtschafts- und naturwissenschaftliche Bestrebungen in eine Steigerungslogik, die mit Schlüsselkategorien wie Wohlstand, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden assoziiert werden konnte. Mit der Verzahnung von wirtschaftlichem Wachstum und technischem Fortschritt schien eine Beseitigung aller Knappheiten und Hindernisse, die dem modernen Selbstverwirklichungsgebot in Quere kommen könnten, nur eine Frage der Zeit zu sein. Dabei galt es nicht nur, das Mittelarsenal der individuellen Glückssuche fortwährend qualitativ zu steigern, sondern über quantitative Zuwächse einer immer größeren Anzahl von Erdbewohnern zugänglich zu machen, um dem historischen Großvorhaben einer befriedeten Menschheit näher zu kommen.

Simmel spricht in diesem Zusammenhang von „substanziellem Fortschritt“: Wenn es gelingt, den Bestand an Werten zu vermehren, kann die „Menschheitstragödie der Konkurrenz“ (Simmel 1920: 306) gelindert werden, nämlich in Form einer Ablenkung des Kampfes zwischen Menschen in einen Kampf zwischen Mensch und Natur. „In dem Maße, in dem man weitere Substanzen und Kräfte aus dem noch unokkupierten Vorrat der Natur in die menschliche Nutznießung hineinzieht, werden die bereits okkupierten von der Konkurrenz um sie entlastet“ (ebd.: 305).

Anknüpfend an die bereits von Bacon und Descartes begründete Fortschrittslogik war folglich davon auszugehen, dass die irdischen Naturgüter ihrer Aneignung und Verwertung harren. Indes wird offenkundig, dass die nach dieser Maßgabe permanent zu steigernden Mittel im Dienst von Freiheit, Wohlergehen und Frieden kein anderes Erscheinungsbild hervorgebracht haben als einen globalen Konsumtempel, der möglichst allen offen stehen soll. Drei Zugänge sind es im Wesentlichen, die jedem Individuum das von sämtlichen Schwerkräften befreite Navigieren im Kosmos der Glückssuche erlauben, nämlich Geld, Kerosin und digitale Kommunikation.

Anfang der 1970er Jahre wurde die Party von einem unfreundlichen Zwischenruf gestört. Dieser ging mit der Entdeckung eines Phänomens einher, welches fortan „ökologische Lebensgrundlagen“ genannt wurde. Darauf einsetzende Übungen in kritischer Reflexion konnten den modernen Industrie-und Konsumkomplex zwar als Verursacher neuer Knappheiten entlarven, den Glauben an die Allmacht von Technik, Wissenschaft und Wachstum aber nicht wirklich erschüttern. Tatsächlich trat sogar das Gegenteil ein. Im Nachhinein betrachtet, kann für das antiquierte Paradigma der Naturbeherrschung immerhin der mildernde Umstand geltend gemacht werden, dass dessen Vertreter die

ökologischen Fernwirkungen ihrer Utopie nicht im Geringsten antizipieren konnten. Folglich richtete sich der Optimismus allein auf die Effektivität der Aneignung. Verglichen damit mutet die neuerdings Platz greifende Fortschrittszuversicht, welche eng mit der Idee einer nachhaltigen Entwicklung verwoben ist, weitaus naiver an. Was sich als ökologische Aufklärung geriert, lässt aus anderer Perspektive geradezu eine Verschärfung des ökonomischen und technischen Machbarkeitswahns erkennen. Denn letzterer begnügt sich nicht mehr damit, die materialisierten Symbole für Freiheit und Wohlergehen weiterhin zu vermehren, sondern gibt allen Ernstes vor, dies auf ökologisch unschädliche Weise bewältigen zu können.

Die nunmehr doppelte Glaubensleistung, aus welcher sich der Impetus einer ökologischen Modernisierung speist, markiert die Geburtsstunde des „qualitativen", „nachhaltigen" oder „decarbonisierten" Wachstums. Es geht dabei um nichts weniger als dies: Der in Geld transferierte Output einer weltweit arbeitsteiligen Industrie soll weiterhin unbegrenzt wachsen – gleichzeitig soll die geschundene Biosphäre entlastet werden. Ausgangspunkt ist die Unterscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum. Dies suggeriert, dass sich industrielle Wertschöpfung nach Belieben in zwei Dimensionen aufspalten lässt. Bei der einen handelt es sich um die rein qualitativen Werte, genauer: um die nutzenstiftenden Funktionen, um derentwillen Güter überhaupt produziert werden. Diese an sich immateriellen Zwecke sollen von der zweiten Dimension, nämlich der dinglichen, somit ökologisch problematischen Gestalt des Outputs abgeschieden werden. Die solchermaßen sauber herausgelöste Qualität soll weiter wachsen, weil sie ökologisch unbedenklich ist, den angestrebten Konsumnutzen erhöht und Marktumsätze generiert, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen. Erinnerungen an Bacon werden wach, hatte dieser doch mit seiner Formel „disseccare naturam" die Zerstückelung der Natur zur Idee erhoben, um die vermeintlich separierbaren Elemente und Einzelwirkungen in einen Baukasten zu verwandeln, mit dem ungeahnte Neuschöpfungen bis hin zu einer passgenauen Welt zu montieren seien.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat zwei solcher Entkopplungsvisionen hervorgebracht, die jeweils beanspruchen, die qualitativen (wünschenswerten) von den quantitativen (unerwünschten) Bestandteilen der industriellen Maschinerie abtrennen zu können. Es handelt sich zum einen um die Erhöhung der Effizienz beziehungsweise Ressourcenproduktivität, zum anderen um die ökologische Konsistenz.

Effizienzmaßnahmen orientieren sich daran, den pro Leistungseinheit erforderlichen Input an Energie und Material zu minimieren. So gewährleistet beispielsweise ein Passivhaus aus Sicht seiner Bewohner dieselben Funktionen wie ein konventionelles Wohnhaus, verbraucht aber nur einen Bruchteil der Wärmeenergie. Ähnliches gilt für Energiesparbirnen, Drei-Liter-Autos oder Kühlschränke, deren Energiebedarf unter Wahrung aller bisherigen Wohlstandsmerkmale reduziert werden kann. Nicht nur technischer Fortschritt, sondern auch veränderte Arrangements von Verfügungsrechten lassen eine Entkopplung theoretisch möglich erscheinen. So versinnbildlicht das viel strapazierte Beispiel des Carsharings ein Nutzungssystem, in welchem Nachfrager auf das Eigentum eines Autos verzichten und stattdessen ein temporäres Verfügungsrecht konsumieren, also den angestrebten Nutzen (Fortbewegung per Auto) in Reinform abrufen. An gefahrenen Kilometern soll indes nicht gespart werden, denn sonst ließe sich das zentrale Versprechen dieser Dienstleistungsstrategie nicht einlösen: Entlastung der Ökologie ohne Wohlstandsverlust.

Mit exakt derselben Beteuerung wartet das zweite Entkopplungsszenario auf, nämlich die ökologische Konsistenz. Sie bezweckt im Unterschied zur Effizienz keine quantitative Reduktion materieller Inputs, sondern setzt am industriellen Stoffwechsel an. So sollen nach dem Vorbild der Natur alle materiellen Kreisläufe geschlossen, insbesondere die verwendeten Substanzen, Energieträger und Umwandlungsprozesse perfekt in die Ökologie eingebettet werden. Was biologisch abbaubar ist, zerfällt nach seiner Nutzung buchstäblich zu neuer Nahrung für die Ökologie. Auch jenseits organischer Systeme soll dieses Prinzip angewandt werden, nämlich als technische Rezyklierung. Wenn das Design aller Produkte, Technologien und Infrastrukturen deren rückstandslose Demontage und Wiederverwendung ermöglichen würde, entfiele nicht nur jede ökologische Belastung, sondern es entstünde sogar industrielle Nahrung für neue Wertschöpfung.

Ein derart futuristisches Ressourcenkarussell, das sich schnell genug drehen muss, weil andernfalls kein Wirtschaftswachstum denkbar wäre, schluckt viel Energie. Kein Problem, sagen deren Protagonisten, denn Wind, Sonne, Biomasse und Geothermie sind reichlich vorhanden und ökologisch konsistent, weil emissionsfrei.

Die Vermeidung unerwünschter Nebenfolgen weiterer Expansionsschübe wird so an einen technischen und institutionellen Fortschritt delegiert, der mit entsprechenden Innovationen aufwartet, um die Entkopplung zu ermöglichen. Und da diese Innovationen selbst besonders effektive Wachstumstreiber sind, wie spätestens seit Schumpeters Darlegungen zum Innovationswettbewerb als Wesenszug moderner Marktwirtschaften bekannt ist, gelingt so die magische Wandlung eines vormals problematischen in ein nunmehr „problemlösendes Wachstum“ (Lehner/Schmidt-Bleek 1990: 10). Der damit eröffnete Erwartungshorizont findet sich in verheißungsvollen Begriffen wie „doppelte Dividende“ (vgl. Bovenberg/Mooij 1994; Coulder 1995), „Doppelter Wohlstand – halber Naturverbrauch“ (von Weizäcker/Lovins/Lovins 1995), „Dritte (oder etwa schon vierte?) Industrielle Revolution“ (Machnig 2007) oder „Green New Deal“ (Giegold 2009) wieder.

2. Wachstumsdämmerung

Allerdings scheint sich diese Entkopplungseuphorie seit neuestem nicht mehr der gewohnten Einhelligkeit zu erfreuen. Spätestens mit einer sich zum Krisendreigestirn gemauserten Gemengelage – der Klimawandel dramatisiert sich, der Ressourcenbasis des Wohlstandsmodells droht ein „Peak Everything“ (Heinberg 2007) und die Finanzwelt durchlebt ein nie da gewesenes Chaos – polarisiert sich der Diskurs um eine nachhaltige Zukunftsperspektive. Während eine Seite die Flucht nach vorn antritt und sich in der Beschwörungsrhetorik einer „Wachstumsbeschleunigung“ übt, mehren sich andernorts die Anzeichen für eine neue Wachstumsdiskussion. Längst ist die Rede von einer „Wirtschaft jenseits von Wachstum“ (Daly 1999), „La decrescita felice“ (Pallante 2005), „Décroissance“ (Latouche 2006), einer „Postwachstumsökonomie“ (Paech 2008, 2009), „Degrowth“ (Jackson 2009), einem „Vorwärts zur Mäßigung“ (Binswanger 2009), einer „Kulturrevolution des Alltags“ (Leggewie/Welzer 2009), einem „Exit“ (Miegel 2010) aus dem Wachstumsdogma oder gar einer „Postwachstumsgesellschaft“ (Seidel/Zahrnt 2010). Was spricht für eine Überwindung des Wachstumsdogmas?

2.1 Der geplatzte Traum vom entkoppelten Wachstums

Leider lassen sich die Axiome der Thermodynamik auch in einer noch so ausgeklügelten Dienstleistungs- oder Kreislaufwirtschaft nicht einfach auszutricksen. Besonders anschaulich wird dies anhand des Klimawandels. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen nimmt die globale CO2-Belastung rasant zu. Dies belegt unter anderem eine Studie des „Global Carbon Project“ (vgl. Raupach u.a. 2007). Hier zeigt sich, dass sowohl die Abnahme der Emissionsintensität einer Primärenergieeinheit (ökologische Konsistenz), als auch die Abnahme des Primärenergiebedarfs pro Wertschöpfungseinheit (ökologische Effizienz) ins Stocken geraten sind. Anstelle einer Entkopplung ist vielmehr das genaue Gegenteil, nämlich eine Re-Materialisierung zu beobachten. Aber selbst während vorangegangener Phasen, in denen ein Entkopplungseffekt feststellbar war, hat dieser nicht annähernd den dramatischen Anstieg der CO2-Emissionen verhindern können. Die klimapolitisch notwendige Verringerung der Pro-Kopf-Emission auf mittelfristig zwei bis drei Tonnen pro Jahr scheint in weite Ferne gerückt zu sein.

Zuweilen wird behauptet, dass zumindest in Teilbereichen eine CO2-Senkung gelungen sei. Übersehen werden darf jedoch nicht, dass die im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung möglich gewordene Verlagerung CO2-intensiver Wertschöpfungsstufen zu einer optischen Täuschung führt: Über den Konsum von Produkten und Dienstleistungen, deren teilweiser Ursprung in Indien, China etc. liegt, werden CO2-Mengen und Ressourcenverbräuche verursacht, die in der umweltökonomischen Gesamtrechnung schwer zu berücksichtigen sind. Selbst erneuerbare Energien sind für sich genommen noch kein Beitrag zur Nachhaltigkeit, wenn sich der absolute Energieverbrauch nicht zugleich deutlich reduziert, also fossile Kraftwerke abgeschaltet werden.

Bislang wurden Einsparerfolge durch Wachstumseffekte kompensiert. Effiziente Geräte finden zwar Verbreitung, doch zugleich werden beständig größere und zusätzliche Apparate angeschafft. Die theoretische und empirische Bearbeitung aller inzwischen aufgedeckten so genannten „Rebound-Effekte“ sprengt angesichts seiner Komplexität und zunehmenden Brisanz den Rahmen des vorliegenden Beitrags. Hier kristallisiert sich bereits eine eigene Theorie des systematischen Scheiterns der Entkopplungsidee heraus (vgl. Paech 2005, 2005a, 2009a).

2.2 Glück und Gerechtigkeit wachsen nicht mit der Ökonomie

Die so genannte „Glücksforschung“ nährt die Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an subjektiv empfundenem Wohlbefinden stiftet. Eine theoretische Begründung dieses Befundes, der sich für alle modernen Konsumgesellschaften empirisch verifizieren lässt (vgl. Layard 2005), lieferte bereits der amerikanische Ökonom Hirsch (1980). Demnach ist der Konsumnutzen vieler Güter symbolischer oder demonstrativer Art, beruht also auf sozialem Prestige, Distinktion (vgl. Bourdieu 1987) oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Derartige „positionale Güter“ sind von einem Wettbewerb geprägt, „in dem es grundsätzlich um einen höheren Platz innerhalb einer expliziten oder impliziten Hierarchie geht und somit Gewinne für einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich sind“ (Hirsch 1980: 84).

Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten, um ein bestimmtes, keineswegs steigerbares Glücksempfinden zu behaupten: Mit jedem Wachstumsschub können bestimmte Konsumenten ihren Status verbessern. Insoweit dies zwangsläufig zulasten der relativen Position anderer geschieht, wird weiteres Wachstum stimuliert, um der gesteigerten Konsumnachfrage der zuvor ins Hintertreffen Geratenen zu entsprechen, die ihren Status Quo bewahren wollen. Diese Rückkoppelung – Wachstum erzeugt die Notwendigkeit neuen Wachstums – hat weitere Wirkungen, insoweit die Lebenszufriedenheit auch auf zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfeldes, Erfolg und Anerkennung auf Basis eigener Fähigkeiten, Gesundheit, Sicherheit und einer als intakt empfundenen Umwelt gründet. Eine Glück stiftende Ausschöpfung derartiger Aspekte erfordert kein Geld, sondern einen anderen Input, nämlich Zeit. Andererseits bedeutet die Finanzierung eines immer höheren materiellen Lebensstandards eine Maximierung der Erwerbsarbeit. Dies zeigt sich unter anderem an der Etablierung doppelt erwerbstätiger Haushalte. Folglich verbleibt weniger Zeit für bislang in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie etwa Kindererziehung, Nahrungszubereitung, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Fremdversorgungsleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was wiederum abermals den Bedarf an monetär entgoltener Arbeit erhöht.

Wenn Wachstum nicht ohne ökologischen Substanzverzehr zu haben ist und obendrein zumindest in prosperierenden Konsumgesellschaften kein Zuwachs dessen beschert, was gemeinhin „Glück“ genannt wird, sorgt es dann wenigstens für eine Milderung von Armut (in Entwicklungsländern) und Gerechtigkeitslücken?

Ökonomisches Wachstum ist eng mit den Effizienzvorteilen des Freihandels verbunden. Durch internationale Arbeitsteilung – jedes Land spezialisiert sich auf das, was es am kostengünstigsten herstellen kann und importiert umgekehrt die Dinge, welche in anderen Ländern billiger produziert werden können – kann insgesamt mehr produziert werden, als in einer Welt, deren Länder und Regionen sich nur mit dem versorgen, was sie selbst erzeugen können. Allerdings bedarf die überregionale Spezialisierung eines Strukturwandels. Dieser bringt innerhalb der daran beteiligten Regionen notwendigerweise immer Verlierer und Gewinner hervor (vgl. Stolper/Samuelson 1941). Das auszugleichen gelänge nur mittels einer Umverteilungspolitik, um deren Vermeidung willen die Wachstumsstrategie jedoch gerade propagiert wird. Genau deshalb findet eine Umverteilung der Handelsgewinne praktisch nie statt. Es stellt also nicht den geringsten Widerspruch dar, dass der Reichtum bestimmter Gruppen systematisch mit einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse anderer Gruppen erkauft wird – bei gleichzeitiger Steigerung des Bruttoinlandsproduktes.

Wenn etwa der Handel mit Indien intensiviert wird, begünstigt dies einen Strukturwandel, der dazu führt, dass die Ressourcen des Landes verstärkt in jene Branchen transferiert werden, die besonders konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt sind. In den davon betroffenen Branchen steigen die Gewinne und Arbeitnehmereinkommen. Aber durch diese Spezialisierung verlieren die Branchen, welche weniger konkurrenzfähig sind, an Bedeutung. Hier werden tendenziell Ressourcen abgezogen, die Produktion eingeschränkt, Arbeitnehmer freigesetzt. Wenn nun diese sozialen Effekte nicht dadurch aufgefangen werden, dass die freigesetzten Arbeitnehmer in den boomenden, meistens modernen und tendenziell wissensintensiven Branchen eine Beschäftigung finden – wie sollen Reisbauern kurzfristig zu Programmierern werden? – oder durch ein halbwegs funktionsfähiges soziales Sicherungssystem gestützt werden, drohen Verwerfungen.

Selbst wenn alle Arbeitskräfte in die spezialisierte, auf den Weltmarkt ausgerichtete Produktionsstruktur integriert werden können, verbleibt ein eklatantes Problem, nämlich der Verlust jeglicher „Daseinsmächtigkeit“ (Gronemeyer 1988). Die Abkehr von der Selbstversorgung mag dazu verhelfen, an den Effizienzvorteilen der industriellen Arbeitsteilung zu partizipieren, führt jedoch in die schicksalhafte Abhängigkeit von globaler Fremdversorgung. Deren Stabilisierung hängt von Bedingungen ab, die absehbar nicht mehr erfüllt werden können. Dazu zählt die unbegrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger, ohne die ein weltweites Transportsystem nicht denkbar ist. Weiterhin können sich die Folgen eines nicht mehr abwendbaren Klimawandels besonders prägnant auf weltweite Wertschöpfungs- und Logistikketten auswirken. Starkregen-, Dürre-, Sturm-, Hochwasser-, Flutereignisse etc. gefährden mit umso höherer Wahrscheinlichkeit Wertschöpfungsprozesse, je größer deren geographischer Radius ist.

Die Stabilisierung eines Lebensstils, der vollständig von geldvermittelter und global arbeitsteiliger Fremdversorgung abhängig ist, setzt überdies hinreichendes Wachstum voraus. Mit zunehmender Spezialisierung – um der Ausschöpfung von Effizienzvorteilen willen –, die eine immer größere Distanz zwischen Verbrauch und Produktion bedingt, steigt die Anzahl der dazwischen liegenden Wertschöpfungsstufen. Deren Investitions- und damit Kapitalbedarf trägt zur Notwendigkeit ökonomischen Wachstums bei (vgl. Paech 2007).

Je höher das Fremdversorgungs- oder Komfortniveau ist, umso teurer (notwendiges Einkommen) und energieaufwändiger (materielle Basis zur Produktion) ist die Aufrechterhaltung dieser Existenzform. Individuelle Schicksale liegen damit zusehends in den Händen einer nicht mehr steuerbaren und zu Instabilitäten neigenden Weltwirtschaft. Damit rückt eine unausweichliche Eskalation immer näher: Einerseits ist das System auf Gedeih und Verderb von Wachstum abhängig, andererseits beraubt sich das Wachstum seiner materiellen Basis, weil es nicht von Energie und anderen Ressourcenverbräuchen entkoppelt werden kann (siehe oben). Die soziale Vulnerabilität steigt mit dem Grad der Fremdversorgung: Um Krisen zu verursachen, reicht bereits ausbleibendes oder nicht hinreichendes wirtschaftliches Wachstum.

2.3 Peak Oil, Peak Soil, Peak Everything

Der auf permanenter Konsum- und Mobilitätssteigerung basierende Lebensstil moderner Industriestaaten speist sich aus Rohöl und anderen Ressourcen, die zu Weltmarktpreisen importiert werden müssen. Mittlerweile vollzieht sich in ehemaligen Entwicklungsländern eine „Konsumrevolution“ (Myers/Kent 2005) durch eine neu entstehende globale Mittelschicht. Mindestens eine Milliarde „neuer Konsumenten“ treibt durch zusätzliche Güternachfrage die Rohstoffpreise nach oben. Der heftig diskutierte „Peak Oil“ weitet sich längst zum „Peak Everything“ (Heinberg 2007) aus. Hinzu tritt die Verknappung von Flächen, also ein veritabler „Peak Soil“.[2] Jüngst hat eine im Auftrag der Bundeswehr erstellte Studie für Furore gesorgt. Ein „ökonomischer Tipping Point“ (ZTransfBw 2010: 47) bestehe dort, wo infolge des Peaks „die Weltwirtschaft auf unbestimmbare Zeit schrumpft. In diesem Fall wäre eine Kettenreaktion die Folge, die das Wirtschaftssystem destabilisiert“ (ebd.). Weiter heißt es dort: „Mittelfristig bricht das globale Wirtschaftssystem und jede marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zusammen“ (ebd.: 49). Eine auf

[2] So lautete ein Schwerpunktthema der Fachzeitschrift „Politische Ökologie“ (Ausgabe 119, März 2010).

„unbestimmte Zeit schrumpfende Wirtschaftsleistung“ stelle einen „höchst instabilen Zustand dar, der unumgänglich in einem Systemkollaps“ ende. Die Sicherheitsrisiken einer solchen Entwicklung seien nicht abzuschätzen (vgl. auch Welzer 2008). „Ein hohes systemisches Risiko ist in Anbetracht des Globalisierungsgrades Deutschlands also auf jeden Fall und unabhängig von der eigenen Energiepolitik gegeben“ (ZTransfBw 2010: 50). Vor diesem Hintergrund werden Lebens- und Versorgungsstile, die unabhängig von Wachstum und externer Ressourcenzufuhr stabilisierbar sind – folglich nur auf einer reaktivierten Balance zwischen lokaler Selbst- und industrieller Fremdversorgung beruhen können –, zum reinen Selbstschutz. Dieser Logik scheint sich nicht einmal die Bundeswehr, wenngleich strukturell eher für andere Lösungsansätze prädestiniert, verschließen zu können: „Auf gesellschaftlicher Ebene ist (...) auch eine Stärkung von Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Selbstorganisation von Bürgern auf lokalem Level denkbar“ (ebd.: 77).

Artikelherkunft

Auszug aus: Paech, N. (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung - Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt/Main.

Über den Autor



apl. Prof. Dr. Niko Paech, Jahrgang 1960, ist Volkswirtschaftler und seit 2008 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM) an der Universität Oldenburg. 2006 wurde ihm für seine Habilitationsschrift der Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie verliehen. Er ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland, Agenda21-Beauftragter der Stadt Oldenburg und seit 2010 Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ). Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der Umweltökonomik, der Postwachstumsökonomik, der Konsumforschung, der Ökologischen Ökonomie und der Nachhaltigkeitsforschung.

Verwendete Literatur

Bello, Walden: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg 2005.

Binswanger, Hans – Christoph: Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft, Hamburg 2009.

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main 1987.

Bovenberg, Ary Lans/Mooij, Ruud A.: “Environmental Levies and Distortionary Taxation”, The American Economic Review, Vol. 94/4, 1994, S. 1085–1089.

Gigold, Sven: „Der Green New Deal – Der grüne Pakt mit dem Monster“, Politische Ökologie, 27/118, 2009, S. 42–44.

Goulder, Lawrence H.: “Effects of Carbon Taxes in an Economy with Prior Tax Distortions: An Intertemporal General Equilibrium Analysis”, Journal of Environmental Economics and Management, Vol. 29, 1995, S. 271–297.

Gronemeyer, Marianne: Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek 1988.

Gross, Peter: Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt am Main 1994. Heinberg, Richard: Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island 2007.

Hirsch, Fred: Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek 1980.

Jackson, Tim: Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet, London 2009.

Latouche, Serge: Le pari de la décroissance, Paris 2006.

Layard, Richard: Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt am Main 2005.

Leggewie, Claus/Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main 2009.

Machnig, Matthias: „Die dritte industrielle Revolution“, Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3, 2007, S. 71–82.

Miegel, Meinhard: Exit – Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010.

Myers, Norman/Kent, Jennifer: „Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt“, Natur und Kultur, 6/1, 2005, S. 3–22.

Paech, Niko: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg 2005.

Paech, Niko: „Nachhaltigkeit zwischen Dematerialisierung und Ökologisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?“, Natur und Kultur, 6/1, 2005, 2005a , S. 52–72.

Paech, Niko: „Woher kommt der Wachstumszwang?“, Gaia, 16/4, 2007, S. 299 - 300.

Paech, Niko: „Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie“, Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ), 45/158-159, 2008, S. 10-19.

Paech, Niko: „Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum“, Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ), 46/160–161, 2009, S. 28–31.

Paech, Niko: „Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie“, Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 13/2009a, S. 84–93.

Pallante, Maurizio: La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL,Roma 2005.

Raupach, Michael R. u.a.: “Global and Regional Drivers of Accelerating CO2 Emissions”, Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, 104/24, 2007, S. 10288–10293.

Samuelson, Paul A.: “Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization”, The Journal of EconomicPerspectives, 18/3, 2004, S. 135–146.

Sen, Amartya: Poverty and Famines. An Assay on Entitlement and Deprivation, Oxford 1982.

Simmel, Georg: Philosophie des Geldes, Köln 1929.

Stolper, Wolfgang F./Samuelson, Paul A.: “Protection and Real Wages”, Review of Economic Studies, 9, 1941, S. 58–73.

Weizsäcker, Ernst Ullrich von/Lovins, Amory B./Lovins, Hunter L.: Faktor vier.: Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch, München 1995.

Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main 2008.

Zentrum für Transformation der Bundeswehr (ZTransfBw): Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg 2010.

Literaturempfehlungen

Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Wohlstand ohne Wachstum? Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 27-28/2012).
http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-27-28_online.pdf

Jackson, Tim (2009): Beyond the Growth Economy. Journal of Industrial Ecology, Yale University, S. 487 – 490.

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum – Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. Oekom, München.

Meadows, L. Dennis; Meadows, H. Donella und Zahn, Erich (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlags-Anstalt.

Miegel, Meinhard (2011): Exit – Wohlstand ohne Wachstum. Oekom, München.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Oekom, München.

Paqué, Karl-Heinz (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. Carl Hanser Verlag, München.

Passadakis, Alexis und Schmelzer, Matthias (2011): Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. VSA, Hamburg.

Riesch, Manuela und Wolf, Andreas (2004): Wirtschaftswachstum – Eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit.
(http://www.naturama.ch/projekte/nachhaltigkeit/Wirtschaftswachstum.pdf)

Rätz, Werner; von Egan-Krieger, Tanja; Muraca, Barbara; Passadakis, Alexis; Schmelzer, Matthias und Vetter, Andrea (2011) Hrsg.: Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Seidl, Irmi und Zahrnt, Angelika (2010): Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft. Metropolis, Marburg.

Videos

Harvey, David (2010): The Crisis of Capitalism
(http://www.youtube.com/watch?v=qOP2V_np2c0)

Hopkins, Rob (2009): Transistion to a world without oil. TED-Talks
(http://www.ted.com/talks/rob_hopkins_transition_to_a_world_without_oil.html)

Jackson, Tim (2010): Economic reality check. TED-Talks
(http://www.ted.com/talks/lang/en/tim_jackson_s_economic_reality_check.html)

Paech, Niko (2011): Postwachstumsökonomie
(http://www.youtube.com/watch?v=_0ipeAByMZ0)

II Diagnose: Ursachen des Wachstumsparadigmas

Einleitung

Im vorausgegangenen Kapitel legt Niko Paech dar, warum stetiges wirtschaftliches Wachstum keine nachhaltige und zukunftsfähige Handlungsoption darstellen kann – entgegen bestehender Denk- und Handlungsmuster. In diesem Kapitel wird nun – ähnlich einer Diagnose – eine Auswahl der ursächlichen Gründe und Zwänge von Wirtschaftswachstum präsentiert, welche die technischen und mentalen Infrastrukturen des Wachstumsparadigmas bilden.

"Wirtschaft. Wachstum. Wohlstand.", so lautet – wie bereits in der Einführung erwähnt – das derzeitige Motto des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie[1] und im Dezember 2009 wurde vom Deutschen Bundestag das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ verabschiedet.[2] Dies zeigt zunächst auf, wie eng diese Begriffe in der gesellschaftlichen Wahrnehmung miteinander verknüpft sind und welche gesellschaftliche Dimension das Wirtschaftswachstum einnimmt.

Es wird weiterhin der Eindruck erweckt, dass sich Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Medien in diesem Punkt stets einig wären: Wachstum sei essentiell für die Wohlstandssicherung und nur durch ein kontinuierliches Wachstum könnten die Ansprüche zahlreicher Lebensbereiche befriedigt werden. Wirtschaftliches Wachstum scheint eine tragende Säule gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit zu sein, ist Ziel volkswirtschaftlicher Bestrebungen und Lösungsweg zahlreicher nationaler Herausforderungen. Gespeist durch die kollektiven Erfahrungen der „Wirtschaftswunder“-Ära[3] und der nationalen „Erfolgsstrategie“ steigender Exportorientierung in den letzten Jahrzehnten, käme eine Infragestellung dieses Grundsatzes beinahe einer Lebensverneinung gleich und wird, vor allem in der öffentlichen Diskussion sowie in den Wirtschaftswissenschaften, weitestgehend vermieden oder höchstens oberflächlich behandelt.

Angesichts ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisen erscheint es jedoch notwendig diesen Grundsatz gründlich zu überprüfen. Dazu beschäftigt sich dieses Kapitel sich nun mit jenen Faktoren, welche die Wachstumsausrichtung im Kern begründen und als Wachstums-zwänge bezeichnet werden können. Da der Anspruch nach einer vollständigen Abdeckung aller Wachstumszwänge den Rahmen des Kapitels sprengen würde, wird vertiefend auf die Ebenen der systemimmanenten Wachstumszwänge und der menschlichen Psychologie eingegangen. Dabei wird versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden: Wie kommt es,

[1] In den Wachstumsleitlinien 2012 des BMWi wird die rhetorische Frage nach „Wirtschaftswachstum?“ mit einem deutlichen „Ja Bitte!“ beantwortet und mit Wohlstandssicherung begründet.
http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/wirtschaft,did=473918.html

[2] http://dip.bundestag.de/btd/17/000/1700015.pdf

[3] http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswunder

dass wir[4] wachsen „müssen“? Zwingen wir uns zum Wachstum? Oder werden wir gezwungen?

Alterssicherung, Konsumbefriedigung, Arbeitsmarktsicherung – all das sind gängige Begründungen für wirtschaftliches Wachstum. Dass es sich hierbei um gesellschaftliche Subsysteme handelt, die in ihrer heutigen Gestaltung stark von Wirtschaftswachstum abhängig sind, stellen Irmi Seidl und Angelika Zahrnt im Eingangsartikel des Kapitels heraus. Sie erläutern, inwiefern eine breite existentielle Wachstumsabhängigkeit der Gesellschaft vorliegt und fordern, dass das Abhängigkeitsgefüge zwischen sozialen Systemen und – ihrer Ansicht nach – destruktivem Wachstumswahn entflochten werden muss. Sie heben hervor, dass um die Vielschichtigkeit der Wachstumszwänge zu erfassen, eine differenzierte Betrachtung der Ursachen nötig ist. Denn neben den, von Seidl und Zahrnt dargestellten interdependenten Subsystemen, existieren auch innerhalb des Finanzsystems wirksame Strukturen und Prozesse, die bereits mathematisch eine wachsende Realwirtschaft bedingen und als sogenannte "systemimmanente Wachstumszwänge" bezeichnet werden können.

Eine offensichtliche, dem Finanzsystem innewohnende Wachstumsursache, stellt das gängige Zins- und Zinseszinssystem dar. In ihrem Artikel „Geld neu zu gestalten“ gibt Margrit Kennedy einen ersten Einblick in die Komplexität der Zinsproblematik, klärt über drei häufig missverstandene Zusammenhänge auf und spricht sich für eine höhere demokratische Mitbestimmung in Finanzmarktangelegenheiten aus. Im Anschluss erläutert Helmut Creutz in seinem Artikel „Wachstum, Wachstum über alles!“ vertiefend die Auswirkungen des Zinses auf Realwirtschaft, Einkommen und soziale Verhältnisse. Als eine weitaus weniger augenscheinliche „Wachstumswurzel“, wird der selten thematisierte Mechanismus der Geld- und Wertneuschöpfung aufgeführt. Dessen Wirkungsprinzip sowie die „Magie des Geldes“ beschreibt Hans Christoph Binswanger in seinem Artikel „Wachstumszwang und Wachstumsdrang der modernen Wirtschaft“. Abschließend zum Thema Finanzwirtschaft, steht der Artikel „Bankgeheimnis Geldschöpfung – Weltfinanzkrise wirft viele Fragen auf“ von Bernd Senf. In diesem wird die Geschichte des Geldsystems, die Zinsproblematik die Geldneuschöpfung durch Geschäftsbanken und deren Begriffsproblematik in der klassischen Ökonomie dargestellt. Höchst kritisch betrachtet er die Rolle der Zentralbanken, insbesondere der FED, und endet mit der Forderung, nicht die Banken, sondern die Geldschöpfung – durch die Schaffung einer vierten staatlichen Instanz, neben Legislative, Exekutive und Judikative – zu verstaatlichen: Die Monetative.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, ist zwar nicht direkt im Kontext der systemimmanenten Wachstumszwänge anzusiedeln, jedoch wird diese als Argument für höhere Wachstumsraten so häufig in der öffentlichen Diskussion angeführt, dass diese Thematik nicht ausgeblendet werden darf. Im Rahmen des Artikels „Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung“, analysiert Norbert Reuter aktuelle Trends und interpretiert die sinkenden Wachstumsraten der Industrienationen, als Wegweiser hin zur sogenannten „Postwachstumsgesellschaft“.

Eine wiederum andere Ebene der Wachstumstreiber stellt die Psychologie des Menschen, im Sinne einer inhärenten Triebkraft zur Aufrechterhaltung bestehender Systeme, dar. Denn Menschen agieren, durch deren mentale Konstruktion von Wirklichkeiten, selbst als

[4] Mit „wir“ sind hier vor allem industrialisierte Wachstumsgesellschaften gemeint.

treibende Kraft zur Aufrechterhaltung einer am Wachstum orientierten Wirtschaft. Da gesellschaftliche Systeme und deren individuelle Akteure stets in dynamischer Interaktion zueinander stehen und sich gegenseitig bedingen, entstehen, neben den physischen, auch mentale Interdependenzen.

Diese Tatsachen und die Frage, inwiefern sich die Veränderungen der Umwelt und das Wachstumskonzept seit der Industrialisierung auf die Bewertung von Bedürfnissen und der Zeit- Raum- Wahrnehmung des Menschen auswirken, thematisiert der Sozialpsychologe Harald Welzer in dem Essay „Mentale Infrastrukturen“. Ergänzend stellt Inge Roepke im Anschluss die Voraussetzungen, Antriebskräfte, Nutzen und Probleme des „westlichen“ Konsums als Wachstumszwang dar. Abschließend skizziert der Soziologe Hartmut Rosa in dem Beitrag „Die Verheißung der sozialen Beschleunigung: der kulturelle Motor“[5], wie das komplementäre Zusammenwirken zwischen Wachstum und Beschleunigung und inwiefern die Wirksamkeit säkularisierter Weltbilder, das „Zeit ist Geld“-Paradigma und weitere kulturelle Triebkräfte zu einer Beschleunigung des Lebenstempos führen.

[5] Der Beitrag beruht auf Auszügen aus: Rosa, H. (2005): Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main.

Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik in den „Limits to growth“

Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft

Irmi Seidl und Angelika Zahrnt

Die Grenzen des Wachstums

1972 zeigten Meadows et al. in „Die Grenzen des Wachstums“ mittels Computersimulationen, dass eine Fortsetzung des exponentiellen Wachstums in den Subsystemen Industrieproduktion und Bevölkerung mittel- bis langfristig unweigerlich zu deren Absinken führen wird. Der Grund dafür ist, dass mit dem Wachstum in diesen beiden Systemen ein Erreichen und Überschreiten von zwei absoluten Wachstumsgrenzen einhergeht, nämlich der Verfügbarkeit an „natürlichen Ressourcen“ und der „Senkenkapazität der Ökosysteme“ (Meadows et al. 1972, Kapitel 2).

„Die Grenzen des Wachstums“ rüttelten auf. Einerseits gab es viel Kritik, andererseits steht das Buch am Anfangspunkt einer bis heute reichenden Kette wachstumskritischer Publikationen. Es bot zentrale Impulse für Umweltforschung und Umweltbewegung. Dennoch, so Dennis Meadows kürzlich, hätten sich der Ressourcenverbrauch und die Umweltsituation seit 1972 derart entwickelt, dass eine nachhaltige Entwicklung gar nicht mehr erreichbar sei (Meadows 2011).

Der Fokus der Studie lag auf den Gesamtzusammenhängen und Dynamiken zwischen den Bereichen Industrieproduktion als Indikator der Weltwirtschaft, Bevölkerung, natürlichen Ressourcen und Senken. Der Umfang der Weltwirtschaft ist seit den 1970er Jahren deutlich gewachsen und Wirtschaftswachstum ist global zum prioritären Entwicklungsziel geworden. Gleichzeitig bleibt die jährliche Zunahme der Bevölkerung seit den 1970er Jahren nahezu stabil. Die Ressourcen- und Senkengrenzen sind deutlich näher gerückt und damit auch die Grenzen des Wachstums: Das Überschreiten von peak oil, des Zeitpunkts des globalen Ölfördermaximums, wird auf breiter Basis bestätigt (Murray und King 2012); weitere zentrale Ressourcen werden knapp und versiegen (Heinberg 2007). Viele Senken sind übernutzt, Tragbarkeitsgrenzen für Bereiche wie CO2-Ausstoß, Biodiversitätsverlust oder Stickstoffeinträge sind überschritten, bei anderen steht dies zu befürchten (zum Beispiel Rockström et al. 2009).

40 Jahre nach den Grenzen des Wachstums und 20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro, der eine Entwicklung anstoßen sollte, die das Einhalten dieser Grenzen sicherstellt, spitzen sich die ökologischen Probleme zu und die Grenzen des Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte werden spürbar. Doch zugleich halten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nachdrücklich am Wachstumsmodell fest.

Dieser Beitrag verfolgt in Auseinandersetzung mit den Publikationen von Meadows et al. (1972, 1992, 2006) das Phänomen des exponentiellen Wirtschaftswachstums, diskutiert seinen Zusammenhang mit Umweltproblemen und ordnet Wachstum historisch ein. Am Beispiel einzelner gesellschaftlicher Subsysteme, die in besonderer Weise von fortgesetztem Wirtschaftswachstum abhängig erscheinen, werden danach die Gründe für die

Wachstumsorientierung beziehungsweise -abhängigkeit herausgearbeitet. Diese verhindert eine Politik innerhalb der „Grenzen des Wachstums“. Die abschließend vorgestellten Ansätze zur Überwindung dieser Wachstumsabhängigkeit zeigen Perspektiven für eine Postwachstumsgesellschaft[1].

Exponentielles Wirtschaftswachstum

Exponentielles Wachstum nimmt in „Die Grenzen des Wachstums“ einen großen Raum ein, denn diese Art des Wachstums zeichnete die fokussierten Problembereiche aus (Bevölkerung, Industrieproduktion, Hunger, Umweltverschmutzung und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen). Dieser Fokus war zweifellos angebracht: zum einen wegen der resultierenden weltweiten Entwicklungsdynamiken, zum anderen, weil exponentielles Wachstum menschlichen Alltagserfahrungen und Intuitionen wenig entspricht. Vielmehr wird Wachstum meist als ein logistisches wahrgenommen, das heißt als eines, das bei einer optimalen beziehungsweise bestimmten Größe endet (zum Beispiel Körper oder Pflanzenwachstum, s. Abbildung 1).

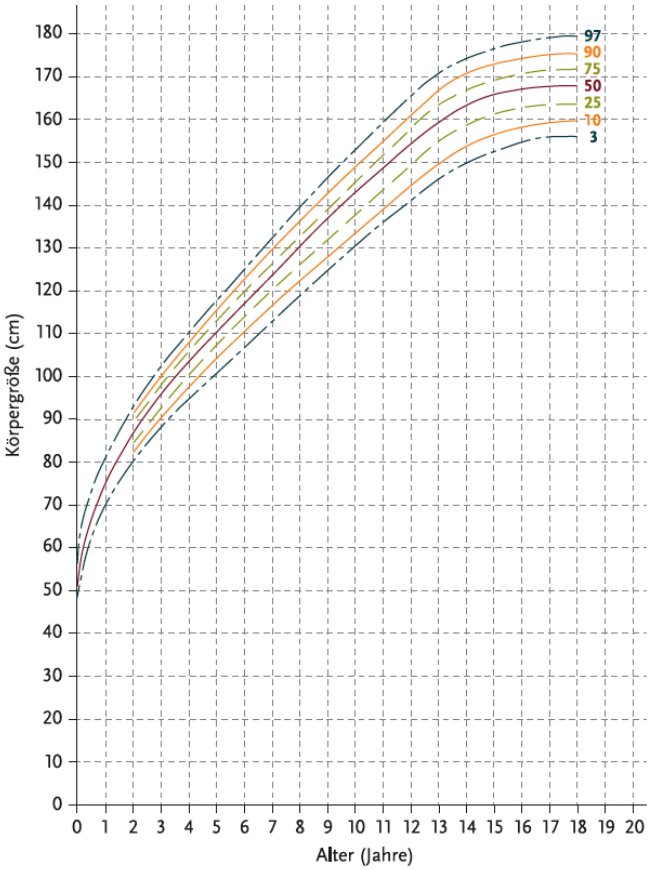


Abbildung 1: Wachstumskurven von Mädchen (0 bis 18 Jahre) in Perzentilen. Deutlich erkennbar ist ein logistischer Wachstumsverlauf, der bei einer bestimmten Größe endet. Die Kurven zeigen im Einzelnen an, wie viele 3, 10, 25, 50, 75 oder 97) von 100 gesunden Mädchen jeweils kleiner sind als die Werte der entsprechenden Kurve. Quelle: Pharmacia GmbH (o. J.).

Auch bei der Beurteilung von Wirtschaftswachstumsraten scheint sich die breite Öffentlichkeit der Wirkung exponentiellen Wachstums nicht bewusst zu sein: Regelmäßig werden die rückläufigen Wirtschaftswachstumsraten in den entwickelten Industrieländern

[1] Das Konzept „Postwachstumsgesellschaft“ bezieht sich auf die hoch entwickelten Industrieländer. Die international verschiedenen Größenordnungen der wirtschaftlichen Wertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt, BIP), des Maßstabs für Wachstum, sowie die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen und -notwendigkeiten verlangen unterschiedliche Entwicklungskonzepte, die in Entwicklungs- und Schwellenländern auch eine allgemeine Wachstumspolitik einschließen können. Generell ist jedoch eine Übertragung des westlichen Wachstumsmodells auf diese Länder als problematisch anzusehen. Denn auch dort erfüllt ein Wirtschaftswachstum, basierend auf hohen Kapitalinvestitionen, Exportorientierung (dort oft ressourcenbasiert) und internationaler Arbeitsteilung, kaum die mit ihm verbundenen Versprechungen (siehe zum Beispiel Brot für die Welt und EED 2011). Braun(2010) fordert für Entwicklungsländer eine Fokussierung auf Beschäftigung, das heißt auf mehr produktive (aber nicht hoch kapitalintensive) Arbeitsplätze statt auf Wachstum. Vertreter der Degrowth-Bewegung fordern „degrowth“ auch für den Süden: Latouche, ein Vordenker dieser Bewegung, empfiehlt diesen Ländern, mit dem westlichen Entwicklungsmodell zu brechen, und fasst seine Ratschläge in „R-Aktivitäten“, nämlich: rompre, renouer, retrouver, réintroduire, récupérer (abbrechen, wieder anknüpfen, wiederfinden, wieder einführen, zurückerlangen; Latouche 2007, S. 92 f.).

gegen die hohen Raten Chinas oder Indiens ausgespielt. Unbedacht bleiben dabei die unterschiedlichen absoluten Wachstumsgrößen aufgrund unterschiedlicher Dauer des Wachstums und somit unterschiedlicher Ausgangswerte. Beispielsweise entsprach 2009 ein zehnprozentiges Pro-Kopf-Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in China mengenmäßig einem 0,9-prozentigen Pro-Kopf-Wachstum in Deutschland (rund 367 US-Dollar).

Exponentielles Wachstum in der Wirtschaft bildeten Meadows et al. (1972) über die Industrieproduktion, also das Angebot ab. Die Argumentation: Die Produktion von Investitionsgütern fördere die Produktion insgesamt und damit den Gewinn; von diesem fließe wieder ein Teil in Investitionsgüter, was die Produktion weiter ankurbele (Meadows et al. 1972, S. 31). Die Abnutzung von Investitionsgütern verursache zwar eine negative Rückkopplung, doch diese falle geringer aus als die positive. Eine von Meadows et al. nicht berücksichtigte Rückkopplung, die Wachstumsraten abnehmen lässt, ist die Sättigung der Nachfrage, die Keynes bereits 1943 voraussah.

Ein Antrieb für ein exponentielles Wirtschaftswachstum, den Meadows et al. nicht einrechneten, weil sie ihn ignorierten, ist dagegen das Geld: „Unser Schwerpunkt liegt auf der materiellen Wirtschaft, den realen Dingen, für welche die Grenzen der Erde gelten, nicht auf der Geldwirtschaft; diese ist eine gesellschaftliche Erfindung, die die physikalischen Gesetze unseres Planeten unberücksichtigt lässt“ (Meadows et al. 2006, S.37). Zweifellos ist Geld eine gesellschaftliche Erfindung und berührt nicht die physikalischen Gesetze. Aber es übt einen zentralen Einfluss auf Umfang und Wachstum der wirtschaftlichen Aktivität und damit des Material- und Energieverbrauchs aus (Binswanger 1985, 2006), denn Geld stellt einen Anspruch auf eine Leistung dar, die fast immer – auch bei Dienstleistungen – eine materielle Komponente besitzt. Die Menge des Geldes beeinflusst folglich den Umfang der Wirtschaftstätigkeit. Und diese Geldmenge wächst exponentiell, unter anderem weil, wie Binswanger (2006) zeigt, die Produktionsmenge stetig steigen muss, um die Verzinsung des im Unternehmen eingesetzten Eigen- und Fremdkapitals zu erwirtschaften und die Renditeerwartungen von Aktieneigentümern zu erfüllen; in der Konsequenz wachsen Produktion und Geldmenge parallel. Deshalb wird die Begrenzung des Geldmengenwachstums von verschiedenen Autoren (etwa Binswanger 2006, Daly und Cobb 1994) als zentral für die Begrenzung des Wirtschaftswachstums und damit der Umweltnutzung erachtet.

Wachsende Wirtschaft – wachsende Umweltbelastung

Meadows et al. verfügten Anfang der 1970er Jahre über relativ wenig empirische Daten zu ökologischen und sozialen Wirkungen der Wirtschaftstätigkeit für ihr Weltmodell, um Projektionen über künftige Auswirkungen der zunehmenden Wirtschaftstätigkeit und ihre Folgen für die Umwelt empirisch abzustützen. Dieser Sachverhalt lieferte hinreichend Ansatzpunkte für Kritik von ökonomischer Seite (zum Beispiel Nordhaus 1973). Tatsächlich aber konnte Turner (2012) mit Datenmaterial für den Zeitraum von 1970 bis 2010 das Standardszenario von Meadows et al. (1972) empirisch bestätigen.

Die beobachtete Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch widerlegt weitgehend die Theorie der Environmental-Kuznets-Kurve (dazu Binswanger et al. 2005, Mills und Waite 2009), die besagt, dass mit zunehmendem BIP zunächst die Umweltbelastung steigt, dann aber wieder sinkt, beispielsweise, weil mehr Ressourcen für

Umweltschutz zur Verfügung stehen, Technologien verbessert werden und das Umweltbewusstsein zunimmt. Eine solche Reduktion der Umweltbelastung lässt sich derzeit aber kaum beobachten.

Damit ist jedoch die Hypothese noch nicht widerlegt, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung ließen sich prinzipiell entkoppeln. Meadows et al. äußern sich in Bezug auf eine solche Entkopplung skeptisch: „Im Prinzip lässt sich (durch technische oder andere Mittel) der ökologische Fußabdruck aller menschlichen Aktivitäten rasch genug verringern, um weiteres Wachstum von Bevölkerung und Industriekapital zu ermöglichen. Wir glauben allerdings nicht, dass dies in der Praxis gelingen wird. Beobachtungen aus aller Welt zeigen (…), dass dieser Fußabdruck noch nicht ausreichend verkleinert wird. Vielmehr wächst er weiter, wenn auch langsamer als die Wirtschaft“ (2006, S. 48).

Zwei wesentliche Gründe, warum eine absolute Entkopplung bisher nicht in Sicht und auch insgesamt unwahrscheinlich ist, sind einerseits der Rebound-Effekt, der bewirkt, dass die tatsächliche Energie- und Ressourceneinsparung bei Effizienzsteigerungen unter anderem durch veränderte Nutzungsmuster geringer ausfällt, als dies technisch möglich wäre (zum Beispiel Maxwell et al. 2011), und andererseits die Tatsache, dass bei der zukünftigen Energiegewinnung der sogenannte EROEI (Verhältnis von energy returned on energy invested) zunehmend sinkt (Murphy und Hall 2010, Turner 2012), weil es aufwendiger wird, Energie zu gewinnen. Entsprechend brachten bisherige Bemühungen um eine verbesserte Ressourcen- und Energieeffizienz keine absolute Entkopplung des Verbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Darauf erwidern die Befürworter der Ressourcen- und Energieeffizienz, eine wirkliche Effizienzrevolution sei noch nie ernsthaft versucht worden, vor allem weil höhere Ressourcenpreise und/oder eine Begrenzung des Ressourcenverbrauchs durch politische Mengenfestlegungen (caps) bislang nicht durchgesetzt worden seien (Meyer 2010, S. 169). In der Tat, seit den 1990er Jahren werden Forderungen nach einer Internalisierung externer Kosten und einer adäquaten Erhöhung der Ressourcenpreise abgelehnt oder verwässert. Zentrales Argument dabei ist, sie schadeten dem Wirtschaftswachstum.

Die Orientierung am Wirtschaftswachstum reduziert auch die Möglichkeiten der Umweltentlastung durch eine entsprechende Verbraucherpolitik. Denn diese beschränkt sich bislang auf den Konsum effizienter Produkte, während die Förderung suffizienter Lebensstile (die sich beispielsweise durch die Merkmale Genügsamkeit, Bescheidenheit und Achtsamkeit auszeichnen) unterbleibt, weil diese dem Wachstumsparadigma entgegenstehen (BUND et al. 2009, Paech 2010).

Hohes Wirtschaftswachstum – ein historisches Phänomen

Meadows et al. gingen als Systemanalytiker davon aus, dass verbreitete und lange andauernde Muster eines Systems ihre Ursache in Rückkopplungsstrukturen des Systems haben. „Solange diese Systemstruktur nicht verändert wird, kann sich auch das Verhaltensmuster nicht grundsätzlich ändern“ (2006, S. 43).Worin besteht die Systemstruktur, die Wirtschaftswachstum hervor bringt und unterhält? Hier erscheint uns ein historischer Rückblick sinnvoll.

Das zunächst geringe Wirtschaftswachstum seit Beginn des 20. Jahrhunderts erfuhr in den Industrieländern nach dem Ende des zweiten Weltkriegs einen starken Wachstumsschub.

Diesen Wachstumsschub sowie seine Ursachen und Konsequenzen bezeichnet Pfister (1994) als „1950er-Syndrom“. Pfister argumentiert, dass aufgrund industriegesellschaftlicher Entwicklungen in der US-amerikanischen Vorkriegsära („fordistische Konsumgesellschaft“), der Erschließung billiger Ölquellen sowie des notwendigen Wiederaufbaus nach dem Krieg der Ressourcen-, der Energie- und der Umweltverbrauch rasant zunahmen. In dieser Nachkriegsphase setzten gemäß Hicks (Nobelpreis für Ökonomie 1972) Wachstumsbezogenheit und -fixierung der Wirtschaft ein. Er schrieb 1966: „It is not by any means necessary that economics should be growth-minded. I can indeed myself remember a time it was not growth-minded at all“ (S. 257). Zu den Themen und Zielen, die Ökonomen in den 1920er Jahren bewegten, stellt er fest: „Nothing about it having a high growth rate! (…) We were quite happy to be static in most of our economics“ (S. 257, Hervorhebung im Original).

Vor dem Hintergrund von hohen Wachstumsraten und neuer Wachstumsorientierung bauten die westlichen Länder in den 1950er Jahren ihre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen neu auf: soziale Sicherungssysteme, Steuersystem, Geld-, Finanz- und Kreditwesen, Betriebs- und Unternehmensverfassungen, Finanzverfassung et cetera. Doch seit den 1960er Jahren begannen in den westlichen Ländern die jährlichen Wachstumsraten kontinuierlich zu sinken – bis auf unter ein Prozent pro Kopf im letzten Jahrzehnt (s. Abbildung 2).

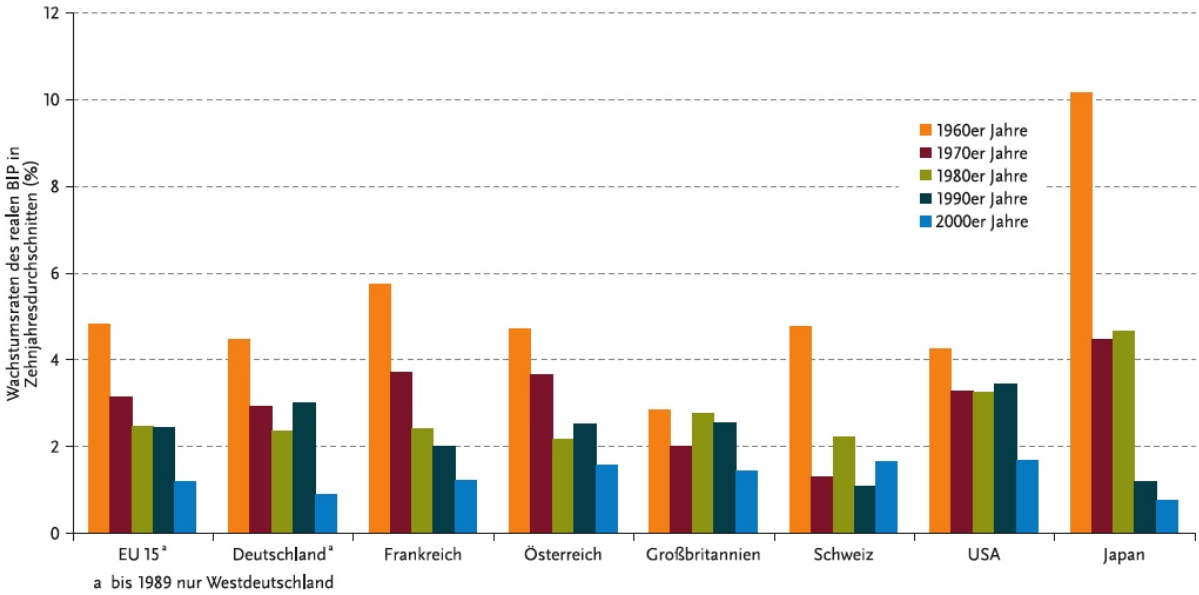


Abbildung 2: Rückläufige Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf seit den 1960er Jahren in Zehnjahresschritten (Durchschnittswerte der Dekaden) für die Europäische Union und verschiedene Länder. Quelle: AMECO, http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user, in Anlehnung an Reuter (2010, Abbildung 2, S. 89).

Einen Übergang in eine Gesellschaft ohne Wachstum hatte Keynes bereits 1943 vorausgesehen (Reuter 2010). Keynes (1998) prognostizierte für die Nachkriegszeit drei wirtschaftliche Phasen: Zunächst bestünden ein hoher Investitionsbedarf, eine hohe Konsumnachfrage, ein geringes Sparniveau und Inflationstendenzen. In der zweiten Phase sei ein Großteil der Investitionen getätigt, der Konsum steige weiter an. In der dritten Phase

schließlich sei „die Investitionsnachfrage soweit gesättigt, dass sie nicht mehr auf das angezeigte Sparniveau angehoben werden kann, ohne sich auf verschwenderische oder unnötige Unternehmungen einzulassen“ (S.160). In dieser Phase, die Keynes „goldenes Zeitalter“ nennt, „wird (es) notwendig, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten“ (S. 162).

Ähnliches, wenn auch weniger systematisch ausgearbeitet, findet sich bei Ludwig Erhard, Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftsminister, Bundeskanzler der deutschen Nachkriegszeit und „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“. Er prognostizierte 1957 in Wohlstand für Alle: „Mit steigender Produktivität und mit der höheren Effizienz der menschlichen Arbeit werden wir einmal in eine Phase der Entwicklung kommen, in der wir uns fragen müssen, was denn eigentlich kostbarer oder wertvoller ist: Noch mehr zu arbeiten oder ein bequemeres, schöneres und freieres Leben zu führen, dabei vielleicht bewußt auf manchen güterwirtschaftlichen Genuß verzichten zu wollen. Ich glaube jedoch, daß wir ‚so weit‘ noch nicht sind. Es wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis wir uns mit dieser Frage ehrlich auseinanderzusetzen reif sind“ (S.230, Hervorhebungen im Original).

Gründe für Wachstumsfixierung und Wachstumsabhängigkeit

Trotz hohem Wohlstandsniveau, zahlreichen negativen Wirkungen von Wirtschaftswachstum und fundierter wissenschaftlicher Kritik halten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Ziel des Wirtschaftswachstums fest. Einen wesentlichen Grund dafür sehen wir darin, dass ausbleibendes Wirtschaftswachstum zentrale gesellschaftliche und ökonomische Subsysteme in Bedrängnis bringt, weil diese Bereiche – so wie sie heute gestaltet sind – existenziell auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind. Besonders wachstumsabhängig erscheinen uns die Systeme Gesundheitswesen, Alterssicherung, Arbeitsmarkt, Konsum, Verteilungsgerechtigkeit, Unternehmen, vor allem börsennotierte Aktiengesellschaften, Banken und Finanzmärkte sowie Staatsfinanzen. Dabei ist zu beachten, dass die Subsysteme miteinander verbunden sind, sich Wachstumsabhängigkeiten und -effekte deshalb verstärken und Einzelmaßnahmen sich an anderen Stellen auswirken können. Eine Gefährdung der genannten Subsysteme würde politische, ökonomische und soziale Unzufriedenheit und Unruhe aus lösen, was jede Politikerin und jeder Politiker zu vermeiden versuchen wird. Im Folgenden zeigen wir kurz die Wachstumsabhängigkeit der ersten vier genannten Subsysteme auf.[2]

Das ***Gesundheitswesen*** ist einer der wenigen verbliebenen Wachstumssektoren mit einer Wachstumsrate, die über jener des BIP liegt.[3] Künftig dürften die Gesundheitsausgaben aufgrund von Zivilisationskrankheiten, medizinisch-technischem Fortschritt und demografischem Wandel weiter steigen. An Wachstum interessiert sind viele am Gesundheitswesen beteiligte Bereiche (wie Pharma- und Medizinalindustrie, Ärzteschaft,

[2] Ausführlicher zu den einzelnen Bereichen in Seidl und Zahrnt (2010).

[3] Jährliche Wachstumsrate der realen Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben 1997 bis 2007: Österreich: 2,6 Prozent, Schweiz: 2,3 Prozent, Deutschland: 1,7 Prozent. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP beträgt in Österreich, der Schweiz und Deutschland je rund elf Prozent (OECD 2009a). Die öffentliche Hand beteiligt sich an den Kosten des Gesundheitswesens in Deutschland (2006) mit 17 Prozent (Böhm und Müller 2009, Abbildung 6), in der Schweiz (2009) mit 19 Prozent (BFS 2012).

Krankenhausträger und teilweise Krankenkassen). Bleibt das Wachstum aus, sind Beitragserhöhungen für die Prämienzahler und die öffentliche Hand politisch schwerer durchsetzbar. Einschnitte im Leistungskatalog erscheinen ähnlich konfliktträchtig.

Die beiden großen Modelle gesellschaftlicher ***Alterssicherung*** – das Umlage- wie das Kapitaldeckungsverfahren – sind auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Darüber hinaus erfordern die älter werdende Gesellschaft und die steigende individuelle Lebenserwartung zukünftig zusätzliche Finanzmittel. Dabei wäre das Umlageverfahren nicht vom Wirtschaftswachstum abhängig, fände eine reine Umlage von der Erwerbstätigen- zur Rentnergeneration statt. Doch weil diese Umlage variable und sinkende Renten bedeuten könnte und die Politik meist mindestens stabile Renten verspricht, ist auch das Umlageverfahren auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Ein staatliches Interesse an Wirtschaftswachstum besteht auch deshalb, weil in das Umlageverfahren öffentliche Haushaltsgelder fließen.[4] Definitiv abhängig vom Wirtschaftswachstum ist das Kapitaldeckungsverfahren, weil es mit Kapitalerträgen arbeitet („Kapitalmarkt als Beitragszahler“).[5] Die Bedeutung von Wirtschaftswachstum zeigt sich etwa deutlich am Schweizer System der Pensionskassen: Langfristig wird eine Kapitalrendite von 4,6 Prozent angestrebt, doch zwischen 2006 und 2010 wurde nur eine Rendite von 1,1 bis 1,7 Prozent erreicht (Swisscanto 2011). Entsprechend verfügen die Pensionskassen aktuell nicht über ausreichend Kapital, um ihren zugesagten Verpflichtungen nachzukommen.

Arbeitsmarkt: Ein zentrales Argument für Wirtschaftswachstum ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Doch dies gelingt mit Wachstum nicht per se, liegt doch die Beschäftigungsschwelle bei 1,1 bis 2,4 Prozent Wachstum (Schirwitz 2005; für die Schweiz gemäß Credit Suisse 2009 bei 1,8 Prozent). Liegt das Wachstum darunter, so steigt die Arbeitslosenquote, vor allem aufgrund von Fortschritten in der Arbeitsproduktivität. Wichtige Rahmenbedingungen für die Höhe der Beschäftigungsschwelle sind das Preisverhältnis der Produktionsfaktoren Arbeit und Energie sowie die Art der Wachstumseffekte, die mit dem Einsatz dieser Produktionsfaktoren verbunden sind (Brunnhuber und Grahl 2006): Weil diese Wachstumseffekte beim Einsatz von Energie deutlich höher sind als beim Einsatz von Arbeit und Energie zugleich günstig, Arbeit aber teuer ist, wird Arbeit durch Energie substituiert. Eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen ist aber ausschlaggebend für die Einkommenssicherung, als Quelle für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, für eine ausreichende Konsumnachfrage – die wiederum wichtige Grundlage für Wachstum ist – und schließlich für sozialen Frieden.

Konsum ist ein zentraler Faktor für Wirtschaftswachstum. Dies zeigen die genaue wirtschaftspolitische Beobachtung des Konsumklimas als Wirtschaftsbarometer und die verbreiteten Maßnahmen zur Ankurbelung der privaten Nachfrage, zum Beispiel über Steuer- oder Zinssenkungen. Von Unternehmensseite wird die Nachfrage angekurbelt durch die Schaffung neuer Bedürfnisse, neuer Produkte und neuer Moden sowie durch den „geplanten Verschleiß“ (Produkte mit von vornherein begrenzter Haltbarkeit). Letzterer wird seit der globalen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 systematisch in den USA,

[4] Bundesanteil an den deutschen Rentenversicherungsausgaben: 32 Prozent (Deutscher Bundestag 2009, S. 88); Bundesanteil an der Schweizer Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV): 19 Prozent (Bruchez und Matter Schaffner 2011).

[5] Die Bedeutung dieses Verfahrens variiert: In der Schweiz beträgt das angesparte Kapital der Pensionskassen 112 Prozent des BIP, in Deutschland und Österreich fünf Prozent (OECD 2009b).

mittlerweile auch weltweit eingesetzt, um die Absatzmöglichkeiten von Unternehmen zu erhöhen (Slade 2007). Konsum ist also ein zentraler Motor des Wirtschaftswachstums, umgekehrt bedarf die Konsumindustrie des Wirtschaftswachstums, um expandieren zu können. Davon profitiert auch die konsumgüternahe Investitionsgüterindustrie. Hoher Konsum wiederum schafft Arbeitsplätze und Steuereinnahmen und sichert Beiträge zu den Sozialversicherungen.

Die existenzielle Wachstumsabhängigkeit zentraler Subsysteme westlicher Gesellschaften begründet deren Wachstumspolitiken. Diese reichen in zahlreiche Gesellschaftsbereiche hinein, wie ein Blick auf wachstumspolitische Ziele und Maßnahmen zeigt. Die Abbildung 3 listet Ziele der Lissabon-Strategie der Europäischen Union von 2000 auf, die im Folgejahrzehnt eine durchschnittliche Wachstumsrate von drei Prozent generieren sollte (Europäisches Parlament 2000).[6]

Ausgewählte Ziele der *Lissabon-Strategie 2000*[a]

- eine Informationsgesellschaft für alle
- Schaffung eines europäischen Raums der Forschung und Innovation
- Schaffung eines günstigen Umfelds für die Gründung und Entwicklung innovativer Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen
- Wirtschaftsreformen für einen vollendeten und einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt
- effiziente und integrierte Finanzmärkte
- Koordinierung der makroökonomischen Politik: Haushaltskonsolidierung, Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen
- Bildung und Ausbildung für das Leben und Arbeiten in der Wissensgesellschaft
- mehr und bessere Arbeitsplätze für Europa: Entwicklung einer aktiven Beschäftigungspolitik
- Modernisierung des sozialen Schutzes

a Zu den konkreten Maßnahmen siehe *www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm*.

Abbildung 3: Ausgewählte Ziele der Lissabon-Strategie

Ansätze zur Überwindung der Wachstumsabhängigkeit

[6] Zu den wachstumspolitischen Zielen und Maßnahmen des Schweizer Wachstumspakets 2004, mit dem die Wachstumsschwäche der 1990er Jahre überwunden sowie die damaligen schwachen Wachstumsaussichten verbessert werden sollten, siehe seco (2004).

Um das permanente Wachstum zu reduzieren und zu stoppen, empfahlen Meadows et al. 1972 vor allem, das Wachstum der Bevölkerung und des Industriekapitals zu beschränken. In „Die neuen Grenzen des Wachstums“ von 1992 (Meadows et al.1992) und im Update nach 30 Jahren (Meadows et al. 2006) fordern die Autor(inn)en nach der landwirtschaftlichen und industriellen Revolution eine neue Menschheitsrevolution. Diese müsse zu einer nachhaltigen Gesellschaft führen. Dazu seien entsprechende Visionen zu entwickeln und zu realisieren, Netzwerke aufzubauen, die Wachstumsproblematik offen und ehrlich anzusprechen und zu vermitteln sowie Lernbereitschaft und Nächstenliebe zu entwickeln (Meadows et al. 2006, S. 275–294).

Wir gehen davon aus, dass die Politik erst dann von der Wachstumsfixierung und -politik abrücken wird, wenn die genannten Subsysteme so umgestaltet werden, dass sie vom Wachstum unabhängig sind. Um die Bedingungen für entsprechendes politisches Handeln zu benennen, scheint uns das Erklärungsmodell des Politologen J.W. Kingdon (2003) aufschlussreich. Demnach müssen für politische Entscheidungen drei sogenannte Ströme (streams) zusammenkommen. Erstens muss ein Problem die Aufmerksamkeit der Politik haben und es muss definiert und kategorisiert sein. Zweitens muss das Thema auf der Agenda der Regierung stehen, unterstützt von politischen Akteuren, Medien und Lobbygruppen. Drittens müssen politische Entscheidungsvorlagen, Ideen und erfolgversprechende Konzepte vorhanden sein, getragen von Personen, die politisch zu handeln bereit sind. Kommen diese drei Ströme zusammen, wird die Entscheidungsagenda strukturiert und es erfolgen politische Entscheidungen und deren Implementierung.[7]

Am Beispiel der Energiepolitik mag das Modell von Kingdon bestätigt werden: Der Ausstieg aus der Kernenergie und die Zielsetzung, den Anteil erneuerbarer Energien massiv auszubauen, hatten in Deutschland und der Schweiz nur deshalb politische Chancen, weil seit vielen Jahren eine breite gesellschaftliche Debatte zur Energiepolitik stattfindet, Akteure dieses Thema – mit Rückenwind von Klimawandel, peak oil und zuletzt Fukushima – auf Entscheidungsagenden brachten und schließlich zahlreiche Konzepte und Erfahrungen für einen technisch und gesellschaftlich machbaren Atomausstieg und Ausbau erneuerbarer Energien vorlagen.

Im dritten Punkt von Kingdons Modell scheint für die hier diskutierte Thematik eine besondere Herausforderung zu liegen: Wie kommen wir zu politischen Entscheidungsvorlagen, Ideen und Konzepten, aufgrund derer die wachstumsabhängigen Subsysteme wachstumsunabhängig werden können? Schon Keynes und Erhard deuteten an, dass eine Postwachstumsgesellschaft große Umgestaltungsaufgaben mit sich bringt. Und auch aktuell sehen Autor(inn)en eine „große Transformation“ als Voraussetzung für eine notwendige Reorientierung von Gesellschaft und Ökonomie (zum Beispiel Haberl et al. 2011, WBGU 2011). Parallel zu diesen Forderungen nach grundlegender Veränderung scheinen uns die zahlreichen Experimente, Initiativen und Erfahrungen – zunächst meist in Nischen – wichtige Ansatzpunkte zur Veränderung der relevanten Subsysteme zu sein. Erst die Erfahrungen aus Modellprojekten und die erfolgreiche Umsetzung von konkreten

[7] Nach unserer Einschätzung gab es in den letzten Jahren im Hinblick auf die ersten zwei Ströme eine breite öffentliche und akademische Diskussion zu Wachstum (für einen Literaturüberblick siehe Pennekamp 2011; zu nennen ist auch die seit 2011 tagende Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags).

Reformideen geben Politik und Gesellschaft das Vertrauen, Neues ohne größere Verwerfungen und Risiken wagen zu können.

Im Folgenden seien zu den vier beschriebenen wachstumsabhängigen Subsystemen Beispiele für solche Ansatzpunkte genannt (weitere siehe zum Beispiel in Seidl und Zahrnt 2010):

- Im ***Gesundheitsbereich*** werden kosteneffiziente Systeme der managed care entwickelt. Das Potenzial von Gesundheitsförderung ist schon lange erkannt, doch noch unzureichend in das System integriert. Prämiensplitting-Modelle fördern die individuelle Gesundheitsfürsorge, ohne den Risikoschutz zu verringern (Studer 2010).[8]
- In der ***Alterssicherung*** entstehen „Pflegezeitkonten“, die im Alter Rückgriff auf selbst geleistete, unbezahlte Pflegearbeit in früheren Jahren ermöglichen (Lang und Wintergerst 2011). Mehrgenerationenhäuser mit Strukturen der gegenseitigen Unterstützung erweitern den bisher weitgehend monetär ausgestalteten Generationenvertrag um nichtmonetäre, soziale Elemente (Höpflinger 2010).
- Im Hinblick auf den ***Arbeitsmarkt*** können Erfahrungen mit Arbeitszeitreduktionen sowie Angeboten für die Nutzung der neuen freien Zeit Ängste und Widerstände gegen Arbeitszeitverkürzungen abbauen (Hielscher und Hildebrandt 1999). Der Ausbau des Dienstleistungsbereichs – wie in skandinavischen Ländern – schafft neue Arbeitsplätze (Reuter 2010).
- Im Bereich ***Konsum*** entstehen durch gesellschaftliche Bewegungen wie Eigenarbeit, „repair revolution“ oder „urban gardening“ neue Strukturen, die den Konsum von Marktgütern reduzieren und die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte fördern. Weitere Ansatzpunkte liegen hier in der Förderung von Gemeingütern und regionalen Kreisläufen (Røpke 2010).

Über die konkreten Ansätze zur Umgestaltung der Subsysteme hinaus sind übergeordnete Maßnahmen nötig, um die Wachstumsabhängigkeit zu reduzieren. Zentral erscheinen eine ökologische Finanzreform und eine Begrenzung der in Geldschöpfung und Zins angelegten Wachstumsdynamik. Bei der Umgestaltung der Subsysteme ist die Verzahnung verschiedener Politik- und Lebensbereiche zwingend zu berücksichtigen. So hängen zum Beispiel Gesundheit, Alter und Arbeitswelt eng zusammen; eine Verkürzung der Arbeitszeit dürfte der Gesundheit vieler zuträglich sein, was Gesundheitskosten reduzieren würde; zugleich entstehen Freiräume für Ehrenamt, Arbeit im informellen Bereich sowie generationenübergreifenden Austausch und Unterstützung. Kosten in der Sozialfürsorge und im Gesundheitssystem können durch eine größere Verteilungsgerechtigkeit gesenkt werden, wie Wilkinson und Pickett (2009) zeigen.

[8] Dabei wird die Versicherungsprämie auf ein Risikokonto und ein persönliches Konto aufgeteilt. Gesundheitskosten werden zuerst vom persönlichen Konto, dann vom Risikokonto finanziert; ein wenig beanspruchtes persönliches Konto führt zu einer Prämienreduktion.

Die Analyse der Wachstumsabhängigkeit und die möglichen Ansatzpunkte zu deren Überwindung führen zu den zentralen Leitlinien für eine Postwachstumsgesellschaft:

1. Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt.
2. Wachstumsabhängige und -treibende Bereiche, Institutionen und Strukturen werden umgebaut, so dass sie vom Wirtschaftswachstum unabhängig werden.
3. Das Wachstum des Energie- und Ressourcenverbrauchs wird gestoppt und der Verbrauch entsprechend den Nachhaltigkeitszielen zurückgefahren.

Somit gilt: In einer Postwachstumsgesellschaft wird die Abhängigkeit von Wachstum abgebaut. Das bedeutet auch, es gibt weder ein Wachstumsverbot noch ein Wachstumsgebot.

Artikelherkunft

Seidl, I. und Zahrnt, A. (2012): Wirtschaftswachstum: Hindernis für eine Politik in den „Limits to growth“. GAIA 21/2 (2012): 108-115.

Über die Autorinnen



PD Dr. oec. Irmi Seidl, Jahrgang 1962, ist Ökonomin und leitet die Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Eidgenössischen. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), in Birmensdorf, Schweiz. Zu ihren Schwerpunkten gehören umweltökonomische Instrumente, die Postwachstumsgesellschaft, Ökonomik der Flächennutzung und Siedlungsentwicklung sowie Naturschutz und Biodiversität.



Prof. Dr. rer. pol. Angelika Zahrnt, Jahrgang 1944, hat Ökonomie studiert und ist Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung sowie Mitglied im Strategieberat Sozial-Ökologische Forschung des deutschen Bundesforschungsministeriums. Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und des deutschen Umweltpreises. Ihre Schwerpunkte sind Postwachstumsgesellschaft, Nachhaltigkeitsforschung, die Sozial-Ökologische Forschung und Studien über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Verwendete Literatur

BFS (Bundesamt für Statistik). 2012. Kosten des Gesundheitswesens 2010. Bern: BFS. www.bfs.admin.ch (abgerufen 30.05.2012).

Binswanger, H. C. 1985. Geld und Magie. Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft. Stuttgart: Edition Weitbrecht.

Binswanger, H. C. 2006. Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis.

Binswanger, M., G. Beltrani, A. Jochem, O. Schelske. 2005. Wachstum und Umweltbelastung. Findet eine Entkopplung statt? Umwelt-Materialien 198. Herausgegeben vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft. Bern. 178.

Böhm, K., M. Müller. 2009. Ausgaben und Finanzierung des Gesundheitswesens. Gesundheitsberichterstattung des Bundes 45. Berlin: Robert-Koch-Institut.

Braun, H.-G. 2010. Armut überwinden durch Soziale Marktwirtschaft und Mittlere Technologie. Ein Strategieentwurf für Entwicklungsländer. Berlin: LIT.

Brot für die Welt, EED (Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.). 2011. Darf’s ein bisschen mehr sein? Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung. Stuttgart: Brot für die Welt, EED.

Bruchez, P.-A., E. Matter Schaffner. 2011. Fiskalregeln für die Sozialversicherungen. Die Volkswirtschaft 1/2: 27–30.

Brunnhuber, S., J. Grahl. 2006. Jenseits des Wachstumszwangs. Zum Verhältnis von Energie, Kapital und Arbeit. GAIA 15/2: 96–101.

BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.), Brot für die Welt, EED (Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.). 2009. Zukunftsfähiges Deutschland in einer globali sierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main: Fischer.

Credit Suisse. 2009. Research News, 24.02.2009. Zürich: Credit Suisse, osec (Business Network Switzerland).

Daly, H. E., J. B. Cobb, Jr. 1994. For the common good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future. Boston: Beacon.

Deutscher Bundestag. 2009. Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof. Bundestagsdrucksache 17/77. Berlin: Deutscher Bundestag.

Erhard, L. 1957. Wohlstand für Alle. Düsseldorf: Econ.

Europäisches Parlament. 2000. Lissabon-Strategie. Straßburg: Europäisches Parlament.

Haberl, H., M. Fischer-Kowalski, F. Krausmann, J. Martinez-Alier,V. Winiwarter. 2011. A socio-metabolic transition towards sustainability? Challenges for another great transformation. Sustainable Development 19/1: 1–14.

Heinberg, R. 2007. Peak everything: Waking up to the century of declines. Gabriola Island, BC: New Society.

Hicks, J. R. 1966. Growth and Anti-Growth. Oxford Economic Papers 18/3: 257–269.

Hielscher, V., E. Hildebrandt. 1999. Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung. Berlin: edition sigma.

Höpflinger, F. 2010. Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demographischer Alterung und Postwachstum. In: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Herausgegeben von I. Seidl, A. Zahrnt. Marburg: Metropolis. 53–63.

Keynes, J.M. 1998 (orig. 1943). Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung. In: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Herausgegeben von N. Reuter. Marburg: Metropolis. 159–164.

Kingdon, J.W. 2003. Agendas, alternatives, and public policies. New York: Longman.

Lang, E., T. Wintergerst. 2011. Am Puls des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft. München: oekom.

Latouche, S. 2007. Petit traité de la décroissance sereine. Paris: Editions Mille et une nuits.

Maxwell, D., P. Owen, L. McAndrew, K. Muehmel, A. Neubauer. 2011. Addressing the rebound effect. A report for the European Commission DG Environment. Brüssel: Europäische Kommission.

Meadows, D. L. 2011. Lebensstandard wird drastisch sinken. Der Standard, 08.09.2011. http://derstandard.at/1315005800815/Weltbestseller-Autor-Dennis-Meadows-Lebensstandard-wird-drastisch-sinken (abgerufen 08.04.2012).

Meadows, D. H., D. L. Meadows, J. Randers. 1992. Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Meadows, D. H., D. L. Meadows, J. Randers, W.W. Behrens III. 1972. Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Meadows, D. H., J. Randers, D.L. Meadows. 2006. Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel. Stuttgart: Hirzel.

Meyer, B. 2010. Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele. In: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Herausgegeben von I. Seidl, A. Zahrnt. Marburg: Metropolis. 167–177.

Mills, J. H., T. A. Waite. 2009. Economic prosperity, biodiversity conservation, and the environmental Kuznets curve. Ecological Economics 68/7: 2087–2095.

Murphy, D. J., C. A. S. Hall. 2010. Year in review – EROI or energy return on (energy) invested. Annals of the New York Academy of Sciences 1185/1: 102–118.

Murray, J., D. King. 2012. Oil’s tipping point has passed. Nature 481: 433– 435.

Nordhaus, W. D. 1973. World dynamics: Measurement without data. Economic Journal 83/332: 1156–1183.

OECD(Organization for Economic Co-operation and Development). 2009a. Gesundheit auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren. Paris: OECD.

OECD. 2009b. Pension indicators database. Paris: OECD. http://stats.oecd.org (abgerufen 30.05.2012).

Paech, N. 2010. Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. Zeitschrift für Sozialökonomie 47/166–167: 33– 40.

Pennekamp, J. 2011. Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Pfister, C. 1994. Das 1950er Syndrom. Die Epochenschwelle der Mensch-Umwelt-Beziehung zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft. GAIA 3/2: 71–90.

Pharmacia GmbH. o. J.Wachstums- und Gewichtskurven in Perzentilen (Mädchen 0–18 Jahre). Erlangen: Pharmacia GmbH.www.wachstum.de/das_normale_wachstum/Perzentilenkurve_Maedchen.pdf (abgerufen 08.04.2012).

Reuter, N. 2010. Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Herausgegeben von I. Seidl, A. Zahrnt. Marburg: Metropolis. 85–102.

Rockström, J., W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F. S. Chapin III. 2009. A safe operating space for humanity. Nature 461: 472– 475.

Røpke, I. 2010. Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Herausgegeben von I. Seidl, A. Zahrnt. Marburg: Metropolis. 103–115.

Schirwitz, B. 2005. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – die Beschäftigungsschwelle. ifo Dresden berichtet 3. Dresden: ifo institut.

seco (Staatssekretariat für Wirtschaft). 2004. Das Wachstumspaket des Bundesrates: Detaillierte Beschreibung und Stand der Umsetzung Ende 2004. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft.

Seidl, I., A. Zahrnt (Hrsg.). 2010. Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis.

Slade, G. 2007. Made to break: Technology and obsolescence in America. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Studer, H.-P. 2010. Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung. In: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Herausgegeben von I. Seidl, A. Zahrnt. Marburg: Metropolis. 66–75.

Swisscanto (Swisscanto Asset Management AG). 2011. Schweizer Pensionskassen 2011. Zürich: Swisscanto.

Turner, G. M. 2012. On the cusp of global collapse? Updated comparison of The Limits to Growth with historical data. GAIA 21/2: 116–124.

WBGU(Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). 2011. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WGBU.

Wilkinson, R., K. Pickett. 2009. Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tokemitt.

Geld geht auch anders

Margrit Kennedy

Über die Frage, wer das Geld heute beherrscht, sind sich selbst Fachleute selten einig. Die weltweite Wirtschaftskrise, deren zweite Welle gerade auf uns zurollt, zeigt jedoch, dass diese Frage immer mehr zu einer Überlebensfrage für die meisten Menschen wird. Überlassen wir es den Spekulanten an den Börsen oder dem so genannten »freien Markt«, zu bestimmen, was unsere Währung wert ist? Oder sind wir in der Lage, selbst zu bestimmen, mit welcher Münze wir bezahlen?

Erstes Missverständnis

Das Geld – und damit die Wirtschaft – können dauerhaft quantitativ wachsen. Dabei gilt es zwischen begrenztem und unbegrenztem Wachstum zu unterscheiden. Sowohl unser Körper als auch Pflanzen und Tiere folgen physisch dem begrenzten Wachstum. Ab einer optimalen Größe, also etwa ab dem einundzwanzigsten Lebensjahr, hören wir auf zu wachsen. Wir verändern uns also die längste Zeit unseres Lebens – mit all unseren Subsystemen – fast ausschließlich qualitativ statt quantitativ.

Ein grundlegend unterschiedliches Wachstumsmuster ist das so genannte exponentielle oder Verdoppelungs-Wachstum. Hier ist das Wachstum anfangs gering, steigt aber dann kontinuierlich an und geht schließlich in ein fast senkrechtes, »unbegrenzt« quantitatives Wachstum über. Es findet – ähnlich dem Krebs – seine Grenze erst beim Zusammenbruch oder der Zerstörung des Organismus, auf dem es wächst. Genau nach diesem Muster verhält sich unser Geld, da sich Geldanlagen durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen verdoppeln.

Das Problem ist, dass der Zins – als wichtigster Preis in unserer Wirtschaft – die Grenze setzt für das, was wir als »wirtschaftlich« betrachten. Wenn nicht wenigstens die Zinsen verdient werden und ein zusätzlicher Profit, ist eine Investition nicht wirtschaftlich. Das heißt, dass die Wirtschaft ein exponentielles Wachstum anstreben muss, und dass die Kluft zwischen Finanz- und Realwirtschaft – im Laufe der Zeit – immer größer wird, sich Spekulationsblasen bilden, diese unweigerlich platzen und der ganze Zyklus wieder von vorn anfängt.

Die Folgen exponentiellen Wachstums übersteigen das Vorstellungsvermögen der meisten. Das lässt sich einfach demonstrieren. Was würden Sie spontan wählen, wenn Sie die Wahl hätten: ein Jahr lang 10.000 Euro pro Woche zu erhalten oder 1 Cent in der ersten Woche des Jahres und das Doppelte in der zweiten und jeder weiteren Woche des gesamten Jahres? Die meisten Menschen würden sich vermutlich für die erste Möglichkeit entscheiden, weil sie sofort im Kopf überschlagen können, was ihnen das bringt. Und selbst wenn Sie an dieser Stelle ahnen oder gar wissen, dass die zweite Möglichkeit die lukrativere ist, werden Sie weder intuitiv noch rational erfassen, was am Ende eines Jahres dabei herauskommt: nämlich über 45.000.000.000.000,00 Euro oder 45 Billionen Euro. Das entspricht etwa zwei Drittel des Welt-Bruttosozialprodukts (BSP). Im Durchschnitt wären das für jede Woche rund 800 Milliarden Euro statt 10.000 Euro, wie bei der ersten Option.

Auf die heutige Situation angewandt heißt das, wir stehen ratlos vor dem Machtzuwachs des internationalen Finanzsektors, vor dem exponentiellen Wachstum der Vermögen und

Schulden, der Verarmung der großen Mehrheit und dem exzessiven Vermögen einer Minderheit, weil sowohl die geschichtlich erprobten wie auch die neuen Lösungsmöglichkeiten für diese Probleme zu wenig bekannt sind oder nicht mehr angewandt werden.

Zweites Missverständnis

Wir zahlen Zinsen nur, wenn wir uns Geld bei der Bank oder von anderen leihen. Richtig ist, dass in jedem Preis, den wir entrichten, ein Zinsanteil enthalten ist. Nämlich die Zinsen, welche die Produzenten der gekauften Güter und Dienstleistungen der Bank zahlen mussten, um Maschinen und Geräte anzuschaffen. Bei den Müllgebühren zum Beispiel liegt dieser Anteil bei etwa 12 Prozent, beim Trinkwasserpreis bei 38 Prozent und bei der Miete im sozialen Wohnungsbau erreicht er sogar 77 Prozent. Im Durchschnitt zahlen wir etwa 40 Prozent Zinsen in den Preisen für die Güter und Dienstleistungen unseres täglichen Lebens. Könnte der Zins also durch einen anderen Mechanismus ersetzt werden, der die Geldbesitzer anregt, ihr Geld zu verleihen, könnten die meisten von uns ihre Einkünfte fast verdoppeln oder entsprechend weniger arbeiten, um denselben Lebensstandard zu halten.

Drittes Missverständnis

Der Zins ist eine gerechte Gebühr oder Prämie für die Überlassung von Liquidität, die jede/r auf Spareinlagen bekommt und die von allen in jedem Preis bezahlt werden müssen. Nur die wenigsten verstehen, in welchem Ausmaß sie selbst draufzahlen, da der Zins- und Zinseszinseffekt ganz legal für eine ständige Umverteilung des Geldes sorgt. Unterteilt man die deutschen Haushalte in zehn gleiche Gruppen, so zeigt sich, dass neun Teile oder 90 Prozent der Haushalte im Durchschnitt fast doppelt soviel Zinsen zahlen, wie sie einnehmen. Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung einnehmen, was die große Mehrheit über den Zins verliert. Das heißt, die »Gerechtigkeit«, die darauf beruht, dass wir alle – über Sparverträge und Geldanlagen – Zinsen zurückbekommen, stellt sich bei näherem Hinsehen als trügerisch heraus. Erst bei Zins schaffenden Anlagewerten in Höhe von über 500.000 Euro können diejenigen, die diese Anlagen besitzen, vom Zinssystem profitieren. Im Jahr 2001 betrug die Summe, die in Deutschland über die Zinsen tagtäglich von der großen Mehrheit der Bevölkerung zu einer kleinen Minderheit umverteilt wurde, rund 600 Millionen Euro.

Das zerstörerische Potenzial des Geldes und die Lösungen im Christentum, Islam und Judentum

Der Zins ermöglicht auf diese Weise im Gegensatz zum viel zitierten Anspruch auf Leistung in einer »Leistungsgesellschaft« ein leistungsloses Einkommen. Er zwingt zu einem pathologischen (krankhaften) Wirtschaftswachstum und führt zu einer Verschärfung der ungleichen Einkommensverteilung, das heißt zur Polarisierung der Gesellschaft. Darüber hinaus wird die Spekulation mit Währungen auf den Finanzmärkten weit lukrativer als Investitionen in der Realsphäre, ohne dass dabei wirkliche Werte entstehen.

Alle großen religiösen Führer sowohl im Christentum wie im Judentum wie auch im Islam verstanden das zerstörerische Potenzial eines auf Zins und Zinseszins basierten Geldsystems und hinterließen uns Lösungen, wie es sich neutralisieren lässt.

Die christlichen Kirchen in Europa befolgten im Mittelalter ein striktes Zinsverbot. Diejenigen, die Zinsen nahmen, wurden aus der christlichen Gemeinschaft ausgeschlossen und erhielten kein christliches Begräbnis. Regelmäßige Münzverrufe des Brakteatengeldes sicherten den Umlauf. Der jeweilige Münzherr »verrief« die Münzen alle 3 bis 4 Jahre. Dann mussten sie abgeliefert werden, und man erhielt neu geprägte Münzen mit einem 30- bis 40-prozentigen Abschlag. Der Abschlag war gleichzeitig der Weg, um Steuern einzuziehen. Auf die Nutzung der alten Münzen stand eine Gefängnisstrafe. Es lohnte sich nicht, das Geld zu horten. Wenn jemand ein Darlehen über mehrere Jahre benötigte, bekam er es meistens ohne Zinsen, weil Darlehensgeber froh waren, damit den bisherigen Wert des Geldes erhalten zu können. Anstelle von Spekulation mit Geld investierten die Menschen in alles, was langfristig seinen Wert behielt: solide Häuser, erlesene Möbel, Schmuck, Gemälde, teuren Hausrat. Die Menschen waren so wohlhabend, dass sie es sich leisten konnten, einen zusätzlichen freien Tag – den »blauen« Montag – einzuführen, und gigantische Kathedralen zu bauen, und das allein mit den Spenden der Bürger – obwohl man wusste, dass es bis zur Fertigstellung mindestens 200 Jahre dauern würde.

Im Islam verbietet die Scharia nicht nur Investitionen in moralisch oder gesellschaftlich schädigende Projekte, sondern auch Spekulation und überhöhte Zinsen für Darlehen. Konsequenterweise werden Geldgeber, egal ob privat oder über eine Bank, zu Partnern in den Projekten, welche sie mitfinanzieren. Tragen sie 50 Prozent der Kosten, erhalten sie auch 50 Prozent des Gewinns. Das bewirkt, dass Geldgeber ein starkes Interesse am Erfolg des Projektes haben und sich – wenn Verluste drohen – nicht aus der Affäre ziehen, sondern alles daran setzen, sie zu beheben.

Das Judentum löste das Problem von Zins und Zinseszins dadurch, dass regelmäßig alle sieben Jahre ein Jubeljahr stattfand, in dem die Schulden erlassen wurden. Und im sogenannten Halljahr – nach sieben mal sieben Jahren – wurden nicht nur die Schulden erlassen, sondern auch die Schuldsklaven befreit und privater Grundbesitz fiel an die Gemeinschaft zurück.

Neue Geldentwürfe

Seit Mitte der achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts mehren sich die Versuche, neue Geldentwürfe zu erproben. Heute existieren viele brauchbare Modelle auf allen Ebenen wirtschaftlichen Handelns:

• Die ersten Modelle entstanden auf der lokalen Ebene. Hier beweisen seit Jahrzehnten viele Tauschringe, dass man das »Geld-Geschäft« nicht nur den Banken überlassen muss (www.tauschringe.de).

• Auf der regionalen Ebene zeigt die wachsende Zahl von Regionalwährungen in Deutschland, dass Menschen bereit sind, neue Wege zu gehen, um ihre Region wirtschaftlich zu unterstützen. Im Januar 2011 gab es etwa 30 Initiativen, die bereits ein eigenes Zahlungsmittel herausgaben, und weitere, die das vorbereiten (www.regiogeld.de).

• Auf der nationalen Ebene bietet das WIR-System in der Schweiz seit 1934 ein Vorbild, das mittels einer Parallelwährung 60.000 kleine und mittlere Unternehmen in 15 Regionen mit Geld versorgt (www.wir.ch).

• Auf der internationalen Ebene gibt es den Vorschlag von Bernard Lietaer für eine auf Waren und Dienstleistungen abgesicherte globale Währung, den »Terra« (www.terratrc.org). Er würde – weltweit eingeführt – die vorhandenen Barter- oder Tauschsysteme (www.barterportal.net) und Counter-Trade-Geschäfte (z.B. ein russischer Lieferant verkauft Wodka gegen einen koffeinhaltigen Limonadensirup einer US-amerikanischen Firma) ergänzen und teilweise ersetzen.

Diese neuen Geldentwürfe arbeiten ohne Zins und berechnen nur die Kosten für Transaktionen und Risiko. Sie bieten zinsfreie Zahlungssysteme für verschiedene geographische Größenordnungen und werden ergänzt von sektoralen Komplementärwährungen. Letztere werden so gestaltet, dass das Geld dahin fließen kann, wo es den größten sozialen und wirtschaftlichen Nutzen stiftet (www.monneta.org).

Anstelle sozialer Programme, die sich mit dem Transfer finanzieller Ressourcen von Reich zu Arm begnügen, sind Komplementärwährungen ein völlig neuer Weg, dem Anspruch auf soziale Leistungen und mehr sozialer Gerechtigkeit zu genügen. Wenn sie einmal eingeführt sind und funktionieren, können sie sich selbst finanzieren, ohne den Staatshaushalt zu belasten. Das heißt, sie können den Wohlfahrtsstaat ergänzen, ohne selbst ein Wohlfahrtssystem zu sein. Sie sind in diesem Sinne hoch innovative Selbsthilfemittel, die durch kreatives Handeln im Sinne einer »kollektiven Intelligenz« die Eigeninitiative von Einzelnen und Gruppen fördern, ihren Selbstwert und damit insgesamt unser »Sozialkapital« stärken.

[…]

Artikelherkunft:

Auszug aus: Kennedy, M. (2012): Geld geht auch anders. Gute Gründe Geld neu zu gestalten. In: Erziehungskunst – Waldorfpädagogik heute. 1/2012

Über die Autorin



Prof. Dr. Margrit Kennedy, Jahrgang 1939, ist Architektin, Stadt- und Regionalplanerin, Ökologin und Geldexpertin. Sie arbeitet seit den 80er Jahren an der Entwicklung alternativer Geldsysteme und ist Gründerin von MonNetA (Money Netzwork Alliance). Sie hat zahlreiche Bücher, Aufsätze und Interviews veröffentlicht und hält Vorträge zu monetären Themen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Umsetzung wie Erprobung von Komplementärwährungen.

Wachstum, Wachstum.....über alles!

Welche Rolle spielt das Geld?

Helmut Creutz

„Unsere Wirtschaft ist auf niedrigeres oder gar `Nullwachstum´ nicht eingestellt. Wachstumsstillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland“

Finanzminister Hans Matthöfer – Wege aus der Wohlstandsfalle, 1980

Jeder weiß, dass es in der Natur für jedes Wachstum eine optimale Obergrenze gibt. Kein Baum wächst in den Himmel und kein Mensch über das 20. Lebensjahr hinaus.

Jeder weiß auch, dass man bei gleich bleibender Leistung und gleich bleibendem Einkommen nicht ärmer werden kann. Im Gegenteil: Auch ohne Wachstum der Wirtschaft kommen im nächsten Jahr wieder die gleichen Mengen an Häusern, Autos, Handys usw. hinzu! Jeder kann also, auch ohne Wachstum, seinen Wohlstand durch weitere Anhäufungen langlebiger materieller Güter vermehren, Jahr für Jahr, und im Rahmen der ständigen Produktivitätssteigerungen sogar bei laufend sinkenden Arbeitszeiten!

Warum drohen uns aber Politiker und Ökonomen Verluste an, wenn sich die Wirtschaftsleistung stabilisiert? Warum rufen Gewerkschaften und Unternehmerverbände unisono nach Wirtschaftswachstum und warum wagen selbst die Grünen kaum noch auf die damit zwangsläufig verbundenen Umweltfolgen hinzuweisen? Welchen Grund gibt es für dieses fragwürdige Verhalten? – Eine erste Antwort finden wir bei einer Untersuchung der Einkommensverteilung.

Die Modalitäten der Einkommensverteilung und -umverteilung

Bekanntlich wird das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen in jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift mit seinen Ansprüchen wiederum auf diese beiden Einkommensgruppen zurück. Beim Kapital bekanntlich mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit dafür umso gründlicher. Die Natur, die Grundlage allen Wirtschaftens und Wohlstands, wird dagegen immer noch als kosten- und grenzenlose Quelle betrachtet. Ihre Knappheit und Vernichtung geht weder in die Kalkulationen noch in die Verteilungsrechnungen ein!

Wachsen nun Wirtschaft und Volkseinkommen zum Beispiel um zwei Prozent im Jahr, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen und ebenfalls die Staatseinnahmen um zwei Prozent zunehmen, ohne dass es zu irgendwelchen Verteilungsspannungen kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten zwei Prozent, dann müssen sich die anderen zwangsläufig mit weniger Zuwachs zufrieden geben.

Überprüft man vor diesem Hintergrund die Leistungs- und Verteilungsentwicklungen in Deutschland in den 50 Jahren von 1955 bis 2005 (und damit bewusst unter Ausklammerung

der Anfangs- wie auch der letzten turbulenten Krisenjahre!), dann zeigt sich vor allem an den Multiplikatoren, wo die Sache aus dem Ruder läuft:

Entwicklung volkswirtschaftlicher Größen 1955-2005 - i. Mrd Euro u. pro Kopf

	Tab. A: in Miliarden:			Tab. B: Pro Kopf in €:		
	1955	2005		1955	2005	
Bruttoinlandsprodukt (BIP):	91,9	2.247	**x 24**	1.767	27.402	**x 16**
Volkseinkommen:	72,7	1.686	**x 23**	1.398	20.561	**x 15**
Bruttolöhne und -gehälter:	37,9	909	**x 24**	2.229	26.735	**x 12**
Nettolöhne und -gehälter:	32,6	600	**x 18**	1.917	17.647	**x 9**
Steueraufkommen:	21,6	491	**x 23**	415	5.988	**x 14**
Monetäre Größen zum Vergleich:						
Geldvermögen:	85,5	6.758	**x 79**	1.644	82.415	**x 50**
Einlagen bei Banken:	47,0	5.517	**x 117**	903	67.280	**x 75**
Zinserträge der Banken:	3,3	329	**x 110**	58	4.012	**x 69**

Quellen: BBK: 40 Jahre Deutsche Mark - Sonderveröffentlichung 4 - Monatsberichte
BMAS: Statistisches Taschenbuch 1978 und 2007, eigene Umrechnungen

Tabelle 1: Entwicklung volkswirtschaftlicher Größen 1955-2005 in Mrd Euro u. pro Kopf

So fällt z. B. auf, dass diese bei den fünf realwirtschaftlichen Milliardenwerten in Teil **A** der Tabelle 1 mit dem 23- und 24-fachen relativ ähnlich sind und nur die Zunahme der Lohn-Nettogröße mit dem 18-fachen deutlich darunter liegt. Völlig aus dem Rahmen aber fallen die fast explosiven Anstiegsquoten der zusätzlich angeführten monetären Größen im unteren Teil der Tabelle, wobei man die Zinserträge der Banken in etwa mit den Schuldenzinsbelastungen in unserer Volkswirtschaft gleich setzen kann.

Waren diese Bank-Zinserträge 1955 mit rund drei Milliarden und Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) noch ziemlich belanglos, hatten sie im Jahr 2005 mit 329 Milliarden Euro bereits 15 Prozent des BIP erreicht und gemessen am Volkseinkommen sogar 20 Prozent!

Die Verteilungs-Veränderungen pro Kopf

Diese Wiedergabe der Milliardengrößen berücksichtigt jedoch nicht, dass die Bevölkerung in Deutschland in den herangezogenen 50 Jahren von 53 auf 82 Millionen und damit auf das 1,6-fache angestiegen ist und die Zahl der Arbeitnehmer und Lohnempfänger von 17 auf 34 Millionen und damit sogar auf das Doppelte! Deshalb werden die maßgebenden Entwicklungsunterschiede erst in Teil **B** der Tabelle 1 deutlich, in der die Milliardenbeträge auf die Einwohner bzw. Arbeitnehmer in Euro umrechnet sind.

Wie diesem Teil **B** zu entnehmen, sind die Bruttolohn-Einkommen pro Kopf deutlich hinter den Steigerungen der Wirtschaftsleistung bzw. des Volkseinkommens zurückgeblieben, noch deutlicher die Nettolöhne und damit die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten: Gemessen an der Entwicklung des BIP nahmen die Pro-Kopf-Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer in den 50 Jahren nur um 74 Prozent zu und die Nettoeinkommen sogar nur um 57 Prozent!

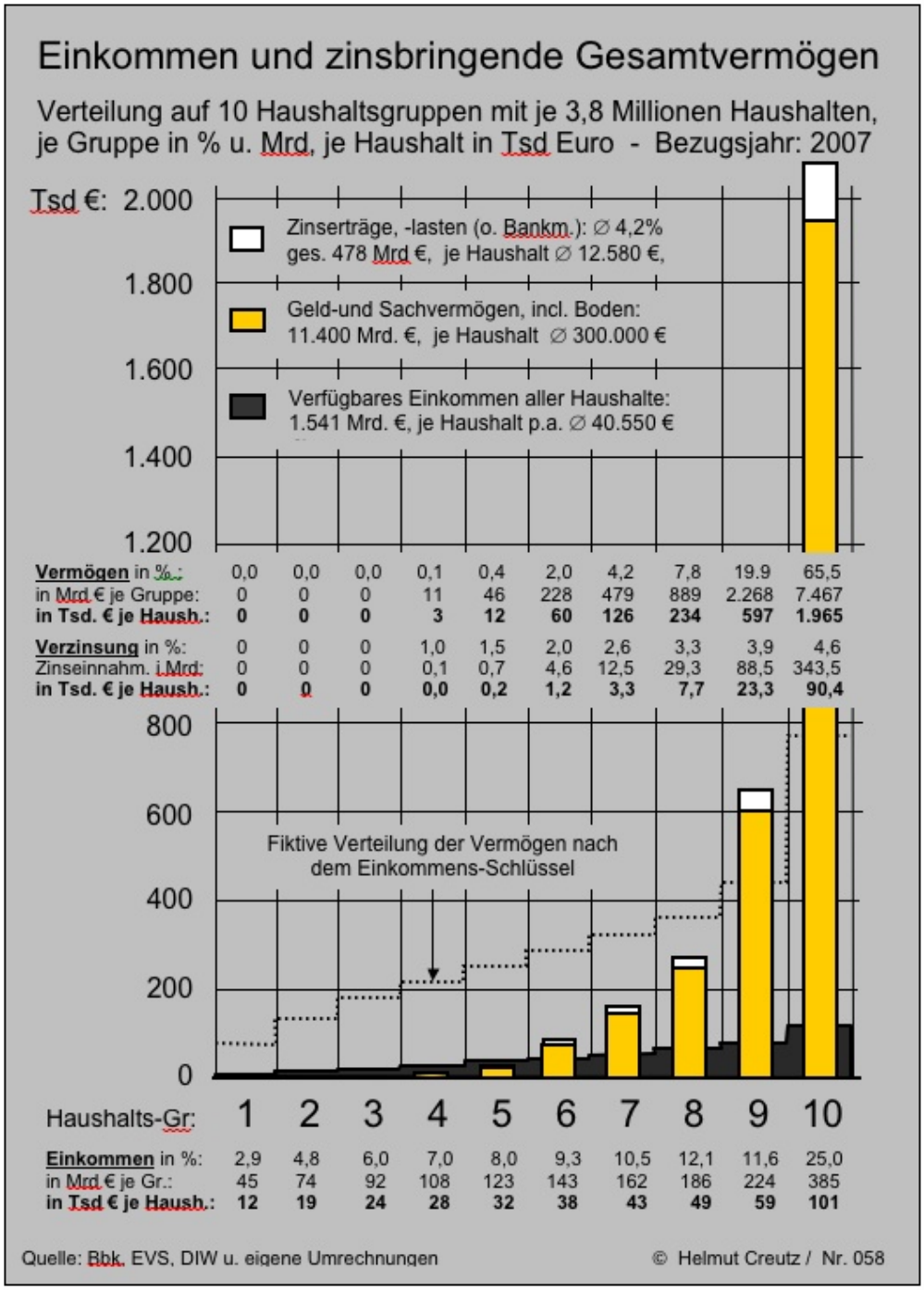
Die Erklärung für diese gravierenden Diskrepanzen ergibt sich wieder aus den zusätzlich eingetragenen Entwicklungen der monetären Größen: Während das BIP in den 50 Jahren auf das 24-fache zunahm, stiegen die Geldvermögen auf das 79-fache und damit um mehr als das Dreifache an, die Einlagen bei den Banken und die damit verbundenen Zinserträge und -belastungen sogar um mehr als das Vierfache!!

Welche Folgen hat diese Auseinanderentwicklung zwischen dem realwirtschaftlichen und dem monetären Bereich?

Auf Grund dieser unterschiedlichen Entwicklungen, kommt es auch bei der Verteilung der Lasten und Einkommen zu unterschiedlichen Ergebnissen und in deren Folge wiederum zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen! Und diese Einkommensverschiebungen werden außerdem durch die ständig wachsende Konzentration der Vermögen bei einer Minderheit der Haushalte nochmals verstärkt. So verfügt – nach den alle fünf Jahre durchgeführten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes – die ärmere Bevölkerungshälfte nur noch über vier Prozent der gesamten Geldvermögen, während auf die verbleibende zweite Hälfte 96 Prozent entfallen! Doch auch bei dieser zweiten Hälfte konzentrieren sich die Geldvermögen wiederum zu zwei Dritteln bei dem reichsten Haushalts-Zehntel.

Diese Verteilung und deren Konzentration gehen aus der *Darstellung 1* hervor, in der die Jahreseinkommen und Geldvermögen auf zehn gleich große Haushaltsgruppen verteilt sind. Während die Einkommen von der ersten bis zu zehnten Gruppe von 12.000 auf 101.000 Euro ansteigen, werden die Geldvermögen erst bei der vierten Gruppe mit 3.000 Euro sichtbar, um dann, bis zur zehnten Gruppe, auf 1.965.000, also rund zwei Millionen! anzusteigen. Das heißt, bei diesem reichsten Zehntel resultiert das gesamte Haushaltseinkommen praktisch aus jenen Zinserträgen, die den Vermögenswerten jeweils aufgesetzt sind! – Mit diesen Diskrepanzen zwischen Einkommen und Vermögen erklären sich nicht nur die wachsenden Scherenöffnungen zwischen Arm und Reich, sondern auch die laufenden Verdoppelungen der Vermögen bei den Millionärs- und Milliardärshaushalten durchweg alle zehn Jahre!

Erschwerend kommt noch hinzu, dass das Kapital – und hier vor allem das Geldkapital! – bei der Verteilung der Einkommen immer den Erstzugriff hat. Das heißt, seine Ansprüche, resultierend aus Vermögen mal Zinssatz, sind nicht nur vorab vertraglich festgelegt, sondern sie nehmen – bedingt durch den Automatismus des Zins- und Zinseszinseffekts – auch noch von Jahr zu Jahr rascher zu als die Wirtschaftsleistung! Und wie wir gerade in den letzten Jahren erlebt haben, sind diese vertraglich fixierten Ansprüche unausweichlich einzuhalten, gleichgültig ob die Wirtschaft ausreichend, unzureichend oder gar nicht gewachsen ist! Das aber heißt: Je geringer das Wirtschaftswachstum umso dramatischer wirken sich die Folgen der ständig wachsenden Ansprüche des Geldkapitals und dessen Konzentrationen bei einer Minderheit auf die Gesamtverteilung der volkswirtschaftlichen Leistung aus!

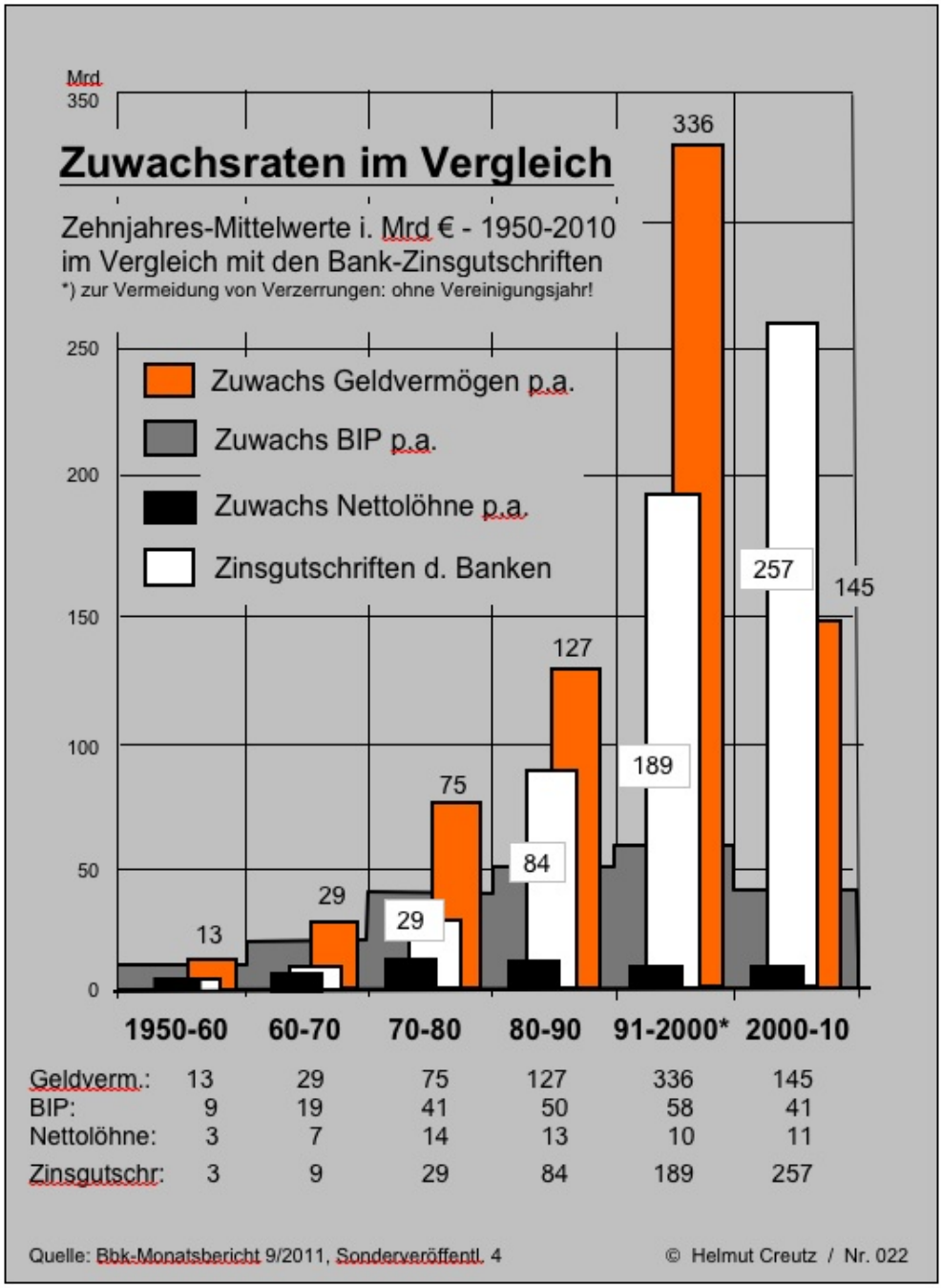


Darstellung 1: Einkommen und zinsbringende Gesamtvermögen

Die unterschiedlichen Zuwachsraten im Vergleich

Diese unterschiedlichen Entwicklungen und die Größenordnungen der Verschiebungen zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen werden besonders deutlich, wenn man – wie in der *Darstellung 2* – einmal die jährlichen Zuwachsraten in den einzelnen Dekaden miteinander vergleicht, also die Zunahmen des BIP und der Nettolöhne mit jenen der Geldvermögen und Zinserträge! Dabei stehen die hier herangezogenen Zinsertragsgrößen nur für die Geldvermögen bei den Banken. Die Zinseinkünfte bzw. Gewinne aus den darüber hinaus gehenden Geldanlagen, sowie die Zinsen aus dem schuldenfreien Sachkapital,

einschl. des Bodens (für die es bis heute keine ausreichenden statistischen Unterlagen gibt), sind also hier noch nicht einmal erfasst!



Darstellung 2: Zuwachsraten im Vergleich

Wie aus den Zahlen unterhalb der Grafik zu entnehmen, stieg das BIP in den ersten fünf Jahrzehnten im Zehnjahres-Durchschnitt von 9 auf 58 Milliarden und damit auf das 6,4-fache an, während die Geldvermögens-Zuwächse in der gleichen Zeit, von 13 auf 336 Milliarden ansteigend, auf das 26-fache zunahmen und damit gut vier Mal rascher als die Wirtschaftsleistung! Die Zinsgutschriften auf diese Geldvermögen stiegen sogar noch explosiver von 3 auf 189 Mrd und damit auf das 63-fache an, also rund zehn Mal schneller als die Wirtschaftsleistung, während die Zuwachsraten der Nettolöhne bereits ab dem dritten Jahrzehnt sogar rückläufig sind!

Im sechsten und letzten Krisen-Jahrzehnt, in dem sowohl die Zuwachsraten das BIP als auch die der Geldvermögen einbrachen, stiegen die Zinsgutschriften sogar noch einmal von 189 auf 257 Mrd an! Das heißt, die Banken haben in diesem letzten Jahrzehnt an jedem Werktag rund eine Milliarde Euro Zinsen an die bereits Vermögenden in unserem Lande ausgezahlt! – Und dass diese Zinsauszahlungen in der sechsten Dekade sogar die Ausweitungen der Geldersparnisse überstiegen, lässt erkennen, in welchem Umfang die Anleger in diesen Krisenjahren in dritte Werte umgestiegen sind, gleichgültig ob Aktien, Immobilien, andere Währungen oder sogar verstärkt in die Hortungen von Geld!

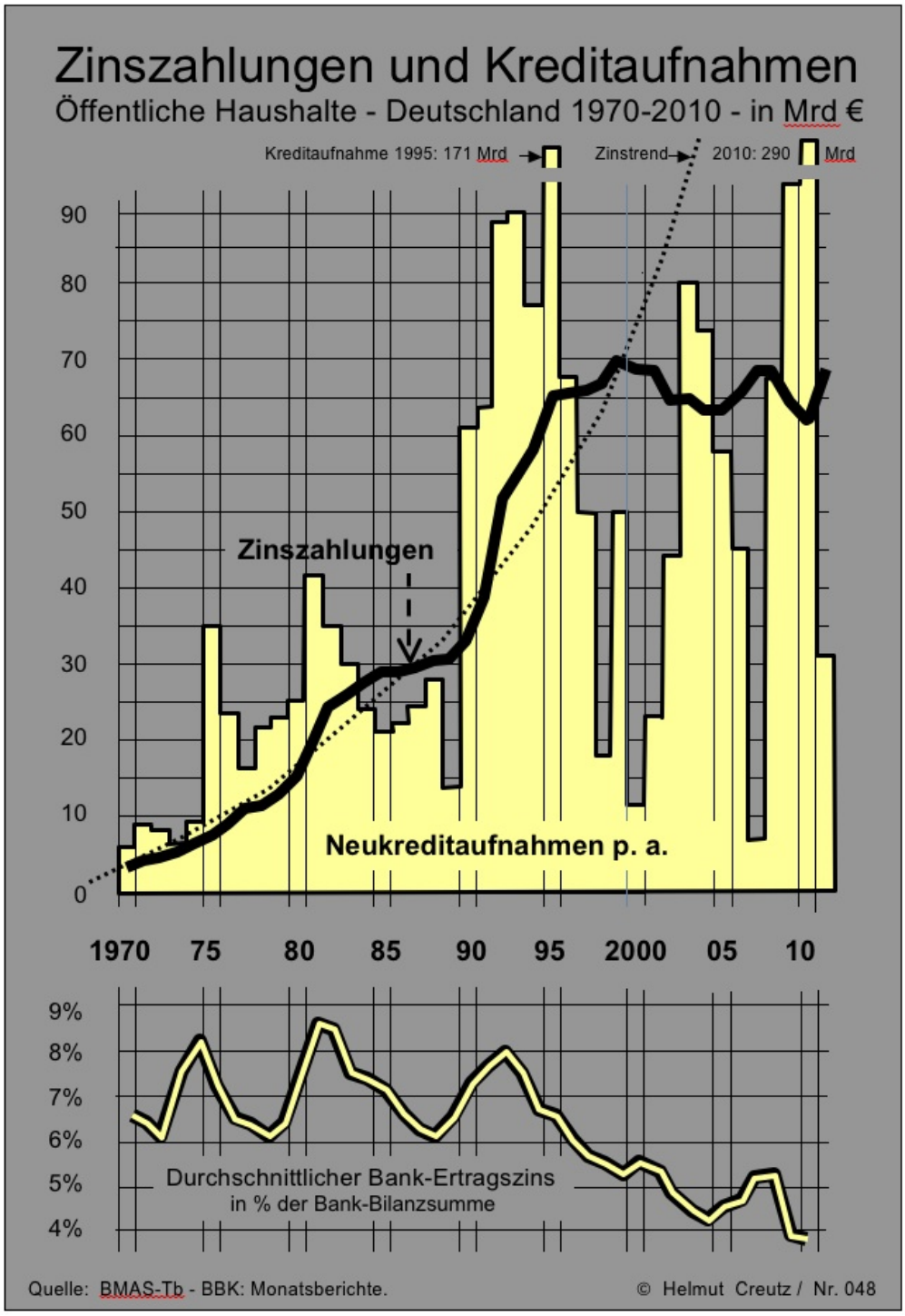
Auf diese *„Selbstalimentation der Geldvermögensbildung“* durch die Zinsgutschriften hatte übrigens die Deutsche Bundesbank bereits einmal im Oktober 1993 hingewiesen und ebenso darauf, dass diese Selbstvermehrung damals schon bei 80 Prozent der Neuersparnisse gelegen hat! Da jedoch alle Einkommen letztendlich immer zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt werden, bedeutet diese „Selbstalimentation“, dass in jeweils gleicher Höhe die Arbeitseinkommen gekürzt werden mussten, wenn auch zumeist indirekt und versteckt über die Zinsanteile, die mit allen Ausgaben zu bedienen sind! Und das daraus resultierende Verteilungs-Dilemma zwischen Kapital und Arbeit und dessen Folgen für die Beschäftigung, wurde von dem Präsidenten der Landeszentralbank Niedersachsen, Prof. Helmut Kotz, in seiner Neujahrsansprache 2001 einmal so umschrieben:

"In der unvollständigen Welt, in der wir leben,....ist Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- und Kapitaleinkommensbeziehern, die in der Summe bisweilen höher als die Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt....Nur dann, wenn der Reallohn, der von den Arbeitnehmern gefordert wird, zu der Mindestkapitalverzinsung passt,....wird auch die Inflationsrate stabil bleiben."

Das heißt: Wenn das Wachstum der Wirtschaft nicht mit jenem des Kapitals Schritt hält, müssen die steigenden Kapitalansprüche entweder über Arbeitslosigkeit oder sinkende Löhne ausgeglichen werden, so wie das bei der „Agenda 2010“ unter Kanzler Schröder auch praktiziert wurde. Klappt das nicht, dann bleibt eben nur eine Inflationierung des Geldes übrig! Das aber bedeutet, dass unter den heutigen Bedingungen Vollbeschäftigung und Kaufkraftstabilität nur durch Wirtschaftswachstum in den Griff zu bekommen sind, ein Wachstum das mindestens so hoch sein muss, wie die von Jahr zu Jahr exponentiell wachsenden Ansprüche des Kapitals!

Die Folgen in der Wirtschaft

Auf Grund dieser Vorrangstellung der Bedienung des Geldkapitals bleiben den Unternehmen, vor allem den hoch verschuldeten, als Ausweg aus dem Dilemma nur Einsparungen im Lohnbereich bzw. bei den Investitionen übrig. Beides führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit zu einem weiteren Rückgang der Massekaufkraft, wodurch sich die Folgen der Einkommensumverteilungen wiederum verstärken. Außerdem schwinden die Steuereinnahmen und damit die Möglichkeiten der Staaten zur Förderung der Konjunktur. Das vor allem, wenn der Staat bereits selbst in der Schuldenfalle steckt und – wie bei uns der Fall – zwischen 1970 und 2000 alle Zinszahlungen mit Neukreditaufnahmen finanziert hat, wie aus der *Darstellung 3* ersichtlich.



Darstellung 3: Zinszahlungen und Kreditaufnahmen

Diesen fast unglaublichen Tatbestand, dass die ganzen Kreditaufnahmen in diesen 30 Jahren für den Staat zu nichts nutze waren und nur die Reichen über Zinszahlungen in gleicher Höhe um rund 1.500 Mrd. reicher gemacht haben, hat Prof. Reimund Jochimsen, Direktor der Landeszentralbank von NRW, bereits im Frühjahr 1999 einmal bestätigt:

"In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genau so viel ausgegeben wie bisher."

Die Auswirkungen im Sozialbereich

Bisher wurden nur die Überansprüche des Kapitals vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklungen in der Wirtschaft behandelt. In sozialer Hinsicht kommt jedoch noch ein Wirkungsmechanismus hinzu, dessen Größenordnung und Folgewirkung uns bisher kaum bewusst ist: Die durch die Zinsströme ausgelösten Einkommens-Umverteilungen:

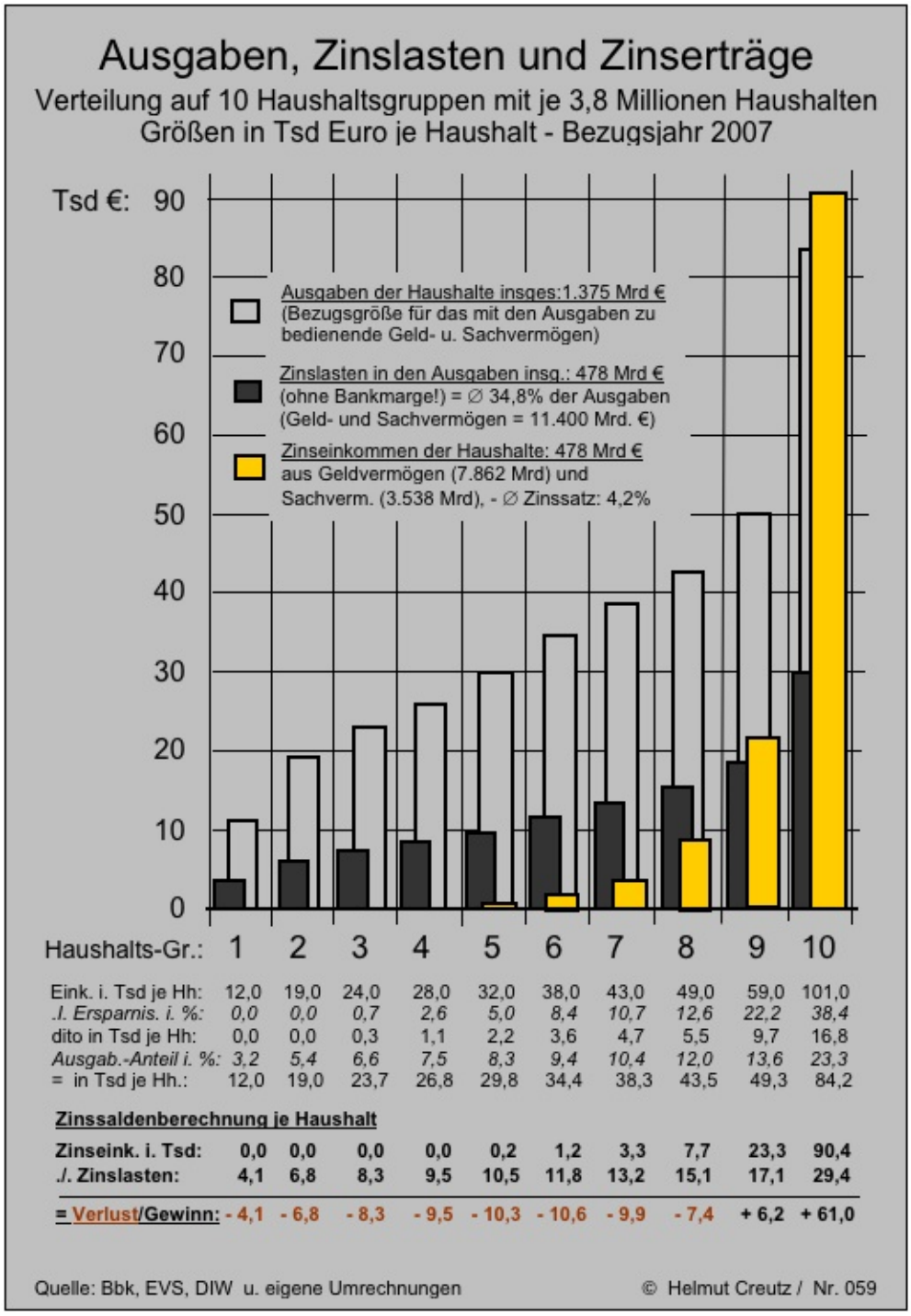
Dass alle Kosten des Kapitals, genau so wie die des Personals und des Materials, in die Preise eingehen, ist uns meist geläufig. Denn jeder Unternehmer, dem es nicht gelingt alle diese Kosten in voller Höhe in die Preise zu überwälzen, ist sehr schnell pleite. Das aber heißt, der Normalverbraucher zahlt mit seiner Nachfrage am Ende der Kette auch sämtliche in der Wirtschaft anfallende Zinsen! Rechnet man die Verzinsungen des schuldenfreien Eigenkapitals der Unternehmen mit ein, liegen diese weitergereichten Kapitalkosten inzwischen mindestens bei 35 bis 40 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben! Bedenkt man, dass alleine die Wohnungsmieten zu 60 bis 80 Prozent aus Zinsen bestehen und dass die zu verzinsenden Gesamtverschuldungen in unserer Volkswirtschaft bereits das Dreifache des BIP überstiegen haben, ist dieser Durchschnittsanteil nachvollziehbar. – Auch wenn dieser Anteil derzeit auf Grund der extrem niedrigen Zinsen in Deutschland geringer ausfallen dürfte: Spätestens beim Einsatz der so genannten Rettungsschirme werden wir mit den ansonsten höheren Zinssätzen sehr bald wieder in Berührung kommen.

Natürlich nehmen im Gleichschritt mit den Zinslasten auch die Zinserträge der Endverbraucher zu, wenn auch um die Bankmarge verkürzt. Aber wie bereits aus der *Darstellung 1* ersichtlich, ist der Verteilungsschlüssel für diesen Zins-Rückfluss nicht die Höhe der Haushaltsausgaben, sondern die der jeweiligen Vermögenswerte, die sich wesentlich ungleicher als die Ausgaben verteilen! Die Folge ist, dass gut acht Zehntel der Haushalte bei diesem Zins-Umverteilungs-Monopoly höhere Zinsen zahlen als sie selbst – wenn überhaupt! – erhalten! Bei dem neunten Zehntel gleichen sich die Zinsströme in etwa aus, während bei dem reichsten Zehntel die Nettoverluste der Mehrheit als Nettogewinne zu Buche schlagen, wie aus der *Darstellung 4* ersichtlich.

Bei jedem Zehntel der Haushalte sind im Hintergrund die Säulen der Ausgaben angeführt, aus denen sich – mit dem hier ermittelten Durchschnitts-Anteil von 34,8 Prozent – die Zinszahlungen ergeben (dunkle Säulen). Zieht man davon die erhaltenen Zinsen ab (helle Säulen), ergeben sich in jedem Haushalts-Zehntel als Saldo der Umverteilung die jeweiligen Verluste und Gewinne, die in der untersten Tabelle auch in Zahlen wiedergegeben sind. Wie ersichtlich, gehören auf jeden Fall die ersten acht ärmeren Haushalts-Zehntel zu den Verlierern.

Auf diese Weise werden über die indirekten Zinszahlungen und die diesen gegenüber stehenden Zinseinkünfte in Deutschland täglich etwa 600 bis 1000 Millionen Euro von der Mehrheit zur Minderheit umgeschichtet, und das in ständig zunehmenden Größenordnungen! Und diese Diskrepanzen zwischen Arm und Reich nehmen aufgrund einfacher mathematischer Gesetzmäßigkeiten so lange zu, wie die Wachstumsraten des Kapitals über jenen der Wirtschaft liegen, wie bei uns seit den 1950er Jahren mit zunehmendem Tempo der Fall! Und der heute oft strapazierte und kaum noch vorhandene Spielraum in der Politik, entweder mehr Wachstum auf Kosten der Umwelt oder mehr Umweltschutz auf Kosten des sozialen Friedens, wird immer enger. Denn nicht die wachsenden Ansprüche der Arbeit an den Sozialstaat sind die Ursache unserer Engpässe,

sondern die seit Jahrzehnten im Übermaß wachsenden Ansprüche des Kapitals an das Sozialprodukt! Und vor diesem Hintergrund traut sich kaum noch ein Politiker z. B. Ökosteuern vorzuschlagen, die den Verbrauch tatsächlich drosseln, die Umwelt entlasten und uns damit den Weg in eine Wirtschaft ohne Wachstum öffnen würden.



Darstellung 4: Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge

Was müsste geschehen?

Zur Schließung des Kreislaufs müssen in jeder Volkswirtschaft alle Geldvermögens-Ausweitungen über Kredite wieder in die Wirtschaft zurückgeführt werden. Da dies heute

nur über ständig positive Zinsbelohnungen möglich ist, kommt es durch den Zinseszinseffekt zu jenen zunehmenden Selbstbeschleunigungen der Geldvermögens-Entwicklungen, die vorstehend beschrieben wurden. Bert Rürup hat dies hat diese zwar einmal als „achtes Weltwunder“ bezeichnet, jedoch offensichtlich ohne sich über dessen Wirkungsmechanismen im Klaren zu sein!

Denn ursächlich für diesen Vermehrungsautomatismus ist der Tatbestand, dass der unverzichtbare Knappheitsindikator Zins, im Gegensatz z.B. zu den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten, nie gegen Null heruntergeht, selbst nicht in Sättigungs- oder gar Übersättigungsphasen. Ursache für diesen widernatürlichen Effekt ist wiederum der Tatbestand, dass die Haltung bzw. Zurückhaltung des Geldes, im Gegensatz zu Gütern und der Arbeit, mit keinen Durchhaltekosten verbunden ist: Die Güter altern oder verderben, der arbeitende Mensch muss sich ernähren usw.! Dieses Fehlen der Durchhaltekosten aber macht das Geld den Gütern und auch der Arbeit überlegen und garantiert einen dauerhaften positiven Zins!

Aus dieser heutigen Überlegenheit des Geldes resultiert dann auch die Möglichkeit, aus seiner leihweisen Überlassung auch dann noch eine Belohnung zu erpressen, wenn gar keine Knappheit mehr besteht. Das heißt, bei dieser „öffentlichen Einrichtung Geld“ wird das Blockieren nicht belangt (wie beispielsweise bei einem öffentlichen Parkplatz oder einer Fahrbahn!), sondern dessen Freigabe wird über eine Belohnung geregelt, deren Höhe der Freigeber letztlich auch noch selbst bestimmt!

Wenn wir die heutigen Probleme überwinden wollen, sowohl die des monetären Überwachstums als auch der daraus resultierenden allgemeinen Wachstumszwänge, müssen wir also an dieser Fehlstelle ansetzen! Das heißt, die Haltung von Geld – also Bargeld und ggfs. auch der Sichtguthaben – müsste mit Kosten verbunden werden, die diese Überlegenheit des Geldes gegenüber Gütern und Arbeit neutralisieren.

Silvio Gesell schreibt in diesem Zusammenhang von *„rostenden Banknoten“*, John Maynard Keynes, der diesen Gedanken aufgriff, von *„carrying costs“* (Durchhaltekosten). Und in seinem bereits 1936 veröffentlichten Hauptwerk war Keynes sogar der Meinung, dass die Einführung dieser Durchhaltekosten *„der vernünftigste Weg“* sein würde, *„um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden“*. Und weiter: *„Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben würden. - Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben, aber seine Anhäufung würde nicht wachsen.“* Und damit – so kann man hinzufügen – auch nicht mehr der Zwang zum ständigen Wachsen in der Wirtschaft!

Das heißt, als Knappheitsindikator ist der Zins unverzichtbar, aber es muss verhindert werden, dass er, auch bei Überwindung der Knappheiten, immer noch im positiven Bereich verbleibt und damit im Gegensatz zu den Knappheitsgewinnen in der Güterwirtschaft, die in diesen Situationen zwangsläufig um Null pendeln!

Gerade weil der Euro kaum noch zu retten sein wird, wäre es höchst verdienstvoll, wenn man wenigstens bei einem Neuanfang nicht wieder mit den gleichen Fehlern beginnen

würde. Mit jenen Fehlern, die einer gerechten Welt entgegenstehen und uns heute zur Zerstörung unserer eigenen Lebensbasis zwingen!

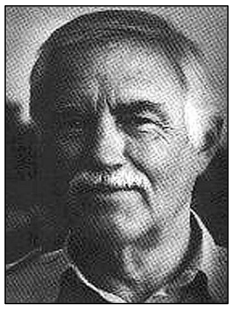
Artikelherkunft:

Vom Autor zusammengestellt aus:

Creutz, H. (2004): Die 29 Irrtümer rund ums Geld. Signum Wirtschaftsverlag

Creutz, H. (2012): Das Geld-Syndrom, Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, Mainz-Wissenschaftsverlag

Über den Autor



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, ist Architekt, Betriebsleiter, Schriftsteller und Mitbegründer der Grünen. Er befasst sich seit 30 Jahren mit den Auswirkungen unserer Geldordnung auf Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem vor dem Hintergrund sozialer und ökologischer Folgen.

Wachstumszwang und Wachstumsdrang in der modernen Wirtschaft

Hans Christoph Binswanger

Die moderne Wirtschaft ist auf Wachstum angelegt. Sie unterliegt einem Wachstumszwang und einem Wachstumsdrang. Wachstumszwang heißt, dass die Alternative zum Wachstum Schrumpfung ist. Wachstumsdrang heißt, dass in der modernen Wirtschaft Kräfte wirksam sind, die das Wachstum über das zur Vermeidung der Schrumpfung notwendige Ausmaß hinaustreiben.

Das Wachstum ist in den letzten 20 Jahren in gefährlicher Weise ausgeufert. Es droht immer häufiger in spekulative Blasen auszuarten. Das Platzen solcher Blasen führt über Finanzkrisen zu Wirtschaftskrisen. Wenn die Unterstützungsmaßnahmen der Zentralbanken und der Regierungen helfen, die Krise zu überwinden, führt dies zwar zu einer neuen Belebung des Wachstums, aber auch bald wieder zu neuen Krisenerscheinungen, zur Bildung neuer Blasen oder zur Inflation. Zusätzlich müssen wir in der Folge des fortdauernden Wachstums mit der Zunahme ökologischer Krisen rechnen. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, als sich die ersten Anzeichen solcher Krisen bemerkbar machten, sind überall große Anstrengungen zur Ressourceneinsparung und zum Umweltschutz unternommen worden. Aber trotz vieler Erfolge hat der Verbrauch von Rohstoffen, Energie, Wasser und Boden sowie die Menge der Abfälle, der Emission von Treibhausgasen und anderer Emissionen in einer Weise zugenommen, dass die ökologischen Krisen immer deutlicher spürbar werden.

Im Zuge von Finanz- und Wirtschaftskrisen flacht sich zwar der Ressourcen- und Umweltverbrauch ab, aber die ökonomischen Krisen sind nicht die »Lösung« für ökologische Krisen. Vielmehr gilt es, die Wirtschaftsstruktur und den Wirtschaftsprozess so zu ändern, dass die wirtschaftliche Entwicklung sowohl weniger krisenanfällig und damit ökonomisch stabiler wird, als auch gleichzeitig dem ökologischen Anspruch auf Vermeidung von Raubbau an der Natur genügt. Eine solche nachhaltige Wirtschaftsweise ist nicht möglich ohne Mäßigung. Dabei geht es nicht um einen Verzicht auf Wachstum, sondern um eine Minderung des exponentiellen Wachstumszwangs und Wachstumsdrangs. Das Ziel muss sein, den Reichtum zu halten, indem man auf seine exzessive Steigerung verzichtet. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die globale Wachstumsrate so weit gesenkt werden, dass das Wachstum nicht immer wieder in spekulative Blasen ausartet, die, wenn sie platzen, die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen, und außerdem nur so hoch ist, dass die durch spezifische Maßnahmen erreichte bzw. erreichbare Minderung des Ressourcen- und Umweltverbrauchs pro Produkteinheit nicht ständig durch eine Erhöhung der Produktmenge überholt wird.

Da der Ressourcen- und Umweltverbrauch durch die Zunahme der Weltbevölkerung mitverursacht wird, müssen ergänzende Maßnahmen zur Bremsung des Bevölkerungswachstums durch eine entsprechende Bevölkerungspolitik hinzutreten. Um sich vorstellen zu können, welche Reformen nötig sind, um eine Minderung des Wachstumszwangs und Wachstumsdrangs zu erreichen, muss die Funktionsweise der modernen Wirtschaft eingehender untersucht werden, als dies in der konventionellen Ökonomie üblich ist. Insbesondere muss das Geld und die sich ins Unendliche fortsetzende

Geldschöpfung mit ihrer Auswirkung auf den Naturverbrauch in die Erklärung einbezogen werden.

Ausgangspunkt ist die einfache Feststellung: Aufs Geld kommt es an! Im Geld – sowohl in seiner Entstehung wie in seinen Wirkungen – liegt in gewissem Sinn eine Magie verborgen, die ein stetes Wachstum ermöglicht und gleichzeitig dazu antreibt; eine Magie, die durchaus rational beschrieben werden kann, aber doch als Magie bestehen bleibt. Ohne Einbezug dieser Magie ist die moderne Wirtschaft nicht erklärbar und nicht im Sinne der Nachhaltigkeit reformierbar.

Zuerst muss man wissen, was Geld ist; was *heute* Geld ist. Geld ist alles, womit man zahlen kann, nämlich einerseits mit Banknoten, also mit Papiergeld, sowie andererseits mit Sichtguthaben bei den Banken, d.h. mit Guthaben, die auf den Girokonten bei den Banken verbucht werden. Das Bank- oder Buchgeld kann in Banknoten eingelöst werden, aber die Banknoten nicht mehr wie früher in Goldmünzen. Die letzten Reste einer solchen Einlösungspflicht sind anfangs der 1970er Jahre abgeschafft worden. Seither ist die Zentralbank in der Lage, ohne Rücksicht auf irgendwelche Goldreserven den Banken Einlagen auf Zentralbankkonten zur Verfügung zu stellen, die in Banknoten umgewandelt werden können. Auf diese Weise kann die Menge des Geldes – des Zentralbankgeldes und des Bank- bzw. Buchgeldes – stets erhöht werden, ohne an Grenzen zu stoßen, die früher durch die begrenzten Goldvorräte gegeben waren. Man spricht daher von Geldschöpfung in Analogie zur Weltschöpfung, von der es heißt, dass sie aus dem Nichts entstanden ist.

Der »Zaubertrick« der Geldschöpfung ist, dass sie sowohl das reale Wachstum des Sozialprodukts und damit der Einkommen der Haushalte verursacht als auch, wenn sich das Wachstum fortsetzt, gleichzeitig eine ständige Steigerung der Gewinne – der Geldgewinne – ermöglicht, die das Wachstum attraktiv machen. Die Geldschöpfung lohnt sich also sowohl im Bereich der realen als auch im Bereich der monetären Werte.

Dadurch erhält das wirtschaftliche Wachstum gewissermaßen eine magische Anziehungskraft. Wie kommt es zu dieser Belohnung, zu dieser Anziehungskraft? Dies ist die entscheidende Frage, der die konventionelle Ökonomik ausweicht, der man sich aber stellen muss, wenn man den Wachstumsprozess, der sich in einer Spiralform entwickelt, in seiner Funktionsweise begreifen will. Ich gehe in drei Schritten vor, um diese Entwicklung zu erklären. In drei weiteren Schritten werden die Konsequenzen aufgezeigt.

1. Das Prinzip der Geldschöpfung: Schulden verwandeln sich in Geld

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Feststellung, dass die Banken nicht einfach nur Geld, das von irgendjemand gespart wird, an diejenigen vermitteln, die Geld benötigen, d.h. von dem einen Geld leihen, das sie anderen weiterverleihen. Sie sind nicht nur Zwischenhändler. Vielmehr schöpfen sie, wie bereits gesagt, zusammen mit der Zentralbank, Geld. Sie sind Produzenten von Geld. Sie schaffen ständig neues Geld. Wie geschieht dies? Die Geldschöpfung erfolgt durch Kreditschöpfung, d.h. dadurch, dass die Banken den Kreditnehmern – es handelt sich neben dem Staat und den privaten Haushalten vor allem um Unternehmungen – den Kreditbetrag auf einem Giro- oder Kontokorrentkonto bei sich gutschreiben. Dieser Kreditbetrag ist eine Einlage bei der Bank, die man als Sichteinlage bezeichnet, weil man ohne Voranmeldung – auf Sicht – über sie verfügen, d.h. damit zahlen oder sie in Banknoten einlösen kann.

Der Kredit der Bank an den Kreditnehmer ist eine Schuld des Kreditnehmers an die Bank. Aber das Guthaben des Kreditnehmers bei der Bank, die Sichteinlage, ist ebenfalls eine Schuld, nämlich eine Schuld der Bank an den Kreditnehmer. Sie wird auf der Passivseite der Bankbilanz gebucht. Warum? Weil die Bank verpflichtet ist, dieses Guthaben in Banknoten, d.h. in Geld der Zentralbank, einzulösen. *Diese Schuld ist aber – wir haben es schon gesagt – gleichzeitig Geld, nämlich Bank- oder Buchgeld*. Weil man mit dem Bank- oder Buchgeld genauso gut oder sogar noch bequemer als mit Bargeld – durch Schecks, Überweisungsaufträge oder mit Hilfe von Kreditkarten – zahlen kann, wird es nur zu einem geringen Teil in Banknoten eingelöst. Es bleibt somit als Sichtguthaben der Kreditnehmer bei der Bank und damit als Schuld der Bank auf den Girokonten der/Kreditnehmer stehen. Das Bank- oder Buchgeld vermehrt sich daher ständig mit den Schulden der Kreditnehmer *und* den Schulden der Banken, *also durch eine gegenseitige Verschuldung von Kreditnehmern und Banken*.

Die Verschuldung der Banken und die Verschuldung der Kreditnehmer sind nun allerdings asymmetrisch. Der Kreditnehmer muss die Schuld begleichen und einen Zins bezahlen, solange er schuldig bleibt. Die Banken hingegen müssen nur einen kleinen Teil der Schuld begleichen, nämlich den (geringen) Teil, der in Banknoten eingelöst wird. Sie brauchen auch für diese Schuld keinen bzw. nur einen geringen Zins zu zahlen. Warum? Weil ihre Schuld eben Geld darstellt.

Wie steht es nun aber mit den Banknoten der Zentralbank? In dem (geringen) Ausmaß, als das Buchgeld in Banknoten eingelöst wird, steigt deren Menge parallel zur Ausweitung der Buchgeldmenge, indem die Zentralbank den Banken Zentralbankgeld auf dem Kreditweg – genauer; durch Übernahme eines Teils der Kredite, die die Banken gewährt haben – in Form von Einlagen bei sich zur Verfügung stellt. Die Banken verschulden sich also bei der Zentralbank. Das Zentralbankgeld, d.h. die Zentralbankeinlagen der Banken bzw. die Banknoten, sind aber ebenfalls eine Schuld – eine Schuld der Zentralbank. Sie wird auf der Passivseite der Zentralbankbilanz gebucht, denn die Zentralbank musste sie ursprünglich in Gold einlösen. Auch hier handelt es sich also um eine gegenseitige Verschuldung, nämlich eine Verschuldung der Banken bei der Zentralbank und der Zentralbank bei den Banken.

Auch in diesem Fall sind die Verschuldungen asymmetrisch. Die Banken müssen die Schuld begleichen, d.h. die Kredite an ihre Kreditnehmer, die sie an die Zentralbank weitergereicht haben, wieder zurücknehmen und für den Kredit einen Zins bezahlen. Die Zentralbank selber muss aber – das ist nun das Entscheidende – ihre Schuld nie begleichen, weil sie sie nie mehr in Gold einlösen muss. Es handelt sich um eine »ewige« Schuld. Die Zentralbank zahlt auch den Banken in der Regel keine Zinsen, weil die Zentralbankschuld für die Banken – und, wenn sie in Banknoten umgewandelt wird, auch für die Nicht-Banken – Geld darstellt.

Daraus resultiert: Da die einzige Schranke für die Ausgabe von Buchgeld der Banken ihre Einlösbarkeit in Zentralbankgeld bzw. Banknoten ist, diese aber nicht mehr in Gold eingelöst werden müssen, und weil die Zentralbank den Banken daher grundsätzlich unbeschränkt Zentralbankgeld bzw. Banknoten zur Verfügung stellen kann, beruht unser ganzes Geldsystem heute auf der Vermehrung »ewiger« Schulden. »Ewige« Schulden, die man nie bezahlen muss, kann man unendlich vermehren! So werden Schulden zu Geld, d.h. zu Vermögen, das sich unendlich anhäuft. Das ist das Wesen der im Geldsystem waltenden Magie: aus Minus (-) gleich Schuld wird ein Plus (+) gleich (Geld-) Vermögen.

2. Die Metamorphose des Geldes: Das Wachstum der Geldmenge verwandelt sich in reales Wachstum

Maßgebend für die Metamorphose des Geldes in reale Güter ist: Die Kredite der Banken werden von den Unternehmungen im Wesentlichen dazu verwendet, zu investieren, d.h., um zusätzliche Rohstoffe, Energie und Arbeitsleistungen zu kaufen und mit deren Hilfe die Produktion zu steigern, denn sie wollen ja Geld verdienen, indem sie Güter produzieren, die sie verkaufen können. So wird das neu geschöpfte Geld, wenn auch erst *nachträglich*, doch einlösbar – zwar nicht in Gold, aber in zusätzlich produzierte Güter. Es ist zwar in der Regel eine geringe Erhöhung des Preisniveaus damit verbunden, die sogenannte schleichende Inflation, aber die Produktionsmenge steigt normalerweise schneller. Die Geldvermehrung verpufft also nicht einfach in Inflation. Die Geldschöpfung führt vielmehr zur realen Wertschöpfung, d.h. zu einem realen Zuwachs des Sozialprodukts. Dies ist die moderne Metamorphose des Geldes, d.h. die Verwandlung des Geldes in reale Güter. So wird das Geld, das (Geld-)Vermögen, auch zu einem realen Vermögen.

3. Das Perpetuum mobile: Die Geldschöpfung führt über die Wertschöpfung zur Zunahme der Gewinne – und die Zunahme der Gewinne ermöglicht weitere Geld- und Wertschöpfung

Damit die Verwandlung der Geldschöpfung in reale Wertschöpfung gelingt, müssen die Unternehmungen, die in Ergänzung zum Eigenkapital Kredite aufnehmen, einen Gewinn erzielen können, aus dem der Zins für die Kredite bezahlt wird und der darüber hinaus auch noch einen Reingewinn enthält, der das Investitionsrisiko des Eigenkapitals kompensiert.

Das Investitionsrisiko ergibt sich daraus, dass die Investitionen erst in der Zukunft ausreifen, indem die Güter, die aufgrund der Investitionen heute produziert werden, erst morgen verkauft werden können; denn sie können erst verkauft werden, wenn sie produziert worden sind. Die Arbeitsleistungen und Produktionsmittel (Boden, Energie, Rohstoffe) müssen aber heute schon bezahlt werden – und die Zukunft ist immer unsicher. Ohne Aussicht auf einen Gewinn, d.h., ohne dass der Erwartungswert des Gewinns positiv ist, werden daher die Unternehmungen nicht investieren, kein Kapital einsetzen, das Investitionsrisiko nicht auf sich nehmen. Dies muss im Durchschnitt für *alle* Unternehmungen gelten, wenn die Wirtschaft funktionieren soll.

Das heißt: Es muss die Chance eines Gewinns stets größer sein als die Chance eines Verlusts. Der Erwartungswert des Gewinns in der Gesamtwirtschaft muss positiv sein. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn die Häufigkeit des Gewinns stets größer war und weiterhin größer ist als die Häufigkeit des Verlusts, wenn also die Unternehmungen im Saldo stets Gewinne gemacht haben und machen, also aus der Summe von Gewinnen und Verlusten stets ein Gewinnüberschuss resultiert. Wie ist dies möglich?

Die Gewinne aller Unternehmungen zusammen sind grundsätzlich gleich der Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen, genauer: zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen für die Herstellung der Produkte, aus denen sie dann Einnahmen erzielen. Damit die Unternehmungen zusammen im Saldo stets Gewinne erzielen können, müssen daher die Einnahmen aller Unternehmungen zusammengenommen stets größer sein als die Ausgaben aller Unternehmungen zusammen. Dies ist offensichtlich nicht möglich, wenn das Geld nur im Kreis läuft, d.h., wenn das Geld,

das die Unternehmungen den Haushalten für ihre Produktionsleistungen bezahlen, einfach wieder von den Haushalten dazu verwendet wird, um die Produkte zu kaufen, die die Unternehmungen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Denn dann würden sich Einnahmen und Ausgaben der Unternehmungen nur immer gerade ausgleichen. Es entstünde also in der Summe von Gewinnen und Verlusten kein positiver Gewinnsaldo. Es könnten dann weder Zinsen bezahlt noch Reingewinne erzielt werden, die das Risiko des Kapitaleinsatzes decken. Ein positiver Gewinnsaldo und damit die Möglichkeit, Zinsen für das Fremdkapital zu bezahlen und Reingewinne zu erzielen, kann gesamtwirtschaftlich nur entstehen, wenn ständig Geld zufließt.

Wie fließt aber in der modernen Wirtschaft Geld zu? Wir wissen es bereits: indem die Unternehmungen bei den Banken Kredite aufnehmen, die die Banken mindestens zum Teil durch Geldschöpfung bereitstellen, also durch Vermehrung der Geldmenge auf dem Kreditweg. Die Unternehmungen brauchen die Kredite – wie gesagt – , um zu investieren, d.h., um das aufgenommene Geld, zusammen mit dem reinvestierten Reingewinn, für den Kauf zusätzlicher Arbeitsleistungen und Produktionsmittel zu verwenden, also um zu wachsen. Die Einkommen der Haushalte als Anbieter dieser Arbeits – und Produktionsvorleistungen steigen auf diese Weise mit dem Wachstum des Sozialprodukts, und die Gewinne der Unternehmungen steigen ihrerseits mit dem Wachstum der Einkommen der Haushalte, die für den Kauf der Produkte ausgegeben werden, die die Unternehmungen hergestellt haben.

Dabei ist zu beachten: Die Haushalte geben ihr Einkommen für den Kauf der Produkte, welche die Unternehmungen herstellen, *sofort* aus. Ihre Einkommen werden daher *sofort* zu Einnahmen der Unternehmungen, die aus dem Verkauf der Produkte an die Haushalte resultieren. Der Einkommenseffekt der Investitionen tritt also unmittelbar ein. Zu diesem Zeitpunkt können die Unternehmungen aber nur die Produkte verkaufen, die schon produziert worden sind, die sie also vor der neuen Investition hergestellt haben; für deren Herstellung sie also im Betrag der neuen Investitionssumme weniger Geld ausgegeben haben. Der Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt hinkt somit dem Einkommenseffekt hinterher. Der Vorsprung des Einkommens vor dem Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt bedeutet, dass die Einnahmen der Unternehmungen *vor* den Ausgaben für die Produkte, die sie verkaufen, steigen. So entsteht in der Volkswirtschaft gesamthaft, d.h. im *Saldo* aller Gewinne und Verluste, stets ein Gewinn, wenn sich das Wachstum der Wirtschaft fortsetzt.

Dies sind die drei Schritte zur Erklärung der Wachstumsspirale und der ihr zugrunde liegenden Magie. Der Wirtschaftskreislauf weitet sich zu einer Wachstumsspirale aus. Auf diese Weise hält sich der Wachstumsprozess mit Hilfe stets neuer Schulden, die zu Geld werden, selbst im Gange. Er wird zu einem Perpetuum mobile (Vgl. Abb. 1).

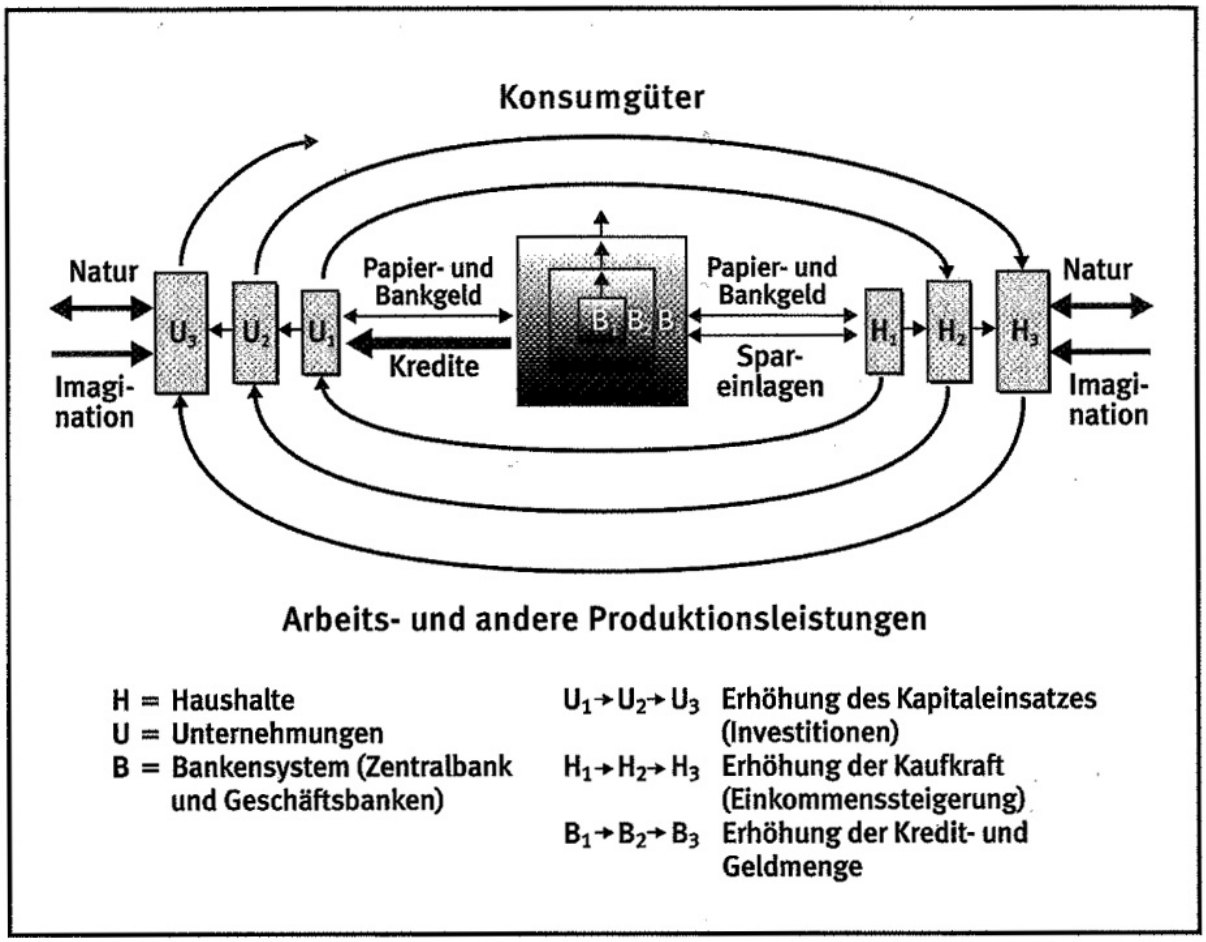


Abbildung 1: Die Wachstumsspirale. Der wirtschaftliche Kreislauf zwischen Haushalten und Unternehmungen – Kauf der von Haushalten erbrachten Arbeits- und Produktionsleistungen durch die Unternehmungen und Kauf der von den Unternehmungen produzierten Konsumgüter durch die Haushalte – weitet sich durch die Investitionen der Unternehmungen sowie durch die Einkommenssteigerung der Haushalte bei jeder »Umdrehung« aus. So wird aus dem Kreislauf eine Spirale. Die Zahlungen der Unternehmungen an die Haushalte und die der Haushalte an die Unternehmungen erfolgen über das Bankensystem (Papier- und Bankgeld). Das Bankensystem weitet sich aus durch das Wachstum der Bankbilanzen aufgrund der Erhöhung der Kredit- und Geldmenge. Die Ausweitung des Kreislaufs zur Spirale wird ermöglicht durch die Entnahme von Ressourcen aus der Natur (bei gleichzeitiger Abgabe von Abfällen und Emissionen an die Natur), durch die Imagination des Menschen, der neue Produkte und Verfahren erfindet, sowie durch die Geldschöpfung auf dem Kreditweg (dicke Pfeile).

4. Der Wachstumszwang: Die Alternative zum Wachstum ist Schrumpfung!

Das Wachstum des Sozialprodukts mündet allerdings – das ist die Kehrseite der Medaille – in einen Wachstumszwang. Der Wachstumsprozess *muss* immer weitergehen, denn wenn nicht immer eine neue Ausweitung der Geldmenge aufgrund neuer Investitionen erfolgt, die eine zusätzliche Nachfrage erzeugt, fällt die aus der letzten Investition nachrückende Angebotserhöhung sozusagen ins Leere. Dann steht dem schon erfolgten Zuwachs des Angebots kein entsprechender Zuwachs der Nachfrage gegenüber. Der Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt der Investitionen der vergangenen Periode tritt ein, ohne dass er vom Einkommenseffekt einer neuen Investition aufgenommen wird. Entsprechend sinkt die Gewinnrate.

Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass sich durch die Zinszahlungen der Unternehmungen an die Banken die Geldmenge ständig reduziert. Dieser Geldschwund muss wieder durch eine zusätzliche Erhöhung der Bankkredite ausgeglichen werden. Sonst sinkt die Gewinnrate schließlich unter die Höhe, welche die Unternehmungen bzw. die Kapitalgeber im Minimum für das Eingehen des Investitionsrisikos erwarten. Dann werden die Unternehmungen nicht mehr für Ersatzinvestitionen sorgen und so allmählich die Produktion auslaufen lassen. Schließlich können auch die Zinsen nicht mehr bezahlt werden. Ein immer größerer Teil der Unternehmungen wird Verluste machen und daher durch Bankrott aus dem Produktionsprozess ausscheiden. An die Stelle des Wachstums der Wirtschaft tritt eine fortlaufende Schrumpfung der Wirtschaft. Die Wachstumsspirale kehrt sich um und mündet in eine Schrumpfungsspirale. Offenbar besteht also im heutigen Geldsystem ein Wachstums*zwang* in dem Sinne, dass, wenn eine minimale Wachstumsrate unterschritten wird, die Alternative zum Wachstum Schrumpfung ist. (Vgl. Abb. 2) Das heißt: Stabilität und Nullwachstum sind im heute gegebenen Geldsystem nicht möglich.

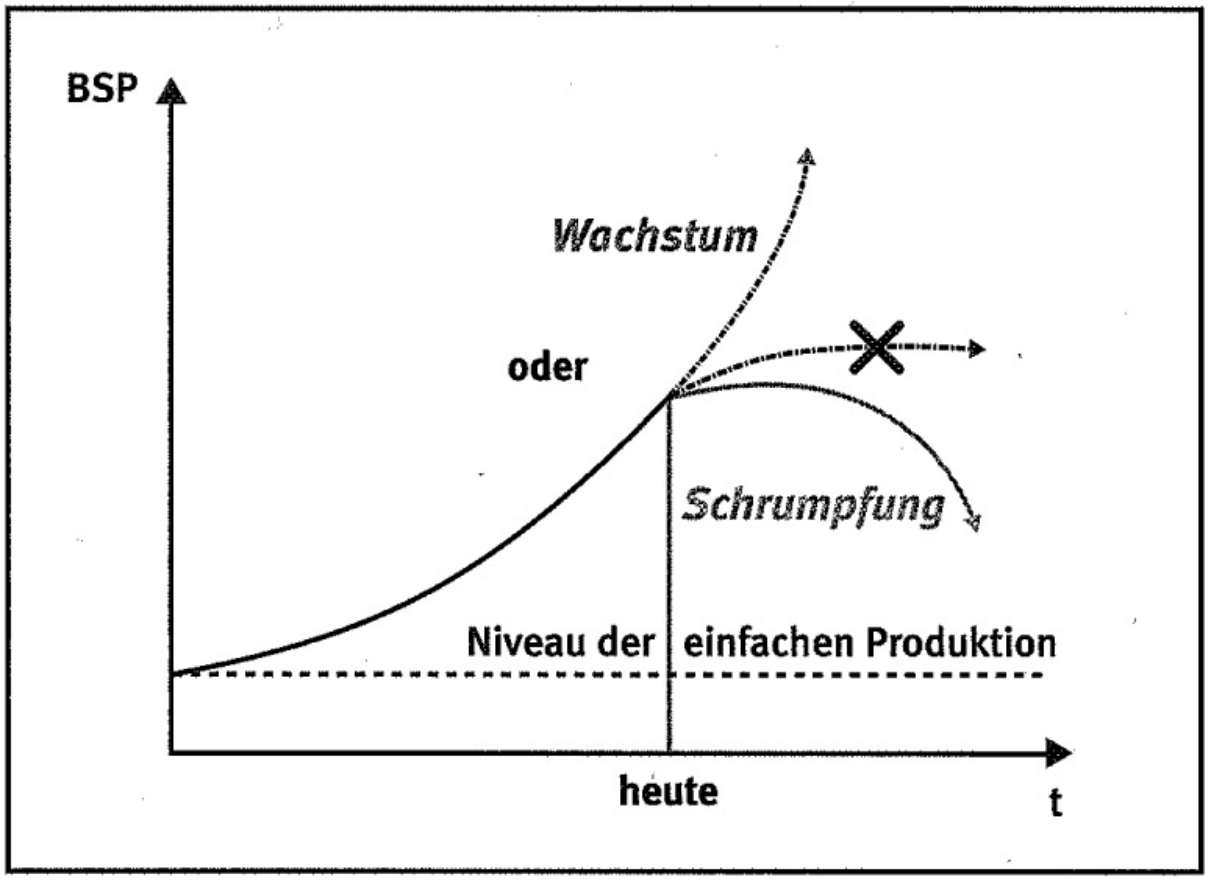


Abbildung 2: Der Wachstumszwang. Die Alternative zum Wachstum ist Schrumpfung.

Es darf bei den gegebenen Bedingungen unseres Geldsystems kein Ende des Wachstums geben. Dieser Zwang ist sozusagen der Preis, den wir für die Magie zahlen müssen, die unser Geldsystem mit dem ihm immanenten wirtschaftlichen Wachstum kennzeichnet.

5. Der Wachstumsdrang: Gewinnmaximierung und Spekulation führen zu Finanzblasen und Wirtschaftskrisen

Dem Wachstumszwang steht ein Wachstums*drang* zur Seite. Dieser ergibt sich daraus, dass die Unternehmungen bzw. die Eigenkapitalgeber, also vor allem die Aktionäre der Aktiengesellschaften, wenn sie schon das Risiko der Investition eingehen, nicht nur einen minimalen, sondern einen möglichst großen Reingewinn erzielen wollen. Dieses Streben nach Gewinnmaximierung wird dadurch verstärkt, dass der Wert des Eigenkapitals bzw. der Aktien gleich dem Gegenwartswert der Summe der mit dem Zinssatz abdiskontierten *erwarteten* künftigen Reingewinne ist, und weil die Gewinnerwartung und damit auch die Dividendenerwartung umso höher ist, je größer die Investitionen sind, je größer also das Wachstum der Produktion ist.

Der Wachstumsdrang macht aber nicht bei der Forcierung des realen Wachstums halt. Vielmehr werden in der Dynamik der Geldvermehrung auch Bankkredite aufgenommen, die nicht der Finanzierung produktiver Investitionen dienen, sondern dazu, spekulative Vermögenswerte zu kaufen. Man kauft Vermögenswerte, von denen man annehmen darf, dass sie im Preis steigen werden, wenn sich die Nachfrage wegen der ständigen Geldausweitung weiter erhöht. Wenn man sie jetzt kauft, kann man daher sozusagen gratis einen Vermögensgewinn erzielen. Dies gilt insbesondere für Aktien, deren Wert sich wegen der Reinvestition eines Teils der Gewinne erwartungsgemäß ständig erhöht. Es lohnt sich daher, sich zu verschulden, also Kredite aufzunehmen und dafür Zinsen zu zahlen, solange die erwartete Kurssteigerung höher ist als der Zins. Diese Erwartung ist allerdings eine Spekulation. Wie jede Spekulation ist sie gefährdet, und zwar insbesondere dadurch, dass die Zinsen, die man für die spekulativen Kredite aufgenommen hat, steigen können. Dies ist dann der Fall, wenn die Zentralbank den Geschäftsbanken zur Ausweitung von deren Krediten nur noch gegen höhere Zinsen Kredit gewährt und die Banken ihrerseits entsprechend höhere Zinsen verlangen. Die Zentralbanken erhöhen die Zinsen, wenn sie **–** gerade wegen der spekulativen Geldvermehrung **–** eine inflationäre Entwicklung befürchten. Wenn die Zinssätze für Bankkredite die erwartete Steigerung der Vermögenswerte übersteigen, kommt es zum Zusammenbruch der Spekulation und damit der Finanzblase, woraus eine Wirtschaftskrise folgen kann.

6. Wachstumszwang, Wachstumsdrang und die Knappheit der Natur

Was wäre aber, wenn es keine Finanzkrisen geben würde? Wäre dann alles in Ordnung? Nein, weil sich Wachstumszwang und Wachstumsdrang nur durchsetzen lassen, wenn genügend natürliche Ressourcen vorhanden sind, aus denen die Rohstoffe und die Energie gewonnen werden, welche die Basis der Produktion bilden. Dabei gilt: Die Rohstoffe und Energieträger können der Natur entnommen werden, ohne dass der Eigentümer etwas dafür bezahlen muss. Der Verbrauch der Natur ist gratis. Dies kommt einer Verschuldung gegenüber der Natur gleich, die man nie begleichen muss. Das macht es lukrativ, sich möglichst viele Ressourcen der Natur anzueignen und diese produktiv zu verwerten, denn es entstehen selbstverständlich dort die größten Gewinne, wo man etwas verkaufen kann, das man nicht gekauft hat, weil man es einfach ohne Bezahlung in Besitz nehmen kann.

Mehr und mehr wird jedoch das Wirtschaftswachstum mit der langfristigen Knappheit der Natur konfrontiert, denn die Welt und damit die Natur ist nicht unendlich groß. Ihre Nutzung kann nicht beliebig ausgedehnt werden. Im Gegensatz zum Papier- und Bankgeld, das der

Mensch selber herzustellen vermag, ist die Welt – die Natur – dem Menschen vorgegeben und damit begrenzt.

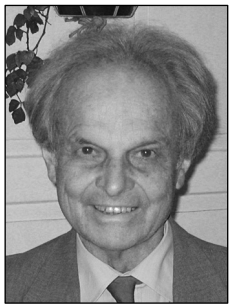
Er sollte haushälterisch damit umgehen, d.h. die Natur nachhaltig bewirtschaften. Diesem Imperativ stehen aber der Wachstumszwang und der Wachstumsdrang entgegen. Bei Licht betrachtet ist die Wachstumsspirale der Wirtschaft ein Schneeballsystem, das darauf beruht, dass die Gewinnauszahlungen an frühere Investoren aus den Einzahlungen neuer Investoren gespeist werden. Man zahlt alte Schulden mit neuen Schulden. Im Unterschied allerdings zu kriminellen Schneeballsystemen, wie sie immer wieder durch betrügerische Kettenbriefaktionen lanciert werden entstehen im gesamtwirtschaftlichen Schneeballsystem der Wachstumsspirale reale Gewinne und Einkommenszuwächse, weil die Natur gezwungen wird mitzuspielen. Die Schulden an die Natur müssen ja nicht beglichen werden. Wenn aber die Natur nicht mehr mitspielt, d.h., wenn sich die natürlichen Ressourcen und unser Lebensraum verknappen, weil wir die Natur bzw. die Naturleistungen nicht nachhaltig bewirtschaften, sondern vergeuden, dann macht sich dies schließlich auch wirtschaftlich bemerkbar. Die Ressourcenpreise steigen tendenziell an, wodurch entweder die Inflation weiter angeheizt wird oder die Gewinne der Unternehmungen bzw. die Einkommen der Haushalte sich schmälern. Gleichzeitig erhöhen sich die Kosten für den Umweltschutz, d.h. die Reparationskosten für die Natur, soweit Reparaturen überhaupt möglich sind. Oder wir gehen der direkten Naturleistungen verlustig, indem wir auf gute Luft, sauberes Wasser, schöne Landschaften, Artenvielfalt und ein menschenverträgliches Klima verzichten müssen. Damit drohen aber schließlich unsere Existenzgrundlagen zu schwinden.

Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist es, das Schneeballsystem, d.h. die sich kumulierende ökonomische und ökologische Verschuldung, rechtzeitig zu bremsen. Wir müssen uns mehr der Qualifizierung des Reichtums als der Steigerung seiner Quantität widmen, um so, wenn auch in quantitativ bescheidenerer Weise als bisher, reich zu bleiben.

Artikelherkunft

Auszug aus: Binswanger, H.C. (2010): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Murmann-Verlag. 2.Auflage, Hamburg.

Über den Autor



Prof. Dr. em. Hans Christoph Binswanger, Jahrgang 1929, studierte Volkswirtschaftslehre in Zürich und Kiel und lehrte von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1994 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Von 1967 bis 1992 war er Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie, seit 1980 geschäftsführend. Von 1992 bis 1995 wirkte er als Direktor des Instituts für Wirtschaft und Ökologie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Geldtheorie, Dogmengeschichte, Umwelt- und Ressourcenökonomie und allgemeine Volkswirtschaftslehre.

Bankgeheimnis Geldschöpfung

Die Weltfinanzkrise wirft viele Fragen auf

Bernd Senf

Jahre lang war in den politischen Diskussionen immer wieder zu hören, zu lesen und zu sehen (dass einem schon fast Hören und Sehen vergingen), die öffentlichen Kassen seien leer. An allen Ecken und Enden fehlten die Mittel, um dringende öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Und nun auf einmal – seit Ausbruch der Weltfinanzkrise – überschlagen sich die Meldungen über staatliche Rettungsschirme für angeschlagene Banken und über Konjunkturpakete in Billionen-Höhe (Dollar bzw. Euro). Eine Billion – das sind Millionen mal Millionen! Entsprechende Programme wurden in kürzester Zeit unter unglaublichem Zeitdruck und sonstigem Druck durch die Parlamente gepeitscht, und in den USA wurden Blankoschecks an den Finanzminister ausgestellt ohne jede weitere Kontrollmöglichkeit des Kongresses über die konkrete Verwendung der Mittel. Dem voraus ging das Platzen riesiger Spekulationsblasen an den internationalen Finanzmärkten, beginnend mit der Immobilienkrise in den USA. Es kam zu dramatischen Kursverlusten, und vermeintliche Geldvermögen und Forderungen von Banken gegenüber Schuldnern lösten sich in Luft auf bzw. wurden zu „finanziellem Giftmüll“, der viel zu lange mit üblen Bilanzfälschungen verschleiert wurde, bis er schließlich immer mehr zum Himmel stank – und der nun in so genannten „bad banks“ mit öffentlichen Geldern entsorgt werden soll. Immer mehr Menschen beginnen sich zu fragen, wie das alles zusammen hängt. Die tieferen Ursachen der Weltfinanzkrise und die Fragwürdigkeit der Mittel zu ihrer Bekämpfung sind bisher allerdings viel zu wenig aufgezeigt und diskutiert worden.

Im Gegensatz zu den meisten Wirtschafts- und Finanzexperten, Politikern und Gewerkschaftlern, die von der Krise völlig überrascht wurden, kam sie für mich überhaupt nicht unerwartet, im Gegenteil: Seit vielen Jahren habe ich auf die im bestehenden Geldsystem verankerten problematischen Strukturen und auf notwendige Veränderungen hingewiesen – wie schon auf dem Titelbild meines 1996 erschienen Buches „Der Nebel um das Geld“ erkennbar wird. Zu den wesentlichen Problempunkten gehören die Struktur und langfristig destruktive Dynamik des Zinssystems; die bestehende Art der Geldschöpfung aus dem Nichts durch (zum Teil private) Zentralbanken und durch private Geschäftsbanken.

Zur Problematik des Zinssystems

Die Problematik des Zinssystems soll hier nur ganz kurz angedeutet werden. Der scheinbar selbstverständliche Zins und Zinseszins lässt die Geldvermögen exponentiell, das heißt in sich beschleunigendem Maße anwachsen. Bei 5 % Zinseszins kommt es nach jeweils knapp 15 Jahren zu einer Verdoppelung. Nach ungefähr 15, 30, 45, 60, 75, 90, 105, 120, 135, 150... Jahren wächst demnach 1 Euro auf 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512, 1024... Euro an. (Die genaue Zahl nach 150 Jahren liegt sogar bei 1.507 Euro.) Aus einer Milliarde würden entsprechend 1,507 Billionen. So schön das aus der Sicht der Geldanleger erscheinen mag, so problematisch ist dieses immer schneller werdende Wachstum aus der Sicht der Schuldner – und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Denn das Anwachsen der Geldvermögen hat zur Grundlage (und treibt hervor) ein entsprechendes Wachstum der Schulden irgend woanders im Gesamtsystem: bei privaten Unternehmen, privaten Haushalten und beim Staat innerhalb eines Landes oder im Ausland.

Die Schulden sind das Spiegelbild der Geldvermögen und sie wachsen wie ein Tumor im menschlichen Körper. Der Zins wirkt demnach wie Krebs im sozialen Organismus. Exponentiell wachsende Zinslasten, die aus dem jährlichen Sozialprodukt aufgebracht werden müssen, können von den Schuldnern im Durchschnitt immer weniger erwirtschaftet werden, weil in einer Welt begrenzter Ressourcen und Absatzmärkte ein exponentielles Wachstum der Realwirtschaft auf Dauer nicht möglich ist. Es muss sich vielmehr – auch bei größten Anstrengungen – nach einigen Jahrzehnten abschwächen, und die Durchschnittsrenditen in der Realwirtschaft werden sinken.

Weil die Geldvermögen trotzdem weiter wachsen wollen, suchen sie – vermittelt durch Banken, Investmentfonds oder Hedgefonds – ihr Glück an den spekulativen Finanzmärkten und treiben dort die Kurse immer mehr in die Höhe, mal an den Aktienbörsen, mal an den Anleihemärkten, mal an den Rohstoff- oder Agrarmärkten, mal an den Devisenmärkten und Hypothekenmärkten und mal bei den Finanzderivaten, dem globalen „Wetten dass“ – wohin sie jeweils unter dem „monetären Stauungsdruck“ auf ihrer Suche nach maximaler Rendite rund um den Globus vagabundieren. Dies alles wurde seit Anfang der 80er Jahre möglich, seitdem der Neoliberalismus und die Fanatiker der Globalisierung begannen, alle traditionellen nationalen Beschränkungen spekulativen Kapitalverkehrs nieder zu reißen und dies als Weg zum weltweit wachsenden Wohlstand propagierten. Die spekulativ in die Höhe getriebenen Kurse entfernten sich auf diese Weise immer weiter von den realwirtschaftlichen Grundlagen und erzeugten die Spekulationsblasen. In völliger Verkennung des Gefahrenpotenzials wurden Jahre lang die Kurssteigerungen an den Börsen gefeiert, und wachsende Teile der Bevölkerung ließen sich in das Börsenfieber hinein ziehen, bis zum bösen Erwachen, als die Blasen mehr und mehr platzten – zunächst an der Peripherie des globalen Kapitalismus, dann zunehmend auch in den Metropolen.

Wo kamen die Unsummen von Geldern her, mit denen die Spekulationsblasen aufgepumpt wurden, wer hat sie wie geschöpft und in Umlauf gebracht? Und wo sind die Quellen für die ganzen Rettungsschirme und Konjunkturpakete in Billionen-Höhe?

Schon vor Jahren (2004) habe ich in meinem Buch „Der Tanz um den Gewinn“ über „Börsenfieber und kollektiver Wahn“ geschrieben – und über die im bestehenden Geldsystem angelegte Tendenz zum Super-Gau des Weltfinanzsystems. Der Art und Weise der Geldschöpfung kommt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Bedeutung als Krisenursache bzw. als verstärkender Faktor zu. Um so erstaunlicher ist es, dass die Geldschöpfung durch Jahrhunderte hindurch und bis heute eines der best gehüteten Bankgeheimnisse war und ist – und eines der folgenschwersten. Im Folgenden soll grob skizziert werden, wie und woraus sich die Geldschöpfung entwickelt hat und auf welche Weisen sie immer wieder verschleiert wurde. […]

Die Ursprünge der Geldschöpfung

Der Übergang von der Goldmünzwährung zur Papiergeldwährung – mit anfangs voller, später nur noch teilweiser Golddeckung bis hin zur vollständigen Loslösung vom Gold – ist es wert, näher betrachtet zu werden. Denn hier liegen die historischen Anfänge der Geldschöpfung aus dem Nichts – und des Bankgeheimnisses um eben diese Geldschöpfung. Begonnen hat das alles vor einigen hundert Jahren damit, dass die Händler ihre Goldmünzen zur Sicherheit bei den Goldschmieden deponierten, die schon von Berufs wegen Erfahrungen in der sicheren Aufbewahrung ihres wertvollen Arbeitsmaterials Gold hatten und über

entsprechende Tresore verfügten. Die Händler bekamen für die Deponierung ihres Goldes eine möglichst fälschungssichere Quittung aus Papier – verbunden mit dem Recht auf jederzeitige Einlösung dieser Quittung in Gold (Goldeinlösegarantie).

Aus diesen Anfängen entwickelten sich später Banken, und die Quittungen wurden zu Banknoten, die nicht personengebunden waren, sondern an Dritte, Vierte usw. weiter gereicht werden konnten, also übertragbar waren. Wenn Händler A seinen Lieferanten B im Wert von 100 bezahlen wollte, konnte er die 100er-Banknote in Gold einlösen, dem B das Gold übergeben, und B brachte es zur Sicherheit wieder zur (gleichen) Bank und bekam seinerseits eine entsprechende 100er-Banknote. Einfacher war es jedoch, wenn A dem B gleich seine 100er-Banknote weiter reichte und B darauf vertraute, dass sich diese Banknote jederzeit in Gold einlösen ließ. Das Gold blieb dabei also bei der Bank, und die Banknote wanderte von Hand zu Hand und erfüllte die Funktion eines Zahlungsmittels.

Je mehr sich das Vertrauen in die Goldeinlösegarantie der Bank festigte, um so weniger wurde von der Goldeinlösegarantie Gebrauch gemacht und um so mehr Zahlungsvorgänge wurden über die Weitergabe der Banknoten abgewickelt. Für den Fall, dass im Normalbetrieb maximal 1/3 der Banknoten noch in Gold eingelöst wurden, hatte die Bank noch 2/3 des Goldes übrig, eine Überschussreserve in Gold, das ihr eigentlich gar nicht gehörte, sondern das sie nur zur Sicherung eingelagert hatte. Dennoch wurde die Versuchung groß, diese 2/3 Gold anderweitig zu verwenden und daraus ein Geschäft zu machen. Eine Möglichkeit wäre gewesen, sie an andere als Kredit auszuleihen, verbunden mit der Forderung nach Zinsen, Tilgung und dinglicher Sicherung des Kredits. Das wäre übrigens gerade so, als würde ein an der Garderobe der Philharmonie abgegebener Mantel während des Konzerts an Dritte gegen Leihgebühr ausgeliehen werden, die von der Garderobe eingesteckt wird. Korrekt scheint das nicht zu sein. Und vor allem: Was ist, wenn der Konzertbesucher unerwartet schon in der Pause seinen Mantel abholen will – und der Mantel gar nicht da ist? In diesem Moment würde der Schwindel auffliegen.

Die Banken wurden aber noch einfallsreicher: Anstatt die Gold-Überschussreserve weiter auszuleihen, wurde diese als Grundlage für die Schöpfung weiterer Banknoten aus dem Nichts verwendet. Auf den 2/3 Goldreserven konnten zwei weitere 100er- Banknoten gedruckt und in Umlauf gebracht werden – unter der Annahme, dass auch von ihnen nur maximal jeweils 1/3 in Gold eingefordert würde. Aus Gold im Wert von 100 wurden auf diese Weise insgesamt 3 x 100er-Banknoten, von denen die zwei neu geschöpften Banknoten als Kredit (mit Zinsen, Tilgung und Sicherung) in Umlauf gebracht wurden. Das aus dem Nichts geschöpfte Geld (in Höhe von 200), das genauso aussah wie die erste (anfangs noch voll durch Gold gedeckte) 100er-Banknote, verwandelte sich in eine Forderung der Bank gegenüber den Kreditnehmern, die erbarmungslos eingetrieben wurde, und sei es auch – bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners – durch Zwangsvollstreckung von dessen beliehenem Eigentum.

Die Verschleierung der Papiergeldschöpfung aus dem Nichts

Während die erste Banknote noch eine Forderung des Inhabers gegenüber der Bank auf Goldeinlösung beinhaltete, haben sich die zwei aus dem Nichts geschöpften 100er-Banknoten zusätzlich in Forderungen der Bank gegenüber den Schuldnern verwandelt. Die Bank hat dadurch sozusagen den Spieß umgedreht. Obwohl also die zweite und dritte 100er-Banknote einen völlig anderen Ursprung und Charakter hatten als die erste, sahen alle drei

Banknoten gleich aus. Hierin lag bereits eine Täuschung. Die aus dem Nichts geschöpften Banknoten erzeugten nur den falschen Schein eines durch Gold gedeckten Geldes. Heißt der Geldschein seitdem vielleicht deswegen „Geld-Schein“?

Aus der Sicht der Banken war diese Konstruktion geradezu genial. Ebenso genial war es, diese Form der Geldschöpfung aus dem Nichts – und des In-Umlauf-Bringens als Kredit gegen Zinsen, Tilgung und Sicherung – geheim zu halten und darauf hinzuwirken, dass sie nicht durch irgendwelche Gesetze des Staates unterbunden wurde. Einen Teil der Verschleierung besorgte die begriffliche Verklausulierung des Sachverhalts und die Entwicklung einer Fachsprache, die vom normalen Bürger und auch von den meisten Politikern nicht verstanden wurde. Schließlich wurden derartige Bankgeschäfte so selbstverständlich, dass kaum noch jemand danach fragte, wie sie funktionieren und ob sie überhaupt vertretbar sind. An diesem Tatbestand hat sich im Prinzip bis heute wenig geändert.

Geldschöpfung und Wirtschaftswachstum – Hans Christoph Binswanger

Volkswirtschaftlich bedeutsam ist die Tatsache, dass sich mit dem Übergang von der vollen Golddeckung zur nur noch teilweisen Golddeckung des Papiergeldes der Geldmantel vergrößerte, und zwar weit mehr, als es im Rahmen der vollen Golddeckung möglich gewesen wäre. Das gab von der monetären Seite her Raum für eine stärkere Entfaltung der industriellen Produktion und für das Wecken von bis dahin noch schlummerndem Produktionspotenzial. Die Geldschöpfung hat insofern nicht nur ein stärkeres Wachstum der Wirtschaft ermöglicht, sondern dieses sogar aktiv mit hervor getrieben. Denn zur Finanzierung von Neu-Investitionen waren die Unternehmen und auch der Staat nicht mehr auf entsprechende Spargelder angewiesen, die von den Banken gesammelt und als Kredite weiter geleitet wurden. Volkswirtschaftliches Sparen war nicht mehr allein die Voraussetzung für Investitionen und Wirtschaftswachstum, sondern das aus dem Nichts geschöpfte und als Kredit in Umlauf gebrachte („emittierte“) Geld schaffte in den Händen der Kreditnehmer zusätzliche Nachfrage und mobilisierte auf diese Weise ein Produktionspotenzial, das ohne die Geldschöpfung brach gelegen hätte. Erst wenn die Geldschöpfung das Maß des Produktionspotenzials übersteigt, entsteht die Gefahr einer Inflation.

Insofern könnte man dem Bankensystem das Verdienst zusprechen, dass es mit der Geldschöpfung zur Entfesselung der Produktivkräfte wesentlich beigetragen und sie in diesem Ausmaß erst ermöglicht hat. So wurde es auch oft würdigend dargestellt: das Bankensystem habe die zum Wachstum erforderliche „Liquidität“ bereitgestellt. Aber wie und mit welchen Konsequenzen, was den Einfluss und die Macht der Banken anlangt, wurde kaum jemals hinterfragt. Und schon gar nicht, ob es dazu vielleicht Alternativen geben könnte, die weniger problembehaftet sind. Hans Christoph Binswanger ist einer der wenigen Ökonomen, die den Zusammenhang zwischen Geldschöpfung und Wirtschaftswachstum kritisch aufgezeigt haben.

Bei aller Würdigung der Rolle der Banken bleibt etwas höchst Fragwürdiges an dieser Form der Geldschöpfung – und an dem Geheimnis, das um sie aufgebaut und Jahrhunderte lang gehütet wurde. Nichts rechtfertigt die Tatsache, dass mit aus dem Nichts geschöpftem Geld Forderungen gegenüber Schuldnern – verbunden mit Zins, Tilgung und Sicherung – begründet und erbarmungslos eingetrieben werden. Entgegen allem vordergründigen

Anschein, dass auf diese Weise eine Wert-Schöpfung durch das Bankensystem stattgefunden habe, handelt es sich vielmehr um die Schaffung von Rechtstiteln (also rechtlich einklagbaren Ansprüchen) zur Wert-Abschöpfung, das heißt von Werten, die in anderen Teilen der Volkswirtschaft oder Weltwirtschaft – zum Beispiel in Form von realen Gütern und Dienstleistungen – geschaffen wurden. Über die Geldschöpfung ist das Bankensystem in eine Rolle hinein gewachsen, die weit über die bloße Durchleitung von Spargeldern zu Kreditzwecken hinaus geht. Und kaum jemand hat es bemerkt, nicht einmal die meisten Ökonomen der letzten 250 Jahre.

Geldschöpfung – ein blinder Fleck in vielen Wirtschaftstheorien

In der klassischen Wirtschaftstheorie von Adam Smith – und selbst noch in der Mehrwerttheorie von Karl Marx – wird die Rolle des Geldes so behandelt, als sei es eine Goldmünzwährung oder allenfalls ein Papiergeld mit voller Golddeckung. Investitionen schienen demnach nur möglich auf der Grundlage voran gegangenen volkswirtschaftlichen Sparens und des Anhäufens von Geldvermögen (bei Marx „Kapitalakkumulation"). Und dies, obwohl schon zu Smith´s Zeiten längst die Papiergeldschöpfung aus dem Nichts in großem Maßstab existierte. In England gab es sogar schon seit 1694 die Bank von England, eine Zentralbank mit Papiergeldschöpfung, die eine höchst fragwürdige Rolle in der Geschichte des Geldes und des britischen Kolonialismus gespielt hat. Auch ihre Rolle wurde von kaum einem der großen Ökonomen kritisch hinterfragt, und wenn doch (wie bei David Ricardo Anfang des 19. Jahrhunderts), dann wurde alsbald darüber geschwiegen. Um die Bank von England, ihre Art der Geldschöpfung und ihre Anteilseigner wurde ein Bankgeheimnis aufgebaut – wie übrigens um viele der später gegründeten Zentralbanken oder „Nationalbanken".

Gründung und Tarnung der Bank von England als einer privaten Zentralbank

Entgegen dem äußeren Schein war die Bank von England als eine Privatbank von William Patterson gegründet worden und bekam vom englischen König Wilhelm III. von Oranien das Privileg zum Drucken und zur Ausgabe des allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmittels erteilt. Auf der Grundlage von Goldreserven, die über die Emission von Aktien der Bank von England zugeflossen waren, wurde ein Vielfaches an Papiergeld geschöpft und als verzinste Kredite in Umlauf gebracht. Auf diese Weise flossen auch dem Staatshaushalt des Königs neue Gelder zu, der sich in dramatischer Geldnot befunden und deshalb dem Plan von Patterson zugestimmt hatte. Das Absurde daran ist, dass der König – und später allgemein der Staat – sich gegenüber einer privaten Zentralbank mit zinsbelastetem Geld verschulden musste und in Abhängigkeit von der Bank von England geriet, der er vorher das Privileg der Geldschöpfung übertragen hatte.

Eine zusätzliche Absurdität bestand darin, dass unter diesen Bedingungen zusätzliches Geld nur auf dem Weg über Kredit und Schuld – unter anderem durch wachsende Staatsverschuldung – in den Wirtschaftskreislauf gelangte. Eine Rückzahlung der Staatsschuld ist in einem solchen Kreditgeldsystem prinzipiell gar nicht möglich, weil dadurch die Geldmenge in gleichem Maße reduziert und ein Geldmangel im Wirtschaftskreislauf ausgelöst würde, der die Wirtschaft in eine Deflation treiben würde. Eine derart einflussreiche Zentralbank (im wahren und übertragenen Sinn des Wortes) kann auch die Politik wesentlich beeinflussen, indem sie darüber entscheidet, für welche Zwecke dem Staat Kredite bereit gestellt werden und für welche nicht. Zur Bedienung der

Staatsschuld muss der Staat in Form von Steuererhöhungen und/oder Ausgabenkürzungen auf seine Bürger zurückgreifen. Heißen die Staatsbürger deswegen „Staatsbürger“, weil sie letztendlich für die Staatsschuld bürgen?

Der Charakter der Bank von England als einer privaten Zentralbank wurde übrigens ebenfalls zum Bankgeheimnis. Denn auf ihren Banknoten erschienen das Porträt des Königs und seine Unterschrift, wodurch der Eindruck erweckt wurde, es handele sich um eine staatliche Zentralbank und um ein staatliches Geld. Auch der Gesetzentwurf zur Gründung der Bank von England wurde unter strengster Geheimhaltung durch das Parlament gebracht, versteckt wie eine Stecknadel im Heuhaufen in einem umfänglichen Gesetzentwurf über die Regelung der Schiffstonnage – irgendwo in einem Unterabschnitt eines Paragrafen unter „ferner liefen“ – sozusagen im Kleingedruckten. Noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts blieben die Anfragen einzelner kritischer Parlamentsabgeordneter nach den Anteilseignern der Bank von England vom Schatzkanzler unbeantwortet. Offizielle Informationen darüber existieren wohl bis heute nicht. Formal wurde die Bank von England erst 1948 verstaatlicht. Einer der größten und einflussreichsten Geldschöpfer der Geldgeschichte konnte seine Geschäfte Jahrhunderte lang im Dunkeln verrichten, und das selbst dann noch, als Großbritannien schon längst eine Demokratie geworden war.

Die Geldschöpfung in Goethes Faust II

Während diese Problematik von kaum einem Ökonomen – und auch sonst kaum – thematisiert wurde, hat sie wenigstens ein bedeutender Dichter aufgezeigt: Johann Wolfgang von Goethe in seinem Werk „Faust II“. Darin geht der Plan zur Papiergeld-schöpfung durch eine Zentralbank auf Mephisto zurück, der den Doktor Faust dazu überredet, den Kaiser von diesem Plan zu überzeugen. Im Gespräch mit seinem Kanzler äußert der Kaiser zunächst noch erheblich Zweifel, ob das alles mit rechten Dingen zu gehe oder ob es nicht Betrug sei, lässt sich dann aber doch eines Besseren (oder Schlechteren) belehren. Durchblicken tut der Kaiser jedenfalls nicht. Kaum ein Theaterbesucher oder Literaturkenner ist sich der Bedeutung und Brisanz dieser Szenen bewusst. Ich selbst bin erst durch das Buch von Hans Christoph Binswanger „Geld und Magie“ darauf aufmerksam geworden. Dass die Bank von England Jahrhunderte lang eine getarnte private Zentralbank war und dass darin noch eine besondere Problematik liegt, wird allerdings weder von Goethe noch von Binswanger thematisiert.

Nobelpreisträger Frederick Soddy als Kritiker des Geldsystems

Es gab noch eine weitere prominente Person, die an dem Bankgeheimnis Geldschöpfung und an der kollektiv verdrängten Zinsproblematik gerüttelt hat: Frederick Soddy, Nobelpreisträger in Chemie in den 20er Jahren mit seinem Buch „Wealth, Virtual Wealth and Debt“ (Wohlstand, virtueller Wohlstand und Schulden). Er ging sogar so weit, dass er eine Art Verfassungsklage beim obersten Gericht in Großbritannien auf Verfassungsfeindlichkeit des bestehenden Geldsystems einreichte. Diese Klage wurde jedoch schon im Vorfeld zurück gewiesen, bevor es zur eigentlichen Verhandlung kam. Während Frederick Soddy als Nobelpreisträger eine sozial hoch geschätzte Person war, wurden seine brillanten Veröffentlichungen zum Geldsystem und zur Geldschöpfung fast völlig ignoriert, und er selbst geriet mehr und mehr in die soziale Isolierung. Sein Urteil über die Wirtschaftswissenschaft war schließlich derart, dass es sich dabei wohl gar nicht um eine

Wissenschaft handele, sondern um ein dogmatisches Glaubenssystem, das sich gegen grundlegende Kritik völlig abgeschottet habe.

Warum hat eigentlich bislang keiner der Kritiker des Zinssystems und/oder der Geldschöpfung einen Nobelpreis für Ökonomie bekommen, den es immerhin schon seit einigen Jahrzehnten gibt? In diesem Zusammenhang ist vielleicht nicht ganz uninteressant zu erwähnen, dass dieser „Nobelpreis" – im Unterschied zu den anderen Nobelpreisen – nicht etwa von der Alfred-Nobel-Stiftung gestiftet wird, sondern von der Schwedischen Nationalbank, die historisch schon einige Jahre vor der Bank von England ebenfalls als private Zentralbank gegründet worden war. Die von ihr emittierten Banknoten erweckten sogar noch durch ihren Namen (schwedische „Krone") den falschen Eindruck, es handele sich um eine königliche oder staatliche Zentralbank und um staatliches Geld. Dass von einem solchen Sponsor nicht unbedingt Ökonomen geehrt werden, die das Bankgeheimnis Geldschöpfung oder die Problematik des Zinssystems aufdecken, liegt schon fast auf der Hand. Die ersten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in England sollen übrigens auch von privaten Banken finanziert worden sein. Natürlich hatte das auf die Inhalte dessen, was gelehrt und was nicht gelehrt wurde, keinerlei Einfluss.

Gründung und Tarnung der FED durch ein privates Bankenkartell

Dass die im 20. Jahrhundert und bis heute einflussreichste Zentralbank der Welt, die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve System (FED) 1913 von einem privaten Bankenkartell gegründet wurde, ist auch den Wenigsten bekannt. Schon ihr Name erweckt den falschen Eindruck, es handele sich um eine bundesstaatliche Institution (federal heißt übersetzt: föderal oder bundesstaatlich). Es existiert inzwischen eine größere Zahl von gut recherchierten Veröffentlichungen über die Entstehungsgeschichte der FED und über ihre Rolle bis in die Gegenwart (zum Beispiel Stephen Zarlenga, G. Edward Griffin, Ellen Hodgson Brown), die allerdings bislang von der Wirtschaftswissenschaft, der Politik und den Medien nicht zur Kenntnis genommen wurden.

Wer sich mit diesen Zusammenhängen beschäftigt und sich öffentlich dazu äußert, muss immer noch damit rechnen, als „Verschwörungstheoretiker" diffamiert zu werden – was durch die abschreckenden Assoziationen mit dazu beitragen kann, das betreffende Thema zu meiden. Ob es sich bei einzelnen Veröffentlichungen lediglich um aus der Luft gegriffene Theorien ohne Realitätsbezug handelt oder um die Dokumentation realer Ereignisse, kann schließlich erst nach gründlicher Prüfung der entsprechenden Literatur und ihrer Quellen beurteilt werden – und nicht vorher und ohne Prüfung. Die weit verbreitete reflexartige Abstempelung bestimmter Sichtweisen als „Verschwörungstheorie" ist zutiefst unwissenschaftlich und vorurteilsgeprägt. Es könnte sich ja schließlich auch um reale Verschwörungen handeln, deren Aufdeckung von großer gesellschaftlicher Bedeutung sein kann.

[…] Auch bei uns wird in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck erweckt, als sei die FED eine staatliche Institution. Richtig ist, dass sie gewissen staatlichen Einflussmöglichkeiten unterliegt, ihre Anteilseigner sind aber im wesentlichen nach wie vor private Großbanken bzw. Teile der Finanzoligarchie.

Die fragwürdige Rolle der FED

Durch die Übertragung des Geldschöpfungsprivilegs auf die FED geriet der amerikanische Staat in zunehmende Abhängigkeit von eben diesem System der Kreditgeldschöpfung aus dem Nichts – und musste sich seitdem in zunehmendem Maße mit einem Geld verschulden, für das er die jährlich wachsenden Zinslasten aufbringen musste. Nicht von ungefähr wurde ziemlich zur gleichen Zeit, wie die FED gegründet wurde, auch die amerikanische Einkommensteuer eingeführt, um einen wirksamen Rückgriff des Staates auf die Steuer zahlenden Staatsbürger zur Bedienung der Staatsschulden zu ermöglichen – wobei ein entsprechendes Gesetz in den USA niemals verabschiedet worden sein soll und dennoch seit fast einem Jahrhundert ohne gesetzliche Grundlage Einkommensteuern eingezogen werden.

In das Regime der FED fallen übrigens die dem Börsencrash von New York 1929 Voraus gehenden Spekulationsblasen ebenso wie das Füttern der Spekulationsblasen durch immer mehr Geldschöpfung – beginnend in den 90er Jahren unter Alan Greenspan als Chef der FED und sich fortsetzend unter seinem Nachfolger Ben Bernanke. Unter ihr Regime fällt auch die Entscheidung von 2005, die Entwicklung der Geldmenge nicht mehr zu veröffentlichen, so dass man seither in dieser Hinsicht auf indirekte Schätzungen angewiesen ist. In ihre Verantwortung fallen auch die Billionen Dollar schweren Rettungsschirme für die wegen Überspekulation in die roten Zahlen geratenen Geschäftsbanken und Versicherungen, finanziert mit aus dem Nichts geschöpften Dollar, die die Staatsverschuldung abermals dramatisch in Schwindel erregende Höhen haben ansteigen lassen. „Gedeckt“ scheinen die zusätzlich geschöpften Dollar durch den Aufkauf von immer mehr amerikanischen Staatsanleihen durch die FED, auf die der Staat immer mehr Zinsen zahlen muss und in der Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben immer handlungsunfähiger wird – eine Absurdität sondergleichen.

Ben Bernanke wurde übrigens schon vor seiner Ernennung zum neuen Chef der FED „Hubschrauber-Bernanke“ genannt, weil er scheinbar beruhigend darauf hingewiesen hatte, dass die FED im Ernstfall praktisch unbegrenzt „Liquidität zur Verfügung stellen kann“, das heißt die Wirtschaft mit neu gedrucktem (oder als Computerzahlen eingetipptem) Geld überfluten kann, zur Not auch durch Abwurf von Banknoten aus Hubschraubern. […] Die Geldschöpfung der FED ist inzwischen allerdings noch viel makabrer, indem die aus dem Nichts geschöpften Billionen dazu ver(sch)wendet werden, die riesigen Bankverluste aus verantwortungslosen Spekulationsgeschäften auszugleichen. Die breite Bevölkerung wird stattdessen mit Steuererhöhungen, Sozialausgabenkürzungen, wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation ihre Opfer bringen müssen.

Monetative – Geldschöpfung in öffentliche Hand!

Für die notwendige Neugestaltung des Geldsystems ergibt sich für mich aus dem oben Abgeleiteten eine erste wesentliche Forderung: Zentralbanken sollten staatliche Institutionen sein, unabhängig vom privaten Bankensektor, von privaten Anteilseignern und unabhängig von der Regierung – als vierte Säule der staatlichen Gewaltenteilung. Neben der Exekutive, der Legislative und der Judikative braucht es eine „Monetative“ – eine öffentliche Institution mit dem Privileg der Geldschöpfung des allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmittels. Sie sollte dem Staat in wohl dosiertem Maße Geld ohne Zinsen und Tilgung für die Erfüllung dringender öffentlicher Aufgaben zur Verfügung stellen. Sie sollte darüber hinaus die Geldmenge im Interesse des Gemeinwohls so steuern, dass es weder zu Inflation

noch zu Deflation kommt, sondern der Preisindex stabil bleibt („Index-Währung“). In der amerikanischen Geldgeschichte hat es eindrucksvolle Beispiele dafür gegeben, dass so etwas möglich ist, und sie waren sehr erfolgreich – bis sie durch den Einfluss der britischen Kolonialmacht oder des privaten Bankensystems unterwandert und gekippt wurden.

Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken – Mythos oder Realität?

Durch die Gründung einer Zentralbank und deren Emission eines gesetzlichen Zahlungsmittels traten die Banknoten der Geschäftsbanken in den Hintergrund. Ihre Forderungen gegenüber Schuldnern wurden nun bei der Zentralbank eingereicht und gegen Zentralbankgeld eingetauscht, das an die Kreditnehmer weiter geleitet wurde. Nachdem also das Privileg der Geldschöpfung auf die Zentralbank übergegangen war, haben sich die privaten Geschäftsbanken – lange Zeit unbemerkt von der Öffentlichkeit, der Wirtschaftswissenschaft und der Politik – eine neue Möglichkeit der Geldschöpfung aus dem Nichts erschlossen: die Giralgeldschöpfung, die seit langem den größten Teil der Geldmenge M1 (Bargeld + Sichtguthaben) ausmacht.

Mitte des 20. Jahrhunderts hat die Volkswirtschaftslehre dieser Veränderung im Bankgeschäft mit der Theorie der multiplen Kreditschöpfung zwar Rechnung getragen, aber diese Theorie lenkt – wie noch zu zeigen sein wird – in scheinbarer mathematischer Exaktheit den Blick von der wesentlichen Problematik der Giralgeldschöpfung ab. Sie deckt das Bankgeheimnis Geldschöpfung nicht wirklich auf, sondern führt eher in die Irre. Es hat mich selbst viele Jahre gebraucht, um mich aus diesen (und anderen) Verwirrungen meines VWL-Studiums nach und nach heraus zu winden und einen realitätsnäheren Blick zu entwickeln. Aber selbst in freiwirtschaftlichen Kreisen, die in Anlehnung an Silvio Gesell das Zinssystem und das private Bodeneigentum kritisieren, gab es noch vor wenigen Jahren heftige Kontroversen darüber, ob es nun eine Giralgeldschöpfung gibt oder ob diese nur ein Mythos sei. Nach gründlicher Abwägung vieler Argumente für und wider bin ich zu dem Ergebnis gekommen:...und es gibt sie doch – die Giralgeldschöfung der Geschäftsbanken,nur anders und viel problematischer als in der VWL-Lehrbuchtheorie. Im Folgenden möchte ich meine Sichtweise zur Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken grob skizzieren. […]

Vom Bargeld zum Giralgeld

Das Verhältnis von (Zentralbank-)Bargeld zum Giralgeld der Geschäftsbanken ist sehr ähnlich dem Verhältnis von Goldmünzen zu Banknoten. Ein Beispiel soll wieder zur Veranschaulichung dienen: Werden 100 Euro Bargeld vom Bankkunden A zur Geschäftsbank GB-1 gebracht und auf ein Girokonto eingezahlt, entsteht auf diesem Konto ein Guthaben in gleicher Höhe. Weil der Bankkunde über dieses Guthaben vereinbarungsgemäß jederzeit verfügen kann, das Geld also auf kurze Sicht zum Beispiel in bar abheben oder unbar auf andere Konten überweisen lassen kann – und weil das Guthaben durch Einzahlung oder Einlage entstanden ist, spricht man von „Sichteinlage“ – im Unterschied zu Termineinlagen und Spareinlagen, die längeren Bindungsfristen unterliegen. Die erste Sichteinlage ist noch vollständig durch Bargeld gedeckt.

Wenn nun Bankkunde A an den Bankkunden B bei der gleichen Bank 100 Euro zahlen will, könnte er diesen Betrag von seinem Girokonto abheben, dem B in bar aushändigen, und B könnte ihn wieder bei der gleichen Bank auf sein Girokonto einzahlen und dafür ein Sichtguthaben von 100 Euro bekommen. Dieser Vorgang ist allerdings viel umständlicher, als

wenn A den Betrag von der Bank direkt auf das Konto des B überweisen lässt – ohne eine dazwischen geschaltete Barabhebung durch A und Bareinzahlung durch B. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass B die Überweisung als Bezahlung akzeptiert. Er wird dies tun, wenn er darauf vertraut, dass er dieses Sichtguthaben jederzeit in bar abheben oder per Überweisung oder Scheckkarte darüber verfügen kann. Für die Durchführung der bankinternen Überweisung braucht die Bank kein Bargeld zu bewegen, sondern lediglich eine Umbuchung vorzunehmen: vom Konto des A den Betrag abbuchen und dem Konto des B zubuchen oder gutschreiben. Früher wurde das tatsächlich in den Büchern der Banken verbucht (daher auch der Ausdruck „Buchgeld“, was das gleiche bedeutet wie „Giralgeld“).

Angenommen, die bargeldlosen Zahlungen haben sich so weit durchgesetzt, dass nur noch maximal 1/3 der Sichtguthaben in bar von den Girokonten abgehoben werden. Dafür muss die Bank Vorsorge treffen und eine entsprechende Barreserve halten, um der vereinbarten Bargeld-Einlösegarantie gerecht zu werden. 2/3 der anfänglich von A eingezahlten 100 Euro bleiben demnach als Überschussreserve übrig. Eigentlich gehören sie anfangs dem A, und nach der Überweisung auf das Konto des B sollten sie dem B gehören. Eigentlich müssten sie auch zu 100 % in der Kasse oder im Tresor der Bank in bar gehalten werden. Dann wäre es eine 100%-Deckung oder eine Volldeckung des Giralgeldes durch Bargeld.

Grundlagen der Giralgeldschöpfung aus dem Nichts

Die Geschäftsbank könnte aber auch auf die Idee kommen, die 2/3 Überschussreserve anderweitig zu verwenden – in dem Vertrauen darauf, dass sie nicht durch Barabhebungen angetastet werden und insofern nur ungenutzt lagern würden. Sie könnte diese 66,66 Euro zum Beispiel in bar als Kredit an Dritte verleihen – gegen Zinsen, Tilgung und Sicherung – und sich damit ein Zubrot „verdienen“. Oder noch besser: Sie verwendet die 2/3 als Grundlage für die Schöpfung von 2 x 100 Euro aus dem Nichts, die sie dem C und dem D jeweils als Kredit gewährt und als Sichtguthaben auf deren Girokonto bucht. Für den angenommenen Fall, dass auch diese Sichtguthaben maximal bis zu 1/3 abgehoben werden, würde die Überschussreserve von 66,66 Euro (= 2 x 33,33 Euro) ausreichen. Wo vorher durch Bareinzahlung von 100 Euro nur ein Sichtguthaben in gleicher Höhe entstanden war, sind jetzt zwei weitere Sichtguthaben je 100 Euro entstanden – und zwar allein durch entsprechende Buchungen auf die Konten von C und D.

Auf der einen Seite verpflichtet sich Bank gegenüber C und D, die Guthaben jederzeit in bar einzulösen oder entsprechende Überweisungen durchzuführen (was in der Bankbilanz auf der Passivseite erscheint), auf der anderen Seite verfügt sie über jeweils eine Forderung gegenüber den Schuldnern D und D auf Verzinsung und Tilgung des eingeräumten Kredits (was auf der Aktivseite der Bankbilanz erscheint). Dadurch hat sich die Bilanz der Bank auf beiden Seiten um den gleichen Betrag verlängert („Bilanzverlängerung“). Durch Giralgeldschöpfung aus dem Nichts hat die Bank in diesem Beispiel den anfänglichen Betrag von 100 Euro auf 300 Euro vergrößert, indem sie auf einem Sockel von 100 Euro Bargeld einen dreifachen Überbau von 300 Euro Giralgeld errichtet hat. Auf die Gesamtwirtschaft übertragen würde das bedeuten: das von der Zentralbank geschöpfte Geld würde um das von den Geschäftsbanken geschöpfte Giralgeld ergänzt. Auch wenn Giralgeld im rechtlichen (noch) nicht als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, sondern nur als Anspruch auf Einlösung in Bargeld, wirkt es im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf doch längst wie Zentralbankgeld, weil man auch mit Giralgeld Güter und Dienstleistungen (also Sozialprodukt) kaufen und auch

Steuerschulden und andere Schulden damit begleichen kann. (Die offizielle Definition der Geldmenge M-1 umfasst entsprechend auch die Summe aus Bargeld und Giralgeld.)

Was hier nur am Beispiel einer Bank mit bankinternen Überweisungen und Kreditvergaben dargestellt wurde, wird etwas komplizierter, wenn es sich zum Teil auch um bankexterne Überweisungen handelt. Aber am Prinzip ändert sich dabei wenig. Angenommen, einige Überweisungen gehen von GB-1 an Kunden einer anderen Geschäftsbank GB-2, dann müssten diese Überweisungen eigentlich begleitet sein durch entsprechende Bargeldbewegungen von GB-1 nach GB-2, ließen sich also doch nicht einfach durch Umbuchungen abwickeln. Andererseits wird es auch Überweisungen in umgekehrter Richtung geben (dies umso mehr, je größer die Banken und die Anzahl ihrer Kunden ist), so dass Bargeld pro Tag jeweils nur in Höhe des verbleibenden Saldos bewegt werden müsste. Und das ist zwischen großen Banken deutlich weniger als das gesamte Überweisungsvolumen. Wenn die großen Banken einigermaßen im Gleichschritt Giralgeldschöfung betreiben, ergibt sich für alle ein größerer Spielraum. Nur die kleinen Banken haben kaum die Möglichkeit der Giralgeldschöfung, weil ihre Überweisungen in der Regel überwiegend bankextern sind und von außen nur wenige Überweisungen eingehen.

Grenzen der Giralgeldschöpfung

Anfang der 30er Jahre betrug das Verhältnis von Bargeld zu Giralgeld in den USA schon ungefähr 1:10. Bei noch weiterer Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Scheckkarten usw.) kann das Verhältnis noch viel weiter ansteigen (zum Beispiel auf 1:20 oder 1:40), wenn dem nicht gesetzliche Schranken gesetzt werden. Eine der möglichen Beschränkungen liegt in der „gesetzlichen Mindestreserve“, die die Zentralbanken von den Geschäftsbanken in manchen Ländern fordern können – und die den Spielraum für die Giralgeldschöpfung im Rahmen der so genannten „Mindestreservepolitik“ mehr oder weniger einschränken können. Aber auch dort, wo dieses geldpolitische Instrument angewendet wurde oder wird, geht es nicht darum, die Giralgeldschöpfung ganz zu unterbinden, sondern nur zu begrenzen.

Eine weitere Möglichkeit der Begrenzung liegt in gesetzlichen Beschränkungen der Kreditvergabe im Verhältnis zum Eigenkapital der Banken. Eine gesetzliche Veränderung der geforderten Eigenkapitalquote kann bisherige Spielräume der Giralgeldschöpfung schlagartig in die eine wie in die andere Richtung verändern und Bankensysteme ganzer Länder in die Krise stürzen. Problematisch werden solche Vorschriften insbesondere dann, wenn sie ohne Rücksicht auf die besonderen Bedingungen einzelner Länder weltweit durchgesetzt werden, wie zum Beispiel durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, einer Art Zentralbank der Zentralbanken, die weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt im Hintergrund agiert.

Zur Problematik der Giralgeldschöpfung

Das Bankgeheimnis Geldschöpfung verdeckt die Fragwürdigkeit, dass die Banken für aus dem Nichts geschöpftes Geld von den Kreditnehmern Zinsen und Tilgung fordern – und bei Nichterfüllung auf das beliehene Eigentum der Schuldner – wie zum Beispiel Immobilien – zurückgreifen und es zwangsversteigern lassen. Auf diese Weise verlieren überschuldete Schuldner zuweilen das Dach über dem Kopf und den Boden unter den Füßen. Diese Konsequenz kann auch ganze überschuldete Länder (zum Beispiel der Dritten Welt) treffen,

so dass die Gläubiger die Kontrolle über Menschen und Ressourcen bekommen. Die zugrunde liegende Abfolge „Kreditbedarf – Verschuldung und Enteignung“ zieht sich wie ein roter Faden, wie ein Thema mit Variationen durch einige Tausend Jahre Geldgeschichte, aber sie wird besonders grotesk, wenn die Mittel zur Kreditvergabe – wenn auch in gewissen Grenzen – aus dem Nichts geschöpft werden. Man kann diesen Zusammenhang auf einen kurzen Nenner bringen:

Mit selbst geschöpftem Geld – kaufen sie die Welt

Und sie tragen auf diese Weise mit dazu bei, dass die exponentiell wachsenden Forderungen der Geldvermögen ermöglicht werden durch entsprechend wachsende Verschuldung, für die immer wieder Kredite bereit gestellt und Schuldner immer tiefer in die Schuldenfalle gelockt oder getrieben werden, so dass eine wachsende Zahl von ihnen zusammen brechen muss. Diese Tendenz ist im bestehenden Zinssystem in Kombination mit der Geldschöpfung des Bankensystems angelegt. Und für den Fall, dass die Forderungen ausfallen und die faul gewordenen Kredite die Bilanzen der Banken in die roten Zahlen geraten lassen, gibt es mittlerweile staatliche Rettungsschirme, für die die Zentralbanken das nötige Geld aus dem Nichts schöpft und den Staaten als wachsende Staatsschuld „bereit stellt“ – bis hin zum Staatsbankrott oder zur Hyperinflation (um nur zwei mögliche Verlaufsformen zu nennen).

Es kommt noch eine weitere Problematik der Giralgeldschöpfung hinzu: Das Geldsystem insgesamt steht unter diesen Bedingungen auf einem äußerst unsicheren Fundament. Wird aus irgend welchen Gründen der schmale Bargeld-Sockel der Geschäftsbanken vermindert, so müssen die darauf aufgebauten Kredite in Form von Sichtguthaben um ein Vielfaches zurück gefahren werden (beim Verhältnis 1:10 um das Zehnfache des Bargeldabflusses). Dadurch entsteht die in letzter Zeit viel beklagte, aber wenig verstandene Kreditklemme im Bankensystem. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum sowohl die Banken als auch die Regierung panische Angst vor einem Ansturm der Bankkunden auf die Banken haben. Wenn nämlich alle Inhaber von Girokonten einer Bank ihre Guthaben gleichzeitig in bar abheben wollen, würde sich auf dramatische Weise heraus stellen, dass ihr Geld gar nicht bei der Bank ist – oder jedenfalls nur ein Bruchteil davon. Die betreffende Bank müsste ihren Laden dicht machen, und die Gefahr besteht, dass dann auch andere Banken von den Kunden gestürmt werden – mit dem gleichen Ergebnis. Wenn es erst einmal so weit kommt, nützen auch keine Einlagensicherungsfonds oder staatliche Garantien – ähnlich, wie eine Feuerwehr einzelne Brände wirksam bekämpfen kann, aber einem Flächenbrand hilflos gegenüber steht. Auf derart fragwürdigem Fundament ist das bestehende Geldsystem aufgebaut – und das weltweit. Und lange Zeit wollte kaum jemand etwas von diesem unerhörten Gefahrenpotenzial wissen. […]

Die Theorie der multiplen Kreditschöpfung – Verschleierung statt Aufklärung

Warum trägt die VWL-Lehrbuchtheorie der multiplen Kreditschöpfung nicht zum wirklichen Verständnis der Giralgeldschöpfung und ihrer Problematik bei? Diese Theorie hat Modelle entwickelt, in denen die Geldschöpfung aus dem Nichts verborgen bleibt, und täuscht mit ihrer exakten mathematischen Formulierung über ihre groben inhaltlichen Mängel hinweg. Ihre Argumentation soll wieder an einem Beispiel erläutert werden. Am Anfang der Überlegungen steht eine Bareinzahlung auf ein Girokonto von 100 Euro. Wegen der erforderlichen Mindestreserve für eventuelle Barabhebungen (und vielleicht auch zur Erfüllung gesetzlicher Mindestreserve-Verpflichtungen) – zum Beispiel in Höhe von 1/3 –

würde 2/3 des Bargeldes als Kredit an einen Dritten ausgeliehen. Dieser würde mit dem Kredit Nachfrage entfalten und bei einem Vierten kaufen, und dieser Vierte wiederum würde die Erlöse auf sein Girokonto bei einer Bank in bar einzahlen.

Also kämen in diesem einfachen Beispiel in der nächsten Runde 66,66 Euro neue Bareinzahlung zur Bank, von denen wiederum (abzüglich der Mindestreserve von 1/3) die übrigen 2/3 (also 44,44 Euro) als neue Kredite ausgeliehen werden – und so weiter. Wegen der jedes Mal einbehaltenen Mindestreserve ebben die zusätzlich vergebenen Kredite immer weiter ab, aber aufsummiert über unendlich lange Zeit (mit der mathematischen Formel für unendliche Reihen) ergibt sich schließlich ein Kreditvolumen in Höhe des Dreifachen der anfänglichen Bareinzahlung. (Allgemein ist das Ergebnis immer der Kehrwert des Mindestreservesatzes – bei 1/10 sind es also 10, bei 1/20 sind es 20 usw. Diese so errechnete Zahl wird „Kreditschöpfungs-Multiplikator“ genannt und der Vorgang selbst „multiple Kreditschöpfung“.)

Dieser Vorgang grenzt fast an Zauberei, und vor lauter Bewunderung kommt kaum jemand mal auf die Frage, wie das Ergebnis eigentlich zustande gekommen und was von den Grundannahmen zu halten ist. Die Aufsummierung ökonomischer Größen – die immer zeitbezogen sind – über unendlich lange Zeit macht keinen Sinn. Auf eine sinnlose Frage kann es entsprechend auch keine sinnvolle Antwort geben. So einfach ist das – und doch so schwer zu durchschauen. Was würde sich denn an Umsätzen aus einem Euro ergeben, wenn der Euro über unendlich lange Zeit durch unendlich viele Hände gehen würde? Umsätze in Höhe von unendlich! Na und? Da wird der Unsinn der Fragestellung offensichtlich. In der mathematisch verklausulierten Theorie der multiplen Kreditschöpfung bleibt er hingegen verborgen. Das Irreführende an dieser Theorie liegt darin, dass der falsche Eindruck erweckt wird, die jeweils neu vergebenen Kredite würden jedes Mal auf voran gegangenen Bareinzahlungen beruhen. Genau das ist aber bei der Giralgeldschöpfung nicht der Fall, denn sie wird – wie oben dargestellt – ohne jeweils neue Bareinzahlungen aus dem Nichts geschöpft. Aus einer falschen Theorie über die Giralgeldschöpfung folgt allerdings nicht, dass es die Giralgeldschöpfung nicht gibt – ebenso wenig, wie aus einer falschen Theorie über die Bewegungen der Himmelskörper gefolgert werden kann, dass es die Himmelskörper und ihre Bewegungen nicht gibt. Vielmehr gilt es nach Erklärungen zu suchen, die die Phänomene zutreffender beschreiben. In der Astronomie war das die Wende vom Weltbild des Ptolomäus zu dem des Kopernikus – die kopernikanische Wende.

Begriffsverwirrung als Mittel der Verschleierung

Warum liegt aber die Realität der Giralgeldschöpfung nicht offen zu Tage, warum ist sie nicht direkt aus den Bankbilanzen und den daraus abgeleiteten Statistiken unmittelbar erkennbar? Weil die aus dem Nichts geschöpften Sichtguthaben irreführender Weise mit dem gleichen Begriff bezeichnet werden wie das anfänglich auf Bareinzahlung begründete Sichtguthaben, nämlich mit dem Begriff „Sichteinlagen“ – obwohl das von der Bank zusätzlich geschaffene 2. und 3. Sichtguthaben von jeweils 100 Euro nicht auf weiteren Bareinzahlungen oder Bareinlagen beruhen, sondern lediglich aus einem Buchungsvorgang entstanden sind. (Diese Täuschung – ob bewusst oder unbewusst – ist ganz ähnlich wie seinerzeit die Täuschung bei der Schöpfung zusätzlicher Banknoten aus dem Nichts, die äußerlich genau so aussahen wie die anfängliche Banknote, die durch Einzahlung von Gold entstanden und zunächst zu 100 % durch Gold gedeckt war.) Wer in den Bankbilanzen und Statistiken danach sucht, ob das Volumen der Kreditausleihungen die „Einlagen“ übersteigt, wird nicht fündig werden. Und

also scheint es für ihn keine Kreditschöpfung aus dem Nichts zu geben. Dass sich aber unter dem Begriff „Sichteinlagen“ auch solche Guthaben verbergen, die gar nicht auf Einlagen beruhen, sondern aus dem Nichts geschaffen wurden, bleibt dadurch verschleiert – und damit die ganze Ungeheuerlichkeit, die mit dem Bankgeheimnis Geldschöpfung und dem dahinter Verborgenen verbunden ist.

Diese Begriffsverwirrung bezüglich des Geldsystems und der falsche äußere Schein können kaum Zufall sein. Es sieht eher nach bewusster Täuschung aus, die irgendwann einmal auf den Weg gebracht wurde. Später hat man sich einfach an die Begriffe und Praktiken der Bankgeschäfte gewöhnt und sie überhaupt nicht mehr hinterfragt. Zu vieles in der Geldgeschichte deutet darauf hin, dass es von bestimmten Seiten eher ein Interesse an der Verschleierung wesentlicher Zusammenhänge gegeben hat als an deren Aufklärung. Es ist auch bemerkenswert, dass diejenigen Sichtweisen, die den Nebel um das Geld gelichtet und das Bankgeheimnis gelüftet haben, in der Wirtschaftswissenschaft, der Politik und den Medien schlicht und einfach immer wieder tot geschwiegen wurden.

Das Ende des Bankgeheimnisses Geldschöpfung

Aber die Mauer des Schweigens, der Ignoranz und der Abwehr gegenüber diesen kritischen Sichtweisen und gegenüber konstruktiven Alternativen ist am Bröckeln. Dazu hat die Weltfinanzkrise wesentlich beigetragen. In verstärktem Maße erfolgt eine Rückbesinnung auf lange Zeit Verschüttetes und Ignoriertes, zum Beispiel auf das Buch „100%-Geld“ des weltberühmten Geldtheoretikers Irving Fisher aus den 30er Jahren, der in den VWL-Lehrbüchern vor allem für seine Quantitätstheorie des Geldes gewürdigt wird (Handelsvolumen x Preisniveau = Geldmenge x Umlaufgeschwindigkeit), nicht aber für seine Richtung weisenden Vorschläge zur Reform der Geldschöpfung. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Geldschöpfung nicht in die Hände privater Geschäftsbanken gehört, sondern in die Hand der Zentralbank, die staatlich sein muss. Er verdichtete seine Auffassung in dem Satz:

Verstaatlichung des Geldes: ja! Verstaatlichung der Banken: nein!

Ein anderes Richtung weisendes Buch betreffend die Problematik der Geldschöpfung stammt von dem langjährigen Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank Rolf Gocht aus dem Jahre 1974 mit dem Titel „Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung“. Darin werden auch Funktionsweise und Problematik der Giralgeldschöpfung sehr klar heraus gearbeitet und Vorschläge für einen sanften Übergang zu einem anderen Geldsystem aufgezeigt, in dem die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken keinen Platz mehr hat. Und schließlich sei auf eine neuere Veröffentlichung von Joseph Huber und James Robertson („Geldschöpfung in öffentlicher Hand“) verwiesen, in der nach klarer Analyse der Giralgeldschöpfung und ihrer Problematik konkrete Schritte in Richtung einer „Vollgeld-Reform“ beschrieben werden. Darin wird das Giralgeld – neben dem bisherigen Zentralbankgeld – zu vollwertigem Geld im Sinne eines gesetzlichen Zahlungsmittels erklärt. Die Giralgeld-Verwaltung soll dabei aus den Händen der Geschäftsbanken genommen und in die Hand einer vom privaten Bankensystem und von privaten Anteilseignern unabhängigen staatlichen Zentralbank gelegt werden, und unabhängig auch von der Regierung – das, was ich „Monetative“ nenne.

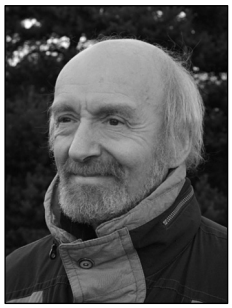
Das Bankgeheimnis Geldschöpfung neigt sich wohl mehr und mehr seinem Ende zu. Schon bald werden immer mehr Menschen verstehen, woraus des Kaisers neue Gelder bestehen:

aus einer gigantischen Täuschung. Es ist zu hoffen, dass es einen friedlichen Übergang in ein langfristig tragfähiges und dem Gemeinwohl verpflichtetes Geldsystem geben wird, damit der Welt ähnliche Krisen und Katastrophen wie die derzeitige Weltfinanzkrise und Weltwirtschaftskrise in Zukunft erspart bleiben.

Artikelherkunft

Auszug aus: http://www.berndsenf.de/pdf/Bankgeheimnis%20Geldschoepfung%204.pdf

Über den Autor



Prof. em. Dr. Bernd Senf, Jahrgang 1944, ist u.a. mit Vorträgen, Seminaren, Workshops und Veröffentlichungen freischaffend tätig. Er hat Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn studiert und war von 1973 – 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Problematik des herrschenden Geldsystems und NOT-wendige Alternativen und die blinden Flecken der Ökonomie.

Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung

Norbert Reuter

Zusammenfassung

Trotz aller Wachstumsbeschwörungen besteht in allen fortgeschrittenen Gesellschaften ein Trend abnehmender Wachstumsraten. Insofern befinden wir uns bereits – von vielen noch unbemerkt – auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. Gleichzeitig sinkt die Bedeutung des industriellen Sektors für die Wertschöpfung wie für die Beschäftigung bei gleichzeitig wachsendem Dienstleistungssektor. Diese Trends gilt es zu nutzen und wirtschaftspolitisch zu unterstützen. Mehr – vor allem staatsnahe – Dienstleistungen und ein Wiedereinstieg in die Arbeitszeitverkürzung treten als entscheidende Zukunftsstrategien in den Vordergrund.

Ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt gilt nach wie vor als wichtigstes Kennzeichen erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung. Über Art und Qualität, gar über eine „*Postwachstumsökonomie*“ (Paech 2009), wird kaum debattiert. Tatsächlich wirken sich hohe Wachstumsraten positiv auf Beschäftigung, Steuereinnahmen oder Sozialsysteme aus. In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise setzen denn auch wirtschaftspolitische Maßnahmen aller von der Krise betroffenen Länder darauf, die Wirtschaft möglichst schnell wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Auf der anderen Seite geht Wirtschaftswachstum mit steigender Umweltbelastung einher. Die Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Umweltbelastung ist in den letzten Jahrzehnten allenfalls relativ gelungen, was angesichts von Klimakrise und der absehbaren Erschöpfung vieler Ressourcen nicht weiterhilft. Wachstum des herkömmlichen, nicht-qualitativen Typs darf zumindest für die Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen kein Ziel der Wirtschaftspolitik mehr sein (Bund für Umwelt und Naturschutz et al., 2008, insbes. 112ff., Reuter 2002).

Doch, was ist mit den apokalyptischen Szenarien, die im Falle ausbleibenden Wachstums ein massives Unternehmenssterben und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit vorhersagen?[1] Wird der Abbau der in vielen Ländern bestehenden Arbeitslosigkeit vollends zur Illusion? Oder lassen sich Ökologie, Ökonomie und Vollbeschäftigung miteinander versöhnen? Um diese Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, Trends und ökonomische Rahmenbedingungen zu diagnostizieren. Auf dieser Grundlage lassen sich politische Handlungsoptionen aufzeigen, und die gegenwärtige Wirtschaftskrise lässt sich als Chance für einen ökologischen Umbau und einen quantitativen und qualitativen Ausbau des privaten und vor allem des öffentlichen Dienstleistungssektors sehen.

[1] Immer noch scheint die Einschätzung der ehemaligen spanischen Regierung unter José María Aznar salonfähig, deren Position von dem damaligen Staatssekretär Folgado in dem prägnanten Satz zusammengefasst wurde: „‚*Niemand wird uns zwingen, die Kyoto-Vorgaben auf einem Unternehmensfriedhof zu erfüllen. Erst sollte die Wirtschaft brummen, die Zukunft hatte zu warten*.“ Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 20.11.2005, 1.

1. Megatrends der wirtschaftlichen Entwicklung

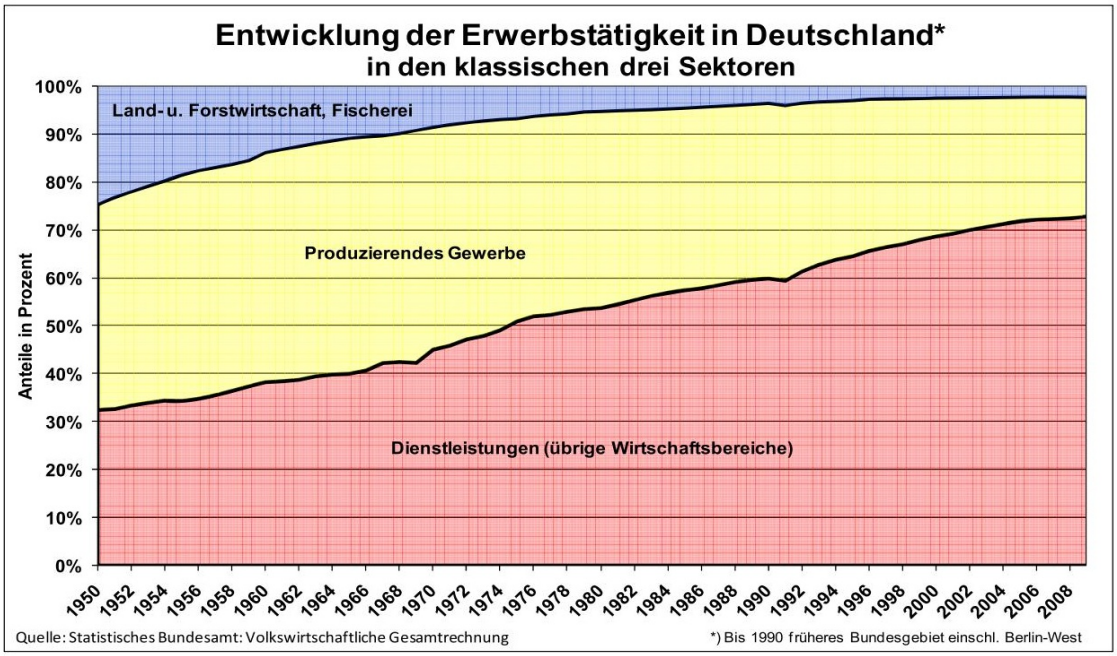
Alle Gesellschaften mit steigenden Pro-Kopf-Einkommen sind von zwei überragenden Trends gekennzeichnet: dem Trend zur Dienstleistungsgesellschaft und dem Trend abnehmender Wachstumsraten.

1.1 Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft

Der langfristige Sektorenwandel vollzieht sich von der Vorherrschaft des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Fischerei) über die Dominanz des sekundären Sektors (produzierendes Gewerbe) hin zum zunehmend dominierenden tertiären Sektor (Dienstleistungen). In Deutschland war 1950 noch rund ein Viertel aller Beschäftigten im landwirtschaftlichen Sektor tätig. Seitdem ging der Anteil konstant bis auf heute nur noch gut 2 Prozent zurück. Bis Anfang der 1970er Jahre erfüllte der sekundäre Sektor seine Funktion als Arbeitsplätzereservoir für die im primären Sektor nicht mehr benötigten Arbeitskräfte. Sukzessive wurde er darin dann jedoch vom tertiären bzw. Dienstleistungssektor abgelöst.

Erstmals arbeiteten 1972 mit einem Anteil von gut 47 Prozent mehr Beschäftigte im Dienstleistungs- als im industriellen Sektor. Bis 2009 ist dieser Anteil nach der Klassifikation des Statistischen Bundesamtes auf 73 Prozent gestiegen, während im industriellen Sektor nur noch knapp 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1



Da die einzelnen Länder Beschäftigung in unterschiedlicher Weise den jeweiligen Sektoren zurechnen, sind für internationale Vergleiche Zahlen des europäischen Statistischen Amtes und der International Labour Organisation (ILO) heranzuziehen. Ohne dass sich hierdurch an den beschriebenen Trends etwas ändert, waren nach diesen international vergleichbaren Angaben in Deutschland 2008 68,1 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt, was – insbesondere gegenüber den skandinavischen Ländern – ein sehr niedriger Wert ist.[2]

Prognostiziert und theoretisch gedeutet wurde dieser Sektorenwandel bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von Jean Fourastié (1949/54)[3] zu einer Zeit, als im primären Sektor noch ein Viertel aller Menschen beschäftigt war. Offensichtlich hatte Fourastié die Triebkräfte der Entwicklung richtig erkannt: Produktivitätsfortschritt und Sättigungstendenzen. Der Produktivitätsfortschritt, also die technische und organisatorische Entwicklung, ermöglichte eine immer größere Produktion pro Arbeitskraft. Allerdings erklärt dies alleine noch keinen Sektorenwandel. Solange das Mehrprodukt sich als absetzbar erweist, führt der Produktivitätsfortschritt lediglich zu einer fortgesetzten Expansion des Sektors. Erst zusammen mit dem zweiten Faktor, nämlich der Nachfragesättigung, kommt es wegen zunehmender Überkapazitäten zu Absatzproblemen und in der Folge zu wachsenden Beschäftigungsverlusten in diesem Sektor.

Wegen der großen Nachfrage nach industriellen Gütern konnte der industrielle Sektor in dieser Phase des Sektorenwandels Arbeitskräfte, die im primären Sektor nicht mehr unterkamen, auffangen. Entsprechend expandierte der sekundäre Sektor. Da jedoch auch in diesem Sektor die beiden Triebkräfte Produktivitätsfortschritt und Sättigung wirken, prognostizierte Fourastié hier eine analoge Entwicklung: Zunächst erfolgte eine Zunahme des Beschäftigungsanteils dieses Sektors verbunden mit einer steigenden Produktion von industriell erzeugten Gütern. Früher oder später aber stünde das gesteigerte Angebot auch hier einer zurückbleibenden Nachfrage gegenüber. Erneut entstehende Überkapazitäten markierten für Fourastié den Zeitpunkt des zweiten großen Sektorenwandels, bei dem Beschäftigungsverluste im industriellen Bereich durch Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungsbereich aufgefangen würden.

Dienstleistungen unterscheiden sich für Fourastié aber in zwei entscheidenden Punkten von Produkten des primären und des sekundären Sektors: Sie unterliegen erstens keinem oder nur einem vergleichsweise geringen Produktivitätsfortschritt. Zweitens unterstellte Fourastié einen unstillbaren „Hunger nach Tertiärem“, also ein Ausbleiben von Sättigung.

Fourastié (1967, 29) begründete dies damit, dass „*der tertiäre Sektor entweder das Leben des Konsumenten sehr angenehm gestaltet (Theater, Schauspiel, Kunst, Tourismus, Dienstleistungen im Handelsverkehr) oder er (...) für die Gemeinschaft und sogar für die Herstellung von Produkten des primären und sekundären Sektors (Bildungswesen, Forschung, Verwaltung usw.) absolut unerläßlich ist.*“ Insofern stellte die Dienstleistungswirtschaft für

[2] Die vergleichbaren Werte lauten für Belgien 73,5%, Dänemark 74,4%, Finnland 69,5%, Frankreich 73,0%, Großbritannien 76,9%, Luxemburg 82,9%, Niederlande 73,7%, Norwegen 76,1%, Österreich 68,4%, Schweden 75,8%, Schweiz 73,0%. Deutschland liegt noch weiter hinten, wenn man nur den Teilsektor „sonstige öffentliche und private Dienste“ betrachtet. Vgl. Statistisches Bundesamt 2009, 696.

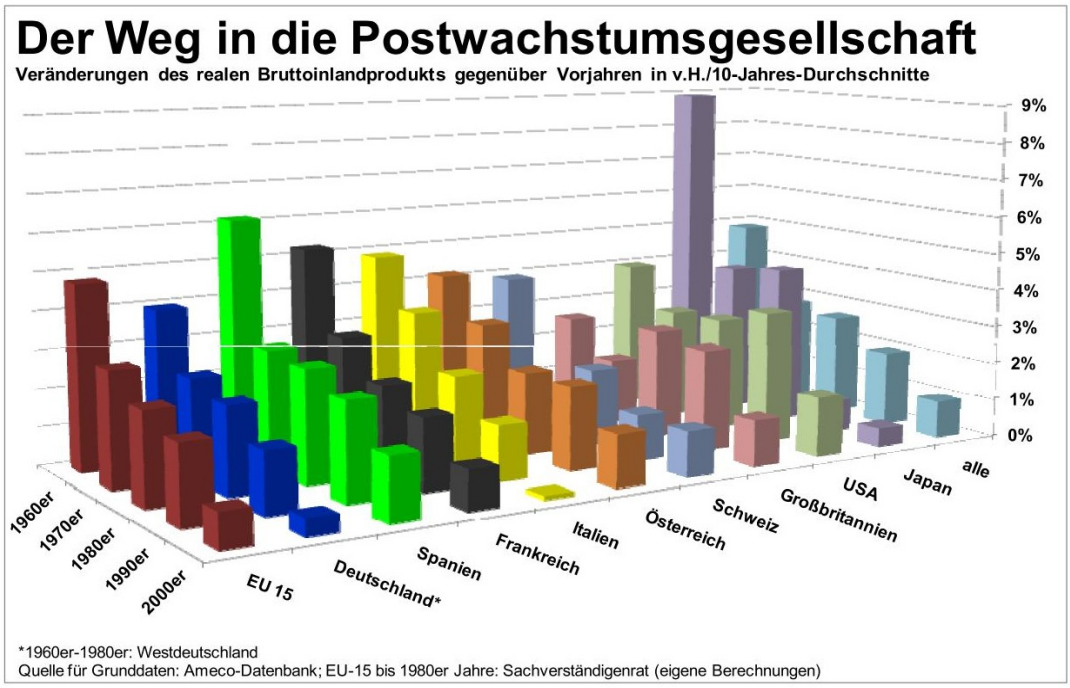
[3] Vgl. hierzu ausführlich Reuter 2000, 178-206.

ihn ein unbegrenztes Beschäftigungsreservoir dar, eben „*die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*“.

1.2 Der Trend abnehmender Wachstumsraten

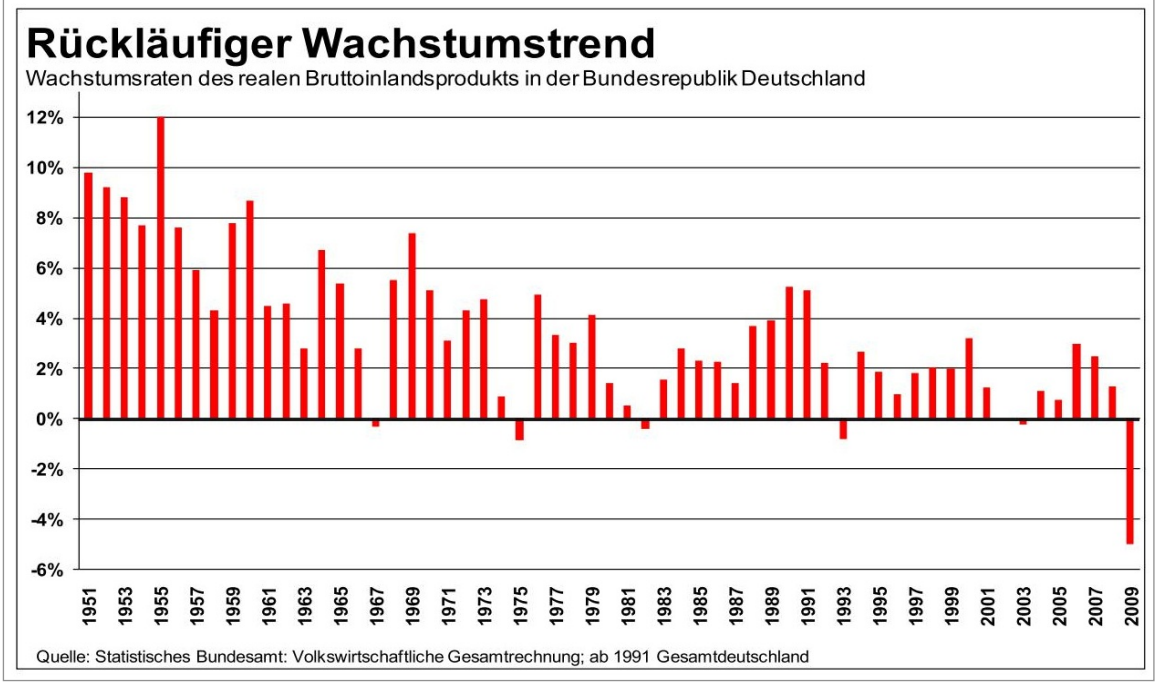
Der Sektorenwandel vollzog und vollzieht sich in einem Umfeld abnehmender Wachstumsraten. Insofern verstärken die weltweiten Wachstumseinbrüche im Kontext der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise lediglich einen dekadenübergreifenden Trend, der in allen fortgeschrittenen Gesellschaften zu beobachten ist (so auch der Befund bei Afheldt 1994, Bandholz et al. 2005) (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2



Durch den jetzigen weltweiten Einbruch der Wachstumsraten schwächt sich der Wachstumstrend lediglich weiter ab. Für die meisten Länder lässt sich sogar feststellen, dass sie in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends im Durchschnitt ein Wachstum von weniger als einem Prozent aufweisen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung steht hierfür geradezu symptomatisch (vgl. Abbildung 3, für Österreich und die Schweiz seit 1981 siehe Abbildung 2 in der Einleitung). Insofern befinden wir uns bereits auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft. Erstaunlicherweise ist das bislang kaum thematisiert oder wissenschaftlich aufgearbeitet worden.

Abbildung 3



Eine theoretische Begründung für eine derartige, mehr oder weniger ausgeprägte Stagnationstendenz in allen fortgeschrittenen Gesellschaften lieferte John Maynard Keynes bereits Anfang der 1940er Jahre. In einem 1943 veröffentlichten Memorandum legte er eine Langfristprognose vor, in der der empirische Trend beschrieben war (Keynes 1943). In diesem Dokument findet sich gewissermaßen die Quintessenz seiner langjährigen wirtschaftstheoretischen und -politischen Erkenntnisse. In kondensierter Form dokumentiert das Dokument seine Sichtweise grundsätzlicher Entwicklungsphasen des Kapitalismus. Für die Zeit nach dem Krieg prognostizierte Keynes drei voneinander abgrenzbare Phasen:

1. Phase: Es besteht ein erheblicher Bedarf an Investitionen, um die hohe Nachfrage (bedingt vor allem durch Wiederaufbau, Nachholbedarf, Mangel an Grundbedarfsgütern) decken zu können. Das „Akkumulationskarussell", also die Abfolge von Gewinnerwartung, Investitionen und Gewinnen, kommt marktendogen initiiert in Fahrt und führt zu einem kontinuierlichen Kapazitätsaufbau. Die hohen Wachstumsraten ermöglichen eine hohe Rendite der Investitionen, gewährleisten Vollbeschäftigung mit steigenden Realeinkommen und bescheren dem Staat ein wachsendes Steueraufkommen, das wiederum zur Steigerung der kollektiven Wohlfahrt, zum Ausbau der Infrastruktur, zur Absicherung und Erweiterung der sozialen Sicherungssysteme etc. verwendet werden kann.

2. Phase: Übergang in ein neues Investitionsregime. Investitionsabsichten und gesamtwirtschaftliche Ersparnis nähern sich immer mehr an: Einerseits lässt wegen des Rückgangs renditeträchtiger Investitionsgelegenheiten der privatwirtschaftliche Kapitalbedarf nach, andererseits sind die drängendsten Bedürfnisse zunehmend befriedigt, was eine relativ sinkende Nachfrage und eine höhere Ersparnisbildung nach sich zieht.

3. Phase: Dieses Zeitalter ist von einem im Vergleich zum Investitionsvolumen (auf Vollbeschäftigungsniveau) höheren Sparniveau geprägt. Keynes sah dies als Ergebnis einer

sinkenden Attraktivität des Konsums infolge einer zwischenzeitlich erreichten hohen Güterausstattung der Haushalte. Der verbleibende Investitionsbedarf kann aus den Abschreibungen finanziert werden, sodass es sukzessive zum „*sanften Tod des Rentiers*“[4] (Keynes 1936, 317) kommt. Sättigungstendenzen auf immer mehr Märkten führen dazu, dass privatwirtschaftliche Investitionen an Dynamik verlieren und das Wachstum sukzessive schwindet.

Als notwendige Reaktion auf diese sich verändernden wirtschaftlichen Grundbedingungen empfahl Keynes eine zunehmend stärkere öffentliche Koordinierung ökonomischer Abläufe. Um Arbeitslosigkeit in dieser dritten Phase zu vermeiden, müsse die Wirtschaftspolitik zunächst für einen hohen – und wie Keynes ausdrücklich betonte „sinnvollen“ – privaten Konsum sorgen und so einer steigenden Sparquote entgegenwirken. Allerdings sah er hierfür nur zeitlich begrenzte Möglichkeiten.

Keynes ging von einer aufscheinenden Gesellschaft aus, die in zunehmendem Maße endogen hinter ihren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, also weniger akkumuliert und produziert, als sie akkumulieren und produzieren könnte. Da zusätzliche Produktion aufgrund zunehmender Sättigung immer schwerer Absatz findet, betonte Keynes die Notwendigkeit der Umsteuerung auf die Befriedigung öffentlicher Bedarfe (Bildung, Infrastruktur, Umwelt). Hier sah er den Staat gefordert. Parallel – vor allem vor dem Hintergrund des gleichzeitig voranschreitenden Produktivitätsfortschritts – hielt er eine sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit für unumgänglich. Auf dieser Entwicklungsprognose gründet sich auch seine Charakterisierung dieser Phase als „*goldenes Zeitalter*“ (Keynes 1943, 162). Am Horizont sah Keynes deutlich die Umrisse einer Postwachstumsgesellschaft mit hohem Zeitwohlstand (Zinn 1984, Zinn 1994, 63ff., Reuter 2000, 151-162).

2. Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Die Fourastiésche wie die Keynessche Prognose haben sich als zutreffend erwiesen. Von einem „*goldenen Zeitalter*“ spürt ein Großteil der Bevölkerung allerdings nichts. Hierfür sind vor allem die parallel zu den geschilderten Megatrends seit Anfang der 1970er Jahre entstandene hohe Arbeitslosigkeit und die dadurch noch einmal verstärkten Einkommens- und Vermögensdisparitäten verantwortlich. 2009 waren in Deutschland rund 3,4 Millionen Menschen offiziell als arbeitslos registriert. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit[5] ist jedoch deutlich höher und lag 2009 bei rund 5,4 Millionen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Megatrends und ihrer theoretischen Erläuterung durch Fourastié und Keynes lässt sich diese Massenarbeitslosigkeit vor allem als Folge des Zusammenwirkens einer mangelnden Expansion des Dienstleistungssektors, einer zu geringen Schaffung von öffentlichen oder öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen und einer unzureichenden Verkürzung der Arbeitszeit diagnostizieren. Zur Schließung dieser Beschäftigungslücke gibt es im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: ein höheres BIP – also Wachstum – oder eine andere Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens, also

[4] Mit dem französischen Wort „Rentier“ wird eine Person bezeichnet, die alleine von ihren Kapitalerträgen leben kann.

[5] Die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfasst die Menschen, die sich wegen Aussichtslosigkeit nicht melden oder nicht (mehr) mitgezählt werden, weil sie sich z.B. in Arbeitsbeschaffungs-, Eingliederungs- und Trainingsmaßnahmen oder in Ein-Euro-Jobs befinden.

Arbeitszeitverkürzung. Rein rechnerisch wäre 2009 zur Herbeiführung von Vollbeschäftigung in Deutschland eine Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit um knapp 12 Prozent notwendig gewesen. Mit einer auf diese Weise für alle von aktuell 26,7 Stunden[6] auf 23,6 Stunden pro Woche reduzierten durchschnittlichen Arbeitszeit würde das gegenwärtige Arbeitsvolumen in Höhe von rund 56 Milliarden Stunden für alle Erwerbstätigen inklusive der 5,4 Millionen Arbeitslosen „reichen".[7] Das wäre der Weg aus der Massenarbeitslosigkeit ohne Wachstum, der freilich vor allem von massiven Qualifizierungsmaßnahmen begleitet werden müsste, um die vorhandenen Qualifikationen an die geforderten anzupassen.

Der andere Weg läge in einem höheren Wachstum. Hier ergibt die überschlägige Rechnung, dass bei einem BIP pro Beschäftigten in Höhe von durchschnittlich knapp 60.000 Euro im Jahr 2009 5,4 Millionen zusätzlich Beschäftigte einen um gut 320 Milliarden Euro erhöhten Produktionswert erwirtschaften würden. Das BIP würde also, um Vollbeschäftigung zu ermöglichen, von heute 2,4 Billionen auf 2,7 Billionen Euro steigen müssen, was einem Wachstum von knapp 13 Prozent entspräche.

Die zur Herstellung von Vollbeschäftigung notwendigen Größenordnungen der Arbeitszeitverkürzung bzw. des Wachstums zeigen, dass man kurz- bis mittelfristig kaum um eine Kombination dieser beiden Strategien herumkommt. Hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung stellt sich jedoch die Frage des Lohnausgleichs, hinsichtlich des Wachstums die Frage der ökologischen Folgeprobleme.

Artikelherkunft

Auszug aus: Reuter, N. (2010): Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Seidl, I., und Zahrnt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft. Metropolis-Verlag, Marburg.

Über den Autor



PD Dr. Norbert Reuter, Jahrgang 1944, ist Volkswirt und arbeitet derzeit im Bereich Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstands in Berlin und als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen. Er ist Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des deutschen Bundestages. Seine thematischen Schwerpunkte sind Wachstum(skritik), Verteilungsproblematik und demographische Entwicklung.

[6] Der Wert umfasst den Durchschnitt aller Beschäftigungsverhältnisse, also inklusive Teilzeit und Minijobs.

[7] Gelegentlich wird auch die Umstellung des gesamten Sozialsystems auf das so genannte „Bedingungslose Grundeinkommen" als Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit gesehen. Dass dem nicht so ist, dass sogar mehr Probleme geschaffen als gelöst würden, hat Daniel Kreutz (2010) überzeugend herausgearbeitet.

Mentale Infrastrukturen

Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam

Harald Welzer

Der Aufstieg des Wachstumskonzepts zum wirtschaftspolitischen Zentralbegriff der Industrienationen vollzog sich in verblüffend kurzer Zeit. Die lediglich einige Jahrzehnte umfassende Zeitspanne, in der der Wachstumsbegriff etwa in der Ökonomik eine prominente Rolle spielt, und der Stellenwert, den er wirtschaftstheoretisch hat, steht in gar keinem Verhältnis zu der nachgerade magischen Bedeutung, die ihm die Politik als Allheilmittel für allgemeine Prosperität, Abdämpfung sozialer Ungleichheit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. zuschreibt. Keine Politikerin und kein Politiker kann es sich heute leisten, wirtschaftspolitische Konzepte zu vertreten, die eine dezidierte Abkehr von der Zivilreligion des Wachstums bedeuten – entweder setzt man, wie die liberalkonservativen Parteien und die sozialromantische «Linke» auf den klassischen Wachstumsbegriff, um Politikziele zu definieren, oder – wie die «Grünen» und auch Teile der Sozialdemokratie – auf die Möglichkeit einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch und spricht dann vom qualitativen Wachstum. Unabhängig davon, wie realistisch Entkoppelungsvorstellungen sind (zur Kritik siehe etwa Paech 2011; Sommer/Welzer 2010), zeigt sich in ihrer Propagierung jedenfalls die ungebrochene Prominenz des Wachstumskonzepts als Zentralkategorie des Realpolitischen. Die Alleinstellung des Wachstumskonzepts erfüllt nicht zuletzt auch die Funktion, keinen Plan B – also etwa den einer wachstumsbefriedeten oder Postwachstums-Gesellschaft – entwickeln zu müssen. So wie die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit auf Wachstum als Befriedungsinstrument zur Entschärfung sozialer Ungleichheit setzte, so setzen die demokratischen Parteien heute auf Wachstum als Monostrategie zur Aufrechterhaltung eines wirtschaftlich wie sozial fragilen Status Quo.

Das Fehlen jeder Alternative zum Wachstumskonzept in allen Parteien macht nicht nur einmal mehr seinen sakrosankten Charakter deutlich, sondern zeigt zugleich an, dass die Entwicklung alternativer Strategien zur Erreichung und Aufrechterhaltung zukunftstauglicher Lebensverhältnisse sofort die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsform in Frage zu stellen droht: So befindet sich jegliche Erwägung zu einer Wirtschaft ohne Wachstum unmittelbar in eklatantem Widerspruch zum kapitalistischen Wirtschaftsprinzip, das ja auf die Produktion von Mehrwert setzt, und jeder einzelne Schritt zur Post-Wachstumsgesellschaft – wie etwa lokale Tauschwirtschaften und Währungen etc. – stellt automatisch auch die geläufigen Verkehrsformen der Geld- und Kreditwirtschaft in Frage.

Insofern verknüpft sich mit der Wachstumsfrage automatisch immer die Frage ums Ganze des gegenwärtigen, immerhin über zwei Jahrhunderte ungeheuer erfolgreichen Gesellschaftsmodells – kein Wunder, dass da kaum jemand dran rühren mag. Tatsächlich erfüllen die gegenwärtigen Debatten über Entkoppelung hier und die Entwicklung anderer Wohlstands- und Glücksindizes dort vor allem die Funktion, die Illusion aufrechtzuerhalten, man könnte im Rahmen des Bestehenden hinreichend viele Stellschrauben nachjustieren, um die negativen Umweltfolgen des Wirtschaftswachstums zu mindern, das Bestehende selbst aber unbeschadet lassen. Dieser weder wissenschaftlich noch wirtschaftspolitisch begründbare Illusionismus belegt selbst, wie magisch und zwingend das Wachstumsdenken geworden ist. Da dies, wie gesagt, in eigentümlichem Kontrast zu der historischen

Zeitspanne seiner Prominenz steht, liegt der Verdacht nahe, dass es neben ökonomischen und politischen Begründungen für den Wachstumszwang noch eine tiefere Dimension geben könnte, die im mentalen Bereich angesiedelt ist. Mit dieser Dimension des Wachstumskonzepts wird sich der folgende Essay befassen.

Lebenswelten sind nicht nur durch materielle und institutionelle Infrastrukturen bestimmt, sondern auch durch mentale. Vorstellungen über Freiheit, Mobilität, Glück etc. sind ebenso durch historisch spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsformationen geprägt wie etwa Lebenslaufkonzepte und Biographiemuster. Die Außenwelt übersetzt sich bei Menschen deshalb immer auch in ihre Innenwelt, weil sie – wie die Neurobiologie zeigt – über ein plastisches Gehirn verfügen, das Umwelterfahrungen im Verlauf der Ontogenese in die neuronale Verschaltungsarchitektur des sich entwickelnden Gehirns einbaut. Diese in der Biosphäre einzigartige Neuroplastizität sorgt dafür, dass man das menschliche Gehirn als ein biokulturelles Organ (Shore 1996; Markowitsch/Welzer 2005; Hüther 2001; Tomasello 2002) verstehen muss, dessen Entwicklungsbedingungen nicht allein biologische, sondern immer auch kulturelle sind. Diese erst neuerdings prominent gewordene neurowissenschaftliche Perspektive hat einen sozialwissenschaftlichen Vorläufer in der Zivilisationstheorie von Norbert Elias, der die Parallelität von Psycho- und Soziogenese anhand der Untersuchung von Zivilisierungsschritten und Persönlichkeitsformationen aufgewiesen hat (Elias 1969). Und schon Marx hatte in der Figur des doppelt freien Lohnarbeiters den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsform und Subjektformation dargelegt – wie später dann Max Weber in der «Protestantischen Ethik» oder Georg Simmel in der «Philosophie des Geldes.»

In der gegenwärtigen Wachstumsdebatte fehlen solche Erwägungen und theoretischen Bezugnahmen völlig – ebenso wie in den Vorstellungen über eine dritte industrielle Revolution (BMU 2008) bzw. über eine postcarbone Gesellschaft. Wege aus dem Wachstum und Strategien hin zur postcarbonen Gesellschaft werden vorwiegend auf technologischer und ordnungs- und anreizpolitischer Ebene gesucht; Lebenswelt und Mentalitäten tauchen als Variablen in den technoiden Szenarien der «Dritten Industriellen Revolution» nicht auf; in den Politikstilen der Gegenwart schon gar nicht. Deshalb scheint ein Blick auf die Genese der mentalen Infrastrukturen in den frühindustrialisierten Ländern überfällig, weil er Hinweise auf die soziologischen und psychologischen Hürden und Locked-in-Strukturen geben kann, die den Umbau von der Wachstums- zur Postwachstumsgesellschaft so außerordentlich schwierig machen.

Es mag für den Zweck des vorliegenden Papiers ausreichend sein, in Anlehnung an Sachs (2009), Miegel (2010), Seidl/Zahrnt (2010), Jackson (2011) und andere darauf hinzuweisen, dass die ökonomische Wachstumsdynamik direkt an das fossile Zeitalter, also an die Industrialisierung gebunden ist: Erst die Nutzung fossiler Energien – Kohle, Erdöl, Erdgas – erlaubte jene ungeheueren Produktivitätssteigerungen, die ein rasantes Wirtschaftswachstum ermöglichten. Während das vormoderne Wirtschaftswachstum auf etwa 0,05 Prozent per Annum taxiert und selbst diese geringe Rate vor allem auf das Bevölkerungswachstum zurückgeführt wird, verzeichneten die frühindustrialisierten Gesellschaften jene enormen Wachstumsraten, die auch heute noch für viele Ökonomen und Wirtschaftspolitiker das Idealbild einer funktionierenden Wirtschaft kennzeichnen. Man würde freilich, wie Jürgen Osterhammel in seiner monumentalen Studie zum 19. Jahrhundert gezeigt hat, die «Verwandlung der Welt» zu eindimensional deuten, wenn man sie allein auf den Einsatz fossiler Energien zurückführen würde; die Durchschlagskraft dieser Verwandlung speist sich auch aus den interdependenten Entwicklungsprozessen im Handel,

im Wissen, in der Technologie und nicht zuletzt in der Nationenbildung; andernfalls wäre die Beschränkung der Industrialisierung auf zunächst England, Deutschland und Nordamerika nicht zu erklären. Promotoren von Wachstumsvorstellungen liegen mithin auch im Markt, in der Wissenschaft, im Kolonialismus und nicht nur in der Energieerzeugung, so dass man von einer soziotechnischen Figuration sprechen kann, in der sich die Welt zu verwandeln beginnt. Und damit auch die Vorstellungen darüber, was Entwicklung, Fortschritt, Wachstum, Bildung etc. eigentlich sind. Die Unendlichkeitsvorstellung in Verkoppelung mit immerwährendem Wachstum konnte erst mit der Befreiung der Wirtschaft von den biologischen Grenzen der Wertschöpfung in die Welt kommen. Entwicklung, Fortschritt, Wachstum finden in diesem Prozess auch subjektive Korrelate: etwa in dem sich selbst beobachtenden und Rechenschaft ablegenden «ökonomischen Menschen».

Bei all dem ist durchaus erstaunlich, dass das Wachstumskonzept in die ökonomische Theorie erst vergleichsweise spät eingewandert ist. Als Zeitkern wird hier die Zeit der «Great Depression» genannt, vor allem aber die Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten und der (sowjet-) kommunistischen Hemisphäre, deren Wettbewerb in kommensurablen Wachstumsraten ein probates Maß fand. Den entscheidenden Schub erfuhr das Wachstumskonzept aber erst in der Nachkriegszeit, als man in den westeuropäischen Gesellschaften auf stetiges Wirtschaftswachstum setzte, um soziale Ungleichheiten relativ zu reduzieren und eine möglichst breite Teilhabe am wachsenden Wohlstand zu gewährleisten. Zum Wachstumsparadigma in der Wirtschaft trat Wachstum als Staatsaufgabe. Die enge Koppelung der normativen Vorstellung vom sozialen Frieden an das kontinuierliche Wirtschaftswachstum ist wohl am stärksten für die heutige Tiefenimprägnierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch die Leitvorstellung des unendlichen Wachstums verantwortlich. Die institutionellen Infrastrukturen regulieren das Wachstum, die materiellen manifestieren es, die mentalen übersetzen es in die lebensweltliche Praxis. Sie statten die Bewohner der Wachstumsgesellschaften mit den dazugehörigen Selbstkonzepten und Biographien aus.

Aus Fremdzwang wird Selbstzwang

Zunächst: Jede Wachstumsvorstellung setzt grundsätzlich voraus, dass sich ein künftiger Zustand durch irgendein «mehr» gegenüber der Gegenwart auszeichnet. Die Vorstellung vom Wachstum setzt also eine Vorstellung von Zukunft voraus, und das ist eine Kategorie, die – so seltsam das heute erscheinen mag – bis in das 17. Jahrhundert hinein weitgehend inexistent war. Wenn von Zukunft die Rede war, dann im Sinne von «adventum», der Wiederkehr Christi am Ende der Zeiten, nicht als zu erreichender anderer Zustand in der irdischen Existenz (Hölscher 2010, S. 25). Belegen lässt sich diese Zukunftslosigkeit klassischer Kosmologien und auch damit, dass die meisten Grammatiken früher gar keine Zeitform «Futur» vorsahen; die heutige Form des Futurs ist eine späte Hilfskonstruktion des ausgehenden Mittelalters (Ebd.). Mit anderen Worten: Die Vorstellung einer zukünftigen Extension oder Expansion irgendeines Aspektes des Lebens ist historisch recht jung. Dasselbe gilt für ihr subjektives Korrelat, nämlich die auf einen individuellen Lebenslauf bezogene Zukunft, die Autobiographie.

Biographie und Lebenslauf im heutigen Sinn sind selbst ein Produkt der Moderne: Unter gesellschaftlichen Verhältnissen, die von einem statischen Machtgefüge und einer unumstößlich scheinenden Ordnung geprägt sind, ist die Autobiographisierung ebenso wie die Individualität geringer ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Das liegt daran, dass es

weniger an den Ambitionen und Leistungen der einzelnen liegt, wo sie ihren gesellschaftlichen Platz einnehmen; dieser Platz hängt ganz einfach davon ab, in welche Situation und gesellschaftliche Lage sie hineingeboren werden. Von Biographie und Lebenslauf im modernen Sinn kann erst ab jenem Individualisierungsschub die Rede sein, der durch den massenhaften Arbeitskräftebedarf der neu entstehenden Industrien und die damit verbundene Entbettung der Arbeitskraft aus traditionalen Verhältnissen möglich wird. Während die Einzelnen unter vormodernen Bedingungen fest in ständische, lokale und häusliche Zusammenhänge eingebunden sind und ihre soziale Position nicht oder nur höchst ausnahmsweise durch eigene Anstrengung verändern können (Imhof 1984; Brose/Hildenbrand 1988; Kohli 1988), wird der als Sozialtypus erstmals auftretende «doppelt freie Lohnarbeiter» (Marx 2008) zum Verantwortlichen für seine eigene Biographie. Diese Verflüssigung der sozialen Positionen betrifft in noch höherem Maße Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten, und es ist kein Zufall, dass die großen Entwicklungs- und Bildungsromane von Goethes «Wilhelm Meister» bis Moritz' «Anton Reiser» in dieser Formationsperiode entstehen. Die sich entwickelnde Pädagogik entwirft ein Biographiemodell, das von der Vorstellung bestimmt ist, dass die «Anlagen» der Individuen unter bestimmten Bedingungen besser oder schlechter «entwickelt» werden können. Hier tritt nun deutlich der Gedanke ins zeitgenössische Bewusstsein, dass Menschen nicht durch eine göttlich vorgegebene Positionalität fixiert und mit einer unveränderlichen Persönlichkeit ausgestattet sind, sondern sich «bilden», «entwickeln», «entfalten» können, mithin «etwas aus sich machen», «wachsen», «etwas erreichen» müssen. Sprichworte wie das, dass jeder seines Glückes Schmied sei, geben diesem Biographiemodell griffigen Ausdruck; so etwas ist vormodern gar nicht denkbar.

Eine Biographie, die äußerst starken Selbstgestaltungserwartungen unterliegt und ein hohes Maß an Zukunftsorientierung voraussetzt, entsteht als mentale Formation also erst im Zuge der Etablierung moderner Gesellschaften, obwohl wir sie heute für «natürlich» halten. Soziologische Theorien, besonders die Zivilisationstheorie von Norbert Elias (1969), können zeigen, wie sich historische Veränderungsprozesse in Modifikationen auf der individuellen Verhaltensebene niederschlagen – wie also Veränderungen im Großen, in der Herrschaftsorganisation, der Ökonomie, der Mobilität, der Kommunikation etc., mit Veränderungen im Einzelnen, seinem Habitus, seiner Subjektivität zusammenhängen. Elias' Theorie geht, in kurzen Worten, davon aus, dass im Zuge der Gesellschaftsentwicklung die Handlungsketten durch Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung von Funktionen immer länger werden, was bedeutet, dass die Interdependenzen zwischen den Menschen sowohl qualitativ als auch quantitativ immer weiter anwachsen.

Natürlich ist ein solcher Vorgang dem Einzelnen, der an ihm teilhat, nicht bewusst – Regulierungen dieser Art finden in der Praxis, nicht im Bewusstsein statt, sind aber gerade deshalb desto wirkungsmächtiger. Sie äußern sich langfristig in Habitusveränderungen, die auch einen Umbau der inneren Verfassung, der Psychologie der Menschen im Zuge des Zivilisierungsprozesses anzeigen. Elias' Theorie beschreibt eine fortschreitende Veränderung des Verhältnisses, in dem Selbst- und Fremdzwänge zueinander stehen. Wird etwa unter feudalen Verhältnissen gesellschaftliche Macht durch Androhung und Ausübung direkter Gewalt sichergestellt, zeichnen sich moderne Gesellschaften durch ein beständiges Absinken des direkten Gewaltniveaus aus, also durch ein Schwinden von Fremdzwängen. Im selben Zug wachsen aber die Selbstzwänge an, also die Regulierungen, denen jemand folgt, ohne dass er einer direkten Macht unterworfen wäre. Das kann man zum Beispiel mit der Durchsetzung des industriellen Arbeitstags illustrieren: Während, wie von Edward P.

Thompson (1987) klassisch beschrieben, die Arbeiter in der Frühphase der Industrialisierung mit Gewalt, also mit Knebel und Peitsche, dazu angehalten wurden, ihre 12 Stunden in der Fabrik zu verbringen, insbesondere montags nicht zur Arbeit erschienen und nicht selten regelrecht dahin geprügelt wurden, wird später der industrielle Arbeitstag in seiner langsam erkämpften 8-Stunden-Rhythmisierung zur scheinbar natürlichen und selbstverständlichen Norm, in deren Synchrontakt die Wach-, Schlaf- und Rekreationsrhythmen aller Gesellschaftsmitglieder, vom Kleinkind bis zur Rentnerin, eingebunden sind. Heute ist nicht mehr die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern der Besitz von Arbeit der selbstverständliche Zweck aller Anstrengung – einem Arbeiter des 19. Jahrhunderts wäre diese libidinöse Dimension der Arbeit ziemlich pervers vorgekommen. Der Blue Monday ist faktisch wie mental eine ferne Vergangenheit: Aus Fremdzwang ist Selbstzwang geworden.

Insgesamt gab es keine Epoche in der Menschheitsgeschichte, die ein vergleichbares Ausmaß an zeitlicher Synchronisierung hervorbrachte wie das 19. Jahrhundert. Am Ende einer Entwicklung, die nicht nur die Zeittakte des industriellen Arbeitstages, sondern vor allem auch die Vereinheitlichung der international zunächst völlig unterschiedlichen Eisenbahnzeiten und die Ordnung der Welt in unterschiedliche Zeitzonen hervorbrachte, stand ein weltweit einheitliches Zeitregime (Osterhammel 2009, S. 119), gleichfalls ein historisch junges Phänomen, das eine so erstaunliche Verinnerlichung durchlaufen hat, dass kaum mehr bewusstseinsfähig ist, dass die Moderne so etwas wie «natürliche Zeitrhythmen» gar nicht kennt.[1]

Veränderungen im Gesellschaftsgefüge bringen andere Sozialformen und andere Praktiken und damit psychisch andere Menschen mit anderen Bedürfnissen hervor. Die gesellschaftliche Bedeutung von Kategorien wie Pünktlichkeit, Selbstdisziplin, Rechenschaft, «gute Arbeit» (Lüdtke 2002) etc. zeigt die Entwicklung von Biographien an, deren Träger sich in hohem Maße dessen bewusst sind, dass ihr eigenes Wohlergehen und ihr Erfolg nicht von fremden oder göttlichen Mächten abhängig sind, sondern vor allem von ihnen selbst und ihrer gelingenden Einpassung in sich bewegende Sozialgefüge. Phänomene wie dieses zeigen, dass Soziogenese und Psychogenese zwei Seiten desselben Vorgangs sind. Deshalb ist die Wachstumsidee nicht nur in Wirtschaft und Politik verankert, sondern auch im psychischen Aufbau der Menschen, die in den entsprechenden Gesellschaften aufwachsen.

Unendliches Wachstum

Es ist die historische Konstellation aus früher Industrialisierung, Aufklärung, protestantischer Rechenschaftskultur, Berufsförmigkeit und Kreditwirtschaft, in der jene Mentalitäten und Identitätsformationen sich ausgebildet haben, die unsere Selbst- und Weltwahrnehmung, unsere Deutungsmuster und Lebensziele auch heute in der Tiefe prägen. Die Verinnerlichung dessen, was man sein kann und sollte, ist nun freilich nicht nur eine Befreiung aus den äußeren Zwängen der Positionalität gewesen, sondern sie ging einher mit ganz neuen, zuvor unbekannten Orientierungsnotwendigkeiten und Lasten: Kategorien wie Selbstverantwortung, Disziplin, Wille werden in dem Augenblick für heranwachsende

[1] Man betrachte nur mal niederländische Malerei aus dem 15. und 16. Jahrhundert, um erstaunt festzustellen, dass die dargestellten Personen, etwa in den Brueghelschen Jahreszeitenbildern, zeitlich desynchronisiert sind: Immer findet man beispielsweise inmitten der handelnden, schlittschuhlaufenden oder werkenden Personen auch solche, die einfach schlafen.

Individuen bedeutsam, wo man nicht nur «etwas aus sich machen» kann, sondern eben auch muss. Denn wie der Lohnarbeiter frei ist, sich jenseits feudaler Zwänge dort zu verdingen, wo es für ihn am günstigsten ist, so ist er, wie es bei Marx heißt, zugleich frei, «seine Haut zu Markte zu tragen» – also auch den Orientierungs- und Versorgungssicherheiten der unfreien Existenz entbunden. «Der historische Prozess der Individualisierung bedeutet in dieser Perspektive, dass die Person sich nicht mehr über die Zugehörigkeit zu einer sozialen Position bzw. die Mitgliedschaft in einem sozialen Aggregat konstituiert, sondern über ein eigenständiges Lebensprogramm» (Kohli 1988, S. 35).

War vormodern der Lebensweg eine weitgehend variationslose Zeitspanne vor dem Tod, nach dem immerhin die erfreuliche Perspektive auf ein jenseitiges Glück wartete, ergab sich mit der Freiheit der Gestaltung des eigenen Lebenswegs eben auch der Zwang, «ein Lebenswerk auf Erden» vorweisen zu müssen (Brose/Hildenbrand 1988, S. 13). Und mit diesem Zwang entsteht ein permanenter Bedarf nach Orientierung und Selbstvergewisserung. Die faktische und gefühlte Notwendigkeit, «in sich selbst soviel Welt als möglich zu ergreifen», wie es Wilhelm von Humboldt formulierte, erzeugt einen wachsenden Druck, ökonomisch auch mit sich selbst und seinem Leben umzugehen. Nunmehr kann auch dies mehr oder weniger erfolgreich «geführt» werden, und solche Lebensführung erfordert Kontrolle, Maß und Beobachtung, kurz: ein hohes Selbstzwangniveau.

«So viel Welt als möglich» – in dieser emphatischen Formulierung scheint der bürgerlich-kapitalistische Wertehorizont des unendlichen «besser, weiter, mehr» nach innen gewendet auf: Auch das Selbst wird zu einer kontinuierlichen Entwicklungsaufgabe mit festgelegten Stufen und Zielen – der biographische Erfolg wird messbar. Der «ökonomische Mensch»[2] (Joseph Vogl) zeichnet sich, wie wir alle, dadurch aus, dass er in einem genau und immer fester gefügten Universum von Prüfungen, Bilanzierungen und Rechenschaften seine eigenen Entwicklungsfortschritte zu dokumentieren und nach innen wie nach außen zu rechtfertigen hat.

Joseph Vogl beschreibt die kaufmännische Praxis des Buchhaltens als Dispositiv, das eine ständige Beobachtung und Kontrolle wechselnder Ereignisse ermöglicht. Die Buchhaltung verwaltet Ereignisse, indem sie diese selektiv in verschiedenen Registern – Memorial, Journal, Hauptbuch – aufschreibt und nach Gewinn und Verlust sortiert. Aufgezeichnet werden die Ereignisse auf der Achse der Zeit und innerhalb von bestimmten, für alle Ereignisse gleichermaßen gültigen Zeiteinheiten. Eine solche Notationstechnik sichert Kontinuität und ist damit erst die Voraussetzung einer Wachstumserfahrung.

Für den Kaufmann bedeutet die Einführung der Buchhaltung, dass er gewissermaßen schlaflos wird, stets unruhig und wachsam, «ein Subjekt der kontinuierlichen Selbstkontrolle und der Jahresabrechnungen, ein Subjekt, das sich damit einen innerweltlichen Lebenslauf

[2] Der ökonomische Mensch ist nicht mit der wirtschaftswissenschaftlichen Fiktion des «homo oeconomicus» zu verwechseln, jenem Reaktionsbündel, das auf Reize reagiert, wenn sie ihm einen Vorteil versprechen. Es ist erstaunlich, wie lange sich dieses Menschenbild in der Vorstellungswelt der Ökonomen gehalten hat, obwohl der Behaviorismus in anderen Disziplinen schon vor vielen Jahrzehnten abgedankt hatte. Darin kann man einen weiteren Indikator für die inhaltliche Sklerose der Wirtschaftswissenschaften sehen und hoffen, dass der Vitalisierungsschub, der seit einigen Jahren durch die «behavioral economics » stattfindet, nachhaltig sein wird.

verpasst» (Vogl 2009). Keine Zeiteinheit darf vergeudet und keine Handlung unergiebig sein, und da der geschäftliche Erfolg identisch mit dem biographischen ist, gelten dieselben protokollierbaren Erfolgsmaße für das Geschäft wie für das Leben.

Interessant dabei ist, dass sich mit der Herausbildung solcher «innerweltlicher Askese» zugunsten der Kontrolle und Werthaltigkeit jeder Lebenseinheit zugleich der Stellenwert der Produkte wie auch die Qualität der für ihre Herstellung erforderlichen Arbeit verändert: Dem vorindustriellen Handwerker wie dem Künstler ging es ebenso wie ihrem Auftraggeber um die Erstellung eines spezifischen Gegenstands oder Werkes. Die Arbeit war mit der Fertigstellung beendet und wurde auch exakt dafür entgolten – fand also ihren Zweck im finalen Produkt, das vom Auftraggeber konsumiert wurde wie der Lohn vom Auftragnehmer. In der industriellen Produktion geht es dagegen keineswegs mehr um die Herstellung des einzelnen Produkts als eines Zweckes an sich und um die Arbeit als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks, sondern um ein System, in dem unablässig gearbeitet wird, um eine prinzipiell unendliche Reihe von Produkten zur Gewinnung von Mehrwert zu generieren – also von investivem Kapitel, dass sofort wieder in die Verbesserung der Produktion oder Erweiterung der Produktpalette gesteckt wird, um den Unendlichkeitshorizont noch weiter hinauszuschieben. Nichts ist jemals fertig, die Arbeit hört niemals auf. In diesem Modell liegt nicht nur eine Verkehrung der Mittel und Zwecke – Arbeit und Geld werden zum Zweck, die Produkte und ihre Herstellung bloße Mittel –, sondern auch die prinzipielle «Unabschließbarkeit des Tuns» und eine grundsätzliche «Vergeblichkeit von Produktion» (Vogl 2008, S. 336). Hier liegt, wie man sieht, nicht nur die Wurzel der Vorstellung vom grenzenlosen Wachstum, das zur Ausstattung des grenzenlosen Universums der konsumierbaren Dinge nötig ist, sondern auch der Urgrund für die Mentalität eines niemals fertigen, eines immer wachsenden Menschen – eben des ökonomischen Menschen.

Arbeit und Wachstum

Ganz unabhängig davon, was die ausschlaggebenden Faktoren bei der Genese der beschriebenen prinzipiellen Grenzenlosigkeit von Selbst, Arbeit, Produktion und Ressourcennutzung war – «die industrielle Revolution, der Einsatz von Dampfmaschinen, die Organisierung der Arbeitsteilung, eine Industriepädagogik, physiologische Modelle» (Vogl 2008, S. 336), die Individualisierung und Biographisierung, die Übertragung biologischer und evolutionärer Prinzipien in den Bereich der Ökonomie sowie das protestantische Modell der innerweltlichen Askese und Rechenschaft –, ihr Ergebnis jedenfalls ist die erstaunliche Verwandlung von Substantiellem in bloße Durchlaufzustände: jeder Herstellungsvorgang ist nur der Vorläufer des Nächsten, jedes Produkt der Vorgänger des folgenden, jeder Arbeitsgang nur der vorläufige Akt in einer unendlichen Kette von Wiederholungen.

Kein Zweck wird je erreicht, aber das Geld ist unendlich vermehrbar und die Produktivität grenzenlos zu steigern. Galt Arbeit zuvor als «molestia», als Mühe und Beschwernis, so wird sie nun nobilitiert zum «opus», zum hervorbringenden Tun, dem, wie Joseph Vogl schreibt, anthropologischen Leitbegriff des 19. Jahrhunderts (S. 337): «Produktiv diesem neuen Verständnis nach ist ein Reichtum, der die Bedürfnisse aller übersteigt; und produktiv ist eine Arbeit, die nicht mit der Stillung eines Bedürfnisses endet» (S. 338). Und genau in dieser Gestalt geht Arbeit in die nationalökonomische Theoriebildung ein: als eine in sich unbegrenzte endlose Tätigkeit, die kein spezifisches, abgegrenztes, im Produkt aufgehobenes Ziel hat, sondern der unablässigen Schöpfung von Wert dient – mithin der nie

endenden Produktion von «Wachstum». Diesen Vorgang hat Marx mit dem Verschwinden der konkreten Arbeit im Tauschwert bezeichnet. So wie die Arbeit damit unaufhörlich wird, so wird jeder Augenblick im Leben, jede Stufe im Lebenslauf, jeder Euro auf dem Konto lediglich zur Vorstufe jedes nächsten Abschnitts, jedes weiteren Euro. Und das Selbst ist in jeder Biographie immer nur Vorstufe eines Selbst, das noch Weiteres zu erreichen hat.

Diese Form der Güterproduktion und Mehrwerterzeugung generiert eine permanente Selbsttranszendenz in Wirtschaft und Persönlichkeit. Beide sind prinzipiell auf Selbstüberschreitung, Unabschließbarkeit, also Unendlichkeit gestellt und damit systematisch auf pausenloses Wachstum. Eine stationäre Wirtschaft ist das exakte Gegenteil davon, daher gänzlich undenkbar – sie wird sofort mit Stillstand in der Wohlstands- wie in der Persönlichkeitsentwicklung assoziiert. Der Affekt, der immer dann auftritt, wenn man in den einschlägigen Debatten vorschlägt, man könne einfach aufhören zu wachsen, spricht Bände über die Rolle, die das Wachstum in den emotionalen Haushalten eingenommen hat.

Das sich selbst überschreitende Wachstum hat sein Korrelat in jedem einzelnen modernen Lebenslauf: Das Prinzip der Unendlichkeit herrscht nicht nur draußen, sondern eben auch in einem selbst. Schon Hegel hatte den skizzierten Typ von Arbeit als beständig aufgeschobenes Genießen und gehemmte Begierde (vgl. Vogl, S. 339) charakterisiert und Max Weber den zugehörigen Sozialcharakter als «Fachmenschen ohne Geist, Genussmenschen ohne Herz» bezeichnet und bitter resümiert: «Dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben» (Weber 2006, S. 201).

Der «Berufsmensch» tritt mit dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell erstmals auf den Plan und mit ihm die Kategorie des unendlichen Wachstums, in der Außenwelt wie in der Innenwelt. Die Formierung dieses Sozialcharakters startet vor 200 Jahren, seitdem erfährt er eine beständige Fortentwicklung. Die mentale Infrastruktur des sich immer nur als Vorstufe des nächsten Entwicklungsschritts begreifenden Subjekts lässt sich in den Figuren des «lebenslangen Lernens», des «produktiven Alterns» ebenso wiederfinden wie in den esoterischen Selbstfindungssuchen nach dem «wahren Ich», dem «positiven Leben», die systematisch genauso wenig jemals an ein Ende kommen können wie die Selbstausbeutungsfetischismen der Laptop-Männer, die alle Züge, Flugzeuge und Warte-Lounges dieser Welt bevölkern: Alle werden niemals fertig.

Endlichkeit der Ressourcen und Tod

Max Weber war klar, dass diese große neue Maschine zur permanenten Steigerung von Produktivität und Erzeugung von Mehrwert auch unablässig Treibstoff brauchte, um in Betrieb zu bleiben: eben die fossilen Energien – Kohle, Öl und Gas. Erst das Ende von deren Verfügbarkeit könne das Ende dieses Modells vom grenzenlosen Wachstum bedeuten – bis dahin bildet es ein Universum, dass die Existenzform und das Innenleben all jener bestimmt, die in einer solchen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation leben – da gibt es gar keine Wahlmöglichkeit. «Die Puritaner», schreibt Weber, «wollten Berufsmensch sein, wir müssen es sein. Denn indem die Askese aus den Mönchszellen heraus in das Berufsleben übertragen wurde und die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschen begann, half sie an ihrem Teile mit daran, jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschineller Produktion gebundenen, Wirtschaftsordnung zu erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren

werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist» (Weber 2006, S. 200ff.).

Hier kommen alle Elemente zusammen, die die Gestalt der Gegenwart der frühindustrialisierten Gesellschaften bestimmen: ein Wirtschafts-, Gesellschafts- und Subjektmodell, das sich als eine Kultur des permanenten Vorstadiums eines fiktiven nächsten Stadiums begreift; eine Technologie, die den Produktivitätsfortschritt unablässig weiter befördert; ein Treibstoff, der die Maschine am Laufen hält; und eine Zivilisationsform, die alle ihre Mitglieder mit einer Biographie ausstattet, die ein unabschließbares Wachsen über sich selbst hinaus bedeutet. Was Weber noch nicht sehen konnte, war, dass die allumfassende Wachstumskultur nicht erst mit dem Ende der Ressourcen an jenen furchterregenden Punkt der Endlichkeit kommt, an der sie nicht mehr funktioniert, sondern schon durch die Schäden, die sie angerichtet hat und die ihre eigenen Überlebensbedingungen unterminiert. Aber die Kategorie der Endlichkeit ist dieser Kultur so unheimlich wie der eigene Tod dem Individuum. Beides ist kulturell nicht vorgesehen – sonst könnte man wohl kaum noch allen Ernstes «lebenslanges Lernen» propagieren – hilft das dabei, mit den Würmern im Grab besser zurechtzukommen?

So kurz und verkürzt diese historische Rekonstruktion sein mag, so zeigt sie doch, dass mit der Errichtung der materiellen und institutionellen Infrastrukturen der Moderne sich zugleich die mentalen Infrastrukturen ihrer Bewohner verändert haben – und zwar so, dass ihnen die Zwänge zur permanenten Fortentwicklung und Selbstoptimierung längst und unbemerkt zum Selbstzwang geworden sind, so sehr, dass kaum noch jemand auf die Idee kommt zu fragen, wozu das alles eigentlich gut sein soll. Wenn also das Problem aufgeworfen wird, dass uns das Wirtschaftswachstum immer näher an die Funktionsgrenze des Systems, mithin an den Kollaps bringt, dann sprechen wir nicht nur über die äußeren Manifestationen des Wachstumsdenkens – also über gebaute oder in Regularien und Verfahren gegossene Infrastrukturen –, sondern über die Verankerung des Wachstumskonzepts in den basalen Vorstellungen über uns selbst. In diesem Zusammenhang mag erwähnenswert sein, dass auch die ehemals sozialistischen Länder inklusive der DDR vom Wachstumsfetisch beseelt waren und nicht nur der Westen. Sie alle verstanden sich ja dezidiert als Vorstufe zur kommunistischen Heilswelt, und Wachstumsindikatoren waren die Wegmarken auf der (immerhin auch ziemlich endlosen) Strecke dorthin (Weiding u.a. 1986). Paradigmatisch hierfür steht etwa die Parole «Überholen ohne einzuholen», die Walter Ulbricht bereits 1959 ausgegeben hatte, um das unendliche Wachstum auch in den realsozialistischen Ländern zur Staatsaufgabe zu erklären.

Der globalisierte und flexibilisierte Mensch

Mit der Steigerung der ökonomischen und technologischen Innovationsgeschwindigkeit und der Flexibilisierung und Globalisierung der Kapitalströme und Produktionsstandorte haben sich auch die Lebensläufe und Biographien weiter flexibilisiert und globalisiert. Galt die kapitalistische Normalbiographie, gegliedert in eine schulische, vorberufliche oder akademische Ausbildungsphase, eine Berufsphase und eine relativ kurze Ruhestandsphase für einige Nachkriegsjahrzehnte als erwartbarer Lebenslauf, so hat sie sich seit den 1980er-Jahren weitgehend aufgelöst und ist zu einem permanenten Projekt der Selbstoptimierung in Anpassung an sich beständig verändernde Bedingungen und Anforderungen der Arbeitswelt geworden: nicht nur, was man ist, unterliegt einer chronischen Überprüfungs-,

Innovations- und Veränderungsanforderung, sondern auch wo man das ist – das flexible Selbst, das am Ende lediglich eine Relaisstation der diversen Funktionserfordernisse ist, die sich mit seiner Lebenszeit kreuzen. Als Träger einer solchen Biographie ist man nicht nur unablässig sein eigener permanenter Vorentwurf auf der Zeit-, sondern nunmehr auch auf der Raumebene.

Man kann hier mit Hartmut Rosa von einem sich beschleunigenden Prozess der Gegenwartsschrumpfung sprechen: der «generellen Abnahme der Zeitdauer», wo Erwartungssicherheit hinsichtlich der Stabilität von Handlungsbedingungen herrscht (Rosa 2005, S. 184)[3]. Diese Schrumpfung ist keineswegs darauf beschränkt, welche Zeithorizonte hinsichtlich der positionalen und örtlichen Bedingungen einer Biographiesequenz bestehen, sondern gilt auch für die Beziehungsformen, die schon seit den 1970er-Jahren zunehmend Patchworkstrukturen (Keupp 1999) annehmen – und das sind immer solche mit größerer Varianz und geringerer Festigkeit. Keupp wie Rosa betonen, dass sich diese äußere Veränderung von Temporal- und Raumstrukturen in Innenverhältnisse übersetzt: «Wenn Familie, Berufe, Wohnorte, politische und religiöse Überzeugungen und Praktiken im Prinzip jederzeit gewechselt werden bzw. sich verändern können, dann ist man nicht Bäcker, Ehemann von Y, Münchener, Konservativer und Katholik per se, sondern nur für die Perioden von nicht genau vorhersagbarer Dauer – man ist alle diese Dinge ‹im Moment›, d.h. in einer Gegenwart, die zu schrumpfen tendiert; man war etwas anderes und wird (möglicherweise) jemand anderer sein. Der soziale Wandel verlagert sich damit gleichsam in die Subjekte hinein. Interessant ist dabei die Frage, ob jene Beziehungen dann überhaupt noch Identität definieren können oder ob wir in unserer Selbstbeschreibung von Identitätsprädikaten absehen, weil sie eine nicht einlösbare Stabilität suggerieren: Man ist nicht Bäcker, sondern man arbeitet (seit zwei Jahren) als Bäcker, man ist nicht Ehemann von Y, sondern lebt mit Y zusammen, man ist nicht Münchener und Konservativer, sondern wohnt (für die nächsten Jahre) in München und wählt konservativ» (Rosa 2005, S. 238).

Wichtig ist dabei, dass diese Verflüssigungstendenzen den Gegenwartsmoment zugleich immer bedeutsamer und immer fluider machen: jede Station in der Gegenwart ist immer schon putative Durchgangsstation für etwas, was danach kommt. In der Gegenwart ist man daher nicht da, sondern nur auf der Durchreise.

Konsumismus. Was Produkte über uns erzählen

Mentale Infrastrukturen sind also nicht nur gebunden an soziokulturelle Großformationen wie Lebenslaufregime, sondern werden auch – und vielleicht vor allem – geprägt in Alltagsroutinen, Gewohnheiten, Wahrnehmungs- und Deutungsmustern, die ihrerseits an den materiellen und institutionellen Infrastrukturen der Außenwelt gebildet sind. Diese Infrastrukturen sind in modernen Gesellschaften nicht nur bestimmt von spezifischen Produktions-, sondern auch von Konsumtionsverhältnissen.

Die sinnstiftende Funktion des Konsums ist schon sehr früh beschrieben worden. Das aus den traditionalen, vor allem religiösen Sinnzusammenhängen entbundene Individuum, das sowohl Gestalter seines Lebens als auch Verantwortlicher für seinen Lebenssinn zu sein hat, bedarf neuer äußerer Stützen, um sich als jemand definieren zu können, der ein

[3] Vgl. dazu den Beitrag von Hartmut Rosa am Ende dieses Kapitels

«erfolgreiches Leben» führt. In Konsumgesellschaften werden diese Stützen aus dem gebildet, was man «sich leisten» kann. Thorstein Veblen hat schon 1899 auf die Rolle hingewiesen, die demonstrativer Konsum für die Statussicherung bedeutet (Veblen 2007, S. 79); Jürgen Osterhammel (2009, S. 324) hat am Beispiel der zur selben Zeit entstehenden Klasse von Superreichen die Entwicklung von «Normen und Leitbildern des Verbrauchs» nachgezeichnet. Und Georg Simmel hat schon 1907 den Zusammenhang zwischen Konsummöglichkeiten und der neuen Persönlichkeitsformation gesehen, die die kapitalistische Industriegesellschaft hervorgebracht hat: «Man könnte sagen, das Erwerben von Besitz sei gleichsam ein Wachstum der Persönlichkeit über das Maß des Individuums hinaus – wie man die Zeugung als ein solches Wachstum bezeichnet hat. In diesem wie in jenem Falle dehnt sich die individuelle Sphäre über die Grenze hinaus, die sie ursprünglich bezeichnete, das Ich setzt sich jenseits seines unmittelbaren Umfanges fort und erstreckt sich in ein Außer-Sich, das dennoch im weiteren Sinne ‹sein› ist» (Simmel 2009, S.499).

Tatsächlich hat sich diese Selbstextension durch Konsum in den folgenden hundert Jahren über die Klassen hinweg immer weiter verstetigt und ist zum Charakteristikum des Sozialtypus des 21. Jahrhunderts geworden – nunmehr nicht nur des westlichen, sondern mit expansiver Tendenz auch in den ehemals realsozialistischen Gesellschaften und in den so genannten Schwellenländern. Inzwischen hat sich der innere Konsumismus so fest installiert, dass sogar Strategien zur Transformation der Gesellschaft in Konsumstilen gesucht werden – eine folgenreiche Verwechselung von politischem Subjekt und kritischem Verbraucher.

Nicht zufällig gilt es heute als Freizeitvergnügen, «shoppen» zu gehen, und nicht zufällig werden viele Produkte, die in den reichen Gesellschaften gekauft werden, gar nicht mehr konsumiert. Schätzungen gehen davon aus, dass in den USA mehr als 40 Prozent aller gekauften Nahrungsmittel weggeworfen werden; in den reichen westeuropäischen Gesellschaften werden die Quoten nicht viel niedriger sein. Der Soziologie Hartmut Rosa vermutet generell eine Verschiebung vom Konsumieren hin zum Kaufen – die angeschafften Dinge würden höchstens nur noch wenige Male oder gar nicht mehr benutzt (Rosa 2009). Wenn die Dinge nicht mehr konsumiert werden, die man kauft, wird der Kaufakt selbst zur sinnstiftenden Handlung – übrigens auch zunehmend zur gemeinschaftsstiftenden.

Wenn der Gebrauchswert, also die qualitative Dimension einer Ware, verschwindet, bleibt nur noch ihr symbolischer Wert, also ihre im Preis dargestellte quantitative Dimension übrig: insofern wird Wachstum paradoxerweise desto wichtiger, je weiter die materielle Sättigung vorangeschritten ist und die vitalen Bedürfnisse abgedeckt sind. Das Wachstumssystem perpetuiert sich im Konsumismus selbst, und gerade darin manifestiert sich die immanente Grenzenlosigkeit der Wachstumsgesellschaften: sie können nur dann an eine Grenze kommen, wenn es nichts mehr zu konsumieren gibt, weil alle Ressourcen verbraucht sind.

Genau deshalb aber, weil Konsumgesellschaften Sinn über die Gewährleistung von Konsummöglichkeiten und Aufstieg realisieren, stehen sie vor einem existentiellen Problem, wenn ihnen dafür die Mittel ausgehen – wie es in der Finanz- und Wirtschaftskrise kurzzeitig der Fall zu sein schien. Und das ist insgeheim das, was den Leuten Angst macht: dass alles sinnlos war, was man sich aufgebaut, worauf man hingearbeitet, wofür man sich vorausentworfen und woran man geglaubt hatte. Die Formate von Sinn und Identität, die kapitalistische Gesellschaften des westlichen Typs liefern, stehen und fallen mit dem Funktionieren des Marktes.

Hinzu kommt, dass unsere Lebenswelt nicht nur in den kognitiven Operationen reflektiert wird. Das allermeiste von dem, was wir sind und über uns selbst aussagen, steckt in den Produkten selbst: Jedes Duschgel erzählt, wie Wolfgang Ullrich klargemacht hat (Ullrich 2006), mit seiner präzise designten Flasche und dem von Sounddesignern entwickelten «Plopp», mit dem wir es öffnen, eine Geschichte über uns selbst, wenn wir es benutzen. Genau wie jedes Autohaus eine Geschichte über unsere Liebe zur Technik und zur Geschwindigkeit und jeder Flughafen eine Geschichte über unsere Wünsche und Mobilitätsvorstellungen erzählt.

Diese Geschichten machen rein quantitativ ein Vielfaches von dem aus, was wir als eigens dafür vorgesehene und bezahlte professionelle Erzählerinnen und Erzähler von Seiten der Wissenschaft oder der Publizistik dagegen erzählen können, aber noch etwas anderes macht sie viel stärker als unsere Narrationen: Sie sind non-reflexiv, bestätigen unsere Auffassungen von der Wirklichkeit durch ihr pures So- und Da-Sein, während die Geschichten, die intentional erzählt werden, zwar reflexiv sind, aber gerade darum durchschaut, kritisiert, abgelehnt werden können.

Das täglich neu aufgeblätterte Journal aller verfügbaren Dinge bildet ein selbstevidentes Universum, gegen das schwerlich anerzählt werden kann, vor allem, weil der größte Anteil der mentalen Infrastrukturen eben gar nicht reflexiv, keine Frage von Wahl und Entscheidung und gar kein Angebot ist, sondern schlicht eine massiv so-seiende Welt, in die man hineingeboren wird und deren Geschichte über sich selbst man pausenlos mit seiner eigenen Biographie, seinen Werten, seinen Konsumentscheidungen, seiner Karriere weitererzählt. Über diese Qualität der mentalen Infrastrukturen muss man sich bewusst sein, wenn man sich daran machen möchte, sie zu verändern. In gewisser Hinsicht sind sie, zumal wenn der materielle Reichtum so groß und die gesellschaftliche Benutzeroberfläche so attraktiv ist wie in den frühindustrialisierten Gesellschaften, sogar massiver als die materiellen Infrastrukturen, von denen sie geprägt sind.

Man kann sich das etwa an der routinierten Weise klarmachen, mit der wir mit den neuesten Nachrichten aus dem Umweltbereich umgehen. Ein großartiges Beispiel lieferte die Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung am 31. Juli 2010 mit einem ganzseitigen Artikel über die Erfolge der Umweltbewegung, die sich etwa in der Verbreitung phosphatfreier Waschmittel, dem Verbot von DDT oder dem Einsatz von Katalysatoren verkörpern. Neben den Untergangsszenarien, heißt es in dem Artikel, gäbe es auch erfreuliche Botschaften – und der Untertitel verkündete: «Klare Luft, saubere Flüsse, blühende Landschaften: Der Mensch kann die Umwelt nicht nur zerstören, sondern auch schützen – die größten Öko-Erfolge». Solches lesend, freut sich der Leser über all die erzielten Fortschritte, übersieht dabei aber leicht, dass jeder einzelne nichts anderes darstellt als eine relative Verringerung der Schäden, die ohne Unterlass angerichtet werden. So wie ein Katalysator der Umwelt nicht gut tut, sondern lediglich die Schadstoffe besser filtert, die ein Verbrennungsmotor produziert, so übersieht die Umweltkommunikation chronisch, dass man bei Erfolgen lediglich über die Verringerung von Schadensmengen spricht, noch keineswegs über Konservierung oder gar Restitution von natürlichen Ressourcen. So wie bei der jährlichen Veröffentlichung des Bundeshaushalts übersehbar gemacht wird, dass allenfalls Verringerungen im Maß des Schuldenanstiegs erreicht werden und keineswegs ein Rückbau des Schuldenbergs, so erwecken die meisten Öko- und Nachhaltigkeitskommunikationen den Eindruck, an der systematischen Steigerung des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen sei schon etwas verändert, wenn man

«nachhaltiger» konsumiert. Das ist keine moralische Aussage, sondern eine darüber, wie unsere mentalen Infrastrukturen funktionieren: sie sind nämlich derart durch das Gegebene formatiert, dass sie nur selten eine distanzierte Betrachtung erlauben. Wir verbleiben gewissermaßen immer in der Nahsicht auf uns selbst, wenn wir unsere Praktiken betrachten, und die zeigt naturgemäß nie das ganze Bild.

Der Lock-In Effekt

Nehmen wir eine der zentralen materiellen und institutionellen Infrastrukturen, nämlich Mobilität, dann lässt sich unsere tiefe mentale, habituelle und emotionale Gebundenheit an die Mobilitätsparadigmen der Nachkriegsmoderne immerhin ausschnitthaft, impressionistisch verdeutlichen – zum Beispiel an den Utopien der Sachwalter des «business as usual». In der ADAC-Motorwelt vom September 2010 schreibt Peter Voser, CEO der Royal Dutch Shell, über die Zukunft der Mobilität das Folgende: «Fahren heute noch weniger als eine Milliarde Kraftfahrzeuge auf den Straßen weltweit, werden es bis 2050 voraussichtlich wenigstens zwei Milliarden sein – bei dann neun Milliarden Menschen. […] Mehr Menschen, mehr Autos und mehr Wohlstand tragen zu einer steigenden Energienachfrage bei – allein bis 2050 könnte sie sich global verdoppeln!» Diese Perspektive ist für den Vorstandsvorsitzenden eines Mineralölkonzerns keine Dystopie, sondern eine erfreuliche Aussicht – und sein Vorstellungshorizont bleibt entsprechend auch für die nächsten vier Jahrzehnte trotz «peak oil», Klimaerwärmung, Ressourcenkonflikten an die Welt der Gegenwart gebunden. Seine Utopie formuliert sich nämlich in einem moderaten technischen Fortschritt: «Wir werden eine stärkere Diversifizierung von Antrieben und Kraftstoffen bzw. Energiequellen sehen.

Dabei werden Automobilkonzepte und die eingesetzten Technologien immer stärker vom Einsatzzweck bestimmt: Stadt- und Kurzstreckenverkehr erfolgen immer stärker hybridisiert oder elektrifiziert; über Land und auf Langstrecken sind moderne Dieselfahrzeuge weiter erste Wahl. Rückgrat des Straßenverkehrs ist und bleibt der klassische Verbrennungsmotor. Das nächste und übernächste Neufahrzeug, das sich ein Autofahrer kauft, wird sich nicht grundsätzlich von heutiger Technologie unterscheiden. Wenn kurz- bis mittelfristig Klimaerfolge erzielt werden sollen, können diese nur über den Verbrennungsmotor führen» (Voser 2010, S. 22).

Eine solche Perspektive bedarf kaum des Kommentars – der Verbrennungsmotor rettet das Klima, übrigens nur der Verbrennungsmotor. Dies ist eine Utopie, wie sie den mentalen Infrastrukturen der Industriegesellschaft auf das Genaueste entspricht. Die an das Wachstum gebundenen Vorstellungshorizonte lassen sich in der Formel bündeln: Wie jetzt, nur mehr! In der Tat ist die industrielle Moderne durch exakt jene expansiven Zukunftsstrategien gekennzeichnet, wie Voser sie zeichnet: Nicht nur ist die Gegenwart eine bloße Durchgangsstation auf dem Weg zu einer Welt, die von allem noch mehr bereithält; sie bewältigt Zukunftsprobleme auch regelmäßig durch expansive Strategien. Wenn also das Öl weniger wird, bohrt man tiefer; wenn das Wasser knapp wird, entsalzt man das Meer; wenn die Fischbestände schwinden, fährt man weiter hinaus. Man kann die Wachstumsraten im Flugverkehr oder das kontinuierliche Anwachsen der internationalen Warenströme nehmen – überall zeigt sich derselbe Befund: Steigerung des Ressourcenaufwands, Anwachsen von Mobilität, vermehrter Landschaftsverbrauch, erhöhte Emissionen. Und kein Plan B.

Was heißt „Umbau der carbonen Gesellschaft“?

Die Nachricht ist nicht neu: Wir befinden uns am Ende eines 200 Jahre lang extrem erfolgreichen Lebens- und Wirtschaftsmodells, das unter alten Bedingungen ganz prächtig funktioniert hat. Diese alten Bedingungen existieren nicht mehr. Die alten Bedingungen, das war die Verfügbarkeit eines ganzen Planeten für einen kleinen Teil der Menschheit und seine Wirtschaftsform. Mit Hilfe von Ressourcen aus aller Welt konnten die Industriestaaten eine phantastische Zivilisationsmaschine betreiben: eine Maschine, die mit fossilen Energien läuft, und Gesundheits- und Versorgungssysteme, sozialen Frieden, Sicherheit, Bildung, Wissenschaft und Rechtsstaatlichkeit hervorbringt. Dass diese Maschine unser Klimasystem aus dem Gleichgewicht bringen würde, hat kaum jemand geahnt und wollen bis heute die wenigsten hören. Etwas anderes schon: Diese Form des Wirtschaftens, das immer ein Außen braucht, aus dem es Ressourcen bezieht, implodiert in dem Augenblick, in dem sie sich globalisiert.

Denn der globalisierten Welt, die dem Prinzip der grenzenlosen Ressourcennutzung folgt, schwindet das Außen, aus dem sie den nötigen Treibstoff beziehen könnte. Je mehr Gesellschaften der kapitalistischen Wirtschaftskultur und den mit ihr verbundenen Leitbildern des Verbrauchs folgen, desto kleiner werden die Räume zur problemlosen Ressourcenentnahme – deshalb wächst die internationale Konkurrenz um die Rohstoffe und ihre Transportwege, deshalb wird tiefer und gefährlicher nach Öl gebohrt. Aber immer noch sind nur Teile der Welt «globalisiert», ein erheblicher Rest lebt in vormoderner Armut und dient den «globalisierten» Ländern als «Außen». Aber die Gegenwart der Globalisierten konsumiert nicht mehr nur die Gegenwart der Marginalisierten (Sachs und Santarius 2007) – die Ausbeutung des Planeten verlagert sich zunehmend vom Raum in die Zeit. Es ist die Zukunft derjenigen, die heute Kinder oder Jugendliche sind oder noch gar nicht geboren, an der Raubbau betrieben wird (Koschorke 2008). Die Gegenwart konsumiert die Zukunft. Hier kommt das Prinzip des sich selbst überschreitenden Wachstums final zu sich selbst. Das wird an der Staatsverschuldung ebenso deutlich wie an der Verwahrlosung mancher Schulen und Universitäten und an der unablässigen Kreditaufnahme bei der Umwelt. Zu der zählt die Überfischung der Meere genauso wie die Überladung der Atmosphäre mit CO2 oder die Überdüngung der Böden. Für alle diese Kredite haben nicht wir heute geradezustehen, sondern die, denen morgen die Reste übrig bleiben.

Die Herrschaft der Gegenwart über die Zukunft ist der kapitalistischen Wirtschaftsform, wie gezeigt, inhärent. Der historische Abriss zur Entstehung jener mentalen Infrastrukturen, die die Gegenwart prägen, hat gezeigt, dass die erste industrielle Revolution sich nicht im Modus des Technologischen oder des Ökonomischen allein vollzogen hat. Sie ging einher mit der Entstehung eines ganz neuen Typs von Individuum, mit einem zuvor gänzlich unbekannten Sozialtypus des Gestalters seiner eigenen Biographie. Und sie ging deshalb einher mit gänzlich neuen individuellen und politischen Assoziationsformen, mit neuen Zeitregimen, mit neuen Waren, neuen Kommunikationsformen, neuen Denkformen.

Damit wird deutlich, dass der Totalumbau von der carbonen zur postcarbonen Gesellschaft ein Projekt ist, das von seiner Eindringtiefe in die Lebenswelten und kulturellen Praktiken her gigantisch ist. Die an der industriellen Moderne gebildeten Konzepte von Wachstum, Mobilität, Fortschritt etc. haben sich in die kleinsten Nischen unserer Lebenswelt eingenistet und stellen einen festen Bestandteil unseres mentalen und emotionalen Haushalts dar. Dies ist exakt der Punkt, an dem Aufklärung an ihre Grenze stößt und immer gestoßen ist: Sie

erreicht nämlich lediglich den kognitiven Teil unseres Orientierungsapparats; der weitaus größere Teil unserer Orientierungen, der, wie gesagt, über Routinen, Deutungsmuster und unbewusste Referenzen – kurz: über den Habitus – organisiert ist, bleibt davon völlig unbeschadet.

Deshalb ist die Geschichte, die man gegen den Status quo setzen könnte, grundsätzlich ganz unvollständig und unrettbar hilflos, wenn sie die Geschichten, die die Produkte und ihre Infrastrukturen immer schon erzählen, ignorieren zu können glaubt. Die Geschichte, die die Aufklärung erzählt, setzt auf der intentionalen und leider auch moralischen Ebene an und hat die wenig überzeugende Botschaft mitzuteilen, dass das Leben zwar weniger lustvoll, aber für künftige Generationen aussichtsreicher wäre, wenn man es veränderte. Deshalb kann man noch so viele «Grenzen des Wachstums» schreiben und sich wundern, dass die Entwicklung moderner und sich modernisierender Gesellschaften ihre Richtung nicht wechselt: weil wir uns in einer Geschichte befinden, die uns in den Begriffen von Fortschritt, Unendlichkeit und Wachstum konstruiert. Bevor wir etwas gegen diese Geschichte einwenden können, hat sie uns immer schon erzählt.

Vor diesem Hintergrund möge bitte niemand so naiv sein zu glauben, so etwas wie eine «Dritte industrielle Revolution» käme damit hin, hier ein bisschen Technologie und dort ein bisschen Steueranreize zu verändern. Das Projekt, um das es heute geht, ist ein wenig größer, und nicht anders als im 18. und 19. Jahrhundert wird es vieles mit sich bringen, was heute noch gar nicht antizipierbar ist. Planungsstäbe in Ministerien jedenfalls sind mit der Gestaltung solcher Zukunft ebenso überfordert wie die Vorstände von Konzernen, und seien sie auch noch so mächtig. Sie alle operieren im Modus eines auslaufenden Fortschrittsmodells. In diesem Modus macht man keine Revolution, nicht mal eine Evolution – man bewegt sich nur weiter in die falsche Richtung.

Der Habitus, die Gefühle und die Denkformen des ökonomischen Menschen haben sich nicht durch kognitive Operationen verändert, die Aufklärer entworfen und gefordert haben, sondern durch die ökonomische, industrielle und politische Praxis der sich entwickelnden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wollte man also etwas an den mentalen Infrastrukturen verändern, müsste man die Praxis selbst verändern, die eben das Bewusstsein so nachhaltig und tief prägt.

Das bedeutet: Wir brauchen Produkte, die uns in anderen Formaten erzählen, aber wir brauchen auch eine Geschichte, die wir über uns selbst erzählen können – und zwar aus der Perspektive einer möglichen Zukunft: Wer möchte man einmal gewesen sein? Wie möchte man die Welt eingerichtet und hinterlassen haben? Geschichten darüber erzählt die Gegenwartsgesellschaft nicht; sie möchte einfach nur wieder so sein wie früher und blickt zugleich furchtsam auf die geopolitischen Machtverschiebungen und die kommenden ökologischen Katastrophen, die ihr dämmern lassen, dass die Zukunft nicht mehr, wie in den letzten 200 Jahren, besser sein wird als die Gegenwart, sondern schlechter. Darüber kann man keine Geschichte erzählen. Deshalb sind die Sachwalter des «Weiter so», die Fortschrittsapologeten und Zukunftsverhinderer vom Typ Voser, Großmann, Ackermann so stark: Sie haben die Wirklichkeit auf ihrer Seite.

Wie möchten wir gelebt haben?

Diejenigen, die besorgt um die Zukunft sind und sich über eine Postwachstumsgesellschaft, eine postcarbone Gesellschaft, eine nachhaltige Gesellschaft Gedanken machen, erzählen nur eine negative Geschichte: Wenn wir nicht sofort, so fängt die immer an, dies oder jenes tun, dann geht die Welt unter, dann kommt die Katastrophe. Immer und seit 40 Jahren schon steht die Uhr auf «5 vor 12», und niemandem fällt auf, dass dieser Typ Kommunikation keine identitäre Geschichte erzählen kann, sondern sich nur einspielt in eine Medienkultur, der die Katastrophe ohnehin das tägliche Geschäft ist. Das «business as usual», seine materiellen, institutionellen und mentalen Infrastrukturen haben eine ungeheure Trägheit; und gegen die Attraktionen und Verlockungen der Konsumgesellschaft kann man mit negativen Geschichten ohnehin nicht anerzählen.

Und auch nicht mit technoiden Hilfskonstruktionen wie «carbon footprint», «virtuellem Wasser», «ökologischem Rucksack» – all das ist lebensweltlich nicht anschlussfähig, sondern bleibt viel zu abstrakt, um die mentalen Infrastrukturen auch nur zu tangieren. Woran es fehlt, ist eine Vision, die emotional und identitätsträchtig ist, eine Formulierung der Frage, wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte. Wohlgemerkt, schon allein das Stellen dieser Frage würde den Horizont gegenüber der politischen Kultur der vorgeblichen «Alternativlosigkeit» und der Wachstumsreligion erheblich weiten – denn schnell würde ja klar werden, dass Wachstum nicht die Antwort auf diese Frage sein kann.

Die Suchbewegung zur Beantwortung dieser Frage müsste vielmehr ganz andere, scheinbar antiquierte Kategorien als Orientierungsmarken nehmen: Kategorien wie Verantwortung, Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit, gutes Leben. Solche Kategorien haben nämlich Entsprechungen in der Lebenswelt der Menschen. Dass man Verantwortung trägt für andere, ist eine basale Erfahrung jener, die innerhalb von sozialen Beziehungen groß geworden sind und leben – und das sind alle Menschen. Dass es ein fundamentales Gefühl für Fairness und Gerechtigkeit gibt, belegen die «behavioral economics» genauso wie die Sozialpsychologie. Menschen, die Kinder haben, kennen auch ein gelebtes Gefühl von Generationengerechtigkeit. Zukunftsfähigkeit ist etwas, nach dem wir alle streben: Bedingungen herzustellen, mit denen es sich auch in einer offenen Zukunft erwartbar gut leben lässt. Und das gute Leben öffnet exakt den Fragehorizont für die Suchbewegung der nächsten ein, zwei Jahrzehnte. Denn das gute Leben offeriert die globalisierte Wachstumswirtschaft nicht – sie zerstört es.

Ohne diese in der Zukunft lokalisierte Frage nach dem guten Leben fehlt jeder Entscheidung in der Gegenwart der Bezugspunkt – genau deshalb können Politiker unwidersprochen behaupten, diese oder jene Entscheidung sei «alternativlos», obwohl doch das Suchen und Abwägen von Alternativen das zentrale Wesensmerkmal von Demokratie ist. Erst wenn ich weiß, wohin ein Weg führen soll, kann ich über die Richtung befinden, die einzuschlagen ist. Darum, aber auch um den Zukunftsverhinderern des «business as usual» ein Konzept entgegenzustellen, muss die Zukunft wieder eine Kategorie des Politischen werden. Das kann nicht die des 20. Jahrhunderts sein. Die Menschheitsbeglückungsutopien vom Typ Faschismus und Kommunismus haben in aller Eindringlichkeit vor Augen geführt, dass Totalitarismen immer tödlich enden; die Suchbewegung des 21. Jahrhunderts muss vielmehr auf Reversibilität, Fehlerfreundlichkeit, Kleinräumigkeit und Achtsamkeit bedacht sein.

Ihr Utopisches ist kleinteilig, nicht großräumig, aber gerade darum kann es, wie viele unmittelbar wirklichkeitsverändernde Praxisprojekte zeigen, sofort in Wirklichkeit transformiert werden. Da gerade die reichen und freien Gesellschaften ihren Mitgliedern außerordentlich große Handlungsspielräume offerieren, braucht dieser Typ Utopie keine Vorbedingungen, er erfordert keinerlei Wartezeit darauf, bis irgendwo ein transnationales Abkommen geschlossen oder eine globale Klimaschutzbehörde eingerichtet ist. Das geht einfach so, mit einem ganz anderen Begriff von Fortschritt, einem, der den Rückbau von Großkategorien und Großstrategien immer schon mitdenkt, weil er sich an Kleinteiligkeit orientiert.

Nicht nur in den reichen Gesellschaften finden sich zahlreiche Unternehmen, Initiativen und Projekte, die Teile der Wirklichkeit verändern und damit den Vorteil der Anschaulichkeit haben: Eine autofreie Stadt wie Hasselt erzählt genauso eine Geschichte über die Möglichkeit einer anderen Praxis von Mobilität wie der in eine Fußgängerzone verwandelte Broadway in New York. Ein Textilunternehmen, das «cradle to cradle» produziert, dokumentiert das Existieren anderer Möglichkeiten ebenso wie Grameen Shakti, die flächendeckende Installierung von Solarenergiepanels auf der Basis von Mikrokrediten in Bangladesch – ein Projekt, das soziale, ökonomische und ökologische Vorteile kombiniert. Was aber allen Projekten und Initiativen dieser Art einstweilen fehlt, ist eine umschließende politische Programmatik, die deutlich macht, dass man es hier mit einem Gegenentwurf zum Dystopia der Wachstumsgesellschaften zu tun hat. Alle Projekte bilden schon Zukunft, aber eben nicht als bloße Entwürfe, sondern als gelebte Beispiele. Das politische Problem dieser gelebten Zukunft ist einstweilen ihre Partikularität, ihre Kleinteiligkeit, die sie als gesellschaftliche Gegenkraft bislang so unscheinbar macht.

Das ist übrigens der Unterschied zum «Apollo»-Projekt der Nachhaltigkeit, über das gelegentlich nachgedacht wird: ein Projekt der Umsteuerung, das mit derselben Emphase und Emotion von der Zivilgesellschaft getragen wird, wie die Landung auf dem Mond in den 1960er-Jahren. Das klingt nach gemeinsamer Anstrengung, nach Identität und dem erfolgreichen Umwerfen des Ruders zurück in die richtige Richtung, aber es beruht auf einem Denkfehler: Das «Apollo»- Projekt hatte deshalb identifikatorische Kraft, weil es dem Fortschrittsimperativ der industriellen Moderne entsprach, und der war eben in den 1960er-Jahren noch ganz ungebrochen. Diese «Apollo»-Projekte finden in der Gegenwart leider dauernd statt. Sie heißen «Ausbau des Frankfurter Flughafens», «Shanghai» oder «Carbon Capture and Storage»; wenn es ganz dumm kommt, heißen sie auch «Geo-Engineering». Projekte dieses Typs sind nicht zukunftsfähig; sie können deshalb auch kein Paradigma des Umsteuerns bilden, weil sie dem industriegesellschaftlichen Fortschrittsbegriff verhaftet sind.

Zum Schluss wird klar: Die Transformation zur Post-Wachstumsgesellschaft ist kein Projekt, das Ökonomie und Technologie bewältigen könnten. Beide sind nur so klug oder so dumm wie die politische Figuration, in der sie wirksam werden. Der notwendigen Transformation fehlt es einstweilen an Leitvorstellungen, wie sie die frühindustrialisierten Gesellschaften in den Kategorien Fortschritt, Freiheit, Wohlstand und eben im Wachstum hatten. Die Etablierung neuer mentaler Infrastrukturen kommt nicht ohne neue Leitvorstellungen aus, aber wenn diese sich eben nicht quasi-natürlich in die Alltagsvollzüge und Lebensstile, in die Selbstkonzepte und Zukunftshorizonte einschreiben, bleiben sie nur das: Vorstellungen. Man wird sehen, ob die erwähnten kleinteiligen Praxisformen genügend Anschaulichkeit und Attraktivität entfalten können, um sie zu Treibern der notwendigen gesellschaftlichen

Transformation werden zu lassen. Immerhin haben sie nicht nur den Charme, dass man sofort ähnliche Projekte starten kann, sie sind auch identitätskonkret, formulieren ein praktisches «Wir», sind schwer zu vereinnahmen und führen das Umsteuern nicht in Gestalt von Szenarien, sondern als gelebte Praxis vor. Ihnen freilich fehlt im Augenblick noch die Qualität der Gegengeschichte, und sie sind unpolitisch. Sie formulieren in der Regel ein partikulares Anliegen: besseres Gemüse oder besseren Strom zu erzeugen; gegen Großprojekte wie neue Flughäfen oder gegen die zukunftsverhindernden Strategien der Energiekonzerne. Aber erst wenn sich der Protest gegen das Fliegen und nicht gegen die Flughäfen wenden würde, würde er politisch werden und eine handfeste Intervention gegen die gegebenen materiellen, institutionellen und mentalen Infrastrukturen. Es geht um Exit-Strategien aus dem Wachstum, nicht um das Konservieren einer kulturellen Praxis, die ihre eigenen Überlebensbedingungen unterminiert. Und solche Strategien werden sich nicht in den unseligen Koalitionen zwischen «Experten» und «der Politik» entwickeln lassen. Die Erfindung einer Gesellschaft nach dem Wachstum ist ein zivilgesellschaftliches Projekt, dessen Umsetzung man an niemanden delegieren kann.

Artikelherkunft

Auszug aus: Harald Welzer (2011): Mentale Infrastrukturen - Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam; Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2011, Schriften zur Ökologie,Band 14

Über den Autor



Prof. Dr. Harald Welzer, Jahrgang 1958, studierte Soziologie, Politische Wissenschaft und Literatur an der Universität Hannover. Er ist Direktor des „Center for Interdisciplinary Memory Research“ am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen. Zudem lehrt er Sozialpsychologie an der Universitat Witten/Herdecke. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen bei den Themen Erinnerung, Gruppen-gewalt und Klimakultur.

Verwendete Literatur

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hg.) (2008): Die Dritte Industrielle Revolution – Aufbruch in ein ökologisches Jahrhundert. Dimensionen und Herausforderungen des industriellen und gesellschaftlichen Wandels, Berlin.

Brose, Hanns-Georg/Hildenbrand, Bruno (1988): Biographisierung von Erleben und Handeln, in: dies. (Hg.), Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende, Opladen, S. 11-30. Diamond, Jared (2005): Kollaps, Frankfurt/Main.

Elias, Norbert (1969): Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bde., Bern/München (zuerst 1939).

Hagner, Michael (2010): Der Hauslehrer: Die Geschichte eines Kriminalfalls. Erziehung, Sexualität und Medien um 1900. Frankfurt/M.

Hölscher, Lucian (2010): Ist die Zukunft schon vorüber? Berliner Republik, 5/2010, S. 22-26.

Hüther, Gerald (2001): Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn, Göttingen.

Imhof, Arthur E. (1984): Die Verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren – Und weshalb wir uns heute so schwer damit tun, München.

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. München.

Keupp, Heiner/Kraus, Wolfgang u.a. (1999): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identität in der Spätmoderne, Reinbek.

Kohli, Martin (1988): Normalbiographie und Individualität: Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes, in: Brose, Hanns-Georg/Hildenbrand, Bruno (Hg.), a.a.O., S. 33-53.

Koschorke, Albrecht (2008): Spiel mit der Zukunft. Süddeutsche Zeitung, 30.10.2008.

Laplanche, Jean/Pontalis, Jean B. (1973): Das Vokabular der Psychoanalyse. Frankfurt/M.

Lüdtke, Alf (2002): «Deutsche Qualitätsarbeit» – ihre Bedeutung für das Mitmachen von Arbeitern und Unternehmern im Nationalsozialismus, in: Assmann, Aleida/Hiddemann, Frank/Schwarzenberger, Eckhard (Hg.), Firma Topf & Söhne: Hersteller der Öfen für Auschwitz: ein Fabrikgelände als Erinnerungsort?, Frankfurt/Main, S. 123-138.

Markowitsch, Hans J./Welzer, Harald (2005): Das autobiographische Gedächtnis. Hirnorganische Grundlagen und biosoziale Entwicklung, Stuttgart.

Marx, Karl (2008): Das Kapital, Bd.1: Der Produktionsprozess des Kapitals, hg v. Rosa-Luxemburg- Stiftung, Berlin (zuerst 1867).

Miegel, Meinhard (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.

Mönnich, Horst (1951): Die Autostadt, München.

Osterhammel, Jürgen (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts.München.

Paech, Niko (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.), Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung – Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt/Main (im Erscheinen).

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt/Main.

Rosa, Hartmut (2009): Zeitforscher fürchtet Entrhythmisierung der Woche. Hartmut Rosa im Gespräch mit Joachim Scholl, Interview Deutschlandradio Kultur, 26.9.2009, http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/986480/

Sachs, Wolfgang/Santarius, Tilman (2007): Fair Future. Resource Conflicts, Security and Global Justice. London.

Sachs, Wolfgang (2009): Sozialer Zusammenhalt ohne Wachstum? Unv. Ms.

Sachs, Wolfgang (1991): Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche, Reinbek.

Schivelbusch, Wolfgang (2004): Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. (zuerst 1977).

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.

Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors[1]

Inge Røpke

In den meisten Ländern der OECD ist der Konsum der Kern der Wachstumswirtschaft. Konsum ist der Hauptantrieb für wirtschaftliches Wachstum – und umgekehrt hängt steigender Konsum von ständigem Wirtschaftswachstum ab. In einer *„vollen Welt"* (Daly 2007) sind die ökologischen Auswirkungen von immer weiter steigendem Konsum verheerend. Wenn sich die Konsumentinnen und Konsumenten im Globalen Norden[2] mehr Ressourcen aneignen, bleibt weniger, um den Lebensstandard des Globalen Südens zu verbessern. Die doppelte Herausforderung von Ökologie und Verteilungsgerechtigkeit erfordert Veränderungen beim Konsum im Globalen Norden. Im Folgenden wird der Wachstumsmotor beschrieben und es werden mögliche Veränderungen vorgeschlagen.

In der aktuellen ökonomischen Krise mag es seltsam erscheinen, steigenden Konsum als ein Problem zu betrachten; aber gewöhnlich folgen solchen Krisen erneute Aufschwünge und die wachstumsbedingten Probleme kehren zurück. Der Weg aus der Krise sollte nicht in einer Rückkehr zum Status quo ante gesucht werden, sondern das wachstumsorientierte Modell sollte durch ein nachhaltiges ökonomisches Modell ersetzt werden.

1. Die grundlegenden Voraussetzungen für Konsumwachstum

Wie können die Verbraucherinnen und Verbraucher aus den wohlhabenden und mittleren Schichten so viel konsumieren? Zwei grundlegende Voraussetzungen sind entscheidend (Abb. 1, Box 1 und 2).

Erstens wäre das beeindruckende Konsumwachstum seit Beginn der Industrialisierung ohne den Zugang zu billigen fossilen Energieträgern unmöglich gewesen. Fossile Energieträger versorgen uns mit einer großen Anzahl von *„Energiesklaven"*, die in mechanisierten Produktionsprozessen eingesetzt werden und große Produktivitätssteigerungen ermöglichen (Common/Stagl 2005). Der Produktionspreis fossiler Energieträger besteht nur aus den monetären Kosten der Förderung, doch die Förderung und der Verbrauch fossiler Energieträger bringen hohe soziale Kosten mit sich, die in den Preisen nicht eingerechnet sind (sie werden gewöhnlich als „externe Kosten" bezeichnet; Beispiele sind Bohrunfälle, Schadstoffbelastung der Luft und der Böden oder die globale Erwärmung). Da diese

Kosten im Preis nicht enthalten sind, basiert Wirtschaftswachstum auf einer „falschen Annahme"; und da diese Annahme seit rund 200 Jahren vorherrscht, ist sie in die sozialen und materiellen Strukturen der Gesellschaft eingebaut – ein Beispiel ist die Siedlungsstruktur in automobilen Gesellschaften.

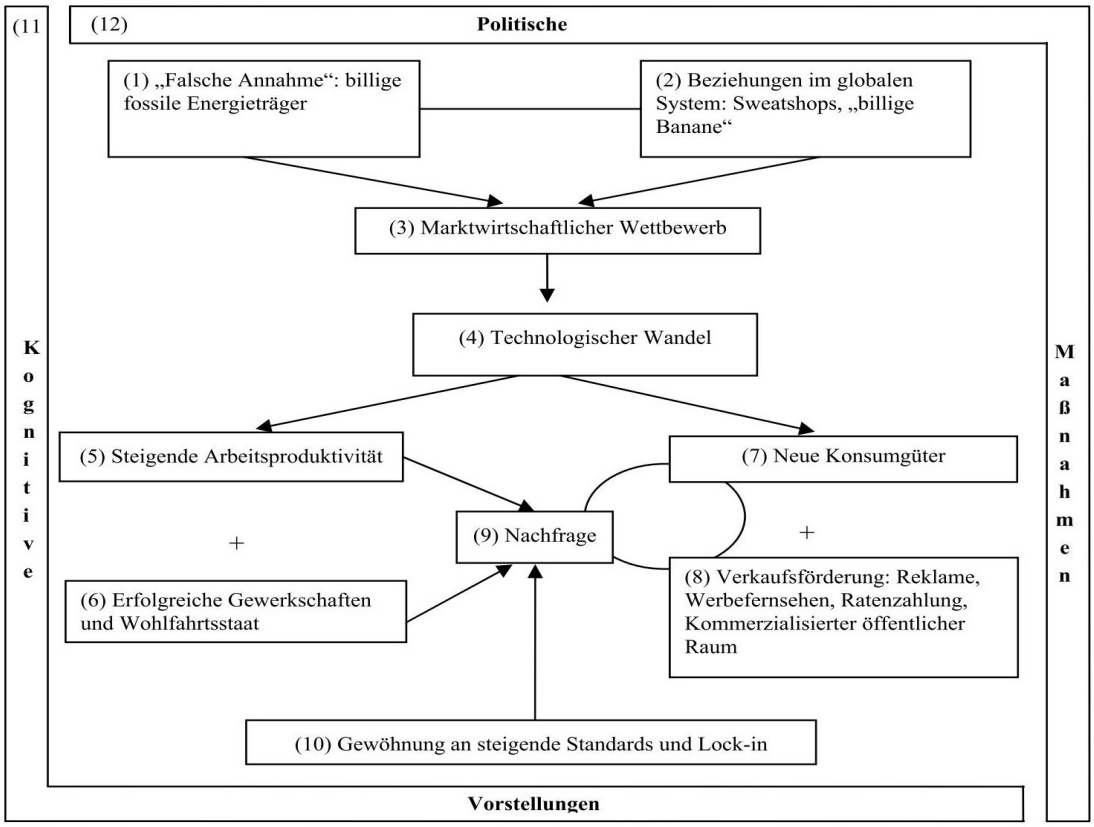
Die zweite grundlegende Voraussetzung liegt im Verhältnis zwischen Nationalstaaten und globalem System. Die früh industrialisierten Länder schufen sich erfolgreich eine

[1] Aus dem Englischen von Dominik Zahrnt

[2] Die Begriffe „Globaler Norden" und „Globaler Süden" drücken aus, dass die reiche Ober- und Mittelschicht in Ländern der südlichen Hemisphäre oftmals in einem ähnlichen Wohlstand lebt wie die entsprechenden Schichten im Norden, und umgekehrt, dass Armut und schlechte Lebensbedingungen, die in vielen Ländern des Südens vorherrschen, auch in den reichen Industrieländern anzutreffen sind.

Machtposition, die ihnen erlaubte, sich mit Rohstoffen zu versorgen und Arbeitskräfte in anderen Teilen der Erde auszubeuten – zunächst, indem sie das alte Kolonialsystem weiterentwickelten, später durch ausgefeiltere Methoden: Globale Lieferketten versorgen die industrialisierten Länder mit billigen Gütern aus den „globalen Sweatshops" und politische Interventionen sichern den Zugang zu primären Rohstoffen, und zwar in der Regel auf geschicktere Weise als der Militärputsch, der 1954 die *„billige Banane"* brachte (Schor 2005).[3]

Abb. 1: Das Funktionieren des konsumgetriebenen Wachstumsmotors



Es ist für Entwicklungsländer nicht unmöglich, ihre Position in der Weltgesellschaft zu verändern, aber es ist schwierig und scheinbar bedarf es eines starken Staates und nationalistischer Ambitionen. Ein Beispiel ist China, ein großes sich industrialisierendes Land, das inzwischen erfolgreich am Wettrennen teilnimmt und danach strebt, den Zugang zu Ressourcen, z.B. aus afrikanischen Ländern, zu sichern.

[3] J. Schor spricht damit die US-amerikanische Intervention in Guatemala an, bei der der demokratisch gewählte, populäre Präsident J. Arbenz gestürzt wurde. United Fruits war wesentlich involviert. In der Folge wurde die bislang luxuriöse, tropische Banane ein billiges Massenprodukt. „Cheap banana" steht für die Präsenz in den Märkten für Primärprodukte, um eine billige Versorgung zu sichern.

2. Die Antriebskräfte des Konsumwachstums

Die grundlegenden Voraussetzungen für ein hohes Konsumniveau – billige fossile Energieträger sowie der Zugang zu billigen Rohstoffen und Arbeit – werden durch eine weitere starke Kraft ergänzt: marktwirtschaftlicher Wettbewerb (Box 3). Im Kampf um ökonomisches Überleben und Rentabilität sind Unternehmen fortwährend technologisch und organisatorisch innovativ (Box 4) – einerseits, um Kosten zu reduzieren, und andererseits, um Verbraucher mit neuen Produkten zu locken. Während vieler Jahre des Erdölzeitalters fokussierten die meisten Kostenreduktionen

auf eine steigende Arbeitsproduktivität (Box 5). Diese Fokussierung wird durch einen relativ hohen Preis des Faktors Arbeit verstärkt, der sich durch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und soziale Kämpfe, die den Wohlfahrtsstaat begründeten und bewahrten, erklärt (Box 6). Auf diese Weise schafften es die Beschäftigten, einen Teil der aus der erhöhten Arbeitsproduktivität erzielten Gewinne für sich zu reservieren und somit einen hohen Lebensstandard zu erreichen – wodurch sie zugleich die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität vorantrieben.

Allerdings können nicht alle Produktionsprozesse gleichermaßen einfach mechanisiert werden: Manche arbeitsintensiven Dienstleistungen wie Pflege, Instandhaltung oder Theateraufführungen können durch die Nutzung fossiler Energieträger kaum effektiver erbracht werden. Eine Folge ist die relative Verteuerung arbeitsintensiver Dienstleistungen im Vergleich zu vielen materiellen Gütern. Auf diese Weise werden die Verbraucherinnen und Verbraucher darin bestärkt, mehr materielle Güter zu kaufen, statt arbeitsintensive Dienstleistung zu konsumieren (Røpke 1999).

Gleichzeitig bietet der technologische Wandel den Konsumentinnen und Konsumenten immer neue und weiter diversifizierte Konsumgüter (Box 7), und Unternehmen versuchen, durch verschiedenste Maßnahmen der Absatzförderung Kunden zu gewinnen – etwa durch Werbung oder die Möglichkeit von Ratenzahlung (Box 8). Dadurch ist das Alltagsleben zunehmend in einen Rahmen kommerzieller Angebote eingebettet, wobei Fernsehen und öffentliche Räume das Füllhorn der Versuchungen inszenieren.

Angebot und Nachfrage nach Konsumgütern bestärken sich wechselseitig (außer während periodischer Krisen): Steigende Löhne ermöglichen den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die neuen Produkte zu kaufen, welche die Industrie auf den Markt bringt (Box 9).

3. Stützen des Konsumwachstums: Steigende Ansprüche und Lock-in

Die meisten Menschen im Globalen Norden tragen bereitwillig ihren Teil zum Wachstumsmotor Konsum bei und betrachten ihr Verhalten nicht als besonders extravagant. Zu einem gewissen Grad ist dies der Gewöhnung an Standards und sogenannten Lock-in-Effekten (Pfadabhängigkeiten) geschuldet (Box 10). Wenn die Wirtschaft boomt, gibt es oftmals einen Ansturm auf bestimmte Konsumgüter. In der Mitte des Booms wird der Konsum dieser Güter häufig als extravagant wahrgenommen, doch mit der Zeit wird ihr Konsum zur Norm (Christensen et al. 2007). Diese Normalisierung geht in vielen Fällen mit weitergehenden Veränderungen einher – Veränderungen öffentlicher Debatten, bestimmten politischen Maßnahmen und institutionellen Reformen, Ausbau der Infrastruktur und neuen wissenschaftlichen Fragestellungen. Dies illustriert die Geschichte

der Klimaanlage (Shove 2003) oder die aktuelle Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in das Alltagsleben (Røpke et al. 2010).

Wenn neue Produkte und Lebensstandards und die dazugehörigen Erwartungen zur Norm werden, werden die neuen Standards in die soziale und materielle Struktur der Gesellschaft integriert und können damit zu Einschränkungen werden und Lock-in-Effekte hervorrufen. In einer autoabhängigen Gesellschaft mit zersiedelten Vorstädten und einem unterentwickelten öffentlichen Verkehrssystem wird das Auto fast zur Notwendigkeit. Einschränkungen werden zur Kehrseite von Freiheit. Wenn es keine lokalen Geschäfte mehr gibt, müssen die Menschen in den Supermarkt fahren, und wenn Häuser so gebaut sind, dass sie klimatisiert werden müssen, können sie ohne Klimaanlage unbewohnbar sein. Abgesehen von materiellen Zwängen und Anreizen stützen Institutionen etablierte Standards und Verhaltensmuster. Zum Beispiel fördern gesetzliche Maßnahmen wie Steuererleichterungen bei langen Pendelentfernungen das Autofahren. Hinzu kommen normative und kognitive Strukturen wie das Erheben des Führerschein-Erwerbs zu einem rituellen Schritt ins Erwachsenenalter oder die Assoziation des Autos mit persönlicher Freiheit.

Allgemeiner formuliert: Soziale und materielle Rigiditäten neigen dazu, Verbraucherinnen und Verbraucher an ressourcenintensive Lebensstile zu binden *(„lock in")*. Zum Beispiel fördern Institutionen des Arbeitsmarktes in vielen Ländern die Vollbeschäftigung auf Kosten von mehr Freizeit – und begründen damit einen Zyklus des Arbeitens und Ausgebens (Schor 1991). Diesen Zyklus kurbeln z.B. Familien mit doppeltem Einkommen mit ihrem geschäftigen Leben an. Ein weiterer Effekt dieses Zyklus ist, dass Shopping, als *„Erlebnis"* inszeniert, zu einer Freizeitaktivität geworden ist (Hochschild 1997; Wilson/Lande 2005).

4. Ideologische und politische Stützen des Konsumwachstums

Der konsumgetriebene Wachstumsmotor läuft innerhalb unterstützender kognitiver Vorstellungen und politischer Maßnahmen. Die kognitiven Vorstellungen (Box 11) umfassen das Verständnis von wirtschaftlichem Wachstum als absolutem Wert, unabhängig vom erreichten Lebensstandard. Weitere Vorstellungen sind z.B.: Märkte und gesunder Wettbewerb fördern das Allgemeinwohl; Freihandel bringt allen beteiligten Akteuren Vorteile; technologischer Fortschritt ist gleichbedeutend mit sozialem Fortschritt; Umweltprobleme können durch effizientere Technologien gelöst werden. Diese Vorstellungen sind umstritten, aber sie sind weit verbreitet und gehen in politische Maßnahmen ein (siehe Box 12) wie beispielsweise in die Förderung des Freihandels und des Wettbewerbs, die Privatisierung und Liberalisierung von Märkten, den Bau von immer neuen Autobahnen sowie das Beharren auf niedrigen Energiepreisen.

5. Nutzen und Kosten des Konsumwachstums

Standards und Lock-in erklären zu einem gewissen Grad, warum Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Teil zum Wachstumsmotor beitragen: „Bedürfnisse" werden durch die gesellschaftlichen und ökonomischen Umstände konstruiert. Aber die Verbraucher profitieren auch vom Konsumwachstum, das über die Zeit stark mit sozialen Veränderungen verknüpft ist. Historisch betrachtet haben steigende Lebensstandards nicht nur die universell geschätzten Annehmlichkeiten guten Essens und komfortablen Wohnens mit sich gebracht, sondern sich gemeinsam mit individueller Unabhängigkeit und Freiheit entwickelt – also mit

zentralen Werten der Moderne. Aus Sicht des wohlhabenden Konsumenten ergeben sich aus dem enormen Rohstoffverbrauch folgende Vorteile:

Individuelle Unabhängigkeit: Über viele Jahre haben Individuen zunehmend persönliche Unabhängigkeit von ihrem familiären Umfeld erlangt und die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich verkleinert, was die Nachfrage nach Wohnraum erhöht. Innerhalb der Haushalte hat immer öfter jede Person ein eigenes Zimmer, das mit mehreren elektrischen Geräten ausgestattet ist.

Mobilität: Der Bewegungsradius im täglichen Leben hat sich dramatisch erhöht. Die gestiegenen Geschwindigkeiten für Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen oder zu Freizeitaktivitäten führen aber nicht zu Zeitersparnis, sondern zu erhöhten Entfernungen. Ferienreisen sind häufiger geworden und exotische Ziele lassen sich leicht erreichen.

Ernährung: Die Ernährung ist vielfältiger geworden und der Anteil von Fleisch und Milchprodukten ist gestiegen. Das Essen kommt aus allen Teilen der Welt, saisonale Einschränkungen gibt es kaum mehr.

Bequemlichkeit: Die „drei C“ comfort, cleanliness, convenience (Komfort, Sauberkeit, Bequemlichkeit) durchdringen die Gestaltung des Alltags (Shove 2003). Heizung und Klimaanlage bieten eine konstante Temperatur, unabhängig von den Jahreszeiten und den lokalen klimatischen Bedingungen; viele Haushaltsarbeiten werden von elektrischen Geräten erledigt oder zumindest vereinfacht.

Intensivierte Zeitnutzung: In Gesellschaften mit einer hohen Arbeitsproduktivität gelten Langsamkeit und eine entspannte Lebensgestaltung als sozial inakzeptabel (Linder 1970) und die Intensität des Arbeitslebens überträgt sich auf das Leben zu Hause. Je mehr der monetäre Wert der Zeit steigt, desto verpönter wird es, Zeit zu „verschwenden“.

Abwechslung und Neuheiten: Wie bei Ernährung und Mobilität werden in allen Lebensbereichen neue Erfahrungen, Erlebnisse und Erkenntnisse möglich. Was materielle Güter anbelangt, so verstärken spezialisierte und diversifizierte Güter und Dienstleistungen diesen Trend.

Diese Veränderungen sind langfristige Trends, wie wir im Rückblick erkennen können. Beurteilt man sie im Hinblick auf die Lebensqualität, finden viele sie wünschenswert – auch die sogenannten *„neuen Konsumenten“* aus schnell wachsenden Entwicklungsländern wie China, Indien und Brasilien, die diesen Lebensstil kopieren (Myers/Kent 2004).

Viele Menschen sind sich jedoch auch der Probleme des steigenden Konsums bewusst. Zunächst: Die Umweltauswirkungen beeinträchtigen ernsthaft die Lebensqualität. Kurzfristig entstehen Gesundheitsprobleme wie Lungenkrankheiten durch Luftschadstoffe und es sinkt die Fruchtbarkeit aufgrund von Stoffen, die das Hormonsystem beeinträchtigen. Die Zerstörung natürlicher Lebensräume bedeutet einen großen Verlust an bereichernden Naturerlebnissen. Längerfristig sind die Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens durch die Zerstörung von Ökosystemen und den Klimawandel bedroht. Neben den Umweltauswirkungen beziehen sich weitere Bedenken zum Beispiel auf den sozialen Zusammenhalt und die gesundheitlichen Wirkungen des modernen Lebens.

Eine fundamentale Kritik kommt von Traditionalisten, die über individuelle Unabhängigkeit, ausgeglichenere Geschlechterbeziehungen und sich wandelnde Familienstrukturen klagen. Modernisten dagegen beurteilen diese Entwicklungen als positiv, wobei auch sie eingestehen, dass die Individualisierung negative Wirkungen hat – etwa die Auflösung lokaler Gemeinschaften und den großen Druck auf Individuen, ihr eigenes Leben zu gestalten und Erfolg zu haben. Hinzu kommt, dass der moderne Lebensstil – gekennzeichnet durch eine hohe Geschwindigkeit, mangelnde körperliche Betätigung sowie ein Übermaß an Kalorien – zu Stress und Zivilisationskrankheiten führen kann (Duchin 2005). Manche Gegenstrategien, zum Beispiel der Kauf von Geräten und Gegenständen, die zeitsparende und zeitvariable Nutzungen ermöglichen, können noch mehr Stress schaffen und sich damit als kontraproduktiv erweisen (Shove 2003).

Auch wenn man die positiven historischen Errungenschaften des Konsumwachstums und des sozialen Wandels anerkennt, ist festzustellen, dass Menschen durch ständig wachsenden Konsum nicht unbedingt glücklicher werden. Viele kürzlich erschienene Studien über Lebensqualität und Glück zeigen, dass Menschen in wohlhabenden Gesellschaften im Durchschnitt nicht glücklicher sind als Menschen in weniger wohlhabenden Gesellschaften. Bis zu einem gewissen Bruttoinlandsprodukt steigt die Lebensqualität in der Tat mit wirtschaftlichem Wachstum, aber jenseits dieser Schwelle steigert weiteres Wachstum die Zufriedenheit nicht. Vielmehr bestimmt der Grad an sozialer Ungleichheit in wohlhabenden Ländern die Lebensqualität: Fast alle Indikatoren zum Wohlbefinden zeigen, dass die Lebensqualität in Ländern mit größerer Gleichheit wesentlich höher ist (Wilkinson/Pickett 2009). Im Allgemeinen leben die Menschen lieber in weniger wohlhabenden und relativ gleichen Gesellschaften als in wohlhabenderen und vergleichsweise ungleichen. Dies ist ein bedeutender Gesichtspunkt, wenn es darum geht, die Voraussetzungen und den Kontext des Wachstumsmotors zu ändern, um diesen zu stoppen.

6. Den Wachstumsmotor stoppen

Der Konsum ist, wie beschrieben, der Kern des Wachstumsmotors – und dieser Motor läuft, trotz periodischer Krisen, relativ reibungslos dank einer Vielzahl selbstverstärkender Mechanismen. Um die doppelte Herausforderung – Umweltprobleme und große soziale Ungleichheiten – zu meistern, stehen grundlegende Änderungen an. Die folgenden Ausführungen sind weniger ein Masterplan als Vorschläge für einige Elemente, die in der Transitionsphase wichtig sind, wobei auf die hohe Komplexität und die verschiedenen Interdependenzen zu verweisen ist:

Die Beziehungen des globalen Systems verändern (2)[4]*:* Die Stärkung von Gewerkschaften und der Aufbau von wohlfahrtsstaatlichen Strukturen in Entwicklungsländern, die Förderung von intern kohärenten Binnenwirtschaften in Entwicklungsländern anstelle von Exportabhängigkeit und die Verbreitung von Abkommen des fairen Handels könnten Möglichkeiten sein, um in den wohlhabenden Ländern den Preis importierter Güter zu erhöhen und in den armen Ländern den Lebensstandard zu verbessern.

„Falsche Annahmen" entkräften, Ressourcenpreise erhöhen (1, 4): Jeder Ansatz zur Einschränkung des Konsumwachstums muss auf drastischen Preiserhöhungen von Energie

[4] Die Nummernhinweise beziehen sich auf Abb. 1, die zugleich einen Analysezugang wie Veränderungsansätze darstellt.

und anderen Ressourcen basieren. In der Folge würden die Preise aller ressourcenintensiven Güter steigen und zunächst das Realeinkommen und der reale Konsum sinken.[5] Die Verbraucher würden darin bestärkt, ihr Verhalten grundlegend zu ändern: Sie würden arbeitsintensive Güter wie Pflege und Instandhaltung bevorzugen und Anreize, durch technologische Maßnahmen Ressourcen einzusparen, würden zunehmen. Im Laufe der Zeit würden es die sich verändernden materiellen und institutionellen Strukturen der Gesellschaft erleichtern, mit weniger Ressourcenverbrauch zu leben. Da es aber höchst unwahrscheinlich ist, dass die Marktkräfte den notwendigen Anstieg der Rohstoffpreise auslösen, bedarf es politischer Maßnahmen, um eine sukzessive Verteuerung von Energie und Ressourcen sicherzustellen und hohe Preise langfristig zu halten – und um, national wie global, einen wirtschaftlichen Ausgleich für die Armen zu schaffen.

Die Nutzung von Gütern ändern (4, 7): Wenn die Realeinkommen und der relative Preis von Arbeit sinken, sind vielfältige Veränderungen zu erwarten: Produkte werden so gestaltet, dass sie langlebiger, reparaturfähig und rezyklierfähig sind; hochwertige handwerkliche Produkte werden attraktiver; Methoden der gemeinsamen Nutzung von Konsumgütern breiten sich aus (Beispiele sind Car-Sharing und kollektive Wohnprojekte mit gemeinsam genutzten Einrichtungen); Produkt-Service-Systeme werden populär, bei denen Verbraucher eine Dienstleistung kaufen, anstatt die notwendigen Geräte selber zu besitzen.

Verkaufsförderung einschränken (8): Das schnelle Wechseln und Erneuern von Konsumgütern kann durch eine Einschränkung von Werbung und der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes gebremst werden.

Regionale Wirtschaftsräume fördern: Da das Transportwesen hohe ökologische Kosten verursacht, sollten regionale Wirtschaftsräume gestärkt werden, z.B. durch die Einführung regionaler Währungen.

Soziale Ungleichheiten reduzieren (6): Arbeitsmarktabkommen und Steuerreformen könnten darauf abzielen, Ungleichheiten durch Begrenzungen hoher Einkommen zu reduzieren. Dadurch würde die Bedeutung des Einkommens als wichtigster Faktor der Anerkennung zurückgehen; eine Folge wären der Rückgang von status-getriebenem Konsum und die Abkehr von ständig steigenden Standards. Um zu verhindern, dass eine geringere Orientierung auf Lohnsteigerungen zu höheren Profiten von Unternehmen sowie Kapitaleignern führt, sollte die Besteuerung auch die neu entstehenden Gewinne abschöpfen.

Langsamerer Lebensrhythmus und Ausweitung des informellen Sektors (7, 10): Wenn höhere Rohstoffpreise die Aufmerksamkeit stärker auf die Ressourcen- als auf die Arbeitsproduktivität lenken, dürfte der Zeitdruck am Arbeitsplatz sinken und auch auf einen langsameren Alltagsrhythmus zurück wirken. Dies dürfte zu neuen Ideen führen, wie die Lebensqualität verbessert werden kann, und in lokalen Gemeinschaften die Entwicklung informeller Wirtschaftsaktivitäten voranbringen, wodurch sich das Verhältnis zwischen dem formalen und informellen Sektor verändern würde.

[5] Diese Wirkung findet nicht oder reduziert statt, wenn im Rahmen einer ökologischen Steuerreform eine Rückvergütung oder Entlastung bei anderen Steuern und Abgaben erfolgt.

Umgestaltung der Investitionen und Verlagerung von privatem zu öffentlichem Konsum: Nachhaltigere Lebensstile hängen von einem Umbau der Infrastruktur ab, zum Beispiel der Wärmeisolierung von Gebäuden und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens. Weil solche Investitionen für Private unrentabel sein dürften, sind öffentliche Investitionen notwendig. Im Allgemeinen ist es sinnvoll, privates in öffentliches Einkommen zu überführen, da öffentliche Güter eine wesentlich geringere Ressourcenintensität aufweisen als private Güter. Gleichzeitig ist es im Hinblick auf die Lebensqualität wünschenswert, Pflege, Bildung, Gesundheit und kulturelle Aktivitäten auszubauen.

7. Abschließende Bemerkung

Wenn sich ein OECD-Land auf den Versuch einlässt, den konsumgetriebenen Wachstumsmotor zu bremsen und zu stoppen, besteht eine große Herausforderung darin, ernsthafte ökonomische, soziale und politische Krisen zu vermeiden und Lösungen zu finden für Arbeitslosigkeit, Wettbewerbsprobleme und industriellen Strukturwandel. Koordinierte Anstrengungen, zum Beispiel innerhalb der EU, würden dies vereinfachen. Wichtig wird sein, den Prozess durch ein gestärktes soziales Sicherungsnetz abzufedern. Früher oder später wird es notwendig sein, ohne Wachstum klarzukommen und, wie Peter Victor (2008) es ausgedrückt, ist es „viel besser, dies durch Planung statt Katastrophen“ zu erreichen. Daraus könnte sich ein großes Transformationsprojekt entwickeln, das uns alle einbezieht und unsere Lebensqualität stark erhöht – trotz verringertem Konsum.

Artikelherkunft

Auszug aus: Røpke, I. (2010): Konsum: Kern des Wachstumsmotors. In: Seidl, I., und Zahrnt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft. Metropolis-Verlag, Marburg.

Über die Autorin



PhD Inge Røpke, Jahrgang 1953, ist Associate Professor im Department für Management der Dänischen Technischen Universität in Lyngby. Sie hat Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen studiert und ihr Doktorat in Sozialwissenschaften an der Universität Roskilde absolviert. Zurzeit arbeitet sie zur Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in das Alltagsleben aus der Umweltperspektive. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Ökologische Ökonomik, Konsum und Umwelt sowie Technologie im Alltagsleben.

Verwendete Literatur

Christensen, T.H., Godskesen, M., Røpke, I., Gram-Hanssen, K., Quitzau, M.-B. (2007): „Greening the Danes? Experience with consumption and environment policies“, in: Journal of Consumer Policy Nr. 30, 91-116

Common, M., Stagl, S. (2005): Ecological Economics. An Introduction, Cambridge

Daly, H.E. (2007): Ecological Economics and Sustainable Development. Selected Essays of Herman Daly, Cheltenham

Duchin, F. (2005): „Sustainable consumption of food: A framework for analyzing scenarios about changes in diets“, in: Journal of Industrial Ecology Nr. 9, 99-114

Hochschild, A.R. (1997): The Time Bind. When Work Becomes Home and Home Becomes Work, New York

Linder, S.B. (1970): The Harried Leisure Class, New York

Myers, N., Kent, J. (2004): The New Consumers. The Influence of Affluence on the Environment, Washington/Covelo/London

Røpke, I. (1999): „The dynamics of willingness to consume“, in: Ecological Economics Nr. 28, 399-420

Røpke, I., Christensen, T.H., Jensen, J.O. (2010): „Information and communication technologies. A new round of household electrification“, in: Energy Policy Nr. 38, 1764-1773.

Schor, J. (1991): The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure, New York

Schor, J. (2005): „Prices and quantities. Unsustainable consumption and the global economy“, in: Ecological Economics Nr. 55, 309-320

Shove, E. (2003): Comfort, Cleanliness and Convenience. The Social Organization of Normality, Oxford/New York

Victor, P.A. (2008): Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster, Cheltenham

Wilkinson, R., Pickett, K. (2009): The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better, London

Wilson, N.H., Lande, B.J. (2005): Interview: „Feeling capitalism. A conversation with Arlie Hochschild“, in: Journal of Consumer Culture Nr. 5, 275-288

Beschleunigung und Wachstum

Externe Triebkräfte sozialer Beschleunigung

Hartmut Rosa

Wer die Beschleunigungsdynamik der modernen Gesellschaft verstehen will, so hat sich bereits bei der Definition des Beschleunigungsbegriffs […] gezeigt, kommt nicht umhin, sich mit ihrer *Wachstumsdynamik* auseinander zu setzen. Es ist kein konzeptueller Zufall, dass sich ein über alle drei Akzelerationsdimensionen[1] hinweg generalisierter Beschleunigungsbegriff nur als *Mengenwachstum pro Zeitheinheit* definieren lässt. Insbesondere hat sich erwiesen, dass aufgrund des Verhältnisses von freien und gebundenen Zeitressourcen eine Beschleunigung des Lebenstempos nur dann kompatibel ist mit einer simultan auftretenden technischen Beschleunigung zielgerichteter Vorgänge, wenn es dabei zu einer *logisch* unabhängigen Steigerung der *Mengen* (des Transportierten, Kommunizierten, Produzierten bzw. des Handelns und Erlebens) kommt. Erst wenn die *Wachstumsraten* die *Beschleunigungsraten* der korrespondierenden Prozesse übersteigen, können sich Zeitressourcen trotz technischer Zeiteinsparungen verknappen. Deshalb habe ich die moderne Gesellschaft als eine spezifische ›Beschleunigungsgesellschaft‹ in dem Sinne charakterisiert, dass in ihr technische Beschleunigung und die Beschleunigung des Lebenstempos zugleich auftreten, was bedeutet, dass es zu einer nicht logisch-analytisch, sondern kulturell und/oder strukturell begründeten Verknüpfung von Wachstums- und Beschleunigungsprozessen kommt. Und in der Tat ist es ja nicht schwer, entsprechende Wachstumsraten zu identifizieren; wozu etwa die Vermehrung von Optionen und Kontigenzen ebenso zu rechnen ist wie diejenige von Waren und Dienstleistungen und die korrespondierende Steigerung der Handlungs- und Erlebnis*möglichkeiten* ebenso wie diejenige der entsprechenden -*episoden. Tatsächlich* gibt es gute Gründe für die Annahme, dass es in vielerlei Hinsicht geradezu zu einem exponentiellen Mengenwachstum kommt, dem eine ›nur‹ lineare Beschleunigung gegenübersteht.[2]

Die im Mittelpunkt dieser […] Untersuchung stehende Frage, was den oder besser: *die* Beschleunigungsprozesse in der modernen Gesellschaft vorantreibt, ist daher unvermeidlich die Frage danach, auf welche strukturellen und/oder kulturellen Weisen die quantitative Steigerungslogik und die Beschleunigungsdynamik der Moderne miteinander verwoben sind.

---

[1] Rosa (2005) definiert und unterscheidet drei Formen der sozialen Beschleunigung – die technische Beschleunigung, die Beschleunigung des sozialen Wandels und die Beschleunigung des Lebenstempos-; zwischen diesen drei Formen der sozialen Beschleunigung herrschen laut Rosa „eine Vielzahl empirischer Wechselwirkungen und kausaler Interdependenzen“ wodurch „die soziale Beschleunigung in der Moderne zu einem sich selbst antreibenden Prozess geworden ist, der in gleichsam zirkulärer Form die drei Beschleunigungsbereiche in ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis setzt“. Diesen Prozess zwischen den einzelnen Dimensionen sozialer Beschleunigung definiert Rosa als „Akzelerationszirkel“. Wie hier von Rosa definiert handelt es sich weiterhin um drei „externe Antriebsmotoren […] die sich je einer der drei Beschleunigungsdimensionen als primäre Antriebskraft zuordnen lassen. Im Folgenden ist nur eine der drei „externen Triebkräfte“ – von Rosa auch als „Motor“ benannt – aus, in der Kapiteleinleitung bereits erwähnten Gründen, aufgeführt: „der kulturelle Motor“.

[2] Eriksen 2001, S. 78 ff.;

Der sich selbst verstärkende Akzelerationszirkel reicht hier als Antwort nicht aus, da er *Wachstumsprozesse* in nur beschränktem Maße begründen kann[3] und eine Erklärung seiner eigenen Ingangsetzung schuldig bleiben muss.

Ich werde daher im Folgenden zunächst drei analytisch voneinander und vom Akzelerationszirkel unabhängige, also gleichsam »externe« soziale Antriebsmotoren identifizieren, welche auf je spezifische Weise Steigerungs- und Akzelerationsmomente miteinander verknüpfen und sich im Sinne einer ›treibenden Logik‹, je einer der drei Beschleunigungsdimensionen als primäre Antriebskraft zuordnen lassen (vgl. Abb. 1). **[...]**

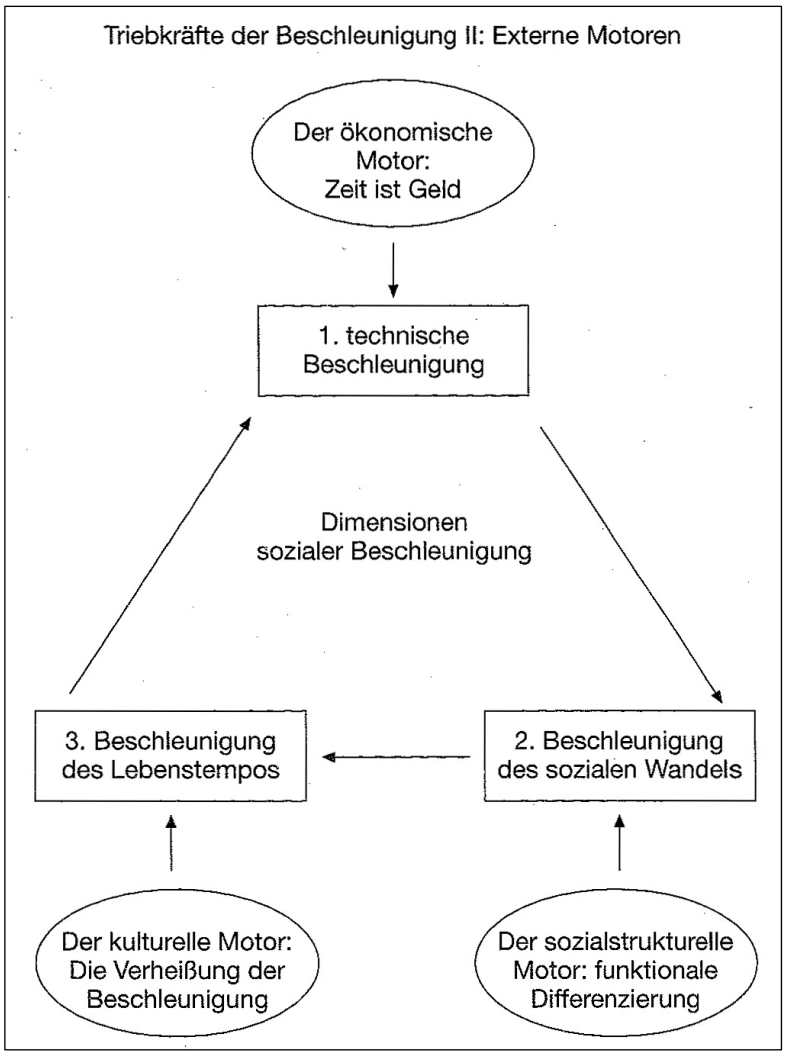


Abbildung 1: Externe Triebkräfte der Beschleunigung

[3] Technische Beschleunigung […] begründet die *Möglichkeit*, aber nicht das tatsächliche Auftreten von Mengensteigerungen. Die *Beschleunigung* des sozialen Wandels als solche entspricht keinem „realen Wachstum"; sie zeitigt Wachstumsaspekte erst dann, wenn der Wandel kulturell verarbeitet werden und in „Wissen" bzw. in Handlungsorientierung „übersetzt" werden soll. Diese Form des Wachstums wirkt dann als *ein* Antriebsfaktor auf die *Erhöhung des Lebenstempos*, die im Sinne einer Steigerung der Zahl an Handlungs- oder Erlebnisepisoden pro Zeiteinheit natürlich als Wachstumsprozess definiert ist.

Die Verheißung der Beschleunigung: Der kulturelle Motor

Es mangelt in der sozialwissenschaftlichen Literatur gewiss nicht an Autoren, welche die Auffassung vertreten, es sei letztlich der ökonomische Motor allein, welcher für die Beschleunigungstendenz der Moderne verantwortlich zeichne - die Akzeleration aller anderen Gesellschaftssphären folge mehr oder minder erzwungenermaßen und gleichsam als Epiphänomen dem kapitalistischen Schrittmacher, der mithin auch die entsprechenden kulturellen »Überbauphänomene«, die Tempoideologie und Beschleunigungssehnsucht der Moderne, hervorbringe.[4] Beschleunigung sei von einem ökonomisch-technischen Faktor zu einem kulturellen geworden, weil die Beschleunigung und Steigerung der Produktion unweigerlich die Akzeleration und das Wachstum des Konsums und der Zirkulation erfordere. Die eher absurde, selbst nicht ökonomisch begründbare Faszination der modernen Kultur für Phänomene wie *Fastfood, Blitzkrieg* oder *Rennrodler* wird dann aus dieser Sicht als epiphänomenaler kultureller Reflex auf die Imperative der materialen Basis interpretiert.

Eine solche reduktionistische Interpretation erscheint jedoch aus zwei Gründen als unbefriedigend. Zum Ersten vermag sie den Vermittlungsprozess zwischen den ökonomischen Strukturimperativen und den subjektiven und kulturellen Sinnmustern gerade *nicht* zu erhellen - warum sollten sich Subjekte auf eine Beschleunigung ihres Konsumverhaltens und mithin ihres Lebenstempos einlassen, wenn es für sie dazu subjektiv nicht nur keine ökonomischen Anreize gibt, sondern wenn sie dies umgekehrt eher in Geldschwierigkeiten (und, damit verknüpft, in Zeitnot) bringt? Der kapitalistische Beschleunigungszwang alleine reicht nicht aus, um die beinahe widerstandslose Fortführung des Akzelerationsprozesses auch in den nichttechnischen Beschleunigungsdimensionen zu erklären. d. h. um das Fehlen strukturell wirkmächtiger kultureller Widerstände gegen die sich selbst antreibende Dynamik bzw. gegen den Durchgriff, ökonomischer Beschleunigungsimperative zu begründen. Aus der Perspektive des kulturellen Selbstverständnisses der Moderne handelt es sich bei der' fortgesetzten Dynamisierung ja ganz offensichtlich nicht um eine *Anpassung* an äußere Zwänge, sondern um ein wesentliches Moment der *Selbstbestimmung.*

Zum Zweiten aber bleibt die materialistische Reduktion blind für die ideellen und kulturellen *Voraussetzungen* dafür, *dass* die Produktiv- und Beschleunigungskräfte auf die beschriebene Weise entfesselt werden konnten.[5] Die Entfaltung der ökonomischen Dynamik, so argumentieren die Vertreter einer kulturalistischen Kritik an der ökonomischen Vorrangthese, ist ihrerseits nicht kulturell voraussetzungslos, sondern das Ergebnis einer höchst spezifischen kulturellen oder mentalitätsgeschichtlichen »Bedarfslage«.[6] Nach der hier vertretenen Auffassung der Geschichtsentwicklung beruht jedoch jede eindeutige und gleichsam apriorische kausale Attribution der grundlegenden historischen Veränderungen auf einem geschichtsphilosophischen Irrtum, weil die Entwicklung von Ideen und Institutionen als ein koevolutionärer Prozess verstanden werden muss, in dem beide Seiten

[4] Diesen Ansatz vertreten vor allem Reheis 1998 (vgl. bes. S.64), Jameson 1994 und 1998 und, elaboriert, Harvey 1990; vgl. auch Scheuerman 2001a, S. 2 ff., sowie Postone 1996, S. 224 f.

[5] Vgl. Rosa 1999, S. 395 ff.

[6] Eine klassische Formulierung dieser Sichtweise hat Max Weber in seiner Protestantismusstudie geliefert. (1991); vgl. dazu ferner Gronemeyer 1996, Blumenberg 1986 oder Heintel/Macho 1985

einerseits interdependent aufeinander bezogen bleiben, sich jedoch andererseits innerhalb gewisser Elastizitätsgrenzen auch teilautonom in unterschiedliche Richtungen entwickeln, können, bis es zu einer Legitimations- oder Institutionenkrise und zu einer nachfolgenden Angleichung entweder durch eine Revolutionierung der institutionellen Basis oder durch einen ideengeschichtlichen Paradigmenwechsel kommt;[7] und es sind, so die These, insbesondere die Zeitstrukturen und -orientierungen, über welche die wechselseitige Vermittlung immer wieder hergestellt wird. Daher ist es zwar richtig, aus dem fortwährenden Erfolg des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu schlussfolgern, *dass* die Kultur der Moderne ebenfalls auf Beschleunigung hin ausgerichtet oder zumindest mit ihr kompatibel sein muss, doch wäre es kurzschlüssig, daraus abzuleiten, sie sei dies einfach; *weil die ökonomischen Systemimperative es erforderten.* Zu fragen ist daher nun, auf welche Weise die Akzelerationsdynamik in der Moderne kulturell angelegt ist bzw. in welcher Form die Steigerungslogiken von Wachstum und Beschleunigung im kulturellen Fundament der Neuzeit verschränkt und verankert sind.

Akzeptiert man die gängige Auffassung, dass das vorherrschende Zeitbewusstsein der entwickelten Moderne als *linear mit offener* Zukunft beschrieben werden kann, dass also die Vorstellung einer entwicklungsoffenen und in vielen Hinsichten noch unbestimmten, aber sich linear aus der Vergangenheit herausentwickelnden Zukunft unsere Zeiterfahrung dominiert, dann wirkt die Zeitnot und Beschleunigungssehnsucht der spätmodernen Kultur auf den ersten Blick geradezu verblüffend. Wenn einerseits *kein* Weltende und *keine* Apokalypse drohen, welche die verbleibende irdische Zeit als knapp erfahren ließen, andererseits das Anbrechen einer kategorial neuen, besseren Zukunft *in der Zeit* oder *jenseits der (Welt-}Zeit,* die sich etwa durch politisches Handeln im Sinne der Beschleunigung des Fortschritts rascher herbeiführen ließe,[8] ebenfalls nicht zu erwarten steht, dann scheint es keine Grundlage für Tempoideologien zu geben. Aus eben diesem Grund bemerkt auch Luhmann, die Fraglosigkeit der modernen »zielvariablen« Tempoideologie, für die steigende· Geschwindigkeiten wichtiger seien als die zu verwirklichenden Inhalte, sei »umso merkwürdiger, als unser Zeitbegriff ins Unendliche geht und uns keinerlei letzten Termin,

[7] Dazu ausführlich Rosa 2004b sowie 1998, S. 271 ff.

[8] Auf den christlichen Ursprung der Vorstellung, die Geschichte sei in Ziel und Richtung ihres Ablaufs festgelegt und ließe sich beschleunigen haben Ernst Benz (1977) und Reinhart Koselleck (2000, S. 168 ff. und 177ff.) hingewiesen. In verwandelter Form wurde sie zu einer Antriebskraft des aufklärerischen Handelns, das den zu lange ausgebliebenen menschlichen Fortschritt, dessen Ziel nun als geschichtsimmanent gedacht wurde, mit aller Kraft beschleunigen wollte (Koselleck, ebd.; Blumenberg 1986, S. 218 ff.). Auf der Grundlage deterministischer Geschichtsphilosophien leitete sich dann die Idee eines revolutionären politisch-geschichtlichen Beschleunigungsauftrages ab, die sozialrevolutionäre Bewegungen bis weit ins 20. Jh. hinein beflügelte (vgl. etwa auch Lübbe 1998, S. 276 ff.). Das Moment einer zunächst christlichen und später säkularisierten Heilserwartung darf für die Genesis des modernen Beschleunigungsdrangs daher nicht unterschätzt werden. Aber auch Hans Blumenberg (1986, S. 246) weist in diesem Zusammenhang darauf hin , dass »Beschleunigungsideologien« im Falle geschlossener, deterministischer Geschichtskonzeptionen nahe liegend, bei Zeitkonzeptionen mit offener Zukunft jedoch sehr unwahrscheinlich sind, wenn er betont, dass »die Einsicht in die Notwendigkeit des Geschichtsverlaufs […] allein […] die zureichende Motivation für die Bereitschaft, etwas Bekanntes mit aller beschleunigenden Kraft zu unterstützen« sei, dagegen müsse »etwas Unbekanntes […] jeder Neigung zur Einwirkung und Mitwirkung«, also zur tatkräftigen Beschleunigung, entbehren. Erklärungsbedürftig ist hier nun also, auf welche Weise sich der Beschleunigungsimpuls über die Transformation der geschichtlichen Zeitkonzeption hinweg erhalten und sogar noch verfestigt hat.

kein Weltende suggeriert. Wir hätten demnach Zeit, unendlich viel Zeit«. Eben deshalb, so fährt er fort, müsse diese Vorstellung des Zeitreichtums »verboten, und zwar moralisch verboten« werden, weil sie mit den strukturellen Erfordernissen moderner Gesellschaften unvereinbar sei.[9]

Nun kann es wenig Zweifel daran geben, dass die Kultur der Moderne in der Tat eine mächtige Quelle für ein derartiges moralisches »Verbot der Zeitverschwendung« kennt, nämlich das von Max Weber und den durch ihn inspirierten (Zeit-)Soziologen herausgearbeitete Ethos der *Protestantischen Ethik.*[10] Wie wir bereits gesehen haben, stellt das Gebot der Zeiteffizienz, der intensiven Nutzung und Verwertung jeder Minute, ein Kernelement dieser Ethik dar, die ihre rationalisierende und disziplinierende Wirkung in den Zeitpraktiken der von diesem Ethos Beherrschten entfaltete. Die von Weber herausgestellte *innerweltliche Askese* nahm so die Form einer strikten und peniblen Zeitdisziplin an. Die Kongenialität von Kapitalismus und Puritanismus erweist sich damit auch und insbesondere als die Kongenialität ihrer Zeitorientierungen - die protestantische Ethik lieferte die passgenaue kulturelle Entsprechung für die kapitalistische Zeitökonomie. Für sie ist die Vorstellung, Zeit sei im Überfluss vorhanden, in der Tat moralisch verboten, und Zeitverschwendung wird, in den Worten Richard Baxters, zur »ersten und schwersten aller Sünden«.[11] Wie verbindlich diese Zeitorientierung für die moderne Arbeitsgesellschaft wurde, illustriert etwa *Bertrand Russells* Bekenntnis in seinem »Lob der Faulheit«, das (ohne Bezug auf Webers Thesen) mit den Worten beginnt: »Like most of my generation, I was brought up on the saying „Satan finds some mischief still for idle hands to do. Being a highly virtuous child, I believed all that I was told, and acquired a conscience which has kept me working hard down to the present moment. «[12]

Allein, dieses religionshistorisch begründete moralische Verbot der Zeitverschwendung reicht aus zwei Gründen für die kulturelle Erklärung des modernen Beschleunigungswillens nicht aus. Zum Ersten nämlich schaffen Verbote keine antreibenden Ideologien[13] - für die von Luhmann ausgemachte *zielvariable Tempoideologie* genügt die Identifizierung eines Zeitverschwendungsverbots daher nicht, es bedarf zu ihrer verstehenden Erklärung vielmehr eines zusätzlichen moralischen oder besser: ethischen *Gebots,* das Zeitgewinne verheißungsvoll werden lässt. Zum Zweiten beruhte die ursprüngliche moralische und kulturelle Kraft der *protestantischen* Ethik auf einer Konzeption der linearen Zeit mit *geschlossener* Zukunft. Es war die Sorge um das Seelenheil, um das Fortleben nach dem (als bevorstehend gedachten) Weltende, welche jenes Verbot legitimierte und motivierte. Die

[9] Luhmann 1986, S. 156

[10] Weber 1991, vgl. etwa Neumann 1988 oder Sparn 1999.

[11] Dieselbe moralische Rigorosität finden wir, worauf ebenfalls Weber aufmerksam macht, in säkularisierter Variante auch noch bei Benjamin Franklin, der daran erinnert, dass jeder, der ein Fünf-Schilling-Stück aus Faulheit nicht erwerbe, dieses und alle seine potenziellen Kapitalerträge »bis ins tausendste Glied« gleichsam »morde« (zitiert nach Weber 1991, S. 40 f). Zeitverschwendung wird dadurch in ihrer Verwerflichkeit auf eine Stufe mit den schlimmsten Kapitalverbrechen gerückt.

[12] Russell 1935, S.11. Voß (1990) hat zu zeigen versucht, auf welche Weise dieses protestantische Ethos bis heute, wenngleich in transformierter und sogar noch erweiterter Form, als Lebensführungsparadigma maßgebend geblieben ist.

[13] Deshalb bringen etwa die strikten moralischen Verbote des Mordens oder Stehlens keine entsprechenden positiven Motivationsenergien hervor.

Frage bleibt also bestehen, auf welchen kulturellen Motivationsenergien der Beschleunigungsdrang der säkularisierten Moderne mit *offenem* Zukunftshorizont beruht.

Nun ist es im Hinblick auf die erste dieser Fragen offensichtlich, dass die Zeitimperative der protestantischen Ethik - Verschwendungsverbot und Effizienzsteigerungsgebot - durch *Angst* und *Verheißung (als* den fundamentalsten menschlichen Antriebsprinzipien überhaupt) gleichermaßen motiviert waren. Die protestantische Arbeitswut war, folgt man Weber, nicht zuletzt ein Ergebnis der nagenden Angst als Folge der schicksalhaften religiösen Vereinzelung angesichts der quälenden Frage nach der Erwähltheit zum Gnadenstand. Asketisch-disziplinierter Aktivismus diente dem (calvinistischen) Protestanten gleichsam als Katalysator für die sich infolge der Wirkung der Prädestinationslehre und des Fortfalls kirchlich-sakramentalen Heils, insbesondere der Beichte, aufstauenden Angstpotenziale, als das einzige verlässliche »Mittel zum Abreagieren der religiösen Angstaffekte«.[14] Die korrespondierende *Verheißung* aber war das Seelenheil, die Erwähltheit zum ewigen Leben *bzw.* zum Gnadenstand: Wenngleich sie nach calvinistischer Lehre durch nichts erworben werden konnte, sondern schicksalhaft vorbestimmt war, konnte man, so die sich verbreitende Überzeugung, doch an dem Gelingen zeiteffizienter Lebensführung (und an dem durch sie ermöglichten beruflichen und materiellen Erfolg) die Erwähltheit »ablesen«, wobei diese Differenz sich in der religiösen Alltagspraxis abzuschleifen pflegte.[15]

Nun sind selbstredend *Angst* und *Verheißung* als Triebfedern subjektiven HandeIns und kultureller Entwicklung *kein* Spezifikum der protestantischen Ethik und mithin der Beschleunigungskultur der Moderne; als sinnstrukturelle Korrelate von *Lust* und *Schmerz* als den fundamentalsten psychischen Motivationselementen sind sie zweifellos universell. Spezifisch ist hingegen ihre zeitökonomistische Wendung: *Das charakteristische Merkmal der modernen Kultur ist die Verknüpfung jener Triebfedern mit den Prinzipien der Zeiteffizienz und mit den damit verbundenen Beschleunigungserwartungen.* Und diese Verknüpfung nun, so meine These, blieb auch im Verlauf der säkularen Transformation ihrer Sinngrundlagen erhalten.

Im Fortgang des Modernisierungsprozesses, so das Argument, wandelten Angst und Verheißung zwar ihre kulturelle Form, indem ihre Projektionsfläche sich aus dem Bereich einer extrasozialen Transzendenz *(ewiges Heil* vs. *Verdammnis)* in den systemimmanenten Bereich des sozialen Wettbewerbs verlagerte, in ihrer Funktion als motivationale Triebfedern des (Wachstums- und) Beschleunigungsprozesses blieben sie jedoch unbeschadet des damit einhergehenden Übergangs vom geschlossenen zum offenen Zukunftshorizont erhalten.

Als *Grundangst* wirkt in der dynamisierten Bewegungsgesellschaft der Moderne die [...| universalisierte Beunruhigung – ursprünglich die des kapitalistischen Unternehmers –, in allen Daseinsbereichen gleichsam auf rutschenden Abhängen, auf »slipping slopes« zu stehen, d. h. in einer Welt wachsender Kontingenzen unwiderruflich »abgehängt« zu werden, entscheidende Optionen und Anschlusschancen zu verlieren oder in unaufholbaren

[14] Weber 1991, S. 129. Durch die Abschaffung der Beichte sei das »Mittel zum periodischen ‚Abreagieren' des affektbetonten Schuldbewusstseins« beseitigt worden (ebd., S.124). Rastlose Berufsarbeit und zeitbewusste methodische Lebensführung seien dann zum eingeschärften psychologischen »Gegengift« geworden.

[15] Genau genommen widersprechen beide Interpretationen Calvins eigentlicher Lehre, nach der sich die Prädestination an keinerlei äußeren Zeichen erkennen lässt.

Rückstand zu geraten. Zeit bleibt daher auch nach dem »Absterben« der spezifischen religiösen Sinngrundlagen existenziell knapp.

Als *Verheißung* aber dient das Versprechen »immerwährender Prosperität« (Burkhard Lutz) bzw. die *Verheißung des absoluten Reichtums* (Christoph Deutschmann).[16] In dieser Verheißung finden wir einmal mehr jene für die Moderne so charakteristische Verknüpfung von Wachstum und Beschleunigung: Wie insbesondere Deutschmann deutlich macht, gewinnt das *Geld* (als gleichsam *geronnene* Zeit) in der säkularisierten kapitalistischen Gesellschaft eine religiöse Ersatzfunktion, indem es als *Kontingenzbewältiger* an die Stelle Gottes tritt. Angesichts der fundamentalen Ungewissheiten der Zukunft verspricht nicht mehr die Hinwendung zu einem gegenüber den Kontingenzen eingriffsmächtigen und rückversichernden Gott Beruhigung - der ermutigende Grundgedanke vieler Gebete besteht ja just in der Vorstellung, dass, *was auch immer geschehen möge,* in Gottes Hand stehe *und daher gut* sei -, sondern als funktionales Äquivalent dafür dient nun die Vorstellung, dass das Verfügen über eine *möglichst große* Geld- und damit Optionenmenge es erlaube, auf zukünftige Kontingenzen, d. h. neue Bedürfnisse und neue Bedrohungslagen, angemessen reagieren zu können. Als Kapital habe das Geld die Aufgabe übernommen, so Deutschmanns These im Anschluss an Luhmann, unbestimmbare in bestimmte Komplexität zu transformieren und daher »als Mittel sinnhafter Bewältigung des Unbestimmbaren« zu fungieren.[17] Das Geldvermögen induziere auf diese Weise »die Obsession individueller Allmacht« (d. h. des Offenhaltens aller Optionen) – und ganz wie bei der früheren religiösen Verheißung fühlten sich auch im Hinblick auf diesen »absoluten Reichtum« viele *berufen,* wenngleich es offensichtlich ist, dass am Ende nur wenige *auserwählt* seien.[18] Aufgrund der Äquivalenz von Zeit und Geld in der kapitalistischen Wirtschaft und der nicht nur per se unbewältigbaren Kontingenz des Lebens, sondern deren massiven Zunahme in der sich fortgesetzt dynamisierenden Spätmoderne, ist es daher offensichtlich, dass der Wunsch nach weiterer Beschleunigung (und zusätzlichem Wachstum) der modernen Kultur ebenso unaufhebbar eingeschrieben ist, wie er unersättlich bleiben muss.

Tatsächlich gerät hier, worauf Marianne Gronemeyer hingewiesen hat,[19] das *Sicherheitsbedürfniss der* Moderne (d. h. das Verlangen, sich gegen Kontingenzen abzusichern und berechenbare Handlungsgrundlagen zu schaffen) mit ihrem *Beschleunigungswunsch* in Konflikt. Interessanterweise scheint sich dabei jene Grundthese dieser Untersuchung, dass nämlich die Beschleunigungsdynamik der Moderne sich in einem dialektischen Prozess gegenüber allen anderen Entwicklungsprinzipien durchzusetzen vermag, einmal mehr zu bestätigen: Nachdem der dynamisierende Einbruch der Frühmoderne große individuelle und soziale Risiken und Unsicherheiten erzeugte, schuf der sich allmählich herausbildende Sozialstaat der »organisierten« Moderne ein neues »Sicherheitsgerüst«, das stabile Berechnungsgrundlagen schuf und gerade dadurch eine enorme Beschleunigungswirkung entfaltete. Ebenso wie das tayloristische Arbeitsregime gerät indessen in der Spätmoderne dieses (nationalstaatliche) Sicherungssystem nun unter Beschleunigungszwang und damit unter Erosionsdruck: Die spätmoderne Gesellschaft zeichnet sich, darin sind sich praktisch alle aktuellen Zeitdiagnosen einig, gegenüber der »klassischen Moderne« durch eine

[16] Lutz 1984, Deutschmann 1999.

[17] Deutschmann 1999, S. 100.

[18] Ebd., S. 177/179.

[19] Gronemeyer 1996.

Zunahme der Unsicherheiten und Kontingenzen aus, die durch den identifizierten spätmodernen Beschleunigungsschub verursacht wurde. Das Sicherheitsbedürfnis der Moderne, so die sich aufdrängende Schlussfolgerung, wird schließlich ihrem Beschleunigungsbedürfnis, ihrer Zeitknappheit geopfert.

Dies weist indessen darauf hin, dass die moderne Beschleunigungsverheißung noch über den hier im Anschluss an Deutschmann entwickelten Aspekt des ökonomisch begründeten *Sicherheitsversprechens* hinausgehen muss. Und in der Tat lässt sich ein weiterer Verheißungsaspekt des Akzelerationsgedankens entdecken, der als Konstitutivum der modernen Kultur ganz unabhängig vom Ideen- und Normenkomplex der *protestantischen Ethik* Bestand hat. Das eigentliche, verborgene, aber kulturell höchst wirksame »Heilsversprechen« der sozialen Beschleunigung, so lässt sich im Anschluss an die »kulturalistischen« Argumentationen von Hans Blumenberg, Marianne Gronemeyer und anderen vermuten,[20] besteht darin, dass sie ein säkulares funktionales Äquivalent für die Idee des »ewigen Lebens« zu bieten scheint und· daher als *die Antwort der Moderne* auf das unvermeidliche große Kulturproblem der menschlichen Endlichkeit, *den Tod,* verstanden werden kann.

Die hier maßgebende Sinnfigur sieht in der Grundstruktur folgendermaßen aus: In der Neuzeit verlor die Vorstellung einer höheren Zeit, bzw. einer Heilszeit, die nach dem Tod oder nach dem Weltende erst die wahre Erfüllung aller Zeit und allen Lebens birgt und im Vergleich zu welcher alle *irdische Zeit* (als Lebens- *oder* Weltzeit) ohnehin nur vergänglich und eitel, ein letztlich bedeutungsloser Zyklus wiederkehrender Ereignisse ist, allmählich ihre kulturelle Wirkmächtigkeit.[21] Für Gronemeyer (die hier dem Monumentalwerk des Kulturhistorikers Egon Friedell folgt)[22] war der Auslöser für diese Entwicklung und für den Verlust metaphysischer Gewissheiten die kollektiv traumatische Erfahrung der *schwarzen Pest* im 14. Jahrhundert, von der ausgehend sie in ihrer mentalitätsgeschichtlichen Rekonstruktion die Kultur der Moderne als eine Art *panischer Fluchtreaktion* interpretiert (wodurch der Beschleunigungswunsch den Charakter des Verlangens *davonzulaufen* annimmt).

---

[20] Blumenberg 1986, Gronemeyer 1996, dazu de Haan 1996, Geißler 1999, Achner/Kunz/Walter 1998, S. 76 ff.

[21] Tatsächlich ist die Frage nach dem Verhältnis von Beschleunigung und Säkularisierung in der Moderne ebenso komplex wie interessant. In einer gewissen Spannung zu jenen bereits angeführten Überlegungen, nach denen der Beschleunigungsgedanke vor allem eine Konsequenz der jüdisch-christlichen Heilserwartung ist, lässt sich ebenso plausibel argumentieren, dass (traditionale) Religiosität ein massives kulturelles Beschleunigungshinderniss darstellt. Denn religiöse Vorstellungen enthalten fast immer einen Bezug zu einer ¸transzendenten Zeitdimension¸ (Sakralzeit), die ein Element der Stabilität, vielleicht sogar der Statik enthält (vgl. dazu Achtner/ Kunz/ Walter 1998 sowie Sparn 1999, S.19 ff.). Vielleicht war die umfassende Säkularisierung der Gesellschaft daher eine *Voraussetzung* für ihre umwälzende Beschleunigung; zum Teil mag sie aber auch ihre *Folge* sein. *Der Kausalitätspfeil weist*, wie Charles Taylor dies einmal formuliert hat, *in beide Richtungen, das Knäuel der Ursache lässt sich nicht entflechten* (Taylor 1994, S. 366 f. und 368). Wollte man eine Entwirrung dennoch versuchen, so läge es nahe, auch hier jene bereits in verschiedenen Zusammenhängen beobachtete dialektische Dynamik der Beschleunigung am Werk zu sehen: Die christliche Heilserwartung setzte eine Beschleunigungsdynamik in Gang, welche schließlich so stark wurde, dass sie mit jenen religiösen Vorstellung unvereinbar wurde und sie daher zu erodieren begann.

[22] Friedell 1976.

Auch wenn man diese Ursprungserzählung nicht teilen mag, bleibt doch das Argument bestehen, dass die Verabschiedung des Gedankens eines für gewiss geltenden Lebens nach dem Tod als verbindliche Kulturidee, auf die hin und von der her das Leben *vor* dem Tod seine Bedeutung und Ausrichtung erhielt, unvermeidlich die subjektiven und kulturellen Sinngrundlagen in Frage stellen musste, weil – in den Kategorien Blumenbergs – das Auseinanderfallen von *Weltzeit* und *Lebenszeit* (oder von *Geschichte* und *individueller Lebensspanne)* nun zu einem kulturell neu zu bewältigenden; dramatischen Problem wird. Wurde zuvor das je eigene Lebensende perspektivisch in eins gedacht mit dem bevorstehenden Weltende, das zugleich den Beginn der »wahren Zeit« signalisierte, traten durch das Verblassen der Letzteren die beiden Zeithorizonte nun unübersehbar auseinander:

War einstmals die Dauer der Welt, von ihrer Erschaffung bis zu ihrem Untergang im Letzten Gericht, die Zeiteinheit, mit der die Menschen rechneten, *so* wird am Beginn der Neuzeit die Dauer des Lebens von der Geburt bis zum Tod zur bestimmenden Zeiteinheit. Was der Mensch jetzt belangreich findet, ist seine eigene Verweildauer *in der Zeit.* Der mittelalterliche Mensch war seiner eigenen Anteilhabe an der verbleibenden Zeit der alt gewordenen Welt über seinen Tod hinaus sicher. [...] Sorge bereitete ihm nur die Frage, ob er zu guter Letzt der Verdammnis anheimfiele oder in die ewige Seligkeit einginge. Aber diese Sorge hat mit der Dauer seines Erdenlebens nichts zu tun, sondern nur mit der Art seiner Lebensführung. [...] Seitdem die Lebensspanne so unsanft aus der Welt- und Heilszeit herausgeschnitten worden war, seit das Einzelleben nicht mehr aus der Perspektive der alternden Welt, sondern umgekehrt die Welt aus der Zentralperspektive des hinfälligen Einzellebens betrachtet wurde, entstand ein chronischer Mangel an Dauer.[23]

Nun gibt es prinzipiell eine ganze Reihe kultureller Möglichkeiten, auf diese Situation zu reagieren bzw. sie sinnstrukturell zu bewältigen, und die meisten dieser Alternativen wurden in der Neuzeit auch zumindest ein Stück weit ausprobiert.[24] Ein Ausweg aus der ethischen Notlage bestünde beispielsweise in der Entfaltung einer stoischen Gelassenheit oder in einer offensiven Welt- und Lebensverneinung: Wer die Welt und mit ihr das Leben darin für letztlich wertlos oder gar für ein »Jammertal« hält, hat nichts zu verlieren, der Tod nimmt ihm nichts. Eine andere Möglichkeit, auf die unwiderrufliche Kürze des individuellen Lebens zu reagieren, liegt in der Entwicklung einer entindividualisierenden »Gattungsgeduld«, wie sie in einigen Strömungen des Marxismus vorgeschlagen wurde:

Das Einzelleben bezieht seinen Sinn und Trost daraus, das es sich als Glied einer langen Kette begreift, die, wenn sie nicht in eine neue Art der Heilszeit mündet, so doch zumindest die Differenz zur Weltzeit überbrückt. Weiter könnte das Auseinanderfallen von Lebens- und Weltzeit subjektiv durch den Versuch bewältigt werden, sich in seinen »Werken«, seien sie künstlerischer, wissenschaftlicher oder etwa politischer *Art,* gleichsam zu »verewigen«, d. h. *eine Spur zu hinterlassen,* welche die Wirkungsspanne des je eigenen Lebens weit über seine Dauer hinaus ausdehnte und damit der Weltzeit zumindest annäherte. Es ist nicht schwer, auch dieses Motiv in der Epoche der Neuzeit als kulturwirksam zu identifizieren.

Tatsächlich aber gelangte im Fortgang der Neuzeit eine andere Alternative zur kulturellen Hegemonie, die in der Spätmoderne zur konkurrenzlosen Antwort auf das Todesproblem

[23] Gronemeyer 1996, S. 91 f; vgl. dazu Blumenberg 1986, S. 86 ff.

[24] Zum Folgenden vgl. Gronemeyer 1996, S. 92 ff.

geworden zu sein scheint: Die Vorstellung nämlich, durch *beschleunigte Auskostung der Weltoptionen,* durch »schnelleres Leben« lasse sich die Kluft zwischen Weltzeit und Lebenszeit wieder verringern. Um diesen Gedanken zu begreifen, muss man sich vor Augen halten, dass die Frage nach der Bedeutung des Todes unauflöslich verknüpft ist mit der Frage nach dem richtigen oder »guten Leben«. Denn die jener Antwort entsprechende, kulturgeschichtlich dominant werdende Vorstellung des *guten Lebens* besteht darin, das *Leben als Letzte Gelegenheit zu* begreifen, d. h., die irdische Zeitspanne, die den Subjekten zugemessen ist, so intensiv und umfassend wie möglich zu nutzen, bevor der Tod den endgültigen Schlusspunkt setzt, so Gronemeyers bestechend einfache Grundthese. Daraus ergibt sich als neuzeitliches Lebens- und Zeitideal, dass das *gute Leben* das *erfüllte* Leben sei, das darin besteht, möglichst viel von dem, was die Welt zu bieten hat, auszukosten und möglichst umfassend von ihren Möglichkeiten und Angeboten Gebrauch zu machen. Ebendieses Lebensprinzip lässt Goethe *Faust* auf folgende, treffliche Weise formulieren und dabei, wie es scheint, mit seinem letzten Satz auch bereits die sich erst im späten 20. Jahrhundert abzeichnenden, potenziell desaströsen Folgen dieses Unterfangens vorwegnehmen: »Und was der ganzen Menschheit zugeteilt ist, will ich in meinem innern Selbst genießen, mit meinem Geist das Höchst' und Tiefste greifen, ihr Wohl und Weh auf meinen Busen häufen und so mein eigen Selbst zu ihrem Selbst erweitern, und, wie sie selbst, am End auch ich zerscheitern!«[25]

Die anhaltende Kulturwirksamkeit dieser säkularisierten Glücks- und Zeitkonzeption und der ihr zugrunde liegenden *Steigerungslogik* hat in jüngster Zeit vor allem Gerhard Schulze aufzuzeigen versucht. Nach seiner Diagnose richtet sie sich in der Spätmoderne verstärkt auf die Vermehrung und Verdichtung der Erlebnisepisoden pro Zeiteinheit:

Zwei Techniken der vermeintlichen Steigerung des Erlebnisreichrums haben unser Alltagsleben in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verändert: Vermehrung und Verdichtung der Gegenstände des Erlebens. Das schlichte Kalkül lautet: je mehr Erlebnismittel (Fernsehprogramme, Kleider, Urlaubssituationen, Partner usw.) wir uns aneignen (Vermehrung) und je mehr wir sie in der Zeit zusammendrängen (Verdichtung), desto reicher wird unser Innenleben: Seins-Steigerung durch Habens-Steigerung.[26]

Neben diesen Gedanken der *Optionenausschöpfung tritt* dann ergänzend und in die gleiche Richtung wirkend auch noch das *humanistische Bildungsideal,* dem zufolge das gute Leben vor allem darin besteht, die in einem Subjekt angelegten Begabungen und Potenziale möglichst umfassend zu entfalten.[27] Das Prinzip der *Beschleunigung* ist in dieser Idee, möglichst alle Welt- und subjektiven Möglichkeiten auszuschöpfen, insofern angelegt, als das Auseinanderfallen von Lebenszeit und Weltzeit aus dieser Perspektive als Missverhältnis zwischen den nahezu unausschöpflichen Weltoptionen und der begrenzten Zahl der in einem individuellen Leben realisierbaren Möglichkeiten erscheint. Daraus ergibt sich die Erhöhung des Lebenstempos als gleichsam natürliche Konsequenz: *Weil sich umso mehr Möglichkeiten realisieren lassen, je schneller die einzelnen Stationen, Episoden oder Ereignisse durchlaufen werden, stellt Beschleunigung die aussichtsreichste, ja die einzige Strategie dar, Weltzeit und*

[25] Goethe 1993b, S.54. Zu Goethes hellsichtiger Deutung des » veloziferischen« Wesens der Neuzeit vgl. ausführlich Osten 2003 und 2006.

[26] Schulze 1997b, S. 90, vgl. S.87; sowie 1997a und jetzt auch 2003.

[27] Diese Vorstellung, um bei Goethe zu bleiben, findet etwa in Willhelm Meisters Lehrjahren ihren klassischen (freilich zum Ende hin pessimstisch zurückgenommenen) literarischen Ausdruck.

Lebenszeit tendenziell einander anzunähern. Wer doppelt so schnell lebt, kann doppelt so viele Weltmöglichkeiten realisieren, zweimal so viele Ziele erreichen, Erfahrungen machen, Erlebnisse sammeln; er verdoppelt damit seinen Ausschöpfungsgrad an Weltoptionen.[28] Dies verdeutlicht, wie die *technische* Beschleunigung und die Erhöhung des *Lebenstempos* durch *quantitative Steigerung* kulturlogisch verknüpft sind und wie unauflöslich sich damit auch aus der kulturellen Perspektive *Wachstum* und *Beschleunigung verbinden.* Wer noch schneller lebt, kann dann gewissermaßen eine Vielzahl von »Lebenspensen« in einer einzigen Lebensspanne realisieren und sich deren Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten erschließen – es ist unschwer zu sehen, wie hier der Horizont eines »ewigen Lebens« zurückgewonnen wird durch die Imagination unbegrenzter Beschleunigung. *Wer unendlich schnell wird, braucht den Tod als Optionenvernichter nicht mehr zu fürchten;* es liegen unendlich viele »Lebenspensen« zwischen ihm und dessen Eintreten.

Es ist dieser Zusammenhang, der die Erhöhung des Lebenstempos zur modernen Antwort auf den Tod macht und dabei der Akzelerationsidee jene eudaimonistischen Obertöne verleiht, die sich in Marinettis Futurismus ebenso wie in der Faszination der Formell oder den Werbesprüchen der Spätmoderne - *»Ich investiere in Geschwindigkeit«*, *»All you need is speed!«* - Ausdruck verschaffen. Die zitierte Beobachtung Friedrich Ancillons, in der Neuzeit suche man das »wahre Leben« *in der Bewegung* »und in ihr allein«, bringt damit jenes Glücksversprechen der Beschleunigung auf den Punkt, welches neben der kapitalistischen Organisation der Ökonomie als der zweite externe, d. h. den Beschleunigungszirkel gleichsam von außen antreibende »Motor« der modernen Akzelerationsdynamik verstanden werden kann. Sein Ansatzpunkt sind die subjektiven und kulturellen Sinnmuster und Handlungsorientierungen, was bedeutet, dass er über den Wunsch, das Lebenstempo zu erhöhen, um die Zahl der Handlungs- und Erlebnisepisoden pro Zeiteinheit zu steigern und zu diesem Zweck Zeitressourcen zu sparen, den Beschleunigungsprozess vorantreibt. Aus dieser Perspektive erscheint die kapitalistische Organisation der Wirtschaft nicht als *Ursache* der Beschleunigungsideologie, sondern als deren *Instrument.* Ganz in diesem Sinne bemerken Heintel und Macho: »Unser Wirtschaftssystem kann als der Kompensationsversuch gewertet

[28] Dass diese abstrakte Idee durchaus Wurzeln geschlagen hat in den zeitgenössischen Konzeptionen der (guten) Lebensführung zeigt sich meines Erachtens in den (in Zeitbudgetstudien gut dokumentierten) Zeitpraktiken und -problemen vor allem vieler Frauen: Da sie den Wunsch haben, das Leben einer ›guten Mutter‹ und dasjenige einer erfolgreichen Berufstätigen zu führen, beide Lebensentwürfe aber potenziell totale Zeitansprüche an sie stellen, versuchen sie durch Verdopplung des Lebenstempos gleichsam zwei vollständige Leben in einem zu führen- entweder indem sie versuchen, alle berechtigten Anforderungen an eine Mutter und alle legitimen Ansprüche aus der Berufsarbeit parallel zu erledigen (was sie trotz aller Temposteigerungen in anhaltende Zeitnot bringt) oder aber zuerst eine Berufskarriere verfolgen und danach das Leben einer Hausfrau und Mutter zu führen (oder umgekehrt; so erklärte man mir jüngst eine erfolgreiche britische Kollegin im Blick auf ihr eigenes Arbeitstempo, man müsse eben mit fanatischem Tempo arbeiten, wenn man erst nach dem Großziehen zweier Kinder seine Wissenschaftskarriere starte). Gleiches gilt in gewisser Weise für all jene, die planen, nach dem Leben eines Unternehmensberaters noch dasjenige eines Künstlers zu beginnen oder im Berufsleben Manager, in der Freizeit aber Lehrer und Erzieher zu sein.

werden, die absolute Grenze Tod durch quantitative Zeiterfüllung [...] bewältigen zu wollen.«[29]

Indessen zeitigt die [...] Verknüpfung dieser Beschleunigungsdimension mit der technischen Beschleunigung und dem sozialen Wandel eine höchst unliebsame und paradoxe Konsequenz, welche die Umsetzung des neuzeitlichen Beschleunigungsprogramms zu einem Sisyphusunternehmen macht und das akzelerationsimplizite »Glücksversprechen« notwendig scheitern lässt: Dieselben Erfindungen, Techniken und Methoden nämlich, welche die beschleunigte Realisierung von Weltmöglichkeiten erlauben und damit die Gesamtsumme der in einem Leben *verwirklichten* Optionen ansteigen lassen, vermehren auch die Zahl und Vielfalt der *verwirklichbaren* Optionen, also die *Weltzeit,* und zwar, wie wir schon gesehen haben, auf nicht selten exponentielle Weise.[30] Man braucht sich nur vor Augen zu führen, welche ungeheuren Optionsvermehrungen die neuen Medien, etwa das Kabelfernsehen[31] und erst recht das *Internet,* das nicht nur herkömmliche Informations- und Kommunikationsprozesse beschleunigt, sondern ganz neue Möglichkeitsräume an Dienstleistungen, Unterhaltungsangeboten und Kommunikationsweisen eröffnet hat, hervorgebracht haben - sie sind nur zwei Beispiele dafür, auf welche Weise der »Verpassensgrad« in der modernen Gesellschaft exponentiell zunimmt.

Auch die vieldimensionalen Entwicklungen der gesellschaftlichen Flexibilisierung, De-Regulierung und Ent-Konventionalisierung sowie die Fortschritte der Naturwissenschaften vermehren beständig die Zahl der viablen Weltmöglichkeiten und Entscheidungsoptionen. *Wofür* immer sich ein spätmoderner Akteur entscheiden mag, er entscheidet sich dabei zugleich *gegen* immer mehr Alternativen - deren Realisierung er sich dann nach der Logik der »Temporalisierung von Komplexität«, [...] durch Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt dennoch offenhalten will: *wenn nicht jetzt Kinder, dann vielleicht später; wenn nach dem Abitur erst einmal eine Lehre folgen soll dann lässt sich ein Studium vielleicht noch daran anschließen; wenn der Film im Ersten nicht gleich gesehen werden kann, lässt er sich ja auf Video oder DVD aufnehmen* usw. Zu jedem späteren Zeitpunkt aber wird die Zahl der dann zur Verfügung stehenden Optionen (zumindest im Verhältnis zur durchschnittlich verbleibenden Lebenszeit) in der Regel nicht geschrumpft, sondern weiter gewachsen sein - die Temporalisierung von Komplexität beseitigt den Akzelerationszwang nicht, sondern verstärkt ihn noch: Abgelehnte Optionen kehren zurück und belasten noch zukünftige Entscheidungen.

Die Folge hiervon ist offensichtlich: Der *Ausschöpfungsrad-* das Verhältnis der in einem Leben *realisierten* zu den *realisierbaren* Weltmöglichkeiten - *verringert* sich entgegen der Beschleunigungsverheißung beständig, wie sehr wir uns auch abhetzen mögen, das

---

[29] Heintel/Macho 1985, S. 66. Castells (1996, S. 452 ff.) diagnostiziert an der Kultur des ›Informationszeitalters‹ ebenfalls den Versuch, durch als Simultaneität erscheinende Hyperbeschleunigung den Tod zu überwinden (was zu einer kulturellen Verdrängung des Todes führe) und die Ewigkeit innerhalb unserer Lebensspanne zu erreichen, doch betont er dabei explizit, dass es zwischen dieser Idee und der kapitalistischen Ökonomie keinen Zusammenhang gebe. Er übersieht meines Erachtens jedoch die konstitutive Verbindung, die sich aus dem Akzelerationsprinzip zwischen dieser Kultur und jener Ökonomie ergibt.

[30] Vgl. dazu auch Nowotny 1993, S. 139 ff.

[31] Wer bis in die Siebzigerjahre hinein einen Fernsehkanal einschaltete, verpasste zur gleichen Zeit zwei weitere Programme; wer dies heute tut, verpasst potentiell Hunderte – was die beschleunigte Konsumgewohnheit des ›TV- Zapping‹ hervorgebracht hat.

Lebenstempo zu erhöhen. Die neuzeitliche Strategie zur Angleichung von Welt- und Lebenszeit schlägt daher fehl. Denn die (Optionen-)*Steigerungsrate* übersteigt unweigerlich die *Beschleunigungsrate* – die ohnehin schon zu geringen Zeitressourcen verknappen sich weiter. Die *sinnlose Unendlichkeit des Fortschritts,* von der Max Weber für die Wissenschaft spricht, überträge sich so auf das Leben schlechthin: Das (spät)moderne Subjekt kommt niemals an den Punkt, alt und lebensgesättigt, zu sterben, die Lebenszeit also mit der Weltzeit versöhnt zu haben, wie der nicht in die linear fortschreitende, zukunftsoffene Zeit, sondern in die zyklische Zeit der wiederkehrenden Rhythmen von Tag und Nacht, Sommer und Winter, Jugend und Alter gestellte prämoderne Bauer Webers,[32] weil alles, was es erlebt hat, längst überholt worden ist durch neue und gesteigerte Erlebnis-, Ereignis- und Erfahrungsmöglichkeiten. Damit aber *ist* die *kulturelle* Seite des paradoxen Phänomens sich verknappender Zeitressourcen bei gleichzeitiger technischer Beschleunigung beschrieben.[33] Die Beschleunigungsspirale wird durch sie mir gleichsam verdoppelter Geschwindigkeit in Gang gehalten.

Artikelherkunft

Auszüge aus: Rosa, H. (2005): Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main.

[32] „Abraham oder irgendein Bauer der alten Zeit starb ›alt und lebensgesättigt‹, weil er im organischen Kreislauf des Lebens stand, weil sein Leben auch seinem Sinn nach ihm an Abend seiner Tage gebracht hatte, was es bieten konnte, weil für ihn keine Rätsel, die er zu lösen wünschte, übrigblieben und er deshalb ›genug‹ daran haben konnte. Ein Kulturmensch aber , hineingestellt in die fortwährende Anreicherung der Zivilisation mit Gedanken, Wissen, Problemen, der kann ›lebensmüde‹ werden, aber nicht: lebensgesättigt. Denn er erhascht von dem, was das Leben“ […] stets neu gebiert, ja nur den winzigsten Teil, und nur immer etwas Vorläufiges, nichts Endgültiges, und deshalb ist der Tod für ihn eine sinnlose Begebenheit. Und weil der Tod sinnlos ist, ist es auch das Kulturleben als solches, welches ja eben durch seine sinnlose » Fortschrittlichkeit« den Tod zur Sinnlosigkeit stempelt.« Mit dieser Beobachtung über die »Sinnlosigkeit« wissenschaftlichen Fortschritts formulierte Weber (1988, S. 594 f.) unbemerkt zugleich das Scheitern des Beschleunigungsprogramms als Antwort auf den Tod.

[33] Wenn Bálint Balla (1978, S. 26) meint, Zeitknappheit sei ein universelles, nicht kulturabhängiges Phänomen, weil stets ein »Defizit zwischen der zur Befriedigung von Bedürfnissen, zur Verwirklichung von angestrebten Zielen erforderlichen Zeit einerseits und der jeweils tatsächlich verfügbaren Zeit anderseits« bestehe, so übersieht er dabei, dass eine beschleunigungstheoretische Deutung seines Arguments just die Verwurzelung der Zeitknappheit in dem beschriebenen kulturellen Muster offenbart. Durch die Beschleunigung zielgerichteter Prozesse lässt sich im Prinzip das Zeitknappheitsproblem sehr wohl überwinden: Die für die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse und Wünsche benötigte Zeit kann der verfügbaren Zeit sukzessiv ausgeglichen werden – es sei denn, jene vermehren sich mit der gleichen oder einer noch höheren Rate. Letzteres führt dann natürlich zur Verschärfung des Zeitknappheitsproblems trotz der beschleunigten Befriedigung von Bedürfnissen.

Über den Autor



Prof. Dr. Hartmut Rosa, Jahrgang 1965, hat Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau studiert. Seit 2005 ist Rosa Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind zeitsoziologische und moderntheoretische Untersuchungen, die Kommunitarismus-Debatte und die Bildung von Mobilisierungsressourcen.

Diskussion

„Würden die Menschen des Landes das Geldsystem verstehen, so hätten wir eine Revolution, noch vor morgen früh."

(Henry Ford)

Anhand dieses Zitates zeichnet sich, beispielhaft für das Thema Geld, sowohl die Komplexität der vorgestellten Inhalte ab, als auch deren wissensbasierte Veränderungspotentiale für gesellschaftliche Strukturen. Als Fazit lässt sich an dieser Stelle zunächst festhalten, dass nicht nur unterschiedliche Auffassungen darüber existieren, welchem der beschriebenen systemimmanenten Wachstumszwänge größere Bedeutung in Bezug auf die Wachstumsproblematik zukommt, sondern diese auch nicht klar voneinander abzugrenzen sind. Dies erfordert eine vertiefende wie intensive Auseinandersetzung mit der Wachstumsthematik und führt weitergehend zu der Frage, was eigentlich mit „System" gemeint ist, wenn von systemimmanenten Wachstumszwängen die Rede ist. Die „Systemfrage" erscheint den HerausgeberInnen als Schlüsselfrage, welche zum Verständnis der unterschiedlichen Betrachtungsweisen und Schwerpunktsetzungen der ausgewählten Beiträge, noch einer weiteren Klärung und Diskussion bedarf.

Ansatz der ausgewählten Literatur war eine „diagnostische" Heranführung an die Ursachen des Wachtumsparadigmas, nicht zuletzt auch über eine Systemanalyse, da die beschriebenen Zwänge zwar innerhalb einzelner Systeme wirken, doch, wie bereits in Kapitel **I** deutlich wurde, keineswegs ihre Wirkung an den „Systemgrenzen" verlieren. Der Systemanalyse steht an dieser Stelle daher eine Systemdefinition bzw. -theorie voran, um zu verdeutlichen, auf welcher komplexen und manchmal schwer zugänglichen Ebene, sich die zuvor geschilderten Zwänge abspielen. Ein System ist dabei verkürzt als das Ergebnis eines Zusammenspiels einzelner Elemente auf der Mikro- wie auch Makroebene zu verstehen, welches über Zeit und Raum dynamisch-flexible Strukturen gegenüber Einwirkung und Veränderung zeigt. Als eine Seite der Emergenz der Wachstumsdynamik – beruhend u.a. auf den einzelnen Systemkomponenten – können dabei die herausgearbeiteten Zwänge verstanden werden, da sie nur in ihrer Wechselwirkung, beziehungsweise in ihrem Zusammenspiel ihre vollständige Wirkungsmacht entfalten (vgl. z.B. Geld- und Zinssystem.)

Gemäß des systemtheoretischen Ansatzes von Niklas Luhmann gilt es dabei zu beachten, „daß kein System so viel eigene Komplexität aufbauen kann, daß es die Komplexität seiner Umwelt kontrollieren kann." [1] So wird auch bei dem von Harmut Rosa dargestellten Akzelerationszirkel deutlich, dass die zuvor noch als einzelne Elemente wahrgenommenen Komponenten, sich in stetiger wechselseitiger Beeinflussung und Beschleunigung befinden und daher keineswegs als unmittelbar kontrollierbar aufzufassen sind. Vielmehr scheint es so, dass bestehende direkte und indirekte Kontrollmöglichkeiten, wie es auch Irmi Seidl und Angelika Zahrnt verdeutlichen, gänzlich durch die starke Wachstumsabhängigkeit einer Gesellschaft verdrängt werden. So ist beispielsweise, wie Inge Røpke ausführlich darlegt, persönlicher Konsum der Motor für wirtschaftliches Wachstum. Gleichzeitig werden den KonsumentInnen materielle Bedürfnisse sprichwörtlich am laufenden Band suggeriert, was

[1] Vgl. Lumann, N. (2004): Ökologische Kommunikation. VS-Verlag. S. 32. f.

dem Kulturwissenschaftler Wolfgang Ulrich zufolge eine Konsumkultur des „Habenwollen“ ermöglicht und verstetigt.[2] Die kontinuierliche Befriedigung dieses „Habenwollen“, jenseits lebensnotwendiger Grundbedürfnisse, wird wiederum zum Motor individuellen, wirtschaftlichen Handelns; die Reproduktion bestehender Strukturen ist die Folge.

An dieser Stelle scheint die systemische Dominanz des Wachstumsdogmas bewiesen und die Grenzen individueller Handlungsoptionen werden offenkundig. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese systemischen Grenzen wahrgenommener Handlungsspielräume, auch Ergebnis mentaler Infrastrukturen sind, welche durch das menschliche Bewusstsein geprägt werden. Bewusst werden die einzelnen Wirkungsgeflechte wahrgenommen und bewusst werden sie, wie in den Beiträgen deutlich wird, verstanden, interpretiert, analysiert und als Ausgangspunkte des eigenen (Nicht-) Handels verwendet. Im „Selbstbewusstsein“ des Individuums liegt demnach zweierlei; Zum Einen die Ohnmacht bzw. Wahrnehmung fehlender Handlungsoptionen aufgrund und innerhalb bestehender interdependenter Strukturen. Zum Anderen aber auch die Möglichkeit des „Selbstbewusstwerdens“ und Aneignens bislang (noch) nicht wahrgenommener Handlungsspielräume, wie sie anschließend in Kapitel **III** dargestellt werden.

Die Veränderung bestehender Strukturen, scheint also mitunter den Wechsel der eigenen Perspektive und die Wahrnehmung unterschiedlicher Betrachtungsweisen zu erfordern, um ein „Verstehen“ und „Verständnis“ zu ermöglichen (vgl. Zitat Ford), was sich u.a. auch am Thema der Giralgeldschöpfung zeigt. Bernd Senf vertritt in seinem Artikel eine Position, welche die Existenz dieser Art der Geldschöpfung bejaht. Dass dies jedoch nicht die einzige Betrachtungsweise ist, belegen klassische Volkswirtschaftslehrbücher, welche eine andere Art der Geldschöpfung darstellen (multiple Kreditschöpfung) und weitere Autoren, wie u.a. Helmut Creutz oder Erhard Glötzl, welche diese gänzlich verneinen. Antwortoptionen sind hier in den bestehenden – und von den Autoren aufgeführten – Praktiken des Finanzsystems zu suchen. Weiterhin können die Kontroversen bezüglich dieses Themas auch auf die unterschiedlichen Definitionen der Begrifflichkeiten (z.B. verschiedene Definitionen von Sichteinlagen) zurückgeführt werden, durch diese der Diskurs zusätzlich erschwert wird.

Komplementär zu den Kontroversen über allgemeine Positionen oder Definitionen von Begrifflichkeiten, scheint jedoch auch die Frage nach der persönlichen Definition von Vertrauen und sowie der Bewertung von Vertrauenswürdigkeit von Bedeutung. Denn wie Bernd Senf bereits in seinem Artikel festhält, beruht das Finanzsystem letztendlich auch auf dem Vertrauen der Bankkunden darauf, dass ihre Forderungen an die Bank durch die selbige zu jeder Zeit erfüllt werden können. Das Vertrauen bildet somit das Fundament für dieses System und scheint – trotz starker, wiederkehrender Krisen – nicht erschütterbar. Es scheint vielmehr so, als ob gerade die Anonymität des Bankwesens, ebenfalls zu der von Hans Christoph Binswanger beschriebenen „Magie des Geldes“ beiträgt. Berechtigt stellt sich an dieser Stelle die Frage danach, ob dem subjektivem Gefühl Vertrauen, welches auf dieses System übertragen wird (und dieses maßgeblich der persönlichen Existenzsicherung dienen soll), nicht in gleichem Maße Misstrauen entgegengesetzt oder Vertrauenswürdigkeit an anderen Kriterien, als der Liquidität festgemacht werden sollte.

[2] Ulrich, W. (2009): Habenwollen. Wie funktioniert die Konsumkultur? Fischer-Verlag, Frankfurt.

Für eine fundierte Kritik und Überprüfung bestehender Strukturen liegt es nahe, auf eine der grundlegenden Eigenschaften von Systemen einzugehen: Deren Streben nach Selbsterhaltung. Sie reagieren dynamisch auf Störungen und Einwirkungen von außen und streben, nach einer Störung, wieder die Rückkehr, von einem nun instabilen, in einen stabilen Zustand an. Die eigentlich positive Eigenschaft der Stabilisierung kann sich jedoch ins Gegenteil verkehren, wenn Teile eines Systems den gegenwärtigen Zustand, trotz Störungen, kontinuierlich als strukturell stabil fortschreiben und sich mit dieser Annahme gegen externe Variabilitäten, Betrachtungsweisen und Lernprozesse immunisieren. Bezogen auf ökologische, soziale und ökonomische Krisensymptome – im Kontext eines Wirtschaftssystems auf der Basis grenzenlosen Wachstums – bestünde so die Gefahr der systemischen Aufrechterhaltung und Förderung instabil werdender Strukturen und Subsysteme.

Hier kommt auch erneut die (sozial-)psychologische Komponente zum Tragen, da Menschen selbst die Wirklichkeiten in Form von Strukturen und Subsystemen konstruieren, in denen sie leben. Daher ist auch nach Harald Welzer das "Wachstumskonzept als eine mentale Konstruktion aus Sicht der individuellen und soziologischen Psychogenese" einzustufen, welches von zeitlicher und räumlicher Variabilität gekennzeichnet ist, die für Veränderungs- oder auch Entschleunigungsprozesse[3] nötig scheint.

Abschließend sei auf die Auffassung verwiesen, dass weiteres Wachstum nicht vehement verboten werden kann: Teil- bzw. Subsysteme, wie zum Beispiel der Ausbau von regenerativen Energien, können demnach weiterhin ihre Wachstumspotentiale ausschöpfen, obwohl das Gesamtsystem die Grenzen des Wachstums bereits erreicht hat. So stellt auch Hans Christoph Binswanger fest: „Wir müssen uns mehr der Qualifizierung des Reichtums als der Steigerung seiner Quantität widmen". Denn der Preis für gleichbleibendes grenzenloses Wachstum – und zwar die unvermeidbare, letztendlich selbstverschuldete Beraubung der eigenen Existenzgrundlagen – kann offensichtlich mit den erwirtschafteten Gewinnen weder erfasst noch bezahlt werden.

[3] vgl. Beitrag Hartmut Rosa

Literaturempfehlungen

Binswanger, Hans Christoph (2009): Geld und Magie. Eine ökonomische Deutung von Goethes Faust.

von Braun, Christina (2012): Der Preis des Geldes: Eine Kulturgeschichte. Aufbau-Verlag.

Brown, Ellen (2008): Der Dollar-Crash. Kopp.

Deutsche Bundesbank (2007): Geld und Geldpolitik (http://web.archive.org/web/20070929090628/http://www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_gesamt.pdf)

Ernst, Andreas (2008): Zwischen Risikowahrnehmung und Komplexität. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten kompetenten Handelns im Umweltbereich. In I. Bormann & G. de Haan (Hrsg.), Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde (S. 45-59). VS Verlag.

Fisher, Irving (2007): Das 100%-Geld. Gauke-Verlag.

Gocht, Rolf (2011): Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung. Duncker & Humblot.

Graeber, David (2012): Schulden. Die ersten 5000 Jahre. Klett-Cotta.

Griffin, G. Edward (2006): Die Kreatur von Jekyll Island. Kopp.

Huber, Joseph und Robertson, James (2008): Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Wege zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter. Gauke-Verlag.

Landes, David (2009): Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die Einen reich und die Anderen arm sind.

Luhmann, Niklas (2004): Ökologische Kommunikation. VS-Verlag.

Ulrich, Wolfgang (2009): Habenwollen. Wie funktioniert die Konsumkultur? Fischer-Verlag.

Soddy, Frederick (1926): Wealth, Virtual Wealth and Debt. George Allen & Unwin.

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld (2012): Wachstumszwänge in der Geldwirtschaft. (http://www.geld-und-nachhaltigkeit.de/bericht_2012_05.htm)

Vogel, Joseph (2010): Das Gespenst des Kapitals. Diaphanes-Verlag.

Zarlenga, Stephen (1999): Der Mythos vom Geld – Die Geschichte der Macht. Oesch-Verlag.

Videos

Müller, Dirk (2012): Macht Geld Sinn
http://www.youtube.com/watch?v=yvIuYSKqTds

Huber, Joseph (2012): Vollgeldreform und Monetative
http://www.youtube.com/watch?v=yIhr3VjP2Oc

Kennedy, Margrit (2011): Die Zukunft des Geldes
http://www.youtube.com/watch?v=4gaMJ0wsxAM&

Rosa, Hartmut (2011): Risiken und Chancen in der Wissensgesellschaft
http://www.youtube.com/watch?v=JAXnmB4LmLI

Welzer, Harald (2011): Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam
http://www.youtube.com/watch?v=XCQD2ZLDUfg

Internet

- http://www.monneta.org
- http://www.geld-und-nachhaltigkeit.de
- http://www.monetative.de
- http://www.futurzwei.org
- http://www.margritkennedy.de
- http://www.berndsenf.de

III Therapieansätze: Alternativen und Visionen

Einleitung

Anschließend an Kapitel **II**, das sich „diagnostisch“ mit ausgewählten Strukturen des Geld- und Wirtschaftssystems, der Arbeit, sowie mit inneren psychologischen und sozialen Strukturen als Ursachen der Wachstumsproblematik beschäftigt hat, wird das dritte Kapitel, mit einer Auswahl an Alternativen sowie Visionen, einen „therapeutischen“ Ein- und Überblick geben, wie auf die genannten Wachstumszwänge theoretisch reagiert werden kann und ansatzweise praktisch reagiert wird.

Nachdem bereits deutlich wurde, dass es nicht die Eine, finale Ursache für das auf unbegrenztes Wachstum setzende Wirtschaftsstrukturen, beziehungsweise das herrschende Dogma des Wirtschaftswachstums gibt, sondern auf vielen verschiedenen Ebenen Wachstumszwänge zu finden sind, so wird in diesem Kapitel offensichtlich, dass die Ideen und Möglichkeiten mit diesen Wachstumszwängen umzugehen, mindestens ebenso reichhaltig sind.

Hier kann daher nur eine Auswahl an Autoren und Themenfeldern geboten werden, die Lösungsansätze zu einer Überwindung der Wachstumsproblematik und Veränderungen industrialisierter „Wachstumsgesellschaften" darstellen. Dabei wurde versucht, einen Zusammenhang zu den im vorherigen Kapitel genannten Ursachen herauszuarbeiten. Nach der Darstellung des „Status quo“, sollen nun die ersten Schritte in ein „Danach" skizziert werden: in eine Gesellschaft, die nicht auf Kosten ihrer Umwelt, ihrer Mitmenschen und schließlich auch auf ihre eigenen Kosten weiterwachsen muss – eine „Postwachstums-gesellschaft“.

Das Kapitel beginnt mit einem Lösungsentwurf, welcher sehr eng an das vorherige Kapitel geknüpft ist und sich mit dem Prozess der Geldschöpfung und der Emittierung des Geldes in das Finanzsystem und die Gesellschaft beschäftigt. Neue Wege in diesen Prozessen beschreibt dabei Helge Peukert mit der Idee des Vollgeldes. Er hinterfragt zunächst die Macht- und Steuerfunktion des Geldes sowie deren enge Verknüpfung mit dem privaten Bankensystem und fordert dazu auf, die monetäre Kontrolle in möglichst transparente öffentliche bzw. staatliche Strukturen zu begründen. Nachdem er deutlich macht, wer an der multiplen Geldschöpfung im Besonderen profitiert und welche Folgen dies für den Staat hat, gewährt er einen Einblick in ein Geldschöpfungssystem, welches nur noch Gelder verleihen und schöpfen kann, die auch wirklich real existieren oder real geschöpft werden und keine „Luftblasen“ sind, die sich virtuell als Zahlen auf Bankkonten bewegen. Dieser erste Text des Kapitels, welcher sicherlich zu den anspruchsvollsten des Readers zählt, beinhaltet eine wesentliche Veränderung hin zu einer Postwachstumsgesellschaft, da das System des Vollgeldes sehr eng mit den Themen Schulden, Geldmenge und Wirtschaftswachstum verknüpft ist. Eine Lektüre dessen, sowie der weiteren Literaturhinweise zum Thema Vollgeld, kann das Verständnis weiter fördern und ist daher sehr lohnenswert.

Ein Thema, welches sehr kontrovers diskutiert wird, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Dass dies nicht nur eine soziale Frage, sondern als Voraussetzung für eine

Postwachstumsgesellschaft notwendig ist, vertritt Ronald Blaschke in seinem Beitrag „Postwachstumsgesellschaft und Grundeinkommen“. Zudem greifen auch weitere Autoren (Joseph Huber, Ulrich Schachtschneider und Gerhard Scherhorn) in ihren folgenden Aufsätzen dieses Thema auf, so dass dieses von mehreren Standpunkten aus betrachtet werden kann. Dabei gibt es durchaus auch Autoren, die das Vorhaben des bedingungslosen Grundeinkommens kritisch sehen und ablehnen. Für eine grundlegende Einführung in das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ und für die Beantwortung häufig gestellter Fragen, sei auf die Internetseite des Netzwerks Grundeinkommen verwiesen.[1]

Ein wesentlicher Bestandteil einer Postwachstumsgesellschaft, die langfristig die Ressourcen und Möglichkeiten kommender Generationen erhalten will, ist auch ein nachhaltiges Bodenrecht. Ein derartiges Bodenrecht ist eine Grundvoraussetzung für den Erhalt natürlicher, ökologischer Strukturen und Vielfalt, einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen sowie einer nachhaltigen Landwirtschaft, die es erlaubt die Weltbevölkerung zu ernähren. Daher darf dieses Thema auch an dieser Stelle nicht fehlen. Obwohl gerade Deutschland mit einer ausgeprägten Landnutzungsplanung, einer hohen Rechtssicherheit sowie Ansätzen einer verantwortungsvollen Regierungsführung (good governance) aufwarten kann, gibt es auch hier strukturelle Schwachstellen, die zu einem Scheitern der entsprechenden Regulierungen und nachhaltigen Absichtserklärungen führen. In seinem Artikel „Externe Kosten als treibende Kräfte von Landnutzungsänderungen“ ist Dirk Löhr diesen Schwachstellen auf der Spur und macht deutlich, dass diese in völlig verschiedenen politischen Systemen und Strukturen vorhanden sind und für eine Wende in Richtung nachhaltiger Gesellschaft dringend aufgearbeitet und transformiert werden müssen. Als zentrales Problem wendet er sich dabei den Landnutzungsänderungen zu, die immer mehr landwirtschaftlich nutzbares Land versiegeln und Naturraum zunehmend zerstören.

„Die Wege in eine Postwachstumsgesellschaft werfen Fragen der Demokratie und Gerechtigkeit auf: Wer entscheidet darüber, was mit welchen Materialien und in welcher Menge produziert wird? Wie ist der Zugriff auf die natürlichen Ressourcen geregelt? Wer legt Arbeitsprozesse und -bedingungen fest? Und wie werden Produkte und Leistungen verteilt?“ Diesen Fragen geht Elisabeth Voß in ihrem Artikel „Solidarische Ökonomie als Alternative zur Postwachstumswirtschaft“ nach. Sie beschäftigt sich dabei sowohl mit dem Selbstbild als auch den Werten und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie, welche im Rahmen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungsprozesse wieder in den Vordergrund gestellt werden sollen. Dabei sieht Voß es als eine große Herausforderung, auch im Interesse einer Postwachstumsgesellschaft, dass „“Wachstumsgesellschaften“ vor den Begriffen „Wirtschaft“ und „Solidarität“ nicht zurückschrecken, da diese die Grundausrichtung des Handelns formen und mit einer Transformation gesellschaftlicher Strukturen auch ein Bewusstsein über diese zentralen Begriffe einhergehen muss.

Eine Möglichkeit die negativen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums abzufedern und sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltiger zu wirtschaften und zu konsumieren, bietet die Gemeinwohl-Ökonomie, welche von dessen Begründer Christian Felber anschaulich erklärt wird. Dabei geht es ihm zunächst um eine Veränderung des Verständnisses der Begriffe „Gewinn“ und „Erfolg“. Um eine faire, dem Allgemeinwohl dienende und ökologisch

[1] http://www.grundeinkommen.de

nachhaltige Wirtschaft und Lebensweise aufzubauen, müssen diese zentralen „Erfolgsindikatoren“, nach denen wirtschaftliches als auch persönliches Handeln ausgerichtet ist, in ihrer Bedeutung und Konsequenz dringend hinterfragt werden.

Das Ergebnis dieser Hinterfragung und eine damit verbundene Umstrukturierung, kann dabei mit einer wesentlichen Neuausrichtung des unternehmerischen Handelns, der Konsumentenentscheidung sowie der politischen und finanziellen Steuerung einhergehen. Inwiefern diese Schritte dabei konkret dem Ziel einer nachhaltigen, ökologisch und sozial vertretbaren Wirtschaftsweise näher kommen, lässt sich im Artikel „Gemeinwohl ist Gewinn“ von Christian Felber entdecken.

Wie regionale Wirtschaftskreisläufe durch ein regionales Geldsystem gestärkt werden können und welche Auswirkungen damit verbunden sind, verrät der Artikel „Bürgerschaftliches Engagement für eigenes Geld“ von Eva Koch. Sie gibt an dieser Stelle einen Einblick in das Wirken der „Regionalgelder“. Ausgehend von privaten Initiativen, bieten diese ein erstaunliches Werkzeug jenseits nationaler und internationaler Währungen wie dem Euro. Regionalgelder sollen unter anderem die lokale Wirtschaft, lokale Ressourcenkreisläufe und umweltverträglichere Wirtschaftsweisen stärken, indem die einzelnen Produktionsschritte auf lokaler Ebene transparenter und besser kommunizierbar werden. Dabei geht es nicht um eine vollständige Verdrängung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel, sondern um eine sinnvolle Ergänzung, die neue Spielräume und Möglichkeiten bietet. Welche diese sind und wie sich die Regionalgelder zudem auf gesellschaftlicher und individueller Ebene jenseits des Wirtschaftsmarktes auswirken, soll dieser Artikel aufzeigen.

Was ist wichtig in einer neuen, zukunftsweisenden Arbeitswelt? Gerhard Scherhorn fordert eine Arbeit, die durch ein Mehr an sogenannter „Lebensarbeit“ zusammen mit einem Konzept der „bedingten Kooperation" schließlich zu einem Gewinn an Lebensqualität, mehr Verteilungsgerechtigkeit beziehungsweise Einkommensgerechtigkeit und einer naturverträglichen Wirtschaft und Kultur führt. Adelheid Biesecker und Andrea Baier vergleichen in ihrem Beitrag verschiedene Möglichkeiten, welche die Arbeit wieder als Arbeit für den Menschen mit Naturerhalt begreifen. Hierbei sind alle Ansätze durch eine Reduzierung der Erwerbsarbeit und Integration der Sorgearbeit, Subsistenz und Selbstentfaltung charakterisiert. In den Konzepten, die Biesecker und Baier vorstellen, wird auch das Grundeinkommen als zugehöriger Ansatz erwähnt – mal als Negativsteuer (Spitzley), mal als "Grundeinkommen" für eine Personengruppe (Stahmer, Kindergeld), mal als "Grundeinkommen" für eine berufliche Auszeit (Land) und mal als volles Grundeinkommen (Vorsorgendes Arbeiten).

Welche verschiedenen Konzepte zur Umstrukturierung des Wirtschaftssystems angewandt werden können, wird von Frank Adler und Ulrich Schachtschneider in ihrem Buch „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ grundlegend in deren ganzen Vielfalt aufgezeigt. In diesem Reader sind die Visionäre dieser hypothesengeleiteten Konzepte ähnlich kategorisiert, wobei eine kurze Zusammenfassung dieses Buches für einen ersten Überblick vorangestellt wurde. Darauf folgen Autoren mit konkreten Visionen, welche beispielsweise einen „Green New Deal“ befürworten, für einen Phasenwechsel im Zusammenhang mit Suffizienz und Subsistenz eintreten oder als Lösungsansatz einen radikalen Systemwechsel in Form des Ökosozialismus vorsehen.

Die Denkrichtung des Ansatzes, dass das System an sich zumindest vorläufig erhalten werden muss und Veränderungen in ihm selbst vorzunehmen sind, zielt, unter anderem im Rahmen eines „Green New Deal“, vor allem auf eine Systemmodernisierung ab, mit Mitteln, welche Industrialisierung und Moderne hervorgebracht haben. Dazu schlägt Ernst Ulrich von Weizsäcker ein Konzept vor, das durch einen Modernisierungsdruck energie- und ressourceneffiziente Technologien und Entwicklungen fördert. Der technisch-ökonomische Paradigmenwechsel soll von der Politik vorangetrieben werden, denn die kapitalistische Gesellschaft – so Weizäckers Annahme – ist mit ihren Basisstrukturen zu einer ökologischen Modernisierung grundsätzlich fähig. Als bekannter Vertreter der ökologischen Modernisierung sei hier Joseph Huber genannt, der in diesem Reader mit einem Artikel vertreten ist, welcher unter anderem einen Lösungsansatz für die Zinsproblematik im Zusammenhang mit Wachstum erläutert.

Im Anschluss daran folgt der Artikel „Kritik an der Wachstumskritik“ von Rainer Land, der als Vertreter der evolutorischen Wirtschaftstheorie für eine Wende ebenfalls auf moderne und stetig effizientere Innovationen setzt. Dass alles auf die Karte Modernisierung und Effizienz gesetzt wird, wird hingegen von Autoren wie Niko Paech, Silke Kleinhückelkotten sowie Adelheid Biesecker und Andrea Baier kritisch gesehen.

Noch einen Schritt weiter geht Michael Braungart mit seinem Konzept der „Kreislaufwirtschaft – von der Wiege zur Wiege“. Sein Lösungsansatz besteht in Wirtschaftsweisen, die die Stoffkreisläufe der Natur unterstützen, statt gegen sie zu arbeiten, indem schädliche Produkte und Abfälle erzeugt werden.

Christa Müller und Niko Paech verfolgen die Vision wirtschaftlich unabhängiger und widerstandsfähiger Städte. Sie erläutern unter anderem am Beispiel von „Urban Gardening“ das Konzept der urbanen Subsistenz, bei dem für jeden Einzelnen die Möglichkeit besteht, seine Fähigkeiten und sein Wissen einzubringen. In dieselbe Richtung geht auch das Konzept der Regionalisierung, also einer lokalen Ökonomie, in der sich die Region größtenteils selbst versorgt und dadurch unabhängiger von einem instabilen Weltwirtschaftssystem werden könnte. Hierzu kommt noch einmal Niko Paech zu Wort, diesmal zusammen mit Björn Paech in dem Artikel „Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität“.

Für Vertreter der letzten Kategorie ist ein radikaler Wechsel des Systems essentiell. Bekannte Autoren, welche wiederum in verschiedene Unterkategorien eingeteilt werden können, sind zum Beispiel Vandana Shiva (ökofeministischer Subsistenzansatz), Christoph Spehr (radikale Herrschaftskritik), Robert Kurz (radikale Wertkritik) oder Rudolf Bahro (Industrialismuskritik mit Fokus auf die Beziehung zwischen Mensch und Natur). In diesen Reader haben wir stellvertretend einen Artikel von Saral Sarkar, als engagierten Vertreter des Ökosozialismus, ausgewählt. Die Vertreter von Suffizienzstrategien können zum Teil ebenfalls der Sparte des radikalen Systemwechsels zugeteilt werden, allerdings im Hinblick auf individuelle wie gesellschaftliche Verhaltens- und Lebensstiländerungen. Der Autor Oliver Stengel wurde hier mit einem Artikel zum Thema Suffizienz ausgewählt, welcher auf seiner Dissertation „Suffizenz – Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise“ beruht. Auch der Aspekt von Entschleunigung kann der Kategorie des radikalen Systemwechsel zugeordnet werden. Mit ausgewählten Textstellen aus Fritz Reheis` Buch „Entschleunigung - Abschied vom Turbokapitalismus“ wird, nachdem Harmut Rosa bereits in Kapitel **II** die Beschleunigungszwänge ausführlich begründet hat, das Kapitel mit diesem Thema abgerundet.

Die Geldordnung: Das 100%-Geld

Helge Peukert

Zur Vermeidung von exorbitantem Leverage, in den letzten Jahren sprunghaft angestiegener Überschuldung (auch ablesbar an den Gesamtverschuldungsquoten), Kreditinflationen und -Pyramiden, Bank-Runs und allgemeinen Vertrauenskrisen, des Verlusts der Kontrolle der Zentralbanken bzw. Währungsbehörden über die Geldmenge und angesichts prozyklischer monetärer Expansions- und Kontraktionsprozesse (die Geldschöpfung folgt der Kreditnachfrage) besteht der erste Reformvorschlag in der Erhöhung der Reserveanforderungen auf 100% (die bestverständliche Darlegung des Vorschlages und seiner Vorteile findet sich bei Dyson et al. 2010) und der Aufgabe des vorherrschenden sogenannten fraktionalen Reservesystems. Seine heutige historisch-pfadabhängige Struktur wird in den Lehrbüchern der Ökonomie und in den Köpfen der meisten Ökonomen als quasi naturgesetzlich unhinterfragt vorausgesetzt (zu Zentralbanksystemen als Ergebnisse historischer Interessenkämpfe siehe Rothbard 1983 und Häring 2010, 56-61). […]

Stephen Zarlenga (2008/1999) stellt die 100%-Forderung in einen universalhistorischen Kontext und Gerechtigkeitsdiskurs. Die Geschichte des Geldes und der Geldsysteme als gesellschaftliche Erfindungen sind für ihn eine Geschichte der Macht, die er historisch seit den Anfängen in Frühgesellschaften verfolgt und die der Lektüre lohnt. Mit seiner historischen Herangehensweise wendet er sich ausdrücklich gegen die deduktiv-axiomatischen Ansätze z.B. auch der Österreichischen Schule und ihrer Annahme der Warenhandelstheorie des Geldes (natürliche Emergenz aus Tauschvorgängen) und ihrer einseitigen Betonung von Staats- gegenüber Marktversagen. Zarlenga weist im Anschluss an Literatur von Wirtschafts- (Davies 2002) und Geldtheoretikern (Werner 2007, Kapitel 12) darauf hin, dass das erste ‚Geld' wahrscheinlich in Babylonien und Ägypten in den Tempeln und Palästen auftauchte und zum Abdecken von Kreditverhältnissen diente. „*Die Macht in einer Gesellschaft wird überwiegend von ihrem Geld- und Bankensystem ausgeübt. Während die Wahlen von Ministerpräsidenten und Volksvertretern im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehen, werden die wirklich wesentlichen gesellschaftlichen Fragen [...]oft leise hinter den Kulissen entschieden, und zwar mittels der Strukturen des monetären Systems einer Gesellschaft*" (2008, 14).

Die Ausübung monetärer Macht, die Erlangung monetär bedingter Privilegien und die resultierenden Vermögenskonzentrationen sind ihm das Hauptmotiv gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, wobei die Herrschaftsverhältnisse durch falsche oder undurchsichtige Geldtheorien abgestützt werden und Kapitel 13 eine harte Kritik der Wirtschaftswissenschaften enthält. In einem nominellen Geldsystem wird „*eine korrupte Elite stets versuchen, sich diesen Mechanismus [der künstlichen Geldschöpfung] zur Ausbeutung der Gesellschaft zu eigen zu machen*" (ebenda, 42). In Kapitel 11 verfolgt er diese Strategie am Beispiel der Gründung der Bank of England und der sie in aller Stille begleitenden Gesetze, die den auch heute noch geltenden Makrowucher (ebenda, 250) ermöglichten; im 19. und 20. Kapitel wird die Entstehung und Struktur der FED aus dieser Sicht unter die Lupe genommen (für den europäischen Raum mit dem Staat als Komplizen einer enthemmten Geldwirtschaft siehe Hankel und Isaak 2011, 43ff.).

„*Die primäre Geldquelle, die korrupten Geldsystemen zugrunde liegt, der Brunnen, aus dem Tag und Nacht Geld geschöpft wird, ist der Wucher, d.h. der strukturelle Missbrauch der*

gesellschaftlichen Geldmechanismen durch das Vorrecht, neue Kreditgelder auszugeben und zu kontrollieren und für private Darlehen Zinsen zu berechnen“ (ebenda, 224).

Zur Veranschaulichung kann eine Rechnung von Jens Reich dienen: Unterstellt sei ein einheitlicher Zinssatz von 10% für Kredite und Einlagen. Mit 20 Euro Zentralbankgeld kann eine Bank bei 2% Mindestreservepflicht Kredite in Höhe von 1000 Euro vergeben. Sofern sie sich das Geld bei der Zentralbank holte, muss sie selbst 10% für die Reserve zahlen. Den Zinseinnahmen von 100 Euro (aus den 1000 Euro) stehen Zinsausgaben für die nötigen Reserven von 2 Euro gegenüber. „*Die Seigniorage geht entsprechend dem Reservesatz zu 2% an die Zentralbank und zu 98% an die Privatbanken [...]Für 2009 wiesen die EZB und die nationalen Zentralbanken eine Seigniorage von knapp 10 Mrd. Euro aus. Dem stand folglich eine Gesamtseigniorage von über 490 Mrd. Euro gegenüber. Die Privatbanken wurden so mit 480 Mrd. € an den Geldschöpfungsgewinnen beteiligt. Ein Abbau dieser Subvention durch simple Anhebung des Reservesatzes käme einer Bankenabgabe gleich*“ (2011, 1). […]

Wie Werner, De Soto und Huber fordert auch Zarlenga die Abschaffung des Systems der begrenzten Reservehaltung und die Einführung einer Deckungspflicht von 100% (2008, 438-443). Da er bereits auf Hunderten, den Interessenkämpfen um das Geldsystems gewidmeten Seiten die Schlachtfronten identifizierte, ist er sich der Gegnerschaft von Banken, Medien und ideologisierten Politikern bewusst. Der Autor geht einen Schritt weiter und beschreibt den, auch mit dem heutigen Geldsystem zusammenhängenden, erbärmlichen Zustand der amerikanischen Gesundheits-, Infrastruktur- und Bildungssystems. „*Eine zweite Maßnahme in der meiner Ansicht nach unverzichtbaren Reform des Geldsystems besteht [daher] darin, die Kontrolle des Staates über das nationale Geldsystem wiederherzustellen und den Staat als alleinigen Geldemittenten einzusetzen. Bei einer Reservehaltung von 100% werden die Banken in Depositeninstitute verwandelt, die ihrem Wesen entsprechend sehr stabil sind. Der Staat wird zum einzigen Geldemittenten, was ein hohes Maß an Gerechtigkeit mit sich bringt*“ (ebenda, 443; gleiches fordert Werner 2007, 332ff.). […]

Das in Europa (und später auch in den USA) vorherrschende Kräftespiel skizziert Häring (2010, 44-45) anschaulich: Der Macht des Herrschers stand die der gut vernetzten privaten Banken gegenüber. So stellte z.B. König Philip II. von Spanien (1527-1598) zwar mehrfach seine Zahlungen ein, aber letztlich konnte er es nicht wagen, es sich mit seinen Hauptkreditgebern zu verscherzen, da die Gruppe der Genueser Bankerfamilien über ein eng geknüpftes Netzwerk verfügten. „*Wenn der König sich weigerte zu bezahlen, bekam er kein Geld mehr von der Gruppe und konnte seine Armeen nicht mehr bezahlen [...]Wenn die mächtigsten Banker sich als zweite Macht auf gleicher Ebene mit Regierungen etablieren konnten, ist es kein Wunder, dass das Bankensystem und dessen Regeln sich in einer Weise entwickelten, die den Interessen der Finanzgemeinde sehr entgegenkam*“ (ebenda, 45). Diese Pfadabhängigkeit ließe sich bis zum Eurosystem verfolgen. Rothbard (1983, 2005/1990 und 2007/1994) und De Soto (2009, 635ff.) charakterisieren das Verhältnis Staat-Banken(system) als eine jahrhundertealte Beziehung der Komplizenschaft (zur Gegenwart siehe Zeise 2011, Kapitel 9). […]

Auch Werner tritt für eine entsprechende Reform ein. „*Die Geldpolitik ist die wirksamste Gestaltungskraft bei der Durchsetzung makroökonomischer Ziele. Denn sie beeinflusst nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern vermag auch gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Wegen der ungeheuren Macht und Tragweite der Geldpolitik, die es erlaubt, die volkswirtschaftlichen Ressourcen zu kontrollieren und zu lenken, sollte sie einer Institution*

anvertraut werden, die fest verankert ist im demokratischen Prozess – so wie etwa das Finanzministerium [...]Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben muss die Geldpolitik stets durchsichtig bleiben, ob sie den ihr vorgegebenen gesamtgesellschaftlichen Zwecken nachkommt und Abweichungen zugunsten bestimmter Interessengruppen vorsorglich oder schon in einem frühen Stadium der Verselbstständigung verhindert werden können" (2007, 451). […]

Die heutigen institutionellen Arrangements der Geldentstehung und Vernichtung durch Bankkredite und damit einhergehende privatwirtschaftliche ‚Geldmanipulation' können als eine wesentliche Ursache der Instabilitäten gelten. „*Immerhin neun Billionen Euro Einlagen verwalten die Banken im Euro-Raum. Dem stehen Bankguthaben bei der Europäischen Zentralbank von rund 260 Milliarden Euro gegenüber. Mit dem Bargeld, das die Banken bei der Zentralbank abheben können, können sie also nicht einmal ein Dreißigstel der Einlagen auszahlen. Das ist auch von der Zentralbank so abgesegnet, denn die Banken müssen im Euro-Raum nur absurd niedrige zwei Prozent der Kundeneinlagen in Reserve halten. Die restlichen 98 Prozent können sie verleihen. Und wenn das Geld wieder auf einem Bankkonto landet, können sie erneut 98 Prozent davon wieder verleihen, so lange, bis der Wert der zusätzlich geschaffenen Bankguthaben auf maximal das 50-fache der ursprünglichen Kundeneinlage angewachsen ist*" (Häring 2009, 1).

Steve Keen wies anhand von Zahlenbeispielen darauf hin, dass zunehmende Verschuldung einer unangenehmen Logik folgt: „*(O)nce debt becomes a significant fraction of GDP, and its growth rate substantially exceeds that of GDP, the economy will suffer a recession even if the debt to GDP ratio merely stabilizes. A debt-dependent economy has no choice but to record rising levels of debt to GDP every year to avoid a recession*" (2010a, 55). Meist wird diese Problematik sehr spät erkannt, da aufgrund des exponentiellen Verlaufs (Zinseszins) erst nach einiger Zeit die Zins-Schulden-Kurve, dann aber rasant, nach oben weist. Keen (2006) führt das anschauliche Beispiel eines Seerosenteichs an, in dem die Seerosen sich bei täglicher Verdoppelung erst unmerklich vermehren und einen Tag vor der völligen Bedeckung erst die Hälfte des Teiches ausmachen.

Auch Häring legt plausibel dar, dass die Ausgabenspielräume von Haushalten und Unternehmen nur erweitert werden, wenn gegenüber der Vorperiode die Rate der Verschuldung zunimmt bzw. des Kreditvolumens steigt. Nimmt ein Wirtschaftssubjekt in der ersten Periode bei einem regelmäßigen Einkommen von 1000 Euro 100 Euro Kredit auf, so kann er 1100 Euro ausgeben. Nimmt er in der Folgeperiode wieder 100 Euro Kredit, so stagnieren seine Ausgaben bei 1100 Euro. „*Nur wenn er das Tempo des Verschuldungsaufbaus steigert, also zum Beispiel 120 Euro aufnimmt, steigt sein Ausgabenrahmen. Die Steigerung des Tempos der Kreditexpansion kann wegen der positiven Rückkoppelungseffekte eine ganze Weile lang funktionieren, aber eben nicht dauerhaft, weil die Verschuldung der Haushalte und Unternehmen dabei exponentiell ansteigt. Irgendwann muss die Zunahme der Verschuldung abnehmen, und dann tritt der gegenteilige Rückkoppelungseffekt ein*" (2010, 51).

Der Vorschlag des 100%-Geldes geht u.a. auf Henry Simons zurück (1934; der unveröffentlichte *Appendix On Banking and Business Cycles* in einem Memorandum vom November 1933 war leider nicht zugänglich). Er wird heute in der Variante des Vollgeldes von Joseph Huber vertreten (Huber und Robertson 2008, Huber 2010), der Girokonten zu

Vollgeldkonten umdeklarieren will, die außerhalb der Bankbilanzen zu führen sind (siehe auch den Exkurs und für die Schweiz [1].) […]

Der entscheidende Punkt des Vorschlags besteht in einer ordnungspolitischen Kritik der multiplen Geldschöpfung (und seines zwangsläufigen Pendants: Der multiplen Geldvernichtung) mit dem Ziel einer Trennung der Tätigkeiten der Geldschaffung und der sonstigen üblichen Bankgeschäfte. Bekanntlich wird im heutigen Geldsystem Giralgeld über den Prozess der Kreditvergabe geschaffen. Auf Sichtguthaben muss dem Vorschlag gemäß eine Barreserve von 100% gehalten werden, d.h. Sichtguthaben unterliegen einer vollständigen Deckung, die Mindestreservepflicht wird auf 100% gesetzt (im Folgenden werden die eher technischen Probleme des Systemwechsels und -Übergangs ausgeklammert, z.B. das Abkaufen von Staatsanleihen oder anderen Wertpapieren der Banken als Zuführung notwendigen Zentralbankgeldes oder durch die unabhängige Währungskommission zur Umwandlung des Giralgeldes in Zentralbankgeld).

Nach dem Übergang gilt: Banken „*sind dazu verpflichtet, dauerhaft eine Barreserve von 100% für die Sichtguthaben ihrer Kunden zu halten. Oder anders gesagt: Die Sichtguthaben wären wirkliche Guthaben, die aus Bargeld bestehen, das die Bank im Auftrag der Kontoinhaber verwaltet. So würde das neu geschöpfte Geld durch das Erfordernis der 100%-Reserve strikt festgelegt*“ (Fisher 2007, 15). Häring bezeichnet das heutige System als ‚2-Prozent-Geld‘, da auf Einlagen im Euroraum ein Mindestreservesatz von zwei Prozent gilt, was praktisch für die Banken ist, denn je niedriger der Mindestreservesatz, umso höher ist der Geldschöpfungsmultiplikator und der Gewinn der Banken. „*Wenn [aber] die Banken das 50-Fache ihrer Liquiditätsreserven als Kredit ausgeben können, dann ist das Risiko eines Bankruns immer sehr hoch*“ (Häring 2010, 53).

Die Folgen der 100%-Regel, wobei die Mindestreserven auch nicht von der Zentralbank verzinst werden sollen, sind wahrlich konservativ-revolutionär: Bekommt jemand „*Geld von einer Bank ausgeliehen, so bekommt er nur das, was die Bank selbst bei einem Dritten geborgt hat. In dieser Geldordnung können Banken nur noch Kredit vermitteln, nicht mehr Kredit ‚schöpfen‘ und Geld produzieren, indem sie Kredit schöpfen*“ (Gocht 1975, 68). Bei der Expansion und Kontraktion des Geldvolumens erfolgt ein bloßer Gestaltwandel. „*Die Einzahlung von Bargeld zur Begründung eines Giroguthabens wäre dann in der Tat nur die Umwandlung von Geld einer technischen Gestalt in die andere, wie auch das Abheben von Bargeld aus einem Buchgeldkonto keine Geldvernichtung mehr bedeutete, sondern wiederum nur den Gestaltwandel ein und derselben Geldmenge*“ (ebenda 1975, 79).

Im heutigen System wird mit der Einräumung eines Kredits Geld geschaffen. „*Nach dem Vorschlag des 100% Money wäre das mit der Kreditzusage eingerichtete Giroguthaben von der Bank voll mit Notenbankgeld zu belegen. Sie könnte nur Geld ausleihen, das sie sich anderorts beschafft hat [...]Das hat die kreditgebende Bank zu besorgen, sowohl dann, wenn die unbare Zahlung zugunsten eines ihrer eigenen Depositenkunden erfolgt, als auch in dem Falle, dass der Zahlungsempfänger sein Girokonto bei einer anderen Bank hat oder bar abhebt; diese letztere wird den Deckungsbeitrag in Gestalt von Notenbankgeld decken müssen. Oder richtiger gesagt: Sie können zwar weiterhin ihr eigenes Geld, Giralgeld, machen, aber nur um den Preis, dass sie gleichzeitig und in gleichem Umfang Notenbankgeld*

[1] http://www.vollgeld.ch

stilllegen; sie können dem umlaufenden Geldvolumen zwar teilweise eine andere Gestalt geben, sie können es aber nicht vermehren oder vermindern“ (ebenda, 80). […]

Da die Sicherstellung des Zahlungsverkehrs und die Stabilität des Geldsystems ein öffentliches Gut sind, sollten sie nicht mit nach privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung handelnden Privatfinanzinstituten vermengt werden, die über den Geldschöpfungsprozess massiven Einfluss nehmen. […] „*Faktisch, aber nicht wörtlich, druckt jede Geschäftsbank Geld, und regulieren und kontrollieren oder beeinflussen diese Banken als Gesamtheit gesehen den Wert des gesamten Geldes*“ (Gocht 1975, 21). Der 100%-Plan bedeutet eine dem öffentlichen Gutscharakter entsprechende ‚Vollverstaatlichung des Gelds‘. Den Privatbanken verbleibt ihre eigentliche Funktion der Vergabe von Krediten, aber sie unterliegen hierbei der 100%-Bremse bei ihrer Kreditvergabe.

Eingezahltes (hier zur Vereinfachung: Bar)Geld auf permanent zur Verfügung stehenden Girokonten darf nicht weiter verliehen, sondern muss vollständig ‚eingelagert‘ werden. Die Umlaufmittel des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind somit ‚echtes Geld‘. Sollte eine Bank in die Insolvenz gehen, würden die zu 100% vorrätigen Giroguthaben einfach auf eine (Brücken)Bank übertragen. Die im fraktionellen Reservesystem bestehende Androhung des Zusammenbruchs des allgemeinen Zahlungsverkehrs, die zu immer neuen Rettungsschirmen führt, entfiele, da die Giroguthaben dem Kontoführer gehören und außerhalb der Bankbilanz auf einem Konto der Zentralbank zu halten sind und von der Bank nicht für die Kreditvergabe genutzt werden darf.

Da Giroguthaben nicht weiter verliehen werden dürfen, findet keine Verzinsung statt, sondern es muss sogar für den Lagerungsservice eine Gebühr entrichtet werden. […] Strikt zu trennen vom Geld auf Girokonten sind Spareinlagen, die entsprechend der Anlagedauer als typisches Bankgeschäft, das sich dem Modell der Hypothekenbanken annähert, jenseits der Verwahrungsfunktion entliehen werden dürfen. „*Die zusätzlichen Ersparnisse könnten neben Spar- und Termineinlagen auch als zusätzliches Bankkapital angelegt werden, um so für Kredite zur Verfügung zu stehen. Daneben könnten sie auch viele andere Formen annehmen, zum Beispiel in Investments und Treuhandgesellschaften fließen*“ (Fisher 2007, 90). […]

Ein im Vergleich zum 100%-Plan separates und theoretisch unabhängiges Thema stellt die schon mehrfach angedeutete Frage der Art und Weise der nötigen Geldzufuhr (-abnahme) in einer wachsenden (schrumpfenden) Wirtschaft dar. Fisher hatte hinsichtlich der quantitativen Dimensionierung eine Indexierung anhand der Lebenshaltungskosten im Blick, er sprach sich aber insgesamt für eine pragmatisch-diskretionäre Geldpolitik aus, die auch Waren- und Rohstoffpreise, Verschuldung, Konkurse, die Beschäftigung u.a. berücksichtigen sollte (2007, 76). Der Idee eines tilgungsfreien Inumlaufbringens durch den Staat stand er als Gedankenspiel offen gegenüber, er sah bei dieser Form auch die Möglichkeit von Steuersenkungen, die nun nicht mehr zur Bezahlung der Staatsanleihen benötigt werden.

Stärker betont Pahlke (1970) diesen Aspekt, der vorschlägt, dass die Zentralbank Geldschöpfung betreiben sollte, indem das frische Geld ohne Gegenleistung als Geschenk an den Staat geht und über Ausgaben und Investitionen des Staates in Umlauf gebracht wird, als gute Alternative unter mehreren denkbaren (das Geld könnte auch als Geschenk an die Banken oder anteilig an die Staatsbürger ausgezahlt werden). In seiner Version sollte die

Notenbank über die variablen Zuflüsse an den Staat aktive Konjunkturpolitik unter Vermeidung der üblichen Schwerfälligkeit der Gesetzgebungsmaschinerie betreiben.

„*Mit dem Recht, dem Staat im Zuge des Wachstums der Wirtschaft regelmäßig Zuschüsse zu gewähren, gewinnt die Notenbank einen nicht unerheblich verstärkten Einfluss auf die Finanzwirtschaft des Staates. Es liegt nahe, diese Einflussmöglichkeiten auch im Sinne der kurzfristigen, konjunkturorientierten Notenbankpolitik zu nutzen und die Zuschüsse den konjunkturellen Erfordernissen entsprechend festzulegen bzw. zu variieren, also in der Depression zu erhöhen und in der Hochkonjunktur bei inflationistischen Tendenzen einzuschränken*“ (Pahlke 1970, 103). Pahlke geht so weit, bereits festgelegte Haushaltspläne selbst während des Budgetvollzugs nach konjunktureller Lage in Abhängigkeit von der Geldzufuhr zu variieren. Diesem Vorschlag aus den 1970er Jahren sollte man wohl skeptisch gegenüberstehen.

Sehr interessant ist allerdings ein weiterer Gedanke, dass nämlich „*dem Staat die Verschuldung grundsätzlich untersagt und damit das Ausweichen auf andere, kreditäre Einnahmequellen unmöglich gemacht würde. Die Staatsausgaben wären dann ausschließlich durch Steuern und Zuschüsse der Notenbank zu finanzieren (abgesehen von den relativ unbedeutenden Einnahmearten wie Gebühren, Beiträgen, Erwerbseinkünften)*“ (ebenda, 105, Fn. 13). In gewissem Maße ist dieser Teil des Vorschlags durch die im Grundgesetz festgesetzte Schuldenbremse in der Tendenz vorweggenommen. Pahlke bemerkt zu Recht, dass diese Kombination eine Art irenische Synthese (Müller-Armack) unterschiedlicher ökonomischer Schulen bedeutet.

„*Eine derartige Regelung würde eine Form der Haushaltspolitik beinhalten, die sowohl den Forderungen der modernen keynesianischen Wirtschaftswissenschaft als auch weitgehend klassisch-liberalen Grundsätzen gerecht würde*“ (ebenda). Einerseits würde man der vermeintlichen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (die in den USA in dieser Form nie beansprucht wurde), die sich ebenso wie zentrale Bausteine des EU-Vertrages[2] im Zuge der sogenannten Euro- und Staatshaushaltskrise 2010 in wenigen Tagen bis Wochen in Luft auflöste, ein sichtbares Ende bereiten. Andererseits hätte man durch eine bewusste, klar gesetzte, feste Mengenregel der Verführung einen Riegel vorgeschoben, nach Bedarf Geld drucken zu lassen, da es bekanntlich keine natürliche Bremse durch die Produktionskosten des Geldes gibt.

Auch der bereits zitierte Rolf Gocht, ein ordoliberal ausgerichtetes ehemaliges Mitglied des Direktoriums der deutschen Bundesbank, machte sich Gedanken zur Umsetzung des 100%-Planes unter Public Choice-Aspekten. Er ist sich der Bedenken eines staatlich vollständig kontrollierten Geldes voll bewusst, meint aber, dass wir das Problem des Staatsversagens auch im heutigen System vorliegen haben und zusätzlich noch eine heikle Vermischung in einem staatlich-privaten Geldsystem besteht. „*Wer – zu Recht – von tiefer Skepsis gegen den staatlich-politischen Einfluss auf das Geldwesen erfüllt ist, wird voller Argwohn die Tatsache registrieren, dass hier ein ausschließlich staatliches Geld vorgeschlagen wird. Er sollte freilich unsere heutige Geldordnung kritisch im Auge behalten, in der staatliches und privates Geld, Notenbank- und Geschäftsbankengeld, nebeneinander existieren und, wobei die*

[2] Zum Beispiel das Bail-out-Verbot (§ 125); § 123 des Lissabon-Vertrages untersagt den direkten Erwerb von Schuldtiteln durch die EZB (Europäische Union 2010), siehe auch Art. 115 Grundgesetz über die Kreditaufnahme des Bundes, die nur zur Finanzierung von Investitionen in Deutschland zulässig ist.

Manipulationsinstanz des staatlichen Geldes, die Notenbank, sich mit mehr oder weniger Erfolg bemüht, im Interesse der Stabilität des Wirtschaftsprozesses ihre Kontrolle über das private Geld auszuüben“ (1975, 69).

Auch nach seiner Vorstellung sollte neues Geld zunächst kostenlos, als einfache Gutschrift ohne Gegenleistung, durch schlichte Buchung auf das Konto des Staates fließen. „*Die Währungsbehörde wäre mit dem Auftrag zu versehen, [...]neues Geld über den Staatshaushalt in Umlauf zu bringen*“ (ebenda, 73). Es soll aber weniger als sensibles Konjunkturinstrument eingesetzt, sondern an der Regel, dass sich das Geldvolumen (als idealtypisches Warengeld gedacht) in Abhängigkeit vom realen Wirtschaftswachstum zu entwickeln habe, orientiert werden. Die Ausrichtung am realen Sozialprodukt bedarf der Schätzung, was heute als Aufgabe einer reformierten *Eurostat* zufiele. Die Schätzung „*wäre als unpolitische Expertise sicherzustellen und dürfte nicht Angelegenheit von Kabinetts- oder Parlamentsbeschlüssen sein*“ (ebenda, 73). Er will die Weisungsbefugnis der Regierung gegenüber dem Währungsorgan in gewissem Unterschied zu Pahlke ausschließen. […]

Gocht betont wie Wray nachdrücklich, dass eine Notenbank in jedem Fall eine „Geldschöpfung ex nihilo“ (1975, 85) betreibt und dass Geld sich einer künstlichen Institutionalisierung ganz im Sinne von Knapps *Staatliche Theorie des Geldes* (1918/1905) verdankt, Gutschriften an den Staat ohne Gegenleistung und Rückzahlung also nichts Schockierendes anhaftet. Die heutige Praxis der Hinterlegung von Wertpapieren bietet *keine* Vorzüge. „ ‚*Deckungs‘-Wert haben die Handelswechsel ebenso wenig wie die langfristigen Wertpapiere; beide lassen sich gegebenenfalls in beliebigem Umfang produzieren, und ein im Übermaß emittiertes Geldvolumen ist nicht deswegen unbedenklich, weil es auf Grund sogenannter ‚Deckungswerte‘ emittiert worden ist*“ (Gocht 1975, 85).

Es gibt aber einen großen Unterschied hinsichtlich der Verteilung. „*Der Unterschied in der Technik der Geldschöpfung ändert am Geld selbst nichts; wohl aber lässt er jeweils andere Begünstigte oder Nutznießer der Geldschöpfung mit geringerem Kostenaufwand – Nutznießer des ‚Münzgewinns‘ – entstehen [...]Da jede Form oder Richtung der Geldemission ihre spezifischen Nutznießer hat, scheint es unserer politischen Verfassung am meisten zu entsprechen, wenn der Staat zum Empfänger des ‚Münzgewinns‘, also der Geldschöpfung abzüglich der Kosten der Währungsbehörde gemacht wird*“ (ebenda, 85-86). Auch entfällt die demokratische Entscheidungsspielräume einschränkende Bedienung des Zinsdienstes. […]

„*Die Zusammensetzung des Sozialprodukts wird anders sein, als wenn Unternehmer die ersten Empfänger der zusätzlichen Geldbeträge sind*“ (ebenda, 111). Auch im Fall des öffentlichen Haushalts als Erstempfänger der zusätzlichen Geldbeträge „*wird in einem bescheidenen Maße die Zusammensetzung des Sozialprodukts beeinflusst, etwa so, wie wenn eine zusätzliche Steuer von gleichem Aufkommen die öffentliche Hand befähigte, mehr Güter und Dienste als bisher an sich zu ziehen [...]Ist es so ausgemacht, daß jede von Unternehmern zur Vermehrung des Sozialprodukts ausgegebene Mark höheren Nutzen für die Bevölkerung stiftet als die vom öffentlichen Haushalt ausgegebene Mark*“ (Gocht 1975, 111-112) […]

Langfristig sollte natürlich der 100%-Vorschlag in ein gesellschaftliches neues Projekt eingebettet sein […], das ökologische Balance, eine gleichere Verteilung, eine lebendige Demokratie und Finanzstabilität verbindet. So könnte regional orientierten Geldinstituten eine zentrale Rolle zukommen, deren Geschäftspolitik demokratisch von einer Vielzahl von

Stakeholdern bestimmt und kontrolliert wird. Das frische Geld könnte auch über eine grüne Rekonstruktionsbank in den Umbau der Infrastruktur für eine „Nachwachstumsgesellschaft“ fließen, in deren Entscheidungsgremien auch NROs und Anwälte der Natur sitzen und Finanzexpertokraten die technische Durchführung vorbehalten ist. Die Entscheidungen im Geldsystem sollten generell eine öffentlich-demokratische Angelegenheit und z.B. durch einen kritischen monetären Ältestenrat beraten werden (siehe zur Gesamtvision NEWG 2011). Jedoch ist der durch die Wachstumsgesellschaft geprägte derzeitige Durchschnittsmensch noch nicht reif für eine derartige substantielle Demokratie.

Artikelherkunft

Auszug aus: Peukert H. (2011): Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung. 3., ergänzte und aktualisierte Auflage. Metropolis-Verlag, Marburg.

Über den Autor



Apl. Prof. Dr. Dr. Helge Peukert, Jahrgang 1956, hat Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Philosophie und Sozial-Psychologie studiert. Er ist außerplanmäßiger Professor an der staats-wissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt, im Bereich Wirtschaftswissenschaften. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Finanzwissenschaft, Finanzsoziologie, heterodoxe Theoriebildung und Finanzmärkte.

Verwendete Literatur

Davies, G. A history of money. Cardiff: University of Wales Press, 2002.

De Soto, J. Money, bank credit, and economic cycles. 2. Aufl. Auburn: Mises Institute, 2009 (1998).

Dyson, B. et al. Towards a twenty-first century banking and monetary system. 2010.

Fisher, I. 100%-Money. Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2007 (1935).

Gocht, R. Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung. Berlin: Duncker und Humblot, 1975.

Hankel, W. und Isaak, R. Geldherrschaft. Weinheim: Wiley-VHC, 2011.

Häring, N. Es werde Geld – es werde Krise. 24.6.2009. (http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/es-werde-geld-es-werde-krise;2386105;0).

Häring, N. Markt und Macht. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2010.

Huber, J. Reform der Geldschöpfung: Wiederherstellung des staatlichen Geldregals und der Seigniorage durch Vollgeld. 2004. (http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0405.pdf).

Huber, J. Geldordnung II: Reform der Geldschöpfung: Vollgeld-Konzept und Seigniorage Reform. 2009. (http://www.monetative.de/wp-content/uploads/geldordnung-ii-reform-der-geldschopfung-durch-vollgeld-m-homepage.pdf).

Huber, J. Monetäre Modernisierung. Marburg: Metropolis, 2010.

Huber, J. und Robertson, J. Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Kiel: Gauke, 2008.

Keen, S. “Solving the paradox of monetary profits”. Economics, 4 (2010), 1-32.

Keen, S. The lily and the pond. 12.12.2006. (http://evatt.org.au/news/445.html).

Knapp, G.F. Staatliche Theorie des Geldes. 2., durchges. und verm. Aufl. Leipzig: Duncker und Humblot, 1918 (1905).

Pahlke, J. Steuerbedarf und Geldpolitik in der wachsenden Wirtschaft: Geldschöpfung als Mittel der Staatsfinanzierung. Berlin: De Gruyter, 1970.

Reich, J. Subventionsabbau statt Besteuerung: Vorschlag einer Bankenabgabe. Mimeo. Frankfurt, 2011. 2 S.

Rothbard, M. The mystery of banking. New York: Richardson and Snyder, 1983.

Rothbard, M. Das Schein-Geld-System. 2. Aufl. Gräfelfing: Resch, 2005 (1990).

Rothbard, M. The case against the FED. Auburn: Mises Institute, 2007 (1994).

Simons, H. Economic policy for a free society. Chicago: Chicago University Press, 1948 (darin: A positive program for laissez faire, 1934, S. 40-77).

Werner, R.A. Neue Wirtschaftspolitik. München: Vahlen, 2007 (2005).

Wray, L.R. Understanding modern money. Cheltenham: Edward Elgar, 1998.

Zarlenga, S. Der Mythos vom Geld. 2., verb. Aufl. Zürich: Conzett Verlag bei Oesch, 2008 (1999).

Zeise, L. Woher kommen die Gewinne der Banken? 8.4.2010. (http://blog.zeit.de/herdentrieb/2010/04/08/).

Postwachstumsgesellschaft und Grundeinkommen

Ronald Blaschke

"Was fehlt uns, das das Wachstum uns bringen soll?"

(Andrè Gorz 2009)

"Soll die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit so organisiert werden, daß sie keine überflüssige Energie verbraucht und keine überflüssigen Schadstoffe freisetzt; soll sie, mit anderen Worten, das sogenannte Bruttosozialprodukt drastisch vermindern, dann ist Zustimmung zu solcher Politik nur vorstellbar, wenn sie gleichzeitig soziale Gerechtigkeit in bisher unbekannten Dimensionen verwirklicht."

(Carl Amery 1985)

Leitthese: Es sind keine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft und keine nachhaltige Postwachstumsökonomie ohne Demokratie, Freiheit und Umverteilung, also auch nicht ohne bedingungslose Absicherungen der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe möglich.

Vorwort

Die Meinung, dass der Zusammenhang von Wachstumskritik und sozialer Frage ein neues Thema wäre, ist falsch: "Die ökologische Kritik am Industrialismus, an […] der schrankenlosen Ausbeutung der äußeren Natur – der Umwelt – und der inneren Natur – des Körpers und der Seele der Menschen –, stellt die Organisation der gesamten gesellschaftlichen Arbeit wie des Soziallebens *qualitativ* in Frage […].Hat die Industrialisierung unserer gesamten Lebenswelt nicht zu einer unter sozialen und gesundheitlichen wie unter demokratischen Gesichtspunkten höchst problematischen Vereinnahmung und Kontrolle unserer Lebensäußerungen geführt? Konnte sich der relative materielle Wohlstand in den industrialistischen Konsumländern denn nicht nur auf den Schultern der Dritten Welt entwickeln, mit Hilfe einer durch militärische und wirtschaftliche Gewalt aufrechterhaltenen internationalen Arbeitsteilung, dem sogenannten 'Weltmarkt'? Ist die (Erwerbs-)Arbeit, von deren Verteilung angesichts der Massenerwerbslosigkeit allein die Rede ist, nicht zu großen Teilen Arbeit, die unter ökologischen Gesichtspunkten abgeschafft gehörte? Geht es also neben der Umverteilung der Arbeit auf die sich anbietenden Arbeitskräfte nicht vor allem auch um eine Umverteilung der volkswirtschaftlich zur Verfügung stehenden Arbeitskraft auf ganz andere Arbeitsbereiche (von der Beteiligung der Männer an Haus- und Erziehungsarbeit über eine ökologische Landwirtschaft bis hin zur Entwicklung von umweltverträglichen Formen der Energieversorgung)?" (Opielka 1985) Die Kritik an der natürliche Ressourcen verschlingenden und ökologische Schäden verursachenden Ökonomie war für ökosoziale Wachstumskritiker/innen auch immer eine soziale und feministische Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Entfremdung des Menschen, Ausbeutung und Zerstörung der Natur, doppelte Ausbeutung der Frauen in Lohnarbeit und mit unentgoltener Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit – all das waren Themen der Wachstumskritiker/innen vor über 25 Jahren. Für viele war das Grundeinkommen *ein* Mittel für eine ökosoziale Transformation der Gesellschaft hin zu einer Postwachstumsgesellschaft – nachzulesen zum Beispiel in dem Buch "Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat" von 1985.

Definition: Nachhaltige Postwachstumsgesellschaft und Postwachstumsökonomie

Unter dem Begriff "*nachhaltige Postwachstumsgesellschaft*" wird im Folgenden eine Gesellschaft verstanden, die sich unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen stabil und dauerhaft reproduziert.

Mit dem Begriff "*nachhaltige Postwachstumsökonomie*" wird im Folgenden eine stabile Ökonomie bezeichnet, die unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen lebensnotwendige Güter produziert und Dienstleistungen anbietet.

1. Postwachstumsgesellschaft als eine Gesellschaft mit schrumpfender Wirtschaft

Wirtschaftliches Wachstum (auch das Wachstum von Dienstleistungen[1]) ist Ursache des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen (und der damit verbundenen ökologischen Schäden). Eine Postwachstumsgesellschaft ist daher eine Gesellschaft, die sich mit einer schrumpfenden Wirtschaft reproduziert (degrowth).

2. Postwachstumsgesellschaft als eine grundlegend veränderte Gesellschaft

Es geht im Hinblick auf die Postwachstumsgesellschaft keineswegs nur um den Wandel einer Ökonomie hin zu einer Postwachstumsökonomie, sondern um den qualitativen Wandel einer Gesellschaft in ihrer sozialen, wirtschaftlichen Struktur und Zielstellung und hinsichtlich ihrer Stellung im gesamten Oikos. Oikos umfasst die Beziehungen zwischen Lebewesen untereinander und mit ihrer unbelebten Mitwelt (Ökologie) und die Ökumene (Menschengemeinschaft, Beziehung zwischen Menschen). Ein Bestandteil des Ökumenischen (neben Kultur, Recht, sozialen und politischen Beziehungen usw.) ist die Ökonomie (wirtschaftlicher Haushalt). Eine Verengung des Themas Postwachstumsgesellschaft auf das Thema Postwachstumsökonomie ist abzulehnen. Bei dem Thema Postwachstumsgesellschaft handelt es sich letztlich um ökologische, ökumenische und – *darin eingebunden* – um ökonomische Fragen. (Vgl. Blaschke 2008)

3. Ökonomie ist bedeutend mehr als im BIP ausgedrückte Produktion und Konsumtion

Erstens finden sich ökonomische Zusammenhänge und Produktionen auch jenseits des im BIP ökonomisch Erfassten. Viele nicht im BIP erfassten Mensch-Mensch und Mensch-Natur-Bezüge haben eine ökonomische Bedeutung – von der privaten Haus-, Familien-, Sorgearbeit über die Eigenarbeit bis hin zur Nachbarschaftshilfe und zum bürgerschaftlichen Engagement, also im gesamten individuellen und kollektiven Bereich der Selbstversorgung. Im Jahr 2001 wurden in Deutschland 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit und 56 Milliarden Stunden bezahlte Arbeit geleistet.

[1] Auch Bildung und Gesundheitsversorgung produziert mit einem sehr hohen und steigenden Einsatz von ressourcenverbrauchenden Mitteln. Das heißt, dass z. B. die Bildung und Gesundheitsversorgung auch in Zukunft mit weniger ressourcenverschlingenden Mitteln durch Einbeziehung moderner Form der Bildung (Muße, soziale Interaktion) und moderner Formen der Medizin (Alternativmedizin, natürliche Heilverfahren) sich entwickeln muss. Auch ist in einer Postwachstumsgesellschaft mit einem stark schrumpfenden Gesundheitsvorsorgeaufwand zu rechnen, weil die krank machende Wachstumsökonomie und -gesellschaft überwunden wird.

Unter der Annahme der Zahlung eines Durchschnittsbruttolohnes (ca. 18 Euro) im Jahr 2001 für die genannten unbezahlten Arbeiten, wäre die Hälfte der Bruttowertschöpfung in Deutschland diesem Bereich zuzuordnen. (Vgl. Blaschke 2012)

Zweitens ist festzustellen, dass das BIP auch jegliche unentgeltliche ökonomische Nutzung von Commons (Gemeingüter wie Wasser, Land, Wissen usw.) ausblendet: Wenn ein Brunnen Gemeingut ist, erscheint das dort geschöpfte Wasser inkl. der zur Wasserschöpfung nötigen Vorrichtung und der Schöpfarbeit in keiner Form im BIP. Wenn der Brunnen privatisiert oder kommunalisiert im Sinne entgeltlicher Nutzung wird, erscheint diese im BIP. Das trifft ebenso auf unentgeltlich bearbeitete bzw. genutzte Ländereien, Maschinen, Wissensgüter usw. usf. zu. (Vgl. Gorz 2009)

4. Das BIP sagt nichts über Lebensqualität und Wohlstand aus

Es ist festzustellen, dass im BIP jegliche unsinnige, gemeinwohl- und gesundheitsgefährliche sowie ressourcenverschlingende Produktion und Konsumtion aufgelistet wird – so zum Beispiel die Rüstungsproduktion als auch die "Entsorgung" der Produkte der Rüstungsindustrie in militärischen Einsätzen, die Produktion und Vernichtung der Produkte der Nahrungsmittelindustrie (ca. 50 Prozent der hergestellten Nahrungsmittel werden in Deutschland nicht als Nahrungsmittel verbraucht), Produktion und Einsatz chemischer Stoffe in Landwirtschaft usw. usf. Das BIP enthält darüber hinaus jegliche bezahlte Tätigkeit, die die Folgeschäden der gemeinwohl- und gesundheitsgefährlichen sowie ressourcenverschlingenden Produktion und Konsumtion beseitigt.[2] Das BIP sagt außerdem nichts über die soziale Situation in einem Land aus (Armut, Reichtum, Ausgrenzung, Verelendung usw.)

5. Eine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft ist nicht ohne die Anerkennung des Rechts der Natur, des Recht auf Natur, der sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte und des Rechts auf Anteile am wissenschaftlichen Fortschritt möglich.

Definitionen

"Recht der Natur": Natur hat ein "Eigenrecht" der Existenz, der Reproduktion, der Entwicklung. Die Achtung des Natürlichen ohne eine utilitaristische (dem Nützlichkeitsprinzip verhaftete) Begründung (z. B. ökonomische, ästhetische, gesundheitliche) ist Voraussetzung und Folge des Respekts eines vom Menschen Unabhängigen. Natur ist nicht für den Menschen da. Sie war vor ihm und ist auch nach ihm da.

Das *"Recht auf Natur"* ist ein utilitaristisch geprägtes Recht. Es umfasst das Recht aller Menschen (jetziger und folgender Generationen) auf eine intakte natürliche Mitwelt – aus ökonomischen, ästhetischen und gesundheitlichen Gründen. Dieses universelle Recht auf Natur, oder auf natürliche Gemeingüter ("natürliche Commons") wie Wasser, Land, Luft, natürliche Rohstoffe und Energieressourcen aller Art, leitet sich vom bloßen Menschsein ab.

Einerseits ist mit dem Recht auf Natur das Recht aller Menschen auf die Beteiligung an demokratischen Prozessen hinsichtlich der Gestaltung des Ökonomischen (als der mit Natur

[2] Zu Folgekosten einer Wachstumsökonomie siehe das Standardwerk von Karl William Kapp (1979).

verbundenen Produktion/Konsumtion) gemeint (*demokratische Dimension*). Anderseits ist mit dem Recht auf Natur bzw. auf deren Ressourcen und Früchte auch das soziale Recht auf einen Anteil der in der Arbeit genutzten und durch Arbeit umgewandelten Natur verbunden, unabhängig davon, ob der einzelne die Natur selbst durch Arbeit nutzt bzw. umwandelt (*sozial-materielle Dimension)*. Denn: Jegliche Nutzung/Umwandlung gemeinsamer Naturgüter durch einzelne oder kollektive Nutzer/innen impliziert das Recht aller an einem gleichen Anteil an dem Ergebnis der Nutzung/Umwandlung natürlicher Gegebenheiten. (Vgl. die naturrechtliche Begründung bei Thomas Paine und Thomas Spence in Blaschke 2010a)

"Soziale, kulturelle und politische Grundrechte" sind individuelle Rechte zur Sicherung der Existenz und der grundlegenden gesellschaftlichen Teilhabe. Gemäß dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.Dezember 1966 sind das z. B.: das Recht auf Arbeit (Recht auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen); das Recht auf Soziale Sicherheit an; das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung; das grundlegende Recht, vor Hunger geschützt zu sein; das Recht auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit; das Recht auf Bildung; das Recht am kulturellen Leben teilzunehmen und an den Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendung teilzuhaben (siehe nächster Abschnitt). Zu den Grundrechten gehören ebenfalls politische Teilhaberechte gemäß dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.Dezember 1966, zum Beispiel das Recht und die Möglichkeit, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dieses Recht und die Möglichkeit besteht ohne Unterschied wie insbesondere der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status.

Das *"Recht auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt"* ist ein kulturelles Grundrecht, soll aber aufgrund der spezifischen Bedeutung gesondert erwähnt werden. Die in den Produktivkräften und -verhältnissen geronnenen wissenschaftlichen (kulturellen) Errungenschaften vergangener Generationen "gehören" allen Menschen (Wissens-, Kompetenz- und Kultur-Commons), damit auch die Anteile an den unter Nutzung dieser Errungenschaften produzierten Güter und Dienstleistungen (*sozial-materielle Dimension*). Und jede/r hat das Recht über die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse politisch mitzubestimmen (*demokratische Dimension*). Selbstverständlich hat auch jede/r das Recht auf die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts im Sinne der individuellen Bildung und Fähigkeitsentwicklung (*Bildungsdimension*).

Bemerkung

Soziale, kulturelle und politische Grundrechte sind wie das Recht auf Natur individuelle *Grund*rechte, also bedingungslos jedem Menschen zu garantieren. Soziale und politische Rechte sind auch aus den Rechten auf Natur ableitbar – jede/r hat das Recht auf seinen Naturanteil bzw. auf einen Anteil der aus Natur erarbeiteten Produkte (*sozial-materielle Dimension*) und das Recht, bei der Verfügung über Natur mitzubestimmen (*demokratische Dimension*). Analoges (außer der Ableitung aus dem Recht auf Natur) gilt für das Recht auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt.

Begründungen

Eine Gesellschaft ohne Respekt vor der Eigenständigkeit der Natur kann nicht anders als Natur unter dem Nützlichkeitsaspekt für die Menschen denken und behandeln. Eine wichtige Bremse des Wachstums fehlt also.

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung des Rechts aller Menschen auf Natur hat keine Schranke hinsichtlich der Vernichtung von Naturressourcen. Eine solche Gesellschaft hat auch keine Schranke hinsichtlich privater, elitärer und antidemokratischer Verfügungen über die Natur. Diese Schrankenlosigkeit befördert die weitere Spaltung der Gesellschaft (z. B. durch bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme wie z. B.

Grund-/Mindestsicherungen, siehe Kapitel 6), den knallharten Konkurrenzkampf um Rohstoffe (Vgl. "Allianz für Rohstoffsicherung" der deutschen Wirtschaft – BDI, Daimler, BMW, Bayer, BASF, ThyssenKrupp u. a.), Rohstoffsicherungen durch erpresserische Verträge mit armen Ländern und Verträge mit Regimes, die massiv Menschenrechte verletzen (siehe die jüngsten Verträge Deutschlands mit Kasachstan), sowie gewaltsame Lösungen von Ressourcen- und Überlebenskonflikten.

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung des Rechts aller Menschen auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt kennt keine Schranke hinsichtlich privater, elitärer und antidemokratischer Verfügungen über diese Erkenntnisse und deren Nutzung. Die fehlende Anerkennung befördert ebenfalls eine weitere Spaltung der Gesellschaft, den Kampf um die Nutzung der wissenschaftlichen Fortschritts bis hin zur totalen Privatisierung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts. Das was unendlich immateriell reproduzierbar, also nicht privatisierbar ist, soll zum Beispiel durch Monopolisierung, Patentierung usw. künstlich privatisiert werden – das Wissen. (Vgl. Gorz 2009; Vgl. auch Gorz 2004)

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung der sozialen und kulturellen Grundrechte verliert jeglichen Respekt vor menschlicher Existenz, Würde und Freiheit des Menschen. Sie verletzt auch politische und bürgerliche Grundrechte, denn nur bedingungslos sozial-materiell abgesicherte Menschen sind nicht materiell erpressbar und ausgrenzbar hinsichtlich ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten. Eine "Postwachstumsgesellschaft" aber ohne die gleichen Mitwirkungsmöglichkeiten für alle zur Gestaltung dieser Gesellschaft läuft auf eine undemokratische, schlimmstenfalls diktatorische Gesellschaft hinaus, in der sich Macht- und soziale Verhältnisse verschärfen, in der sich die Gesellschaft weiter spaltet und gewaltsame Konfliktlösungen zu befürchten sind.

Alle angedeuteten Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen ohne die Anerkennung der genannten bedingungslos zu gewährenden Rechte gefährden Entwicklungen in Richtung einer nachhaltigen Postwachstumsgesellschaft und gefährden die Stabilität und Dauerhaftigkeit bereits gestalteter Postwachstumsgesellschaften bzw. -ökonomien.

6. Die vier Dimensionen der Bedingungslosigkeit der Existenz und Teilhabesicherung

Die genannten individuellen Grundrechte sind bereits hinsichtlich ihrer Verdienstlosigkeit und Unabhängigkeit von einer Gegenleistung als bedingungslos menschenrechtlich begründbar (*erste Dimension der Bedingungslosigkeit*).

Die Grundrechte müssen aber auch bedingungslos hinsichtlich der Bedürftigkeit, also ohne eine Bedürftigkeitsprüfung (sozialadministrative Einkommens-/Vermögensprüfung), jedem Menschen garantiert werden (*zweite Dimension der Bedingungslosigkeit*), sollen sie tatsächlich dem Anspruch von Grundrechten gerecht werden. Warum?

1. Weil jegliche Form von Bedürftigkeitsprüfung diskriminierend und stigmatisierend ist und systematisch bedürftige Menschen von der Inanspruchnahme sozialer, kultureller und damit auch von der Wahrnehmung bürgerlicher und politischer Grundrechte ausschließt. (Stichwort verdeckte Armut, in Deutschland bei bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungen ca. 50 Prozent; Vgl. Becker / Hauser 2010)

2. Weil Bedürftigkeitsprüfungen Menschen in Bürger zweier Klassen aufteilen, in die Klasse der von sozialen Zuwendungen Abhängigen und in die Klasse der nicht davon Abhängigen, die die Zuwendungen (angeblich) erwirtschaften. Das hat nachteilige Auswirkungen hinsichtlich Respekt und Anerkennung im demokratischen Diskurs gegenüber den die Zuwendung Beziehenden. Erschwerend kommt hinzu, dass die eine Zuwendung Beziehenden in der Gesellschaft die Minderheit bilden und somit strukturell bedingt politisch unterlegen sind.

3. Weil Bedürftigkeitsprüfungen zu Neiddebatten führen (warum bekommt der eine Zuwendungsleistungen, warum der andere nicht; leben auf Kosten anderer), die die Anspruchsgarantie und existenz- bzw. teilhabesichernde Höhe der Zuwendungen in Frage stellen.

4. Weil Bedürftigkeitsprüfungen private und institutionelle Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten befördern – und damit grundlegende Freiheitsrechte gefährden.

5. Weil das Recht auf Natur und das Recht auf Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt das Recht aller Menschen ist, somit auch das Recht der Verfügung über die Anteile daran unabhängig von der Bedürftigkeit des Einzelnen besteht. (Vgl. zu den Punkten auch Blaschke 2010a)

Alle diese fünf Nachteile bzw. Probleme bedürftigkeitsgeprüfter Systeme erledigen sich größtenteils mit einem Zugang zu Ressourcen der Existenzsicherung und Teilhabe, der ohne eine Bedürftigkeitsprüfung möglich ist.

Die *dritte Dimension der Bedingungslosigkeit* besteht nicht nur darin, dass Grund- als Menschenrechte Rechte für alle Menschen sind, sondern auch darin, dass jede und jeder auch die gleichen Rechte an jedem Ort seines Lebens wie die anderen an diesem Ort Lebenden hat. (Vgl. Kopp 2011, auch Ekardt 2011)[3] Das bedeutet letztlich, dass die Menschenrechte konsequent aus dem Korsett *staats*bürgerlicher Voraussetzungen und Vorbehalte gelöst werden müssen, was angesichts der fortschreitenden Globalisierung von Produktion, Wissenschaft, Kultur und politischer Zusammenhänge und ebenso der Umweltprobleme und Probleme der Ressourcennutzung schon längst überfällig ist. (Vgl. dazu auch die Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte)

[3] Das hieße, dass nicht nur eine globale Universalität hinsichtlich der sozialen und kulturellen Rechte, sondern auch der politischen Rechte – im Sinne einer Weltbürgerschaft – begründet werden müsste.

Die *vierte Dimension der Bedingungslosigkeit* ist mit der ausreichenden Höhe der Existenz- und Teilhabesicherung verbunden. Eine nicht die Existenz sichernde und nicht die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichende Absicherung nötigt existenziell und durch Ausgrenzungen zu Gegenleistungen oder bedürftigkeitsgeprüften Aufstockungen, führt zu persönlichen bzw. institutionellen Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten. Die Wirkkraft o. g. Dimensionen der Bedingungslosigkeit wird dadurch geschwächt bzw. ganz aufgehoben.

Die genannten individuellen Grundrechte, die bedingungslos dem Rechtssubjekt zu garantieren sind, können in sozial-materieller Hinsicht in monetärer Form (Grundeinkommen als Transferleistung) und in nicht monetärer Form (gebührenfreier Zugang zu öffentlichen Gütern, zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zu öffentlichen infrastrukturellen bzw. Dienstleistungsangeboten) angeeignet werden. Über die konkreten Kombinationen und gegenseitige Ergänzungen monetärer und nicht monetärer Formen ist demokratisch zu entscheiden.

7. Definition Grundeinkommen

Grundeinkommen ist ein bedingungsloser individuell garantierter Zugang zu Ressourcen in Form eines individuell garantierten, monetären Anspruchs aller Menschen, der die Existenz sichern und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen sollen, der nicht mit einem Zwang zur Arbeit oder zur Gegenleistung und nicht mit einer Bedürftigkeitsprüfung (sozialadministrative Einkommens-/Vermögensprüfung) verbunden ist. Informationen zum Grundeinkommen und zu derzeit diskutierten Grundeinkommenskonzepten sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Grundeinkommen finden sich auf der Website des Netzwerks Grundeinkommen.

8. Vier Argumente für eine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft mit bedingungsloser Absicherung der Existenz und Teilhabe

1. Argument: Sicherung der demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

Nur wenn alle Mitglieder das Recht auf freie Mitbestimmung in Fragen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion haben[4], kann eine "entbettete" Ökonomie (Vgl. Polanyi 1973) tatsächlich wieder *nachhaltig* gesellschaftlich eingebettet werden. Es geht dabei darum, den Siegeszug des Wirtschaftsliberalismus, der zur Durchsetzung des Primats der Ökonomie gegenüber der Ökumene führte, auf höherer Ebene (radikale Demokratie) aufzuheben. Die "entbettete" Ökonomie und ihre Institutionen sind in gesellschaftliche normative Bestimmungen und demokratische Institutionen "einzubetten". Dazu gehört, dass das vorherrschende Prinzip der Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz in Waren und das vorherrschende Prinzip der Profiterzielung aufzuheben sind. Die politische Ökumene, jetzt Anhängsel der kapitalistischen Ökonomie (Stichwort "marktkonforme Demokratie"), ist zu demokratisieren und als Gestalterin des Ökonomischen in ihre Rechte einzusetzen – von den Menschen selbst. Denn nur demokratische Prozesse allein können grundlegende produktive und konsumtive Bedürfnisse abbilden. Marktprozesse unter dem Diktat des Konkurrenz- und Profitprinzips bestimmen Produktion und Konsumtion von

[4] Aus Begrenzungsgründen kann hier nicht über konkrete Formen der Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie deren Institutionalisierungen diskutiert werden.

anderen Zielstellungen her.[5] Die Qualität des Politischen bestimmt die Qualität der Antwort auf die Frage über das Ob, Was und Wie der Produktion (und damit der Konsumtion). Erst freie demokratische Entscheidungsmöglichkeiten, also Entscheidungsmöglichkeiten, die unter anderem sozial-materiell bedingte Erpressbarkeiten, Diskriminierungen und Stigmatisierungen von Menschen und Menschengruppen ausschließen, die also durch die Anerkennung sozialer und kultureller Grundrechte bedingungslos abgesichert sind, können eine dauerhafte und stabile Postwachstumsgesellschaft garantieren. Außerdem: Die wechselseitige Anerkennung sozialer und kultureller Grundrechte der Menschen untereinander (z. B. in Form eines Grundeinkommens) ist die höchste Form der Solidarität der Menschen untereinander, weil sie die *Freiheit von* materieller Not, Erpressbarkeit, Diskriminierung und die *Freiheit zur* sozial-materiell abgesicherten Teilhabe jedes Menschen anerkennt. Solidarität stabilisiert eine Gesellschaft!

2. Argument: Sicherung der bedarfsorientierten, kooperativen und solidarischen Produktion.[6]

Die grundlegende Bestimmung gesellschaftlicher Produktions- und Konsumtionsziele wird ergänzt durch eine freie demokratische Kooperation bei der unmittelbaren Produktion – unter Einbeziehung der direkt in der Produktion Tätigen und der direkt von dieser Produktion Betroffenen, vom Mitbestimmungsrecht zum Beispiel der Anwohner/innen im Umfeld der Produktion bis zum Mitbestimmungsrecht der Verbraucher/innen über die konkrete Produktion. Dabei werden Bedarfe und Produktionsziele konkretisiert. Hierbei kann von einer solidarischen Kooperation gesprochen werden: Solidarität in einer demokratisch gesteuerten ökonomischen Kooperation besteht darin, dass in dieser Produktion das Bedürfnis der anderen anerkannt und deren Bedürfnisbefriedigung zum großen Teil individuelles Bedürfnis der Produzent/inn/en ist (Stichwort partielle Aufhebung der Entfremdung). Demokratisch-kooperative *und* solidarische Formen der unmittelbaren Produktion müssen zwangsläufig auch freie ökonomische Kooperationen sein. Das heißt, jede/r ist frei in seiner Entscheidung im demokratischen Prozess *und* in der Produktionsmitwirkung. Das setzt die bedingungslose Absicherungen der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe voraus. Eine Kooperation ohne Freiheit ist eine erzwungene und keine solidarische Kooperation. Eine freie Kooperation liegt dann vor, wenn die Regelung von Verfügungsgewalt und Arbeit sowie geltende Regeln der Kooperation jederzeit von allen Beteiligten neu aushandelbar sind: "In einer freien Kooperation sind die Beteiligten frei, sich der Kooperation zu entziehen, d. h. sie zu verlassen; sie sind frei, ihre Kooperationsleistungen einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, um dadurch Einfluss auf die Regeln zu nehmen. Freie Kooperation hat zur Voraussetzung, dass alle Beteiligten diese Form der Einflussnahme (oder der Aufkündigung) auch praktizieren können

[5] Aus Begrenzungsgründen kann hier nicht diskutiert werden, ob ein Markt im heutigen Sinne weiterbestehen und welche Funktionen der Markt in einer Demokratie übernehmen soll.

[6] Individuelle Produktion (private Subsistenz) ist ein Komplement und kein Gegensatz der kooperativen Produktion. Auch sie ist durch die Nutzung dazu nötiger Produktionsmittel und Gegenstände eingebunden und nicht losgelöst von demokratischen Regulationen der Produktion und Konsumtion, daher ist auch diese Ökonomie nicht "entbettet" und kann hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs reguliert werden. Außerdem werden individuelle Produktionen durch eine bedingungslose Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe von der Existenznotpeitsche befreit und freier gestaltbar. Es gilt: Die Produktion für sich selbst ist gebunden an den eigenen Bedarf. Eine Überschussproduktion ist sinnlos.

[...]." (Spehr 2003) Das Grundeinkommen gilt als eine notwendige materielle Bedingung einer freien (ökonomischen) Kooperation.

Das Gegenteil einer kooperativen, solidarischen und bedarfsorientierten Ökonomie ist die Konkurrenz- und Profitökonomie, die kapitalistische Ökonomie. Ihr wohnt Tendenz inne, aus Geld mehr Geld zu machen, wobei die dingliche Ware bzw. die wertsymbolisch aufgeladene dingliche Ware (Vgl. Gorz 2009) als Vehikel dient. Auf dem Finanzmarkt wird versucht ohne dieses Vehikel der Geldvermehrung auszukommen. Der kapitalistischen Ökonomie wohnt auch die Tendenz der "Produktion von konsumtiven Bedürfnissen" (durch Erziehung, Werbung, symbolische Werthaltigkeit etc.) und der Beförderung der verschiedenen Formen von Obsoleszenzen (also von künstlich bewirktem materiellen und immateriellen Verschleiß von Produkten und Dienstleistungen, Vgl. Wikipedia) inne. Demokratische Prozesse, und erst recht solche in solidarischen und freien Kooperationen, orientieren dagegen von der Tendenz her auf Arbeitsersparnis, "Produktion von demokratischen und kulturellen Bedürfnissen", auf haltbare und langlebige Produkte statt auf die künstliche Ausweitung der Produktion und auf die Produktion von konsumtiven Bedürfnissen.[7]

3. Argument: Sicherung der bedarfsorientierten gesellschaftlichen Konsumtion

Öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen müssen ebenfalls demokratisch bestimmt und organisiert werden – sowohl von den Produzent/inne/n als auch den Nutzer/inne/n. Dies ermöglicht die Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen der Nutzer/innen und die Privatisierung sowie Kapitalisierung der Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und Dienstleistungen. Der bedingungslose Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen ist Bestandteil einer freien Demokratie, die auch auf die Freiheit von sozial-materieller Erpressbarkeit, Diskriminierung und Stigmatisierung setzt. Ein ausgewogene Balance zwischen öffentlich-staatlich und lebensweltlich bzw. persönlich organisierter Daseinsvorsorge ist demokratisch zu bestimmen. Dabei sind unterschiedliche Erwägungen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der Unterordnung unter ökonomische Rationalitäten, der Selbstbestimmung und auch des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen zu beachten.

4. Argument: Aufhebung der gesellschaftlichen Gründe für übermäßige individuelle (materielle) Konsumtion

Individuelle Konsumtionsverhältnisse sind Teil der gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnisse. Individueller materieller Konsum und Konsumsteigerung hat verschiedene Gründe: Bedürfnisbefriedung, Statussicherung und -gewinnung, Kompensation fehlender Bedürfnisbefriedigung infolge entfremdeter Arbeit und entfremdeter gesellschaftlicher Verhältnisse, Kompensation fehlender Sinnerfüllung wegen nicht erfüllender und nicht anregender Tätigkeiten, Abbau von Stress und Überarbeitung, Kompensation von Prekarität. Materieller Konsum und Konsumsteigerung sind Produktionserfordernis und -peitsche zugleich. Eine demokratische und solidarische

[7] Grundsätzlich gilt in Bezug auf die Argumente 1 und 2: Kooperative und solidarische Formen der Produktion vermitteln gesellschaftliche (globale, nationale, regionale, lokale und individuelle) Arbeitsteilungen und Distributionen mit demokratisch regulierten Mitteln (demokratisch regulierter Allokationsmechanismus in Produktion und Verteilung). Die Art der Distribution und Zuweisung ist demokratisch zu diskutieren und entscheiden. Aus Begrenzungsgründen kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

Gesellschaft, die eine freie, kooperative Ökonomie ermöglicht, führt zu einem minimierten individuellen Konsum, weil

- die kooperative Produktion demokratisch und bedarfsorientiert gestaltet ist, nicht produktions-/konsumtionsorientiert gemäß dem Profit-/Konkurrenzprinzip,

- entfremdete Arbeit und eben solche gesellschaftliche Zustände des Öffentlichen durch eine radikale Demokratisierung aller öffentlichen Bereiche und Anerkennung sozialer, kultureller und politischer Grundrechte zurück gedrängt werden,

- die in den entfremdeten Bereichen materiell erworbenen/zu erhaltenden Statuszuschreibungen ebenfalls zugunsten der Anerkennung und Statuszuschreibung gemäß der Teilhabe am demokratischen Prozess und an Bildung sowie gemäß musischer Fähigkeiten zurückgedrängt werden,

- eine bedingungslose Absicherung der grundlegenden Bedürfnisse zur Sicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe (also eine Entprekarisierung) die Notwendigkeit der Kompensation der Prekarität durch individuellen Konsum beseitigt,

- eine bedingungslose Absicherung die Wahl erfüllender und anregender (ökonomischer) Tätigkeiten ermöglicht.

9. Aufrufe zum Konsumverzicht nützen nicht viel

Appelle an Menschen, den individuellen Konsum einzuschränken, sind, wie die Erfahrung zeigt, relativ wirkungslos. Um es in Anlehnung an Werner Rätz (Vgl. Rätz 2011a) zu formulieren: Appelle sind fast nutzlos und sogar schädlich. Schädlich, weil sie die strukturellen Ursachen der unsinnigen und ressourcenverschlingenden Produktion und Konsumtion systematisch ausblenden. Oder mit einer anderen Formulierung aus einem Beitrag von Werner Rätz und anderen auf den Punkt gebracht: Statt Verdammung "falscher" Bedürfnisse brauchen wir eine demokratische Debatte über Inhalt und Gestaltung der Produktion – somit letztlich auch über die Konsumtion. (Vgl. Rätz u. a. 2011b) Ein demokratisch und frei von sozial-materieller Erpressung, Stigmatisierung und Diskriminierung geführter Diskurs über Sinn und Zweck von Produktion und (individueller) Konsumtion hat viel weiter greifende Wirkungen als ein Appell. Ein öffentlicher Diskurs ist nachhaltiger: *"Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden."* (Attac-Vorbereitungsgruppe 2011)

10. Weitere Argumente für ein Grundeinkommen auf dem Weg zu und in einer Postwachstumsgesellschaft

Das Grundeinkommen (oder ihm adäquate Formen bedingungsloser Zugänge zu Ressourcen der Existenz- und Teilhabesicherung) befördert eine freie, demokratische und solidarische

Gesellschaft. Eine freie, demokratische und solidarische Gesellschaft beseitigt Wachstumsbeschleuniger und Wachstumspeitschen

- auf gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene: private Aneignung der Ressourcen für die Produktion, die damit verbundene Produktion gemäß dem Konkurrenz- und Profitprinzip und dem impliziten Zwang zur Konsumtion.

- auf individueller Ebene: Entfremdung, Prekarität und Ängste vor sozialer Not und Ausgrenzung.

Auf individueller Ebene bewirkt das Grundeinkommen, da es freie ökonomische Kooperationen befördert, freiere Entscheidungsmöglichkeiten und -verantwortlichkeiten des Einzelnen, seine Kooperationsleistungen einzuschränken oder zu versagen, wenn zum Beispiel Naturressourcen verschleudernde Produktionen Ziele der Kooperationen sein sollen/sind.

Auf gesellschaftlicher und individueller Ebene befördert das Grundeinkommen die Neugründung von freien ökonomischen und anderen Kooperationen, die ressourcenbewusst produzieren und konsumieren.

Auf individueller Ebene befördert das Grundeinkommen freie Zeiten für Muße und Muse als Zeiten zur Reflexion eigener Freiheit und Verantwortung sowie zur Erlangung gesellschaftlicher Anerkennung jenseits markt- und konsumorientierter Statuszuschreibungen. Auf gesellschaftlicher Ebene wird die gerechtere Verteilung verschiedener gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten (zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung) durch ein Grundeinkommen unterstützt.

Auf gesellschaftlicher Ebene befördert das Grundeinkommen eine Umverteilung (im nationalen und globalen Maßstab) und somit eine erhöhte Akzeptanz der Veränderung der Arbeits- und Lebensgewohnheiten zugunsten wirtschaftlicher Schrumpfung, zugunsten eines geringeren Konsums und somit zugunsten eines geringeren Verbrauchs natürlicher Ressourcen.

Auf gesellschaftlicher und individueller Ebene kann das Grundeinkommen den Ressourcenverbrauch senken, zum Beispiel indem das Grundeinkommen mit Steuern auf den Verbrauch von Naturressourcen und Energieverbrauch bzw. mit der Abschaffung von Subventionen, die Wachstum und den Verbrauch von natürlichen Ressourcen vorantreiben, verbunden ist. Beispiele sind: Ökobonus/Ökogrundeinkommen (Vgl. Schachtschneider 2011), Umlenkung der Subventionierung des Flugverkehrs in die Finanzierung eines Grundeinkommens (Vgl. Paech 2011), Besteuerung des Primärenergieverbrauchs (BAG Grundeinkommen DIE LINKE) bzw. Steuern auf umweltschädigende Stoffe (BDKJ) zur Finanzierung des Grundeinkommens. Durch die Nutzung dieser Finanzierungsquellen für das Grundeinkommen wird eine ökologische Steuerung im Sinne eines geringeren Ressourcenverbrauchs mit einer sozialen Steuerung im Sinne einer Umverteilung von oben nach unten verbunden, da Grundeinkommen den unteren Einkommensschichten zugute kommen. (Vgl. Schachtschneider 2012)

11. Umverteilung von oben nach unten und Grundeinkommen sind Wachstumsbremsen. Es gibt gute Argumente gegen das Argument, Umverteilung würde das Wachstum ankurbeln.

Argument individuelle Ebene: Umverteilung von oben nach unten befördert Akzeptanz der notwendigen Veränderung des ressourcenverschwendenden Lebensstils

"*Angesichts des notwendigen Schrumpfens der Ökonomie und angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit ist es notwendig, die Vorstellung zu überwinden, dass nur umverteilt werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. […] Es ist genug für alle da, aber das bedeutet nicht, dass jeder immer von allem alles haben kann. […] Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden. Wenn in einem ersten Schritt der Konsum der Eliten, unproduktive kollektive Verschwendung und der Herrschaftskonsum beschnitten werden, dann wird den Menschen die Einsicht in die eigenen Anteile an der Verschwendungswirtschaft sehr viel leichter fallen*." (Attac-Vorbereitungsgruppe 2011) Oder anders ausgedrückt: "*Wer fordert, dass die Menschen ihren ökologischen Gürtel enger schnallen, der muss auch für einen gleichen Leibesumfang sorgen*." (Methmann 2007: 189; Vgl. dazu auch die Debatte bei Amery 1985: 97)

Argument: Individuelle und gesellschaftliche Ebene: Umverteilung befördert soziale Gleichheit, sozialen Zusammenhalt und drängt den Ressourcenverbrauch zurück

"Wachstum ist eine Ersatzdroge für Einkommensgleichheit. […] Je mehr Einkommensgleichheit, umso weniger brauchen wir die Ersatzdroge. Mehr Gleichheit ist Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum." Und: "In Gesellschaften mit mehr materieller Gleichheit sind der soziale Zusammenhalt und auch das gegenseitige Vertrauen der Menschen stärker; beides fördert das Gemeinschaftsgefühl. […] Ein Mehr an Gleichheit kann uns helfen, eine öffentliche Moral zu entwickeln, die auf wechselseitige Verpflichtung und Zusammenarbeit gerichtet ist." (Wilkinson / Pickett 2009)

Argument: Globale Ebene: Globale Umverteilung (zum Beispiel durch Nord-Süd-Transfers) befördert Senkung des Ressourcenverbrauchs

"Die politischen Auseinandersetzungen um eine gerechte Sozialpolitik unter dem Vorzeichen knapper werdender Ressourcen können nur im Blick auf die globale Situation geführt werden. Soziale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den arm gemachten Ländern des Südens anerkennen." (Attac-Vorbereitungsgruppe 2011) Neben der Förderung der nationalen und regionalen Subsistenz der armen Länder, der Zurückdrängung des billigen Imports in und billigen Exports aus diesen Ländern können auch Transferzahlungen aus den reicheren Ländern in die ärmeren Länder (im Sinne Reparation für vergangene Ausplünderungen und Ausbeutungen und im Sinne der Entgeltung für die Nichtantastung/-ausbeutung von Naturressourcen, Vgl. Blaschke 2010b) der Umverteilung von reichen zu armen Ländern dienen. Diese Transfers können u. a. für Mindest-/Grundeinkommenssysteme (Vgl. Künnemann 2007) sowie für eine bedingungslose öffentliche Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und Dienstleistungen genutzt werden. Wir brauchen ein von reichen Ländern

mitfinanziertes Grundeinkommen statt Ausbeutung von Naturressourcen in ärmeren Ländern!

Zum Gegenargument, dass Umverteilung von oben nach unten bzw. von reich zu arm (z. B. durch ein Grundeinkommen) Konsum und damit Wachstum ankurbeln würde, hätten doch die Ärmeren durch die Umverteilung mehr Kaufkraft:

Was unten bzw. ärmeren Ländern gegeben wird, wird oben bzw. Reicheren entzogen, und zwar bei deren Kaufkraft. Darüber hinaus werden aber die Möglichkeiten der Reichen Kapital zu akkumulieren und dieses Kapital in Produktion zu investieren, minimiert. Kapital für Investitionen ist aber ein enormer Wachstumstreiber (Vgl. Rätz o. J.). Ein umverteilendes Grundeinkommen minimiert also Investitionsmittel und damit den Ressourcenverbrauch.

Verstärkt wird die ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung des umverteilenden Grundeinkommens, wenn diese Umverteilung darüber hinaus mit Maßnahmen verbunden ist, die den Ressourcenverbrauch durch Steuern direkt verteuern und so auf dessen Minimierung hinwirken (siehe die oben angeführten Beispiele).

Eine ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung ergibt sich aber aus den oben genannten gesellschaftlichen Beförderungen bzw. Wirkungen, die mit dem Grundeinkommen verbunden sind: Freiheitsgewinn, Förderung der Demokratisierung, Solidarität und alternativer, nicht konsumistischer Formen des Wirtschaftens und Lebens.

Folgende Hypothese wäre zu wagen: Je höher das Grundeinkommen, und damit die Umverteilung von oben nach unten, desto größer ist die ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung des Grundeinkommens.

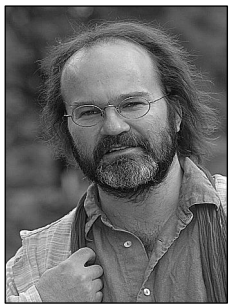
12. Eine Literaturempfehlung

Freunden "leichter" Kost, die zum Nachdenken und Debattieren anregt, empfehle ich die "Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral" von Heinrich Böll und "Ökotopia" von Ernest Callenbach zur Lektüre.

Artikelherkunft

Beitrag vom Autor speziell für dieses Werk angefertigt.

Über den Autor



Ronald Blaschke, Jahrgang 1959, hat Philosophie und Erziehungswissenschaften studiert und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten. Er ist Mitglied im Netzwerkrat des Netzwerks Grundeinkommen. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Armut und Grundeinkommen.

Verwendete Literatur

Amery, Carl: Sozialethik und ökologische Perspektive, in: Opielka, Michael (Hrsg.): Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt/Main 1985: 93 – 99.

Attac-Vorbereitungsgruppe Postwachstumskongress: Erklärung und Appell. Abschied vom Wachstumszwang – Aufbruch zum "guten Leben", 2011.

BAG Grundeinkommen DIE LINKE: Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE für ein bedingungsloses Grundeinkommen in existenz- und teilhabesichernder Höhe, 2010.

Blaschke, Ronald. Oikos und Grundeinkommen. Ansprüche an Transformation und Emanzipation in: Kurt Biedenkopf, Ralf Dahrendorf, Erich Fromm, Maik Hosang (Hrsg.), Petra Kelly u. a.: Klimawandel und Grundeinkommen. Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches Experiment. München 2008: 105 – 118.

Blaschke, Ronald: Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: Blaschke, Ronald / Otto, Adeline / Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin 2010a 9 – 292.

Blaschke, Ronald: Ein hoffnungsvolles Projekt für eine Ökonomie, die ihren Namen verdient, 2010 b.

Blaschke, Ronald: In welcher Beziehung steht das bedingungslose Grundeinkommen zur Postwachstumsökonomie? Thesenpapier zur Ringvorlesung "Postwachstumsökonomie" an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg am 18. Januar 2012.

Becker Irene / Hauser, Richard: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge. Hans-Böckler-Stiftung, 2010.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ): Vision für eine gerechte Gesellschaft. Solidarität – Chance für die Zukunft, 2005.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Rösler begrüßt Gründung der Allianz zur Rohstoffsicherung durch deutsche Wirtschaft, Pressemitteilung vom 30.01.2012

Füllsack, Manfred: Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne, Berlin2006.

Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie; Frankfurt/Main 2000.

Gorz, André: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich 2004.

Gorz, André: Reichtum ohne Wert, Wert ohne Reichtum, in: Gorz, André: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich 2009: 91 – 119.

Kapp, Karl William: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 1979.

Kopp, Hagen: Die Grenzen auf! Migration und Existenzgeld, in: Allex, Anne / Rein, Harald (Hrsg.): "Maschinen die Arbeit … Uns das Vergnügen!" Beiträge zum Existenzgeld, Neu-Ulm 2011: 153 – 163.

Künnemann, Rolf: Grundnahrungseinkommen: Ein universelles Menschenrecht? 2007.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin 1985.

Methmann, Chris: Vom Straffen des Gürtels zu einem Leben ohne Gürtel. In: Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit (Hrsg.): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien 2007.

Opielka, Michael: Einleitung: Warum "ökosoziale" Frage? in: Opielka, Michael (Hrsg.): Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt/Main 1985

Paech, Niko: Thesen zum Thema Wachstumskritik und Grundeinkommen, 2011.

Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte

Polanyi, Karl: The Great Transformation - Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main 1973

Rätz, Werner: Wachstumskritik und Grundeinkommen, o. J.

Rätz, Werner: Alle individuellen Appelle sind nutzlos und schädlich, 2011a.

Rätz, Werner / Meisterernst, Doris / Paternoga, Dagmar (Attac AG Genug für Alle): Statt Verdammung »falscher« Bedürfnisse: Demokratische Debatte über Inhalt und Gestalt der Produktion, in: Rätz, Werner / von Egan-Krieger, Tanja / Muraca, Barbara Passadakis, Alexis / Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Ein Projekt von Attac. Hamburg 2011b: 96 – 108.

Schachtschneider, Ulrich: Ökologisches Grundeinkommen – eine emanzipative Variante des Green New Deal? 2011.

Schachtschneider, Ulrich: Ökosteuer-Studie: Umverteilung durch Ökobonus möglich, 2012.

Spehr, Christoph: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, in: Spehr, Christoph (Hrsg.): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 9, Berlin 2003 19 – 115.

Website des Netzwerks Grundeinkommen: http://www.grundeinkommen.de/

Wikipedia "Obsoleszenz": http://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz

Wilkinson, Richard / Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.

Externe Kosten als Treiber von Landnutzungsänderungen[1]

Dirk Löhr

Kurzbeschreibung: Landnutzungsänderungen werden oft nicht in nachhaltiger Weise durchgeführt. Der Verlust an anbaufähigem Land und Biodiversität, Sorgen über die Nahrungsmittelsicherheit und steigende Kosten der Infrastruktur aufgrund von Zersiedelung sind nur einige der Diskussionspunkte. Der vorliegende Text vergleicht Deutschland, China und Kambodscha. Es wird aufgezeigt, dass nicht-nachhaltige Landnutzungsänderungen trotz großer Unterschiede in Institutionen und Governance meist ähnliche Muster haben: Die Nutznießer der Landnutzungsänderungen sind oft gut organisierte Akteure, wogegen die Kosten auf schwach organisierte Gruppen und die Gesellschaft als Ganzes abgeschoben werden. Eine nachhaltige Landnutzungspolitik hat für eine bessere Kopplung von Gewinnen und Kosten der Landnutzungsänderungen zu sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird vorliegend empfohlen, das Planungsrecht durch ein nachhaltiges ökonomisches Rahmenwerk zu ergänzen.

1. Einführung

Landnutzungsänderungen haben viele Gesichter. Landnutzungsänderungen werden oft nicht in nachhaltiger Weise durchgeführt. In diesem Artikel werden wir den Fokus auf zwei Typen von Landnutzungsänderungen richten, die anhand von drei Ländern illustriert werden: Zum Einen geht es um die Transformation von landwirtschaftlichem Land in Siedlungs- und Verkehrsflächen, wobei wir Deutschland und China als Beispiel verwenden; zum anderen um den Übergang von kleinbäuerlichem Ackerbau zu großflächiger agro-industrieller Produktion, veranschaulicht am Beispiel von Kambodscha.

Betrachtet man den ersten Typ von Landnutzungsänderungen, so zeigen sich in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Problemfelder. In Deutschland geht es u.a. um den Verlust an Biodiversität, um ansteigende Infrastrukturkosten oder um das Problem der Versorgung älterer Menschen oder alleinerziehender Eltern in abseits gelegenen Gebieten. Die deutsche Regierung möchte die tägliche Umformung auf 30 Hektar pro Tag bis ins Jahr 2020 begrenzen [1]. Forschungsprogramme wie „REFINA“ und mehrere Expertenkomissionen sollten Konzepte zur Verfügung stellen, um den „Flächenverbrauch“ zu stoppen oder wenigstens signifikant zu reduzieren [2]. Bislang waren diese Bemühungen im Wesentlichen erfolglos.

Auch wenn die gesamte Landmasse Chinas größer ist als diejenige der Vereinigten Staaten (9,6 bzw. 9,4 Millionen Quadratkilometer), ist die besiedelbare Fläche sehr begrenzt und auf die östlichen Provinzen konzentriert. Diese Flächen umfassen 48% der Gesamtfläche, jedoch fast 86% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und stellen den Siedlungsraum für fast 94% der 1,3 Milliarden Menschen zählenden Bevölkerung dar. Historisch entwickelten sich die Siedlungen gerade im östlichen Teil auf qualitativ hochwertigem Agrarland. Gerade dieses ist nun von Landkonversion betroffen, die wiederum durch das

[1] Es handelt sich um die deutsche und leicht veränderte Version von D. Loehr, External costs as driving forces of land conversion, in: Sustainability 2010, 2, 1035-1054; doi:10.3390/su2041035. Deutsche Übersetzung: Alexander Bertram

Bevölkerungswachstum und den ökonomischen Aufschwung angetrieben wird. China hat jedoch mit gerade einmal 7% der weltweiten Anbaufläche 20% der Weltbevölkerung zu ernähren [3]. Somit ist auch der Verlust von Ackerland als problematisch zu betrachten. Die chinesische Regierung macht sich vor allem Sorgen um die Nahrungsmittelsicherheit und hat ein Minimum von 120,0 Millionen Hektar (1,8 Mrd. mu, 15 mu = 1 Hektar) als „rote Linie“ festgesetzt [4].

Auch in Kambodscha ist die kaum kontrollierte Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen ein Problem. Besonders die Vorstadtgebiete großer Städte sind betroffen. Zum Beispiel wurden seit 2005 geschätzte 40 km^2 an Reisfeldern entlang der Nationalstraße 4 in der Provinz Kampong Speu (nahe Phnom Penh) durch Immobilienunternehmen zumeist von Kleinbauern gekauft. Die neuen Landeigentümer surften auf einer Blase von rasch ansteigenden Immobilienpreisen in Kambodscha (2005 – Mitte 2008). Die Reisfelder wurden mit Sand gefüllt und so zu Bauland gemacht, und zwar ohne irgendeine Vorgabe durch eine Landnutzungsplanung. Dennoch wurden große Teile dieser „wilden“ Umformungen nachträglich legalisiert. Belastbare Daten, die die Größenordnung dieser Fehlentwicklungen beschreiben, existieren nicht. Experten glauben indessen, dass auf längere Sicht auch Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit möglich sind. Die Landnutzungsplanung befindet sich noch in den Kinderschuhen und ist nicht in der Lage, derartigen Vorgängen Grenzen zu setzen [5]. Der Blick auf Kambodscha ist jedoch auch wegen einer anderen Art der Landkonversion von Interesse: die Umwandlung von kleinbäuerlichem Anbau zu großflächiger agro-industrieller Produktion. In Kambodscha ergattert die Agroindustrie für großflächige Plantagenwirtschaft oder andere ökonomische Nutzungen sogenannte „Economic Land Concessions“ („ELCs“, Art. 49 Cambodian Land Law 2001, Sub-Decree No. 146, 2005) [6]. Die meisten dieser Firmen sind exportorientiert. Obwohl ELCs Pachtverhältnisse begründen, treten ähnliche Probleme wie bei vollen Eigentumsrechten auf. In vielen Fällen halten die Besitzer der ELCs mehr als das erlaubte Maximum von 10 000 Hektar [7]. Der Stand von 2010 ist, dass etwa 1,3 Millionen Hektar Land durch die ELCs vergeben worden sind (offiziell berichtet: etwa 1,0 Millionen Hektar), während das gesamte fruchtbare Land etwa 3,8 Millionen Hektar umfasst. Daher tragen die ELCs zur zunehmenden Ungleichheit von Landbesitz bei: Laut Weltbank besaßen in 2004 20-30% der Landbesitzer 70% des Landes, während die ärmsten 40% gerade einmal 10% innehatten [8]. Während das Land 1989 (zu Beginn der Privatisierungen) noch fast gleich verteilt war, ist die gegenwärtige Ungleichverteilung des Landbesitzes (gemessen durch den Gini-Koeffizienten, der bei 0,65 liegt), die höchste unter den Ländern in Südostasien [9]. Konzentration von Grundbesitz und Ungleichheit in der Landverteilung gingen mit einem Anstieg von landlosen und landarmen Haushalten einher. 91% der armen Menschen lebten in ländlichen Gebieten (2004) [10]. Nach wie vor sind die meisten von ihnen für ihr Überleben von Landflächen und Landwirtschaft abhängig. Dabei sind 20% der ländlichen Familien landlos und 25% land-arm (das bedeutet, sie besitzen weniger als 0,5 Hektar) [9,11]. Land-Konzentrationen und der Mangel an Zugang zu Land sind aktuelle Fragen in Landkonflikten. Darüber hinaus wird die industrielle Landwirtschaft als nicht nachhaltig angesehen (z.B. Abholzung). ELCs sind verbunden mit großen Monokultur-Plantagen, welche die Biodiversität gefährden und zur Bodenerosion beitragen können [12,13]. Auf lange Sicht können der fehlende Landzugang, die Exportorientierung und der Bodenabtrag einen Einfluss auf die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung ausüben.

Sicherlich haben Deutschland, China und Kambodscha signifikante Unterschiede in ihren Institutionen, der Regierungsführung und auch in der Art und Weise, wie sich

Landnutzungsprobleme manifestieren. Diese Unterschiede sind von großer Bedeutung für die Art und Weise, wie die Landkonversionen stattfinden. Nichtsdestotrotz liegt der Zweck dieses Artikels nicht darin, diese Unterschiede aufzuzeigen [14]. Stattdessen möchten wir die Tatsache verdeutlichen, dass den verschiedenen Ländern ungeachtet aller Unterschiede in der Regierungsführung Eines gemeinsam ist: Nicht-nachhaltige Landnutzungsveränderungen sind meist getrieben von externen Effekten. Diese setzen Anreize, Gesetze zu missachten und drängen auch die Landnutzungsplanung in Richtungen, die für das Wohlergehen der Gesellschaft nicht förderlich sind.

2. Raumplanung, externe Effekte und Regulationen

2.1 Raumplanung: Eine Antwort auf externe Kosten

Wie würde die Welt ohne Landnutzungs- oder Raumplanung aussehen? In Deutschland beispielsweise würden sich die meisten Haushalte ihren Traum vom alleinstehenden Familienwohnhaus im Grünen erfüllen. Die Konsequenzen für die Raumstruktur wären jedoch verheerend, die Kosten (Verlust an Natur und Biodiversität, Anschluss an die Infrastruktur etc.) wären untragbar. Dennoch würden die Menschen ihren Traum vom alleinstehenden Wohnhaus im Grünen zu realisieren trachten, wenn sie nur die damit verbundenen Kosten auf andere abwälzen können (Externalisierung der Kosten). Wenn die einzelnen Akteure bei Anwesenheit externer Effekte ihren Einzelinteressen nachgehen, kann daher ein Optimum für die Gesellschaft nicht erreicht werden. Man läuft in eine Rationalitätenfalle (z.B. Gefangenendilemma), es kommt zu einem Nash-Gleichgewicht [15]. Solange die anderen Akteure ihr Verhalten nicht ändern, kann niemand durch eine Änderung des eigenen Verhaltens gewinnen. Solche Rationalitätenfallen sind regelmäßig auch mit externen Kosten verbunden. Standards, Regulierungen und auch Raumplanung sind Versuche, solche externen Kosten in den Griff zu bekommen, wenn sie ansonsten zu hoch für die Gesellschaft erscheinen. Allerdings agiert die Raumplanung nicht ausschließlich in ökonomischen Dimensionen; die Ergebnisse können nicht nur in monetären Begriffen ausgedrückt werden. In Wirklichkeit hat die Raumplanung ein multidimensionales System zu managen. Es hat die konkurrierenden Ansprüche verschiedener Stakeholder abzuwägen, und hierbei nicht nur die Zahlungsbereitschaft oder monetär bewertbare Nutzen und Kosten zu berücksichtigen.

2.2 Raumplanung und Eigentumsrechte: Gemeinsame Probleme trotz unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen

Die Eigentumsordnung bestimmt die Freiheitsgrade im Umgang von Land. Sie müssen genauso berücksichtigt werden wie das Planungsregime, welches als Teil des Öffentlichen Rechts die Eigentumsrechte beschränkt. Betrachten wir verschiedene Länder, so finden wir verschiedene Eigentumsrechtssysteme und Regimes zur Steuerung von Landumnutzungen:

In Deutschland befindet sich das Land vorherrschend in Privateigentum; das meiste an Ackerland und Bauland ist in Privatbesitz. Grundbesitzer haben grundsätzlich eine starke Position. Dennoch ist das Angebot und die mögliche Nutzung der Parzellen durch Planung bestimmt. Die Freiheiten der Grundeigentümer sind beschränkt (Art. 14 Grundgesetz). Deutschland legt enge Voraussetzungen für die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen an (z.B. das Raumordnungsgesetz und Baugesetzbuch). Deutschland ist ein föderaler Staat, mit den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Der

Raumplanungsprozess auf Bundesebene beruht auf das Raumordnungsgesetz, welches Bestimmungen über die Voraussetzungen, Aufgaben und Richtlinien der Raumplanung enthält. Dieses Gesetz gibt keine Details der Landnutzung vor. Die Raumplanung auf Landesebene gibt einen teils verbindlichen, teils unverbindlichen Rahmen für die Landnutzung vor. Für besondere Regionen, in denen mehr als ein Bundesland abgedeckt wird, gründet sie sich auf die Richtlinien, die von der Bundesebene zur Verfügung gestellt werden. Deutsche Kommunen haben einen hohen Grad an Unabhängigkeit (Art. 28 Grundgesetz). Dennoch müssen bzw. sollen ihre Bauleitpläne den Planungen der höheren Ebenen folgen.

Das Grundbesitzsystem in China ist deutlich anders als in Deutschland. In China dominiert staatliches Grundeigentum. Urbanes Land und natürliche Ressourcen sind staatliches Eigentum, während landwirtschaftliche Flächen in Kollektiveigentum stehen. Hinsichtlich urbanem Land in staatlichem Eigentum können sowohl öffentliche wie auch private Akteure Landnutzungsrechte über das so genannte zweigleisige System erhalten [3]. Ein Weg ist es, Landnutzungsrechte über eine Genehmigung ohne Zahlung oder gegen Zahlung einer geringen Landnutzungsgebühr zu erhalten. Diese Methode wird normalerweise bei Landnutzungen in öffentlichem Interesse bzw. dann angewandt, wenn öffentliche Stellen Landnutzungsrechte beantragen. Diese Landnutzungsrechte können nicht übertragen werden, oder können dies höchstens nach Zahlung einer Gebühr. Der andere Weg ist es, Landnutzungsrechte in Staatsbesitz zu erwerben, sei es durch Versteigerung, im Rahmen einer Ausschreibung oder eines Verhandlungsprozesses. Dieses Verfahren wird normalerweise im Fall von kommerziellen Erschließungen durch private Bauunternehmer angewendet. Dieser Typ von Landnutzungsrechten kann an jede dritte Partei im Grundstücksmarkt übertragen, vermietet oder verpfändet werden. Im Gegensatz dazu ist suburbanes oder ländliches Land im Kollektivbesitz. Es gehört gemeinsam den Bauern eines Dorfes. Die kollektiven Eigentumsrechte sind repräsentiert durch Ausschüsse der Gemeinde und Dörfer oder durch Dorfgemeinschaften. Landwirtschaftliches Land im heutigen China ist nicht nur ein Mittel zur Produktion, sondern auch ein Mittel (eigentlich das einzige Mittel) zur sozialen Sicherung [16]. Land dient als Ersatz für die Arbeitslosenversicherung (besonders für Wanderarbeiter) für den Fall, dass Dorfbewohner ihren Job verlieren oder es ihnen nicht möglich ist, einen Job jenseits ihrer Scholle zu finden. Die landwirtschaftlichen Flächen werden den bäuerlichen Haushalten auf Basis der Familiengröße durch die Gemeinschaft zugewiesen. Seit den späten 1990er Jahren wurde den Bauern das Recht gegeben, das vertraglich zugesicherte Land für 30 Jahre zu nutzen. Landkonversionen werden oft von den lokalen Behörden beschlossen, um das Land für kommerzielle Zwecke zu verändern. Diese Landumwandlungen waren oft verbunden mit Zwangsenteignungen.

In der Vergangenheit gab es kein ordnungsgemäßes Landregistrierungssystem, welches als rechtlicher Beweis im Fall von Konflikten hätte dienen können [17]. Die Rechtssicherheit der Bauern war niedrig. Diese Unklarheiten sowie die Unvollständigkeit und Instabilität von Eigentumsrechten gestalteten das Management der Landnutzung schwierig. Die chinesische Regierung erkannte zu einem frühen Zeitpunkt die Auswirkungen für die Konversion von landwirtschaftlichen Flächen sowie wie für die Ernährungssicherheit. Daher verabschiedete sie einige wichtige Gesetze, um Chinas Agrarland zu bewahren, darunter die Basic Farmland Protection Regulation (verabschiedet in 1994) oder das New Land Administration Law (1999). Diese Gesetze zielen auf eine sogenannte „Null-Landverlust–Strategie“ ab und streben danach, ökologisch wertvolles und fruchtbares Land zu schützen. Zudem bieten das Land Law (1998) und das neue Property Rights Law (2007) gesetzliche Grundlagen für

notwendige Landumnutzungen, die ein wichtiges Instrument für ihre Kontrolle durch die Regierung darstellt [14]. Die Landnutzungsplanung liegt in Verantwortung der Regierung. Die Struktur der Regierung besteht aus der zentralen Ebene (Staatsrat), sowie Provinz, Stadt, Präfektur- und Gemeinde. Regierungen der höheren Ebenen haben Weisungsbefugnis gegenüber den unteren Ebenen. Die unterschiedlichen Ebenen der Regierung sind verantwortlich für das Ausarbeiten der Allgemeinen Landnutzungspläne (LUGP = Land Use General Plans). In dieses LUPGs ist ein Quotensystem das wichtigste Instrument, um Ackerlandumwandlungen zu beschränken. LUPGs der niederen Ebenen müssen nach Zustimmung der „höheren" LUPGs streben. Daher ist das Planungssystem, verglichen mit Deutschland, wesentlich hierarchischer. Dennoch werden die Durchsetzung und Einhaltung als nicht besonders effektiv angesehen.

In Kambodscha kann Land nur für private Zwecke genutzt werden (wie etwa ELCs), wenn es zuvor von so genanntem State Public Land in sogenanntes State Private Land überführt worden ist. Zusätzlich gibt es eine Anzahl an Schutzgesetzen (z.B. Forstgesetz). Seit 1989 verfolgt die kambodschanische Regierung (Royal Government of Cambodia = RGC) eine Privatisierungsstrategie für Land. Die Ausgangsverteilung wurde entsprechend der Größe der Familien und der Verfügbarkeit von Land in den diversen Kommunen durchgeführt. Am Anfang des Privatisierungsprozesses wurden kaum ordnungsgemäße Eigentumstitel vergeben. Mittlerweile ist die Zuteilung von formellen Eigentumstiteln fortgeschritten: Bis Juli 2009 wurden annähernd 1,5 Millionen Parzellen registriert und 1,1 Millionen Eigentumstitel vergeben [18]. Alles in allem wurden 2,5 Millionen Hektar an Private vergeben. In Kambodscha ist ein Raum- und Landnutzungs-Planungssystem nur in einigen Gemeinden und Bezirken, aber nicht im gesamten Land existent [19]. Bislang basiert die Planung auf einen „Bottom-Up-Ansatz". Insbesondere gibt es eine Planungslücke auf den regionalen und zentralen Ebenen. Bisher ist die Einhaltung der planerischen Vorgaben gering. Trotz der Privatisierungspolitik, sind noch immer 80% des Gebiets von Kambodscha in Staatsbesitz [20]. Dies umfasst auch die weitläufigen ELCs. Bewerbungen um ELCs sind auf Ebene der Zentralregierung vom Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries = MAFF) zu genehmigen. Von September 2008 an hat nur die MAFF die Berechtigung, ELCs zu genehmigen; Provinz oder lokale Behörden sind nicht länger in den Zuteilungsprozess eingebunden (Sub-Decree No. 131 in Änderung des Sub-Decree on Economic Land Concessions, Artikel 1).

Beim Versuch Muster zu identifizieren, erscheinen zunächst die Eigentumsrechte an Land und das Planungsrecht in hoch entwickelten Ländern wie Deutschland als stark. In weniger entwickelten Ländern scheinen die Eigentumsrechte schwächer zu sein, während das Planungssystem zur gleichen Zeit weniger entwickelt und die Governance vergleichsweise schwach ist. Dementsprechend erscheint auch das deutsche System überlegen und als „Blaupause" für weniger entwickelte Länder tauglich zu sein. In der Tat wurde diese Blaupause auch durch die Entwicklungszusammenarbeit „exportiert". Das chinesische System arbeitet sicherlich besser als das System Kambodschas.

Jedoch haben alle drei Länder starke Mängel bei der Regulierung von Landumnutzungen:

In Deutschland lag zwischen 1993 und 2006 der durchschnittliche Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen zwischen 104 Hektar (2005 – 2008) und 129 Hektar (1997 – 2000) pro Tag [21]. Der größte Anteil des umgewandelten Landes waren landwirtschaftliche Flächen.

In China betrug die Gesamtfläche an fruchtbarem Land im Jahr 1996 etwa 130,1 Millionen Hektar (1,951 Milliarden mu). Bis 2007 ist es auf etwa 121,7 Millionen Hektar gesunken (1,826 Milliarden mu). Pro Kopf lag die Fläche an fruchtbarem Land 1996 bei 1,59 mu und sank 2006 auf 1,39 mu [4,22].

Wie oben beschrieben sind ELCs in Kambodscha die wesentlichen rechtlichen Mittel für Investments im Agro-Business. Sub-Decree No. 146 on ELC (Artikel 4 und 5) verlangt, dass ökologische und soziale Folgeabschätzungen in Übereinstimmung mit der Landnutzungsplanung zu erfolgen haben und dass öffentliche Konsultationen mit den lokalen Behörden (z.B. Gemeinderat) durchgeführt werden müssen, bevor das ELC-Projekt gestartet wird. Allerdings können ELCs auch unaufgefordert beantragt werden, wobei der Investor selber Planungs- und Durchführungskonzept beibringt (entsprechend den Vorgaben des Sub-Decree No. 146). Eine Folge ist, dass viele ELCs von Landbesetzungen betroffen sind, da die erforderlichen Prozeduren (soziale Folgeabschätzungen und öffentliche Konsultationen) unzulänglich oder gar nicht durchgeführt wurden [6]. Dies erschwert eine effiziente Nutzung der ELCs – auch dann, wenn eine Nutzung tatsächlich beabsichtigt ist (was nicht immer der Fall ist). Des Weiteren werden Umweltfolgenabschätzungen oft nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Zum Beispiel wird die illegale Abholzung nicht nur von Kleinbauern, landarmen und landlosen Menschen vorgenommen, sondern auch durch Inhaber der ELCs [9]. Die Abholzungsrate in Kambodscha ist eine der höchsten auf der Welt. Trotz der Einführung des Forestry Law (2002) steigt die Abholzung weiterhin [23].

Nachfolgend soll gezeigt werden, dass externe Effekte nicht nur eine Ursache für die Einführung von Landnutzungsplanung, sondern auch ein Grund für das Scheitern entsprechender Regulierungen sind.

3. Externe Effekte, die Bias der Raumplanung und Druck auf die Landumwandlung

3.1 Landnutzungsveränderungen und externe Effekte: Der Mangel an Neutralität in der Raumplanung

In den meisten Fällen bewirkt eine Landkonversion höhere Bodenrenten. Bodenrenten „R“ für Siedlungsflächen (Wohngebiete, Industriegebiete, etc.) sind wesentlich höher als für landwirtschaftliche Flächen. Zumindest in den Entwicklungsländern ist “R“ meist auch bei agroindustrieller Produktion (Cash Crops, meist für Exporte) höher als bei der Züchtung von Feldfrüchten zur Subsistenz oder für lokale Märkte durch Kleinbauern. Auf der Basis von Ricardos „Kapitalisierungsformel“ kann der Wert des Landes “W“ durch die diskontierte Bodenrente erklärt werden: W = R / i, wobei “R“ die jährliche Bodenrente und “i“ der Diskontierungszinssatz (als Realzinssatz) ist. In einer komplexeren Erklärung müssten wir auch einen „Flexibilitätswert“ für Land berücksichtigen, auf dem noch keine langfristigen Investitionen (mehrjährige Pflanzen, Gebäude etc.) durchgeführt wurden. Solch Land, das für eine Vielzahl von alternativen Landnutzungen zur Verfügung steht, kann durch einen „erweiterten Kapitalwert“ beschrieben werden. Dieser umfasst neben der diskontierten Bodenrente „R/i“ auch noch den Wert des ungenutzten Flexibilitätsvorteils. Diese Idee greift v.a. der Realoptionsansatz auf [24]. Die Bodenrente kann als eine „Differentialrente“ erklärt werden. Diese ergibt sich aus Vorteilen des jeweiligen Grundstücks hinsichtlich der Lage [25], der Qualität [26] und der Intensität der Nutzbarkeit gegenüber dem gerade noch kostendeckend zu bewirtschaftendem „Grenzboden“. Daher können Renten auf unkultiviertes Land normalerweise nicht durch Arbeitseinsatz begründet werden. Die

erwähnten Theorien wurden ursprünglich für landwirtschaftliches Land bestimmt, nach bestimmten Modifikationen können sie aber auf nahezu sämtliche Arten von Land angewendet werden. Die wichtigste Erkenntnis für unseren Zweck ist, dass Landnutzungsänderungen normalerweise zu höheren Bodenrenten und Bodenwerten führen. Nachfolgend werden wir aufzeigen, dass meist private Akteure und lokale Regierungen hiervon profitieren. Sehr oft werden Landnutzungsänderungen daher von eng verbundenen und mächtigen Gruppen gefördert.

In Deutschland sind viele Landwirte auch Landbesitzer. Wenn die Bauleitplanung geändert wird und Ackerland zu Bauland umgewidmet wird, kann sich der Bodenwert über Nacht um das 20 bis 50-fache erhöhen. Damit sind die Landwirte die Hauptprofiteure der Umwandlung. Sind Developer involviert, profitieren diese ebenfalls von den Bodenwertzuwächsen. Alle Nutznießer treiben die Landkonversionen voran.

In China wird ein Großteil der konversionsbedingten Bodenwerterhöhung von den lokalen Behörden abgeschöpft. Ein beträchtlicher Anteil geht jedoch auch an die privaten Akteure. Tan *et al.* berichten von einem Fall, in welchem der Schadensersatz für das Ackerland, der vom Staat an das Landwirtschaftskomitee der Gemeinde gegeben wurde, 28 Yuan pro Quadratmeter betrug. Abhängig vom verwendeten Mechanismus (Verhandlung, Ausschreibung oder amtliche Bekanntmachung) betrug der Preis, welcher vom Staat beim Verkauf der Rechte an private Landnutzer erzielt wurde zwischen 237 (Verhandlung) und 577 Yuan pro Quadratmeter (in einer Art flexibler Auktion, „Bulletin“ genannt). Im Sekundärmarkt konnte das Land dann für 635 Yuan pro Quadratmeter verkauft werden. In der Vergangenheit erhielten die Bauern nur geringe Entschädigungen und wurden an der erhöhten Bodenrente nicht beteiligt [14]. Neue Bestimmungen, die im Oktober 2008 vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas beschlossen wurden, führen hoffentlich zu einer besseren Teilhabe der Bauern. In der Vergangenheit wurde illegale Landumwandlung allerdings auch von Bauern vorangetrieben, um so einen größeren Teil des Kuchens zu erhalten. Ding [3] berichtet von Bauern, die ihre Landnutzungsrechte in den frühen 1990er Jahren an Developer verkauften und das 200 bis 300-fache der jährlichen Einkommen aus der Landwirtschaft erhielten. Die Legalisierung von Landtransfers durch die Einführung handelbarer Nutzungsrechte, kann der Regierung mehr Kontrolle über Konversionsprozesse geben. Andererseits ist damit zu rechnen, dass nunmehr auch die Bauern den Konversionsprozess aktiv vorantreiben, um in den Genuss von Wertsteigerungen zu kommen. Daher, so folgert Thiel [27], wird die Integration handelbarer Landnutzungsrechte in die Landnutzungsplanung eine Herausforderung darstellen. Auch können neuartige soziale Probleme auftauchen. Thiel warnt vor Eigentumskonzentration, landlosen Wanderarbeitern und landlosen Bauern.

In Kambodscha fällt wegen der extrem niedrigen Pachtgebühren (0 US $ bis 10 US $ pro Jahr und Hektar [28]) sowie der Steuerbefreiungen der größte Teil der Bodenwertsteigerungen den Inhabern der ELCs zu. Weitere Nutznießer sind korrupte Politiker und Verwaltungsangestellte, welche sich dafür bezahlen lassen, dass sie die Missachtung von Gesetzen im Rahmen von Landkonversionen übersehen.

Es muss allerdings betont werden, dass nicht nur private Akteure an den höheren Pachten und den Wertsteigerungen, die aus der Landumformung resultieren, teilhaben.

In Deutschland und China erhoffen die Kommunen, mehr Einnahmen durch Landkonversion zu erhalten – durch Gebühren, Besteuerung oder im Rahmen des Finanzausgleichssystems. In Deutschland versuchen Gemeindeverwaltungen, die fiskalischen Einnahmen durch das Anwerben von Einwohnern und Firmen zu erhöhen – und wiesen in der Vergangenheit in Wettbewerb zueinander laufend neue Wohn- und Gewerbegebiete aus. In China brauchen die lokalen Verwaltungen die Einnahmen der Landkonversion wegen ihres schwachen und dezentralisierten Steuersystems [29]. Developer sind daher besonders gern gesehene Gäste für lokale Regierungsvertreter. Oftmals liegt die Nachfrage nach Landentwicklung durch die lokalen Kader weit über den Möglichkeiten der Developer. Hinsichtlich der kambodschanischen ELCs erhofft die kambodschanische Regierung (Royal Government of Cambodia = RGC) private Investitionen in Infrastruktur und Steuereinnahmen in der Zukunft [30].

Darüber hinaus erhöhen sich für die lokalen Politiker die Beförderungschancen, wenn die Anwerbung neuer Industrien gelingt: In Deutschland wird die Baugebietsneuausweisung oft als Leistungsindikator für Bürgermeister angesehen – die Chancen, wieder gewählt zu werden, steigen. Auch in China werden die lokalen Beamten leicht in Versuchung gebracht, fruchtbares Land auf dem Altar des ökonomischen Wachstums zu opfern [3], weil Verstädterung und Industrialisierung als Indikatoren einer hohen Leistungsfähigkeit der lokalen Führer angesehen wird.

Im Gegensatz zu Deutschland und China, aber wie in vielen anderen Entwicklungsländern, können in Kambodscha die Stadtverwaltungen mangels Macht noch nicht als treibende Kräfte der Landkonversion angesehen werden. Die zentrale Regierung und die provinziellen Behörden spielen hingegen eine größere Rolle.

Folgt man der Neuen Politischen Ökonomie und der Public Choice-Theorie, so sind die Führer der Kommunalverwaltungen Nutzenmaximierer, die nicht primär dem Gemeinwohl verpflichtet sind, sondern ihrem eigenen Wohlergehen (siehe Abschnitt 2.3.) [31]. Um ihre individuellen Ziele zu erreichen, geben die Leiter der örtlichen Behörden Land oftmals zu sehr günstigen Bedingungen Firmen ab, was wirtschaftlich nichts anderes als eine Subvention darstellt.

Diese Subventionen mögen mit externen Nutzen von Landnutzungsänderungen gerechtfertigt werden, die auch beachtet werden müssen. Zum Beispiel können private Investments Arbeitsplätze schaffen und das Einkommen der Bürger und des Staates erhöhen. Allerdings können diese externen Effekte betragsmäßig kaum eingeschätzt werden. Sieht man auf die Infrastruktur, ergibt sich zudem ein Steuerungsproblem: Eigentlich ist Infrastruktur zu einem großen Teil ein öffentliches Gut und ihre Bereitstellung eine öffentliche Aufgabe. Allerdings basiert die Bereitstellung von Infrastruktur in vielen westlichen Ländern aufgrund fehlender öffentlicher Mittel mehr und mehr auf Öffentlich-Privaten Partnerschaften (Public Private Partnership = PPP).

Oftmals werden dabei die Landnutzungspläne (die eigentlich das Gemeinwohl berücksichtigen sollen) an die Wünsche der Developer angepasst. Konsequenzen sind u.a. das Fehlen öffentlicher Räume oder eine zu hohe Dichte [32]. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass Private als Agenten des Staates handeln. Es ist nicht die Aufgabe von Behörden, Lastwagen zu fahren.

Private Developer sollten gemäß vorab getroffenen und klaren Regelungen eine faire Entschädigung für ihren Aufwand erhalten (Kostendeckung), und nicht auf die Spekulation mit steigenden Bodenwerten angewiesen sein (Spekulation ist nicht die ökonomische Aufgabe von Developern). Daher sollten Developer über das Steueraufkommen anstelle des Wertzuwachses bezahlt werden. Ginge der Wertzuwachs an die Öffentlichkeit und würde die Erschließung über Steuern finanziert, wäre auch mehr Transparenz im Prozess der Landentwicklung möglich. Zwar werden den Developern mit den Spekulationsgewinnen ökonomische Chancen weggenommen, andererseits wird ihnen mehr Kalkulationssicherheit gegeben. Schließlich hätten sie weniger Anreiz, die Planung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daher kann die derzeitige Methode, die Entwicklung von Flächen aus der privaten Abschöpfung des Wertzuwachses zu finanzieren (wie es zum Beispiel oft in Deutschland der Fall ist, verbunden mit PPP), nicht als verantwortungsvolle Regierungsführung angesehen werden.

In China werden viele Entwicklungsleistungen von der Regierung durchgeführt (Straßen, Elektrizität, Wasserleitungen, Einebnungen). Danach werden Landnutzungsrechte an die Developer übertragen (im privaten wie im öffentlichen Sektor). Die Developer stellen Drainagesysteme, Gas zum Kochen, Kommunikationsinfrastruktur und Heizsysteme zur Verfügung [14]. Daher wird der Wertzuwachs zwischen der Regierung und den Erschließungsgesellschaften aufgeteilt, um die Entwicklungskosten abzudecken und einen Gewinn abzuschöpfen. Über die Art und Weise der Aufteilung besteht allerdings wenig Transparenz.

In Kambodscha spielt die private Bereitstellung von Infrastruktur eine große Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung. Im Übrigen begründet sich auch der ökonomische Erfolg des Nachbarlands Thailand zu einem großen Teil auf die Konzentration der Regierung auf den Ausbau der Infrastruktur [33]. Weil es aber dem RGC an Finanzkraft fehlt und die Regierung scheinbar nicht besonders nachdrücklich eigene Infrastrukturprojekte verfolgt, werden agro-industrielle Investoren ermutigt, sich in privater Partizipation an der Infrastruktur (Private Participation in Infrastructure = „PPI“) zu engagieren, insbesondere im Kotext mit der Vergabe von ELCs [30]. Grundsätzlich sind PPI nicht abzulehnen. Jedoch gibt es oftmals einen Mangel an Transparenz in den ELC-Verträgen. Dies gilt besonders mit Blick auf die PPI-Komponenten. Auch die Einhaltung der Verträge müsste überwacht werden, wozu der Staat aber kaum in der Lage ist. Natürlich kann das Engagement von privaten und gewinnorientierten Firmen in PPIs externe Nutzen erzeugen. Allerdings sind faire Entschädigungen für Investoren in PPIs und Developer nicht dasselbe wie Lizenzen zum „Rent Seeking“ und zum Abschöpfen von Bodenwertsteigerungen. Niedrige ELC-Gebühren, die entsprechend der tatsächlichen Nutzung Produktion bezahlt werden [6] sind Pauschalsubventionen und also solche kein guter Weg, um externen Nutzen zu kompensieren. Diese Aussage gilt grundsätzlich für alle Subventionen von Investitionen im Landwirtschaftssektor. Solche Subventionen mögen notwendig sein, weil die Rentabilität von Investments in der Landwirtschaft – insbesondere in Entwicklungsländern oft gering ist und ein entwickelter Landwirtschaftssektor mannigfaltige positive externe Effekte erzeugt. Jedoch sollten wegen der gegensätzlichen Interessen von Developern und anderen Investoren einerseits und der Öffentlichkeit andererseits transparente und klare Regeln bezüglich der Deckung ihrer Investitionskosten eingeführt werden, um eine verantwortungsbewusste Regierungsführung zu unterstützen.

Während die Gewinner von Landnutzungsänderungen zumeist kleine und gut organisierte Gruppen sind, die sich zum Zwecke der Beteiligung an den Zuwächsen von Bodenrente und Bodenwertsteigerung eng mit den (lokalen) Behörden zusammentun, werden die Kosten auf schwach organisierte Gruppen oder auf die Allgemeinheit als Ganzes abgewälzt. Je größer eine Gruppe, umso schwieriger ist es, diese zu organisieren und ihre Interessen zu schützen [34].

Man könnte vermuten, dass wenigstens einige Länder Vorkehrungen getroffen haben, um zumindest einen Teil der direkten Kosten der Landnutzungsänderungen den privaten Nutznießern anzulasten. In China enthält die Pacht-Vorauszahlung auch eine urbane Infrastrukturgebühr und eine „Community Infrastructure Fee“ [29]. In Deutschland werden Erschließungsbeiträge erhoben. In Kambodscha sind entsprechende Vorschriften noch nicht vorhanden. Allerdings decken die erhobenen Gebühren höchstwahrscheinlich nur einen Teil der technischen und sozialen Infrastrukturkosten ab [35]. Wenn zum Beispiel in Deutschland aufgrund neu errichteter Siedlungen eine neue Schule oder ein neues Krankenhaus errichtet werden muss, wird in den meisten Fällen die Kommune oder der Landkreis finanziell belastet, nicht aber der Developer. So werden viele Kosten externalisiert. Obwohl meines Wissens derartige finanzielle Belastungsanalysen noch nicht in China oder Kambodscha durchgeführt wurden, gibt es keinen Hinweis, dass die Situation dort grundsätzlich anders wäre.

Trotzdem sollte noch mehr Aufmerksamkeit auf die Opportunitätskosten der Planung gerichtet werden. Private Investmententscheidungen werden als effizient angesehen, weil private Investoren normalerweise die Opportunitätskosten mit berücksichtigen. Zum Beispiel dient in einer Kapitalwertrechnung die Diskontrate als eine solche Opportunitätskostenrate. Der Investor vergleicht die voraussichtliche finanzielle Leistungsfähigkeit des beabsichtigten Investments mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der nächstbesten Investmentalternative. Allerdings verursachen nicht nur private Investitionen, sondern auch Planungsentscheidungen Opportunitätskosten. Wenn die Bauleitplanung eine gewisse Nutzung festlegt (z.B. Wohnen), können andere Nutzungen nicht realisiert werden (z.B. Landwirtschaft oder Gewerbe). Verschiedene Stakeholder konkurrieren um die Nutzung der Flächen, daher verursacht die Bauleitplanung immer Opportunitätskosten.

Während nun private Investoren einen großen Teil des Gewinns aus Landnutzungsänderungen einstreichen können (Bodenwertzuwächse, höhere Bodenrenten), müssen sie keine Opportunitätskosten in Betracht ziehen. Diese werden nämlich externalisiert. Nicht nur entgangene wirtschaftliche Möglichkeiten, sondern auch die Degradierung der Umwelt, der Verlust an Biodiversität, etc. können als Opportunitätskosten interpretiert werden (geringere Umweltleistungen). Dasselbe gilt für die Zerstörung von Lebensgrundlagen (geringere Einkommenschancen), welche oft durch Umsiedlungen und Vertreibungen (z.B. China und Kambodscha) verursacht werden.

Die Beispiele externalisierter Kosten sind mannigfaltig:

In Deutschland kommen Landkonflikte kaum in offener Form vor. Das bedeutet jedoch nicht, dass es eine Win-Win-Situation gäbe. Die Kosten der Landumnutzung (wie beispielsweise der Verlust der Artenvielfalt, höhere Kosten durch Infrastruktur, etc., siehe oben) werden vielmehr auf die Öffentlichkeit verschoben (auch wenn es einigen Widerstand von den

sogenannten „NIMBY“-Gruppen - „not in my backyard“ - gibt). Die Gemeinschaft als Ganzes ist die am wenigsten organisierte und die am schwierigsten zu organisierende Gruppe.

Im ländlichen China sind die Bauern in Kooperativen organisiert. Solch eine Kooperative ist eine lose Organisation ohne starke gemeinsame Interessen [17]. Kleinbauern haben kaum irgendeine politische Verhandlungskraft im Falle von Landenteignungen. Gesetze, welche die Interessen der Bauern schützen sollen, sind unfähig diese Entwicklung zu stoppen, weil die ökonomischen Anreize stärker sind. Die chinesische Gesellschaft ist ebenfalls betroffen, zum Beispiel beim Verlust der Ernährungssicherheit.

In Kambodscha werden ebenfalls die sozialen Kosten der ELCs oft auf ungeschützte Gruppen abgewälzt: Fast die Hälfte der ELCs sind unmittelbar von Landkonflikten betroffen, die durch Umsiedlungen und Vertreibungen verursacht sind [6]. Hauptsächlich Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (wie LICADHO oder Star Campuchea, etc.) sorgen sich um die Rechte der Opfer von Landkonflikten. Gerichte sind nicht unabhängig.

Allgemein können wir eine Entkoppelung von Nutzen und Kosten von Landnutzungsänderungen beobachten. Diese Entkoppelung hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie die Landnutzungsplanung durchgeführt wird. Die zuständigen Behörden sind nicht neutral, und das Auseinanderfallen von Nutzen und Kosten mutet wie eine Einladung an die mächtigen Nutznießer an. In fast jedem Land versuchen mächtige Interessen Lobbyarbeit zu leisten und die zuständigen Behörden zu manipulieren, durch legale (Partizipationsprozesse!) und manchmal auch durch illegale Methoden. Jedoch ist eine „gefangene“ (lokale) Regierung nicht mehr länger ein neutraler Verwalter des öffentlichen Interesses. In einer Auflistung des Global Corruption-Barometers sind „Land-Services“ die Nummer drei auf der Korruptionsskala [36] und nicht nur in Entwicklungsländern.

3.2 Ineffektive Landnutzung und Externalitäten: Wenn die Planung ins Leere geht

Ein anderes wichtiges Thema, das die externen Effekte betrifft, ist eine mangelnde Einhaltung der Landnutzungspläne von Akteuren des privaten Sektors.

Eine Manifestation dieses Problems bezieht sich auf *ungenutzte* Grundstücke. Dieses Problem entwickelt sich zu einem größeren Teil wegen des wirtschaftlichen Charakters von Grund und Boden als einer Realoption [24]: Der Besitzer des Landes hat das Recht, aber nicht die Verpflichtung, die Option auszuüben. Zum Beispiel halten viele Firmen Reservegrundstücke. Das Grundstück wird nur gemäß den Planungen genutzt, wenn die individuelle Situation günstig ist (z.B. wenn aufgrund der guten Geschäftsentwicklung ein neues Lagerhaus benötigt wird). Wenn Grundstücke in guten Lagen gekauft wurden, verlieren die Besitzer kein Geld, während sie diese ungenutzt lassen, weil der Wert des Grundstückes über die Zeit hinweg ansteigen wird. Zudem haben unbebaute Grundstücke einen höheren Wert als bebaute, weil alle Nutzungsoptionen noch offen sind (viele Gutachter dämpfen den Wert des bebauter Grundstücke um 10 bis 20 %). Die Konsequenz ist, dass es ökonomisch rationales Verhalten sein kann, Land ungenutzt liegen zu lassen. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive kann das aber zu einer Verknappung des effektiven Grundstücksangebots führen. Zum Beispiel liegt der Anteil an ungenutzten Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland bei rund 4 % der Gesamtfläche [37].

Eine andere Variation dieses Problems ist die *Unternutzung* von Grundstücken: Zum Beispiel leben in Deutschland viele ältere Menschen in Häusern, die zu groß für sie sind (z.B. weil ihr Lebenspartner gestorben ist oder die Kinder woanders hin gezogen sind). Auch wenn sie nicht genug Geld haben, um ihre Häuser zu pflegen, lassen sie ihre Häuser unvermietet. Das Ergebnis ist, dass viele Häuser im Zentrum der Dörfer schlecht erhalten oder wenig genutzt sind, viele Dorfzentren „verfaulen" wie ein alter Apfel. Stattdessen werden neue Erschließungsgebiete am Rande der Dörfer verfügbar gemacht. Diese Erschließung ist verbunden mit einem Verlust an Infrastruktur, weniger Lebensqualität und einem Absinken der Attraktivität der Dörfer. Die Liste an Beispielen könnte beliebig fortgesetzt werden. Auch die Nutzungsintensität sinkt. Während die Siedlungsdichte der Bebauungs- und Verkehrsfläche 1992 bei etwa 2.000 Einwohnern pro Quadratkilometer lag, war sie bis 2008 auf 1.742 Einwohner pro Quadratkilometer gefallen, ein Rückgang von 12,8% [38].

Für China als aufstrebende Wirtschaftsnation ist die Situation deutlich anders als in Deutschland. Es sind kaum aktuelle Daten verfügbar. Die erste Landstudie ist von 1996, und die Daten der zweiten Landstudie waren bei Fertigstellung dieses Aufsatzes noch nicht verfügbar. Die Daten vom „Communiqué on Land and Resources of China", die auf der Homepage des Ministeriums für Land und Ressourcen P.R.C. [39] veröffentlicht sind, sind in einigen Bereichen nicht deckungsgleich mit den Daten der ersten Landstudie. Dennoch können wir einen allgemeinen Trend aus den Daten der ersten Landstudie ableiten: Die Bevölkerungsdichte in China war ansteigend, wenn man die Bevölkerung auf die Gesamtfläche bezieht (1949: 57 Personen/km^2 – 1995: 127 Personen/km^2). Dennoch nahm die Siedlungsdichte ab (von 80 Personen/ha in 1949 auf 41 Personen/ha in 1995) [40], wenn man die Bevölkerung nur auf die Fläche bezieht, die für Siedlungen, Bergbau und Transport genutzt wird (ungefähr vergleichbar mit der oben erwähnten Siedlungs- und Verkehrsfläche). Allerdings kann diese Entwicklung nicht als geringe Effizienz interpretiert werden, wenn man den Umstand berücksichtigt, dass China von einem sehr niedrigen Niveau aus seinen wirtschaftlichen Aufschwung startete. Aufgrund des ökonomischen Aufschwungs wuchs in den letzten Jahren hauptsächlich die Verkehrsfläche rapide an.

Im ländlichen Kambodscha existiert ebenfalls das Problem von zu gering ausgenutzten Flächen. Nur etwa 10% der gewährten ELCs sind in Nutzung [7,9]. Viele ELCs werden nur als Option für Spekulationszwecke gehalten [41]. Die Gebühren für ELCs werden auf der Basis der tatsächlichen Produktion berechnet; somit geht hiervon kein Druck aus, das Land tatsächlich zu nutzen [28]. Ungenutzte ELCs sind eine Folge von Mängeln bei der Bewilligung der Konzessionen; seit jüngerer Zeit kündigt das RGC allerdings verstärkt ELCs aufgrund von Vertragsverletzungen [7].

In Deutschland wie auch in Kambodscha beanspruchen Menschen und Firmen Land, das sie nicht wirklich brauchen – auf der anderen Seite haben Menschen und Firmen, die das Land benötigen, keinen Zugang. In beiden Ländern erbringt die ineffiziente Nutzung der Grundstücke in den meisten Fällen individuellen monetären oder nicht-monetären Nutzen für die Grundstücksinhaber. Andererseits werden die Kosten in den meisten Fällen auf die Gemeinschaft abgewälzt: Eine ineffiziente Nutzung von Land wirkt wie eine Angebotsverknappung. Aufgrund dieser Angebotsverknappung werden deutsche Planer oftmals gedrängt, neues Bauland auszuweisen. Zersiedelung und Flächenverbrauch steigen, mit Konsequenzen für die Artenvielfalt, die Infrastruktur(folge-)kosten, soziale Kosten und Opportunitätskosten. Im ländlichen Kambodscha nimmt die Landkonzentration, Ungleichheit und der Streit um Land zu; das Social Land Concessions-Programm (Land soll landlosen und

landarmen Menschen zugeteilt werden) macht nur langsame Fortschritte, weil nicht ausreichend Land verfügbar gemacht werden kann.

4. Kopplung von Nutzen und Kosten der Landnutzung durch eine Bodenwertsteuer

In Abschnitt 3.1. zeigten wir, wie durch „Rent Seeking"-Aktivitäten ein unmittelbarer Druck auf die Behörden entsteht, Landumnutzungen voranzutreiben. In Abschnitt 3.2. beschrieben wir, wie ineffektive Landnutzung selbst indirekt Druck auf eine höhere Flächenkonversionsrate ausüben kann. Beide Probleme sind mit externen Kosten verbunden und beide Probleme könnten über ein intelligentes Grundsteuersystem (oder ein sinnvolles Pachtsystem) gelindert werden:

Zunächst zum ersten Problem, der mangelhaften Planungsneutralität, die schon in Abschnitt 3.1. angesprochen wurde: Ökonomen debattieren meist darüber, wie man die externen Kosten erfassen und internalisieren kann, z.B. durch Besteuerung. Allerdings ist die Abschätzung der Externalitäten schwierig, teuer und immer ein Streitthema. Dennoch wäre der Zweck einer Bodenwertsteuer der Transfer eines beträchtlichen Teils der Bodenrente von den Grundstückseigentümern an die Öffentlichkeit, nicht hingegen die Internalisierung externer Kosten. Das Design einer solchen Steuer wäre also nicht dasselbe wie bei einem Internalisierungsansatz. Grundsätzlich ist die Idee der Steuer, wesentliche Teile der Bodenrente abzuschöpfen. Diese Idee wurde v.a. von Henry George vertreten [42]; vor ihm dachte auch David Ricardo [26] daran, die Bodenrente mittels einer Steuer abzuschöpfen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Obwohl eine derartige Steuer Teile der Bodenrente abschöpft, kann und soll die Bodenrente als solche nicht abgeschafft werden. Die Bodenrente stellt einen wichtigen Allokationsmechanismus dar, der die Bodennutzung reguliert [43]. Hohe Bodenrenten stellen (Opportunitäts-)Kosten, die normalerweise nur durch werthaltige Investments erwirtschaftet werden können. Obwohl die Besteuerung grundsätzlich nicht in der Lage ist, die Bodenrente abzuschaffen, kann sie diese der Öffentlichkeit zuführen. Bodenrenten entstehen hauptsächlich durch staatliche Aktivitäten (Planung, Bereitstellung von Infrastruktur etc.), und die Öffentlichkeit trägt einen großen Teil der Kosten von Landnutzungsänderungen. Daher kann die private Vereinnahmung von Bodenrenten kaum gerechtfertigt werden.

Wenn die Nutzen aus einer höheren Bodenrente privatisiert und die Kosten externalisiert werden können, unterstützt dies „Land Rent Seeking" und verhindert verantwortungsvolle Regierungsführung. Ein vernünftiges Steuersystem sollte sich um eine bessere Kopplung von Nutzen und Kosten von Landnutzungen und Landnutzungsänderungen bemühen, indem es die Allokation der Bodenrenten verändert. Je besser die Rückverteilung der Bodenrenten an die Öffentlichkeit gelingt, umso besser auch die Voraussetzungen für eine gute Bodenpolitik. Würde die Bodenrente komplett abgeschöpft (wie es Henry George vorschwebte), könnte die Bodenpolitik effizient gestaltet werden. Heutzutage wird die Bodenrente in fast allen westlichen Ländern zu einem beachtlichen Teil auch durch private Grundbesitzer über Miet- und Pachtverträge abgeschöpft. Zum Beispiel wurden in Deutschland im Jahre 2007 rund 62% der landwirtschaftlichen Aktivitäten auf gepachtetem Land durchgeführt [44]. Rund 58% der Bevölkerung lebt in gemieteten Wohnungen. Im Gegensatz zu Henry George bescheidet sich allerdings unser auf eine Bodenwertsteuer abzielender Entwurf, nur einen Teil der Bodenrente abzuschöpfen; ansonsten würde die Akzeptanz der Besteuerung leiden.

Das zweite Problem, der Mangel an Compliance (Abschnitt 3.2.) könnte durch die Erzeugung von ökonomischem Druck auf die Besitzer, ihre Grundstücke besser zu nutzen, angegangen werden. Falls sie ihre Standorte nicht selber effizient nutzen wollen oder können, sollten sie einen ökonomischen Anreiz verspüren, ihre Grundstücke an effizienter wirtschaftende Akteure zu übertragen. Wenn jemand der Gesellschaft mit einer ineffizienten Landnutzung schadet, sollte er für diesen Schaden bezahlen (Verursacherprinzip). Die Eigentümer sollten zudem Anreize verspüren, ihre Gebäude zu erhalten, um höhere Mieten aus diesen zu beziehen – um in der Lage zu sein, die Grundsteuern zu bezahlen.

Beide Forderungen könnten mit einer Bodenwertsteuer (als Fixkostensteuer) erfüllt werden:

Zunächst sollte man auf eine verbundene Steuerbemessungsgrundlage verzichten, d.h., die Bemessungsgrundlage sollte nicht den Wert der Gebäude oder der Anpflanzungen etc. beinhalten). Eine verbundene Steuerbemessungsgrundlage bestraft nämlich eine effizient vorgenommene Landnutzung entsprechend den planerischen Vorgaben: Je besser die Nutzung der Fläche (durch kapitalintensive Gebäude oder Anpflanzungen etc.), je höher also die Ressourceneffizienz, umso höher die Steuer. Darüber hinaus muss eine verbundene Steuergrundlage immer wieder angepasst werden, wenn die aufstehenden Gebäude oder Anpflanzungen sich im Wert verändern. Letztere müssen einem permanenten Monitoring unterzogen und Veränderungen registriert werden, was hohe Kosten verursacht. Was Grundstücksbewertung so problematisch macht, ist nicht so sehr die Bewertung des Grund und Bodens, sondern der aufstehenden Gebäude, Anpflanzungen etc., falls vorhanden. Die Besteuerung von Gebäuden und Inventaren kann auch Allokationsverzerrungen verursachen [45]. Außerdem ist eine verbundene Bemessungsgrundlage schwer zu rechtfertigen: Bei der Besteuerung von Gebäuden, Anpflanzungen etc. werden durch eine verbundene Bemessungsgrundlage zu einem hohen Teil die Leistungen der Eigentümer oder Besitzer besteuert. Hingegen schöpft eine Bodenwertsteuer die Bodenrente ab, die nicht durch Leistungen der Eigentümer/Besitzer erzeugt wurde, sondern durch öffentliche Anstrengungen oder auf puren Zufall zurückzuführen sind. Die Bemessungsgrundlage einer Bodenwertsteuer könnte sehr einfach auf Basis der von nach deutschem Vorbild errichteten „Gutachterausschüssen“ (§ 192 BauGB) durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich um öffentliche Bewertungsstellen. Die Gutachterausschüsse sammeln Daten über alle Landtransaktionen und veröffentlichen jährliche Bodenrichtwerte für Zonen von Grundstücken mit ähnlichen Merkmalen. Diese Richtwerte werden schon heute für die Besteuerung genutzt. Ohne Zweifel ist eine große Menge an Zeit und Anstrengung damit verbunden, die Kapazitäten dafür aufzubauen. Aufbauhilfe für Schwellen- und Entwicklungsländer sollte diesen Punkt betonen und einen Entwurf für Aufbau und Arbeit solcher Gremien ausarbeiten.

Bei der Bodenwertsteuer sollte es sich um eine Fixkostensteuer handeln; die Besteuerung richtet sich also nach den im Rahmen der Planung höchstmöglichen und nicht nach den tatsächlichen Erträgen. Die Angebotsfunktion von Grund und Boden ist wahrscheinlich nicht vollkommen steil; ansonsten könnte das Horten und die „Unternutzung“ von Standorten nicht erklärt werden [46]. Jedoch können die Landbesitzer wegen des Fixkostencharakters der Steuer, diese nicht überwälzen. Der einzige Weg, die effektive Steuerlast zu senken, ist die effiziente und plangemäße Nutzung des Grundstücks. Weil diese Steuer keine Wohlfahrtsverluste verursacht, wird sie nicht nur von Bodenreformern, sondern durchaus auch von liberalen Ökonomen wie Milton Friedman unterstützt [47]. Daher ist die vorgeschlagene Steuer alles andere als der direkte Weg in den Sozialismus.

Ein vergleichbarer Ansatz wurde bereits 1898 in Qingdao (China) erprobt [48]. Das System wurde während der Kolonialzeit von einem deutschen Verwaltungsbeamten namens Schrameier aufgebaut, der zwischen 1924 und 1925 auch ein Berater von Sun Yat Sen war. Wenn ein solches System vor 1900 eingeführt werden konnte, sollten Entwicklungs- und Schwellenländer wie Kambodscha und China auch in der Lage sein, dasselbe heute zu tun. Allerdings gibt es in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern (wie China und Kambodscha) noch kein einsatzfähiges Kataster- und Landbewertungssystem. Es ist notwendig, die entsprechenden Institutionen aufzubauen. Eine derartige Steuer kann also nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Mit ein wenig sozialer Phantasie könnte die Besteuerung allerdings auch in einem Entwicklungsland funktionieren: So könnten die lokalen Behörden selbst bei fehlendem Kataster ein Finanzkataster einführen, um Grundstücksparzellen zu identifizieren und zu bewerten. Per öffentlicher Verkündung könnte bekanntgemacht werden, dass für ein bestimmtes Grundstück eine „Steuer X“ geschuldet wird. Wenn niemand die Steuer freiwillig bezahlt, könnte die Regierung das Grundstück beschlagnahmen [49].

5. Lokale Verwaltungen und verantwortungsvolle Regierungsführung

Oben (Abschnitt 3.1.) wurde gezeigt, dass lokale Behörden auch finanzielle und politische Anreize haben, um Landumnutzungen zu unterstützen. Auf der anderen Seite werden die Kosten der Landumnutzung auf höhere administrative Ebenen (Bedarf an Infrastruktur, die durch das Land, den Bundesstaat oder den Zentralstaat finanziert werden müssen), Nachbarkommunen (manchmal gibt es einen destruktiven Wettbewerb zwischen den Kommunen um Einwohner und Investoren) oder die Gesellschaft als Ganzes (Verlust an Artenvielfalt, etc.) abgewälzt. Daher sind Handlungen der lokalen Behörden ebenfalls mit externen Kosten verbunden. Sie können kaum als neutrale Akteure und Treuhändler des Gemeinwohls angesehen werden. Es mangelt v.a. an der Einhaltung der übergeordneten Pläne (z.B. Regionalplanung, falls existent). Dennoch sollte die zentrale Rolle der Kommunen am Planungsprozess nicht in Frage gestellt werden. Eine Zentralregierung hat nicht genügend Informationen und Kapazitäten, um umfassende Pläne für die untergeordneten Ebenen zu administrieren. Außerdem garantiert nur die Einbeziehung der Kommunen „Ownership“ an den Plänen. Dennoch ist es kein kluges Arrangement, den Kommunen einerseits eine zentrale Rolle in der Landnutzungsplanung einzuräumen und gleichzeitig vom finanziellen Resultat der Landkonversionen abhängig zu machen.

Deutschland ist ein Musterbeispiel für ein schlechtes institutionelles Design: Auf der einen Seite sind die Kommunalverwaltungen für die Implementierung der übergeordneten Pläne zuständig; zur gleichen Zeit genießen sie einen großen Grad an politischer Autonomie (Art. 28 des Grundgesetzes). Auf der anderen Seite ist die Ertragshoheit an der Grundsteuer (beeinflusst durch neue Siedlungen, angeworbene Industrien etc.), in der Verfassung verankert (Art. 106 GG). So geraten die Behörden latent in Versuchung, Fiskalerträge durch Landentwicklung und Landkonversion zu erhöhen. Aufgrund eines schwachen und dezentralisierten Steuersystems hängen auch die chinesischen Kommunalverwaltungen an den Einnahmen aus Landkonversionen.

Dennoch ist die Lösung für das Regulierungsproblem im Grunde einfach: Kommunalverwaltungen sollten keine *direkten* Nutznießer der Landnutzungsänderungen sein. Die weitverbreitete Meinung, die Grundsteuer sei eine „geborene“ Gemeindesteuer, ist in dieser Form irreführend. Um Kommunalverwaltungen neutraler zu machen, sollten die

Grundsteuereinnahmen in ein Finanzausgleichssystem eingespeist und auf einer höheren administrativen Ebene gepoolt werden. Sodann könnte das Geld an die Kommunen zurückverteilt werden, wenn möglich entsprechend der Anzahl der Einwohner (vgl. die Idee in Deutschland diskutierte Idee der Baulandausausweisungsumlage [50]). Der unproduktive Wettbewerb zwischen den Kommunen, wie er in Deutschland an der Tagesordnung ist, würde abgeschwächt. Landumnutzungen würden keinen direkten finanziellen Nutzen mehr für die Kommunen erbringen. Auf der anderen Seite hätten Kommunalverwaltungen noch immer Anreize, die Attraktivität ihrer Gemeinden zu erhöhen, um mehr Menschen anzuziehen (und damit einen höheren Anteil der Einnahmen aus der Rückverteilung zu erhalten); Gleiches gilt aus Gründen politischer Werbung. Trotzdem hätten die Kommunalverwaltungen in der Gesamtheit genauso viele Einnahmen wie bisher; sie würden weder etwas gewinnen noch verlieren. Die Kommunalverwaltungen würden ebenfalls an der Bodenrente beteiligt, allerdings auf indirektem Wege.

6. Schlussfolgerungen

Politiker und Wissenschaftler haben realisiert, dass Landkonversion auf eine nicht-nachhaltige Art und Weise stattfinden, und dass Änderungen notwendig sind. Externe Effekte kann man nur durch Regulierungen in den Griff bekommen, wenn private Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, z.B. wegen zu hoher Transaktionskosten [51]. Regulierung läuft immer auf eine Abschwächung von Eigentumsrechten hinaus, daher war die grundsätzliche Idee, verantwortungsvolle Regierungsführung durch die Stärkung und Bündelung der Eigentumsrechte in privater Hand zu erreichen, zum Scheitern verurteilt. Aus ökonomischer Sicht können vollständige Eigentumstitel als das Halten aller vier Teilrechte, wie sie in der untenstehenden Tabelle beschrieben sind, interpretiert werden (die Klassifizierung ist abstrakt und entstammt dem römischen Recht) [52].

Die Frage ist: Welche Form der Abschwächung der Eigentumsrechte ist mit verantwortungsvoller Regierungsführung und Marktwirtschaft vereinbar? Die „traditionelle“ Antwort liefert eine Reihe neuer Regelungen und Bemühungen, diese Regelungen durchzusetzen. Obwohl Deutschland als eine Blaupause für viele Entwicklungs- und Schwellenländer dient, sind die Eigentumsrechte von privaten Landbesitzern durch das öffentliche Recht in hohem Maße verdünnt [53]. Dies betrifft insbesondere die Rechte bezüglich der Kontrolle und der Nutzung des Landes („usus“, „abusus“). Im Gegensatz dazu werden die Rechte, die den Wert oder die Rente betreffen, kaum negativ berührt. Viele Regelungen und Vorschriften beziehen sich auf „usus“- und „abusus“-Rechte. Baugebote (§ 176 Baugesetzbuch, BauGB), Modernisierungsgebote (§ 177 BauGB), Rückbau- und Entsiegelungsgebote (§ 179 BauGB) sowie Enteignungen im Kontext von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen sind nur einige Beispiele für Regulierungen, mit denen versucht wird, das Verhalten der Eigentümer mit den Landnutzungsplänen in Übereinstimmung zu bringen. Verwaltungsbeamte pflegen zwar in Geboten und Verboten zu denken; dennoch ist dieses Vorgehen weder effektiv noch effizient. Solch eine Strategie, ausgerichtet auf „Command and Control“ geht mit erheblichem bürokratischen Aufwand einher und ist alles andere als gute Governance. Sie kann solange nicht zum Erfolg führen, wie starke Kräfte entgegenwirken, die sich auf die Entkopplung von Nutzen und Kosten von Landnutzungsänderungen stützen.

	Wert und Rente	Kontrolle und Nutzen
Assets (Bestand)	Recht, das Wirtschaftsgut zu verkaufen und an seinem Wert zu partizipieren („ius abutendi“)	Recht, das Aktivum zu ändern und in seinem Zweck zu entfremden („abusus“)
Nutzen (Strom)	Recht, die Erträge des Assets zu vereinnahmen („usu fructus“)	Recht, das Asset zweckgemäß zu gebrauchen („usus“)
Kontrolle des Verhaltens der privaten Investoren	Herkömmlich: Subventionen Alternative (Verursacherprinzip): Negative ökonomische Anreize, z.B. Steuer oder Leasinggebühr)	Herkömmlich: Regulierungen
Konsequenz	Alternative: Verdünnung der betreffenden Eigentumsrechte („usus fructus“, „ius abutendi“)	Herkömmlich: Verdünnung der betreffenden Rechte („usus“, „abusus“)

Tabelle 1: Verdünnung der Eigentumsrechte (aus ökonomischer Sicht)

Es ist besorgniserregend, dass solch fehlerhafte Institutionen durch die offizielle Entwicklungshilfe und westliche Berater in Schwellen- und Entwicklungsländer exportiert werden (z.B. nach Kambodscha).

In Kambodscha wurde im Januar 2011 ein neues Grundsteuersystem eingeführt und dabei offenbar alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. So beträgt der Steuersatz nur 0,1 % der Bemessungsgrundlage; diese umfasst neben dem Wert des Grund und Bodens auch die „Improvements“. Es handelt sich also um eine verbundene Steuer. Unter anderem wurden Steuerbefreiungen für landwirtschaftliche Flächen – inclusive ELCs – beschlossen [54.].

China hat ein schwach ausgeprägtes Steuersystem, welches entwickelt werden muss – hoffentlich in besserer Manier.

Anstatt immer wieder mit neuen Regulierungen zu reagieren, wäre es intelligenter, das Planungssystem mit einem geeigneten ökonomischen Rahmen zu unterfüttern. Von einem ordnungspolitischen Standpunkt aus sollte es sich um negative ökonomischen Anreize handeln: Es ist unvernünftig, jemanden zu belohnen, wenn er darauf verzichtet, anderen Menschen Schaden zufügen. Hierauf gestützt wäre Bodenpolitik unbezahlbar, es würden fortlaufend fragwürdige Anreize gesetzt und das elementare Problem der Entkopplung von Nutzen und Kosten der Landnutzungsänderungen würde nicht gelöst. Stattdessen sollten diejenigen zahlen, welche der Gesellschaft Schaden zufügen (Verursacherprinzip). Das vorgeschlagene Steuersystem verdünnt zwar die Eigentumsrechte der privaten Akteure,

aber nur die Rechte, die sich auf die Vereinnahmung von Bodenrente und Bodenwertzuwachs beziehen („usus fructus“, „ius abutendi“). Das ist exakt der Grund, warum die Einschränkung von Nutzungsrechten („usus“) minimiert werden kann. Mittlerweile findet schon ein Umdenken statt. Immer häufiger werden weniger Regulierungen und statt dessen mehr finanzielle Anreize gefordert, zum Beispiel in der „Asia Regional Assessment for the FAO Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Land and Other Natural Resources” [55].

Dennoch ist der mögliche Beitrag von Steuern zu einer guten Bodenpolitik beschränkt. Die Analyse der Formel für den Nach-Steuer-Bodenwert: W = R / (i+t) (wobei „R“ die Vor-Steuer-Bodenrente ist, „i“ den Realzinssatz und „t“ den Steuersatz darstellt), macht klar, dass selbst mit einem hohen Steuersatz die Bodenrente nicht komplett abgeschöpft werden kann (wie Henry George es empfahl). Daher sind die Möglichkeiten, Nutzen und Kosten der Landnutzung und der -umnutzung miteinander zu koppeln, beschränkt. Auf der anderen Seite ist damit auch die Verdünnung der Eigentumsrechte bezüglich der Aneignung von Bodenrente und -wert auch limitiert. Daher könnte eine Bodenwertsteuer auf eine gewisse Akzeptanz stoßen.

Zentrale Schlussfolgerungen:

Trotz großer Unterschiede in den Institutionen und Steuerungen haben nicht nachhaltige Landnutzungsänderungen in Deutschland (als ein industrialisiertes Land), China (als ein Schwellenland) und Kambodscha (als ein Entwicklungsland) einige gemeinsame Muster: Die Nutznießer der Landkonversion sind oftmals gut organisierte Akteure (Grundbesitzer, Developer und Stadtverwaltungen), während die Kosten oft auf schwach organisierten Gruppen und die Gesellschaft als Ganzes abgeschoben werden (Externalisierung).

Ein ausgereiftes Planungssystem und Planungsrecht allein kann keine nachhaltige Landnutzung gewährleisten. Die Planung bedarf vielmehr der Unterstützung durch ein adäquates Finanzsystem, über das eine bessere Verknüpfung von Nutzen und Kosten der Landnutzungsänderungen erreicht wird.

Es ist schwierig, die externen Kosten der Landumnutzungen zu internalisieren. Besser ist es, Teile der Bodenrente über eine Bodenwertsteuer abzuschöpfen. Eine derartige Steuer würde auch zu einer besseren Einhaltung der Bauleitpläne führen.

Infrastruktur ist im Wesentlichen ein öffentliches Gut, das aus Steuermitteln finanziert werden sollte. Wenn Developer im staatlichen Auftrag Leistungen erbringen, sollten sie eine faire Kompensation erhalten. Sie sollten jedoch durch Steuermittel finanziert und nicht an Bodenwertsteigerungen beteiligt werden, die durch Landumnutzungen generiert werden.

Landnutzungsplanung sollte die konkurrierenden Forderungen der verschiedenen Stakeholdergruppen ausgleichen. Allerdings haben die Gemeindeverwaltungen einen Interessenskonflikt, wenn sie einerseits für die Planung verantwortlich sind und gleichzeitig von der Landkonversion profitieren. Daher sollte das Grundsteueraufkommen gepoolt und an die Gemeindeverwaltungen rückverteilt werden, wenn möglich bezogen auf die Anzahl der Einwohner (Finanzausgleich).

Artikelherkunft

Es handelt sich um die deutsche und leicht veränderte Version von Loehr, D. (2010): External costs as driving forces of land conversion. In: Sustainability 2010, 2, 1035-1054; doi:10.3390/su2041035. Deutsche Übersetzung: Alexander Bertram

Über den Autor



Prof. Dr. Dirk Löhr, Jahrgang 1964, ist Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der FH Trier und hat Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Bochum studiert. Er ist Sprecher des Zentrums für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik am Umwelt-Campus Birkenfeld und Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. Nebenberuflich ist er als Steuerberater und als Consultant in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Sein Arbeitsschwerpunkte sind Law and Economics, insbesondere der Bereich der Eigentumsrechte an Land.

Verwendete Literatur

Deutscher Bundestag. *Große Anfrage – Instrumente zur Reduzierung des Flächenverbrauchs*; Drucksache amtlich eingetragen: Berlin, Deutschland 2007; online: http://dipt.bundestag.de/dip21/btd/16/073/1607360.pdf (Zugriff: 6. April 2010). [1]

Umweltbundesamt. In Richtung effektiverer und nachhaltiger Brachflächen-Revitalisierung. In *Proceedings of the 2nd International Conference on Managing Urban Land,* Stuttgart, Deutschland, 25. – 27. April 2007. [2]

Ding, C. Farmland Preservation in China. Land Lines 2004, 16, No. 3; Online: www.lincolninst.edu/pubs/913_Farmland-Preservation-in-China (Zugriff: 6. April 2010). [3]

Jiang, X.; Zhao, W.; Ma, S. Dont move my food. Chinese netizens rebuke economists attack on farm land bottom line. China View, 26 December 2008; Online: http://news.xinhuanet.com/english/2008-12/26/content_10563842.htm (Zugriff: 6. April 2010). [4]

Interview mit Ralf Symann. DED Cambodia, 9. März 2010. [5]

Economic Land Concessions in Cambodia. A Human Rights Perspective; United Nations Cambodia Office of the High Commissioner for Human Rights: Phnom Penh, Cambodia, 2007; online: http://cambodia.ohchr.org/webdocuments/reports/Thematic_rpt/Thematic%20Report%20on%20ELC_12-Jun-07_eng.pdf (Zugriff: 2. January 2010). [6]

Economic Land Concession, Information Center; Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries (MAFF): Phnom Penh, Cambodia, 2009; online: http://www.elc.maff.gov.kh/index.html (Zugriff: 14. December 2009). [7]

A Fair Share for Women: Cambodia. Gender Assessment; The World Bank: Phnom Penh, Cambodia, 2004. [8]

Sharing Growth: Equity and Development in Cambodia.Equity Report 2007; The World Bank: Phnom Penh, Cambodia, 2007; online: http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/CAMBODIAEXTN/0,,contentMDK:21368241~pagePK:141137~piPK:141127~theSitePK:293856,00.html (Zugriff: 8. November 2009). [9]

Cambodia: Halving Poverty by 2015?: Poverty Assessment; The World Bank: Phnom Penh, Cambodia, 2006. [10]

A Fair Share for Women: Cambodia Gender Assessment; The World Bank, Phnom Penh, Cambodia, 2004; S. 60. [11]

Hansen, K.; Top, N. Natural Forest Benefits and Economic Analysis of Natural Forest Conversion in Cambodia; Cambodia Development Research Institute (CDRI): Phnom Penh, Cambodia, 2006. [12]

Eswaran, H.; Lal, R.; Reich, P.F. Land degradation: An overview. In Responses to Land Degradation, Proceedings of 2nd International Conference on Land Degradation and Desertification, Khon Kaen, Thailand, 25.-29 Januar 1999; Bridges, E.M., Hannam, I.D., Oldeman, L.R., Pening de Vries, F.W.T., Scherr, S.J., Sompatpanit, S., Eds.; Oxford Press: New Delhi, India, 2001; online: http://soils.usda.gov/use/worldsoils/papers/land-degradation-overview.html (Zugriff: 14. Dezember 2009). [13]

Tan, R.; Beckmann, V.; van den Berg, L.; Qu, F. Governing farmland conversion: Comparing China with The Netherlands and Germany. Land Use Policy 2009, 26, S. 961-974. [14]

Nash, J.F. Non-cooperative Games; Princeton University: Princeton, NJ, USA, 1950; online: http://www.princeton.edu/mudd/news/faq/topics/Non-Cooperative_Games_Nash.pdf (Zugriff: 17. Dezember 2009). [15]

Kung, J. Choice of land tenure in China: The case of country with quasi-private property rights. Econ. Dev. Cult. Change 2002, 50, S. 793-817. [16]

Cui, T. Research on the system of field property rights in the Chinese countryside. In Proceedings of ERSEC International Conference on Sustainable Land Use and Water Management, Beijing, China, 8.10 October 2009; UNESCO Office Beijing: Beijing, China, 2009; S. 75-80. [17]

Cambodia Economic Watch; Economic Institute of Cambodia: Phnom Penh, Cambodia, 2008; online: http://siteresources.worldbank.org/INTCAMBODIA/Resources/Economic-Watch-October-2008.pdf (Zugriff: 14. Dezember 2009). [18]

Sub-Decree No. 72 ANK, BK on Commune/Sangkat Land Use Planning Procedure. In Implementation Manual on Commune Land Use Planning.To Support Commune

Development Plan and Commune Investment Program; Ministry of Land Management, Urban Planning and Construction, Cambodia (MLMUPC): Phnom Penh, Cambodia, 2009. [19]

Project Appraisal Document.Land Allocation for Social and Economic Development Project; The World Bank: London, UK, 23 April 2008; online: http://web.worldbank.org/external/projects/main?menuPK=51447259&pagePK=51351007&piPK=64675967&theSitePK=40941&menuPK=64187510&searchMenuPK=51351213&theSitePK=40941&entityID=000333037_20080506000231&searchMenuPK=51351213&theSitePK=40941 (Zugriff: 14. Dezember 2009). [20]

Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die Grose Anfrage (Bundesdrucksache 16/7360). Instrumente zur Reduzierung des Flachenverbrauchs; BT-Drucksache, Berlin, Germany, 2008; S. 1-28; online: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609720.pdf (Zugriff: 6. April 2010). [21]

Zou, X.; Oskam, A.J. New Compensation Standard for Land Expropriation in China. China World Econ. 2007, 15, S. 107-120. [22]

Mongabey.com
Homepage.http://rainforests.mongabay.com/deforestation/2000/Cambodia.htm (Zugriff: 9 January 2010). [23]

Holland, A.S.; Ott, S.H.; Riddiough, T.J. The role of uncertainty in investment: An examination of competing investment models using commercial real estate data. Real Estate Econ. 2000, 28, S. 33-64. [24]

von Thünen, J.H. Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalokonomie, oder Untersuchungen uber den Einflus, den die Getreidepreise, der Reichtum des Bodens und die Abgaben auf den Ackerbau ausuben; Perthes: Hamburg 1826. [25]

Ricardo, D. On the Principles of Political Economy and Taxation; Liberty Fund: Allison Pointe Trail, IN, USA, 1817; Nachdruck von 2004. [26]

Thiel, F. Public Land Leasing International. Intelligente Bodenpolitik oder Instrument zum Land Grabbing.? In Jahrbuch für Bodenpolitik 2008/2009; Dieterich, H., Löhr, D., Thiel, F., Tomerius, S. (Hrsg.); vwf-Verlag: Berlin 2010. [27]

Royal Government of Cambodia (RGC). The Fixation of Concession Land Rental Fee; Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries (MAFF): Phnom Penh, Cambodia, 31 May 2000; online: http://www.elc.maff.gov.kh/index.html (Zugriff: 5. März 2010). [28]

Deng, F.F. Political Economy of Public Land Leasing in Beijing. In Leasing Public Land.Policy Debates and International Experiences, China; Bourassa, S.C., Hong, Y.H., Eds.; Lincoln Institute of Land Policy: Cambridge, MA, USA, 2003; S. 229-250. [29]

Rectangular Strategy, Phase II; Royal Government of Cambodia (RGC): Phnom Penh, Cambodia, 2008. [30]

Cullis, J.; Jones, P. Public Finance and Public Choice, 2nd ed.; Oxford University Press: Oxford, UK, 1998. [31]

Bretschneider, B. Hoheitsrechtlich geplant? Architektur Bauforum 2008, 20, S. 1-2. [32]

Beisinger, C.; Diao, X. Economic Transformation in Theory and Practise: What Are the Messages for Africa? Discussion Paper 00797; International Food Policy Research Institute (IFPRI): Washington, DC, September 2008; online: www.ifpri.org/publication/economic-transformation-theory-and-practice (Zugriff: 16. April 2010). [33]

Olson, M. The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups, 2. Aufl.; Harvard University Press: Harvard, CA, USA, 1971. [34]

Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten.Bilanzierung und Strategieentwicklung; Final Report; Federal Office for Building and Regional Planning Germany (Bundesamt fur Bauwesen und Raumordnung, BBR): Bonn,Germany, 2006. [35]

Global Corruption Barometer; Transparency International: Berlin, Germany, 2009; online: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/gcb/2009. (Zugriff: 8. November 2009). [36]

Schutz der biologischen Vielfalt und Schonung von Ressourcen.Warum wir mit Flachen sorgsam und intelligent umgehen mussen; Federal Environment Agency (Umweltbundesamt, UBA): Dessau 2008. [37]

Quellen: Statistisches Jahrbuch 2008; Statistisches Bundesamt: Wiesbaden, Germany, 2009; Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflache: 104 Hektar pro Tag, 11 November 2009; online: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/11/ PD09__426__331,templateId=renderPrint.psml (Zugriff: 6. April 2010), eigene Berechnungen. [38]

Communique on Land and Resources of China 2004 and 2006; Ministry of Land and Resources P.R.C. (MoLR): Beijing, China, 2006; online: http://www.mlr.gov.cn/mlrenglish/magazine/2006/200711/t20071108_90721.html and http://www.mlr.gov.cn/mlrenglish/magazine/ 2004/200710/t20071011_86304.html (Zugriff: 10. Januar 2010). [39]

Lin, G.C.S.; Ho, S.P.S. Chinas land resources and land-use change: insights from the 1996 land survey. Land Use Policy 2003, 20, 87.107; Daten sind online verfügbar: http://www.chinability.com/Population.htm (ZUgriff: 16. April 2010). Eigene Berechnungen. [40]

The Report of Land and Human Development in Cambodia; Supreme National Economic Council: Phnom Penh, Cambodia, 2007; online: http://www.un.org/esa/agenda21/natlinfo/countr/cambodia/land.pdf (Zugriff: 8. Dezember 2009). [41]

George, H. Progress and Poverty; William Hinton: San Francisco, CA, USA, 1879; online: http://www.progressandpoverty.org (Zugriff: 12. Oktober 2009). [42]

Pfannschmidt, M. Vergessener Faktor Boden.Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung; Gauke-Verlag: Lutjenburg 1990. [43]

Situationsbericht 2010.Trends und Fakten zur Landwirtschaft; German Farmers□f Association (Deutscher Bauernverband, DBV): Berlin 2009. [44]

Evans, A.W. Economics, Real Estate and the Supply of Land; Blackwell Publishing: Oxford, UK, 2004. [45]

Löhr, D. Das stumpfe Schwert der Bodenwertbesteuerung.Zugleich ein Pladoyer fur das Erbbaurecht. Z Sozialokon. 2006, 43, S. 11-19. [46]

Mankiw, N.G.; Taylor, M.P. Economics; Cengage Learning Ltd.: Andover; Hampshire, UK, 2006. [47]

Warner, T. Die deutsche Land-und Steuerordnung von Tsingtau und ihr Weiterwirken auf China. Z Sozialokon. 1999, 36, S. 15-18. [48]

Perkins, D.H. Chinas Land System: Past, Present and Future. In Property Rights and Land Policies; Ingram, G.K., Hong, Y.H., Eds.; Lincoln Institute of Land Policy: Cambridge, MA, USA, 2009; S. 70-95. [49]

Krumm, R. Die Baulandausweisungsumlage als okonomisches Steuerungsinstrument einer nachhaltigen Flachenpolitik; IAW Discussion Papers; IAW: Tübingen 2002. [50]

Coase, R. The Problem of Social Cost. J. Law Econ. 1960, 3, S. 1-44. [51]

Pejovich, S. The Economics of Property Rights: Towards a Theory of Comparative Systems; Kluwer Academic Publishers: Dordrecht, The Netherlands, 1990. [52]

Dieterich, H. Bodenordnung und Bodenpolitik. In Kompendium der Wohnungswirtschaft, 4. Aufl.; Jenkis, H. (Hrsg.); Oldenbourg-Verlag: München, Wien 2001; S. 516-542. [53]

Löhr, D. The Cambodian Land Market: Development, Aberrations and Perspectives. Asien 2011, 120, S. 28 – 47, hier: S. 36, 42. [54]

Asia Regional Assessment for the FAO Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Tenure of Land and Other Natural Resources; Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): Hanoi, Vietnam, 2009; online: ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/ak802e/ak802e00.pdf (Zugriff: 14. Dezember 2009). [55]

Solidarische Ökonomie als Alternative zur Wachstumswirtschaft

Elisabeth Voß

So lange Menschenrechte
nicht überall und unterschiedslos
für alle Menschen durchgesetzt sind,
kann ich mit dieser Welt
nicht einverstanden sein.

Dass eine andere Ökonomie notwendig ist, daran dürften heute, angesichts der vielfältigen Krisen, kaum noch Zweifel bestehen. Globale Gerechtigkeit ist keine Frage für die Zukunft, sondern das heute drängendste Problem, angesichts von Millionen Toten, die Opfer der herrschenden Ökonomie sind. Dass eine andere Ökonomie möglich ist, beweist die Praxis bereits bestehender solidarökonomischer Unternehmungen und Projekte. Diese andere Ökonomie hat viele Gesichter und wird sich immer wieder verändern.

Wie Postwachstumsgesellschaften aussehen könnte, kann heute niemand vorhersagen. Vermutlich wird es sehr unterschiedliche Ausprägungen geben, je nachdem, auf welche Art und Weise die Transformation von einer rücksichtslosen, auf Konkurrenz und Gewinnerzielung basierenden Wachstumsökonomie hin zu einer Wirtschaftsweise, die sich am Erhalt der Natur als Lebensgrundlage aller Menschen auf dieser Erde orientiert, stattfindet. Übergänge unter den Bedingungen von Katastrophen und unabweisbaren Sachzwängen werden andere Strukturen hervorbringen als Veränderungsprozesse aufgrund freiwilliger Übereinkünfte.

In jedem Fall wird eine Postwachstumsökonomie sich deutlich von der patriarchal geprägten kapitalistischen Ökonomie unterscheiden, die auf Gewinnerzielung, Konkurrenz und Durchsetzung von Interessen mittels struktureller und militärischer Gewalt basiert. In den vielfältigen Praxen Solidarischer Ökonomien sehe ich mögliche Alternativen zur Mensch und Natur schädigenden Wachstumswirtschaft. Bis zu einem guten Leben für alle ist es ein weiter Weg, aber es gibt keinen Grund, nicht jeden Tag einen Schritt auf dem Weg dorthin zu gehen.

Zum Begriff "Solidarische Ökonomie"

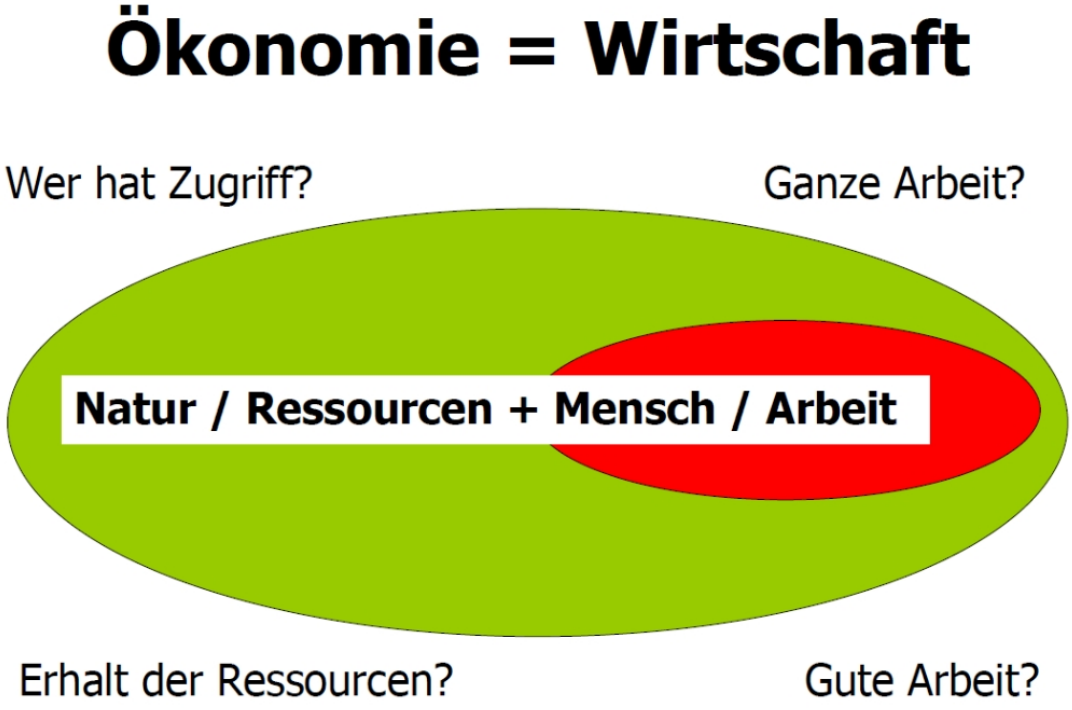
Seit dem internationalen Kongress "Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus" im November 2006 in Berlin[1] ist der Begriff "Solidarische Ökonomie" für diese andere Form des Wirtschaftens in Deutschland relativ bekannt geworden. Den OrganisatorInnen war es wichtig deutlich zu machen, dass Solidarische Ökonomien[2] mehr sind als eine Nische, dass es sich vielmehr um einen weltweit

[1] Veranstalter: Bewegungsakademie Verden und TU Berlin, zusammen mit vielen MitträgerInnen und UnterstützerInnen.

[2] Ich verwende den Begriff in der Mehrzahl, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um ein einheitliches, verbindlich definiertes Konzept handelt, sondern dass wir es mit einem lebendigen, vielfältigen Wirtschaftssektor zu tun haben.

wachsenden, vielfältigen Wirtschaftssektor handelt. Ihr Verständnis dieses Wirtschaftssektors war geprägt von einer globalen Perspektive und von der Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit von sozialen Bewegungen und konkreten Unternehmungen anderen Wirtschaftens.

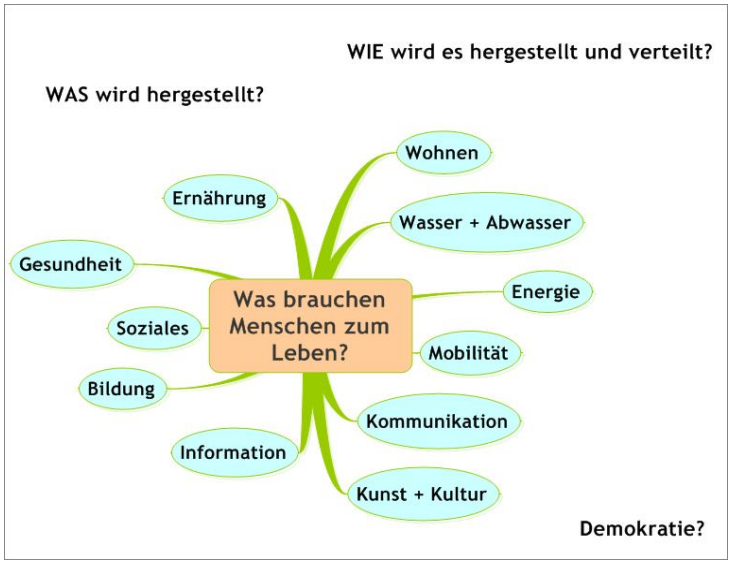
Zum Verständnis der Vielfalt dieses Wirtschaftssektors ist es hilfreich, den Begriff "Solidarische Ökonomie" genauer zu beleuchten. "Ökonomie" heißt Wirtschaft. Für viele Menschen ist die Wirtschaft das ganz Andere, das Fremde, häufig das, mit dem sie nichts zu tun haben möchten. Aus der Alltagserfahrung mag dies nachvollziehbar sein, blendet aber einen Teil der gelebten Realität aus. Daher sehe ich eine große Herausforderung darin, sich den Begriff und das Verständnis von Wirtschaft anzueignen. Denn im Kern ist Wirtschaft etwas ganz einfaches: Sie umfasst alle Prozesse, in denen Menschen durch Einsatz ihrer Arbeit aus natürlichen oder von Menschen geschaffenen Ressourcen Produkte herstellen und Leistungen erbringen[3], die andere benötigen[4].



Aber wer hat Zugriff auf die Ressourcen dieser Welt? Werden sie im Produktionsprozess unwiederbringlich aufgebraucht und zerstört, oder gibt es wirksame Schutzmechanismen zu ihrem Erhalt? Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, zur Wertschöpfung trägt ebenso die oft

[3] Ich spreche bewusst von "Produkten und Leistungen" und nicht von "Waren und Dienstleistungen", um zu verdeutlichen, dass der Austausch nicht in jedem Fall über den Markt erfolgt, sondern dass auch andere Austauschformen existieren, z.B. direkter Tausch, Verteilung unter den Mitgliedern ohne Verrechnung, "Verschenken" als open source etc.

[4] Ebenso können Menschen natürlich auch Unnützes bzw. Schädliches herstellen, und welche Produkte menschlicher Arbeit wirklich benötigt werden, das unterscheidet sich je nach Interessenlage.



unsichtbare, meist von Frauen geleistete Versorgungsarbeit bei, ebenso wie Selbstversorgung und Arbeit im Gemeinwesen.[5] Aber was für eine Arbeit ist es, und wie erleben die Arbeitenden sie selbst?[6]

Sowohl für die Herstellung als auch für die Verteilung der Produkte und Leistungen ist es erforderlich, dass die Beteiligten Vereinbarungen darüber treffen, was in welcher Menge und auf welche Art und Weise hergestellt, und nach welchem Modus es verteilt werden soll. Aber wie und durch wen werden diese Entscheidungen getroffen? Erfolgen sie unter den Bedingungen von Macht und Herrschaft, oder demokratisch, transparent und kontrollierbar? Wer entscheidet in wessen Interesse?

Ohne Wirtschaft kann kein Mensch leben, jede und jeder ist darauf angewiesen, die Produkte und Leistungen zur Verfügung zu haben, die sie und er zum Leben benötigt. Ob diese Produkte und Leistungen überhaupt zur Verfügung stehen, und wenn ja in welcher Qualität und zu welchen Bedingungen – das ist im wesentlichen eine Frage der Demokratie, eine Frage des Zugangs zu Ressourcen und eine Frage der Aushandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Betrachtungsweise ähnelt stark dem Wirtschaftsverständnis der aktuellen Commons-/ Gemeingüterdiskurse[7].

Eine Fabrik im Besitz der Belegschaft kann zum Beispiel anders agieren als ein Unternehmen, das eine zweistellige Kapitalrendite abwerfen muss. Das selbstverwaltete Unternehmen wird auf den langfristigen Erhalt seiner Produktionsmittel achten, qualitativ hochwertig produzieren und sich um dauerhaft kooperative Beziehungen zu seinen Stakeholdern bemühen.

---

[5] Zur ganzen Arbeit vgl. z.B.: Eckart Hildebrandt: "Anders Arbeiten? Das Konzept der Mischarbeit im Agendaprozess", in:CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation, Heidelberg, 2004: http://www2000.wzb.eu/alt/ab/pdf/hildebrandt%C2%AD_contraste_feb_2004.pdf

[6] Gute Arbeit: http://www.dgb-index-gute-arbeit.de

[7] Die im Juni 2012 verstorbene US-amerikanische Wissenschaftlerin Elinor Ostrom hat 2009 den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Forschungen zu Commons/ Gemeingütern bekommen. Sie beschreibt Commons als gemeinschaftlich bewirtschaftete Ressourcen auf der Basis selbstdefinierter Regeln.

Etwas schwieriger ist der Begriff "Solidarität". Unter Solidarität wird gemeinhin gegenseitige Unterstützung verstanden, das Wort strahlt Wärme aus, gilt als positiv und ist für viele Menschen mit starken Emotionen verbunden. Solidarität bedeutet jedoch nicht Wohltätigkeit oder soziales Handeln im Sinne von charity[8], sondern Handeln zum eigenen Nutzen auf der Basis von Gegenseitigkeit, entspricht also z.B. dem klassischen Genossenschaftsverständnis gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Selbsthilfe zum Nutzen der Mitglieder.

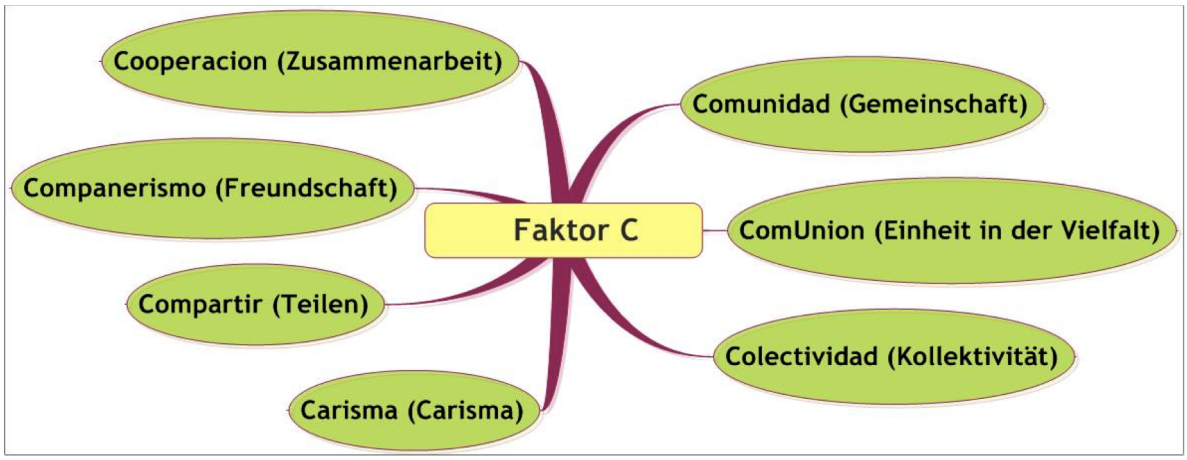


Solidarität ist nicht immer "gut" und wünschenswert, sondern es kommt darauf an, wer mit wem und für wen, bzw. vielleicht auch gegen wen solidarisch ist, d.h. in wessen Interesse sich Menschen zu solidarischen Einheiten zusammen tun. Auch elitäre Zusammenschlüsse Privilegierter oder korrupte und mafiöse Wirtschaftsstrukturen können im Inneren sehr solidarisch funktionieren – eine Hand wäscht die andere. Für das Selbstverständnis Solidarischer Ökonomien als Alternative zur herrschenden, machtbasierten Wirtschaftsweise kommt es daher auch darauf an, wie sozial im Sinne von gesellschaftlich das gemeinsame Wirtschaften organisiert ist.

Der Begriff "Solidarische Ökonomie" wurde geprägt vom chilenischen Wirtschaftswissenschaftler Luis Razeto Migliaro. Er untersuchte in den 1970er/ 80er Jahren, wie es Menschen, die nach herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Vorstellungen über keinerlei Voraussetzungen zu erfolgreicher unternehmerischer Tätigkeit verfügten, trotzdem gelang, in Notzeiten die Versorgung ihrer Familien und Gemeinschaften mit dem Lebensnotwendigen sicher zu stellen. Er entdeckte einen bis dahin unbekannten Produktionsfaktor, den er Faktor C nannte, die Kraft der Zusammenarbeit, deren sieben Bestandteile im Spanischen alle mit C beginnen: "Companerismo (Freundschaft), Cooperacion (Zusammenarbeit), Comunidad (Gemeinschaft), ComUnion (Einheit) in der Vielfalt), Colectividad (Kollektivität), Carisma (Charisma), garniert mit der Kategorie des Compartir (Teilen)"[9].

[8] Der Begriff "sozial" wird in Deutschland häufig als "charity" verstanden, während er im Angelsächsischen eher "gesellschaftlich" bedeutet (z.B. "social networks" im Internet).

[9] Hans Eder: "Der 'Faktor C'. Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation...", in: SoliTat 42, Internationale Solidarität, Salzburg, Oktober 2003, Seite 2f.



Werte und Prinzipien Solidarischer Ökonomien

Dass der Begriff "Solidarische Ökonomie" nicht eindeutig definiert ist, liegt auch in der Natur der Sache begründet, denn es gibt keine Instanz, die das Recht oder die Macht hat, eine solche Festlegung verbindlich vorzunehmen. In demokratischen Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe entscheiden die Akteure selbst, wie sie ihr Handeln beschreiben und wie sie ihr Selbstverständnis definieren[10].

Es sind unterschiedliche Begriffe gebräuchlich für Wirtschaftsweisen, die nicht vorrangig der Gewinnerzielung diesen, z.B. Alternative, Soziale oder Solidarische Ökonomie, peoples economy etc. Sie sind nicht identisch, entstammen unterschiedlichen historischen und kulturellen und Kontexten, und längst nicht alle Akteure verstehen sich selbst als Teil eines größeren Zusammenhangs. Im engeren Sinne könnte Solidarische Ökonomie als wirtschaftliche Selbsthilfe verstanden werden, aber ebenso ist eine breitere gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise möglich.

Für das Verständnis Solidarischer Ökonomien ist es hilfreich, einen Blick auf das Selbstverständnis, die Werte und Prinzipien internationaler Organisationen und Netzwerke von Akteuren anderen Wirtschaftens zu werfen. Insbesondere die "Stellungnahme zur genossenschaftlichen Identität" des Internationalen Genossenschaftsbundes (ICA)[11], die "Social Economy Charter" des erbandes Social Economy Europe[12], das Selbstverständnis des Netzwerks für Solidarische Ökonomie RIPESS[13] und die "Charta des Weltsozialforums von Porto Alegre"[14] können als Referenzen zum Verständnis Solidarischer Ökonomien herangezogen werden. Es finden sich darin unter anderem die Begriffe: Freiwilligkeit,

[10] Wenn Macht sich wesentlich darin äußert, die Deutungshoheit über die Definition von Begriffen und über die Erklärung von Sachverhalten zu haben, wenn also die wesentliche Machtfrage lautet : "Wer erklärt die Welt?", dann ist diese Selbstdefinition der Akteure Solidarischer Ökonomien ein wesentlicher Machtfaktor dieses anderen Wirtschaftssektors.

[11] http://www.ica.coop/coop/principles/coopidentitylanguages.pdf

[12] http://www.socialeconomy.eu.org/spip.php?article263&lang=en

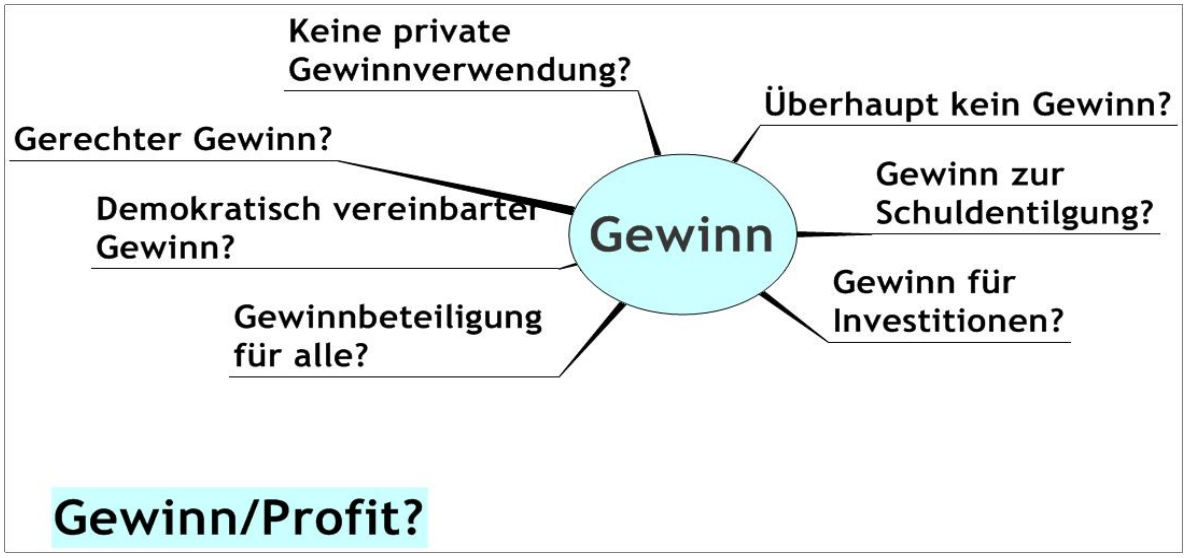
[13] http://www.ripess.org und http://www.ripesseu.net / http://www.ripesseu.net/en/definitions.html

[14] http://weltsozialforum.org/prinzipien/

Gleichheit, Demokratie, Solidarität, Selbsthilfe, Nutzen statt Gewinn, Gesellschaftliche Verantwortung, Unabhängigkeit vom Staat.



Der entscheidende Unterschied zur herkömmlichen, auf Macht, Konkurrenz und Gewinnmaximierung basierenden Ökonomie besteht darin, dass in solidarischen, oder auch alternativen, sozialen und genossenschaftlichen Ökonomien die Menschen im Vordergrund stehen, nicht die Gewinne: "People before profits". Was das konkret bedeutet, ob es überhaupt Gewinne geben sollte oder nicht, und wofür diese verwendet werden, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Bei aller Unterschiedlichkeit ist das Motiv und der Antrieb solidarischen Wirtschaftens immer die Befriedigung konkreter Bedürfnisse, und nicht die Erzielung von Gewinnen.



Diese anderen Ökonomien entstehen oft aus sozialen Konflikten oder Notsituationen. Sie haben zwei Voraussetzung: Erstens verstehen die Akteure die Welt als veränderbar, im Sinne des Sozialforums-Slogans "Eine andere Welt ist möglich!" Und zweitens sind sie davon überzeugt, dass sie selbst in der Lage sind, die Welt (ihre Welt) zu verändern. Diese Selbstermächtigung beinhaltet eine Kritik am Bestehenden und ein Aufbegehren dagegen. Indem sie gemeinschaftlich handeln, setzen die Akteure dem alten, noch immer hörbaren

Schlachtruf Margaret Thatchers "there is no alternative" ein kraftvolles: "there are many alternatives" entgegen.

Vielfalt Solidarischer Ökonomien

Laut Solidarity Economy Europe gehören schon heute etwa 10% aller Unternehmen in Europa zur Sozialen Ökonomie, in denen etwa 10% aller Beschäftigten arbeiten[15]. Dazu zählen insbesondere Genossenschaften, Stiftungen, Vereine und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Für Deutschland wurden in einer Studie 2006 mehr als 1/2 Million Soziale Unternehmen (insbesondere Vereine) identifiziert mit über 2 Millionen Arbeitsplätzen[16].

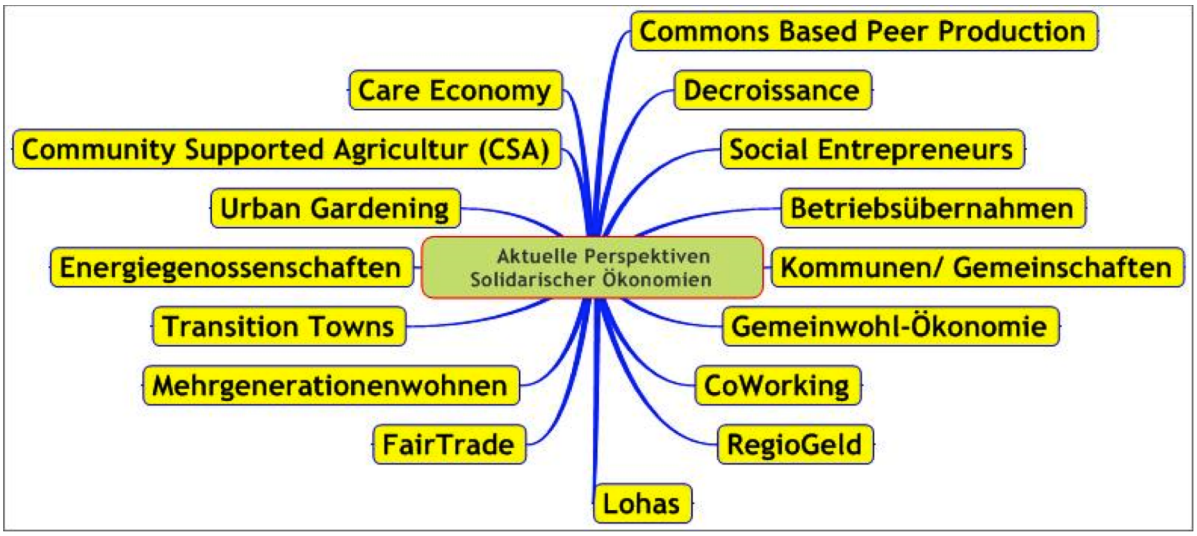
Der elektronische Bundesanzeiger[17] weist Ende 2011 für Deutschland 8.374 Genossenschaften aus. Laut Internationalem Genossenschaftsverband (ICA) sind etwa 440.000 Menschen in Deutschland in Genossenschaften beschäftigt und ein Viertel aller EinwohnerInnen (20 Mio.) sind Mitglied einer Genossenschaft[18]. Diese Zahlen sagen jedoch nichts darüber aus, inwieweit genossenschaftliche, soziale und solidarische Werte in der Praxis dieser Unternehmungen wirklich gelebt werden.

	Unternehmen	Mitglieder	Beschäftigte
Soziale Unternehmen in Europa (Genossenschaften, Stiftungen, Vereine, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit u.a.) (1)	2 Mio. = 10% aller Unternehmen		> 9 Mio. = 10% aller Beschäftigten
Soziale Unternehmen in Deutschland (2)	> 0,5 Mio.		> 2 Mio.
Genossenschaften in Deutschland	8.656 (3)	20 Mio. = 25% der Bevölkerung (4)	600.000 und 35.000 Auszubildende (5)

(1) Social Economy Europe, Stand 2006 http://www.socialeconomy.eu.org/IMG/pdf/SocialEconomyEurope-D.pdf
(2) Social Economy Europe, Stand 2006 http://www.socialeconomy.eu.org/spip.php?rubrique264&lang=en
(3) eBundesanzeiger (eigene Recherche), Stand 06/2012 https://www.ebundesanzeiger.de/
(4) ICA - International Co-operative Alliance (ohne Datum) http://www.ica.coop/coop/statistics.html
(5) DGRV http://dgrv.de/de/genossenschaftswesen/wirtschaftsfaktor.html

Luis Razeto betonte, dass "... die Wirtschaft der Solidarität nicht eine eng definierte und einzige Weise sein (wird), wie die wirtschaftlichen Aktivitäten und Einheiten organisiert werden können. Es wird darum gehen, mehr Solidarität in die Unternehmen, in den Markt, in den öffentlichen Sektor, in die politische Ökonomie, in den Konsum, in die Sozial- und Personalausgaben etc. zu bringen. [...] Tatsache ist, dass solidarische Beziehungen und solidarisches Verhalten existiert. Übrigens hat die Solidarität Abstufungen, und es wäre ein Irrtum, sie nur in ihrer edelsten und reinsten Verkörperung anzuerkennen."

[15] http://www.socialeconomy.eu.org/IMG/pdf/SocialEconomyEurope-D.pdf
[16] http://www.socialeconomy.eu.org/spip.php?rubrique264&lang=en
[17] https://www.ebundesanzeiger.de/
[18] http://www.ica.coop/coop/statistics.html

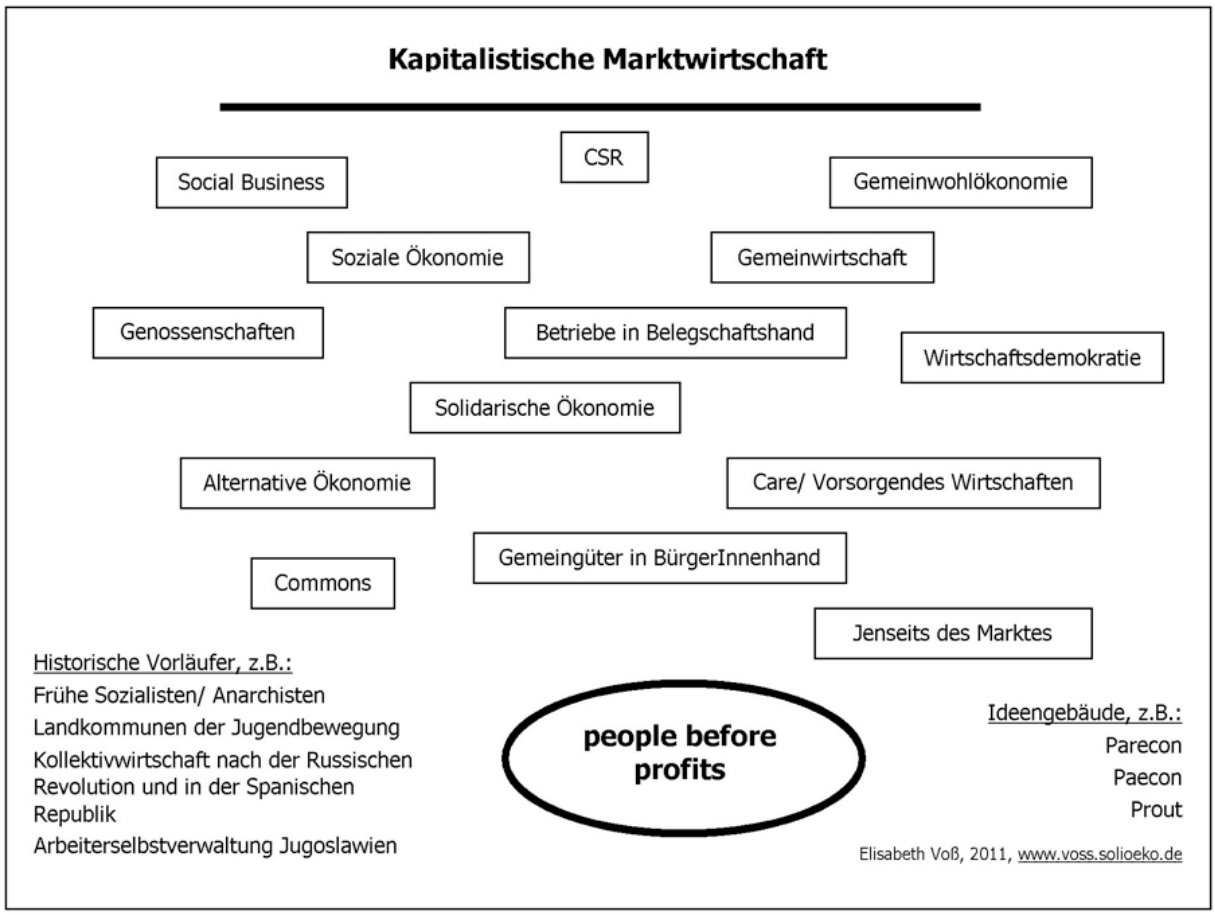


Weltweit existieren verschiedenste Ansätze anderen Wirtschaftens mit unterschiedlichen Ausprägungen Größenordnungen und Reichweiten, zum Beispiel selbstverwaltete Betriebe und Hausprojekte, Energiegenossenschaften, Gesundheitsprojekte, Kinderläden und freie Schulen, ErzeugerInnen- VerbraucherInnen-Gemeinschaften und Dorfläden. Solidarische Ökonomien werden oft in kleinen, dissidenten Einheiten erprobt, diese andere Wirtschaftsweise umfasst jedoch letztlich weit mehr als nur kleine, feine Alternativprojekte. Wer ernsthaft die Gesellschaft von ihrer ökonomischen Basis her verändern möchte, muss die kuschelige Gartenzwergperspektive verlassen und sich zum Beispiel auch mit Alternativen in großen Unternehmensstrukturen oder transnationalen Handelsabkommen befassen.

Auch Unternehmen in konventionellen Strukturen haben begonnen, neben der Gewinnerzielungsabsicht auch andere Ziele zu verfolgen. Sei es, dass sie Teile ihrer Überschüsse gemeinnützigen Zwecken zuführen (charity) oder mit ihrer Geschäftstätigkeit direkt gesellschaftliche Verbesserungen umsetzen (social economy, social entrepreneurship), dass sie kontinuierlich ökologische Verbesserungen vornehmen (ecological auditing) oder gesellschaftliche Auswirkungen ihrer Unternehmenspolitik in ihre Entscheidungsprozesse einbeziehen (CSR – Corporate Social Responsibility). Die Gemeinwohlökonomie möchte die Wirtschaft von Grund auf verändern.[19]

Alternative wirtschaftliche Ansätze können substantiell solidarisch sein, aber auch nur der Vermarktung dienen, wie zum Beispiel das "Greenwashing". Mitunter mutieren gemeinnützige Einrichtungen zu gefräßigen Trägerstrukturen, in denen auf Kosten der ihnen zwangszugewiesenen Erwerbslosen wenige Führungskräfte gut verdienen. Auch manche Großgenossenschaften stellen die Gewinnerzielung über die Interessen ihrer Mitglieder. Ob im Einzelfall wirklich der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht, oder ob sich unter einem sozial-ökologischen Mäntelchen letztlich doch nur profanes Gewinnstreben versteckt, kann also erst anhand der Praxis beurteilt werden. So lange das Eigentum an Produktionsmitteln unangetastet die Herrschaft über die Arbeitenden erlaubt, werden Nachhaltigkeit, Gemeinwohl etc. ebenfalls zur Ware und zum Verkaufsargument im Wettlauf um mehr Wachstum und mehr Gewinne.

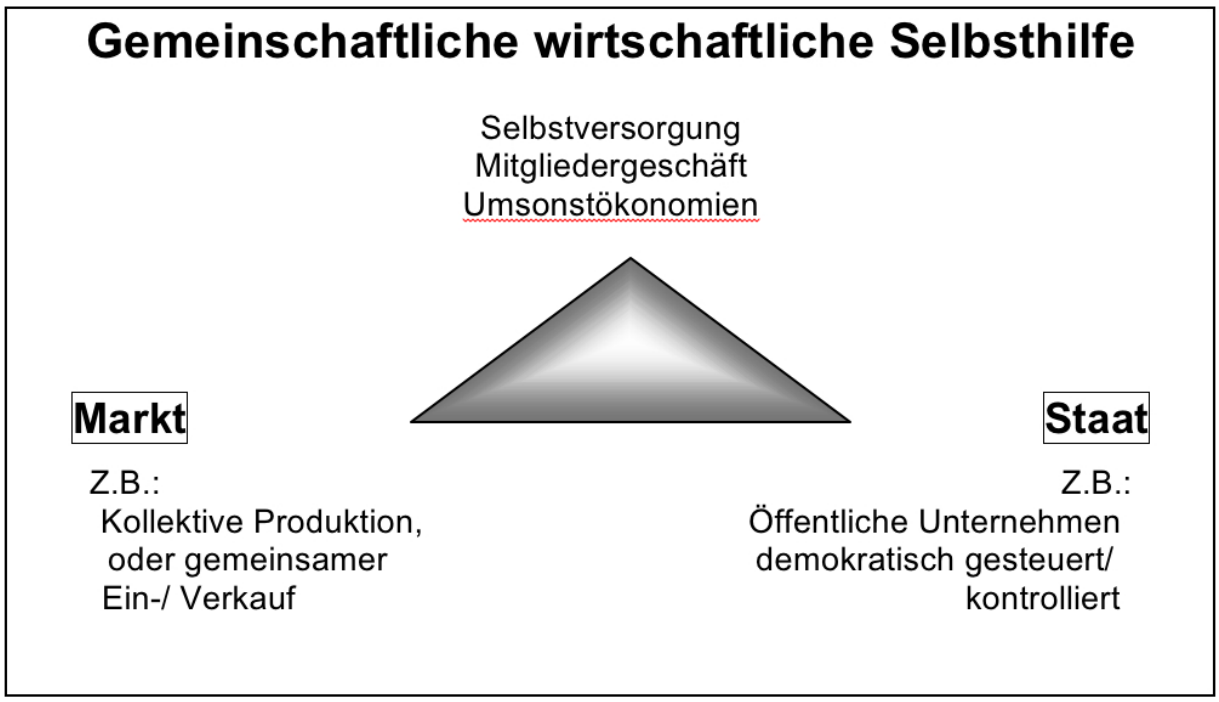
[19] http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/



Solidarökonomische Versuche, anders zu wirtschaften, unterliegen systembedingten Begrenzungen und müssen Kompromisse schließen, so dass immer nur in kleinen oder größeren Aspekten ihres Handelns Alternativen zum Bestehenden aufscheinen werden. Sie lassen sich sowohl am Markt als auch teilweise in staatlichen Strukturen verorten, ebenso wie in gesellschaftlichen Räumen mehr oder weniger fern von beiden. So werden z.B. Produkte und Leistungen aus kollektiver Produktion am Markt verkauft, oder Klein- und Kleinstunternehmen schließen sich zusammen, um beim Ein- oder Verkauf am Markt durchsetzungsfähiger zu sein.

Mit der zunehmenden Privatisierung der Daseinsvorsorge – Wasser/ Abwasser, Energie, Mobilität, Gesundheitswesen, Bildung, Müllentsorgung etc. – stellt sich die Frage nach dem wirtschaftlichen Engagement der BürgerInnen verstärkt: Wo ist es sinnvoll, die Versorgung in die eigenen Hände zu nehmen – z.B. in Form von Genossenschaften – und wo sollte für eine Rekommunalisierung oder Verstaatlichung gekämpft werden? Öffentliche Unternehmen in staatlichem Eigentum können so ausgestaltet werden, dass bürgerschaftliches Engagement als Teil einer demokratischen her und dauerhaft verankert wird.

Mehr oder weniger jenseits von Markt und Staat wirtschaften Unternehmungen zur Selbstversorgung ihrer Mitglieder oder Projekte der Umsonstökonomie (z.B. Open Source oder Umsonstläden). Aber auch sie stehen in Beziehung zu Markt (Marktvergleich, Nutzung freier Güter für berufliche Zwecke etc.) und Staat (politische Rahmenbedingungen). Solidarische Ökonomie ist also weit mehr als ein Dritter Sektor neben Staat und Marktwirtschaft.



Widersprüche, Ambivalenzen und Herausforderung

Je mehr die Lebensverhältnisse sich verschlechtern und das Bestehende seine Legitimation verliert, desto stärker werden die Notwendigkeiten, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Jedoch ist die Fähigkeit zur Selbsthilfe und Selbstorganisation sehr unterschiedlich verteilt. Kooperatives wirtschaftliches Handeln kann Chancen zur Verbesserung der Lebenssituation der Beteiligten eröffnen. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass solidarökonomische Selbsthilfe den ohnehin Privilegierten vorbehalten bleibt.

Mein Eindruck ist, dass es sich dort, wo im Moment eine Zunahme von Selbstorganisationsprozessen zu beobachten ist – in Baugemeinschaften, Energiegenossenschaften oder Community Supported Agriculture-Projekten – überwiegend um Mittelschichtsprojekte handelt, in denen die Beteiligten – meist weiß und leistungsfähig, und oft mit hohen sozialen Ansprüchen –, mehr oder weniger unter sich bleiben. In der Social Business-Bewegung engagieren sich UnternehmerInnen für soziale Ziele, in der Regel jedoch ohne die Betroffenen als MitunternehmerInnen einzubeziehen.

Allerdings gibt es auch Impulse für solidarwirtschaftliche Aktivitäten von Angehörigen der Mittelschicht, die aus sozialer Verantwortung handeln, und gemeinsam mit Notleidenden Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe aufbauen[20].

Ebenso wie die herrschende Wirtschaft sind auch Solidarische Ökonomien männerdominiert. Aus der Kritik und dem Wunsch nach eigenen Strukturen entstand eine vielfältige Frauenprojekteszene. Jedoch gilt es, auch in gemischtgeschlechtlichen Unternehmungen Geschlechtergerechtigkeit umzusetzen.

[20] Bekannte Gründer von Selbsthilfeunternehmen sind z.B. Friedrich-Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch (beide gelten als Begründer der Genossenschaftsbewegung), Abbé Pierre (Emmaus Gemeinschaften), Pater José María Arizmendiarrieta (Mondragon), Domenico Lucano (Flüchtlingsdorf Riace).

Eine weitere Herausforderung stellt die Entwicklung einer Kultur der Kooperation dar, denn die Sozialisation in einer konkurrenzbasierten Gesellschaft bereitet kaum auf die erforderliche Kooperationsfähigkeit vor. Wenn nicht aktiv gegengesteuert wird, setzen sich auch in selbstorganisierten Projekten leicht gesellschaftliche Dominanzen fort.

Lokal und global geht es um Gerechtigkeit, um die Teilhabe an der Nutzung von Ressourcen, um gute Arbeit und ein gutes Leben für alle. Dafür sind Auswege erforderlich aus dem Dilemma, dass Entwicklung und Wohlstand nur möglich scheinen durch immer weiteres Wachstum des Bruttosozialprodukts, welches jedoch zur Zerstörung von Mensch und Umwelt führt. Eine profitorientierte Wirtschaftsweise bietet keine langfristig tragfähigen Lösungen. Solidarische Ökonomien, die auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgerichtet sind, folgen einer anderen Logik und anderen Interessen. Sie können zum einen das Leben der direkt Betroffenen verbessern, und zum anderen als Keimformen einer anderen Welt und als Lernfelder für ein Leben nach dem Kapitalismus verstanden werden.

Viele Ansätze sind klein und entwickeln sich in Nischen im Immobiliensektor, in Land- und Energiewirtschaft, im Handwerks- und Dienstleistungsbereich, jedoch gibt es ebenfalls Beispiele, die zeigen, dass Selbstverwaltungswirtschaft auch in größerem Maßstab funktionieren kann. Z.B. das internationale Projekt Longo Mai[21], der weltweit größte Genossenschaftsverbund Mondragon in Spanien[22], die Genossenschaft Cecosesola in Venezuela[23] oder der Sektor der Solidarischen Ökonomie in Brasilien[24]. Solidarische Ökonomie lässt sich nicht von oben verordnen, sondern entsteht, indem Menschen sich die wirtschaftlichen Prozesse aneignen, die sie zum Leben benötigen.

Was könnte sich in den Zukunftsbranchen Mobilität und Kommunikation demokratisch entwickeln? Wie würde zum Beispiel der Flugverkehr funktionieren, wenn er nicht mehr Gewinne abwerfen, sondern Bedürfnisse befriedigen soll? Würden auch unter wirtschaftsdemokratischen Bedingungen weiterhin Seltene Metalle verwendet? Und wann werden Menschen aufhören, ihre kostbare Lebenszeit mit der Entwicklung und Produktion von Waffen zu vergeuden?

Wenn Menschen sich organisieren und solidarisch gemeinsam ihr Leben selbst gestalten, werden sie Formen der Zusammenarbeit, der Kultur der Kommunikation und Entscheidungsfindung in Wirtschaft und Gesellschaft und zukunftsfähige Technologien entwickeln, die wir uns heute nur begrenzt vorstellen können.

---

[21] Beatriz Graf: Gesellschaftskritik und selbstverwaltetes Leben in den Europäischen Kooperativen, Egg bei Zürich, 2005: http://www.forumcivique.org/de/produkt/longo-ma%C3%AF-revolte-und-utopie-nach-68

[22] http://www.mondragon-corporation.com/DEU.aspx

[23] Cecosesola in Venezuela: http://cecosesola.blogspot.com/ , siehe auch: Cecosesola: Auf dem Weg – Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela, Berlin, 2012:
http://www.diebuchmacherei.de/verlagstitel/utopien/bisher_erschienen.htm

[24] Solidarische Ökonomie in Brasilien: http://www.mte.gov.br/ecosolidaria/sies.asp

Artikelherkunft

Der Beitrag wurde von der Autorin auf Basis verschiedener Vorträge und Veröffentlichungen für dieses Werk angefertigt. Die Grafiken wurden von der Autorin erstellt, das Foto „people before profits“ stammt von Oliver Voß.

Über die Autorin



Elisabeth Voß, Jahrgang 1955, Dipl. Betriebswirtin (FH) und Publizistin, arbeitet in Berlin zu den Themen Solidarische Ökonomien, genossenschaftliche Unternehmungen, Hausprojekte, Selbstorganisation, Finanzierung und Kommunikation. Sie ist im Vorstand des alternativen Unternehmensverbandes NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. und seit Ende der 1980er Jahre Redaktionsmitglied und Autorin der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation. Im Frühjahr 2010 veröffentlichte sie den "Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich!" im AG SPAK Verlag.

Gemeinwohl ist Gewinn

Christian Felber

In der gegenwärtigen Wirtschaft wird Erfolg und Gewinn mit Finanzprofit gleichgesetzt, der jedoch nichts Verlässliches über Grundwerte und -bedürfnisse aussagt. Diese sind oft nur Nebeneffekt oder Mittel zum Zweck. Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ will die Systemspielregeln so ändern, dass das Gemeinwohl zum Zweck der unternehmerischen Initiative und Tätigkeit wird. Die Idee ist nach nur einem Jahr zu einer internationalen Bewegung geworden: Anfang 2012 unterstützten mehr als 500 Unternehmen aus 13 Staaten die Initiative, mehr als 200 Pionier-Unternehmen werden in diesem Jahr bereits die Gemeinwohl-Bilanz erstellen.

Die beiden entscheidenden wirtschaftlichen Erfolgsindikatoren sind heute das Bruttoinlandsprodukt auf der Makroebene (Volkswirtschaft) und der Finanzgewinn eines Unternehmens auf der Mikroebene (Betriebswirtschaft). Beiden Erfolgsindikatoren gemein ist, dass sie a) monetäre Indikatoren sind und b) nichts Verlässliches über das aussagen, was der Mehrheit der Menschen wichtig ist – sie messen nur Tauschwerte, aber keine Nutzwerte. So sagt ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt nichts Verlässliches darüber aus, ob

- ein Land im Frieden lebt oder im Krieg;
- es sich um eine Demokratie handelt oder um eine Diktatur;
- die Ökosysteme systematisch zerstört oder bewahrt werden;
- die Verteilung einigermaßen gerecht ist oder ein kleiner Teil fast alles besitzt und ein Teil der Menschen hungert;
- der soziale Zusammenhalt stärker wird oder schwächer;
- das Vertrauen zunimmt oder die Angst.

Ein steigendes BIP kann für die große Mehrheit der Menschen einen Verlust an Lebensqualität und Zufriedenheit bedeuten, die Zerstörung von Zukunftschancen und sogar ein geringeres finanzielles Einkommen. Dennoch sieht immer noch die Mehrheit der ÖkonomInnen und PolitikerInnen im BIP das Maß für gesellschaftlichen Wohlstand. Das Wirtschaftswachstum ist ungebrochen das Politikziel Nummer eins.

Erfolg neu messen auf der Systemebene...

Immerhin hat eine breite Suche nach alternativen Wohlstand-Indikatoren eingesetzt, im Auftrag der französischen Regierung hat ein Team rund um Joseph Stiglitz und Amartya Sen geforscht, auch der Deutsche Bundestag hat eine Enquete-Kommission beauftragt. Am weitesten gekommen ist bisher der Kleinstaat Bhutan: Dort wird das „Bruttonationalglück“ erhoben. Das ist kein komplexes mathematisches Modell oder Aggregat, sondern 70 Fragen an alle Haushalte: Vertrauen Sie ihrem Nachbarn/ihrer Nachbarin? Haben Sie täglich Zeit zum Pause machen, Beten oder Meditieren? Das Glück lässt sich nicht messen, heißt es oft lakonisch. Doch mit 70 Fragen kann man ihm sehr nahe kommen, jedenfalls näher als durch

das BIP. Ein nationales „Gemeinwohl-Produkt“ könnte sich aus vielleicht 25 elementaren Lebensqualitätsfaktoren zusammensetzen. Welche diese sind, kann nur in demokratischen Beteiligungsprozessen ermittelt werden. Dann wüssten wir besser, wie es uns geht, als mit dem BIP, weil wir endlich die Zielerreichung messen anstatt das Mittel.

… und auf Unternehmensebene

Dasselbe Problem stellt sich auf der einzelbetrieblichen Ebene: Ein größerer Finanzgewinn eines Unternehmens sagt rein gar nichts Sicheres darüber aus, ob das Unternehmen

- Arbeitsplätze schafft oder abbaut;
- die Arbeitsplatzqualität besser oder schlechter wird;
- der gemeinsam geschöpfte Wert gerecht oder sehr ungleich verteilt wird;
- Frauen gleichbehandelt und -bezahlt oder diskriminiert werden;
- Produkt, Produktionsmethode und Vertrieb ökologisch nachhaltig sind oder unachtsam;
- das Unternehmen Waffen herstellt oder bioregionale Lebensmittel.

Warum um alles in der Welt verwechseln wir dann aber den Erfolg eines Unternehmens mit seinem Finanzgewinn?

Das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie versucht diese „Unschärfe“ zu beseitigen, in dem es die Mittel-Zweck-Koordinaten für Unternehmen „umpolt“. Das Gemeinwohl soll nicht länger der erhoffte Nebeneffekt des (größtmöglichen) Finanzgewinns sein, sondern zum Zweck unternehmerischer Initiative werden. Adam Smiths historischer Ausspruch: „Nicht vom Wohlwollen des Bäckers, Brauers, Metzgers erwarten wir unsere tägliche Mahlzeit, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen“ wird gewandelt in „Vom Wohlwollen aller Wirtschaftsakteure erwarten wir das Wohl aller.“ Und der Beitrag jedes Unternehmens zu diesem wird mit einem neuen Erfolgsindikator, der Gemeinwohl-Bilanz, auch gemessen. Damit Ziel und Erfolgsmessung in der Wirtschaft endlich übereinstimmen.

Gemeinwohlstreben belohnen

Zur Frage, was der Gemeinwohl-Beitrag eines Unternehmens ist, gibt es erfreulich klare Vorarbeiten: „Berührungsgruppen“ (Stakeholder) wünschen sich weltweit von Unternehmen Transparenz, soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, Stärkung der Demokratie sowie gesamtgesellschaftliche Solidarität. Die „Gemeinwohl-Bilanz“, das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie, misst, wie diese fünf Grundwerte – die allesamt im Grundgesetz stehen, im Gegensatz zu Konkurrenz und Gewinnstreben – gegenüber den Berührungsgruppen gelebt werden: Wie sinnvoll und ökologisch nachhaltig ist das Produkt? Wie ist die Qualität der Arbeitsplätze? Wie gerecht werden die Erträge verteilt? Sind Frauen und Männer gleichgestellt, auch in der Entlohnung? Dürfen die Beschäftigen mitbestimmen?

Die Gemeinwohl-Bilanz besteht derzeit aus 18 Gemeinwohl-Indikatoren, die diese Leistungen in Gemeinwohl-Punkten messen. Maximal sind 1000 Punkte erreichbar. Das hilft zunächst den KonsumentInnen bei der Kaufentscheidung. Das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis

könnte in fünf Farbstufen dargestellt werden (0-200 Punkte rot, 201-400 Punkte orange …. 801-1000 Punkte grün). Diese Farbe könnte auf oder neben dem Strichcode auf allen Produkten aufscheinen – dann hätten die KonsumentInnen eine klare Orientierung für die Kaufentscheidung. Wer mit dem Handy über den Strichcode fährt, hat auf dem Display sofort die vollständige Gemeinwohl-Bilanz online: Damit würde der „freie Markt" endlich eine seiner theoretischen Voraussetzungen annähernd erfüllen, die heute weitgehend fehlt: vollständige und symmetrische Information.

Das Nachholen dieses Marktversäumnisses ändert noch nichts oder fast nichts daran, dass die ethischen (fairen, ökologischen, regionalen, langlebigen, biologisch abbaubaren) Produkte für die KonsumentInnen in der Regel teurer sind als die weniger ethischen. Deshalb sollten die Leistungen für das Gemeinwohl belohnt werden. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz des Unternehmens, desto größer wären die rechtlichen Vorteile, zum Beispiel: günstigerer Mehrwertsteuersatz, niedrigerer Zoll-Tarif, günstigerer Kredit bei der Demokratischen Bank oder Vorrang im öffentlichen Einkauf. Dadurch werden die ethischen Produkte billiger als die unethischen, und den KonsumentInnen fiele die Wahl leichter.

Außerdem erhalten Unternehmen umso mehr Gemeinwohl-Punkte, je besser ihre Zulieferer und Geldgeber „performen". Wer mit Unternehmen kooperiert, die gute Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse haben, dessen Bilanz-Ergebnis erhöht sich ebenfalls: Eine mächtige Aufschaukelungsspirale in Richtung Gemeinwohl kommt in Gang. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen, desto größer das Gemeinwohl-Produkt einer Volkswirtschaft. Endlich stimmt das ganze Modell zusammen.

Geld nur noch ein Mittel

Die Finanzbilanz bliebe in der Gemeinwohl-Ökonomie erhalten, weil sie unverändert auf privater Unternehmensinitiative beruht, aber das Gewinnstreben würde eingeschränkt und Finanzgewinn nur noch als Mittel zugelassen, wie bei einem Küchenmesser: Dieses lässt sich verwenden, um Gemüse zu schneiden – zum Vorteil aller. Es kann auch verwendet werden, einen Menschen zu erstechen. Die Konsequenz daraus ist jedoch nicht das Verbot des Küchenmessers (Mittels), sondern der verbrecherischen Verwendung: des Tötens von Menschen. Analog der Finanzgewinn: Nach wie vor verwendet werden dürfen Gewinne für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rückstellungen. Nicht mehr erlaubt wären hingegen: feindliche Übernahmen, Investitionen auf den Finanzmärkten, die Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, sowie Parteispenden.

Befreiung vom Wachstums- und Fresszwang

Die drei wichtigsten Folgen dieser Umpolung wären:

1. Wenn der Profit nicht mehr maximiert werden und Konkurrenz-Unternehmen nicht mehr feindlich übernommen werden dürfen, macht Wachstum als Hauptstrategie keinen Sinn: Alle Unternehmen wären vom allgemeinen Wachstumszwang und gegenseitigen Fresszwang – der kapitalistischen Systemdynamik – erlöst. Sie könnten angst- und stressfrei ihre optimale Größe anstreben. Allen Umfragen zufolge fühlen sich Menschen in kleineren, überschaubaren Organisationen und Institutionen – nach menschlichem Maß – wohler als in anonymen globalen Riesengebilden.

2. Das Erreichen der optimalen Größe erleichtert den Unternehmen kooperatives und solidarisches Verhalten. Wer nicht mehr wachsen muss/will, dem fällt es leichter, den Mit-Unternehmen zu helfen. Konkurrenz wird nicht abgeschafft: Unternehmen können in der Gemeinwohl-Ökonomie frei in den Markt ein- und austreten (im Unterschied zu heute, wo „systemrelevante" Finanz- und Industriekonzerne mit Steuergeld vor dem Konkurs bewahrt werden), doch sie wird negativ angereizt: Je spitzer die Unternehmen die Ellenbogen ausfahren, desto schlechter wird ihre Gemeinwohl-Bilanz, sie laufen in Konkursgefahr. Wenn sie umgekehrt offen kalkulieren, Wissen teilen, Aufträge und Personal weitergeben, kooperativ informieren statt aggressiv werben oder sich an der solidarischen Abfederung von Marktschwankungen beteiligen, verbessert sich ihr Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis – jedoch nicht zum Schaden der Konkurrenz, sondern zu deren Nutzen. Die Wirtschaft würde zu einer Win-win-Systemordnung oder: zu einer systemischen Kooperation. Das ist auch die eigentliche Bedeutung von Konkurrenz im Lateinischen: nicht gegeneinander agieren, sondern „miteinander laufen" („con-currere"), nicht gegeneinander (das wäre „contra-currere"). Aus Kontrakurrenz würde kooperative Konkurrenz.

3. Schließlich würden mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Menschen und Menschengruppen private Unternehmen gründen, weil sie sich in diesem neuen Ordnungs- und Anreizrahmen menschlich wohler fühlen als im gegenwärtigen System, in dem selbst das bewusste Ausleben menschlicher Schwächen keinen Nachteil darstellt oder sogar Vorteile bringt, weil keine Bilanz zur Rechenschaft zwingt.

Nichts Neues im Abendland...

Das Gemeinwohl-Ziel ist so alt wie das Abendland: Platon postulierte es als „Ziel der politischen Gemeinschaft", Cicero sah darin das „oberste Gesetz", Thomas von Aquin prägte das Wort „bonum commune" einen Grundpfeiler der christlichen Soziallehre und in der Bayerischen Verfassung steht schon seit 1946 in Artikel 151: „Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl."

Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie" startete im Oktober 2010 mit dem Symposium „Unternehmen neu denken" im Wiener „Hub" und ist in nur einem Jahr zu einer internationalen Bewegung geworden: Mehr als 500 Unternehmen aus acht Staaten unterstützen die Initiative, darunter Sekem (Ägypten, 1850 Beschäftigte), KWB (Steiermark, 300), Sonnentor (Waldviertel, 140), GEA (Waldviertel, 125), Thoma (Salzburg, 120), Grüne Erde (Oberösterreich, 400) Rhomberg (Vorarlberg, 1000), das Boutiquehotel Stadthalle in Wien (33) oder die Sparda Bank München (Bayern, 650).

Mehr als 200 Unternehmen haben sich freiwillig zur Pioniergruppe gemeldet – sie erstellen 2012 ihre Gemeinwohl-Bilanz. Neben den PionierInnen bilden sich – spontan – immer mehr zusätzliche AkteurInnen-Kreise: BeraterInnen, AuditorInnen, ReferentInnen, Botschafter, IT-Teams und vor allem: schon über 30 „Energiefelder" (lokale Unterstützungsgruppen) in Österreich, Italien, Deutschland, Liechtenstein, der Schweiz, Spanien und Argentinien.

Das „Redaktionsteam Gemeinwohl-Matrix" sammelt laufend Feedback von den Pionier-Unternehmen und entwickelt einmal jährlich eine neue Bilanz. Nach mehreren Jahren und Erweiterungskreisen soll die Vorarbeit einem demokratischen Konvent übergeben werden, der daraus ein Gesetz formuliert – als eines mit rund 20 Elementen einer neuen Wirtschaftsordnung. Diese wird dem Souverän zur Entscheidung vorgelegt. Diejenigen

Elemente der neuen Wirtschaftsordnung, die der Souverän annimmt, würden als Wirtschaftsverfassungsteil in der Verfassung verankert und könnten zum Beispiel alle fünf Jahre in Folgekonventen weiterentwickelt werden.

Natürlich brächte das einige Änderungen und Aufgabe von Gewohnheiten mit sich; jedoch ist die aktive Gestaltung des Wandels die sinnvollere und freiere Strategie als das Warten auf den großen Krach.

Artikelherkunft

Beitrag vom Autor speziell für dieses Werk angefertigt.

Über den Autor



Christian Felber, Jahrgang 1972, studierte in Wien und Madrid romanische Philologie und Spanisch als Hauptfächer sowie Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie als Nebenfächer. Er beendete sein Studium 1996 mit einem Magister in romanischer Philologie. Er arbeitet als freier Autor und ist Initiator des Projekts „Demokratische Bank“ sowie der Gemeinwohl-Ökonomie. Er unterrichtet Globalisierungskritik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Analyse und Kritik der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Bürgerschaftliches Engagement für eigenes Geld[1]

Eva Koch

Einleitung

In der griechischen Antike hatten die Freien nicht zu arbeiten: Arbeit machte unfrei. In der modernen Arbeitsgesellschaft war Freiheit jedoch untrennbar mit Arbeit verbunden. Es wurde um ein „Recht auf Arbeit" gekämpft und ein „Tag der Arbeit" gefeiert. Gegenwärtig „fressen" Rationalisierung, Automatisierung und Informatisierung die Arbeit auf. Schon Hannah Arendt stellte 1958 die Frage, was wohl geschehen wird, wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht und prägte den Begriff der Tätigkeitsgesellschaft (dies. 2005). Wie sich zeigt, schlägt sich der Wandel der Arbeitsgesellschaft u. a. in der Auflösung von der *Normal*biographie hin zur *Bastel*biographie nieder (vgl. KEUPP 2005). Der Mittelpunkt der Identitätsbildung kann nicht allein in der Erwerbsarbeit zu suchen sein. Zunehmend rückt deshalb bürgerschaftliches Engagement als Quelle für Identifikation und Vergesellschaftung in den Blick (vgl. SCHUMACHER 1999; HEINZE/OLK 2001; KISTLER et al. 2002).

Im Folgenden wird gezeigt, wie bürgerschaftliches Engagement dazu beiträgt das *eigene Leben* (BECK 1995) zu gestalten und dass Geld dabei eine zentrale Rolle spielt. […]

Theoretischer Hintergrund

Theoretische Grundlage der Untersuchung ist die Theorie der Reflexiven Modernisierung von Ulrich Beck (1986; 1993; 1996). *„Eine globale Gesellschaft mit entwickelter Reflexivität, in der die Infragestellung aller gesellschaftlichen Verhältnisse zur Selbstverständlichkeit geworden ist, stimuliert geradezu politische Kritik*" (BECK 1996: 15). Dies ist die Erfindung des Politischen, wie Ulrich Beck es in seiner Theorie der reflexiven Moderne ausdrückt. Die Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse führt zu einem „Grundlagenwandel", den Beck als so weit reichend einschätzt, dass er vom Anbruch einer neuen Epoche spricht. Die „erste Moderne", in der das Modell der Industriegesellschaft dominierte, wird abgelöst von der „zweiten Moderne", die eine „andere Moderne" mit sich bringt, von der jedoch niemand wissen kann, wie sie sein wird. Eine Diskussion, die sich intensiv mit der Gestaltung der zukünftigen Gesellschaftsverhältnisse befasst, ist die Diskussion um *nachhaltige Entwicklung*. Durch sie wird deutlich, dass die Selbstverständlichkeiten der Industriegesellschaften, nämlich „wirtschaftliches Wachstum" und „technischer Fortschritt" begründungspflichtig geworden sind. Die ökologischen und sozialen Folgen der Industrialisierung rufen zunehmend Gegenbewegungen hervor, die für eine Korrektur der gesellschaftlichen Verhältnisse eintreten, um die Lebensbedingungen für jetzige und kommende Generationen auf solidarische und nachhaltige Weise zu sichern. Dabei wird seit einiger Zeit auch vor der vermeintlichen Selbstverständlichkeit des Geldes nicht mehr Halt gemacht. Der Mythos der Neutralität des Geldes gerät ins Wanken und es werden

[1] Die Inhalte des folgenden Textes geben Teile meiner Diplomarbeit an der FU-Berlin „Eigenes Geld. Eine empirische Untersuchung über die Effekte von Regiogeld-Initiativen auf gesellschaftlicher und individueller Ebene" wider, mit der ich im Juli 2006 den Grad einer Diplom-Soziologin erlangte. Begutachtet wurde die Arbeit von Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer (TU-Berlin) und Prof. Dr. Klaus M. Schmals (FU-Berlin).

Komplementärwährungen entwickelt, mit dem Anspruch, den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht zu werden. Regiogelder sind eine Form der Komplementärwährungen. Sie sind von den BürgerInnen einer Region initiierte Wertgutscheinsysteme zur Stärkung einer nachhaltigen regionalen Wirtschaftsweise. Seit 2003 finden sie in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend Verbreitung. Angefangen mit dem „Roland" (so der Name des alternativen Zahlungsmittels) in Bremen, gefolgt vom „Chiemgauer" in Prien am Chiemsee kam es zu einer Art Boom von Regiogeld-Initiativen. Mittlerweile gibt es 14 emittierende Initiativen und 34 Regiogelder in Planung. Der „Urstromtaler" zirkuliert in Sachsen-Anhalt, der „Berliner" ist das Regiogeld für Berlin und Brandenburg. Seit über einem Jahr sind die Initiativen, die diese Wertgutscheine in Umlauf bringen, aktiv. Diese Initiativen sind Gegenstand einer Untersuchung, deren Ergebnisse hier wiedergegeben werden.

Komplementärwährungen

Zur Vitalisierung und Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe haben sich zusätzlich zu den nationalen Währungen Komplementärwährungen entwickelt, die heute an Bedeutung gewinnen. Die Herstellung und Emittierung dieser Währungen erfolgt nicht durch Zentralbanken, sondern durch regional eingesetzte Institutionen oder Initiativen.

„Eine Komplementärwährung stellt eine allgemeine Übereinkunft innerhalb einer Gemeinschaft dar, etwas anderes als das offizielle gesetzliche Zahlungsmittel für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu akzeptieren." (KENNEDY/LIETAER 2004: 69)

Es gibt eine Vielzahl von Komplementärwährungssystemen[2], wobei die meisten in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit entstanden und nicht selten sogar staatliche Unterstützung erhielten, so zum Beispiel in Neuseeland, Australien, Schottland und 30 verschiedenen US-Bundesstaaten. Es hatte sich herausgestellt, dass diese Systeme bei der Lösung der lokalen Beschäftigungsproblematik hilfreich sein können (LIETAER 2002: 51). Vor allem in Japan werden solche Systeme eingesetzt, um die Folgen der Wirtschaftskrise Mitte der 1990er Jahre aufzufangen. Hier allerdings nicht um in erster Line Arbeitsplätze zu schaffen, lokale Ökonomien anzukurbeln oder autonome Energieversorgungssysteme aufzubauen, sondern um den Menschen soziale Netzwerke zurückzugeben, die in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs verloren gingen und um das wegen der Überalterung der japanischen Gesellschaft überlastete Pflegesystem zu entlasten (vgl. HIROTA 2004). Bei der Pflegewährung werden die Stunden, die ein Freiwilliger bei der Pflege oder Unterstützung alter oder behinderter Menschen verbringt, auf einem „Zeitkonto" verbucht. Mit dem Guthaben des Zeitkontos kann die normale Krankenversicherung ergänzen werden (LIETAER 2002: 325).

Eine sehr bekannte Komplementärwährung ist das LET-System (= Local Exchange Trading System). In Deutschland gab es Mitte der 1990er Jahre eine Art Boom. In dieser Zeit wurden zahlreiche lokale Tauschringe gegründet, in der Bundesrepublik gibt es mittlerweile zwischen 350 und 400 dieser Systeme (BODE 2004: 2). Ihre Mitglieder tauschen Dienstleistungen und zum Teil Waren, wobei in einem zentralen Verrechnungssystem die Guthaben und Verpflichtungen (negativer Kontostand) verwaltet werden.

[2] Weltweit zählt Lietaer etwa 1900 Komplementärwährungssysteme (LIETAER 2002: 51).

Eine andere Variante einer Komplementärwährung ist das Regiogeld oder die Regionalwährung[3], deren Einheiten als Regio bezeichnet werden und in Form von Wertgutscheinen ausgegeben werden. Regiogeld „*ist eine Form der Komplementärwährung, die zum Ziel hat, mithilfe ungenutzter Ressourcen auf regionaler Ebene bislang unbefriedigte Bedürfnisse zu stillen*." (KENNEDY/LIETAER 2004: 77) Dieses Ziel soll mit Hilfe besonderer Eigenschaften des Regiogeldes erreicht werden. Diese Eigenschaften sind die Liquiditätsgebühr und die regional begrenzte Gültigkeit. Eine Liquiditätsgebühr wertet das Regiogeld mit der Zeit ab, z.B. wird ein Schein nicht binnen drei Monaten ausgegeben, verliert er drei Prozent seines Wertes[4]. Damit soll erreicht werden, dass das Regiogeld zirkuliert und dem Markt nicht entzogen werden kann. Die regional begrenzte Gültigkeit zielt darauf ab regionale Wirtschaftskreisläufe zu aktivieren. Durch die regionale Bezugsebene ist das Regiogeld zwischen den lokalen Tauschringen und den nationalen Währungen angesiedelt.

Bei den untersuchten Regiogeld-Initiativen handelt es sich um Bürgerinitiativen, deren Mitglieder für das Gemeinwohl tätig werden. Sie bauen Vertrauenswürdigkeit über eine „Politik der kleinen Schritte" auf, d.h. das in sie gesetzte Vertrauen realisiert sich über einen Lernprozess. Dieser speist sich aus der Beobachtung, dass ihre Taten für Außenstehende nachvollziehbar sind, ein/e jede/r ist aufgefordert sich zu beteiligen, es gibt die Möglichkeit „hinter die Kulissen" zu blicken.

Ein anderes Paradigma – solidarische Ökonomie[5]

Die VertreterInnen der Komplementärwährungsidee sehen sich als KritikerInnen der bestehenden Geldwirtschaft insofern, als sie das bestehende Geldsystem um Komplementärwährungen ergänzen wollen, da damit eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden könne, denn Komplementärwährungen schaffen die Möglichkeit auch ohne Zugang zum gesetzlichen Zahlungsmittel Bedarfe zu befriedigen und reduzieren Ausbeutung. Sie reflektieren die Grenzen des Wachstums und treten für eine Regionalisierung der Wirtschaft ein (vgl. DIFFENBACHER/DOUTHWAITE 1998; KENNEDY/LIETAER 2004). Ihre Ansprüche sind mit denen der solidarischen Ökonomie identisch. Die solidarische Ökonomie geht von den Annahmen aus,

- dass die langfristige Existenzsicherung weder durch ein neues Wirtschaftswachstum, noch durch einen politisch festgelegten Umverteilungsprozess gesichert werden kann und
- dass die kapitalistische Industriegesellschaft aus ökologischen Gründen in der heutigen Form an Grenzen stößt (vgl. WALLIMANN 1998: 52).

[3] Ebenso werden die Begriffe Parallel- und Alternativwährung verwendet.

[4] Die Liquiditätsgebühr kann von den Initiativen sehr unterschiedlich gestaltet werden, manche verzichten ganz auf sie. Ob diese Gebühr sinnvoll ist, ist umstritten, wichtig ist im Wesentlichen die regional begrenzte Gültigkeit.

[5] Die Begriffe solidarische und soziale Ökonomie sowie Gemeinwesenökonomie lassen sich schwer von einander abgrenzen, deshalb wird hier nur von solidarischer Ökonomie gesprochen. Für weitergehende Literatur vgl. (ELSEN 1998), (ELSEN et al. 2000), (KLÖCK 1998).

Sie versteht sich als eine Art der Selbsthilfe zur Arbeits- und Kapitalbeschaffung und strebt eine Selbstständigkeit in lokalen und regionalen Strukturen an. Zentral ist eine möglichst große Unabhängigkeit vom international mobilen Kapital. Eine Kapitalschaffung von unten wird angestrebt und der Abfluss der Gewinne soll verhindert werden. Bei der solidarischen Ökonomie stehen nicht der Weltmarkt oder die private Profitmaximierung, sondern die Existenzsicherung, die regionale Bedarfsdeckung und die nachhaltige Entwicklung im Vordergrund. Sie steht per definitionem im Widerspruch zur konventionellen Wirtschaft. […]

Für die Verwirklichung solidarischer Ökonomie bedarf es einer reflexiven Praxis der Menschen selbst, sie kann nur durch einen diskursiven Prozess „*kollektiver Forschung*" (BASSO nach ALTVATER 2005: 221) zustande kommen. Die vielen praktischen Initiativen, wozu hier auch die Regiogeld-Initiativen gezählt werden, zeigen, dass vermeintlichen Sachzwängen Alternativen entgegengesetzt werden können.

Methodisches Vorgehen

Anhand einer qualitativ-empirischen Analyse der gesellschaftlichen und individuellen Effekte des Engagements von Regiogeld-AktivistInnen, wurden folgende Fragen – die sich erstens der gesellschaftlichen und zweitens der individuellen Ebene zuwenden – bearbeitet:

Fragenkomplex I:

Wird durch das Engagement ein Netzwerk aufgebaut? Zwischen welchen Personen entstehen Kontakte? Generieren diese Kontakte Sozialkapital?

Gibt es ein gemeinsames Handlungsinteresse und Leitbild der TeilnehmerInnen an den Gutscheinsystemen?

Können die Gutscheinsysteme als spezifische Vergesellschaftungsformen reflexiver Moderne gewertet werden?

Fragenkomplex II:

Werden durch das freiwillige Engagement individuelle Lernprozesse angestoßen?

Werden dabei Kompetenzen erworben?

Die eingesetzten Erhebungsmethoden waren teilnehmende Beobachtung, problemzentrierte Interviews, Protokolle von den Aktiventreffen und Befragungen der Gewerbetreibenden. Den Kern der Untersuchung bildeten elf problemzentrierte Interviews mit Aktiven[6] beider Initiativen. […]

Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Es wurde zunächst nach den Effekten des Engagements der Regiogeld-Initiativen auf gesellschaftlicher Ebene gefragt, daran schlossen sich Fragen zu den individuellen Effekten an.

[6] Es wurden sechs Männer und fünf Frauen befragt, deren Alterspanne von Mitte Zwanzig bis Ende Fünfzig reichte.

Die gesellschaftlichen Effekte durch das Engagement der Regiogeld-Initiative

Durch die Initiierung der Regiogelder haben sich Kontakte zwischen Personen ergeben, die vorher nicht bestanden. Die Beziehungen generierten Sozialkapital auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen. Die Formen des Sozialkapitals, welche sich durch das Engagement der Aktiven entfalteten, werden im Folgenden ausgeführt.

Bindendes Sozialkapital entwickelte sich vor allem innerhalb der einzelnen Initiativen zwischen den Aktiven selbst. Seine Funktion, die darin besteht, soziale Stabilität herzustellen, konnte nachgewiesen werden. Es entstanden Freundschaften, die in Sachsen-Anhalt sogar dazu beitrugen, dass ein positiver Bezug zur Region hergestellt wurde, was ein Verlassen der Region verhinderte. Das bindende Sozialkapital zwischen den Aktiven wird gestärkt durch die gemeinsame Verfolgung eines Ziels, bei dessen Umsetzung die Resultate kleiner Zwischenschritte das Gefühl der Selbstwirksamkeit hervorrufen. So entwickelt sich Vertrauen in sich Selbst und die Gruppe.

Brückenbildendes Sozialkapital entwickelte sich zwischen den Regiogeld-Initiativen und anderen Vereinigungen wie z.B. Kirchengemeinden, BUND, Grüne Liga e.V., Berliner Initiative für neutrales Geld etc. Regiogeld-Initiativen fördern ein offenes Netzwerk. Ihre Außenorientierung trägt erheblich dazu bei, dass sie viele Kontakte pflegen. […]

Verbindendes Sozialkapital ist zwischen den Initiativen und einflussreichen Personen des öffentlichen Lebens in kleinem Maße entstanden. Es gibt Kontakte zu PolitikerInnen und Professoren. Durch ihr Auftreten als MultiplikatorInnen wächst die Akzeptanz für die Idee Regiogeld in weiteren gesellschaftlichen Kreisen. […] Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren konnte durch die Verständigung über das gemeinsame Leitbild der nachhaltigen Entwicklung erheblich erleichtert wurde. Mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung können sich alle Akteure identifizieren, dazu zählen in erster Linie die Stärkung einer regionalen Wirtschaft mit kurzen Transportwegen, der Förderung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und die Werbung für regionale Produkte. So wird über die gemeinsamen Ziele eine Vertrauensbasis geschaffen, die eine weitergehende Kommunikation über Regiogeld erleichtert.

Die gemeinwohlorientierte Ausrichtung von Regiogeld trägt ebenfalls zu seiner Akzeptanz bei. Besonders positiv wirkt sich aus, dass Regiogeld ein praktisches Instrument zur Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in der Region ist. Nutzer nehmen am Regiogeldsystem teil, weil sie an der Verwirklichung von Umsetzungsschritten für eine nachhaltige Entwicklung interessiert sind. Dabei nehmen sie durchaus wahr, dass die Wirkungen von Regiogeld noch sehr begrenzt sind. Erste Effekte konnten beobachtet werden: Es bildeten sich ein kleiner regionaler Wirtschaftskreislauf, es kam zu neuen, regionalen Handelsbeziehungen durch Regiogeld und es entwickelten sich weitergehende Projekte mit dem Schwerpunkt auf nachhaltiger Entwicklung, wie einige Beispiele aus Sachsen-Anhalt zeigen (z.B das geplante Zentrum für regionales Wirtschaften in Aschersleben). Die konkreten ersten Schritte und Erfolge, wie der Druck des Regiogeldes, Werbung interessierter Unternehmen und die schrittweise Steigerung der Umsatzmengen motivieren dazu, dabei zu bleiben. In anderen Nachhaltigkeitsinitiativen beschränken sich die Aktivitäten häufig stärker auf Öffentlichkeitsarbeit oder Überzeugungsarbeit in politischen Gremien. Das ist sehr viel zäher und die Wirkungen sind meistens nicht direkt erkennbar.

Viele Nutzer betonten durch ihre Teilnahme am System „ein Zeichen setzten“ zu wollen. Regiogeld ist aus ihrer Perspektive ein geeignetes Mittel, um zu zeigen, dass eine Veränderung in den gesellschaftlichen Strukturen gewünscht ist. Die wahrgenommene Diskrepanz zwischen Ist-Zustand und Erwartungshorizont motiviert dazu, gegen soziale Ungerechtigkeit und die übermäßige Belastung der Ökosysteme anzugehen und so eine nachhaltige und solidarische Entwicklung der Gesellschaft mitzugestalten.

Motivation für die Teilnahme an den Wertgutscheinsystemen ist bei allen Befragten, das Bestreben an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Da die bestehenden Verhältnisse Folgen der ersten Moderne sind und deren Reflexion eine Modernisierung der Moderne bedeutet, sind Regiogelder ein Phänomen reflexiver Modernisierung. Regiogeld wird von seinen Nutzern als ein geeignetes Instrument zur Abmilderung der Folgen der ersten Moderne angesehen. Die Initiativen sind als Vergesellschaftungsform der reflexiven Moderne zu verstehen, da sie diese Folgen reflektieren und daraus Schlüsse für die zukünftige Entwicklung ziehen. Dabei wirkt das Leitbild nachhaltiger Entwicklung als Grundlage für die Reflexion der Folgen der ersten Moderne bzw. bietet Anknüpfungspunkte für ein alternatives Entwicklungsmodell. Die Regiogeld-Initiativen reihen sich als ein Baustein in die Entwicklung alternativer Institutionen im Sinne der reflexiven Moderne ein.

Effekte auf individueller Ebene durch das Engagement in Regiogeld-Initiativen

[…] Ein demokratisches Gemeinwesen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung mitzugestalten, muss praktisch erlernt und eingeübt werden (vgl. ARENDT 2005). Die Förderung von Gestaltungskompetenz setzt dementsprechend eine partizipatorische Lernkultur voraus. Diesbezüglich erweisen sich die Regiogeld-Initiativen als niedrigschwellige Lernorte.

In Anbetracht der globalen Herausforderungen sind Lernprozesse heute grundsätzlich im Lichte erweiterter sachlicher, räumlicher, zeitlicher und sozialer Kontexte zu gestalten, um angemessene Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Wachsende Komplexität wird vor allem in Form von Nichtwissen (sachlich), Intransparenz von Fernwirkungen (räumlich), Risiko (zeitlich) und Fremdheit (sozial) zum Problem. Die Initiativen erweisen sich diesbezüglich als sinnvolle Lernorte, da hier die praktische Auseinandersetzung mit dem sehr komplexen Gegenstand Regiogeld erfolgt.

In sachlicher Hinsicht wird Wissen erworben, dass vernetzte und komplexe Interdependenzen, ins Bewusstsein ruft. Es wurden z.B. die wirtschaftlichen Strukturen in der Region, sowie die Organisation des Regioverkehrs kennen gelernt und damit auch die allgemeinen Zusammenhänge der Geldwirtschaft. […]

Die Projektplanung stärkt in zeitlicher Hinsicht Kompetenzen, da ein dynamischer Prozess mitverfolgt und dessen Langzeitwirkungen antizipiert werden. So lernt das Individuum insgesamt sich auf eine unbekannte und riskante Zukunft einzustellen.

In räumlicher Hinsicht entfaltet sich für die Aktiven die Möglichkeit durch ihr Handeln zu gestalten. Ein Beispiel stellt die Betreuung des Informationsstandes dar. Von Aktiven wurde berichtet, dass die Gestaltung des Standes, abgestimmt auf die jeweilige sich wandelnde Stimmung an einem Ort, als kreativer Prozess wahrgenommen wird. Auf einer höheren Ebene wird über die Lage der eigenen Region unter Bedingungen der Globalisierung reflektiert.

In sozialer Hinsicht werden u.a. der Wechsel von Perspektiven – der sich in Offenheit gegenüber anderen Personen und Gruppen äußert – und damit einhergehend Solidarität und Toleranz erfahren. Dabei erfolgt eine Reflexion über kulturelle Hintergründe, um abzuschätzen welche Strategien bei der Verbreitung des Regiogeldes Erfolg versprechend sind. […]

In der reflexiven Moderne sehen sich die Individuen mit ungeahnten Veränderungsprozessen konfrontiert. Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist dementsprechend, dass durch das Mitgestalten des Wandels das Gefühl der Machtlosigkeit gemindert werden kann. Es entsteht *„Vertrauen in die Veränderungsprozesse"(ein Aktiver)* und die eigene Gestaltungsmöglichkeit, wenn Selbstwirksamkeit durch das Engagement erfahren wird.

Aber es sind auch Grenzen der eigenen Gestaltbarkeit deutlich geworden. Zuvorderst ist die schwierige Kommunizierbarkeit der Idee zu nennen. Für viele Menschen ist Regiogeld ungewöhnlich und neu, um die Idee zu verstehen müssten sie sich mit ihr intensiv auseinandersetzen, dafür nimmt sich nicht jede/r die Zeit. Ein weiteres Problem besteht darin, dass es für viele KonsumentInnen einen Mehraufwand darstellt sich die Scheine zu besorgen. Somit ist Regiogeld nicht zu einem „Selbstläufer" geworden, sondern erfordert stetige Kommunikation. Eine große Herausforderung für die Aktiven. Erleichternd würde sich für die Initiativen die Beteiligung übergeordneter Strukturen auswirken, beispielsweise einer Kommune oder Stadtverwaltung. Dafür besteht die Notwenigkeit übergeordnete Rahmenbedingungen einzufordern. In der Initiative Sachsen-Anhalt Regional werden bereits Vorschläge für Gesetzesänderungen gesammelt. Es findet eine Politisierung statt, die den „mündigen Bürger" oder, wie Roland Hitzler (1997) es ausdrückte, den „unberechenbaren Bürger" hervorbringt, der lernt, sich in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen. […]

Artikelherkunft

Auszug aus: Eva Koch (2006): Eigenes Geld - Eine empirische Untersuchung über die Effekte von Regiogeld-Initiativen auf gesellschaftlicher und individueller Ebene. Diplomarbeit an der FU-Berlin.

Über die Autorin



Eva Koch, Jahrgang 1979, ist Dipl. Soziologin und hat an der FU Berlin studiert. Sie promoviert an der TU Berlin zum Thema „Alltägliches Kochen – Chancen für mehr Nachhaltigkeit? Eine explorative Studie zur Kompetenzentwicklung im Alltag" und ist bei der Kochtüte Gaumensupport Gehrmann Koch GbR tätig. Für ihre Diplomarbeit wurde sie 2006 mit dem Sonderpreis der Selbach-Umwelt-Stiftung ausgezeichnet. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind nachhaltige Ernährung, soziologische Kompetenzforschung und die Soziologie des Alltags.

Verwendete Literatur

ALTVATER, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

ARENDT, Hannah (2005): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper.

BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.

BECK, U. (1993): Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.

BECK, U. (Hg.) (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.

BECK, U./VOSSENKUHL, W./ZIEGLER, U.E. (1995): Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben. München: Bayrische Rückversicherung Aktiengesellschaft.

BODE, Siglinde (2004): Potentiale regionaler Komplementärwährungen zur Förderung einer endogenen Regionalentwicklung. Osnabrück: Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Hochschulgrades einer Diplom-Geographin.

DIFFENBACHER, Hans/DOUTHWAITE, Richard (1998): Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz.

ELSDON, Konrad (1996): Ein Netzwerk des Lernens. Wechselwirkung von Individuum, Organisation und demokratischer Teilhabe. In: QUEM-BULLETIN 7 (96), S. 2-5.

ELSEN, Susanne (1998): Gemeinwesenökonomie - eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung. Kriftel: Luchterhand Verlag.

ELSEN, Susanne/LANGE, Dietrich/WALLIMANN, Isidor (Hg.) (2000): Soziale Arbeit und Ökonomie. Kriftel: Luchterhand Verlag.

HAUG, Sonja (1997): Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

HEINZE, Rolf G./OLK, Thomas (Hg.) (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich.

HERRMANN, Muriel (2005): Potentiale von Regionalgeld-Initiativen als Multiplikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Diplomarbeit im Studiengang Umweltwissenschaften. Lüneburg: Universität Lüneburg.

HITZLER, R. (1997): Der unberechenbare Bürger. Über einige Konsequenzen der Emanzipation der Untertanen. In: BECK, U. (Hg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 175-194.

KENNEDY, Magrit/LIETAER, Bernard A. (2004): Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand. München: Riemann Verlag.

KEUPP, Heiner (2005): Patchworkidentität statt Normalbiographie - Die Pflicht zur Selbstorganisation. In: ALLMENDINGER, Jutta (Hg.): Karriere ohne Vorlage. Hamburg: edition Körber.

KISTLER, Ernst/NOLL, Heinz-Herbert/PRILLER, Eckhard (Hg.) (2002): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: Edition Sigma.

KLÖCK, Tilo (Hg.) (1998): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 6. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher -M 133.

LIETAER, Bernard A. (2002): Das Geld der Zukunft. Über die zerstörerische Wirkung unseres Geldsystems und Alternativen hierzu. München: Riemann Verlag.

PUTNAM, Robert/GOSS, Kristin (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

RINK, Dieter (2002): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale. Opladen: Leske + Budrich.

SCHMALS, Klaus (2005): Stadterneurung und der Wandel des Sozialen. In: ALTROCK, Uwe/KUNZE, Roland/PETZ, Ursula/SCHUBERT, Dirk (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2004/05. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin: Technische Universität Berlin, S. 19-31.

SCHULZ, Yvonne (2005): Komplementärwährungen als Instrument nachhaltiger Regionalentwicklung. Bestandsaufnahme von Initiativen in Deutschland. Diplomarbeit im Studiengang Landschaftsplanung. Berlin: TU-Berlin.

SCHUMACHER, Ulrike (1999): Zwischen Ausgrenzung und neuem Potential. Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagemtns in Berliner Umweltorganisationen. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Projektverbund Arbeit und Ökologie).

SCHUMACHER, Ulrike (2003): Lohn und Sinn. Individuelle Kombination von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement. Opladen: Leske + Budrich.

SEITZ, Klaus (2005): Empowerment für eine zukunftsfähige Entwicklung. In: MICHELSEN, Gerd/GODEMANN, Jasmin (Hg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. München: Oekom Verlag, S. 308-319.

STRAUSS, Anselm L./CORBIN, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

WALLIMANN, Isidor (1998): Soziale Ökonomie: Existenzsicherung in Krisen und die Grundlage eines nachhaltigen Daseins. In: KLÖCK, Tilo (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher - M 133, S. 51-68.

WITZEL, Andreas (1982): Verfahren der qualitaitven Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

Wertschätzung der Lebensarbeit

Gerhard Scherhorn

Die auf Externalisierung gegründete Priorität der Erwerbsarbeit hat die Wohlstandskosten ausufern lassen, die Lebensqualität vermindert, die Beschäftigung reduziert und zu gleicher Zeit die Weltbevölkerung auf ein Vielfaches ansteigen lassen, weil sie zwar erfolgreich die Sterblichkeit reduzierte, den nichtindustriellen Ländern aber die Mittel zur Reduzierung der Fruchtbarkeit – Bildung und Wohlstand – vorenthielt. So „kann man damit rechnen, dass sich der materielle Konsum für die Mehrzahl der Menschen wieder auf einem niedrigeren Niveau einpendeln wird, wie es für die älteren Hochkulturen üblich war“ (Sieferle 1997, S. 26).

Den Beginn dieses Einpendelns erleben wir heute. Für die Erwerbsarbeit wird es enger, aber die Beachtung der Lebensarbeit (Schmid 2006, S. 32 f.) kann sich erweitern. Darin liegt eine große Chance. Die individualistische Verengung auf Erwerbsarbeit und privaten Konsum weicht einer kooperativen Auffassung, und sogar die Revision überhöhter Ansprüche erscheint denkbar. Die Erwerbsarbeit muss ihre Alleinherrschaft aufgeben, aber sie kann an Qualität gewinnen.

Externalisierung von Nutzen

Die Gleichsetzung der Arbeit mit der Erwerbsarbeit mag im Industrialismus unumgänglich gewesen sein, weil in dieser Gesellschaft „die sozialen und technologischen Formen der industriellen Organisation sich durch alle Tätigkeitsbereiche hindurchziehen“ (Castells 2001, S. 22), bis hin zum Alltagsleben. Aber der Industrialismus wird heute von zwei Tendenzen abgelöst, den parallel verlaufenden Übergängen zu *nachhaltiger Entwicklung* und *informationeller Produktivität*, die ihn beide grundlegend verändern werden. Beim informationellen Wirtschaften liegt die Quelle der Produktivität „in der Technologie der Wissensproduktion, der Informationsverarbeitung und der symbolischen Kommunikation“.

Bei nachhaltiger Entwicklung liegt sie ähnlich. Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Verzicht auf den Einsatz von Maschinen und Computern, sondern Verzicht auf die Abwälzung nichtabsorbierbarer Kosten. Positiv ausgedrückt bedeutet das ein Wirtschaften nach dem Vorbild der Evolution in einem offenen, solar gespeisten System. Denn dann werden beispielsweise Stoffe wiedergewonnen, indem geschlossene Stoffkreisläufe, Cluster von wechselseitig resteverwertenden Produktionsstätten (Pauli 1999), Systeme regenerierender Abwasserbehandlung und anderer Synergien aufgebaut werden (Braungart & McDonough 2003). Das heißt aber nichts anderes, als dass an die Stelle der Externalisierung von Kosten das entgegengesetzte Prinzip der *Externalisierung von Nutzen* tritt. Dazu trägt auch das informationelle Wirtschaften bei, soweit Wissen nicht monopolisiert, sondern geteilt wird.

„From the Second Law of Thermodynamics it follows that there is an inherent continuous degradation of order in the world on the average. This seems to stand in striking contrast to the evolution of life on earth: A continual creation of increasingly more complex and more highly structured and differentiated organisms. This impressive development, antagonistic to the common trend of degradation, however, is only possible because of a continuous inflow of high-temperature, unidirectional radiation from the sun balanced by a corresponding outflow of low-temperature radiation back into space in all directions. This through-put of energy continuously ‚leaves behind’, as one might say, a certain amount of syntropy, of

negative entropy, an order-building potential, which is the motor of essentially all net order creation on earth including the creative work of man“ (Dürr 1997).

Darin liegt eine bewegende Vision. Wir können Negentropie schaffen statt die Entropie zu vermehren, d.h. wir können Leben in höhere Ordnungen transformieren, die Erde blühender und das Leben erfüllter machen als sie bis jetzt durch uns geworden sind, wenn wir, um es mit einem Wort von Meyer-Abich (1997) zu sagen, im Einklang mit „der Natur, von der wir ein Teil sind“, handeln – also in Empathie mit der natürlichen und sozialen Mitwelt. Die aber ist nur in einer Gesellschaft zu erwarten, die nicht auf Ausbeutung, sondern auf *Kultivierung* von Mensch und Mitwelt gegründet ist. Kultur aber entsteht aus dem Ganzen der Arbeit, nicht aus der Erwerbsarbeit allein. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, wenn man sich noch einmal die Vorhersage von Keynes vor Augen führt, dass „unsere Mittel zur Einsparung von Erwerbsarbeit schneller wirken als wir brauchen, um neue Verwendungen für Erwerbsarbeit zu finden“ (Keynes 1930, 325). Dass der erste Teil Satzes heute wahr wird, ist der informationellen Produktivität zu verdanken; wenn auch der zweite Teil sich erfüllt, so wird das der nachhaltigen Entwicklung geschuldet sein, die dafür sorgen muss, dass die möglichen neuen Verwendungen nicht zu neuer Externalisierung führen. In dieser Kombination führen beide Tendenzen zu einer neuen Auffassung der Arbeit, die die Interdependenz der Erwerbsarbeit mit der Lebensarbeit und den gleichen Rang beider anerkennt und würdigt – nicht etwa dadurch, dass auch die Lebensarbeit bezahlt wird, denn das würde ihr nicht gerecht, sondern dass verstanden wird, was sie an Voraussetzungen braucht.

Konrad Adenauer wies das Vorhaben, der dynamischen Altersrente ein Gegenstück in der Unterstützung junger Eltern zur Seite zu stellen, mit dem naiven Argument zurück: „Kinder kriegen die Leute sowieso“ – wir wissen heute, wie kontraproduktiv seine Weigerung sich ausgewirkt hat. Also tun wir gut daran, aus der Erfahrung zu lernen, dass gesellschaftlich erwünschtes Verhalten unterbleibt, wenn es nicht unterstützt oder gar behindert wird, und die Lebensarbeit zugewandter zu behandeln als bisher.

Alle Arbeit, nicht nur die auf Erwerb gerichtete, muss hohe Anforderungen an die sensible Behandlung natürlicher und technischer, sozialer und gesellschaftlicher Prozesse erfüllen; das ist durch Ausbildung für Erwerbsarbeit allein nicht zu leisten, sondern erfordert eine gleichrangige Befähigung für alle anderen Arbeiten, bis hin zu den Arbeiten am Selbst und am Sinn. Kindererziehung oder Ausländerintegration beispielsweise führen nicht naturwüchsig zu gesellschaftlich optimalen Ergebnissen, sondern sind davon abhängig, dass den aktiv Beteiligten in ihrer eigenen Sozialisation genug Wissen und Einfühlung vermittelt werden. Ist dafür nicht genug Beachtung und Freiraum da, so wirkt sich das auch auf die Erwerbsarbeit negativ aus. Allein die Bildungsdefizite in den Bereichen der Lebensarbeit sind weit größer als das bisherige Angebot; dass die Nachfrage im Vergleich dazu gering ist, hängt zu einem guten Teil mit der Expansion der Erwerbsarbeit zusammen.

Erwerbs- und Familienarbeit müssen flexibler und besser aufeinander abgestimmt werden, um zwei Notwendigkeiten nachzukommen, der Tendenz der Informationsgesellschaft zu wechselnden Arbeitsaufgaben, Standorten, Sozialstrukturen und Zeiten (Castells 2001, 297-312) und der Tendenz der Nachhaltigkeitsgesellschaft zur prinzipiell gleichrangigen Teilhabe der Geschlechter an den beruflichen *und* an den sozialen – vor allem familiären – Aufgaben im Lebenszyklus (Hartard, Schaffer & Stahmer 2006). Das erfordert z.B., dass die Zeitbedarfe

für die Familienarbeit von der beschäftigenden Firma mitbedacht und die Verkehrsbedarfe von der kommunalen Verkehrsplanung mitberücksichtigt werden.

Menschen müssen Zeit für die Lebensarbeit haben, namentlich für die Arbeit an Freundschaft und kooperativen Beziehungen, die Familien- und Versorgungsarbeit sowie die Bürgerarbeit. Dass die informationelle Produktivitätssteigerung, zusammen mit dem Wegfall externalisierungsbedingter Überproduktion, kürzere Erwerbsarbeitszeiten ermöglicht, muss gefördert und nicht behindert werden. Soweit die verringerten Erwerbseinkommen nicht ausreichen, muss im privaten Bereich die Eigenproduktion gefördert und im öffentlichen die Bürgerarbeit alimentiert, d.h. mit einem Unterhaltszuschuss versehen werden.

All das setzt voraus, dass die Lebensarbeit bei der Gestaltung und Planung der Erwerbsarbeit besser berücksichtigt wird. Davon sind wir vielleicht nicht mehr so weit entfernt. Zumindest die Bewertung der Beziehungsarbeit beginnt sich zu ändern.

Besinnung auf Kooperation

Der evolutionäre Vorteil des Menschen besteht in der Fähigkeit zum kooperativen, einträchtigen Zusammenwirken an einem gemeinsamen Ziel (Herbig 1986). Diese Erkenntnis ist lange nicht nur von der ökonomischen, auch von der evolutionsbiologischen Theorie missachtet worden. Darwins „Survival of the Fittest“ hat den Egoismus der Arten und schließlich der Gene (Dawkins 1976) zum Motor der Evolution erhoben, Adam Smiths „Invisible Hand“ hat im eigennützigen Handeln der Menschen den Motor der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Beides ist falsch, hat aber zwei Jahrhunderte wissenschaftlichen und politischen Denkens geprägt und wirkt noch heute fort.

Für Ökonomen gab es lange nur private und staatliche Güter, und der große Raum dazwischen, der Bereich der Güter und Leistungen, die wir kooperativ selbst hervorbringen bzw. erhalten, in Bürgerinitiativen, Vereinen oder NGOs zum Beispiel, wurde ausgeklammert. Es galt das Verdikt von Mancur Olson (1965): Immer wenn Menschen die Möglichkeit haben, den Aufwand für ein Gemeinschaftsgut anderen zu überlassen, werden sie auf die Option des Schwarzfahrens ausweichen. Denn wenn das Gemeinschaftsgut auch ohne ihre Beteiligung zustandekommt, stehen sie sich besser, wenn sie sich an den Kosten – z.B. am Zahlen von Beiträgen – nicht beteiligen.

Die Schlussfolgerung aus diesem Kalkül ist, dass die ökonomische Theorie sich mit kollektiven Aktionen, die in freiwilligem kooperativem Handeln entstehen, nicht zu beschäftigen braucht, denn sie kommen ja gar nicht zustande. Doch das riecht so sehr nach blinder Verteidigung der Grundannahme, dass sich einige Ökonomen, Psychologen und Soziologen nicht mit der Vorstellung abgefunden haben, es sei ökonomisch rational und entspreche der normalen Disposition der Menschen, sich der gemeinsamen Verantwortung für ein Gemeinschaftsgut nach Möglichkeit zu entziehen. Die Überprüfung dieser Vorstellung hat schon vor Olson eingesetzt. Sie begann mit den Kooperations-Experimenten von Deutsch (1949) und hat einen allmählich breiter werdenden Strom von Forschungsergebnissen hervorgebracht, den Kohn in mehreren Publikationen (1986, 1990, 1991, 1993) zusammengefasst hat. Auch Udéhn (1993) hat einen Überblick über die Forschungen vorgelegt, die von Olsons These angeregt worden sind. Danach sieht es ganz so aus, als würde eine alternative Annahme sich weit besser bewähren als die Vorstellung, Menschen orientierten sich allein an ihrem privaten Vorteil.

Die alternative Annahme lautet: Was ihre innere Disposition betrifft, so möchten Menschen sich ebenso vom eigenen Wohl wie von der Rücksicht auf ihre soziale und natürliche Mitwelt leiten lassen. Wenn möglich suchen sie einen Weg, beiden Anforderungen zu genügen. So ist die eigentlich interessante Frage, welche äußeren Bedingungen die Kooperation und welche das eigennützige Handeln stärken.

Die beiden wichtigsten Antworten auf diese Frage sind zum einen die von Axelrod (zuletzt 1997) herausgearbeitete Vorstellung der *bedingten Kooperation* und zum anderen die von Fehr und Gächter (2002) nachgewiesene Bedeutung der Situationsbedingungen, die *Verantwortlichkeit herstellen,* indem sie es ermöglichen, dass den nicht kooperativ Handelnden fühlbar Missbilligung signalisiert wird. Ihr Befund ist inzwischen durch Experimente auf allen Kontinenten bestätigt worden (Henrichs et al. 2006).

„Wenn Partner auf lange Sicht, d.h. in Serie, immer wieder neu miteinander zu tun haben, ist das beste Ergebnis mit einer Strategie zu erzielen, die 1. primär auf Kooperation setzt, die 2. im Falle einer Nichtkooperation des Partners die weitere Kooperation verweigert und 3. in gewissen Intervallen immer wieder neue Angebote macht, zu kooperieren“ (Bauer 2006, 179)

In neueren Kooperationsexperimenten von Fehr und Gächter waren alle Teilnehmer darüber informiert, welchen Teil, des ihnen zur Verfügung gestellten Anfangskapitals die einzelnen für einen gemeinsamen Zweck investierten. In einem Teil der Experimente hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, andere für unkooperatives Verhalten mit einer Sanktion (Geldbuße) zu belegen. Das Ergebnis: Unter Sanktionsbedingungen war der Betrag, den die Teilnehmer für den gemeinsamen Zweck investierten, signifikant größer als ohne Sanktion, und er stieg in Folgeexperimenten an, während er im Lauf der Experimente ohne Sanktion sank. Mehr als 80 % der Teilnehmer mit Sanktionsmöglichkeit haben wenigstens einmal Sanktionen erteilt, obwohl sie das etwas kostete (sie mussten dafür zahlen) und sie keinen privaten Nutzen davon hatten, denn niemand war in den nächsten Durchgängen mit der gleichen Person erneut zusammen, also konnte man sich keinen Vorteil davon ausrechnen, dass die sanktionierte Person das nächste Mal kooperativer handeln würde. Das Erteilen einer Sanktion erwies sich vielmehr als von verletzten Gerechtigkeitsgefühlen motiviert, die sanktionierten Personen haben das auch durchaus akzeptiert und sich in der Folge kooperativer verhalten.

Dazu passen neuere Befunde der Neurobiologie, wonach Aggression nicht primär die egoistische Funktion hat, das „Recht des Stärkeren“ durchzusetzen. Vielmehr steht Aggression „im Dienste sozialer Beziehungen, sie dient deren Verteidigung. Sie kommt immer dann ins Spiel, wenn Bindungen bedroht sind, wenn sie nicht gelingen oder fehlen“, wenn man auf Misstrauen und Ablehnung stößt (Bauer 2006, 73, 75).

Das wirft ein neues Licht auf das eigennützige – also auch das externalisierende – Handeln. Dieses breitet sich aus, wenn Menschen erfahren, dass die anderen sich ungestraft egoistisch verhalten oder sogar dafür belohnt werden. Nach der früheren Deutung hätte diese Beobachtung sie zu eigennützigem Verhalten *ermutigt*, das ja ohnehin ihren eigentlichen Bedürfnissen zu entsprechen schien. Nach den neuen Befunden erscheint eine andere Deutung plausibler: Die Erfahrung, dass andere ungestraft eigennützig handeln, *enttäuscht* die auf kooperatives Verhalten gerichtete Erwartung, so dass man sich nun auch selbst unkooperativ verhält, was aber in Wahrheit eine aggressive Reaktion auf die

Enttäuschung darstellt. Nicht umsonst hat das lateinische Wort „privare“ die Bedeutung von „rauben“. Das private Grundstück war ursprünglich das der Allgemeinheit entzogene. Die aggressive Reaktion auf den Entzug hat sich mit der jahrtausendelangen Gewöhnung abgeschwächt, ist aber im Unterbewusstsein gelegentlich noch spürbar.

Gewinn durch Verzicht

Diese Deutung ist zwar noch lange nicht Allgemeingut, aber sie ist gut begründet und entspricht dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung in einer informationellen Gesellschaft, denn die Bewahrung der gemeinsamen Lebensgrundlagen erfordert kooperatives Handeln in der Lebensarbeit ebenso wie in der Erwerbsarbeit. Es ist eine Kooperation, die nicht das Wetteifern um brauchbare Lösungen ausschließt, wohl aber rivalisierende und monopolistische Praktiken. Für das gemeinsame Ziel, Abwälzung von Kosten zu beseitigen und Externalisierung von Nutzen – also Gemeinschaftsgüter – anzustreben, kommen solche Praktiken nicht in Betracht; denn wer sich für das gemeinsame Wohl einsetzt, obwohl er durch „Schwarzfahren“ vom Engagement anderer schmarotzen könnte, muss dazu intrinsisch motiviert sein.

Es gibt viele Belege dafür, dass die intrinsische Motivation am wirksamsten durch empathische Kommunikation gefördert wird, eine Kommunikation, die im anderen die ihm eigenen Qualitäten würdigt und – im Rahmen der gemeinsamen Ziele – seine eigenen Entscheidungen fördert. Sie ist deshalb zugleich „autonomieorientiert“ (Deci & Ryan 1985; Deci 1995), wobei Autonomie als Selbstbestimmtheit verstanden wird. Im Gegensatz dazu verlässt sich die „kontrollorientierte“ Kommunikation auf Fremdbestimmung durch bestrafend oder belohnend wirkende Zensuren, einzuhaltende Termine, das Überrunden oder Majorisieren des Rivalen usw. Doch nur jene Feedbacks, die in sachbezogener und nicht kontrollierender Absicht gegeben werden, sprechen die intrinsische Motivation an.

„Untersuchungen in Schulen zeigten, dass Schüler unter dem Einfluss empathischer, autonomiefördernder Lehrer neugieriger und mehr an der Sache interessiert sind und ein stärkeres Selbstwertgefühl haben als unter dem Einfluss autoritärer, kontrollorientierter Lehrer“(Deci et al. 1981).

„Systematische Beobachtungen in Unternehmen ergaben, dass die Mitarbeiter von empathischen und autonomiefördernden Managern ein größeres Vertrauen zur Firma und ein höheres Niveau an Arbeitszufriedenheit und Mitverantwortlichkeit aufwiesen und weniger auf Vergütungen und Bonuszahlungen fixiert waren“(Deci et al. 1989).

In einem kooperativen Geist vollzieht sich auch der Wettbewerb, wenn er der Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist, denn diese setzt eine Wirtschaftsordnung voraus, die nicht den „freien“ Wettbewerb schützt, sondern den „nachhaltigen“ (nicht mit Externalisierungspraktiken operierenden) Wettbewerb (Scherhorn 2005). Doch diese Ordnung ist bisher erst in Ansätzen verwirklicht, weshalb man die nachhaltige Entwicklung vorzugsweise dort verfolgt, wo ressourcenschonendere Lösungen in Produktion und Vertrieb mit Wachstum verbunden sein können, beispielsweise wenn man externalisierte Kosten senkt und dabei die Relation zwischen den internen Kosten und den Produktpreisen verbessert. Der größte Teil der bisherigen Nachhaltigkeitsfortschritte folgt diesem Prinzip, weil es den Charme der Win-Win-Situation hat.

Dagegen fühlt man sich ungeschützt, wenn es Verlierer geben kann, z. B. weil das Klimaziel verlangt, dass die Mengen an Kraftfahrzeugen und Kfz-Nutzungen sich beträchtlich verringern. Nach den IPCC-Berechnungen muss die deutsche Pro-Kopf-Emission an CO_2-Äquivalenten von 10 Jahrestonnen auf etwa 2,5t verringert werden, um halbwegs klimaneutral zu sein. Ein Kfz mit Emissionen von 250g pro km hat die 2,5t schon bei einer Fahrleistung von 10.000 km im Jahr verbraucht. Kurzfristig, also in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten, müssen die Fahrzeuge daher beträchtlich kleiner, leichter, langsamer und die gefahrenen Kilometer drastisch reduziert werden; der so verringerte Energie- und Rohstoffbedarf können es dann längerfristig, also über 2035 hinaus, mit Antriebssystemen für solar generierten Kraftstoffen und folglich weniger motorisiertem Individualverkehr bestritten werden. Kein Zweifel, insgesamt muss die Fahrzeugproduktion schrumpfen.

Man fragt sich, warum viele in der Automobilindustrie erst jetzt von dieser Aussicht überrascht sind und mit engstirniger Ablehnung („Sollen wir alle Trabi fahren?“) auf sie reagieren. Offenbar hat die Alleinherrschaft der Erwerbsarbeit in den Köpfen aller Betroffenen – nicht nur der Manager, Automobilwerker oder Autofahrer, auch der Politiker – wirksam verhindert, dass diese sich auf die schon lange voraussehbare Entwicklung konstruktiv eingestellt haben. Man stelle sich vor, sie hätten das Produzieren und Fahren von Autos in den Zusammenhängen der Lebensarbeit betrachtet, in der der motorisierte Individualverkehr nur eine begrenzte und keineswegs unbegrenzt positive Bedeutung hat. Vielleicht hätten sie z.B. dessen negative Begleiterscheinungen wie den Bewegungsmangel, die fußgänger- und begegnungsfeindliche Straßenplanung oder die Unwohnlichkeit der in Arbeits-, Kauf- und Schlafviertel zerteilten Städte in Betracht gezogen und sich sowohl in der politischen Gestaltung der Rahmenbedingungen als auch in der Planung der Produktion vorausschauend auf autofreiere Städte, Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs, weniger überregionalen und mehr intraregionalen Transport auf der Straße eingestellt, die ja alle auch wieder Chancen für Erwerbsarbeit enthalten.

Das Beispiel lässt sich verallgemeinern: Wo die nachhaltige Entwicklung mit schrumpfenden Märkten verbunden ist, auf denen es Verlierer gibt, da kommt man aus der Sackgasse nur heraus, wenn man den Blick von der Erwerbs- auf die Lebensarbeit lenkt, um zu fragen, wie sie durch die notwendigen Einsparungen und Umstellungen gewinnen kann. Sicher ist es nicht einfach, Selbstbeschneidung zu bejahen; doch bei nüchterner Betrachtung wird man stets erkennen, dass der Gewinn für die Lebensarbeit auch der Erwerbsarbeit zugutekommt. Gewiss geht das nicht immer 1:1 aus, aber selbst wenn die Erwerbsarbeit partiell verliert, so hält die Lebensarbeit doch Ausgleichsmöglichkeiten bereit, die quantitativ wenigstens einen Teil des Verlorenen ersetzen, zugleich aber den Verzicht qualitativ belohnen:

Quantitativ bieten z.B. die Familienarbeit und die Selbstversorgung Ersatz für entgangenes Erwerbseinkommen, weil sie Güter und Dienste hervorbringen, die nicht gekauft werden müssen, also Realeinkommen darstellen; ggf. auch die Alimentation der Bürgerarbeit, wenn sie Geldzuwendungen bereitstellt, die die für die Arbeit nötigen Aufwendungen sichern.

Qualitativ trägt die Lebensarbeit ihren Lohn in sich, wenn sie für sich genommen, d.h. ohne Beanspruchung zusätzlicher Konsumgüter, befriedigend ist. Diese Wirkung kann nicht nur von der Arbeit am Selbst und am Sinn, der Beziehungsarbeit und der Muße ausgehen, sondern auch von der Bürger-, Familien- und Versorgungsarbeit, denn sie alle sind im allgemeinen eher intrinsisch als extrinsisch motiviert. Sicher sind sie alle auch mit der Verwendung von Konsumgütern verbunden, entscheidend ist aber, dass die in ihnen

erreichte Befriedigung nicht aus einer Anreicherung mit zusätzlichen Gütern erwächst, sondern aus der Tätigkeit selbst.

Verteilungsgerechtigkeit

Warum sollte die zuletzt genannte Eigenschaft, intrinsisch motiviert zu sein und nach Schumachers Wort (Schumacher 1977, S. 49) dem Menschen die Entfaltung seiner Fähigkeiten zu ermöglichen, nicht auch für die Erwerbsarbeit gelten? Wünschenswert ist das, und schon heute trifft es z. B. auf die Erwerbsarbeit von Selbständigen oder auf die von Wissensarbeitern nicht selten zu; aber noch wichtiger ist die zweite Eigenschaft der Arbeit, den einzelnen mit anderen Menschen zu einer gemeinsamen Aufgabe zu vereinigen. Wem diese Eigenschaft vorenthalten wird, der ist ausgegrenzt *(marginalisiert)* aus dem Bereich, der die angesehenen gemeinsamen Aufgaben vergibt, dem Beruf, und davor schützt in der modernen Gesellschaft aus Singles und Kleinfamilien auch der Rückzug in die Lebensarbeit nicht, jedenfalls nicht wenn er mit einem „Grundeinkommen“ in Höhe des absoluten Existenzminimums abgesichert wird, denn dieses stellt nicht einmal eine befriedigende Teilhabe an den Konsumgütern sicher, die für die Lebensarbeit unumgänglich sind, also bedeutet auch das Ausgrenzung.

Die Idee hinter dem Grundeinkommen ist, dass jeder und jede ein bedingungsloses Anrecht auf einen Grundbetrag haben soll, der den Mindestunterhalt bestreitet und den bürokratischen – und oft entwürdigenden – Aufwand zur Ermittlung der Bedürftigkeit entbehrlich macht. Dafür gibt es gute Gründe, die hier nicht bestritten werden, aber auch zwei Argumente dagegen. Wenn die gezahlte Summe auch nur um einige Euro höher ist als das absolute Existenzminimum, wird sie das Gerechtigkeitsgefühl all derer verletzen, die ihren Lebensunterhalt in einem ungeliebten Brotberuf verdienen, also vermutlich der Mehrheit. Darüber hinaus kann das Grundeinkommen in Konkurrenz zur Geschlechtergerechtigkeit geraten, wenn der Anspruch der Frau auf ein eigenes Grundeinkommen es dem Mann leichtmacht, die Familienarbeit auf die Frau abzuwälzen und selbst weiter voll erwerbstätig zu sein, zumal er es meist sehr schwer hat, im Betrieb für seinen Wunsch nach Elternzeit Verständnis zu finden.

Im Fall des zweiten Arguments steht das Grundeinkommen gegen den Gleichrang von Erwerbs- und Lebensarbeit – ein Widerspruch, den man nicht hinnehmen darf. Er lässt sich auflösen, wenn das Einkommen in der Form einer negativen Einkommensteuer gezahlt wird, also nicht als Geldbetrag an alle, sondern als Zuschuss an diejenigen, die im Beruf weniger als das Existenzminimum verdienen, oder gar nichts. Denn dabei wird die Berufstätigkeit als Regelfall vorausgesetzt und nicht wie beim positiven Grundeinkommen die Vorstellung unterstützt, dass die Gesellschaft nicht genug Erwerbsarbeit für alle habe. Bei der negativen Einkommensteuer wird lediglich akzeptiert, dass in der Gegenwart nicht genug hinreichend *bezahlbare* Arbeit für alle da ist, zugleich aber impliziert sie die Verpflichtung, dieses Defizit nicht hinzunehmen, sondern darauf hinzuarbeiten, dass die wieder möglichst alle ihre Lebensarbeit aus ihrer Erwerbsarbeit finanzieren können, und dass diese ihnen auch Zeit dazu lässt.

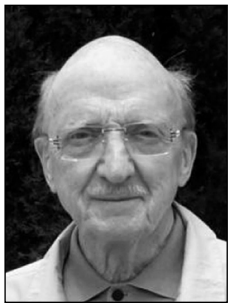
Auch das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, zumal in einer gesellschaftlichen Situation, in der von allen die Bereitschaft zur Neuorientierung und zur Revision liebgewordener Gewohnheiten verlangt werden muss. Diese Forderung wird unglaubwürdig, wenn zugleich hingenommen wird, dass die Einkommen am oberen Ende der Verteilungspyramide

wachsen, die am unteren Ende aber eher abnehmen. Deshalb kann man auch für die gesellschaftliche Aufwertung der Lebensarbeit nur glaubhaft eintreten, wenn man zugleich darauf besteht, dass die Ursachen für die Zunahme der Einkommensungleichheit beseitigt werden und die gesellschaftlich notwendige Redistribution nicht zum Erliegen kommt. Die Ursachen liegen zu einem großen Teil in der allzu weit gehenden Deregulierung des Kapitalverkehrs und im Verzicht darauf, der Privilegierung des Kapitals durch Haftungsbegrenzung eine Charta der ökologischen und sozialen Pflichten (Scherhorn 2005a) gegenüberzustellen, die auch für juristische Personen gelten. So wie aus dem „freien“ ein „nachhaltiger“ Wettbewerb werden muss, so muss auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung unterworfen werden.

Artikelherkunft

Auszug aus: Scherhorn, G. (2007): Das Ganze der Arbeit. In: E. Lang, C. Busch-Lüty, J. Kopfmüller (Hrsg.), Wiedervorlage dringend: Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit. S. 110-117. München: Oekom-Verlag.

Über den Autor



Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Jahrgang 1930, ist Wirtschaftswissenschaftler und war bis 2005 Leiter der Forschungsgruppe „Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren“, am Wuppertal-Institut. Seine Arbeitsschwerpunkte sind zukunftsfähige Lebensstile, Arbeit und Umwelt, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, Informelle Wirtschaftstätigkeit, Ethisch-Ökologische Bewertung von Unternehmen, Nachhaltiger Konsum und Evolution der Märkte.

Verwendete Literatur

Axelrod, Robert (1984). *The evolution of cooperation.* New York: Basic Books.

Axelrod, Robert (1997). *The Complexity of Cooperation: Agent-Based Models of Competition and Collaboration,* Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Bauer, Joachim (2006). *Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren*. Hamburg: Hoffmann & Campe.

Braungart, Michael & McDonough, William (2003). *Einfach intelligent produzieren.* Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.

Castells, Manuel (2001). *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich (Teil I der Trilogie *Das Informationszeitalter*).

Dawkins, Richard (1976). *The selfish gene*. Oxford: Oxford University Press. Deutsch (1978). *Das egoistische Gen*. Reinbek: Rowohlt.

Deci, E. et al. (1981). An instrument to assess adults` orientations toward control versus autonomy with children: Reflections on intrinsic motivation and perceived competence. *Journal of educational psychology, 73*, 642-650.

Deci, E. & Ryan, R. (1985). *Intrinsic motivation and self-determination in human behavior*. New York: Plenum Press.

Deci, E. (1995). *Why we do what we do. The dynamics of personal autonomy*. New York: Putnam´s Sons.

Deci, E., Connell, J. and Ryan, R. (1989). Self-determination in a work organisation. *Journal of applied psychology, 74,* 580-590.

Deutsch, Morton (1949). An experimental study of the effects of co-operation and competition upon group process. *Human Relations, 2*, 199-231.

Dürr, Hans-Peter (1997). Can we build a sustainable, equitable, and liveable world? Opening address at the *International Conference on Environment and Society*, La Habana, Cuba, 10.-14. Feb.

Fehr, Ernst & Gächter, Simon (2002). Altruistic punishment in humans. *Nature, 415* (January), 137-140.

Hartard, Susanne, Schaffer, Axel & Stahmer, Carsten (Hg., 2006). *Die Halbtagsgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.

Henrich, Joseph et al. (2006). Costly punishment across human societies. *Science, 312* (June), no. 5781, 1767-1770.

Herbig, Jobst (1986). *Am Anfang war das Wort. Die Evolution des Menschlichen*. München: DTV.

Keynes, John Maynard (1930). Economic possibilities for our grandchildren. Abgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. IX.

Kohn, Alfie (1986). *No contest. The case against competition*. Boston: Houghton Mifflin; deutsch: *Mit vereinten Kräften. Warum Kooperation der Konkurrenz überlegen ist.* Weinheim 1989: Beltz.

Kohn, Alfie (1990). *The brighter side of human nature. Altruism and empathy in everyday life*. New York: Basic Books.

Kohn, Alfie (1991). Group grade grubbing versus cooperative learning. *Educational Leadership, 48*, Nr. 5, 83-87.

Kohn, Alfie (1993). *Punished by rewards. The trouble with gold stars, incentive plans, A's, Praise, and other bribes*. Boston: Houghton Mifflin Comp.

Meyer-Abich, Klaus-Michael (1997). *Praktische Naturphilosophie.* München: Beck.

Olson, Mancur (1965). *The logic of collective action. Public goods and the theory of groups*. Boston, Mass.: Harvard University Press. Deutsch: (1986). *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen: Mohr.

Pauli, Gunter (1999). *Upsizing. Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur für mehr Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt*. München: Riemann Verlag.

Schmid, Wilhelm (2006). *Die Fülle des Lebens*. Frankfurt/Main: Fischer.

Scherhorn, Gerhard (2005a). Gleiche Chancen für das Kapital. In: K. Woltron, H. Knoflacher & A. Rosik-Kölbl (Hg.). *Wege in den Postkapitalismus*, S. 79-94. Wien: Edition Selene.

Scherhorn, Gerhard (2005b). Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel. *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht, 28*, 135-154.

Schumacher, Ernst F. (1965). Buddhist economics. In: G. Wint (Hrsg.). *Asia. A Handbook*, S. 695-701. London: Blond. Deutsch: Ders. (1977). *Die Rückkehr zum menschlichen Maß*, S. 48-56. Reinbek: Rowohlt.

Sieferle, Rolf Peter (1997). Überschuss und Überleben. Subsistenz und Luxus in primitiven Gesellschaften. In: Bayerische Akademit für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.), *Die Kunst des Luxurierens – (K)ein ökologisches Paradox?* S. 21-26. Laufen: Laufener Seminarbeiträge 2/97.

Sieferle, Rolf Peter & Müller-Herold, Ulrich (1996). Überfluss und Überleben – Risiko, Ruin und Luxus in primitiven Gesellschaften. *GAIA 5*, 135-143.

Udéhn, Lars (1993). Twenty-five years with the logic of collective action. *Acta Sociologica, 36* (3), 239-261.

Gutes Leben braucht andere Arbeit

Andrea Baier und Adelheid Biesecker

Die Diskussion über ein anderes Arbeiten ist mehr als 30 Jahre alt, aber immer noch leben wir in einer auf lohnabhängige Erwerbsarbeit fixierten Gesellschaft.[1] Wie die Wachstumsfixierung, so ist diese Erwerbsarbeitsfixierung tief in unsere Gesellschaft, ihre Kultur und ihre Institutionen eingeschrieben. Aber dieser Entwurf ist nicht zukunftsfähig. Das machen nicht nur die dauerhaft hohen Arbeitslosenzahlen deutlich, die zeigen, dass die soziale Integration über Erwerbsarbeit nicht mehr für alle funktioniert. Vor allem ist es das Konzept dieser Arbeit, die sie untauglich macht für die Zukunft: Denn es beruht auf der systematischen Ausgrenzung der von Frauen verrichteten Sorgearbeit, einschließlich der Subsistenzarbeit, sprich der selbsttätigen Versorgung mit den zum Leben notwendigen Dingen, und auf der Abspaltung der Natur.

Beide werden zwar gebraucht – als produktiv gilt jedoch nur die Erwerbsarbeit. Die beiden Basisproduktivitäten gelten bestenfalls als „reproduktiv", sind unsichtbar immer dabei – und werden daher maßlos und sorglos ausgenutzt. Dieses Arbeitskonzept hat mit zu den vielen sozialen und ökologischen Krisen unserer Tage geführt.

Eine nachhaltige Gesellschaft muss fürsorglich mit all ihren Produktivitäten umgehen – das geht nur, wenn Arbeiten nicht als Mittel für Profit, sondern als Mittel für menschliche und natürliche Lebenszwecke verstanden wird. Neue Arbeitskonzepte für Nachhaltigkeit müssen sich daher daran messen lassen, ob sie die Trennungsstruktur aufheben, ob sie einen gesellschaftlichen Integrationsmodus entwerfen, der gerecht für alle funktioniert – und ob das andere Arbeiten zu einem fürsorglichen Umgang mit menschlichem und natürlichem Leben führt.

Es gibt eine Vielzahl von Konzepten, in denen neue Arbeitswelten entworfen werden. Für unsere Untersuchung haben wir diejenigen ausgewählt, die vom Ansatz her über die Erwerbsarbeit hinausweisen. Unter diesen sechs Ansätzen gibt es wiederum zwei Gruppen: solche, die von der Erwerbsarbeit ausgehen, und solche, die aus der Perspektive des bisher Ausgegrenzten nachhaltige Formen des Arbeitens konzipieren.

Von der Erwerbsarbeit ausgehende Konzepte

Anders arbeiten bedeutet in diesen Ansätzen vor allem eine Verkürzung der Zeit für Erwerbsarbeit und die Berücksichtigung nicht-erwerblicher Arbeiten.

Kurze Vollzeit für alle

Dieses Konzept von des Arbeitsforschers Helmut Spitzley beruht auf dem Gedankenexperiment, die in Deutschland vorhandene Erwerbsarbeitszeit auf alle arbeitsfähigen Männer und Frauen gleich zu verteilen.[2] Heraus kommt eine durchschnittliche

[1] Die Autorinnen danken Babette Scurrell vom Bauhaus Dessau für ihre kritisch-anregenden Kommentare.

[2] BUND et al. (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Umwelt, Klima, Energie. Kapitel 15: Arbeit fair teilen – Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft. Frankfurt am Main, S. 427-457.

Erwerbsarbeitszeit von 1.300 Stunden pro Jahr oder 30 Stunden pro Woche, die „neue Vollzeit für alle“.

Sie führt zu einer Vollbeschäftigung neuen Typs. Im Prozess der fairen Umverteilung verlieren die einen Einkommen und gewinnen Zeit, für die anderen steigen Beschäftigung und Einkommen. Dabei sollen die Arbeitszeiten flexibel individuellen Zeitwünschen angepasst werden. Gedacht wird an ein „Wahlarbeitszeitgesetz“, das die Entscheidungsmöglichkeit der/des Einzelnen absichern soll.

Von hier aus nimmt Spitzley dann das „Ganze der Arbeit“ in den Blick – neben die Erwerbsarbeit treten Sorgearbeit, Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit. Für alle drei Arbeitsarten sollen Männer und Frauen die erwerbsarbeitsfreie Zeit nutzen – in dieser „Mischarbeit“ liege die Zukunft. Von der Einkommensseite her abgesichert werden soll dieses Modell durch Mindestlöhne, eine negative Einkommensteuer sowie, wenn das Einkommen dennoch nicht reicht, eine auskömmliche Grundsicherung. So überwinde „eine Politik des „Arbeit-fair-teilens“ die überkommene Wachstumspolitik, gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Desintegration“.

Die Halbtagsgesellschaft

Dem vorigen Konzept ähnelt das des Wirtschaftswissenschaftlers Carsten Stahmer: Es sieht eine Kürzung der Erwerbsarbeitszeit auf jährlich 1.000 Stunden pro Erwerbstätige(n), also im Durchschnitt etwa 22 Wochenstunden vor, um so insbesondere bei Männern Zeit für unbezahlte Arbeit, genannt werden Sorgearbeit und Ehrenamt, freizusetzen.[3]

Für beide Geschlechter sollen bezahlte und unbezahlte Arbeit gleichrangig und von gleicher Dauer sein. Ihre Kombination kann täglich oder auch in längeren Abschnitten erfolgen. Damit zielt dieses Konzept sowohl auf die Integration aller Erwerbsfähigen in die Erwerbsarbeit als auch auf die Gleichberechtigung der Geschlechter ab. Die unbezahlte Arbeit verortet Stahmer in einem herrschaftsfreien, selbstbestimmten, „außerökonomischen Freiraum“. Hier kann sich Kooperation entwickeln. Im Gegensatz zur Geldwährung der Ökonomie gilt dabei eine Zeitwährung. Durch die Zeit, die jemand in diesem Freiraum unbezahlt tätig ist, kann das Individuum selbst Ansprüche auf die Zeit anderer erwerben, wenn es diese Zeit einmal braucht, beispielsweise im Alter. Finanziell soll das Modell durch das jeweilige doppelte Einkommen von Frau und Mann sowie über ein hohes Kindergeld abgesichert werden.

Durch die Tätigkeit in der freien Zeit, so Stahmer, könne der Konsum sinken. Das führe auch zu einer deutlichen Umweltentlastung. Dass die Halbtagsgesellschaft eine ganz andere gesellschaftliche Kultur des Umgangs mit Zeit und eine entsprechende Bildung bedeutet, scheint dabei auf.

[3] Stahmer, Carsten (2006): Halbtagsgesellschaft. Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland. Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Download unter www.carsten-stahmer.de (Aufsätze/Zukunftsmodelle).

Teilhabe an Erwerbsarbeit und an freier Zeit für jede(n)

Mit besonderem Bezug zu Ostdeutschland hat der Sozialwissenschaftler Rainer Land sein Modell entwickelt.[4] Arbeitslosigkeit ist für ihn Ausdruck von gesellschaftlich gewonnener Freizeit infolge der Produktivitätsentwicklung – wenn 20 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind, könnte ein(e) jede(r) jedes fünfte Jahr frei haben. Auf dieser Grundlage entwirft er ein Konzept, in dem jede(r) ein Recht auf Erwerbsarbeit und – nach jeweils fünf Jahren – auf ein Grundeinkommensjahr hat, in dem ein „bedingtes Grundeinkommen" gezahlt wird, dessen Höhe für alle gleich ist und das sich am Durchschnittseinkommen orientiert. Finanziert werden soll es durch eine einkommensbezogene Umlage oder eine Einkommensteuer. Ziel dieses Konzeptes ist es, die bestehende soziale Segregation durch Erwerbsarbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik zu überwinden und Erwerbsarbeit und freie Zeit unter allen fair zu verteilen. Die freie Zeit ist für Tätigkeiten vorgesehen, die nicht mittels Erwerbsarbeit verrichtet werden können oder sollen, beispielsweise Eigenarbeit, Kinderbetreuung, soziale und ökologische Projekte. In diesen Tätigkeiten sind mindestens 25 Wochenstunden nachzuweisen. Politisch abgesichert wird dieser Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und disponibler Zeit über eine Wiedereinstiegsgarantie in die Erwerbsarbeit und eine Politik des „gleichgewichtigen Arbeitsmarktes", über die Angebot und Nachfrage am Erwerbsarbeitsmarkt ausgeglichen werden sollen. Dazu gehört auch öffentlich geförderte befristete Beschäftigung.

Die Nachhaltigkeitspotenziale dieser drei Ansätze liegen in der starken Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, dem Einbeziehen der nicht-erwerblichen Arbeiten sowie einer gerechten Verteilung der verschiedenen Arbeiten. Beabsichtigt, wie bei Stahmer oder als Nebeneffekt, wie in den Konzepten von Spitzley und Land, haben die Konzepte auch ökologische Wirkungen. Allerdings bleibt die Erwerbsarbeit zentral. Das verweist auf eine Schranke, die diese Ansätze nicht zu überwinden vermögen: die eingangs skizzierte Trennungsstruktur. Ein Ausdruck davon ist das Unverständnis der Hierarchie im Geschlechterverhältnis, das sich in der zum Teil idyllischen Sicht auf die unbezahlt von Frauen geleistete Sorgearbeit als selbstbestimmt und herrschaftsfrei oder im Begriff „Mischarbeit" spiegelt. Das stärkt die Vermutung, dass diese Trennungsstruktur nicht von „innen" heraus aufzubrechen ist – sprich dass es ohne einen Perspektivenwechsel nicht geht.

Ansätze aus der Perspektive des bislang Ausgegrenzten

Anders Arbeiten bedeutet hier, die lebenserhaltenden Tätigkeiten in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Vier-in-einem-Perspektive

Ausgangspunkt dieses Konzepts von Frigga Haug ist eine Kritik der Frauenunterdrückung im Kapitalismus.[5] Ziel ist deren Aufhebung. Geschlechterverhältnisse sind hier Teil der

[4] Land, Rainer (2007): Entwicklung des Arbeitsmarktes und Möglichkeiten der Aufhebung seiner Segregation in (Ost-)Deutschland. Überlegungen zur Weiterentwicklung politischer Strategien unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Metropolen und ländlichem Raum. Download unter www.rla-texte.de (Texte/Ostdeutschland).

[5] „Die Vier-in-einem-Perspektive und das bedingungslose Grundeinkommen." Vortrag von Frigga Haug am 18.12.2010. www.vier-in-einem.de

kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Philosophische Grundlage ist die auf Marx fußende Einsicht, dass Menschen ihre Gesellschaft und ihre Geschichte durch ihre Tätigkeit selbst machen – sie produzieren eigenes und fremdes Leben sowie die dafür notwendigen Lebensmittel. Im Kapitalismus sind diese Bereiche geschlechtlich zugewiesen – Frauen sind verantwortlich für die subsistenzförmige Lebensproduktion, Männer dominieren die warenförmige Lebensmittelproduktion. Diese ist der Lebensproduktion derart übergeordnet, dass die Daseinsgrundlagen zerstört werden. Haug nimmt, im Vergleich zu den oben dargestellten Ansätzen, einen Perspektivenwechsel vor: Die menschliche Reproduktion, das heißt die Erhaltung von Leben und Natur, muss für sie zur Hauptsache gemacht werden.

Dazu entwickelt sie ihr Modell der vier miteinander verknüpften Tätigkeiten – Erwerbsarbeit (Arbeit für Lebensmittel), sorgende Lebensarbeit (Reproduktionsarbeit), Arbeit an sich selbst (Selbstentfaltung) und politische Einmischung. Um für diese Arbeiten, an denen alle teilhaben, die nötige Zeit zu gewinnen, soll die Erwerbsarbeit auf die Hälfte gekürzt werden. Dann, so Haug, blieben für jede der vier Tätigkeiten pro Person vier Stunden zur Verfügung. Finanziert wird das Konzept vor allem über das Einkommen, das jede(r) aus der Erwerbsarbeit erhält, was weitreichende Änderungen dieser Einkommensform impliziert. Haug versteht ihr Konzept als umfassendes Gerechtigkeitskonzept.

Vorsorgendes Arbeiten

Auch dieses Konzept aus dem Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften beginnt mit einem Perspektivenwechsel.[6] Es richtet den Blick von den Lebensprozessen der Menschen und der Natur auf die Erwerbsarbeit. Das Konzept kritisiert die geschlechtshierarchische Trennungsstruktur der kapitalistischen Ökonomie, die Abtrennung und Abwertung der allem Wirtschaften zugrundeliegenden Basisproduktivitäten: der weiblichen Sorgearbeit und der Naturproduktivität. Angegriffen wird die daraus folgende maßlose und sorglose Ausbeutung dieser beiden Lebensbereiche, die zu den vielfältigen sozialen und ökologischen Krisen geführt hat, die alle Ausdruck derselben Krise sind: der Krise des „Reproduktiven“. Die Alternative wird in einem Konzept vorsorgenden Arbeitens gesehen.[7] Dieses umfasst Sorgearbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit. Es fordert die gleiche und gleichwertige Beteiligung von Männern und Frauen an allen Arbeitsbereichen. Dazu ist es erforderlich, die Erwerbsarbeit radikal zu kürzen, Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern umzuverteilen und die einzelnen Arbeitsbereiche und -produkte nach sozial-ökologischen Kriterien zu gestalten. Die Sorgearbeit gilt es durch eine unterstützende soziale Infrastruktur aufzuwerten. Finanziell abgesichert wird dieses Konzept durch für ein gutes Leben bürgende Löhne und durch ein Grundeinkommen. Vorsorgendes Arbeiten kennt keine Ausgrenzungen. Es ist ein geschlechtergerechtes, alle Menschen integrierendes Konzept, in dem die Natur als Kooperationspartnerin gilt.

Eigenarbeit – Subsistenzarbeit

Für das Konzept der Eigenarbeit, wie es die Anstiftung, inspiriert durch die kulturkritischen Arbeiten von Ivan Illich, im Kontext des Forschungsprojekts „Haus der Eigenarbeit“ in

[6] www.netzwerkvorsorgendeswirtschaften.de

[7] Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta: Erwerbsarbeit im Schatten – im Schatten der Erwerbs arbeit? Plädoyer für ein schattenfreies Arbeiten. Download unter www.gegenblende.de/ 08-2011

München praktisch und theoretisch entwickelte, ist die Kritik an der Erwerbsarbeit zentral.[8] Die Industriegesellschaft reduziert die menschlichen Möglichkeiten auf Lohnarbeit und Konsum; damit bleiben auf der individuellen Ebene Kreativität und Eigensinn auf der Strecke und auf der gesellschaftlichen Ebene soziale Gerechtigkeit und Ökologie. Eigenarbeit steht dem gegenüber für die Vision einer anderen Kultur der Arbeit, die sich an Selbstbestimmung, Kooperation, Schonung von Ressourcen und Ästhetik orientiert. Damit beschreibt das Konzept eine Utopie, denn die informelle Ökonomie existiert nicht unabhängig von der formellen, und der Kapitalismus entscheidet auch über Wohl und Wehe der informellen Arbeit; bei Erwerbslosigkeit wird Eigenarbeit zum unerschwinglichen Luxus.

Das bedeutet, es geht letztlich immer darum, vom „totalen Kapitalismus“, der keine nicht-kapitalistischen Inseln mehr kennt, in dem jeder Lebensbereich kapitalisiert ist, (wieder) zu einer Welt zu finden, in der in weiten Bereichen andere ökonomische Prinzipien gelten.

Verbunden mit einer, an der selbsttätigen Versorgung mit den zum Leben notwendigen Dingen, orientierten Perspektive, wie sie der Subsistenzansatz entwickelt, ermöglicht das Eigenarbeitskonzept den Abschied von der Fixierung auf die Lohnarbeitsgesellschaft und die Einsicht, dass Erwerbsarbeit sehr wohl an Subsistenz orientiert sein kann.[9] Konkret versetzen Einrichtungen wie das Haus der Eigenarbeit Menschen auch in die Lage, über Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzung nachdenken zu können.

Die Nachhaltigkeitspotenziale dieser Ansätze sind vielfältig: Alle drei nehmen die Perspektive des bisher abgetrennten Lebendigen ein und überwinden von hier aus die Trennungsstruktur. Alle drei stellen den Lebenserhalt von Mensch und Natur in den Mittelpunkt und fordern eine für diese neue Rationalität veränderte Qualität auch der Erwerbsarbeit. Alle drei zielen auf ein paritätisches Geschlechterverhältnis. Alle drei überwinden die Fixierung auf Erwerbsarbeit als Lohnarbeit. Und dennoch – prägend ist bis heute die Erwerbsarbeit.

Arbeit im Kampf der Kulturen

Nicht nur die alten Interessen, die von dem alten Modell profitieren, blockieren die Transformation – denn selbstbestimmtes Arbeiten jenseits des Marktes entzieht sich der Profit- und damit der Ausbeutungslogik. Und es sind auch nicht nur die alten Institutionen wie Sozialversicherung, Steuer- und Bildungssystem, die dieser Transformation im Wege stehen. Vielmehr ist es die gesamte gewohnte und ererbte Kultur, die sich gegen die notwendigen Änderungen wehrt. Denn nachhaltiges Arbeiten stärkt die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben in und mit der Gesellschaft und im Einklang mit der Natur selbst zu gestalten. Es drängt auf eine andere Kultur, die es allen erlaubt und ermöglicht, frei tätig zu sein. Es drängt auf Selbstbestimmung als Prinzip.

Insofern geht es um einen „Kampf der Kulturen“ – Erwerbsarbeitsfixierung versus Nachhaltigkeit mit einem neuen Arbeitsverständnis. Aktuelle Entwicklungen machen da Mut: „Neue“ Selbermacher im Internet, in FabLabs oder in urbanen Gärten wollen die Produktion

[8] Redler, Elisabeth/Horz, Kurt (1994): Langer Atem für die Eigenarbeit. Bilanz eines Forschungsprojektes. München. Mutz, Gerd et al. (1997): Eigenarbeit hat einen Ort. Öffentliche Eigenarbeit im Haus der Eigenarbeit. München. Illich, Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit. Reinbek.

[9] Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben. München.

von Dingen und Lebensmitteln nicht mehr den Unternehmern in ihren Fabriken überlassen. Sie wollen wissen, wie man die Dinge, mit denen man täglich Umgang hat – Computerprogramme, Lampen, Schrauben, Kleidung oder Lebensmittel und vieles mehr –, selbst herstellen könnte. Sie wollen sich nicht länger fremdversorgen und damit fremdbestimmen lassen, sondern selbst Produzent(inn)en sein.

Hier entstehen Möglichkeitsräume zur Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und zum Ausprobieren neuer Formen des Arbeitens. Ob es wirklich gelingt, damit wieder Teile der gesellschaftlichen Produktion dem kapitalistischen Zugriff zu entziehen und Ressourcen und Produktionsmittel zurückzuerobern, ist ungewiss. Voraussetzung dafür wäre, dass sich neue gesellschaftliche Debatten um den Sinn wirtschaftlichen Handelns entwickeln. Die Diskussion um Allmende oder Gemeingüter ist dabei ein vielversprechender Anfang.

Artikelherkunft:

Baier, A., und Biesecker, A., (2011): Gutes Leben braucht andere Arbeit. In: Politische Ökologie 125: „Anders Arbeiten“. Oekom-Verlag, München.

Über die Autorinnen



Andrea Baier, Jahrgang 1961; hat an der Universität Bielefeld Entwicklungssoziologie studiert. Seit mehreren Jahren ist sie in Forschung und Lehre am Oberstufenkolleg der Universität Bielefeld tätig und Mitbegründerin des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz. Von 2004-2006 war sie Mitarbeiterin im anstiftungs-Forschungsprojekt "Nachhaltige Lebensstile und Alltag", davor im BMBF-Forschungsprojekt "Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens in der ländlichen Gesellschaft". Seit 2007 ist sie wiss. Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft „anstiftung & ertomis“ im Bereich Forschung und Evaluation. Ihre Schwerpunkte sind Subsistenz, Regionalisierung und nachhaltige Lebensstile.



Prof. em. Dr. rer. pol. Adelheid Biesecker, Jahrgang 1942, hat an der FU Berlin Volkswirtschaftslehre studiert und ist emeritierte Professorin für Wirtschaftswissenschaften. Sie leitete das Institut für Institutionelle Ökonomie und Sozial-Ökonomie. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Geschichte ökonomischer Theoriebildung, Mikroökonomie aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologische Ökonomie und Feministische Ökonomie. Sie ist Mitglied im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ sowie in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland an.

Gesellschaftliche Auswege aus der Ökokrise – Konzepte im Überblick[1]

Frank Adler und Ulrich Schachtschneider

Der Diskurs über Auswege aus der ökologischen Krise ist *sozial*-ökologischer und gesellschaftskritischer geworden. Die Zukunftsfähigkeit des kapitalistisch geprägten Wachstums- und Wohlstandsmodells wird grundsätzlicher in Frage gestellt. Wesentliche Strukturen und Dynamiken unseres Gesellschaftssystems und unserer Kultur werden als Ursachen für die globale sozialökologische Krise problematisiert. Symptomatisch dafür ist die wiederbelebte Debatte über die ökologischen Grenzen, den sozialen Sinn und wirtschaftlichen Nutzen von Wirtschaftswachstum. Selbst international renommierte Ökonomen wie jüngst Tim Jackson[2] sehen – vor allem angesichts des Klimawandels – einen Bedarf an weitreichenden gesellschaftlichen Reformen. Und wer hätte das noch vor Kurzem gedacht: ein Kongress zum Thema „Jenseits des Wachstums?!“ (20.-22.5.2011 in Berlin) zieht 2.500 vorwiegend junge Leute an, um darüber zu diskutieren, wie die strukturellen Wachstumszwänge zu überwinden sind, wie eine Postwachstumsökonomie und -gesellschaft aussehen könnte, welche Wohlstandsmodelle und Lebensstile mit ökologisch-sozialer Gerechtigkeit vereinbar sind, wie sie ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Engagement dementsprechend gestalten könnten.

Gewachsen ist im Vergleich zum Tenor des Nachhaltigkeitsdiskurses der 1990er Jahre die Skepsis gegenüber dem Königsweg „öko-technologische Innovationen plus weltweites Wirtschaftswachstum = materielle Basis für die Lösung der globalen ökologischen und Gerechtigkeitsprobleme sowie der sozialen Fragen in den Industriegesellschaften“. Der Optimismus schwindet, Produktion und Konsumtion könnten vorrangig auf technischem Weg so stark von Umweltverbrauch entkoppelt werden, dass auch wachsende Wirtschaften innerhalb ökologischer Leitplanken verbleiben und die CO_2 – Reduktionsziele der Industriestaaten eingehalten werden können – ansonsten aber könne alles gesellschaftlich und kulturell im Wesentlichen so bleiben, wie es ist. Wenn dies aber unwahrscheinlich ist und Wirtschaftswachstum zunächst im globalen Norden nicht dauerhaft fortsetzbar ist – vor allem auch auf Grund der historisch berechtigten Ansprüche der Schwellen- und Entwicklungsländer auf nachholendes Wachstum mit hohem Umweltverbrauch –, dann stellen sich grundsätzliche Fragen nach der gesellschaftlichen Architektur und nach gesamtgesellschaftlichen Transformationen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch politisch sinnvoll, genauer zu erkunden, welche Lösungsansätze für gesellschaftliche Auswege aus der Ökokrise vorgeschlagen werden. Denn hegemoniefähige Konzepte für einen sozialökologischen Umbau können schwerlich nur aus der Perspektive *einer* gesellschaftlich-politischen Strömung entstehen. Sie müssen ein breiteres Spektrum von Interessen und Ideen bündeln. Die Vielfalt der diskutierten Ansätze bietet hierfür Anregungen und einen Fundus an kombinierfähigen Bausteinen. Daher möchten wir einen Überblick vermitteln über Denkrichtungen und Konzepte, die

[1] Kurzdarstellung der von uns in „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ portraitierten Konzepte. 318 S., Glossar. München 2010.

[2] Vgl. Tim Jackson 2011: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München

beanspruchen, gesellschaftliche Auswege aus der Öko-Krise zu begründen. In unserem Buch werden elf derartige Ansätze portraitiert, und zwar unter drei Leitfragen:

- Was sind aus Sicht der jeweiligen Autoren die wesentlichen gesellschaftlichen Ursachen für die ökologische Krise?
- Was muss sich in unseren Gesellschaften ändern, um sie zu bewältigen; welche gesellschaftlichen Alternativen und Visionen werden dafür entwickelt?
- Wie, auf welchen Wegen und durch welche Akteure sollten die erforderlichen sozialökologischen Transformationen eingeleitet und bewerkstelligt werden?

Ausgewählt wurden die Konzepte nach drei Kriterien:

In ihrer Gesamtheit sollten sie das Spektrum der typischen Auffassungen abbilden zur Frage: Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften notwendig, um die globale ökologische Krise zu bewältigen? Wie radikal und umfassend muss dieser gesellschaftliche Wandel sein?

Einbezogen wurden nur wissenschaftlich argumentierende Konzepte und zwar solche, die zugleich in die Öffentlichkeit und in den politischen Diskurs hinein wirken; Parteiprogramme oder rein fachwissenschaftliche Ansätze wurden also nicht berücksichtigt.

Es sollten Konzepte und Publikationen sein, die in den letzten 10 bis 15 Jahren, also seit dem Höhepunkt der Nachhaltigkeitsdebatte hier in Deutschland in der Diskussion sind.

Wir haben die elf Konzepte nach dem Kriterium „Radikalität bzw. Ausmaß der für notwendig erachteten gesellschaftlichen Veränderungen“ zu drei Typen zusammengefasst: Fundamentale Systemwechsel, Modernisierung im System und Phasenwechsel mit offenem Ausgang.

1. Fundamentale Systemwechsel

Für die Autoren dieser „radikalsten“ Denkrichtung wurzelt die ökologische Krise in grundlegenden, die westlichen modern kapitalistische Gesellschaften prägenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Nur indem diese verdinglichten, kapitalistischen, industrialistischen, patriarchalen, kolonialen etc. Herrschaftsformen sowie ihre Rationalität grenzenloser Naturbeherrschung und immanente Wachstumsdynamik überwunden werden, besteht eine Chance für einen „zivilisierten“ Ausweg aus der Öko-Krise. Andernfalls drohen Rückfall in autoritäre Herrschaftsformen, Ressourcenkriege, letztlich Barbarei. Die „ökologische Frage“ ist nicht isoliert, sondern nur in engem Zusammenhang mit anderen emanzipatorischen Prozessen und nur im globalen Maßstab lösbar. Das ausbeuterisch-herrschaftliche Verhältnis zur Natur könne nicht beendet werden, ohne zugleich jegliche Form von Unterdrückung, Ausbeutung und Ungleichheit zu beseitigen.

Von diesem fundamentalkritischen Typus haben wir fünf Ansätze untersucht:

»Radikale Herrschaftskritik« wird maßgeblich von TheoretikerInnen und AktivistInnen der internationalistischen Solidaritätsbewegung verfochten, wie z.B. von Christoph Spehr oder

Ulrich Brand.[3] Für sie ist die ökologische Krise verursacht durch eine herrschaftlich strukturierte Gesellschaft, die zu Ihrer Aufrechterhaltung Menschen und Natur rücksichtslos ausbeuten muss, da ein aufgeblähter Herrschaftskonsum entsteht: Mittel, die z.B. für Unterdrückungsapparate, für Reibungsverluste durch Konflikte oder für Konsum verbraucht werden, der lediglich unterdrückte Selbstverwirklichungs- und emotionale Grundbedürfnisse kompensiert.

Herrschaft ist zudem untrennbar mit „Naturbeherrschung" als dem prägenden, kulturell tief verankerten gesellschaftlichen Naturverhältnis verbunden. Es beinhaltet die Ausnutzung von Natur ohne Anerkennung ihrer Eigenständigkeit oder ihres Eigenwertes. Dieses bloß instrumentelle Verhältnis zur Natur als „restlos" erkenn- und beherrschbare Ressource und Senke prägt auch die Rationalität von (Natur-)Wissenschaft und Technik.

Einen Ausweg kann es nur geben, wenn mit Herrschaft in jeglicher Form gebrochen und der globale Norden als hegemoniales Gesellschaftsmodell und „Vorbild" für nachholende Entwicklung „abgewickelt" wird. Entscheidende Impulse für eine solche Transformation müssen von Kräften außerhalb des bestehenden Institutionengefüges kommen.

Die ökofeministische **»Subsistenzperspektive«** knüpft an Erfahrungen in der sog. Dritten Welt an und ist in Deutschland vor allem von Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen begründet worden; international wird sie u. a. von Vandana Shiva repräsentiert. Für sie ist die ökologische Krise im patriarchal-kapitalistischen Weltsystem angelegt, hauptsächlich in dessen ausbeuterisch-kolonialen Herrschaftsverhältnis gegenüber der Natur, Frauen und Völkern der sog. Dritten Welt. Grenzenloses Streben nach Kapitalakkumulation, schrankenlose Bedürfnisse und ein dadurch angetriebener lebensfeindlicher technischer „Fortschritt" zerstören naturverträgliche subsistente Produktionsweisen. Die Alternative hierzu ist eine gesellschaftlich eingebettete, weitgehend deglobalisierte Wirtschaft, in der das für ein „gutes Leben" Notwendige (Nahrung, Kleidung, Wohnen etc.) im Zentrum steht und die Natur als Eigenwert und Lebensgrundlage respektiert wird.

Nach dem Konzept **»Ökosozialismus«** begründet von Saral Sarkar, propagiert von Bruno Kern und der Initiative „Ökosozialismus" sind die Grenzen des wachstumsfixierten Entwicklungstyps erreicht. Ihn fortzusetzen, ist mit großen zivilisatorischen Gefahren verbunden, wie etwa der von Kriegen um den Zugang zu immer knapper werdenden Ressourcen. Ein Schrumpfen der Weltwirtschaft und – Bevölkerung auf das Niveau eines ökologisch verträglichen Gleichgewichtszustands mit der Natur ist unumgänglich und für die reichen Industrieländer aktuell. Friedlich, demokratisch und ohne soziale Ängste ist dieser Übergang nur in einer ökosozialistischen Gesellschaft möglich. Sie ist frei von Wachstumszwang, in ihr sind die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet, was wirtschaftliche Rahmenplanung und egalitäre Verteilung ermögliche.

Radikal wertkritisch, auf einen totalen Bruch mit der kapitalistischen Moderne orientiert ist der Ansatz von Robert Kurz und dem Autorenkreis der von ihm initiierten Zeitschrift „EXIT!". Hier ist die ökologische Krise notwendiger Teil und Ausdruck der umfassenden und finalen Krise des Kapitalismus. Die konkurrenzgetriebene Akkumulationsdynamik der Kapitalverwertung, in der Natur nur als Träger von Wert existiert, stößt nunmehr an

[3] Lediglich im Buch nicht erwähnte Quellen werden hier benannt.

absolute Naturgrenzen. Dies führt zu multiplen katastrophalen Verfallskrisen mit der Gefahr eines Rückfalls in Barbarei. Deshalb ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozess von der Wertform, von deren gegenüber der Natur gleichgültig -zerstörerischen Dynamiken zu befreien. An deren Stelle sollte eine bewusste Vergesellschaftung jenseits von Markt und Staat treten. Demokratische Entscheidungen, etwa an Runden Tischen oder von Räten getroffen, könnten sich dann differenziert auf die stofflich-naturale Seite des Reproduktionsprozesses beziehen

Die fundamentale **Industrialismuskritik** setzt vor allem auf innere Umkehr. Ältere Kulturkritiken der „Megamaschine“ Industriegesellschaft, der Technikherrschaft, der entmündigenden Massenkultur werden von Autoren wie etwa dem DDR-Dissidenten Rudolf Bahro neu auf die ökologische Krise bezogen. Im Focus der Kritik ist das Mensch und Natur gleichzeitig zerstörende Zusammenwirken von technisch-rationaler Industrieproduktion, egoistischer kapitalistischer Wirtschaft und unerfüllten menschlichen Grundemotionen wie Liebe, Anerkennung und Gemeinschaft. Die Alternative dazu sind eine Kultur der Genügsamkeit und liebevollen Zuwendung sowie gemeinschaftliche Strukturen, die ihre Grundversorgung mit einfachen technischen Mitteln umweltschonend und human produzieren. Der Weg aus der Krise kann begonnen werden mit der persönlichen Umkehr, der Hinwendung zu Werten der Sanftheit und Ganzheitlichkeit. Zum Ausdruck kommt dies heute vor allem in der Praxis von Landkommunen und anderen Gemeinschaftsprojekten.

Die Alternativ-Vision der fundamentalen Systemkritiker ist die einer bewussten Gesellschaftlichkeit in kooperativ-herrschaftsfrei, locker vernetzten Gemeinschaften. Der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen den Individuen als Produzenten, Konsumenten oder Bürgern sowie zwischen Wirtschaftseinheiten oder Gemeinschaften wird nicht mehr sachlich – über verselbständigte Ware-Geld-Beziehungen, Konkurrenz, Staat – vermittelt. An deren Stelle treten direkte Beziehungen, bewusste Entscheidungsprozesse nach demokratisch ausgehandelten Regeln. Leben und Wirtschaften findet statt in subsistenzorientierten, überschaubaren, basis-demokratisch organisierten, miteinander vernetzten Einheiten. Diese verständigen sich auf Basis diskursiv gewonnener Ziele und Prinzipien z.B. darüber, für welche Bedürfnisse welche Gebrauchswerte mit welchen vertretbaren Eingriffen in die Natur produziert werden sollen. Davon werden dann Regeln und sozial-ökologische Kriterien für konkrete Entscheidungen oder Planungsgrößen abgeleitet. Die Mittel für die lebensnotwendigen Bedürfnisse –Ernährung, Bekleidung, Wohnen, gesellschaftliche Anerkennung und menschliche Zuwendung etc. – sollen sicher, souverän, naturverträglich und deshalb weitgehend selbst im lokalen und regionalen Rahmen bereitgestellt werden. Insofern überhaupt noch Austausch über Markt und Geld stattfindet, ist er anderen Beziehungen – Reziprozität und Solidarität statt Äquivalenz – untergeordnet.

Umstritten ist, ob nur in kleineren Betrieben mit einfacher oder mittlerer Technik produziert werden sollte oder ob auch Großbetriebe und Hochtechnologien eine Zukunft haben und in welchem Umfang über internationalen Handel ergänzend Güter bereitgestellt werden, die nicht regional produziert werden. Unterschiedliche Positionen gibt es dazu, ob Gesellschaftlichkeit völlig durch Gemeinschaftlichkeit ersetzt wird oder ob es z.B. Planung und Koordination auf mehreren, vernetzten Ebenen geben sollte.

Antriebe für ökonomisches Wachstum sind entfallen (Kapitalakkumulation, Konkurrenz, kompensatorischer oder Statuskonsum etc.), ebenso für Bevölkerungswachstum, da für

soziale Sicherheit im Alter gesorgt ist. Die Wirtschaft entwickelt sich, aber stationär. Herrschaftsfreie kooperativ-solidarische, egalitäre Strukturen lösen die hierarchischen Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern, Hand- und Kopfarbeitern, Stadt und Land, Nord und Süd ab. Die Alternative wird global gedacht – eine ökologisch befriedete postkapitalistische Gesellschaft sei nur als egalitäre Weltgesellschaft oder -gemeinschaft sinnvoll denkbar. Der globale Süden solle die Möglichkeit erhalten, sich nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln, auch anknüpfend an vorkoloniale Traditionen.

Die Schar der ProtagonistInnen und AnhängerInnen dieser Konzepte ist recht überschaubar. Zu finden sind sie vor allem in dezidiert antikapitalistisch- globalisierungskritischen Flügeln der Dritte-Welt-, ökologischen oder feministischen Bewegungen und NGO´s sowie in einigen kleineren Gruppierungen oder Gemeinschaften, die sich um theoretisch-politische Zeitschriften, Autoren, alternative Projekte oder politische Initiativen scharen. In Parteien und Großorganisationen ist ihr Einfluss gering. Einige Konzepte (z. B. der Subsistenz- bzw. Bielefelder Ansatz) haben in der etablierten Wissenschaft und Forschung eine allenfalls begrenzte Akzeptanz; andere werden dort als wissenschaftlich irrelevant ignoriert.

Allerdings sind bestimmte Ideen, die von dieser Gruppe vertreten werden, in jüngster Zeit über die Grenzen dieser Milieus hinaus populär geworden. Das betrifft z.B., die von AnhängerInnen des Subsistenzansatzes entwickelten und propagierten Projekte des „Guerilla Gardening“ oder die radikale Wachstumskritik der Ökosozialisten. Generell ist mit der multiplen Krise des Finanzmarktkapitalismus seit 2008 auch das Interesse für theoretische Kapitalismuskritik wieder gewachsen.

2. Modernisierung im System

Dieser Konzepttyp ist gewissermaßen das Gegenstück zur fundamentalen Systemkritik. Er ist klar auf technologische Innovationen als Hoffnungsträger fokussiert. Institutionelle Veränderungen, strukturelle Reformen werden bejaht, insoweit sie systemkonform und erforderlich sind, um systemische Triebkräfte wie Profitstreben oder Konkurrenz zielgerichtet auf einen ökologisch ausgerichteten politisch forcierten Entwicklungspfad zu lenken. Was für die Fundamentalkritiker die Ökokrise maßgeblich verursacht – Kapitalverwertung, Globalisierung, Konkurrenz, Wirtschaftswachstum etc. – sind hier gestaltungsfähige Triebfedern und Bedingungen für grüne Basisinnovationen und deren weltweite Verbreitung. Technologischer Optimismus und Vertrauen in die Problemlösungskraft und Modernisierungsfähigkeit der Basisinstitutionen westlich-kapitalistischer Gesellschaften sind Markenzeichen dieses Konzepttyps. Begründet wird dieses Grundvertrauen auch historisch. So wird verwiesen auf die historischen Metamorphosen der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaft (z.B. Übergang von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion, Herausbildung des Sozialstaates) oder auf Tendenzen der relativen Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch in den entwickelten Industriestaaten.

Wesentlich konkretisiert wird diese Denkrichtung in dem maßgeblich von Joseph Huber und Martin Jänicke seit den 1980er Jahren entwickelten Konzept **„Ökologische Modernisierung“**, das prägend in den internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs eingeflossen ist. Demnach entstehen die gegenwärtigen lebensbedrohlichen ökologischen Probleme durch unzureichend an Naturkreisläufe angepasste Technologien, wodurch Natur „falsch“ und übermäßig beansprucht wird. Die Produktionsmaschinerie öffnet ökologische Kreisläufe,

ohne sie wieder zu schließen, sie „frisst“ vorn zu viel Natur in sich hinein und stößt hinten zu viel für die Natur Unverdauliches, wie eben z.B. CO_2-Emissionen wieder aus. Dies ist zugleich ein Indiz für Defizite in der gesellschaftlichen Regulierung des Stoffwechsels mit der Natur, für „Markt- und Staatsversagen“.

Der Schlüssel zur Bewältigung der ökologischen Frage sind umfassende technologische Umweltinnovationen, die den industriellen Stoffwechsel so in Naturprozesse integrieren, dass er auch bei steigenden Stoffumsätzen naturverträglich bleibt. Nicht Naturbeherrschung an sich sei problematisch, sondern diese „falsche Philosophie“ des Umgangs mit Natur und Umwelt.

Der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur müsse nicht nur bedeutend effizienter werden („Effizienzrevolution“), indem pro Quantum wirtschaftlich vernutzter Natur ein Mehrfaches an Nutzen erwirtschaftet wird. Vor allem müsse er qualitativ auf eine naturverträgliche („konsistente“) technologische Basis umgestellt werden. Nur so könnten auch größere Volumina von Stoffumsätzen – unvermeidlich durch wachsende Weltbevölkerung und nachholende Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer – ökologisch verträglich bewältigt werden. Das westliche Wachstums- Wohlstandsmodell könnte dann ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im globalen Maßstab fortgesetzt werden.

Steckbriefartig die Kernelemente dieser Zukunftsvision, für die jetzt die Weichen gestellt werden müssten: durch eine neue Welle „grüner“ technologischer Innovationen, eine Effizienz- und Konsistenz-Revolution entsteht eine „grüne Moderne“ mit einer echten Kreislaufwirtschaft, die sich aus erneuerbaren, letztlich solaren Energiequellen speist. Sie produziert keine ökologisch problematischen Emissionen, Abfälle, z.B. weil diese biologisch abbaubar sind bzw. die Produkte recyclungsfähig konstruiert werden oder Reststoffe der einen Technologie Ausgangsbasis einer anderen sind usw. Beispiele hierfür sind die Zucht von Shiitake-Pilzen auf Kaffeesatz oder auch Chemieparks, in denen kaskadenförmig verschiedene Technologien abfallfrei vernetzt sind. Technologien, Materialien und Produkte der ökologischen Moderne beruhen auf einer anderen Philosophie des Umgangs mit der Natur. Sie ahmen Natur nach, sind der Intelligenz natürlicher – vor allem biologischer – Systeme nachempfunden, die sich in Jahrmillionen der Evolution herausgebildet haben oder sie arbeiten „symbiotisch“ mit Naturprozessen zusammen.

Einige ökologische Modernisierer plädieren auch dafür, die Folgen des Aufheizens der Erdatmosphäre großtechnologisch zu bekämpfen: Geo-Engineering vermittels riesiger Sonnensegel, „Impfen“ der Atmosphäre oder Weltmeere. Andere setzen stärker auf den strukturellen Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft, in der die Wertschöpfung immer stärker auf immateriellen Prozessen basiere.

Das entscheidende Kettenglied in der Argumentation ist die technologisch-optimistische Annahme, dass es möglich sei, auf den angedeuteten Wegen einer „Effizienz- bzw. Konsistenzrevolution“ oder „dematerialisierter“ Wertschöpfung den Umweltverbrauch absolut von einer zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität zu entkoppeln. Die Belastung der Umwelt durch Ressourcenentnahme bzw. Emissionsabgabe pro Einheit Wirtschaftsleistung sei so weit zu senken, dass sich auch eine Welt mit wachsender Wirtschaft und Bevölkerung dauerhaft innerhalb ökologischer Leitplanken bewegt. Die Ökoeffizienz müsste also ständig schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung. Wirtschaftswachstum wäre dann ökologisch

neutral, somit fortsetzbar, es könnte „nachhaltig“ werden, zumindest würden seine ökologischen Grenzen in weiter Ferne liegen. Ökologisch argumentierende Kritik am Wirtschaftswachstum und den ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen bzw. ökonomischen Dynamiken („Wachstumszwang“, Kapitalakkumulation) sowie den damit korrespondierenden „ressourcenschweren“ Wohlstandsmodellen und Lebensstilen wäre gegenstandslos. Nicht „Grenzen des Wachstums“ oder „Wohlstand ohne Wachstum“ wären die gesellschaftlich relevanten Themen, sondern die „Grenzen wachsen lassen“ und „Wachsen im Einklang mit der Natur“ [4]als Prinzip technisch-ökonomischer Entwicklung, als unerschöpfliche Quelle von Wohlstand und als Schlüssel zur Lösung der ökologischen und anderer globaler Probleme (Armut, Bevölkerungswachstum nachholende, wirtschaftliche Entwicklung).

Aus Sicht der ökologischen Modernisierung ist der Übergang zu einem ressourcenintensiven Typ sozio-ökonomischer Entwicklung, in der die Öko-Effizienz rascher zunimmt als die Wirtschaft wächst, ohne grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen möglich. Kapitalverwertung ist der prinzipiell geeignete moderne Modus auch für derartige Innovationen. Ein solch tiefgreifender Paradigmenwechsel im industriellen Umgang mit der Natur muss allerdings durch politische und gesellschaftliche Regulierungen befördert und flankiert werden. Entscheidende institutionelle Anpassungen, um Ökonomie und Ökologie besser in Einklang zu bringen, seien bereits in den 1980er und 1990er Jahren erfolgt: mit der staatlichen Umweltpolitik entstand ein neues Politikfeld mit eigenem Recht, speziellen Behörden etc.; die Konfrontation von Industrie und Umweltbewegung wurde weitgehend durch eine „grüne Modernisierungskoalition“ (Huber) abgelöst, Umweltbewusstsein ist nunmehr stabil in allen Milieus verankert usw.

Allerdings sei der Wandel zur ökologischen Moderne auch kein „Selbstläufer“, sondern gestaltungsbedürftig. Vorgeschlagen werden *politische* Regulierungen und Instrumente, die geeignet sind, die ökologische Richtungssicherheit von Innovationen zu verbessern, ihr Tempo und ihre Diffusion zu forcieren: Umweltverantwortung konsequenter in alle Verursacherbereiche integrieren; wirksamer Forschung und Entwicklung für öko-effiziente Technologien fördern; die ökologische Steuerreform und den Handel mit Zertifikaten erweitern; verbindlichere politische Vorgaben, auch nationale Umweltpläne. Generell müsse die Handlungskapazität des politischen Systems in Richtung „Umweltstaat“ (Jänicke) – vergleichbar der Herausbildung des Sozialstaates – ausgebaut werden.

Eine Variante ist die **„evolutorische Sozialökonomik“**, ein modernisierungs- und regulationstheoretisch argumentierender Ansatz von Rainer Land, der sich stark auf Joseph Schumpeter bezieht. Als wesentliche Wurzel für die ökologische Krise sieht er eine „Einseitigkeit“ im Modus der Kapitalverwertung und Wirtschaftsregulierung: die Kriterien und Antriebskräfte für ökonomische Effizienz und technologische Innovationen sind auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zentriert, zu schwach hingegen auf die Effizienz der eingesetzten Naturressourcen. Diese ökologisch blinde und extensiv-verschwenderische Dynamik muss überwunden werden durch den Übergang zu einem ressourcenintensiven Typ wirtschaftlicher Entwicklung. In ihm wären Ressourceneffizienz und Umweltkonsistenz

[4] Vgl. Ralf Fücks 2011: Das Wachstum der Grenzen – Vom Weg in die ökologische Moderne nach dem Vorbild der Natur. In: Böll Thema 2/2011, S. 4-6.

entscheidende Maßstäbe für ökonomisch erfolgreiche Kapitalverwertung und somit wirtschaftsimmanente Selektionskriterien für technisch-ökonomische Innovationen.

Eine solche ökokapitalistische Regulation der Wirtschaft müsse sich zudem mit einer passenden Form sozialer Teilhabe verbinden, um ein stabiler Pfad sozioökonomischer Entwicklung zu werden. Teilhabe müsse heutigen Ansprüchen an Individualitätsentfaltung entsprechen, also z.B. Partizipationschancen oder faktische Rechte auf einen fairen Anteil an Erwerbsarbeit und disponibler Zeit beinhalten.

„Green New Deal“ ist das aktuelle Stichwort, unter dem ökologische Modernisierer nach einer integrierten – ökologische, ökonomische und soziale Krisen gemeinsam bearbeitenden – Antwort auf die jüngste Wirtschaftskrise suchen, die zugleich eine keynesianische Geburtshilfe für den neuen öko-effizienten Entwicklungspfad sein soll. Durch massive staatliche Investitionen in eine Ökologisierung der gesamten Produktions- und Infrastruktur, durch stimulierende Rahmenbedingungen für grüne Technologien, Produkte, Dienstleistungen werde ein Innovations- und Investitionsschub ausgelöst, der den endgültigen Durchbruch zur grünen industriellen Revolution bewirkt, beginnend mit der Energiewende. Neue grüne Branchen expandieren, nehmen die aus schrumpfenden Altindustrien freigesetzten und im Rahmen einer Bildungsoffensive umqualifizierten Arbeitskräfte auf. Indem so das „ökologisch Richtige“ wächst und das „Falsche“ sozial verträglich schrumpft, kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit gelöst werden. Damit seien auch eventuell steigende Preise (z.B. für Energie wegen der nunmehr integrierten ökologischen Kosten) eher bezahlbar. Deutschland habe – dank seines öko-technologischen Vorsprungs – beste Chancen, weltweit zum Vorreiter einer grünen industriellen Revolution zu werden.

Modernisierung im System wird zuweilen dargestellt als alternativloser, weil einzig realistischer Gegenentwurf zu kapitalismus- und wachstumskritischen Antworten auf die Öko-Krise. Technologie sei die praktikabelste Variable, um die drohende ökologische Katastrophe zu verhindern, nicht die Bevölkerungszahl, die konsumtiven Bedürfnisse, die Ansprüche der Schwellenländer. Wollte man zudem auch noch die gesellschaftlichen Verhältnisse fundamental umbauen, so sei die Wandlungsfähigkeit von Gesellschaften weit überfordert, zermürbende Konflikte und Chaos vorprogrammiert. Deshalb solle man sich auf das konzentrieren, was der Kapitalismus am besten kann – die Produktivkräfte permanent zu revolutionieren. Außerdem wäre eine neue technisch-ökonomische Revolution ohnehin im zyklischen Verlauf angelegt.

Grundlegende gesellschaftlich-institutionelle Voraussetzungen, um die ökologische Frage erfolgreich zu bearbeiten, seien bereits entstanden, vor allem auch dank der Umweltbewegung. Aber sie sind noch unzureichend in wirksame politische Regulierungen umgesetzt, nicht zuletzt wegen des Widerstands von Verursacherindustrien. Notwendig sind aber politische Vorgaben und Regeln, da die Marktkräfte allein zu blind und zu schwach sind, um den erforderlichen Paradigmenwechsel hin zu einem „ökokapitalistischen“ Entwicklungspfad und solch epochale Innovationen wie den Übergang zu einer kohlenstofffreien energetischen Basis im gebotenen Tempo zu bewerkstelligen.

Stärker als in den beiden anderen Konzepttypen werden hier Eliten in allen Bereichen als Akteure des Wandels angesprochen. Als maßgebliche Träger ökologischer Modernisierungen kommen vor allem Funktionsgruppen, Personen und „Modernisierungskoalitionen“ (Huber)

aus den Bereichen Forschung, Entwicklung, Konstruktion, AktivistInnen der Umweltbewegung, reformfreudig-pragmatische PolitikerInnen quer durch alle Parteien und Organisationen, öko-innovative UnternehmerInnen und WissenschaftlerInnen, z.T. auch experimentierfreudige (Raum-)Pioniere oder öko-sensible Konsumentinnen in Betracht.

Modernisierung im System ist der einflussreichste Konzepttyp. Seine Grundideen sind Mainstream im Nachhaltigkeitsdiskurs. Populär ist insbesondere die Annahme, hauptsächlich über technologische Innovationen – unterstützt von systemkonformen Reformen – ökologische Probleme lösen zu können, ohne grundlegenden Wandel in gesellschaftlichen Strukturen bzw. Lebensstilen und mit fortgesetztem Wirtschaftswachstum. Sie wird in allen sozialen Gruppen und politischen Strömungen vertreten: von Funktionseliten in Wissenschaft, Technik, Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Medien etc. bis hin zu AktivistInnen der Umweltbewegung. Sie ist vermutlich mehrheitsfähig in Parteien und Großorganisationen und entspricht weit verbreiteten Denkweisen in der Bevölkerung.

3. Phasenwechsel mit offenem Ausgang

Dieser Typ ist komplexer als die beiden vorangegangenen. Er greift Elemente von ihnen auf, bettet sie aber konzeptionell anders ein. So werden die von den Fundamentalkritikern betonten „harten“ kapitalistischen Strukturen, wie etwa die Akkumulationsdynamik der Kapitalverwertung, durchaus als ökologisch „problematisch“ bewertet. Nicht geteilt wird aber deren absolute Gewissheit, dass wirksame Schritte zur Bewältigung der sozialökologischen Krise nur dann möglich sind, wenn zugleich der Kapitalismus überwunden wird. Auch wird die Ambivalenz der Moderne, von Aufklärung und Fortschritt gesehen, ebenso die der abstrakt-verdinglichten Vergesellschaftungsformen und -medien, wie etwa Wert, Geld, Markt, Staat. Aber nicht ihre Existenz wird in Frage gestellt, sondern eher ihre Verselbständigung, die durch eine andere Art und Weise ihrer Regulierung, durch ihre Einbettung in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, in bewusste, demokratische Entscheidungsprozesse aufgehoben werden kann

Die Autoren teilen nicht den technologischen und Wachstumsoptimismus der ökologischen Modernisierer. Sie sehen aber die Notwendigkeit einer fundmentalen Ökologisierung der Produktionsweise. Dies ist jedoch eingebettet in ein umfassendes gesellschaftliches Umbaukonzept, dass zugleich wesentliche gesellschaftliche Ursachen für die ökologische Krise und auch Wachstumszwänge überwinden und die Umbaukosten gerecht verteilen will. Ökologische Erneuerung, Abbau sozialer Ungleichheiten und andere emanzipatorische Fortschritte werden verknüpft zu Konzepten, deren erste Schritte heute gegangen werden können.

Konzepte dieser Gruppe sind in gewisser Weise eine Synthese aus Systemwechsel und Modernisierung im System. Kapitalverwertung soll gezähmt, Markt eingebettet, Wachstumsdynamik befriedet, Herrschaft verringert werden. Der Wandel ist konzipiert als Phasenwechsel innerhalb kapitalistischer Wirtschaft bzw. innerhalb der Moderne, auch um deren Errungenschaften zu bewahren. Ob ein solcher Umbau sich letztendlich als mit kapitalistischen Akkumulationsdynamiken kompatibel erweisen wird, bleibt nach Ansicht vieler Autorinnen offen.

Von diesem Konzepttyp haben wir vier Ansätze analysiert:

Das maßgeblich von Ulrich Beck entwickelte Konzept der **reflexiven Modernisierung** zielt auf einen weitreichenden Umbau von Institutionen der gegenwärtig noch dominierenden Industrie-Moderne, und zwar weitreichender als er etwa in „Ökologische Modernisierung" angedacht wird. Denn die globale ökologische Krise zeige, dass die Industriemoderne unfähig sei, die ökologischen Risiken und Nebenwirkungen ihres weltweiten Siegeszuges zu bearbeiten. Sie könne ihre eigenen Versprechen und Grundsätze nicht durchsetzen, wie etwa das Verursacherprinzip oder die Versicherbarkeit von Risiken. Indem somit die ökologischen Konflikte zunehmen und die öffentlichen Debatten prägen, schwinde das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Institutionen. Damit wachsen auch die Chancen für eine Selbsttransformation hin zu einer „grünen Moderne" mit einer neuen institutionellen Architektur: an Stelle der „organisierten Unverantwortlichkeit" tritt Verantwortung für Handlungsfolgen, Wohlstand wird nicht mehr vorwiegend materiell definiert, die Beteiligungschancen an Entscheidungsprozessen werden erweitert und die nationalstaatliche Perspektive wird durch eine kosmopolitische abgelöst.

Der feministisch inspirierte Ansatz **„(Re)Produktivität",** von Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister konzipiert, fokussiert eine ökonomische Gleichwertigkeit der sog. produktiven und reproduktiven Leistungen von Mensch und Natur, damit das „Ganze der Ökonomie". Denn die entscheidende Ursache für die sozialökologische Krise sei ein grundlegender Widerspruch der industriekapitalistischen Marktökonomie: Im ökonomischen Verwertungs- und Produktionsprozess werden alle Produktivitäten angeeignet, also auch die von Naturprozessen. In der ökonomischen Bewertung hingegen wird die Produktivität von Naturprozessen ausgeblendet. Es wird nur das als produktiv, gesellschaftlich wertvoll anerkannt, was einen Marktwert hat. Diese systemische Blindheit gegenüber den lebendigen Grundlagen der Ökonomie, die daraus resultierende Einseitigkeit der Kostenrechnungen und Kategorien befördert ökologisch zerstörerische Prozesse. Die Alternative sei eine (re)produktive Ökonomie, in der das Ökonomische auf das Ganze des Reproduktionsprozesses bezogen wird, somit die Produktivität der Natur und aller Arbeiten (also auch der sozial weiblichen sog. reproduktiven) als gleichwertig anerkannt wird. In ihr wäre dann das bewusst erhaltende Gestalten aller Produktivitäten oberste Maxime. Steuerung über Märkte ist dann nur *ein* – in bewusste Entscheidungsprozesse eingebettetes – Mittel dafür.

Ein **Kulturwechsel zum ökologischen Markt** wird u.a. von wachstumskritischen ÖkonomInnen wie Niko Paech und AutorInnen des Wuppertal-Instituts vertreten. Sie kritisieren vor allem die Kultur der ständigen Steigerung des materiellen Wohlstands und deren soziale Ursachen. Dies treibe das Wirtschaftswachstum an und führe unweigerlich zu einer Überbeanspruchung der Natur. Illusorisch ist für sie die Hoffnung, dieses Wachstums- und Wohlstandsmodell zukunftsfest zu machen durch technische Innovationen, die Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch entkoppeln können. Ihre Alternativ-Vision ist eine Kultur des freiwillig einfacheren Lebens („entschleunigt, entrümpelt...") mit reduzierter Erwerbsarbeit und mehr Eigenarbeit. Es verringere die „Belieferungsbedürftigkeit", damit auch die Abhängigkeit von den prekären globalen Märkten. Ökologisch orientierte KonsumentInnen und UnternehmerInnen etablieren Markte mit „ökologisch korrekten" Gütern (z.B. Gebrauchtwaren, Reparatur), die materielles Wirtschaftswachstum kaum stimulieren.

Eine vierte Richtung zielt auf eine alternative, weil **„sozialökologische(re)" Regulation des Kapitalismus**, welche die gegenwärtig noch dominante neoliberale Phase ablöst. Autoren wie Elmar Altvater, Dieter Klein, Frieder Otto Wolf, Christoph Görg, Ulrich Brand u.v.a. sehen die Ursache einer sich verschärfenden ökologischen Krise in der neoliberalen Regulationsweise des Kapitalismus, obwohl in dieser Phase erstmals Umweltprobleme überhaupt institutionell bearbeitet werden: Die deregulierten Finanzmärkte drücken auf kurzfristige Renditestrategien, die langfristigen Erfordernissen der Reproduktion natürlicher Grundlagen entgegenwirken; immer mehr natürliche Ressourcen werden in die Kapitalkreisläufe weltweit einbezogen; zunehmende soziale Ungleichheiten und Unsicherheiten schüren Ängste vor ökologisch wünschenswerten volkswirtschaftlichen Umstrukturierungen und behindern sie.

Eine sozialökologischere Phase des Kapitalismus sei jedoch erreichbar. Nach Alain Lipietz etwa könne eine solche Regulation nach dem Leitbild der „Alternative" bestehen aus einem Innovationsschub bei ökologischer Technik, eine Wiedereinbindung des Finanzsektors sowie eine stärkere Ausrichtung auf die Region. Damit wäre ein sozial-ökologischeres Akkumulationsregime möglich. Die dazu passende gesellschaftliche Regulation könne u.a. bestehen aus erneuerten Formen der Solidarität (z.B. Grundsicherung), fairen Löhnen, Partizipation in Wirtschaft und Politik, einer sozialökologischeren Rahmung des Marktes und einer erweiterten Sphäre öffentlichen Eigentums.

Ein Beispiel für diesen Ansatz ist die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt", auch wenn sich die Verfasser nicht theoretisch auf diesen Ansatz beziehen. In der Studie werden einerseits Elemente des Green New Deal aufgenommen, etwa staatliche Ordnungspolitik und ökonomische umweltpolitische Instrumente wie Ökosteuer etc. zum Ankurbeln und Durchsetzen grüner Innovationen. Für eine „öko-faire" Wirtschaftsweise wird aber eine „Fairteilung" von Arbeit und Einkommen gefordert, etwa „kurze Vollzeit für alle". Dies sei aber nur möglich durch eine Anhebung geringerer Löhne. Erst eine Umweltpolitik, die gleichzeitig auch Sozialpolitik ist, mache einen ressourcenarmen, genügsamen (suffizienten) Lebensstil, mache „Weniger ist Mehr" für alle Gruppen der Gesellschaft attraktiv oder zumindest akzeptabel. Eine „Gesellschaft der Teilhabe" bedeute eben auch „Teilen".

Eine Reihe regulationstheoretisch argumentierender Autoren (z.B. Altvater, Brand, Görg) sehen in einer sozial-ökologischeren Regulation allerdings lediglich eine mögliche Übergangsphase in eine postkapitalistische Gesellschaft. Denn letztlich führten Kapitalakkumulation, Wachstumsimperativ und Naturbeherrschung immer wieder zur Übernutzung natürlicher Ressourcen. Auch die Autorinnen vom Wuppertal-Institut äußern ihren Zweifel, ob das alles im Kapitalismus möglich sein wird. Das 21. Jahrhundert werde für den auf Ausscheidungskonkurrenz programmierten Kapitalismus zu einem „Prüfstein besonderer Art": Nur wenn er es „schafft, Wertschöpfung bei sinkenden Güterquantitäten zu betreiben, kann er sich eine Chance auf Zukunftsfähigkeit ausrechnen."[5] Es ist ein Phasenwechsel mit offenem Ausgang.

Ähnlich wie in den Diagnosen der ersten Konzeptgruppe werden hier also vor allem gesellschaftliche Ursachen für die Öko-Krise verantwortlich gemacht, insbesondere auch

[5] BUND/EED 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt/M..S. 246

gesellschaftliche Verhältnisse und Dynamiken der kapitalistischen Moderne: finanzkapitalistische Kapitalakkumulation, Ausblendungen im (wert-)ökonomischen Bewertungsprozess, vertiefte soziale Ungleichheiten, Globalisierung oder die „Steigerungsspirale“ der Moderne etc. Aber im Unterscheid zur Sichtweise der Fundamentalkritiker, prägen diese nicht „totalitär“- wesenhaft das Ganze kapitalistisch-moderner Gesellschaften. Sie wirken eher tendenziell als Ursachen für ökologische Gefahren und soziale Probleme, sind an eine bestimmte historische Phase des Kapitalismus gebunden, sind ambivalent und in ihren Effekten in Maßen politisch gestaltbar. So bietet nach Beck die Globalisierung auch Chancen für einen neuen Kosmopolitismus. Oder die ständig durch Innovationen erweiterte Optionsvielfalt wirkt zwar als Steigerungsspirale für materiellen Konsum, bietet aber auch persönliche Umstiegs-Optionen für kritische Minderheiten. Wert- und marktförmige Bewertungsprozesse müssen nicht abgeschafft werden, um ihre tendenziell ökologisch negativen und Ungleichheit vertiefenden Wirkungen einzudämmen – sie können auch gesellschaftlich eingebettet werden, in ihrem Wirkungsbereich spezifiziert und eingegrenzt werden (Biesecker/Hofmeister). Neoliberal verselbständigte Finanzmärkte können re-reguliert werden.

Allgemeiner gesagt: Modern kapitalistische Gesellschaften und ihre Wirtschaftsweisen werden verstanden als in Grenzen gestaltbare historische Formationen mit unterschiedlichen Phasen und mit Verzweigungen für Entwicklungspfade. Andere, weniger ökologisch riskante und ungerechtere „Kapitalismen“ seien vorstellbar und durch politische und kulturelle Transformationsprozesse erreichbar. Diese könnten auch anknüpfen an ohnehin anstehenden „Brüchen“, wie etwa dem sich abzeichnenden Ende des Ölzeitalters mit seinen historisch einmaligen Verwertungsbedingungen und dem Übergang zu regenerativen Energiequellen oder auch Tendenzen des Wertewandels. Dementsprechend ist die Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse keine zwingende, aktuelle Voraussetzung, um die existenziellen ökologischen Krisen zu bewältigen.

In ihren konkreten Vorstellungen, was vorrangig zu verändern wäre, unterscheiden sich die einzelnen Ansätze. Zwei Bedingungen jedoch sind offensichtlich für alle wichtig.

Erstens. Der Gegenstandsbereich und die Reichweite bewusster, demokratisch legitimierter gesellschaftlich-politischer Regulierungen soll tendenziell ausgedehnt werden auf das Ganze des gesellschaftlich-ökonomischen Reproduktionsprozesses, um ein in seiner sozialen und ökologisch-stofflichen Qualität erwünschtes Gesamtprodukt zu erzielen. Prozesse und Effekte, die bislang als unveränderlicher „Sachzwang“ (z.B. Wirtschaftswachstum), Tradition (z. B. die ökonomische Geringschätzung sozial weiblicher reproduktiver Tätigkeiten) oder Nebenfolge (z.B. ökologische Wirkungen von Produktionsprozessen) erscheinen und unreflektiert („naturwüchsig“) reproduziert worden, sollen zum Gegenstand von öffentlichen Diskursen und demokratischen Entscheidungen werden. Das bedeutet z.B.: an Stelle des systemischen Wachstumszwangs mit seinem Dilemma „immer weiter wachsen mit immer höheren ökologischen, ökonomischen, sozialen Kosten und Verlusten oder Rezessionsspirale mit wirtschaftlicher, sozialer und politischer Instabilität“ treten Entscheidungen, ob, in welchem Maße und welche Bereiche der Wirtschaft wachsen oder aber sozial verträglich schrumpfen sollten.

Zweitens. Der Abbau sozialer Ungleichheiten und Ängste wird als eine wesentliche Bedingung einer sozialökologischen Transformation begründet. So würden egalitärere Verteilungen von Einkommen und Vermögen oder gleichmäßiger verteilte und kürzere

Erwerbsarbeitszeiten den Statuswettbewerb lindern und damit ökologisch problematischen Wachstumsdruck verringern. „Ökologisch wahre“ Preise könnten dadurch und über andere egalitäre Mechanismen sozial verträglicher, ohne Ausgrenzungseffekte gestaltet werden. Müssen Beschäftigte keine Statusverluste im Gefolge von ökologisch sinnvollen Umstrukturierungen befürchten, so können diese angstfrei und konfliktarm, mit dem Engagement der Betroffenen vonstatten gehen. „Produktive“ und „reproduktive Tätigkeiten“ und Leistungen als gleichwertig ökonomisch und sozial zu bewerten und anzuerkennen ist nicht „nur“ aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit wichtig, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung, um den sorglos-verschwenderischen Umgang mit Natur zu beenden. Werden hierarchische Arbeits- und Sozialverhältnisse reduziert und erweitern sich für alle die Chancen für Beteiligung, Teilhabe und sinnvolle Tätigkeiten innerhalb und außerhalb von Erwerbsarbeit, so entfallen zugleich wesentliche Ursachen für kompensatorischen Konsum. Dies fördere zugleich die Akzeptanz für „ressourcenleichte“ Wohlstandsmodelle und Lebensstile.

Ideen dieses Konzepttyps werden stärker rezipiert als jene der Fundamentalkritiker, jedoch deutlich geringer als die der ökologischen Modernisierer. Vertreten werden sie in öko-sensiblen, links-grünen oder kapitalismus- bzw. wachstumskritischen Strömungen sozialer Bewegungen und alternativer Gemeinschaften, politischer Parteien, Organisationen, Stiftungen, überparteilicher Diskurszusammenhänge; in der linksintellektuellen Publizistik sowie in bestimmten akademischen Bereichen, wie etwa in der Nachhaltigkeitsforschung oder der ökologischen Ökonomie, z. T. auch von öko-innovativen Unternehmern.

Inwiefern aus vielen einzelnen Akteuren, Initiativen, angestrebten Reformen tatsächlich ein „Umschlagspunkt“ zu einem sozial-ökologischen Entwicklungspfad entsteht, das ist aus Sicht regulationstheoretisch orientierter Autoren dieses Konzepttyps maßgeblich davon abhängig, ob sich ein neuer „hegemonialer Block“ konstituiert, der eine solche sozial-ökologische „Große Transformation des 21. Jahrhunderts“ (Lipietz) als sein Projekt verfolgt und dies glaubwürdig als Allgemeininteresse darstellen kann. Ein Kristallisationskern dafür könnten u. a. auch die expandierenden Branchen der erneuerbaren Energien sein, die mit der Energiewende weiteren Auftrieb erhalten haben. Sie könnten mit wachsendem Gewicht eine neue Synthese von ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen und Akteuren repräsentieren.

Artikelherkunft

Beitrag von den Autoren speziell für dieses Werk angefertigt.

Über die Autoren



Dr. Frank Adler, Jahrgang 1945, ist promovierter Soziologe und hat Philosophie studiert. Er arbeitet am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wachstumskritik, Postwachstums-Visionen und sozialökologische Transformation.



Dr. rer. pol. Ulrich Schachtschneider, Jahrgang 1962, ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und Diplom-Sozialwissenschaftler mit Schwerpunkt Umweltpolitik. Er arbeitet als Energieberater und freier Sozialwissenschaftler. Er ist in der politischen Bildung und der Politikberatung (u.a. für die Rosa Luxemburg Stiftung, Attac, Institut für Solidarische Moderne) tätig. Seine Schwerpunkte sind Soziale Umweltpolitik, Konzepte sozial-ökologischer Transformation sowie Nachhaltigkeit und Strukturen des modernen Kapitalismus.

Fortschritt muss nachhaltig werden

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Fortschritt ist bislang nicht nachhaltig

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist erst mit dem Brundtland-Bericht von 1987 in die große internationale Diskussion gekommen. Davor war es eine Art Geheimtipp der Forstleute. Nicht mehr Holz schlagen als nachwächst. Auch die Forstleute haben den Begriff erst nach großen Kahlschlag-Katastrophen gelernt. Aus sich heraus haben die menschliche Wirtschaft und der technische Fortschritt eigentlich nie Interesse an der Nachhaltigkeit gezeigt. Wenn neuerdings wieder allenthalben von „neuem Fortschritt" geredet wird, dann hat das genau den Grund, dass die Wirtschaft der Welt die Sorte von Kahlschlag-Katastrophen produziert, die die Förster bekehrten und für die unsere Enkel uns verdammen würden.

Aber wehe, man spricht in den Ländern, wo heute das rasende Wachstum stattfindet, in China, Indien, Brasilien, von Einschränkungen um der Nachhaltigkeit willen. Das wird dort wie die Arroganz der Reichen gegenüber den Armen und Aufstrebenden wahrgenommen und mit Zorn quittiert.

Was tun? Nun, wir im reichen Norden könnten natürlich erst mal selber „nachhaltig" werden und den Neulingen zeigen, dass es geht. Weniger nach Teneriffa düsen, weniger Fleisch in uns hinein stopfen, weniger Quadratmeter Wohnraum beanspruchen. Ja, das stünde uns gut an. Aber was heißt das für die Wirtschaft? Arbeitsplätze gehen verloren. Spanien und den USA ging es eine Weile recht gut, solange eine völlig am Bedarf vorbeischießende Bauwirtschaft, gestützt von aberwitzig niedrigen Zinsen oder aber absurden Bedarfserwartungen die Konjunktur ankurbelte. Als im Zuge der Weltfinanzkrise der Bedarf drastisch nach unten korrigiert wurde, brach in beiden Ländern die Wirtschaft erst mal weg, und Massenarbeitslosigkeit folgte auf dem Fuß. Der Nothebel Staatsverschuldung machte alles bloß noch schlimmer. So einfach ist das also nicht mit der Bedarfsschrumpfung.

Und selbst wenn wir im Norden um der Natur und des Klimas willen in den sauren Apfel solcher Schrumpfung beißen, dann heißt da ja noch lange nicht, dass uns Brasilianer oder Chinesen folgen, denn sonderlich attraktiv ist ja das spanische oder amerikanische Modell nicht. Folglich geht, wenn sich sonst nichts drastisch ändert, die Dynamik des immer größeren Naturverbrauchs, der immer stärkeren Klimabelastung, noch viele Jahrzehnte ungebremst weiter. So zeigen es auch sämtliche Prognosen der Vereinten Nationen, der OECD oder auch der Privatfirmen. Die Klimakatastrophe, das Abbrechen gigantischer Eismassen aus Grönland und der West-Antarktis (mit Überflutung riesiger Landstriche weltweit), das Aussterben Hunderttausender von Tier- und Pflanzenarten, all das, was unsere Enkel mit Recht wütend und verzweifelt machen würde, wäre nicht mehr aufzuhalten.

Schrumpfung oder Technologie

Gibt es denn überhaupt Auswege? Ja, ich denke schon. Aber der Weg heißt nicht Schrumpfung, sondern eine neue technologische Revolution. Damit meine ich nichts Geringeres als das, was wir in 150 Jahren der Industriellen Revolution erlebt haben. Und es ändert sich die Fortschrittsmelodie. Die Industrielle Revolution hatte als Melodie die

Steigerung der *Arbeitsproduktivität*. Sie ist seit den Tagen von Ferdinand Lassalle etwa um einen Faktor 20 gestiegen, völlig unvorstellbar für Lassalle und seine Zeitgenossen. Heute ist bei uns die Arbeitsproduktivität hoch und der Faktor Arbeit überhaupt nicht knapp. Hingegen ist die *Ressourcenproduktivität* jämmerlich zurück geblieben, und Energie und Ressourcen sind knapp. Also sollte schon aus ökonomischen Gründen die neue Melodie des technischen Fortschritts in erster Linie die Erhöhung der Ressourcenproduktivität werden.

Nun aber ein Blick auf die *Methode* der Steigerung. Historiker und Ingenieure tun gern so, als sei das Ganze eben das Genie von James Watt, Giuseppe Volta, Sadi Carnot, Michael Faraday, Justus von Liebig, Gottlieb Daimler oder Thomas A. Edison gewesen. Schön, die waren natürlich Genies und haben Großes geleistet. Aber es gab einen alles übergreifenden Mechanismus, der eben nicht nur tolle Erfindungen hervorbrachte, sondern der systematisch und über zwei Jahrhunderte ganz speziell die Arbeitsproduktivität steigerte: Das waren die steigenden Lohnkosten, jedem Historiker der Sozialdemokratie wohl vertraut. Stieg nämlich die Arbeitsproduktivität etwa durch James Watt's Dampfmaschine oder durch den auf Faraday fußenden Elektromotor oder durch Justus von Liebigs Düngung, so konnte die Arbeiterklasse alsbald höhere Löhne durchkämpfen, weil ja der pro Arbeitsstunde geschaffene Mehrwert gestiegen war. Kaum waren aber die Löhne gestiegen, musste die Arbeitsrationalisierung weiter forciert werden, also die Arbeitsproduktivität weiter erhöht werden. Das gab den Genies eine Art Richtungssinn.

So wie sich Lassalle eine Verzwanzigfachung der Arbeitsproduktivität nicht vorstellen konnte, ist es heute fast unvorstellbar, wie man die Energie- oder Materialproduktivität verfünffachen und eines Tages verzwanzigfachen können soll. Die Grundstoffindustrie sagt, sie operiere doch längst am physikalischen Anschlagspunkt, – mehr Effizienz sei beim Aluminiumschmelzen oder der Alkali-Elektrolyse nun mal physikalisch unmöglich. Und die Sozialpolitik behauptet, der menschliche Energiebedarf sei nun mal ein Menschenrecht, und „Effizienz" sei doch nur ein Tarnwort für noch mehr Sparen, also noch mehr Armut. Tja, richtig. Wenn man sich technologisch und zivilisatorisch nicht bewegt, dann ist das eben so und der Fortschritt führt dazu, dass die Natur und das Klima nicht mehr oder nur noch durch Schrumpfung zu retten sind.

Das darf aber nicht das Ende der Diskussion sein. Was man gemeinhin als ‚unvorstellbar' ansieht, ist in Wirklichkeit gar nicht so fern. Wenn man sich ernsthaft auf die Suche macht, findet man in praktisch allen Lebensbereichen und Wirtschaftssektoren Möglichkeiten einer sehr beträchtlichen Verbesserung der Energieeffizienz oder –produktivität. Und bei Mineralien und Wasser ist es sogar noch einfacher, weil die sich ja theoretisch beliebig oft rezyklieren lassen. Die Suche nach solchen Verbesserungschancen haben wir als Autoren des neuen Buches „Faktor Fünf"[1] unternommen und sind fündig geworden. Es gibt tatsächlich gigantische Effizienzfortschritte die nur darauf warten, endlich entwickelt und genutzt zu werden.

Ein Faktor Fünf ist heute machbar und planbar

Eine Verfünffachung der Energie- und Ressourcenproduktivität ist im Querschnitt der Wirtschaft machbar. Der Zeitraum, bis dieses Zwischenziel erreicht werden kann, ist

[1] Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves u.a., 2010: Faktor Fünf. München; Droemer-Knaur.

vielleicht 40 Jahre. Was die Aluminiumbranche längst weiß, ist dass Aluminium aus Schrott nur ein Zehntel der Energie benötigt, die man für Aluminium aus Bauxit aufwendet. Sozialpolitisch relevant ist der Umstand, dass der Heizbedarf in unseren Breiten und der Kühlungsbedarf in den Tropen rabiat gesenkt werden kann: Für Deutschland ist das von Wolfgang Feist entwickelte Passivhaus das Vorbild, welches auch für Altbausanierung ein erreichbares Ziel ist. Und jenseits davon wartet schon das von Rolf Disch und anderen entwickelte Plusenergiehaus, das mehr Energie (solar) erzeugt als es verbraucht. Auch die Beleuchtung, die Kleidung, das tägliche Brot, die Mobilität und die Vergnügungen lassen sich mit Bruchteilen der heutigen Ressourcen bereitstellen. Das ist der Kerninhalt des genannten Buches.

Fragt sich nur, warum dann so wenig in der Richtung geschieht. Nun, ganz so wenig geschieht gar nicht. Die LED-Beleuchtung ist rasant auf dem Vormarsch, das Passivhaus wird mehr und mehr zum Zielstandard, und dann haben wir noch den Siegeszug der erneuerbaren Energien, die uns eines Tages zumindest von Atomenergie und Kohle befreien können. Aber vorläufig wird noch jedes Gigawatt stillgelegter Atomkapazität durch entsprechende Kapazitäten neuer fossiler Kraftwerke ausgeglichen, – trotz steigender Angebote aus Wind, Sonne und Biogas. Und in den Entwicklungsländern beobachten wir erst recht einen rasenden Boom neuer Kohlekraftwerke. Kurz: es muss viel Dramatischeres geschehen, damit das Klima und die Natur nachhaltig geschützt werden.

Ursachenkette technologischer Revolutionen

Die Effizienzrevolution wird in der notwendigen Breite, also weltweit, erst dann zustande kommen, wenn unsere Gesellschaften endlich die Ursachenkette der Industriellen Revolution begreifen und dann für Energie und Ressourcen kopieren. Im Kern war die Ursachenkette der Industriellen Revolution das bereits skizzierte Ping-Pong zwischen Arbeitsproduktivität und höheren Löhnen. Dieses Ping-Pong wiederholte sich hunderte von Malen, in allen sich industrialisierenden Ländern der Welt. Und wer dabei schneller war als die Konkurrenz, hatte den Vorteil davon.

Natürlich gab es auf dem Weg viel Wehklagen, und es gab auch reale Verlierer. Viele Weber verloren bekanntlich ihren Job, als sich die mechanischen Webstühle durchsetzten. Viele Berufe, aus denen sich deutsche Nachnamen ableiten, wie Böttcher, Fischer, Krämer, Wagner und eben Weber, sind verschwunden, und andere wie Bauer, Bäcker, Schneider, Schreiner und Zimmermann schrumpften und änderten ihre Arbeitsinhalte. Die bürgerlichen Haushalte konnten sich bald keine Dienstboten und die Bauern keine Knechte mehr leisten und jammerten darüber. Aber ist das so schlimm gewesen? Hunderte anderer Berufe entstanden, und das Einkommensniveau stieg unaufhörlich.

Recht analog stelle ich mir nun die Strategie für die neue technische Revolution vor. Nur diesmal geht es um ein Ping-Pong zwischen Energieproduktivität und Energiepreisen. Wenn im Jahr 2011 die Autoflotte um, sagen wir, 2% sprit-effizienter wird, dann darf der Sprit 2012 um 2% teurer werden, ohne dass der gefahrene Kilometer teurer wird. Wenn man das System über die Autoflotte hinaus erweitert, dann finden auch strukturelle Substitutionen statt: Bahnen und Busse werden attraktiver, der Ausbau der Netze und der Flotte rentabler. Analog bei Heizung und Strom. Und dann können Banken und staatliche Mittel denjenigen unter die Arme greifen, die sich vorsorglich auf die Verteuerung einstellen und zu den frühen Gewinnern gehören möchten.

Auf einmal bekommt auch die Infrastrukturplanung ein ganz neues Gesicht. Man denkt wieder langfristig, beim Verkehr, bei Entsorgung und Versorgung, bei der Siedlungsplanung. Im Abfallbereich wird die Wiederverwendung von Metallen und anderen Rohstoffen zum großen Renner. Umgekehrt verstummt langsam das Gejammere, dass Europa zu wenig Rohstoffe habe.

Die Wirtschaft kann von dem sanften, langfristig zuverlässigen Preisauftrieb für die natürlichen Ressourcen ausgesprochen profitieren, zumindest in denjenigen Ländern, die diese Ressourcen bisher hauptsächlich im Ausland einzukaufen haben, also praktisch allen europäischen und ostasiatischen Ländern. Unsere tief sitzende Angst vor hohen Energiepreisen stammt aus der Erfahrung der Ölkrisen der 1970er Jahre und ab 2000. In diesen Perioden sind unseren Volkswirtschaften unsinnige Mengen Geldes entzogen worden, für den Einkauf von Öl und Gas und einigen anderen teuer gewordenen Ressourcen. Es war dieser Geldabfluss und nicht etwa der hohe Energiepreis als solcher, der die Wirtschaft in die Stagnation führte. Japan hat in den 1970er und 1980er Jahren aus Sorge vor seiner Energieimportabhängigkeit bei sich zu Hause die Energie künstlich viel teurer gemacht als in den konkurrierenden Industrieländern. Die Folge war ein beschleunigter Strukturwandel in Richtung Hochtechnologie und energieeffizienter Verkehrsstruktur, und am Ende von 15 Jahren Hochpreispolitik war Japan das technologisch wettbewerbsfähigste Land der Erde.

Steigender Preispfad praktisch gedacht

Will man die Energiepreise jedes Jahr im ungefähren Gleichschritt mit der Steigerung der Energieproduktivität anheben, dann muss man sich immer noch überlegen, wie das angesichts fluktuierender Weltmärkte zu organisieren ist. Die Grundidee ist ein langfristig festgelegter, nach oben gerichteter *Preiskorridor*, dessen Steigung alle paar Jahre nachjustiert wird, nach den statistisch dokumentierten Effizienzfortschritten. Innerhalb des Korridors kann es Marktschwankungen geben. Wenn der Marktpreis den Korridor nach unten verlassen würde, wird das durch zusätzliche Steuern verhindert. Wenn aber der Marktpreis nach oben durchbricht, würde der Staat durch entsprechende Steuersenkungen gegensteuern. In den Jahren von 2000 bis 2011 sind die Energiepreise ohne gezielte Staatseingriffe im Durchschnitt um etwa 3,5% jährlich angestiegen. In dieser Phase hätte also der Staat nach dem Korridormodell preisdämpfend eingreifen können und sollen.

Um soziale Verwerfungen zu vermeiden, kann der Staat auch einen Niedrigpreissockel pro Person garantieren, – weil ja der technische Fortschritt typischerweise bei den sozial Schwachen zeitlich später ankommt als bei den Begüterten. Und schließlich ist auch ein zeitweiliger Rabatt für die Industrie vorstellbar, oder eine Regel, dass die Energiesteuereinnahmen aus der energieintensiven Industrie in dieselbe zurückgespeist werden (z.B. proportional zur Zahl der Beschäftigten); dann verliert die Branche als solche kein Geld, aber der Anreiz zur Effizienzverbesserung bleibt voll erhalten. Man kann auch Strom, Treibstoffe und Heizenergie gesondert behandeln, um ungewünschte strukturelle Verschiebungen zu vermeiden oder zu verlangsamen. Aber keinesfalls soll man in den Fehler verfallen, nicht nachhaltige Strukturen auf Dauer zu subventionieren. Der Modernisierungsdruck soll überall spürbar sein.

Der Preispfad hat natürlich noch eine zweite Wirkung. Nicht nur die Technikentwicklung bekommt eine neue Richtung. Sondern auch die Zivilisation. Verschwendung und das Düsen

nach Teneriffa wird auf einmal verpönt und unschick. Eine Art der „Schrumpfung“ tritt ein, die aber nicht mehr die Wirtschaft dämpft, sondern nur den Naturverbrauch. Kultur, Bildung, Wissenschaft und ein zivilisiertes Miteinander werden wieder schick. Der „Rebound-Effekt“, der über Jahrhunderte alle Effizienzfortschritte wieder aufgefressen und überflügelt hat, würde endlich auslaufen. Auch diesen Phänomenen des Rebound-Effekts und der zivilisatorischen Reifung zur Genügsamkeit sind in dem genannten Buch eigene Kapitel gewidmet.

Außenpolitik

Deutschland ist keine Insel. Wenn man so etwas wie eine neue Industrielle Revolution anstoßen will, dann muss das weltweit Wirkung haben. Internationale Koordination wäre also dringend wünschenswert. Das heißt aber nicht, dass man mit Maßnahmen wie dem Preiskorridor auf das langsamste Schiff warten muss. Das ist ja die fabelhafte Lehre von Japan in den 1970er und 80er Jahren. Um die Entwicklungsländer rasch aufs Boot zu holen, kann man analog zum Kiotoprotokoll „flexible Mechanismen“ einführen, durch die sich europäische Unternehmen durch klimafreundliche Maßnahmen draußen in der Dritten Welt ein Stück weit ihrer Pflichten entledigen können. Man kann auch im Sinne des „Budgetansatzes“ des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) noch weiter gehen und jedem Land sein „Budget“ von Naturverbrauch zuordnen, – welches die alten Industrieländer schon fast aufgebraucht haben, so dass sie sich über den Markt neue Lizenzen einkaufen müssten. Dann wäre der Effizienzdruck auf einmal weltweit zu spüren, und Brasilianer und Chinesen wären darüber nicht einmal unglücklich.

Es gibt jedoch die „üblichen Verdächtigen“, die bei all dem nach menschlichem Ermessen nicht mitmachen, allen voran die USA, die unter der neuen geistigen Knechtschaft durch ihre „Tea Parties“ gelähmt sind. Doch auch das braucht uns Europäer nicht zu schrecken. Wenn es um ein weltweites Wettrennen um die Führerschaft bei den Technologien und Infrastrukturen für ein klimaverträgliches 21. Jahrhundert geht, schadet es den Pionieren überhaupt nichts, wenn sich einige große Länder als unbeweglich erweisen. Wäre ich Amerikaner, würde mir diese Langsamkeit viel mehr auf den Geist gehen.

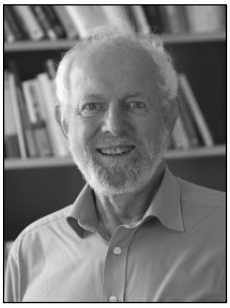
Ich gehe heute so weit, uns Europäern zu empfehlen, sich international mit China, Japan, Südkorea, Indien und einigen anderen zu verbünden, um die neue Industrielle Revolution voranzutreiben. Der Grundgedanke der strategischen Erhöhung der Energieeffizienz und des dazu gehörigen Preiskorridors ist übrigens zum ersten Mal im Rahmen des China Council entwickelt worden und hat in der chinesischen Führungsriege bei der Abfassung des 12. Fünfjahresplans bereits eine Rolle gespielt. Wenn sich Europa und die technologisch dynamischen Länder Asiens zusammentun, dann werden sich die Amerikaner die Augen reiben und kurz danach, unter Führung von Wallstreet-Strategen, ganz gefügsam mitmachen!

Dann hätte der Fortschritt endlich weltweit eine neue, nachhaltige Richtung bekommen!

Artikelherkunft

Weizsäcker, E. U. (2011): Fortschritt muss nachhaltig werden. In: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 9/2011.

Über den Autor



Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Jahrgang 1939, ist Ko-Präsident des International Ressource Panel der UNEP. Er hat Chemie und Physik studiert und war Professor für Biologie an der Universität Essen. Von 1991 bis 2000 war er Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie und von 1998 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sein Arbeitsschwerpunkt ist Ressourcenproduktivität.

Ökologische Modernisierung

Joseph Huber

Der Zins und das Wachstum

Die Wachstumsdebatte hat ihren Verdienst und ihre Notwendigkeit. Es gibt ökologische Grenzen des herkömmlichen industriellen Wachstums, und ihr Erreichen zwingt uns, die Industriegesellschaft ökologisch umzubauen, ökologisch zu modernisieren.

Wir wissen inzwischen, dass dabei gewisse Freiheitsgrade in der politischen Gestaltung bestehen, dass aber der Gesamtprozess als solcher nicht eine wählbare Option darstellt. Wir sind hier nur Teil von Prozessen gesellschaftlicher Entwicklung, die langfristig angelegten Bahnen folgen. Sie verlaufen in historischer Pfadabhängigkeit, eben im Rahmen der sog. industriellen Revolution, im Jahrhunderte überspannenden Übergang aus der traditionalen Gesellschaft in die moderne Gesellschaft, ein Übergang, der heute noch längst nicht abgeschlossen ist.

Im Gesamtbild ist klar, was wir absolvieren: den S-förmigen Pfad eines sog. organischen Wachstumsverlaufs – zuerst mit einem sich beschleunigenden Take-Off, danach mit einer abklingenden, sich verlangsamenden Dynamik. Betrachtet man hierbei die beiden Hauptindikatoren – das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftlichen Wachstumsraten – so ist der Wendepunkt in diesem S-förmigen Wachstumsverlauf in den fortgeschrittenen Industrieländern heute bereits erreicht und überschritten; dagegen in den neuindustriellen Ländern, in Schwellen- und Entwicklungsländern noch nicht. Insgesamt wird sich das Gesamtwachstum des modernen Weltsystems sicherlich noch ein weiteres Jahrhundert fortsetzen, wenn nicht länger; obschon – 'natürlich', 'organisch' – bei allmählich abnehmenden Wachstumsraten.

In diesem historischen Kontext, und damit komme ich zum eigentlichen Thema, sind die industrielle Entwicklung einerseits und die Entwicklung der Finanzwirtschaft andererseits eine untrennbare Verbindung eingegangen, eine regelrechte Symbiose – die Finanzwirtschaft als zinsgelenkte Kreditwirtschaft und Geldanlagewirtschaft, seit 400–500 Jahren fast durchweg in immer neuen Varianten eines Finanzkapitalismus.

So wenig man die weitere Industrieentwicklung einfach abschalten kann, sondern es darauf ankommt, sie ökologisch und sozial nachhaltig zu modernisieren, so wenig realistisch wäre es, die Zinswirtschaft per Dekret abstellen zu wollen. Auch hier kommt es darauf an, die Perspektive einer ökologisch und sozial verträglicheren Weiterentwicklung der modernen Finanzwirtschaft zu erschließen, die Perspektive einer monetären Modernisierung in Ergänzung einer industriellen ökologischen Modernisierung.

Zur Problematik von Zins und Wachstum

Die Frage, ob eine Zinswirtschaft auf lange Frist reibungslos funktionieren und dabei sozial und ökologisch verträglich sein könne, wird von der hergebrachten antikapitalistischen Zinskritik von vornherein kategorisch verneint. Die Zinskritik, bevor sie in den Marxismus und Anarchosyndikalismus wanderte, war schon immer fundamentalreligiöser Herkunft. Das traditionale Zinsverbot galt unter Juden ebenso wie im Christentum und im Islam.

Anarchosyndikalistische Zinskritiker nach Proudhon sahen in Zinsmargen einen Mechanismus der Ausbeutung, indem die Mittel dafür durch Abzweigung von Einkommen aus produktiver Arbeit aufgebracht werden, oder anders betrachtet, indem die Preise einen hohen Kapitalkostenanteil beinhalten. Das findet sich ähnlich bei Marx. Die Arbeit der Lohnabhängigen erzeuge von einer Produktionsstufe zur nächsten einen Mehrwert, der den Lohnabhängigen jedoch nur minimal zugutekomme, weil er von der Kapitalseite, also von Eigentümern und Fremdkapitalgebern, maximal abgeschöpft werde. Im Geldfluss-Modell nach C.H. Douglas (A+B Theorem) wird dem noch der Aspekt erweiterter Kreditaufnahme hinzugefügt. Der Zinseszinsmechanismus verlange Minderbezahlung der Arbeitnehmer und/oder eine erweiterte Geldbasis für weiteres Wirtschaftswachstum. Unter letzterem Aspekt sehen auch heutige Wachstumskritiker, mehr mit Blick auf ökologische als soziale Fragen, im Zinsmechanismus die Ursache des fortgesetzten Wachstumszwangs. Der ökonomische Mainstream wiederum betrachtet die Sache weiterhin nach Ricardo: Alle Erlöse speisen alle Arten von Einkommen, das heißt Arbeitseinkommen ebenso wie Zins- und Steuererträge, die alle wieder in verschiedenste Arten von Ausgaben fließen. Unter dem Einkommensaspekt wird die Sache als Verteilung thematisiert, unter dem Ausgabenaspekt als Allokation.

Wo immer man hier seine Position findet, fest steht, dass reale Einkommen aus der realwirtschaftlichen Produktivität fließen. Geld katalysiert die ökonomische Wertschöpfung, schafft selbst aber keinen Wert. Wenn Geld Geld kostet – und dies besagt die Definition des Zinses als dem Preis für geliehenes Geld – findet immer eine Abzweigung aus den laufenden Einkommen oder aus Vermögen der Schuldner zu den Inhabern der Forderungen statt. Oder die Zinszahlung speist sich aus Inflation und ist insoweit eine Illusion. Inflation entlastet die Schuldner auf Kosten der Gläubiger. Seit Beginn der industriellen Revolution haben reales und inflationäres Wachstum zugleich stattgefunden.

In einer stationären Wirtschaft können tributäre Zahlungen wie Steuern, Pachten und Zinsen aufgrund der durch sie stattfindenden Umverteilung von den Zahlungspflichtigen zu den Begünstigten soziale Verwerfungen hervorrufen. Das mag der Grund dafür gewesen sein, dass in allen traditionalen Kulturen der Zins als Wucher moralisch verachtet und vielfach auch gesetzlich in seiner Rate begrenzt oder ganz geächtet war (während Pachten und Steuern an die Obrigkeit davon ausgenommen und, bis heute, anders interpretiert wurden). Mit der Neuzeit und der Reformation, besonders dem Calvinismus, begann die Ächtung des Zinses sich aufzulösen. Fernhandel und industrielle Produktion benötigten kreditierte Vorfinanzierung in großem Stil und machten diese umgekehrt in großem Stil erst möglich. Kapitalismus und industrielles Wachstum sind sich gegenseitig dienlich gewesen. Mit der Vorfinanzierung der wachsenden Produktion wird auch der Zins vorfinanziert, der aus den gewachsenen Einkommen aufgebracht wird. Mit den Krediten und Einkommen von heute werden Zins und Tilgung für die Kredite von gestern mit bezahlt.

Von daher relativiert sich die Zinsproblematik solange eine Wachstumsdynamik und ein hohes Produktivitätsniveau vorherrschen. Das hohe Produktivitätsniveau gewährleistet, dass selbst bei hoher Kapital- und Staatsquote die verbleibenden Arbeitseinkommen, obwohl relativ gering, immer noch hoch genug ausfallen, dass die Erwerbstätigen sich damit begnügen. Gemessen am BIP würde ein deutscher Erwerbstätiger hypothetisch im Durchschnitt 61.000 Euro im Jahr verdienen. Zieht man davon 33 Prozent Kapitalquote und 46 Prozent Staatsquote ab, bleiben 22.000 Euro. Gewiss ist die Staatsquote, zumal als Sozialstaatsquote, nicht dasselbe wie die private Kapitalquote. Sie ist aber auch nichts völlig

anderes. Ob man, jenseits der unbedingten Hilfe für Bedürftige, mehr staatlich oder mehr privat finanziert, versichert und vorsorgt, ist eine klassische Optimierungsaufgabe.

Hinzu kommt ein gewisses Wachstum. Einkommenszuwächse mildern die Einkommensumverteilung durch Zins. Eine gleiche mildernde Wirkung hat die Inflation, die mit dem industriellen Wachstum bisher immer verbunden war. Dennoch verliert die Zinswirtschaft dadurch nicht ihr tendenziell desintegratives Umverteilungspotenzial. Sobald das Wachstum langfristig nachlässt, treten die sozio-ökonomischen Spaltungskräfte von Zins und Zinseszins wieder stärker hervor.

Man kann die wiederkehrenden Finanzkrisen als ungewollte Bestätigung dieses Sachverhalts verstehen. Es handelt sich dabei stets um Überkreditierungs- und Überschuldungskrisen (passivisch) bzw. Überinvestmentkrisen (aktivisch). Finanzwirtschaftliche Wertberichtigungen infolge von Kurseinbrüchen, Zahlungsausfällen und Konkursen bedeuten nichts anderes als dass die exponentielle Zins- und Wachstumsfunktion in der Realität abbricht, indem es in den Krisen immer wieder zur Vernichtung von Vermögen in großem Umfang, zu einer chaotisch-naturwüchsigen Selbstkorrektur der sich selbst steigernden Zins- und Wachstumsfunktion kommt. Was in der Bankersprache lapidar Wertberichtigung heißt, also Abschreibung von Forderungen und Verbindlichkeiten, bedeutet in der Realität existenzielle Brüche und soziale Verwerfungen.

Von daher kann es sein, dass man sich dereinst genötigt sehen wird, wenn die Wachstumsdynamik im modernen Weltsystem in weiterer Zukunft ausklingt, den Zins wieder an die Kandare zu legen. Die Frage ist nur, wie – durch Abschaffung des Zinses? oder durch eine Begrenzung der Zinssätze? oder durch eine Begrenzung der Zinsquote, das heißt eine Begrenzung der zu verzinsenden Geldvermögen im Verhältnis zu den Arbeitseinkommen oder zum Wirtschaftsprodukt?

Manche Ökonomen haben im Anschluss an das Walrasianische Gleichgewichtsmodell neoklassische Thesen entwickelt, deren Botschaft lautet, solche Fragen würden sich von selbst dadurch beantworten, dass der Zinsanteil, der eine unverdiente Vermögensübertragung darstellt, bei vollkommenem Marktwettbewerb gegen null streben müsse. Nur, in der wirklichen Welt gibt es keine vollkommenen Märkte so wenig es vollkommene Menschen gibt, stattdessen: Profitstreben und die große Marktmacht bestimmter Akteure, ihre maximalen Renditevorstellungen gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Rein theoretisch mag eine Konstellation denkbar sein, in der die Proportionen der Primär- und Sekundärverteilung über lange Zeit gleich bleiben und alle Wirtschaftsteilnehmer damit zurechtkommen und zufrieden sind. Das kann stetes Wachstum einschließen. Praktisch ist es jedoch so, dass bestimmte Akteure versuchen, ihren Einkommensanteil auf Kosten anderer zu steigern. In der Regel am längeren Hebel sitzen dabei Arbeitgeber gegenüber Arbeitnehmern, Banken und Finanzinvestoren gegenüber realwirtschaftlichen Akteuren, der Staat gegenüber allen. Davon gibt es historisch nur seltene Ausnahmen zugunsten der Arbeitseinkommen, auch für weniger qualifizierte Kräfte - eine war nach der großen Pest des 14. Jahrhunderts, eine andere im Wirtschaftswunder der 1960–70er Jahre.

Die überschießende Giralgeldschöpfung reproduziert hier ein altes Problem. Sie impliziert erhöhtes Wirtschaftswachstum, aber soweit das Wachstum hinter den Erwartungen

zurückbleibt und im Rahmen der bisherigen Verteilungsproportionen Zins und Tilgung nicht abzudecken vermag, muss die Arbeitseinkommensquote zugunsten der Vermögenseinkommensquote geschmälert werden und/oder es tritt Inflation und damit ein Kaufkraftverlust für alle und Kapitalwertverlust für die Vermögensbesitzer ein.

Die neuerliche Entgleisung der Vermögenseinkommen gegenüber den Arbeitseinkommen

Wie die Geldmenge, so wachsen auch die Geldvermögen überproportional zum Wirtschaftsprodukt. Die Geldvermögen wollen alle verzinst sein. Dafür müssen laufend Einkommen aus der Wertschöpfung abgezweigt werden, und zur Abwicklung dieser Zahlungen wird laufend Geld aus der realen Geldmenge benötigt. Was das Mackenroth-Theorem zur Finanzierung von Sozialleistungen feststellte, galt für Zinszahlungen ohnedies schon immer: Sie müssen aus dem laufenden Volkseinkommen aufgebracht werden. Oder durch erweiterten Kredit, der weitere künftige Einkommen antizipiert. Soweit die Mittel wieder angelegt werden (Prinzip Zinseszins) verschwinden sie aus M1 und müssen in neuerlich erweitertem Umfang durch neue Geldschöpfung (Kreditvergaben der Banken und Zentralbank) ersetzt werden. Das führt wiederum zu noch höheren Geldvermögen usw. Je mehr sich dieser Prozess vom realen Wachstum entfernt, wird er zu einem verbraucherpreis- und assetinflationären Kettenbrief (Ponzi scheme).

1992 betrug das Verhältnis der privaten Geldvermögen zum BIP noch 1,33, im Jahr 2008 bereits 1,95. Der Zuwachs der Vermögenseinkommen betrug bis 2007 jährlich zwischen 6–10 Prozent. Die Erwerbseinkommen entwickelten sich dagegen nur in einer Spanne zwischen -0,7–3,3 Prozent. Das findet seinen Niederschlag in der Lohn-Kapital-Quote der Primärverteilung, noch genauer in der Quote der Arbeitseinkommen zu den Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden). Die Arbeitsseinkommen beinhalten die Erwerbseinkünfte von Arbeitnehmern ebenso wie von Freiberuflern, Unternehmern und anderen Selbständigen. 1950 lagen die Arbeitseinkommen bei 83 Prozent, die Vermögenseinkommen bei 17 Prozent. Das blieb unter Schwankungen in etwa so bis Anfang der 1980er Jahre. Damals erreichte auch die Lohnquote mit 75:25 einen Höhepunkt. Seither, verstärkt seit 2000, hat ein gegenteiliger Trend zugunsten der Kapitalseite eingesetzt, der aktuell bei 63:37 angelangt ist. Parallel dazu ist die Quote der Vermögenseinkünfte von 17 auf heute 27 Prozent gestiegen.

Wenn die Geldvermögen überproportional zum BIP steigen, bedeutet dies, dass zugleich ein zunehmender Teil des BIP für den Kapitaldienst aufgewendet werden muss – rein theoretisch mit Grenzwert 100 Prozent BIP. Das wäre natürlich absurd und kann praktisch nicht im Entferntesten erreicht werden. Die Frage erhebt sich, an welcher Schwelle die Sache in Wirklichkeit beginnt, sich ad absurdum zu führen.

Zerrieben zwischen finanzmarktlichen Renditeforderungen und sozialstaatlichen Transferforderungen erodiert die wertschöpfende Erwerbstätigkeit. Der historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit war eine Überlebensnotwendigkeit. Aber aus der sozialen Marktwirtschaft ist etwas ungewolltes anderes geworden: eine nimmersatte Verzwitterung aus primärem Finanzmarktkapitalismus und sekundärem Verteilungssozialismus. Eine Rentiers- und Transfergesellschaft kann auf Dauer nicht bestehen. Sie muss sich korrigieren oder untergehen.

Ordnungspolitische Reformperspektiven: Vollgeld und Trennbanken

- Beendigung der überschießenden Giralgeldschöpfung und der kreditären Aufhebelung der Finanzmarktspekulation
- Beendigung des aktuellen Giralgeldregimes der Banken; Rückgewinnung der geld- und währungspolitischen Hoheit des Staates durch Übergang zu Vollgeld
- Vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel. Wie Münzen und Banknoten, und unbare Zahlungsreserven der Banken bei der Zentralbank für den Interbanken-Zahlungsverkehr. Vollgeld = unbares Zentralbankgeld auch im Publikumsgebrauch.

Vorteile:

- Volle Kontrolle der Geldmenge
- Zinsfreie Geldbasis
- Unterbindung der sich häufenden spekulativen Exzesse mit ihren realwirtschaftlich und sozial üblen Folgen
- Wegfall des Zins-Extragewinns der Banken aus der Giralgeldschöpfung
- Originäre Seigniorage zugunsten der öffentlichen Hand in voller Höhe
- Durch Übergangs-Extraseigniorage Möglichkeit des Abbaus der Staatsverschuldung ohne Heulen und Zähneklappern.

Das Leitbild der metabolischen Konsistenz

Das Leitbild der metabolischen Konsistenz ergänzt die Nachhaltigkeits-Strategien der konsumtiven Lebensstil-Suffizienz und der technischen Öko-Effizienz.

Der Suffizienz-Ansatz möchte das Verbrauchsniveau senken durch Übergang zu einem bescheideneren Lebensstil. Der Ansatz beruht auf einer idealistischen anstelle der vorherrschenden utilitaristischen Ethik. Von daher, ungeachtet seines moralischen Eigenwertes, ist der Suffizienz-Ansatz realer Politik kaum zugänglich. Außerdem vermag er zur Problemlösung faktisch nur wenig beizutragen. Halber Verbrauch unter gegebenen industrietraditionalen Produktionsbedingungen würde nur eine Verdopplung der ökologischen Galgenfrist bedeuten, davon abgesehen, dass die meisten Menschen halben Verbrauch (noch zu höheren Kosten) nicht akzeptieren.

Effizienzsteigerung vermag demgegenüber schon mehr zur Problemlösung beizutragen, aber doch weniger als unterstellt. Es macht wenig Sinn, Effizienzsteigerungen zu forcieren, denn es handelt sich um den quantitativen Aspekt der Lernkurve von technologischen Lebenszyklen, die ohnedies ihren Gang gehen (man kann einen Fluss nicht schieben). Effizienzsteigerung nach einem innovativen Take-Off erreicht bald ihren Grenznutzen; sie dient faktisch dem weiteren Systemwachstum durch Rebound-Effekte (Bumerang-Effekt),

nicht einer Systembegrenzung oder gar Schrumpfung; und sie kann außerdem Fortschritt am falschen Objekt bedeuten (Effizienzsteigerung von Kohle- und Atomkraftwerken, oder weitere Intensivierung der schon überintensivierten Landwirtschaft). So gesehen ist die Effizienz-Revolution teilweise auch reichlich konservativ, jedenfalls insofern sie an alten Technologien oder Produkten in ihrem Reifungs- und Erhaltungsstadium ansetzt, nicht aber an technologischen System- und Pfadwechseln.

Eben Letzteres tut das Leitbild der metabolischen Konsistenz (manchmal auch ökologische Konsistenz oder auch Öko-Effektivität genannt). Der Konsistenz-Ansatz zielt darauf ab, durch grundlegend neue Technologien, Produkte oder Praktiken die qualitative Seite des industriellen Metabolismus zu ändern.

Innovationstheoretisch betrachtet, liegt die Stoßrichtung des Konsistenz-Ansatzes nicht darin, an der Steigerung der Wirkungsgrade alter Technologien und Produktlinien zu arbeiten, als vielmehr, Strukturwandel (Pfadwechsel) zugunsten grundlegender Technik- und Produktinnovationen zu befördern, die darauf abzielen, die ökologische Qualität der industriegesellschaftlichen Stoff¬¬um-sätze so zu verändern, dass sie sich in den Naturstoffwechsel wieder besser einfügen. Als Beispiele dienen können Wasserstoff statt Kohlenstoff, Brennstoffzellen statt Öfen/Brennkammern, ökologischer Landbau, Präzisionslandwirtschaft, grüne Gentechnik, Stoff-Substitution bei Chemikalien, Farben/Lacken und sonstigen Materialien, Biotechnologie statt Hochtemperatur-/Hochdruck¬-Prozessen in der Chemie und Pharmazie, neue Materialien, chemikalienfreie Material- und Oberflächenbearbeitung durch Nanotechnologie, u.v.a.

Es geht in erster Linie nicht um weniger, als vielmehr um andere Arten der Ressourcen- und Senkennutzung, die auch in großen Volumina aufrechterhalten werden können. Das Erfordernis großer Volumina ergibt sich aus den großen Bevölkerungszahlen und eher höheren als geringeren Konsumanspruchsniveaus. Die Bezeichnung metabolische Konsistenz wurde gewählt zum einen in Anlehnung an die Konsistenzforderung des Nachhaltigkeitsleitbildes („to achieve trade, capital flows and technology that are more equitable and consistent with environmental imperatives“, wie es im Brundtland-Report heißt), zum anderen, um mit der Wortwahl den Diskurskontext mit Suffizienz und Effizienz zu verdeutlichen. Konsistenz stellt die Frage nach der qualitativen Beschaffenheit des industriellen Metabolismus.

Dem Konsistenz-Ansatz geht es nicht um weniger vom Gleichen, sondern um grundlegenden Strukturwandel im Rahmen einer ökologischen Modernisierung. Innovative Technologien und Praktiken, welche die metabolische Konsistenz verbessern, sind zusammen mit effizienzsteigernden Maßnahmen die wichtigsten Ansatzpunkte für eine Strategie ökologischer Modernisierung im Dienste der Zielsetzungen des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung. Suffizienz-Vorgaben vermögen dagegen weniger beizutragen.

Artikelherkunft

Auszug aus: Huber, J. (2011): Monetäre Modernisierung: Zur Zukunft der Geldordnung. Metropolis-Verlag, Marburg.

Über den Autor



Prof. Dr. rer. pol. Joseph Huber, Jahrgang 1948, ist Diplom-Sozialwissenschaftler und hat Sozialwissenschaften in Heidelberg und Bochum studiert. An der FU Berlin hat er in Politikwissenschaft habilitiert. Er ist heute ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität in Halle. Seine Schwerpunkte sind die Ökologische Modernisierung und die Reform der Geldordnung.

Kritik der Wachstumskritik

Zur Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung

Rainer Land

Heute ist es fast unstrittig, dass ein weiteres Wachstum des Verbrauchs von Primärenergie und Rohstoffen bzw. der Emissionen und Abprodukte früher oder später zu Zusammenbruch der Ökosysteme und damit auch der wirtschaftlichen Grundlage der Menschheit führen wird. Trotz wachsender Weltbevölkerung – prognostiziert sind etwa 9 Mrd. bis 2050 – müssen der Verbrauch an Primärenergie und Rohstoffen sowie die Emissionen (vor allem von C02) und Abprodukte absolut sinken, teilweise bis auf Null.

Ein drastischer Rückgang des Naturverbrauchs pro Kopf, Jahr für Jahr, über einen Zeitraum von 20 bis 50 Jahren, ein Rückgang, der deutlich größer sein muss als die Rate des Zuwachs der Weltbevölkerung, kann theoretisch auf drei miteinander kombinierbaren Wegen erreicht werden: Erstens durch Selbstbeschränkung, also dem Rückgang der Konsumtion pro Kopf, also auch realen Pro- Kopf-Einkommen. Zweitens durch Rückgang der höheren Pro-Kopf-Einkommen, also Abbau der Einkommensungleichheit, wobei das Sinken der höheren Einkommen nicht vollständig durch steigende Einkommen im unteren Einkommensbereich kompensiert werden dürfte. Angesichts der globalen Einkommensverteilung sind aber die Effekte dieser beiden Möglichkeiten viel zu gering. Eine Reduzierung der unteren Einkommen ist global gesehen undenkbar, die Reduzierung nur der hohen Einkommen würde aber nicht ausreichen, wie zu zeigen sein wird.

Trotzdem sind beide Wege wichtig. Eine gerechtere Verteilung der Einkommen ist ganz unmittelbar eine Komponente der Regulierung der Finanzmärkte und der Eindämmung selbstreferenzieller (spekulativer) Geldbewegungen mit negativen Effekten auf die Realwirtschaft. Zudem hätte die Beschränkung der Luxuskonsumtion auch direkte ökologische Einspareffekte. Ohne Beschränkung der Luxuskonsumtion ist zudem eine Selbstbeschränkung der Einkommens-Mittelschichten, die in den entwickelten Industrieländern den größten Teil der ökologischen Lasten verursachen, nicht zu erwarten. Allgemeine Selbstbeschränkung, vor allem dieser Bevölkerungsgruppen, beim Verbrauch von Konsumgütern – vor allem solchen mit hohen ökologischen Belastungen – ist wichtig, um eine Transformation der Konsumstrukturen durch Selbstveränderung des Verhaltens einzuleiten. Dabei kann es nicht darum gehen, emanzipatorische Voraussetzungen der Moderne wie Existenzsicherung, Teilhabe an Kommunikation, Bildung, Demokratie und Mobilität nicht weiter auszubauen bzw. denen zu verweigern, die daran (noch) nicht oder nur unzureichend partizipieren. Emanzipation, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Individualität haben eine ökonomische Grundlage, die durch einen ökosozialen Umbau nicht aufgegeben werden darf, sondern transformiert werden muss, und zwar so, dass sie mit einem Zugewinn an Verwirklichungschancen für die Individuen verbunden ist.

Die dritte und aus meiner Sicht einzig realistische Möglichkeit, erheblich und anhaltend Naturverbrauch zu reduzieren, ist ein Wechsel der Entwicklungspfades, des Innovationsregimes.

In der kapitalismuskritischen Diskussion, sofern sie von der Regulationstheorie beeinflusst ist, wird zumeist das Akkumulationsregime dargestellt, wobei dies in der Regel wachstumstheoretisch betrachtet wird.

In vielen wachstumskritischen Argumentationen wird dargestellt, dass der *Akkumulationstrieb* des Kapitals unbeschränkt, die Naturressourcen aber endlich sind. Möglichkeiten der Steigerung der Ressourceneffizienz werden in dieser wachstumstheoretischen Modellbildung ebenfalls als begrenzt betrachtet, weshalb eine Lösung der ökologischen Krise unter den Bedingungen der Dominanz von Kapitalverwertung nicht möglich sei.

Im Unterschied dazu vertrete ich eine andere wachstumskritische Position, in der gerade die Steigerung der Ressourceneffizienz als endloser Prozess gedacht wird, und zwar auf der Grundlage einer evolutorischen Wirtschaftstheorie nach Schumpeter. Hier wird das Innovationsregime einer Produktionsweise, die Art und Weise, Inventionen hervorzubringen, zu selektieren, zu rekombinieren und zu verbreiten (dies zusammen macht eine Innovation aus), zum Zentrum der theoretischen Modellierung und der Akkumulationsprozess, formell die Verwandlung von Mehrwert in Kapital, wird zu als nachgeordnete Folge von selektiv bestimmten Innovationsprozessen gedacht. Der Fokus der Regulation liegt dann nicht bei der Aneignung von Wert, Mehrwert und Lohn, sondern bei den Prozessen, die der Selektion von Innovationen und damit der Richtung der technologischen Veränderung von Produktion, Konsumtion, Infrastruktur, Lebensweisen und Sozialstrukturen zugrunde liegen. (Genau dies Vorgehen findet man übrigens auch in Marx' „Kapital", Abschnitt Produktion des relativen Mehrwerts).

Für die fordistische Variante der Kapitalverwertung, die regulationstheoretisch auf der Kombination von Massenproduktion und produktivitätsorientierter Lohnentwicklung beruhte, sind Innovationsprozesse typisch, die die Arbeitsproduktivität mittels positiver Skaleneffekte steigern. Sie sind weitgehend blind für Ressourceneffizienz.

Der einzuleitende Paradigmenwechsel bedarf einer positiven Rückkopplung zwischen sinkendem Naturverbrauch, steigenden Einkommen (mit natürlich qualitativ neuen Inhalten) und Kapitalverwertung, also eines Regulationssystems, das ressourcensteigernde Innovationen positiv selektiert – anstelle der Fokussierung auf Arbeitsproduktivität.

Ein verändertes Innovationsregime ist m.E. die letztlich tragfähige wissenschaftliche Grundlage für den Green New Deal, weil sie die qualitative Veränderung der Wirtschaftsweise ins Zentrum stellt. Man muss aus einer Wachstums- zu einer Entwicklungsperspektive übergehen, um die Voraussetzungen einer ökologischen Kapitalverwertungsökonomie zu verstehen.

Es geht dann nicht mehr darum, gegebene Produktions- und Konsumtionsweisen durch singuläre Innovationen punktuell effektiver zu machen – etwa den Dieselmotor durch ein anderes Einspritzverfahren mit weniger Treibstoff oder durch einen Rußfilter mit weniger Emissionen zu fahren. (Obwohl dies im Übergang durchaus vernünftig sein kann, löst es das eigentliche Problem nicht.) Einzelne Innovationen verändern Produktionsweisen immer nur im Rahmen gegebener Selektionskriterien, ändern also weder die Bedürfnisstrukturen noch die verwertungsrelevanten Selektionskriterien. Jede Einsparung von Ressourcen wird dann durch Rebound-Effekte des alten Wachstumstyps aufgefressen und die volkswirtschaftliche

Ressourceneffizienz steigt nicht bzw. zu langsam, langsamer als das preisbereinigte BIP. Ein Green New Deal erfordert nicht (nur) viele einzelne Innovationen zur Substitution bzw. Reduzierung von Naturressourcen, sondern einen Wechsel des Innovationsregimes. Green New Deal bedeutet Veränderung der Selektionskriterien und Veränderung der Entwicklungsrichtung der laufenden technologischen und sozioökonomischen Veränderungen, eine andere Richtung auch des sozialen Wandels. Grundlage des Konzepts des Green New Deal ist Umweltkompatibilität oder auch Umweltkonsistenz als Selektionskriterium für Innovationen. Mit einer Transformation des Innovationsregimes werden die absolute Senkung des Naturverbrauchs und die Erhaltung der Ökosysteme als Komponente des umweltkompatiblen Umbaus der Industrien, der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Infrastrukturen und der Produktions- und Lebensweisen gedacht. Auf dieser Basis sind wirtschaftliche Entwicklung und Ökologie vereinbar – und zwar auch mit steigenden Masseneinkommen, bei freilich anderen Inhalten und mit anderen Konsumgütern.

Kritik der Wachstumskritik ist keine Pro-Wachstums-Position!

Kritik der Wachstumskritik bedeutet keinesfalls, dass das Gegenteil, also eine Pro-Wachstums-Position richtig wäre. Kritik (in einem philosophischen Sinne) bedeutet vielmehr zu zeigen, dass eine Position einen blinden Fleck hat, die Welt an irgendeiner wichtigen Stelle verkehrt sieht, weil sie auf der nicht reflektierten Verdinglichung von prozessualen Vorgängen beruht[1], also den wesentlichen Zusammenhang nicht durchschaut. Dies gilt nun sowohl für das Wachstumsdenken, sowohl für die Wachstumsideologie als auch für die volkswirtschaftlichen wissenschaftlichen Wachstumstheorien, als auch für die Wachstumskritik, und auch da sowohl für die ideologische wie auch für die wissenschaftliche Variante. Verdinglichung und blinder Fleck besagen aber auch, dass an der jeweiligen Position auch „was Richtiges dran ist“. Nur man weiß eben nicht genau, was – weshalb sich Wachstumskritik und Pro-Wachstumsdenken wie Glaubensartikel gegenüber stehen und es den Anschein hat, als ginge es um normative Positionen.

Der hinter Wachstum (oder auch Nichtwachstum, Schrumpfung, negativem Wachstum) stehende wesentliche Zusammenhang aber ist Entwicklung. Entwicklung ist Veränderung überhaupt, Veränderung von Prozessen, die in den Prozessen entstehenden und vergehenden Dinge (Produktionsmittel und Produkte) eingeschlossen (es gibt keine Prozesse ohne Dinge). Wirtschaftswachstum ist immer Ausdruck (Erscheinung) von wirtschaftlicher Entwicklung, und wenn man verschiedene Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozesse verstehen will, muss man versuchen, die ihnen zugrunde liegenden Entwicklungen zu analysieren, also die Prozesse ergründen, die den wachsenden oder schrumpfenden Dingen (BIP, Sozialprodukt, Ressourcen, Einkommen usw.) zugrunde liegen.

Zunächst geht es darum zu verstehen, dass es nicht **die** Wachstums-, Nullwachstums- oder Schrumpfungsökonomie gibt, sondern dass es immer eine Vielzahl von unterschiedlichen Input- und Output-Komponenten sind (Rohstoffe, Energie, Boden, Arbeit, Produktionsmittel, Konsumtionsmittel, Abprodukte, Emissionen), die in durchaus verschiedenen Relationen wachsen oder schrumpfen können. Die Fokussierung auf das BIP als dem alleinigen Indikator

[1] Was bei Messungen (Quantifizierungen) typischer Weise der Fall sein muss, in der Regel aber nicht durchschaut wird – und Wirtschaftswachstum hat viel mit Messen zu tun.

für Wachstum oder Schrumpfung ist falsch! Ein steigendes oder sinkendes BIP kann Ausdruck sehr verschiedener Faktorkombinationen und auch unterschiedlicher ökologischer Folgen sein. Um diesen Zusammenhang zu skizzieren, am Ende des Textes eine Tabelle, die verschiedene Innovationregimes mit verschiedenen Wachstumstypen in Beziehung setzt – allerdings auf eine vereinfachte Weise.

Worum es derzeit geht, ist also nicht die Frage nach einer Post-Wachstumsökonomie, sondern nach einem Regime wirtschaftlicher Entwicklung, bei dem der Naturverbrauch (Rohstoffe, Primärenergie, Emissionen, Deponien, Bodennutzung) nicht nur nicht mehr wächst, sondern absolut sinkt!

Sinkende Ressourcenaufwendungen können durchaus einhergehen mit einem global wachsenden Aufkommen an Arbeit (da die Weltbevölkerung wächst und die Arbeitslosigkeit in vielen Regionen sehr hoch ist) und es kann und sollte auch einhergehen mit wachsenden Einkommenssaldo der Bevölkerung (vor allem der Masseneinkommen im unteren Einkommensbereich) und einem sich strukturell verändernden BIP, das in einigen Komponenten stark schrumpfen muss, z.B. in den Rohstoffindustrien und bei umweltbelastenden Konsumgütern, in anderen aber stark wachsen soll, zum Beispiel bei erneuerbaren Energien, in den Branchen, die mit Stoffkreisläufen oder dem Aufbau umweltkompatible Trink- und Abwassersysteme zu tun haben oder qualitativ neue, umweltkompatible Konsumgüter für eine wachsende Weltbevölkerung herstellen müssen. Wachsen müssen aber auch Forschung und Entwicklung, die Wissenschaft, Bildung und Kultur. Ob dann rechnerisch per Saldo ein schrumpfendes oder ein wachsendes BIP herauskommt, ist kein inhaltliches, sondern ein Messproblem (wie ist die Quantität eines sich qualitativ verändernden BIPs zu messen!, vgl. Land 2010: 26ff). Die Forderung nach einem schrumpfenden BIP ist analytisch wertlos, wenn man nicht hinzufügt, welche Komponenten des BIP schrumpfen und welche wachsen. Dass alle Komponenten auf dem gleichen Niveau stagnieren oder gleichmäßig schrumpfen, wäre ein (entwicklungsloser) Idealtyp, der praktisch nicht vorkommen kann, weil der vollkommene Ausschluss jeder Innovation, jeder Veränderung vorauszusetzen wäre.

Die Forderung nach einem stagnierenden oder schrumpfenden BIP-Saldo ist aber auch politisch unsinnig, weil praktisch unvereinbar mit einer wachsenden Weltbevölkerung. Zudem würde kein einziges der Umweltprobleme gelöst, weil eine entwicklungslose Ökonomie außerstande wäre, neue umweltkompatible Verfahren und Produkte zu entwickeln und alte abzulösen.

In Wirklichkeit geht es also um eine präzise Darstellung der Komponenten, die schrumpfen, ggf. vollständig substituiert werden müssen, und derjenigen, die ggf. wachsen sollen oder können. In Wirklichkeit geht es also vor allem um ein qualitatives Szenarium wirtschaftlicher Entwicklung, das letztendlich nicht durch reine Größenüberlegungen beschrieben werden kann.

Wie kann der Wandel zu einem neuen Innovationsregime gedacht werden?

Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst die historischen Umbrüche analysieren, in denen neue Innovationsregime entstanden sind. Der am besten dokumentierte Fall ist sicher die Entstehung des fordistischen Teilhabekapitalismus. Ausgangspunkt war die Weltwirtschaftskrise und -depression 1929-1937, für die Herausbildung dieses neuen

Innovationsregimes spielten mehrere Voraussetzungen eine Rolle, z.B. die industrielle Massenproduktion (vor allem in der Rüstungsindustrie des 1. Weltkrieg entstanden), das Kreditgeld, die Organisationsformen der Kapitalgesellschaften (AG, Konzerne) und viele mehr. Der eigentliche Auftakt war der New Deal (als Versuch der Krisenbewältigung in den USA) in Kombination mit dem Kriegseintritt der USA und dem dadurch ausgelösten Wirtschaftsboom, der vor allem ein *Konsumwunder* war. Global hat sich dieses Wirtschaftsregime nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Dominanz der USA nach Europa, Japan, Asien und Lateinamerika ausgedehnt; es gelangte m.E. in den 1970er Jahren an immanente Entwicklungsgrenzen, die bis heute nicht überwunden sind und die Ursache einer anhaltenden allgemeinen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft sind.

Der Blick auf diese Geschichte zeigt m.E. dreierlei:

1. Das neue Regime wirtschaftlicher Entwicklung entstand, weil das bestehende alte an Entwicklungsgrenzen geraten war, die im und nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Dauerkrise des Reproduktionssystems geführt hatten, weil die Strategien der industriellen Expansion des späten 19. Jahrhunderts nicht mehr funktionieren konnten. Die Widersprüche und Grenzen des alten Reproduktionssystems sind von Rosa Luxemburg m.E. korrekt analysiert bzw. in der Debatte um die *Akkumulation des Kapitals* am Anfang des 20. Jahrhunderts diskutiert worden, an der sich unter vielen anderen auch Lenin und Bucharin (mit Gegenthesen) beteiligten. Ohne Krise kein Umbruch, keine Entstehung eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung. Man kann aber an den Krisenanalysen der Zeit sehen, dass es zwar recht gute Analysen gab, aber kaum zutreffende Prognosen des später entstandenen Auswegs. Der Zusammenbruch des Kapitalismus war jedenfalls eine falsche Schlussfolgerung aus der weitgehend richtigen Analyse Luxemburgs. Die grundsätzliche Idee, einen Kapitalismus zu denken, bei der das Akkumulationsproblem durch Einkommenssteigerung der Lohnarbeiter gelöst wird, lehnte sie selbstverständlich ab, aber es gab diese Idee natürlich bei den sozialdemokratischen Reformisten, allerdings war sie zu simpel gedacht, wissenschaftlich eher marginalisiert und sie wurde insbesondere von Marxisten weitgehend abgelehnt. Jedenfalls bleibt festzuhalten, dass das neue Regime wirtschaftlicher Entwicklung nicht als Umsetzung eines in der Krise entstandenen Konzepts entstand, sondern in ca. 30 Umbruchsjahren vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1918 bis 1949) in sozialen Auseinandersetzungen entstand, ohne dass irgendeiner der einzelnen Akteure als Gründer angesehen werden könnte.

2. Ein neues Regime wirtschaftlicher Entwicklung entsteht durch das Zusammen- und Gegeneinanderwirken einer Vielzahl sozialer Bewegungen und Akteure. In diesem Fall waren die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung mit dem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen besonders wichtig – neben den Auseinandersetzungen rivalisierender Fraktionen der Bourgeoisie um Boden, Rohstoffe, Absatzmärkte, die Kämpfe der Nationalstaaten um Dominanz im Weltmarkt, aber auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Demokraten und den Republikanern in den USA um die richtige Strategie der Krisenbewältigung. Nicht zuletzt spielten auch differente Strategien der Notenbanken (z.B. Deutsche Reichsbank) sowie wissenschaftliche Entwicklungen – Keynes insbesondere – eine Rolle. Die Auseinandersetzungen der 20er und 30er Jahre sind somit als soziale Suchprozesse zu verstehen, in denen alle möglichen Akteure versuchten, Spielregeln zu ändern, Ressourcen zu mobilisieren, bestimmte institutionelle Innovationen gegen andere durchzusetzen. In einem unüberschaubaren Prozess institutionellen und

kulturellen Experimentierens entstanden und vergingen soziale Innovationen, wurden rekombiniert, verworfen und verteidigt. Entscheidend aber wurden einige wenige sozioökonomische Basisinnovationen, die dann Ausgangspunkt einer selektiven Rekombination der Vielzahl weiterer sozioökonomischer Veränderungen institutioneller wie kultureller Art werden konnten. Damit wurde – etwa 1938 in den USA – der Übergang aus dem Umbruch als Phase der divergenten Suchprozesse mit überwiegenden Auflösungserscheinungen – in eine neue Systembildung mit überwiegenden Rekombinationseffekten eingeleitet. Welches waren diese systemkonstitutiven sozioökonomischen Basisinnovationen? M.E. drei:

- Die Zulassung der Gewerkschaften, die Sicherung von Mindestlöhnen und die Schaffung eines Kräfte- und Regelsystems, was die Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung koppelte.

- Die strikte Regulierung der Finanzmärkte und die Schaffung eines funktionierenden staatlich kontrollierten Kreditgeldsystems.

- Die Regulierung des Weltfinanz- und Welthandelssystems (Bretton Woods usw.).

Viele weitere Elemente kommen hinzu, aber dies scheinen mir die konstitutiven zu sein, die alle weiteren sozioökonomischen Innovationen, teilweise auch früher entstandene, wie die Organisationsformen der Massenproduktion, in eine neue Ordnung und einen Funktionszusammenhang bringen. Erst diese Rekombinationen stabilisieren ein neues Regime wirtschaftlicher Entwicklung und etablieren den dazu gehörigen Innovationstyp, der ja eigentlich ein Verfahren der *Selektion* potenzieller Innovationen darstellt.

Es bleibt hervorzuheben, dass der in den Auseinandersetzungen entstehende neue Typ wirtschaftlicher Entwicklung in Krise, Umbruch und Kämpfen *erschaffen, erfunden, konstruiert wird*, also nicht schon vorher angelegt ist. Wie in allen Evolutionsprozessen geschieht dies durch Rekombination positiv selektierter Variationen, wenn diese Rekombinationen selbst funktionierende Wege aus der Krise darstellen und daher positiv verstärkt werden. In diesem Sinne handelt es sich bei dem neuen Regime um eine **Fundsache** im Sinne der Regulationstheorie (verstanden als erfunden, nicht um gefunden im Sinne von in der Krise schon angelegt). Daraus folgt, dass es zumindest möglich gewesen wäre, dass auch andere Entwicklungsregime[2] als Auswege aus der Krise entstanden wären.

3. Erst neue bzw. veränderte Institutionen, ein neues Institutionensystem, etablieren ein neues Regime wirtschaftlicher Entwicklung. Das neue Regime wirtschaftlicher Entwicklung stabilisiert sich durch Institutionen (z.B. die Institutionen, die an der Lohnregulation beteiligt sind oder die Finanzmärkte und ihr Verhältnis zur Realwirtschaft regeln oder solche, die die schnell expandierenden Verbrauchermärkte betreffen) und die kulturelle Praxis der Bevölkerung, also die Präferenzen, Verhaltensmuster aber auch die speziellen Ressourcen und das Wissen, dass zu einer funktionierenden fordistischen Erwerbsarbeits- und Konsumgesellschaft gehören. Dieser Prozess wird erst in den 1950er Jahren abgeschlossen. Entscheidend bei der Etablierung dieses neuen Entwicklungsregimes aber war, dass der

[2] Art und Weise, wie Veränderungen erzeugt, selektiert, rekombiniert und stabilisiert werden.

Erfolg der neuen Regulationsweise nach dem einmal in Gang gekommenen Auftakt – also nach 1938 – bald alle Erwartungen übertraf und alle Alternativen marginalisierte. Der amerikanische *Way of Life* beherrschte für die nächsten 30 Jahre das Geschehen und er blieb auch nach der in den 1970er Jahre beginnenden Krise bis heute das global dominierende Kulturmuster.

Krise, Kämpfe, sozioökonomische Suchprozesse mit selektiver Rekombination von institutionellen und kulturellen Innovationen und schließlich evolutionäre Institutionenbildung und kultureller Wandel sind die Momente, mit denen der Übergang zu einem neuen Regime wirtschaftlicher Entwicklung, einem neuen Innovationsregime, gedacht werden können.

Was sind die institutionellen und sozialen Voraussetzungen?

Die institutionellen Konfigurationen eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung lassen sich heute nicht prognostizieren – es ist ja auch durchaus offen, ob es zur Konstituierung eines neuen, auf Zeit wieder funktionsfähigen Regimes kommt oder ob die Menschheit mit den ungelösten Problemen des alten Reproduktionstyps recht und schlecht klarkommen muss und daran ggf. zugrunde gehen wird.

Man kann aber sagen, welche Problemkreise im Zuge des Auftakts zu einem neuen Entwicklungsregime zu lösen wären:

a) Selektionskriterien für eine umweltkompatible Entwicklungsrichtung. Das Kernproblem des fordistischen Entwicklungstyps war und ist, dass die Tragfähigkeitsgrenzen der Naturressourcen institutionell nicht geltend gemacht werden, es daher also nicht zu einer ausdrücklichen Selektion umweltkompatibler Produkt- und Verfahrensinnovationen kommt. Für einen neuen Innovationstyp ist es erforderlich, nicht umweltkompatible Entwicklungen strikt auszuschließen. Dies bedeutet, die Nutzung bestimmter Naturressourcen, vor allem nicht erneuerbarer, grundsätzlich auszuschließen oder deutlich unter der Tragfähigkeitsgrenze zu limitieren, Stoffkreisläufe vorzuschreiben, die Erzeugung in der Natur nicht vorkommender Chemikalien zu verbieten, zu kontrollieren usw. Dies betrifft alle Ressourcen, also Rohstoffe, Primärenergie, Emissionen und Abprodukte.

Das sozioökonomische Problem, das dabei zu lösen ist, betrifft die Nutzung von Allmende, also Ressourcen, die an sich nur der Allgemeinheit gehören können und die nachhaltig bewirtschaftet werden müssen. Zugleich aber muss ihre Nutzung den Individuen zum freien lebensweltlichen Gebrauch wie auch den wirtschaftlichen Akteuren (den Unternehmen) zur freien aber kontrollieren, wirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Die kontrollierte Nutzung und der Ausschluss des nicht umweltkompatiblen Gebrauchs von Naturressourcen ist also zugleich als Problem der Reproduktion von Gemeingütern vermittels ihrer Transformation in private Nutzungsrechte zu denken. Hier besteht das

eigentliche sozialökonomisch Neue[3]. Grundsätzlich ist das Problem praktisch unverstanden und ungelöst, auch wenn es Ansätze gibt, und zwar im Umweltrecht, den Zulassungsverfahren, der Emission und Bezahlung von Nutzungsrechten. Grundsätzlich wäre ein System der Bewirtschaftung von Naturressourcen erforderlich, das je nach Sachlage globale, regionale und lokale Komponenten haben muss und das man analog zu dem regulierten Finanzsystem der Nachkriegszeit schaffen müßte. An anderer Stelle gibt es dafür die Modellhafte Vorstellung eines Kreislaufs des Ökokapitals. Analog zum Kreislauf der Lohnarbeit und dem Kreislauf des fixen Kapitals (der Produktionsmittel) wäre dies ein theoretisches Modell, die Reproduktion von Naturressourcen als reguliertem Kreislauf zu denken.

b) das zweite im fordistischen Entwicklungstyp ungelöste Problem betrifft das Verhältnis zwischen entwickelten kapitalistischen Wirtschaften zu ihrer nicht kapitalistischen wirtschaftlichen Umgebung. Es ist klar, dass die monopolisierte Nutzung der Naturressourcen und die Dominanz der Regulation der Weltwirtschaft durch die USA und die anderen entwickelten Länder eine nachholende Entwicklung zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen hat, aber per Saldo die soziale Erosion in einem erheblichen Teil der Erde zur Folge hat. Angesichts der globalen Umweltprobleme ist eine nachholende Entwicklung auf dem inzwischen in einer existenziellen Krise befindlichen fordistischen Entwicklungspfad ganz ausgeschlossen. Die Re-Organisation eines neuen auf Zeit wieder funktionsfähigen Institutionensystems muss also nicht nur eine umweltkompatible Innovationsrichtung und nicht nur die Reproduktion der Allmende durch private Nutzungsrechte funktionsfähig regulieren, sie muss dies auch auf eine Weise tun, die zu einer wirtschaftlich und sozial stabilen, umweltkompatiblen Art nachholender Entwicklung in der sogenannten dritten Welt möglich macht. Auch dieses Problem ist nur teilweise begriffen und weitgehend ungelöst.

c) Das dritte zu lösende Problem betrifft den Modus sozialer Entwicklung der Individuen, also die Frage, wie frei individuelle Entwicklung mit einer umweltkompatiblen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden werden kann. Der fordistische Teilhabekapitalismus hat mit der Kopplung von Produktivität und Lohn, von Massenproduktion und Massenkonsumtion historisch erstmalig dazu geführt, dass eine große Zahl von Individuen über mehr Ressourcen frei verfügen konnte, als zur bloßen Reproduktion ihrer Arbeitskraft erforderlich waren. Erstmalig entstand ein Fonds zur Entwicklung von Individualität, der nicht mehr nur auf wenige privilegierte Klassen beschränkt war. Diese Art sozialer Entwicklung, die spezielle Art der teilhabe durch Konsum und Schutzrechte war selbst noch borniert (schloss z.B. die demokratische Entscheidung über die Innovationsprozesse, also über die inhaltlichen Entwicklungsrichtungen des Konsums und der Infrastruktur weitgehend aus. Ihre Grundlage eine *nicht* umweltkompatible Industrieentwicklung. Wenn der Rückschritt in einer Wirtschaftsweise individueller Stagnation ebenso wenig denkbar ist wie das Festhalten am Massenkonsum, muss eine neue Antwort auf die Frage gefunden werden,

[3] Dieses Problem würde nur dann nicht bestehen, wenn alle Produktion gemeinschaftlich kontrolliert würde, also keine freie unternehmerische Nutzung von Naturressourcen erfolgen kann. Dies ist aber m.E. eine Scheinlösung, wie an anderer Stelle ausgeführt wird. Denn entweder sind auch sozialistische Betriebe unternehmerisch im Rahmen allgemeiner Spielregeln frei – dann besteht das Problem auch. Oder sie sind unselbständige Glieder des Staates als Gesamtbetrieb – dann gibt es m.E. gar keine evolvierende Wirtschaft und die Kontrolle der Naturressourcen hinge von den Interessen der herrschenden Staatswirtschaftsoligarchie ab.

wie eine dynamisch sich entwickelnde Wirtschaft mit schnell sinkendem Ressourcenverbrauch zugleich wachsende Spielräume freier Individualitätsentwicklung außerhalb der Konsumgesellschaft schaffen kann. Auch dafür müssen die Lösungen erst noch gefunden werden. Es gibt zwar Ansätze (Selbstverwirklichung, Selbstentwicklung in zunehmender und qualitativ anspruchsvoller Eigenarbeit), aber kaum regulative Ansätze – Kombinationen von Erwerbs- und Grundeinkommen könnten dahin führen.

Ein regulierter Kreislauf der Ökoressourcen, eine neue Regulation individueller Einkommensverfügung und Lebensgestaltung sowie ein neuer Ansatz für nachholende Entwicklung, von vornherein nicht auf dem alten, sondern auf einem neuen industriellen Entwicklungspfad, das wären die Themenkreise, in denen nach institutionellen und sozialen Voraussetzungen zu suchen wäre.

Handelt es sich bei dem neuen Innovationsmodell auch sozial um eine win-win-Konstellation bzw. wie wird soziale Gleichheit in diesem Modell gedacht?

Bezogen auf den fordistischen Teilhabemodus ist ein neues Innovationsmodell kontraproduktiv, d.h. die Teilhabe durch wachsenden Konsum ist nicht ohne Weiteres mit einem ökologischen Entwicklungspfad vereinbar.

Andererseits ist aber auch klar, dass die sozialökonomischen und politischen Bedingungen und die massenhafte öffentliche Unterstützung für einen ökologischen Entwicklungspfad nur hergestellt werden können, wenn die Bevölkerungsmehrheit Verbesserungen ihrer sozialen Lage und Chancen für ihre individuelle Entwicklung damit verbinden kann.

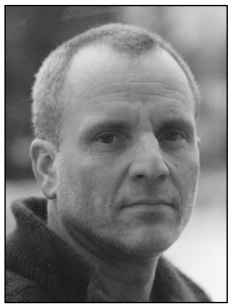
Daraus folgt, dass die soziale Konstruktion eines ökologischen Entwicklungspfades eine neue Antwort auf die Frage nach dem sozialen Fortschritt geben muss – eine Antwort, die in gewisser Weise auf den Modus des fordistischen Teilhabekapitalismus aufbaut und ihn zugleich aufhebt. Damit werden sich auch das Muster sozialer Gleichheit und der Zusammenhang von sozialer Gleichheit bei wachsender Individualität verändern.

Die Lösungen für dieses Problem ist eine der zentralen Fragen der gegenwärtigen Gesellschaftstransformation, aber die Antwort kann man nicht wissenschaftlich deduzieren, sie muss in sozialen Kämpfen und Suchprozessen erfunden werden. Klar ist aus meiner Sicht, dass nur eine Lösung durchsetzbar ist, die eine neue ökologische Produktionsweise zugleich als sozialen Fortschritt neuer Art verwirklicht, in den die bisherigen Entwicklungsländer voll einbezogen werden müssen. Die Kopplung des ökologischen und des sozialen Aspekts wird der Schlüssel für Erfolg oder Misserfolg sein.

Artikelherkunft

Auszug aus: Land, R. (2011): Kritik der Wachstumskritik. Zur Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung. Beitrag zu Momentum 2011, Track 1: Öko-soziale Globalisierung. Ergänzende Antworten zu Nachfragen. Oktober 2011, Hallstatt

Über den Autor



Dr. sc. Rainer Land, Jahrgang 1952, ist Rinderzüchter, Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler Er lehrt und forscht an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Kabul. Rainer Land ist 2. Vorsitzender und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut e.V. in Bollewick und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Nachhaltige Entwicklung in Güstrow. Seine Themenschwerpunkte sind Bausteine zu einer evolutorischen Sozialökonomik der Moderne, industriesoziologische Themen, Umbruch der sozialökonomischen Entwicklung, neue soziale Problemlagen, kreative Akteuren im Umbruch, Umbruch des Produktivkraft- und Energiesystems sowie Funktions- und Strukturwandel der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raums.

Stoffkreisläufe – Von der Wiege zur Wiege

Michael Braungart

Die Natur funktioniert nach einem System von Nährstoffen und Metabolismen, in dem kein Abfall vorkommt. Ein Kirschbaum produziert viele Blüten und Früchte, damit (vielleicht) ein neuer Baum keimen und wachsen kann. Aus diesem Grund blüht der Baum. Aber der Überfluss an Blüten ist keineswegs wertlos. Die Blüten fallen zu Boden, zersetzen sich, ernähren zahlreiche Organismen und Mikroorganismen und verbessern die Bodenbeschaffenheit. Überall auf der Welt atmen Tiere und Menschen Kohlendioxid aus, das die Pflanzen aufnehmen und für ihr Wachstum nutzen. Stickstoff aus den Abfällen wird von Mikroorganismen, Tieren und Pflanzen in Protein umgewandelt. Pferde fressen Gras und produzieren Dung, der den Fliegenlarven Nester und Nahrung zugleich bietet. Die wichtigsten Nährstoffe der Erde Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff, Stickstoff – durchlaufen einen Kreislauf und werden immer wieder verwendet. Abfall ist so wieder Nahrung.

Dieses zyklische biologische System, *von der Wiege zur Wiege*, lässt seit Jahrmillionen einen Planeten mit einer prächtigen Vielfalt gedeihen. Bis in die jüngste Vergangenheit der Erdgeschichte gab es nur dieses eine System, und jedes Lebewesen des Planeten war ein Teil davon. Wachstum war gut. Wachstum hieß mehr Bäume, mehr Arten, eine größere Vielfalt und komplexere, widerstandsfähigere Ökosysteme. Mit dem Aufkommen der Industrie hat sich das natürliche Gleichgewicht der Materialien auf dem Planeten verschoben. Der Mensch nimmt sich Substanzen von der Erdoberfläche oder aus der Erdkruste und bereitet sie auf, ändert und synthetisiert sie zu riesigen Mengen von Material, das dem Boden nicht wieder gefahrlos zugeführt werden kann. Heute kann man die auf der Erde vorhandenen Materialströme zwei Kategorien zuordnen: Biomasse und technische Masse – letztere gleichbedeutend mit Industriemasse.

Von unserem Blickwinkel aus betrachtet, handelt es sich bei diesen bei den Materialströmen einfach um *biologische* und *technische Nährstoffe*. Biologische Nährstoffe sind wertvoll für die Biosphäre, während technische Nährstoffe wertvoll für das sind, was wir *Technosphäre* nennen, die Systeme industrieller Prozesse. Doch irgendwie haben wir eine industrielle Infrastruktur entstehen lassen, die keiner dieser beiden Arten von Nährstoffen Beachtung schenkt.

Aus *von der Wiege zur Wiege* wurde *von der Wiege bis zur Bahre*: unsere Menschheitsgeschichte als Nährstoffgeschichte

Vor der Entstehung von Ackerbaukulturen zogen Nomadenvölker auf der Suche nach Nahrung von Weideort zu Weideort. Sie konnten nur wenig Gepäck mitnehmen, daher besaßen sie nicht viel – einige Schmuckstücke und Werkzeug, Säcke und Kleidung aus Tierhäuten, Körbe für Wurzeln und Samen. Wenn man diese Dinge, die aus vor Ort gefundenen Materialien hergestellt wurden, nicht mehr brauchte, zersetzten sie sich und wurden von der Natur »konsumiert«. Die langlebigeren Objekte wie Waffen aus Stein oder Feuerstein konnten weggeworfen werden. Fäkalien stellten kein Problem dar, da die Nomaden immer wieder weiterzogen. Sie konnten ihre biologischen Abfälle zurücklassen, damit diese den Boden wieder erneuerten. Für diese Menschen war mehr »weg« an Nährstoffen tatsächlich ein »weg«.

Frühe Ackerbaugemeinschaften lebten davon, dem Boden biologische Abfalle zuzuführen und damit die entzogenen Nährstoffe zu ersetzen. Die Bauern sorgten für Fruchtwechsel und ließen die Felder brachliegen, bis der Boden wieder fruchtbar war. Mit der Zeit beschleunigten neue Werkzeuge und Techniken die Nahrungsmittelproduktion.
Die Bevölkerungszahlen stiegen, und viele Gemeinschaften verbrauchten mehr Ressourcen und Nährstoffe, als die Natur ausgleichen konnte. Als mehr Menschen auf engerem Raum lebten, kulturelle Aktivitäten sich ausweiteten und man öffentliche Plätze benötigte, wurde auch die Hygiene zum Problem, und die Gesellschaften fanden Methoden, um ihre Abfälle loszuwerden. Gleichzeitig entzogen sie dem Boden immer mehr Nährstoffe und verbrauchten immer mehr natürliche Ressourcen (wie zum Beispiel Bäume), ohne sie in gleichem Maße zu ersetzen.

Ein altes römisches Sprichwort lautet: *Pecunia non olet* – »Geld stinkt nicht«. Im Römischen Reich schafften Sklaven die Abfälle von öffentlichen Plätzen und aus den Toiletten der Reichen fort und häuften sie vor den Toren der Stadt auf. Der Ackerbau und das Fällen von Bäumen entzogen dem Boden Nährstoffe und führten zur Erosion. Der Erdboden wurde trockener und dürrer und es gab weniger fruchtbares Land. Möglicherweise war der Imperialismus Roms – und der Imperialismus im Allgemeinen – eine Folge des Verlusts von Nährstoffen, der dazu führte, dass das Römische Reich expandierte, um seinen großen Bedarf an Holz, Lebensmitteln und weiteren Rohstoffen aus anderen Regionen zu decken. (Bezeichnenderweise wurde Roms Vegetationsgott Mars, als die Ressourcen schwanden und die Eroberungen sich mehrten, zum Kriegsgott.)

Mit der Zeit bauten die Städte überall auf der Welt die notwendige Infrastruktur auf, um Nährstoffe von Ort zu Ort zu transportieren. Zwischen den Völkern brachen Kämpfe um Ressourcen, Land und Nahrung aus. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden synthetische Düngemittel entwickelt, die die Grundlage für eine immer intensivere Bodenbewirtschaftung bildeten. Die Böden sind nun ertragreicher, als sie es zuvor waren, allerdings mit schwerwiegenden Folgen: Sie erodieren in nie dagewesenem Ausmaß und der nährstoffreiche Humus wird abgetragen. Nur noch wenige kleine landwirtschaftliche Betriebe düngen mit den auf ihrem Land entstandenen biologischen Abfällen, der naheliegendsten Nährstoffquelle, und in der heutigen Agrarindustrie kommt diese Art der Düngung so gut wie gar nicht mehr vor.

Bestimmte traditionelle Kulturkreise haben jedoch sehr wohl den Wert des Nährstoffstroms verstanden. In Ägypten trat Jahrtausende lang der Nil über die Ufer und hinterließ, wenn das Wasser sich zurückzog, eine wertvolle Schlickschicht in den Tälern. Schon seit ca. 3200 v. Chr. hatten die Bauern ein System von Gräben angelegt, das das nährstoffreiche Wasser des Nils auf ihre Felder leitete. Sie fanden auch Wege, Nahrungsmitteiüberschüsse für Dürreperioden zu lagern. Über Jahrhunderte maximierten die Ägypter den Zufluss von Nährstoffen, ohne Raubbau zu treiben. Als britische und französische Ingenieure im 19. Jahrhundert ins Land kamen, übernahm man in der ägyptischen Landwirtschaft allmählich westliche Methoden. Seit der Fertigstellung des Assuan-Staudamms 1971 sammelt sich der Schlick, der jahrhundertelang für die Fruchtbarkeit der Böden gesorgt hatte, hinter dem Betondamm an. Darüber hinaus bauen die Menschen Häuser auf ehemals fruchtbarem, für den Landbau geeignetem Grund. Häuser und Straßen konkurrieren inzwischen mit der Landwirtschaft um Raum. Ägypten produziert weniger als 50 Prozent seiner eigenen Nahrungsmittel und ist von Importen aus Europa und den Vereinigten Staaten abhängig.

Über Jahrtausende haben Menschen in China ein System perfektioniert, das verhindert, dass Krankheitserreger in die Nahrungskette geraten, und ihre Reisfelder mit biologischen Abfällen, darunter auch Abwässern, gedüngt. In manchen ländlichen Haushalten erwartet man noch heute von Gästen, die zum Essen geladen sind, dass sie die Nährstoffe »zurückgeben«, bevor sie sich wieder verabschieden, und es ist gängige Praxis, dass andere Dorfbewohner ihre Fäkalien den Bauern gegen Bezahlung liefern. Aber auch die Chinesen sind inzwischen westlichen Systemen übergegangen. Und wie die Ägypter werden sie immer abhängiger von Lebensmittelimporten.

Der Mensch ist die einzige Spezies, die dem Boden große Mengen an Nährstoffen entzieht, die für biologische Prozesse gebraucht werden, sie aber nur selten in brauchbarer Form zurückführt. Unsere Systeme sind nicht mehr dazu gedacht, Nährstoffe zurückzugeben, es sei denn in kleinem, lokalem Maßstab. Erntemethoden wie Kahlschläge bei der Rodung von Bäumen beschleunigen die Bodenerosion, chemische Prozesse führen häufig zu Versalzung und Übersäuerung und tragen zu einer Erschöpfung des Erdreichs bei, die sich zwanzigmal so schnell vollzieht, wie die Natur zur Bildung neuer Nährstoffe benötigt. Es kann annähernd fünfhundert Jahre dauern, bis der Boden zwei Zentimeter seiner reichhaltigen Schichten von Mikroorganismen und Nährstoffströmen geschaffen hat, und zurzeit verlieren wir fünftausendmal mehr Boden, als pro Zeiteinheit gebildet wird.

In vorindustriellen Kulturen »verbrauchten« die Menschen die Dinge. Die meisten Produkte wurden einfach biologisch abgebaut, nachdem man sie weggeworfen, untergegraben oder verbrannt hatte. Metalle bildeten die Ausnahme: Sie wurden als außerordentlich wertvoll angesehen, eingeschmolzen oder erneut verwendet. (Eigentlich waren sie genau das, was wir als frühe technische Nährstoffe bezeichnen würden.) Diese Art des Verbrauchs hatte allerdings mit dem Fortschritt der Industrialisierung weiterhin Bestand, wenn auch die meisten Fabrikwaren nicht mehr im ursprünglichen Sinne konsumiert werden konnten. In Zeiten der Knappheit erfahren die technischen Materialien erneute Wertschätzung. Menschen, die zum Beispiel während der Weltwirtschaftskrise aufwuchsen, waren es gewohnt; Gläser, Krüge und Alufolie wiederzuverwenden, und während des Zweiten Weltkriegs sammelten die Menschen Gummibänder, Alufolie, Stahl und andere Materialien, um sie der Industrie zu liefern. Als jedoch billigere Materialien und neue Kunststoffe den Nachkriegsmarkt überschwemmten, war es für die Industrie kostengünstiger, neue Aluminium-, Plastik- oder Glasflaschen oder Verpackungsmaterial in zentralen Fabriken herzustellen und einzusetzen, als eine lokale Infrastruktur für das Sammeln, den Transport, die Säuberung und die Verarbeitung des Materials zur Wiederverwertung aufzubauen. In den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung war es auch üblich, alte Gebrauchsgüter wie Öfen, Kühlschränke und Telefone weiterzugeben, zu reparieren oder an Altwarenhändler zu verkaufen. Heutzutage werden die meisten so genannten langlebigen Güter einfach weggeworfen. (Wer würde heute noch einen Toaster reparieren? Es ist viel bequemer, einen Neuen zu kaufen, als den alten zum Hersteller zu schicken oder am Heimatort einen Händler zu finden, der es repariert.) Wegwerfprodukte sind die Norm geworden.

Zurzeit haben Sie zum Beispiel keine Möglichkeit, ein Auto vollständig zu verwerten. Und obwohl es aus vielen wertvollen technischen Materialien hergestellt ist, können Sie nichts mit ihnen anfangen, wenn das Auto seinen Dienst geleistet hat (es sei denn, Sie sind Schrotthändler). Wie schon erwähnt, sind diese Materialien für den weiteren Nutzen verloren oder verlieren sogar dann an Wert, wenn sie »recycelt« werden, da Autos nicht von

vornherein so konstruiert werden, dass man sie effektiv und optimal als technische Nährstoffe wiederverwerten kann. Tatsächlich entwirft die Industrie Produkte mit programmiertem Verschleiß – das heißt, dass sie ungefähr so lange halten, bis der Verbraucher sie hoffentlich endlich durch neue ersetzt. Selbst Produkte, die tatsächlich »verbraucht« sind, wie zum Beispiel Verpackungsmaterial, werden häufig bewusst so konstruiert, dass sie sich unter natürlichen Bedingungen nicht auflösen. Im Gegenteil: Das Verpackungsmaterial hält häufig länger als das Produkt, das es schützte. In Gegenden, in denen Rohstoffe nur schwer zu bekommen sind, verwendet man Materialien noch kreativ, um (indem man etwa aus alten Reifen Sandalen herstellt) neue Produkte und (indem man synthetisches Material als Brennstoff verwendet) sogar Energie zu erzeugen. Eine solche Kreativität kann für Materialkreisläufe entscheidend sein. Doch solange bei der Produktion und beim aktuellen Industriedesign die Zukunft des Produkts nicht mitkonzipiert ist, wird die Wiederverwendung oft gefährlich, wenn nicht gar tödlich sein.

Monsterhybride

Berge von Abfall, die sich auf den Müllkippen türmen, geben zunehmend Anlass zur Sorge, aber nicht die Menge des Mülls – der Platz, den er einnimmt – ist das Hauptproblem des Designprinzips *von der Wiege bis zur Bahre*. Entscheidender sind die Nährstoffe - wertvolle »Nahrung« für Industrie und Natur zugleich -, die verseucht und verschwendet werden oder ganz verloren gehen. Und Letzteres nicht nur aus Mangel an geeigneten Systemen zur Rückgewinnung; sie gehen auch verloren, weil viele Produkte das sind, was wir im Scherz als »Frankenstein-Produkte« oder als »Monsterhybriden« bezeichnen – Mischungen aus technischen und biologischen Materialien, die, wenn sie ausgedient haben, nicht mehr zurückgewonnen werden können.

Ein konventioneller Lederschuh ist eine Monsterhybride. Einst gerbte man Schuhe mit aus Pflanzen gewonnenen Chemikalien, die vergleichsweise ungefährlich waren, so dass die Abfallprodukte des Gerbens kaum ein Problem darstellten. Der Schuh konnte, nachdem er seinen Dienst getan hatte, biologisch abgebaut oder verbrannt werden. Doch für die pflanzliche Gerbung mussten Bäume wegen ihrer Gerbstoffe, den Tanninen, gefällt werden. Aus diesem Grund erforderte die Schuhfertigung erhebliche Zeit und war somit teuer. In den letzten vierzig Jahren ist man jedoch zur Gerbung mit Chromsalz übergegangen, einem schnelleren und preisgünstigeren Verfahren. Aber Chrom ist ein knappes Gut und für die Industrie wertvoll, und in einigen Formen ist es kanzerogen. Heute werden Schuhe oft in Entwicklungsländern gegerbt, wo man sich kaum darum kümmert, Arbeiter und Ökosysteme vor der Chrombelastung zu schützen. Abfälle, die bei der Produktion entstehen, werden in nahe gelegene Gewässer eingeleitet oder verbrannt, wobei in beiden Fällen Toxine verbreitet werden (in ärmeren Regionen oft in unverhältnismäßig hohem Maße). Konventionelle Schuhsohlen enthalten darüber hinaus Blei und schädliche Polymere. Beim Tragen des Schuhs wird der Abrieb in die Atmosphäre und in den Boden abgegeben. Es gibt keinen sicheren Weg, Schuhe zu »konsumieren«, weder für Sie noch für die Umwelt. Nach dem Gebrauch landen die wertvollen Bestandteile, biologische wie technische, gewöhnlich auf der Müllkippe.

Aus *von der Wiege bis zur Bahre* wird *von der Wiege zur Wiege*

Produktentwickler, Umweltschutzfachleute und Menschen, die in der Industrie und in angrenzenden Berufsfeldern tätig sind, sprechen häufig vom »Lebenszyklus« eines Produkts.

Natürlich besitzen nur wenige Produkte ein Leben, aber in gewissem Sinne projizieren wir unsere Lebendigkeit – und unsere Sterblichkeit – in sie hinein. Wir sehen sie gleichsam als Familienmitglieder. In westlichen Gesellschaften ruhen die Toten in Gräbern, die Produkte ebenfalls. Wir betrachten uns selbstverliebt als mächtige, einzigartige Wesen und wir kaufen gerne nagelneue, aus »jungfräulichem« Material gefertigte Dinge. Öffnet man ein neues Produkt, ist das so etwas wie eine symbolische Defloration (so wie man jemanden »aufreißt«: »Dieses jungfräuliche Produkt ist meins, ich bin der Erste. Wenn ich (ich, der ich so besonders, so einzigartig bin) es benutzt habe, hat es für andere keinen Wert mehr.« Es ist »Geschichte« (wie man in den USA sagt). Die Industrie konzipiert und plant entsprechend dieser Vorstellung.

Wir erkennen und verstehen den Wert des Gefühls, etwas Besonderes, ja sogar Einzigartiges sein zu wollen, aber bei Materialien ist es sinnvoll, die Gleichartigkeit und die Gemeinsamkeit wertzuschätzen, die es uns erlauben – gerade wenn sie einzigartige Produkte sind – sie mehr als einmal zu benutzen. Was wäre geschehen, fragen wir uns manchmal, wenn die industrielle Revolution in Gesellschaften stattgefunden hätte, in denen die Gemeinschaft höher geschätzt wurde als das Individuum und in denen die Menschen nicht an einen Lebenszyklus von der Wiege bis zur Bahre geglaubt hätten, sondern an Reinkarnation?

[...]

Erfinden Sie alles neu

Jetzt machen wir mehr, als für biologische und technische Kreisläufe zu planen. Wir krempeln den Designauftrag völlig um. Er lautet nicht mehr: »Entwickeln Sie ein Auto«, sondern: »Entwickeln Sie ein Nutzvehikel, ein Nährfahrzeug. « Statt darauf zu zielen, Autos mit geringen oder ganz ohne negative Emissionen zu bauen, machen wir uns Gedanken über Autos, die so gebaut sind, dass sie *positive* Emissionen liefern und andere nahrhafte Auswirkungen auf die Umwelt haben. Der Motor des Autos wird wie eine Chemiefabrik behandelt, die nach Vorbildern aus der Natur modelliert ist. Alles, was das Auto ausstößt, ist nahrhaft für die Natur oder für die Industrie. Wenn es Kraftstoff verbrennt, könnte der Wasserdampf aus den Emissionen aufgefangen, wieder in Wasser umgewandelt und genutzt werden. (Gegenwärtig gibt das Durchschnittsauto pro Liter Kraftstoff, den es verbrennt, fast vier Fünftel Liter Wasser in die Luft ab.) Statt den Katalysator so klein wie möglich zu machen, könnten wir Methoden entwickeln, um Stickoxid als Dünger zu verwenden, und unser Auto so umbauen, dass es während der Fahrt so viel wie möglich davon produziert und lagert. Warum lagert man den Kohlenstoff, den das Auto bei der Verbrennung von Benzin als Kohlendioxid produziert, nicht als Kohlenschwarz in Kanistern und verkauft ihn dann an Gummiproduzenten? Mit Hilfe der Strömungsmechanik könnten Autoreifen so gebaut werden, dass sie schädliche Partikel anziehen und festhalten und damit die Luft reinigen, statt sie weiter zu verschmutzen. Und natürlich könnten alle Materialien des Autos nach dem Ende seines nützlichen Lebens wieder in den biologischen oder technischen Kreislauf zurückkehren.

Treiben wir den Designauftrag noch weiter: »Entwickeln Sie eine neue Transportinfrastruktur! «. Mit anderen Worten: »Erfinden Sie nicht nur das Rezept neu, sondern überdenken Sie das ganze Menü!«. Die Transportinfrastruktur, die wir kennen, dehnt sich meist immer weiter aus und frisst wertvolle natürliche Lebensräume oder Land,

das zum Wohnen oder für die Landwirtschaft benutzt werden könnte. (Der Raumbedarf von Straßen in Europa liegt etwa gleichauf mit der für das Wohnen genutzten Fläche, und beide machen sich daran, den landwirtschaftlichen Flächen den Rang abzulaufen.) Die konventionelle Entwicklung vernichtet also Lebensqualität durch Verkehrslärm, Abgase und den abstoßenden Anblick, den sie bietet. Ein Nährfahrzeug, das keine stinkenden Abgase verbreitet, eröffnet einen Weg hin zu neuen, ganz anderen Autobahnen. Sie könnten überdeckt werden und damit neuen grünen Raum zum Wohnen, zur Erholung oder als landwirtschaftliche Nutzfläche liefern. (Dies könnte weniger aufwändig sein, als man zunächst denkt. In vielen Gegenden gehören die Straßen zu den wenigen öffentlichen Flächen, die noch von grünen Feldern gesäumt sind.)

Wenn es in zwanzig Jahren auf unserem Planeten dreimal so viele Autos gibt wie heute, dann ist es natürlich eigentlich egal, ob das hocheffiziente ultraleichte Autos aus den technisch modernsten Kohlenfasern mit einem Verbrauch von drei Litern auf hundert Kilometern sind oder sogar Nährfahrzeuge. Der Planet wird von Autos wimmeln, und wir werden andere Optionen brauchen. Ein noch weiterreichender Auftrag? »Entwickeln Sie Transport!«

Das klingt abgehoben? Natürlich. Aber immerhin war auch das Auto an sich eine abgehobene Vorstellung in einer Welt der Pferde und Kutschen.

Dieser Schritt hat kein wirkliches, absolutes Ende und könnte zu einer ganz anderen, neuen Art Produkt führen. Aber er bedeutet eine Evolution dieses Produkts in dem Sinne, dass er die Grenzen angeht, deren Sie sich bei den vorhergehenden Schritten bewusst geworden sind. Design basiert auf dem Versuch, menschliche Bedürfnisse in einem sich entwickelnden technischen und kulturellen Kontext zu erfüllen. Wir beginnen damit, indem wir die Positivliste aktiv auf bestehende Dinge anwenden, dann auf Dinge, die sich nur allmählich abzeichnen oder noch nie gedacht worden sind. Wenn wir das Beste zu erreichen suchen, öffnen wir unsere Fantasie radikal neuen Möglichkeiten. Wir fragen: Wie sehen die Bedürfnisse des Kunden aus, wie entwickelt sich die Kultur und wie können diese Ziele durch ansprechende und neue Arten von Produkten oder Dienstleistungen erreicht werden?

Fünf Leitprinzipien

Eine öko-effektive Vision ist nicht im Handumdrehen umzusetzen. Es gehen immer viele Versuche und Fehlschläge voraus – und man muss Zeit, Anstrengung, Geld und eine vielfältige Kreativität einsetzten. Es gibt ein paar Dinge, die Industriedesigner und Unternehmensführer tun können, um diesen Übergang auf allen Stufen zu lenken und die Erfolgschancen zu erhöhen:

Machen Sie Ihre Absicht deutlich!

Engagieren Sie sich für ein neues Paradigma statt für eine allmähliche Verbesserung des alten. Wenn zum Beispiel ein Unternehmensleiter sagt: »Wir werden ein solargetriebenes Produkt herstellen«, dann ist dies ein deutliches Signal. Jeder versteht die positiven Absichten des Unternehmens, zumal ein vollständiger und sofortiger Wandel in einem Markt, der vom Status quo regiert wird, schwierig ist. In diesem Fall besteht die Absicht nicht darin, ein bisschen effizienter zu sein oder das alte Modell zu verbessern, sondern den Rahmen selbst zu ändern.

Die Beschäftigten »an der Basis« brauchen diese Vision von oben, besonders wenn sie innerhalb des Unternehmens auf Widerstand stoßen.

Allerdings ist wichtig, dass die Signale zu beabsichtigten Veränderungen auf gesunden Prinzipien basieren, so dass ein Unternehmen nicht nur Signale im Hinblick auf die Veränderung von Materialien aussendet, sondern auch im Hinblick auf einen Wertewandel. Wenn etwa die Sonnenkollektoren, die ein Unternehmen neuerdings mit Energie versorgen, aus giftigen Schwermetallen gemacht sind und man keinen Gedanken an ihre weitere Verwendung oder Entsorgung verschwendet hat, dann ist das Energieproblem einfach durch ein Materialproblem ersetzt worden.

Geben Sie etwas zurück!

Bemühen Sie sich um ein »gutes Wachstum«, nicht einfach um ökonomisches Wachstum. Stellen Sie sich die Ideen, die wir hier vorgestellt haben – und Designs allgemein –, als Saatgut vor. Dieses Saatgut kann alle möglichen kulturellen, materiellen und sogar spirituellen Formen annehmen. So kann zum Beispiel ein heruntergekommenes Stadtviertel mit Saatgut wie etwa einem neuen Verkehrssystem, innovativen Dienstleistungen, die nicht mit Abfall und Flächenverbrauch verbunden sind, Gewässerreinigung, einer Vergrößerung der Grünflächen und dem Anpflanzen von Bäumen für eine sauberere Luft und mehr Schönheit, der Restaurierung alter und zerfallender Häuser, der Wiederbelebung von Schaufenstern und Marktplätzen gefördert werden. In kleinerem Maßstab können Gebäude zur Verbesserung des Umfelds beitragen: Wie ein Baum können sie Wasser reinigen und es in einer reineren Form in die Umwelt abgeben, Sonneneinstrahlung für ihre eigenen Funktionen gewinnen, Lebensraum zur Verfügung stellen (Planer können Dächer und Höfe etwa für Vögel attraktiv machen) und der Umwelt etwas zurückgeben. Und natürlich: Entwickeln sie Produkte, die etwas zurückgeben: biologische und technische Nährstoffe.

Seien Sie bereit, bei der Innovation weiterzugehen!

Egal, wie gut Ihr Produkt ist, denken Sie daran, dass die Perfektionierung eines bestehenden Produkts nicht notwendigerweise die beste Investition ist. Denken Sie an den Eriekanal, dessen Bau vier Jahre dauerte und der damals als ein Wunder an Effizienz gepriesen wurde. Doch seine Erbauer und Investoren hatten nicht damit gerechnet, dass mit dem Aufkommen von billiger Kohle und Stahl der sofortige Niedergang des Kanals vorherbestimmt war. Die Eisenbahn war um ein Vielfaches schneller, billiger und bequemer. Als der Kanal fertig war, hatte sich eine neue, besser angepasste Transporttechnik entwickelt.

Wenn die Brennstoffzelle zum Motor der Wahl in der Kfz-Industrie wird, dann geraten jene Unternehmen, die sich auf die Leistung und Effizienz von Verbrennungsmotoren konzentriert haben, vielleicht ins Hintertreffen. Sollten Sie mit dem weitermachen, was Sie jetzt machen? Oder ist es an der Zeit, sich eine neue Nische zu schaffen? Innovation heißt auch, dass man Signale außerhalb des Unternehmens zur Kenntnis nimmt: Signale in der Gemeinde, der Umgebung und der Welt als Ganzes. Seien Sie offen für »Feedforward«, nicht nur für Feedback.

Verstehen Sie die Lernkurve und bereiten Sie sich darauf vor!

Akzeptieren Sie, dass Veränderung schwierig und chaotisch ist und zusätzliche Materialien und Zeit erfordert. Eine gute Analogie ist die Entwicklung eines Flügels. Wenn man fliegen

will, braucht man irgendwann den chaotischen Überschuss zusätzlicher Materialien, die Redundanz – und freie Hand für die Abteilung Forschung und Entwicklung – um einen Flügel wachsen zu lassen. (Viele Wissenschaftler glauben, dass Flügel sich als ein Zweitgebrauch von aus Kälteschutzgründen gefiederten Gliedmaßen entwickelt haben.)

Sie wissen heute vielleicht noch gar nicht, was Sie in der Zukunft neu produzieren müssen, aber wenn an Ihre Ressourcen in den Basisfunktionen gebunden sind, dann wird für Innovationen und Experimente nie etwas übrig sein. Die Fähigkeit, sich anzupassen und Neues zu schaffen, erfordert einen »lockeren Rahmen« – Raum, um auf neue Art zu wachsen. Statt all seine Zeit und sein Geld für die Ausarbeitung der kleinsten Einzelheiten eines bestehenden Fahrzeugs auszugeben, könnte ein Automobilhersteller auch ein weiteres Auto parallel entwickeln: ein innovatives Fahrzeug, das auf dem »Feedforward« basiert. Innovatives Design braucht Zeit zur Entwicklung, aber Sie können sicher sein, dass in zehn Jahren das »perfekte« Fahrzeug von heute der Vergangenheit angehören wird, und wenn Sie dann nicht das ganz neue Modell haben, dann hat es einer Ihrer Mitbewerber.

Schieben Sie Verantwortung nicht auf nachfolgende Generationen ab!

1789 schrieb Thomas Jefferson einen Brief an James Madison, in dem er dafür eintrat, dass eine nationale Schuldverschreibung innerhalb einer Generation zurückgezahlt werden sollte, denn, wie er es ausdrückte: *„Die Erde gehört den Lebenden. Niemand kann aus einem Naturrecht heraus die Ländereien, die er besessen hat, oder die Personen, die ihm in jenem Besitz nachfolgten, zur Zahlung von Schulden verpflichten, die er gemacht hat. Denn wenn er das dürfte, dann könnte er während des eigenen Lebens die Nutzungsmöglichkeit des Landes auf mehrere Generationen hinaus verbrauchen, und dann würde das Land den Toten gehören und nicht den Lebenden.“*

Der Kontext ist ein anderer, aber die Logik ist und bleibt zeitlos schön. Fragen Sie sich also: Wie können wir die Rechte aller lebenden Organismen fördern und auf Dauer sicherstellen, sie in einer Zeit des Überflusses zu genießen? Wie können wir die Nachkommen aller Lebewesen – und nicht nur unsere eigenen – für alle Zeiten lieben? Stellen Sie sich vor, wie eine Welt des Wohlstands und der Gesundheit in der Zukunft aussehen wird, und beginnen Sie jetzt sofort, dafür zu planen. Was würde es bedeuten, wieder zum Eingeborenen hier auf der Erde – der Heimat aller unserer Verwandten – zu werden? Dies wird unser aller Kräfte erfordern, und es wird eine ewige Aufgabe sein. Aber schließlich ist ja genau das die Chance für uns Menschen und für alle Lebewesen auf dieser wunderschönen kleinen Erde.

Artikelherkunft

Auszüge aus: Braungart M., und McDonough, W. (2008): Einfach intelligent produzieren. Berliner Taschenbuch Verlag, Berlin.

Über den Autor



Prof. Dr. Michael Braungart, Jahrgang 1958, studierte Chemie und Verfahrenstechnik unter anderem in Konstanz und Darmstadt. Braungart entwickelte das „Cradle-to-Cradle"-Konzept und ist Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam. Er ist Geschäftsführer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH in Hamburg und wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Produkte, Entwicklung und Umsetzung von Umweltschutzkonzepten, umweltverträgliche Produktionsverfahren sowie Ökobilanzen komplexer Gebrauchsgüter.

Suffizienz & Subsistenz

Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von Urban Gardening

Christa Müller und Niko Paech

Bis heute gilt gemeinhin wirtschaftliches Wachstum als Garant für Wohlstand und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Auch jetzt, in der akuten Krise der Finanzmärkte und inmitten der enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte, wird alle Hoffnung auf neues Wachstum gesetzt – so sehr, dass die Politik sich sogar ein »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« ausgedacht hat. Eine immerhin kreative Wortschöpfung, die gleich zwei Fetische unserer Gesellschaft, nämlich Beschleunigung und Wachstum, benennt und ihnen sozusagen die höheren Weihen eines Bundesgesetzes verleiht. Bis heute ist es jedoch – trotz aller Ankündigungen und technologischer Beschwörungen–nicht gelungen, wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von einem erhöhten Ressourcen- und Energieverbrauch zu entkoppeln. Allein schon deshalb ist die Überwindung des Wachstumsparadigmas unumgänglich. Wachstumsdämmerung.

Weiteres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kann keine Option für das Jahrhundert sein. Aus den zahlreichen Begründungszusammenhängen, die diese Erkenntnis untermauern, sollen im Folgenden nur die sozialen Pathologien eines auf großräumiger industrieller Arbeitsteilung beruhenden Fremdversorgungssystems hervorgehoben werden. Herannahende Ressourcenverknappungen, die sich keineswegs nur als »Peak Oil« äußern, verwandeln das zeitgenössische Konsummodell in ein einsturzgefährdetes Kartenhaus.

Die industrielle Nahrungsmittelproduktion wird davon in besonderem Maße tangiert, vor allem wegen ihrer hohen Abhängigkeit vom Öl. Technisch orientierte Nachhaltigkeitskonzeptionen suggerieren, die fossile Abhängigkeit sei mittels smarter Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien, Informationstechnologien, Elektromobilität etc. zu überwinden. Aber der damit forcierte Bedarf an Flächen und seltenen Erden bzw. Metallen würde bestenfalls dazu verhelfen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Als eine mögliche Antwort wird das Konzept der »Resilienz« diskutiert[1]. Es beschreibt Stabilitätseigenschaften eines Systems gegenüber äußeren Störgrößen, die dessen Fortbestand oder bestimmte seiner Funktionen andernfalls gefährden. Resiliente Versorgungsmuster beruhen auf Kleinräumigkeit, Dezentralität, Flexibilität und Vielfalt. Dies impliziert stärkere Unabhängigkeit von externen Versorgungsleistungen, kürzere Wertschöpfungsketten und folglich eine tendenzielle Minderung struktureller Wachstumszwänge. Je weitreichender Konsumbedarfe in Subsistenzleistungen transformiert oder gar durch suffiziente Handlungsroutinen[2] ersatzlos reduziert werden können, desto größere Potenziale eines geordneten (andernfalls infolge des Peak Oil-Phänomens ohnehin unumgänglichen) Rückbaus der industrialisierten Arbeitsteilung ergeben sich daraus. So

[1] Vgl. R. Hopkins: The Transition Handbook. Dartington 2006.

[2] Vgl. N. Paech: Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 47/166-167 (2010), S. 33–40; O. Stengel: Suffizienz – Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise (Wuppertaler Schriften Band 1). München 2011.

ergänzen sich Suffizienz und Subsistenz (nebst verwandter Mittel und Strategien) zu einem resilienten Gestaltungsrahmen für eine »Postwachstumsökonomie«[3].

Eine Rückführung der, in Geld transferierten, industriellen Wertschöpfung auf die Hälfte des derzeitigen Niveaus kann geplant und schrittweise (»by design«) oder mit einem durch »Peak Everything«[4] induzierten Kollaps (»by desaster«) erfolgen. In jedem Fall würde infolge verringerter bzw. zusammenbrechender Produktionskapazitäten ein ebenso verringertes Quantum an monetär entgoltener Arbeitszeit verfügbar sein. Soziale Sicherungssysteme in Form staatlicher Transferleistungen, die schon jetzt an ihre Grenzen stoßen, würden in einer derartigen Situation möglicherweise vollends versagen. Eine Möglichkeit der Nivellierung sozialer Härten bestünde in einer Umverteilung der verbleibenden Arbeitszeit auf ein individuell durchschnittliches Quantum von circa PN Stunden. Der frei gewordene Teil an ehemals industriell verausgabter Erwerbsarbeit könnte ergänzenden Subsistenzleistungen dienen.

Moderne Subsistenz

Zwischen den Extremen lokaler Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade. Deren punktueller oder gradueller Abbau setzt voraus, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu verringern. Im Kontext einer Postwachstumsökonomie ist »urbane Subsistenz«[5] also keine Frage des Entweder -oder, sondern des Mehr-oder-weniger. Sie entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene[6], und basiert auf der (Re-)Aktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener handwerklicher Tätigkeiten den Bedürfnissen jenseits kommerzieller Märkte zu entsprechen. Subsistenzleistungen verringern die Abhängigkeit von einem monetären Einkommen. Neben ehrenamtlichen, gemeinwesenorientierten, pädagogischen und künstlerischen Betätigungen kann moderne Subsistenz drei Outputkategorien erzeugen, die zur Substitution industrieller Produktion beitragen.

1.Gemeinschaftsnutzung:

Wer sich einen Gebrauchsgegenstand vom Nachbarn leiht, ihm als Gegenleistung ein Brot backt oder das neueste Linux-Update installiert, trägt dazu bei, materielle Produktion durch soziale Beziehungen zu substituieren. Objekte wie Autos, Waschmaschinen, Gemeinschaftsräume, Gärten, Winkelschleifer, Digitalkameras etc. sind auf unterschiedliche Weise einer Nutzungsintensivierung zugänglich. Sie können gemeinsam angeschafft werden oder sich im privaten Eigentum einer Person befinden, die das Objekt im Tausch gegen

[3] Vgl. N. Paech: Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 46/160–161 (2009), S. 28–31.

[4] D. Dahm und G. Scherhorn: Urbane Subsistenz. München 2008.

[5] Vgl. N. Paech und B. Paech: Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. In: Politische Ökologie 124 (2011), S. 54–60

[6] Vgl. N. Paech und B. Paech: Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. In: Politische Ökologie 124 (2011), S. 54–60

andere Subsistenzleistungen verfügbar macht. Auch die Institution sogenannter »Commons« (Gemeingüter)[7] kann in manchen Fällen geeignet sein.

2. Nutzungsdauerverlängerung:

Ein besonderer Stellenwert käme der Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern jeglicher Art zu. Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht (zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um den frühen Verschleiß zu vermeiden), substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne notwendigerweise auf bisherige Konsumfunktionen zu verzichten. Angenommen, es gelänge in hinreichend vielen Gebrauchsgüterkategorien die Nutzungsdauer der Objekte durch eigene oder mittels lokaler Tauschbeziehungen akquirierte Inputs an Erhaltungsmaßnahmen und Reparatur durchschnittlich zu verdoppeln, dann könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden. So würde ein Rückbau der Industriekapazität mit einem nur geringen Verlust an bisherigen Konsumfunktionen einhergehen.

3. Eigenproduktion:

Ausgerechnet jener Versorgungsbereich, dessen Kollaps unweigerlich zur Überlebensfrage würde, verkörpert durch seine exorbitant hohe Mineralölabhängigkeit geradezu das Gegenteil von Resilienz: Ernährung.

Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft und des urbanen Gärtnerns[8] als derzeit dynamischer und ausbaufähiger Trend. Dieses Handlungsfeld ist auch deshalb elementar, weil konventionelle Wertschöpfungsketten im Agrar- bzw. Lebensmittelsektor derart schwerwiegende ökologische Schädigungen hervorrufen, dass jede auch nur teilweise Substitution entsprechende Entlastungseffekte zeitigt. Darüber hinaus sind künstlerische und handwerkliche Leistungen möglich, die von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände über Holz- oder Metallobjekte in Einzelfertigung bis zur semi-professionellen »Marke Eigenbau«[9] reichen.

Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Offene Werkstätten, Verschenkmärkte und »Transition Towns«[10] sind nur einige Beispiele dafür, dass lokal erbrachte Leistungen über den Eigenverbrauch hinaus einen Leistungstausch auf lokaler Ebene erlauben. Dies gilt erst recht für lokal erzeugte Güter in Form von Services wie etwa Vorträge, Unterricht, Schulungen, Beratungen, künstlerische Darbietungen, Pflegeleistungen, etc. Der Schritt zur Vermarktung von Handwerksprodukten zum Beispiel über »eBay«, »Etsy« wirft allerdings die Frage auf, ob die ausgerufene »Revolution des Selbermachens«[11] nicht letztlich wieder strukturelle Wachstumstreiber wachruft.

---

[7] Vgl. E. Ostrom: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München 2011

[8] Vgl. Chr.Müller (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München 2011

[9] H. Friebe und T. Ramge: Marke Eigenbau. Frankfurt am Main/New York 2008, 10 Hopkins

[10] Hopkins (siehe Anm. 1)

[11] Friebe und Ramge (siehe Anm. 9), S. 16

Dass nennenswerte Investitionen und damit Kapitalbeschaffung in diesem Segment nicht notwendig sind, lässt allerdings hoffen. Werden die drei Outputkategorien je nach individuellen Neigungen, Fähigkeiten und Umfeldbedingungen kombiniert, bilden sie einen reichhaltigen Fundus, aus dem sich Ergänzungen des in einer Postwachstumsökonomie deutlich verringerten monetären Einkommens schöpfen lassen. Wenn Konsumobjekte doppelt so lange und/oder doppelt so intensiv genutzt werden, reicht die Hälfte an industrieller Produktion, um dasselbe Quantum an Konsumfunktionen oder »Services«, die diesen Gütern innewohnen, zu extrahieren.

Diese Auslegung von moderner Subsistenz bildet trotz oberflächlicher Ähnlichkeiten zum Effizienzdiskurs, prominent verkörpert durch den »MIPS«-Ansatz[12] oder die »Service Economy«[13], eher dessen Widerpart. Warum? Erstens beruhen die Entlastungseffekte der obigen Subsistenzformen nicht auf einer ökologischen Entkopplung industrieller Arbeitsteilung, sondern setzen den Rückbau des Industriesystems voraus. Zweitens sind es hier weder etablierte Firmen noch »Ecopreneure«[14], die als Anbieter eigentumsersetzender Services (z.B. Carsharing, Leasing-Modelle, kommerzielle Verleihsysteme) letztlich das Fremdversorgungsregime – wenngleich auf Basis erhöhter Nutzeneffizienz – aufrechterhalten.

Vielmehr sind es die Nutzer selbst, welche durch den allmählichen Wandel vom Konsumenten zum »Prosumenten«[15] oder »Co-Producer«[16] die ökonomische Souveränität erlangen, kraft eigener substanzieller, manueller und sozialer Kompetenzen Industrieoutput zu ersetzen. Insoweit die damit einhergehende Entkommerzialisierung das Tauschmittel Geld nicht verwendet, weil die Subsistenzleistungen im lokalen Nahraum entstehen, können Wertschöpfungsbeziehungen eine bestimmte Länge und Komplexität nicht überschreiten. Zudem benötigen derartige Prozesse keine oder nur vernachlässigbare Investitionen, also auch kein Fremd- und Eigenkapital. Folglich mildern sie strukturelle Wachstumszwänge.

Die drei genannten Outputkategorien der modernen Subsistenz zielen zwar darauf, ein prägnant zurückgebautes Industriesystem zu ergänzen und dessen vormaligen Output teilweise zu substituieren, stellen jedoch zugleich eine synergetische Verbindung zu industriellen Artefakten her. Selbst die von industrieller Spezialisierung weit entfernte Subsistenzpraxis, etwa das Urban Gardening, ist in einen globalisierten urbanen Kontext eingebettet.

Dies gilt umso mehr für die beiden anderen Outputvarianten, nämlich Nutzungsintensivierung und Nutzungsdauerverlängerung. Schließlich bleiben es Objekte aus arbeitsteiliger Industrieproduktion, deren Nutzung durch Hinzufügung eigener

---

[12] F. Schmidt-Bleek: Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor10. München 2000

[13] W. Stahel: Sustainability and Services In: M. Charter and U. Tischner (Eds.): Sustainable Solutions. Sheffield 2001, pp. 151–164

[14] U. Schneidewind und M. Hübscher: Nachhaltigkeit und Entrepreneurship in der New Economy. In: T. Beschorner und R. Pfriem (Hrsg.): Evolutorische Ökonomik und Theorie der Unternehmung. Marburg 2000, S. 419–436

[15] A. Toffler: The Third Wave. New York 1980

[16] P. Kotler: The Prosumer Movement: A New Challenge for Marketers.In: R. J. Lutz (Ed.): Advances in Consumer Research, Vol. 13 (1986), pp. 510–513

Subsistenzinputs verlängert, intensiviert oder auf andere Weise aufgewertet wird. Bei diesen Subsistenzinputs handelt es sich um marktfreie Güter:

Eigene Zeit, die aufgewendet werden muss, um handwerklich oder künstlerisch tätig zu sein und Austauschbeziehungen im sozialen Umfeld pflegen zu können; handwerkliche Kompetenzen und Improvisationsgeschick, um Potenziale der Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung auszuschöpfen; soziale Beziehungen, ohne die Gemeinschaftsnutzungen undenkbar sind.

Subsistenz resultiert aus einer Kombination mehrerer Input- und Outputkategorien. Angenommen, Person A lässt sich ein defektes Notebook von Person B, die über entsprechendes Geschick verfügt, reparieren und überlässt ihr dafür Bio-Möhren aus dem Gemeinschaftsgarten, an dem sie beteiligt ist. Dann gründet diese Transaktion erstens auf sozialen Beziehungen zwischen A und B sowie zwischen B und den anderen Nutzern des Gemeinschaftsgartens, zweitens auf handwerklichen Kompetenzen (A: Gemüseanbau; B: defekte Festplatte erneuern und neues Betriebssystem installieren) und drittens auf eigener Zeit, ohne die beide manuelle Tätigkeiten nicht erbracht werden können. Die Outputs erstrecken sich auf Eigenproduktion (Gemüse), Nutzungsdauerverlängerung (Reparatur des Notebooks) und Gemeinschaftsnutzung (Gartengemeinschaft). Selbstredend sind auch Subsistenzhandlungen praktikabel, die keiner vollständigen Ausschöpfung der oben genannten Input- und Outputtypen bedürfen.

Wer seinen eigenen Garten bewirtschaftet, die Nutzungsdauer seiner Textilien durch eigene Reparaturleistungen steigert oder seine Kinder selbst betreut statt eine Ganztagsbetreuung zu »konsumieren«, nutzt keine sozialen Beziehungen, wohl aber Zeit und handwerkliches Können. Die Outputs erstrecken sich in diesem Beispiel auf Nutzungsdauerverlängerung und Eigenproduktion.

Insoweit Subsistenzkombinationen im obigen Sinne Industrieoutput ersetzen, monetäres Einkommen ersparen, jedoch eigene Zeitinputs benötigen (die wiederum infolge der Reduktion industrieller Produktion freigesetzt werden), lässt sich die Transformation zur Postwachstumsökonomie als gelungene Synchronisation von Industrierückbau und Subsistenzaufbau darstellen.

Urban Gardening

Wie immer bei Prozessen gesellschaftlicher Transformation stellt sich die Frage nach den Akteuren. Der Weg in eine Postwachstumsökonomie wird mit einem erheblichen zivilisatorischen Wandel vonstattengehen.

Die Gesellschaft der Zukunft wird keine Konsumgesellschaft des alten Schlages mehr sein können. Die unvermeidlichen materiellen Wohlstandsverluste offerieren dennoch Perspektiven; jedoch nur dann, wenn sie von neuen Wohlstandsmodellen, einer gerechten Umverteilung sowie von Partizipations- und Demokratisierungsprozessen begleitet werden. Der Staat müsste dafür eine seiner ureigensten Aufgaben wahrnehmen, nämlich als Garant der Daseinsfür- und -vorsorge die öffentlichen Räume von Partikularinteressen freihalten und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

Subsistenzorientierte Nachhaltigkeitsstrategien benötigen mehr als Anerkennung, nämlich infrastrukturelle und rechtliche Voraussetzungen, zum Beispiel die Bereitstellung von Grund

und Boden, damit sich ihre Potenziale für eine zukunftsfähige Entwicklung entfalten können. Eine radikale Umsteuerung der Politik ist nötig, um weitere soziale Härten und ökologische Verwerfungen zu verhindern.

Die nach wie vor vorhandene Orientierung an der Hegemonie des globalen (Finanz)Marktes lässt derzeit jedoch nicht darauf hoffen, dass die notwendigen Schritte gegangen werden. An dieser Stelle bringt die Zivilgesellschaft eine weitaus größere »kollektive Intelligenz« hervor als die, in Interessens- und Klientelkalküle hoffnungslos verstrickte Politik.

Da nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern insgesamt das Institutionengefüge und seine tradierten Formen der Legitimität erodieren, werden selbst organisierte und selbstbestimmte Räume in Zukunft eine sehr viel wichtigere Rolle spielen als derzeit vorstellbar[17].

Besonderes Augenmerk als Ort des Geschehens verdient der Nahraum – und zwar nicht nur auf dem Lande: In der Stadt haben sich in den letzten Jahren ganz neue Formen postmaterieller und postfossiler Lebensstile herausgebildet, die die anstehenden Veränderungen nicht mit Knappheit und Mangel, sondern mit einer Ökonomie der Fülle verbinden. Dabei spielt die neue Gartenbewegung mit ihren Kulturen des Selbermachens eine zentrale Rolle[18]. Die neuen Gartenaktivitäten irritieren nicht nur den Blick auf die Stadt, wenn etwa auf dem ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof gemeinschaftlich Gemüse angebaut wird, sondern sie stellen auch sehr bewusst den ungenierten Zugriff auf die Ressourcen dieser Welt in Frage. Zu beobachten ist, auch und gerade in den jüngeren Generationen, eine neue Hinwendung zu ethischen Diskursen. Die industrielle Landwirtschaft mit ihrer gnadenlosen Ausbeutung von Tieren und Ressourcen des globalen Südens wird mit wachsender Abscheu beobachtet. Die Trendforschung verweist darauf, dass mehr und mehr Großstadtbewohner/innen die globalen Verwertungsketten ablehnen und lieber selbst anbauen, selbst kochen und eine neue Genießer-Esskultur zelebrieren wollen.

Ökokisten mit landwirtschaftlichen Produkten aus der Stadt gelten in New York gerade als die »neuen i-Pods« und hausgemachte Marmelade als unverzichtbares »Must Have«. Die Süddeutsche Zeitung zitiert eine Bloggerin der neuen Bewegung der »Foodies«, die über Twitter und Facebook illegale »Supper Clubs« organisiert, bei denen mehrtägige Menüs in Privathäusern zubereitet werden: »Supper Clubs geben uns die Kontrolle zurück – wir holen uns den Spaß an hervorragendem Essen in gutem Ambiente von profitorientierten Restaurants zurück.«[19]

Dieser Hedonismus geht einher mit einer neuen Sensibilität für den fairen Umgang mit Menschen anderer Länder und mit den Gemeingütern. Die Sensibilitäten werden in den neuen urbanen Gärten geweckt und geschärft. Beim Säen und Ernten stößt man irgendwann zwangsläufig auch auf Fragen wie: Wem gehört das Land und wer erntet seine Früchte?

In diesem Sinne ist die neue Gartenbewegung tatsächlich subversiv. Oft wird gegen sie vorgebracht, dass das Urban Gardening eine Stadt niemals ernähren könne.

---

[17] Vgl. C. Crouch: Postdemokratie. Frankfurt am Main 2008

[18] Vgl.Müller (siehe Anm. 8)

[19] Süddeutsche Zeitung vom 28./29. August 2010

Abgesehen davon, dass dies noch nicht ausgemacht ist, geht es darum auch (vorläufig) gar nicht. Die Bedeutung der Gartenbewegung liegt vielmehr in der Wertschätzung der kleinbäuerlichen und der Subsistenzproduktion sowie in der Erfahrung und Einübung einer Logik, die nicht auf Verwertung, sondern auf Versorgung ausgerichtet ist. Urban Gardening ist auch Plattform und Erfahrungsraum der Erkenntnis, dass die Nahrungsmittelfrage eine zentrale gesellschaftliche Frage ist, im Übrigen eine, die keineswegs »gelöst« ist. Sie macht vielmehr deutlich, dass die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen nicht mehr länger an die Industrie oder den Markt delegiert werden sollte, sondern dass stattdessen ganz neue Koalitionen zwischen Zivilgesellschaft und Gemeinwesen beginnen sollten, sich mit den grundlegenden Fragen der Existenz zu befassen und Schnittstellen zwischen kultureller, sozialer und ökonomischer Produktivität als wirkliches Zukunftspotenzial zu entdecken.

Urbane Gärten und andere Orte der Subsistenzorientierung liefern hier jede Menge kreative, visionäre und alltagstaugliche Anregungen.

Artikelherkunft:

Auszug aus: Müller, C. und Paech, N. (2012): Suffizienz und Subsistenz: Wege in eine Postwachstumökonomie am Beispiel von Urban Gardening. In: Der kritische Agrarbericht 2012. AgrarBündnis e.V.

Über die Autoren



Dr. Christa Müller, Jahrgang 1960, ist Soziologin und studierte Soziologie an den Universitäten Bielefeld, Marburg und Sevilla. Sie hat Lehraufträge an den Universitäten Innsbruck und Tübingen sowie an verschiedenen Hochschulen. 1998 erhielt sie den Schweißfurth-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie und wurde 2008 mit dem Freiherr-vom-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation ausgezeichnet. Sie forscht seit vielen Jahren zu nachhaltigen Lebensstilen und urbanen Gärten. Sie ist geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis und leitet auch die Stiftung Interkultur.



apl. Prof. Dr. Niko Paech, Jahrgang 1960, ist Volkswirtschaftler und seit 2008 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM) an der Universität Oldenburg. Er ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland, Agenda21-Beauftragter der Stadt Oldenburg und Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ). Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der Umweltökonomik, der Postwachstumsökonomik, der Konsumforschung, der Ökologischen Ökonomie und der Nachhaltigkeitsforschung.

Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität

Björn Paech und Niko Paech

Soziale Interaktion ersetzt materielle Produktion

Subsistenz verweist auf eine neu zu justierende Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung, die auf individueller Ebene unterschiedlichste Formen annehmen kann. Sie entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also in der Kommune. Zwischen den Extremen lokaler Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade.

Wer lediglich 20 Stunden dem arbeitsteiligen Gelderwerb nachgeht, verfügt weiterhin über ein maßvolles monetäres Einkommen, das Konsumausgaben ermöglicht. Die freigewordenen 20 Stunden können dem Handwerk, der Kindererziehung, der Nachbarschaftshilfe, der Mitwirkung im Gemeinschaftsgarten, diversen Facetten des Gemeinwesens, künstlerischen Aktivitäten oder der Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Konsumgütern gewidmet werden.

Letzteres deutet den Wandel von der reinen Konsumorientierung zur souveränen Daseinsform eines „Prosumenten" an. Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame und pflegliche Behandlung, um den frühen Verschleiß zu vermeiden –, substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne notwendigerweise auf bisherige Konsumfunktionen zu verzichten. Eine andere Spielart möglicher Kompromisse zwischen Fremd- und Selbstversorgung besteht im geldlosen Leistungstausch, der eine Nutzungsintensivierung erlaubt. Wer sich die Bohrmaschine vom Nachbarn leiht, ihm als Gegenleistung ein Brot bäckt oder das neueste Linux-Update installiert, ersetzt materielle Produktion durch soziale Interaktion.

Stärkere regionalökonomische Autonomie

Derartige Formen ökonomischer Autonomie mildern die schicksalhafte Abhängigkeit von materiellen Ressourcen, Geld und Wachstum, ohne die industrielle Wertschöpfungsketten nicht zu stabilisieren sind. Aber dies setzt zweierlei voraus, nämlich erstens einen eigenen Zeitinput, der sich nur aus einer Reduktion und Umverteilung der Erwerbsarbeit speisen kann. Zweitens bedarf es eines hinreichend "dichten" sozialen Nahraums. Nur so gelingt es, jene Subsistenzleistungen zu generieren, zu mobilisieren und auszutauschen, die eine Alternative zum Industrieoutput bilden. Die Postwachstumsökonomie gründet also tendenziell eher auf urbaner Selbstversorgung als romantischer Stadtflucht.

Zentrale staatliche oder europäische Transfer-, Sozial- und Infrastrukturleistungen untergraben die Resilienz. Sie können schon deshalb keine Antworten auf die sich abzeichnenden Krisenszenarien bieten, weil ihre Finanzierung auf Wachstum und ihre Logistik auf überregionalen Verflechtungen beruht. Zudem unterliegt die Verlässlichkeit der zugrundeliegenden politischen Entscheidungen Unwägbarkeiten, die einem medial ermittelten Stimmungsbarometer, kurzen Legislatur- und Planungszyklen sowie obendrein einer Konsensfindung auf europäischer Ebene geschuldet sind.

Als bürgernahe Gestaltungsebene gewinnt die Kommune somit an Bedeutung. Dies betrifft zugleich den Größenzuschnitt öffentlicher Versorgungsstrukturen. Tendenzen zur Stärkung von Stadtwerken, "100-Prozent-Regionen" und andere Ansätze zur Wiedergewinnung städtischer beziehungsweise regionaler Autonomie gegenüber ökonomischer und politischer Fremdsteuerung untermauern dies.

Vieles davon hat der Philosoph und Nationalökonom Leopold Kohr als früher Vordenker vorweggenommen.(1) Seine Begründung für die Überlegenheit kleinräumiger Versorgungs- und Verwaltungsstrukturen umfasst nicht nur Resilienzvorteile, sondern auch eine effektivere Kontrolle von Politik und Planung infolge der immanent demokratischen Natur kleiner administrativer Einheiten. Der Resilienzgedanke findet sich bereits in Kohrs "Kleinzellensystem". Wenn in kleinen Gemeinwesen Probleme aufträten, seien diese nur von geringem Ausmaß und somit eher zu bewältigen als die entsprechend wirkmächtigen Probleme groß dimensionierter sozialer Gebilde. Zudem sei bei einem Gefüge vieler kleiner Gemeinwesen, dem Kleinzellensystem, davon auszugehen, dass nicht alle Einheiten zugleich von Störungen betroffen seien. So fiele die Gefährdung des Gesamtsystems geringer aus.

Die Effizienz dezentraler Strukturen wird oft überschätzt

Kohr zufolge sind kleine Gemeinwesen aufgrund der geringen physischen Distanz zwischen der Administration und dem einzelnen Individuum immanent demokratisch. Eine flexible Anpassungsfähigkeit an eine Vielzahl verschiedener individueller Bedürfnisse, die das Wesentliche der Demokratie ausmache, fehle dagegen in großen Systemen. Schließlich weist der Nationalökonom in Anwendung des Grenznutzengesetzes darauf hin, dass dezentrale Strukturen oft effizienter seien als wenige überdimensionierte Gebilde, zumindest wenn alle langfristigen, koordinationsbedingten und systemübergreifenden (zumal externen) Kosten einbezogen würden. Kohr sieht im Grenznutzengesetz sogar die wirtschaftliche Anwendung des „Kleine-Einheiten-Prinzips", einem Merkmal resilienter Systeme. Ähnlich argumentierten der Philosoph Ivan Illich und der Ökonom Ernst Friedrich Schumacher. (2)

[Eine Studie der Bundeswehr, die sogenannte] Peak-Oil-Bundeswehrstudie, wartet schließlich mit einer gelinde gesagt frappierenden Bemerkung hinsichtlich zu erwägender Reaktionsmuster auf: „*Auf gesellschaftlicher Ebene ist deshalb auch eine Stärkung von Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Selbstorganisation von Bürgern auf lokalem Level denkbar.*“ (3) Darf nun also damit gerechnet werden, dass die Bundeswehr anstelle einer militärischen Verteidigung fossiler Interessen am Hindukusch demnächst Transition Towns aufzubauen hilft und der Militärapparat entsprechend verkleinert wird, was eine weitere Milderung fiskalischer Wachstumsabhängigkeiten bedeuten würde? Träumen wird ja noch erlaubt sein.

Artikelherkunft

Auszug aus: Paech, B. und Paech, N. (2011): Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. In: Politische Ökologie 124, Oekom-Verlag, München.

Über die Autoren



Björn Paech, Jahrgang 1976, ist Geograf und arbeitet als Mitarbeiter und Berater in Forschungsprojekten zu Fragen des Klimaschutzes, der Nachhaltigkeitskommunikation, Raumentwicklung und Postwachstumsökonomik. Er berät NGO´s, darunter den BUND.



apl. Prof. Dr. Niko Paech, Jahrgang 1960, ist Volkswirtschaftler und seit 2008 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM) an der Universität Oldenburg. Er ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland, Agenda21-Beauftragter der Stadt Oldenburg und Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ). Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der Umweltökonomik, der Postwachstumsökonomik, der Konsumforschung, der Ökologischen Ökonomie und der Nachhaltigkeitsforschung.

Verwendete Literatur

(1) Kohr, Leopold (1957): The Breakdown of Nations. London. Wiederveröffentlichung 2002: Das Ende der Großen. Salzburg.

(2) Illich, Ivan (1973): Tools for Conviviality. New York.

(2) Schumacher, Ernst Friedrich (1973): Small is Beautiful. London.

(3) Zentrum für Transformation der Bundeswehr (2010): PeakOil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen. Strausberg.

Öko-Sozialismus

Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative

Saral Sarkar

Bei der Arbeit in unserer Bewegung gegen neoliberale Globalisierung hören wir oft: "Eure Kritik leuchtet mir ein. Aber was ist die Alternative?" Oder man sagt: Ihr habt doch keine Theorie. Eure Utopie ist vage, keine auch nur halbwegs konkrete Utopie." Diese Kritik ist zum Teil berechtigt, aber nur zum Teil. Viele von uns haben konkrete Vorstellungen von einer guten Gesellschaft, aber wir haben keine gemeinsame Vorstellung davon. Auch Attac sagt nur allgemein: "Eine andere Welt ist möglich". Aber was für eine andere Welt ist möglich, und was für eine nicht? Wenn es uns gelingen sollte, die Tobin-Steuer, die Abschaffung der Steueroasen, die Streichung der Schulden der ärmsten Länder usw. durchzusetzen, hätten wir noch lange keine andere Welt. Und sollte es uns gelingen, in absehbarer Zukunft eine neo-keynesianische Weltwirtschaftsordnung zustande zu bringen, wäre es auch dann keine andere Welt. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts sagten fast alle Ökonominnen und Wirtschaftspolitikerinnen: "Wir sind alle Keynesianer". Und, wie die Älteren unter uns wissen, die Welt war auch damals keine gute Welt. Nur in einigen wenigen Ländern des Nordens gab es weniger Armut und weniger Arbeitslosigkeit, vielleicht auch etwas weniger Ausbeutung. Aber die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft duldete den Keynesianismus nicht lange und schließlich auch keine "sozialistische" Planwirtschaft. Klar, bei jedem Projekt muss es erste Schritte geben. So ist es ganz OK, beim Projekt, eine andere, gute Welt zu schaffen, mit z.8. der Tobin-Steuer anzufangen. Wenn wir nur die paar bescheidenen konkreten Reformforderungen durchsetzen könnten und in Zukunft die Vision einer anderen, guten Welt als unerreichbar aufgeben müssten, wäre das auch schon gut. Aber wir haben noch Hoffnung. Doch eine andere, gute Welt schaffen zu wollen, zwingt uns, eine tiefergehende Analyse der heutigen Welt und weitergehende Gedanken über unsere andere Welt zu machen, wobei wir wissen, dass uns das kontroverse Ergebnisse bescheren wird.

Die natürliche Ressourcenbasis einer Wirtschaft

Im Juli 2001 gab es gleichzeitig zwei aus unserer Sicht große Ereignisse: die Demonstrationen in Genua gegen den G-8-Gipfel und den Klima-Gipfel in Bonn. Während in Genua etwa 300 000 Menschen demonstrierten, waren es in Bonn nur etwa 5000. Der Unterschied in der Stärke der Demos ist eklatant und zunächst unerklärlich. Ist denn während der letzten Jahre die Gefahr von Klimakatastrophen geringer geworden? Gibt es die große ökologische Krise nicht mehr? Nein. Die Erklärung für den Unterschied liegt m.E. darin, dass eine einfache, zum Teil falsche Analyse des Problems das Denken der meisten Aktivistinnen, unter ihnen viele führende, bestimmt. Sie denken, die mächtigen Politikerinnen verfolgten eine schlechte, von den großen Konzernen vorgegebene Politik; da rührten hauptsächlich die meisten Übel der heutigen Welt inklusive der Gefahr von Klimakatastrophen und der großen ökologischen Krise her. Folgerichtig demonstrierten sie machtvoll in Genua. Die Demo in Bonn meinten sie vernachlässigen zu dürfen. Aus dieser falschen Analyse rühren auch einige falsche Konzeptionen her, über die ich unten reden werde. Zu der falschen Analyse gehören u.a. die Vernachlässigung der Frage nach der natürlichen Ressourcenbasis einer Wirtschaft und die Fähigkeit der Natur, von Menschen verursachte Umweltbelastungen zu absorbieren, die ja auch eine Ressource ist. Viele – ich fürchte, die meisten – Aktivistinnen unserer Bewegung

glauben, wenn die Macht und das Profitinteresse der großen Konzerne und die Dominanz der neoliberalen Politik im Globalisierungsprozess überwunden werden könnten, gäbe es kein Problem mehr, eine Welt zu schaffen, in der Wohlstand für alle möglich ist. So sagte z.B. Kevin Danaher, der in Seattle die Protestaktionen maßgeblich mitorganisierte, dass in der neuen Gesellschaft, die er schaffen will, weltweit jeder mindestens 10 000 US-Dollar im Jahr verdienen solle. Es müsse nach ihm auch eine Obergrenze geben; die solle aber bei 10 Millionen US-Dollar liegen (Kurbjuweit 2000:92). In Deutschland höre ich oft, Geld gebe es doch genug, es müsse nur umverteilt werden. In den NRO-Kreisen wurde gleich nach Genua mehrmals gesagt: "Wir sind keine Globalisierungsgegner, sondern Globalisierungskritiker." Auf dem Berliner Attac-Kongress (19. - 21. Oktober 2001) sagte Barbara unmutig, Vorsitzende von WEED, Attac wolle die Globalisierung mitgestalten. Prof. Jörg Huffschmid sagte in einer Arbeitsgruppe auf demselben Kongress, es müssen ökologische und soziale Leitplanken für den Globalisierungsprozess installiert werden.

Das alles ist zwar eine Kritik an Konzernherrschaft und neoliberaler Globalisierung und reicht im Interesse einer breiten Mobilisierung für die Anfangsphase unserer Bewegung (Minimalkonsens). Allerdings ist das auch eine prinzipielle Bejahung der wirtschaftlichen Globalisierung. Was sollen wir nun antworten, wenn jemand uns nach unserer langfristigen Alternative zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung fragt? Eine neo-keynesianische wirtschaftliche Globalisierung? Ist das Attacs Vision einer anderen Welt? Wenn ja, ist sie tauglich? Im Gegensatz zu den obigen Positionen schreibt das International Forum on Globalization (IFG) in einer Broschüre über die WTO:

"Die Globalisierung wirkt sich inhärent destruktiv auf die natürliche Umwelt aus, weil sie erfordert, dass Produkte Tausende Kilometer um die Erde herumreisen, was unvorstellbare Umweltkosten verursacht: ein noch nie dagewesenes Ausmaß von Verschmutzung der Ozeane und der Atmosphäre durch Transport, erhöhten Energieverbrauch und Abgase aus Verbrennung von fossilen Brennstoffen (was die Klimaveränderung fördert). Dazu kommen erhöhter Verbrauch von Verpackungsmaterialien, verheerende Weiterentwicklung von Infrastrukturen – neue Straßen, Häfen, Flughäfen, Pipelines, Stromnetze usw., die oft in bisher unberührten Gebieten gebaut werden." (IFG 2001 :24)

Diese prinzipielle Gegnerschaft der wirtschaftlichen Globalisierung gegenüber ist eine notwendige Folge der Anerkennung der Grenzen des Wachstums. Denn fortschreitende Globalisierung führt tendenziell zu stärkerem Wirtschaftswachstum, und weiteres Wirtschaftswachstum braucht weitere Globalisierung.

Gibt es Grenzen des Wachstums?

Wie wir aus der Geschichte der diesbezüglichen Diskussion seit 1972 wissen, lehnen viele Ökonominnen, Naturwissenschaftlerinnen und gebildete Laien – die These ab, dass es Grenzen des Wirtschaftswachstums gibt. Prof. Beckerman (1995), seinerzeit Leiter des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Oxford, meint, Ressourcen, auch die nichterneuerbaren, gebe es in solcher Fülle, dass Wirtschaftswachstum für die nächsten 100 Millionen Jahre problemlos weitergehen könne. So ungefähr ist auch die Meinung der Expertinnen, deren Positionen Julian Simon und Herman Kahn (1984) veröffentlicht haben.

Es gibt andere, die zwar einsehen, dass die nichtemeuerbaren Ressourcen über kurz oder lang erschöpft bzw. unerschwinglich teuer sein werden, die aber glauben, dass die Menschheit durch weitere Entwicklung der Wissenschaft und Technologie Ersätze für alle knapp werdenden Ressourcen schaffen würde. Einige glauben sogar, dass es möglich sein würde, aus dem Kohlenstoff des CO2, die wir heute einfach in die Atmosphäre ausstoßen, wieder Öl und andere nützliche Materialien zu produzieren und nebenbei auch das Problem der globalen Erwärmung zu lösen. Die ökologisch orientierten unter ihnen – Hermann Scheer, Franz Alt usw. – glauben, dass die erneuerbaren Ressourcen (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse usw.) bald alle knappen und ökologisch problematischen nichterneuerbaren Ressourcen ersetzen würden. So sei es möglich, bald sowohl das Ressourcen- als auch das Umweltproblen zu lösen. Der bekannteste unter ihnen, Hermann Scheer, Apostel einer "solaren Weltwirtschaft", schreibt:

"Unvorstellbare Zeiträume sind es also, in denen die Sonne Menschen, Tieren und Pflanzen ihre Energie spenden wird. Und das in derart verschwenderischer Weise, dass sie die üppigsten Energiebedürfnisse sogar einer sich noch drastisch vermehrenden Menschen-, Tier- und Pflanzenwelt befriedigen könnte: Jährlich liefert die Sonne 15000mal mehr Energie, als die Weltbevölkerung kommerziell verbraucht..." (Scheer 1999: 66)

Es gibt noch eine Gruppe von ökologisch orientierten Wissenschaftlerinnen (Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory und Hunter Lovins 1995, Friedrich Schmidt-Bleek 1993 usw.), die offenbar diese bestimmte Hoffnung von Scheer nicht teilen, die aber dennoch voller Hoffnung sind. Sie sagen, dank wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung und mittels etwas Reorganisierung der Wirtschaft (Ökosteuer, Abschaffung von Subventionen, handelbare Verschmutzungszertifikate usw.) sei es möglich, Ressourcenverbrauch drastisch zu reduzieren – um einen Faktor 4 bis Faktor 10 –,ohne auf Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu verzichten. Mit anderen Worten, könne die Ressourcenproduktivität drastisch erhöht werden. Und da Gesamtumweltbelastung im Allgemeinen im direkten Verhältnis zum Gesamtressourcenverbrauch stehe, werde mit dem Rückgang des Ressourcenverbrauchs auch die Umweltbelastung zurückgehen.

Wie überzeugend sind diese frohen Botschaften? Ich habe starken Zweifel, dass sie der wahren Lage der Welt entsprechen. Ich denke, die oben erwähnten Autoren reden eher wie Politikerinnen als wie Wissenschaftlerinnen. Aus Platzgründen kann ich hier nicht alle meine Zweifel darlegen. Das habe ich an anderer Stelle ausführlich getan (Sarkar 2001: Kapitel 4). Hier also nur ein paar Kritikpunkte. Beckerman argumentiert, es gebe in der Erdkruste bis zu einer Tiefe von einer Meile (1,61 Km) genug Ressourcen für kontinuierliches Wirtschaftswachstum in den nächsten 100 Millionen Jahren. Richtig ist, dass auch normales Gestein nützliche Mineralien enthält. Die Frage ist nur: in welcher Konzentration? Bei geringer Konzentration können die finanziellen, energetischen und Umweltkosten der Rohstoffgewinnung für die Wirtschaft zu hoch sein. Darum ist es zwar technisch möglich, Kohlenstoff aus CO2 oder Gold aus Meerwasser zu gewinnen, in der Wirtschaftspraxis ist das aber nicht brauchbar. Aus demselben Grund gibt es auch Grenzen des Recyclings. Wirtschaftlich brauchbare nichterneuerbare Ressourcen sind also doch knapp.

Auch erneuerbare Ressourcen sind im obigen Sinne knapp. Biomasse kann nicht überall produziert werden, und fruchtbares Land ist bekanntlich ein knappes Gut, das wir hauptsächlich für Nahrungsmittelproduktion brauchen. Auch Süßwasser ist bekanntlich ein knappes Gut. Geeignete Stellen am Flusslauf, wo Staudämme für Bewässerung und/oder

Wasserkraftwerke gebaut werden können, sind knapp, insbesondere in der Dritten Welt, wo bewohntes und fruchtbares Land aufgrund von Staudammbauten überflutet werden. Darum gibt es von Spanien bis Malaysia Widerstand gegen Staudammprojekte. Außerdem verschlammen Stauseen im Laufe von ein paar Jahrzehnten.

Produktionskosten von Strom und Treibstoff aus Windkraft-, Sonnenenergieanlagen und Biomasse sind (sehr) viel höher als die von konventioneller Energie. Zudem weht der Wind nicht immer und nicht überall in genügender Stärke, und die Sonne scheint nicht in der Nacht und an wolkigen Tagen, so dass konventionelle Kraftwerke immer bereitstehen müssen, was doppelte Investition bedeutet. Das sind Sachen, die wir nicht ändern können. Bei Sonnenstrahlung gibt es ein zusätzliches Problem: ihre Energiedichte auf der Erdoberfläche ist zu gering, und das ist eine kosmologische Konstante außerhalb unserer Kontrolle. Aus diesem Grund gibt es einleuchtenden Zweifel, ob Stromgewinnung durch Solarkraftanlagen überhaupt eine positive Energiebilanz aufweist. Das gleiche gilt für Biodiesel , Bioäthanol usw. Was die drastische Erhöhung der Ressourcenproduktivität betrifft, scheinen die erwähnten Autorinnen zu glauben, es gebe keine Grenzen der technologischen Entwicklung. Aber wir können die Gesetze der Physik, Chemie und Biologie nicht abschaffen. Sie, insbesondere das Entropiegesetz, setzen der Erhöhung der Ressourcenproduktivität Grenzen. Jede moderne Tecnolgie verbraucht große Mengen von Ressourcen, zur Herstellung eines kleinen Computers werden z.B. 15 bis 19 Tonnen davon verbraucht (Malley 1996). Wie Fred Luks errechnet hat, wenn der Ressourcenverbrauch in den Industriegesellschaften in den nächsten 50 Jahren um einen Faktor 10 sinken soll und wenn gleichzeitig die Wirtschaft weiter um zwei Prozent pro Jahr wachsen soll, dann muss die Ressourcenproduktivität um einen Faktor 27 ansteigen (Luks 1997). Wie realistisch ist diese Hoffnung?

Welche andere Welt ist möglich?

Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu dieser Frage muss also die Einsicht in die Notwendigkeit sein. Es ist notwendig, einzusehen, dass es Grenzen des Wachstums gibt. Es ist notwendig, in den hoch industrialisierten Ländern den Ressourcenverbrauch um einen Faktor 10 zu reduzieren. Das entspricht der Meinung der großen Mehrheit der Klimaforscherinnen. "Zur Stabilisierung des Klima-Systems, sagt uns die Wissenschaft, müssten die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 um 60 Prozent, die der Industrieländer um 80 Prozent reduziert werden" (Simonis 2001).

Was wurde aber auf dem Klimagipfel in Bonn erreicht, und was haben wir auf dem Berliner Attac-Kongress gehört? Der Bonner Kompromiss ("Kyoto 2") reduzierte die Vorgabe für die erste Periode bis 2012 auf nahe Null Prozent. In Berlin kritisierte in einer Arbeitsgruppe ein Teilnehmer den "Wachstumsfetischismus", worauf Prof. Huffschmid, Referent in derselben AG, antwortete (sinngemäß), weiteres Wirtschaftswachstum sei notwendig, um die Umstrukturierung der Wirtschaft zu bewerkstelligen, z.B. um die öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen. Wir sehen also, der notwendige Paradigmawechsel – vom Wachstumsparadigma zum Grenzen-des-Wachstumsparadigma – hat selbst bei den ökologisch orientierten Denkern des Attac-Deutschland, noch nicht stattgefunden, obwohl sie die Wörter "Ökologie" und "Umweltschutz" routinemäßig benutzen. (Wie ist es in Attac-Frankreich usw.?)

Unsere "andere Welt" kann nur eine öko-sozialistische sein

Die Klimaproblematik ist sehr aufschlussreich. Sie zeigt erstens, dass zumindest in den Industrieländern eine Schrumpfung der Wirtschaft stattfinden muss, wenn wir das globale Klimasystem stabilisieren wollen. Denn, wenn wir den Ausstieg aus der Atomkraft wollen und weltweit fordern, wenn die erneuerbaren Energien aus oben genannten Gründen den heutigen Gesamtbedarf an Energie nicht decken können und wenn es Grenzen der technologischen Steigerung der Ressourcenproduktivität gibt, dann ist eine 60- bis 80-prozentige Reduzierung des CO_2-Ausstoßes nur durch eine entsprechende Schrumpfung der Wirtschaft möglich. Dieser Schluss ist umso zwingender, als es zudem die große allgemeine ökologische Krise gibt, deren Lösung ja auch dringend eine starke Reduzierung des Ressourcenverbrauchs verlangt.

Zweitens ist es seit Bonn kristallklar, warum das Kyoto-Protokoll gescheitert ist, ja scheitern musste. Die USA, Japan und ein paar andere Industrieländer haben sich zumindest ehrlich verhalten, indem sie klar gesagt haben, dass das Kyoto-Protokoll den Interessen ihrer Wirtschaft zuwider lief. Die USA hatte schon auf dem Erdgipfel in Rio (1992) ihren Widerstand ausgedrückt – in der Äußerung ihres damaligen Präsidenten: "the American way of Iife steht nicht zur Disposition." Gibt es noch Zweifel daran, dass die Interessen der Wirtschaft und das Interesse der Menschen in den Industrieländern (aber auch eines Teils der Bevölkerung in der Dritten Welt) an Besitzstandswahrung den Interessen der zukünftigen Generationen und dem Umweltschutz widersprechen? Dieser Widerspruch kann im Kapitalismus gar nicht aufgehoben werden, denn Wirtschaftswachstum, ja Wachstumszwang, ist ein integraler Teil der Logik dieses Systems. Expandieren oder Untergehen, das sind die Alternativen in dieser Logik.

Die notwendige Schrumpfung der Wirtschaften der Industrieländer kann nur angegangen werden, wenn der Zwang, Profite zu machen und zu expandieren, dem alle Unternehmen im Kapitalismus unterliegen, und das Prinzip der Profitmaximierung außer Kraft gesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn der Kapitalismus selbst abgeschafft ist. Nur vergesellschaftete Betriebe können sich bereit erklären, die Produktion im Interesse der Allgemeinheit zu reduzieren. Und nur in einer sozialistischen Gesellschaft kann ein arbeitender Mensch sagen: ich habe keine Angst vor einer gewollten "Rezession".

Es ist leicht zu sagen, wir fordern eine andere Welt. Der Öko-Sozialismus ist eine Vision einer guten Welt und eine langfristige Aufgabe. Wenn wir unsere kurzfristigen Reformforderungen (auf welche Weise auch immer) durchsetzen können, dann wird das die Möglichkeit des Übergangs zu dieser anderen Welt eröffnen, mehr nicht. Denn auch mit der Tobin-Steuer, dem Verbot von Steueroasen und ein bisschen Schuldenstreichung wird die Weltwirtschaft ungerecht, ausbeuterisch, unterdrückerisch und umweltzerstöremd bleiben. Darum dürfen wir, während wir für unsere kurzfristigen Ziele kämpfen, die Vision unserer anderen Welt nicht aus den Augen verlieren – wohl wissend, dass die Tausende von Details nur in der Zukunft erarbeitet werden können, wenn wir soweit sind.

Eckpunkte einer öko-sozialistischen Welt

An anderer Stelle habe ich die Umrisse einer solchen Welt ausführlich diskutiert (Sarkar 2001, Kapitel 6 u. 7). Hier also aus Platzgründen nur die Eckpunkte:

Nachhaltige Entwicklung oder gar nachhaltiges Wachstum ist ein Widerspruch in sich, wie ein schwarzer Schimmel. Aber nachhaltiges Wirtschaften ist möglich. Eine nachhaltige Wirtschaft wird hauptsächlich auf erneuerbaren Ressourcen basieren und nichterneuerbare Ressourcen sparsam benutzen, oder nur wenn absolut nötig. Das bedeutet, zumindest die Wirtschaften der Industrieländer und die Weltbevölkerung müssen über eine längere Übergangsperiode schrumpfen, bis eine steady-state-Wirtschaft auf (im Vergleich zu heute) niedrigern Niveau (Daly 1977) erreicht ist. Das Konsumniveau in einer solchen Wirtschaft wird sehr bescheiden sein im Vergleich zu dem eines Durchschnittsbürgers der heutigen Ersten Welt.

Wenn der „Fußabdruck" der Spezies Mensch auf diese Weise stark verkleinert wird, wird es auf dem Planeten wieder genug Raum für die anderen Spezies der Schöpfung geben. "Es erscheint kaum notwendig, besonders zu betonen, dass ein Zustand konstanten Kapitals und gleichbleibender Bevölkerungszahl nicht mit einem stillstehenden Zustand menschlicher Erfindergabe gleichzusetzen ist. Es gäbe ebensoviel Spielraum für alle Arten geistiger Kultur, für moralischen und sozialen Fortschritt, genau so viele Möglichkeiten, die Lebensführung zu verbessern und es wäre wahrscheinlicher, das dies auch geschehen würde." (John Stuart Mill, zit. n. Flechtheim 1984: 19-20)

Eine nachhaltige steady-state-Wirtschaft muss arbeitsintensive Technologien bevorzugen. Erstens wird das notwendig sein, weil die zur Verfügung stehenden Mengen von erneuerbaren Ressourcen nicht das heutige Niveau der Mechanisierung und Automatisierung erlauben werden. Zweitens wird das auch wünschenswert sein, weil in einer sozialistischen Gesellschaft kein arbeitsfähiger Mensch arbeitslos sein und von der Arbeit anderer Menschen leben sollte.

Aus ökologischen und ressourcenbezogenen Gründen muss auch Fernhandel schrumpfen (Siehe Zitat oben aus IFG 2001). Das bedeutet, die Wirtschaften der Regionen müssen weitgehend selbstversorgend sein. Um das alles erreichen zu können müssen die Produktionsmittel verstaatlicht werden. Denn eine gewollte Schrumpfung der Wirtschaft würde im Kapitalismus Chaos und Zusammenbruch verursachen. Die Schrumpfung muss geordnet und geplant vor sich gehen. Es muss also eine geplante Wirtschaft sein. Auch andere Formen von Vergesellschaftung sind denkbar. Hauptsache soll sein, dass größere Mengen von Produktionsmitteln nicht im Privatbesitz bleiben.

Eine sozialistische Wirtschaftsordnung wird nicht nur aus den oben genannten praktischen Gründen notwendig sein. Sie wird auch wünschenswert sein; wir fordern schließlich auch Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Das ist nur im Sozialismus möglich, nicht im Kapitalismus.

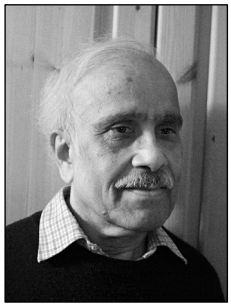
Um sicherzustellen, dass die öko-sozialistischen Gesellschaften nicht wieder zu Diktaturen entarten, müssen alte Konzeptionen von Rätedemokratie wiederbelebt werden. Außerdem müssen wachsame Bürgerinnen aktiv an der Politik teilnehmen. Da die Wirtschaftsregionen klein, überschaubar und weitgehend selbstversorgend sein werden, werden auch die politischen Einheiten, d.h. die Räterepubliken, klein und überschaubar sein, was die

Partizipation der Bürgerinnen an den Entscheidungsfindungsprozessen erleichtern wird. Eine weitgehend selbstversorgende Gesellschaft wird leicht auf Wirtschaftsimperialismus verzichten können. Der mäßige Fernhandel wird es Menschen ermöglichen, ferne Länder und Völker kennenzulernen. So wird auch internationale Solidarität möglich sein.

Artikelherkunft

Sarkar, S. (2001): Öko-Sozialismus. Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative. In: Infobrief Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik. 7/2001

Über den Autor



Saral Sarkar, Jahrgang 1936, hat Englische Literatur, Geschichte und Politische Ökonomie an der Universität Kalkutta studiert und 1958 mit Bachelor of Arts abgeschlossen. Danach hat er Deutsch am Goethe-Institut, in Indien und in Deutschland, studiert und mit dem Deutschlehrerdiplom abgeschlossen. Er arbeitet als freiberuflicher Publizist und Buchautor mit den Schwerpunkten in der politischen Ökonomie, Ökologie und Ökopolitik.

Verwendete Literatur

Beckerman, Wilfred (1995) Small is Stupid, London.

Daly, Herman E. (1977) Steady-State Economics, San Francisco.

Flechtheim, Ossip K. (1984) "Einführung in den Ökosozialismus", in Scherer und Vilmar (Hrsg.) 1984.

(The) International Forum on Globalization (IFG) (2001) Die Welthandelsorganisation (WTO), Köln.

Kurbjuweit, Dirk (2000) "Die Zukunft der Rebellion", in Spiegel Reporter, Nr.8, vom August 2000.

Luks, Fred (1997) "Der Himmel ist nicht die Grenze", in: Frankfurter Rundschau vom 21. Januar 1997.

Malley, Jürgen (1996) "Von Ressourcenschonung derzeit keine Spur", in: Politische Ökologie, Nr. 49 vom November/Dezember 1996.

Sarkar, Saral (2001) Die nachhaltige Gesellschaft, Zürich.

Scheer, Hermann (1999) Solare Weltwirtschaft, München.

Scherer, Klaus-Jürgen und Vilmar, Fritz (Hrsg.) (1984) Ein alternatives Sozialismuskonzept - Perspektiven des Ökosozialismus, Berlin.

Schmidt-Bleek, Friedrich (1993) Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Berlin, Basel, Boston.

Simonis, Udo E. (2001) "Kyoto gerettet - die Zukunft verpasst", in: Freitag vom 27. Juli 2001.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Lovins, Amory B./Lovins, Hunter L. (1995) Faktor Vier, München.

Suffizienz oder die Frage nach dem guten Leben

Wie viel ist genug? Was brauchen wir, um ein gutes, glückliches Leben zu führen? Macht es immer unglücklich, auf etwas zu verzichten?

Silke Kleinhückelkotten

Die Strategie der Suffizienz wurde ursprünglich als Ergänzung zu Effizienz- und Konsistenzstrategie in die Debatte zur nachhaltigen Entwicklung eingeführt. Dies beruhte auf der Erkenntnis, dass die Steigerung der Effizienz aufgrund von Mengen- und Wachstumseffekten nicht zu einer absoluten Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastungen führen dürfte (Sachs 1993: 69). Es sind auch Zweifel angebracht, dass durch eine umweltverträglichere Gestaltung von Stoff- und Energieströmen, die mit der Konsistenzstrategie angestrebt wird, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen ist. Zum einen sind die dazu erforderlichen Technologien noch nicht verfügbar und zum anderen erfordert auch die Aufrechterhaltung geschlossener Stoffkreisläufe den Einsatz von Energie.

Daraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es ohne Einschränkungen der umwelt- und ressourcenbelastenden Praktiken, das heißt ohne eine ergänzende Suffizienzstrategie, nicht gehen wird. Diese hat in diesem Zusammenhang eine quantitative Ausrichtung und ist vor allem ökologisch motiviert. Neben ökologischen sprechen aber auch soziale Gründe, insbesondere Gerechtigkeitsüberlegungen, für die (Selbst-) Begrenzung von Konsum und letztlich auch Profit. Gemeint ist hier ein "unerzwungener Verzicht auf maximalen Konsum bzw. Profit" (Bartelmus 2002: 40). Auch wenn Unternehmen durch einen bewussten Verzicht auf Produktion und Gewinn zur Suffizienzstrategie beitragen können, wird in der Diskussion vor allem die Rolle des Konsumenten betont, durch Nachfrageverzicht einen Beitrag zur Reduzierung der Stoff- und Energieströme zu leisten. Die Forderungen reichen hier von Konsumvermeidung, beispielsweise durch die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern beim Teilen, Tauschen und Leihen, bis zu Konsumverzicht und Subsistenz.

Suffizienz wird in den Diskussionen um Nachhaltigkeit oftmals als Verzichtsstrategie definiert und mit Eigenschaften wie Genügsamkeit und Bescheidenheit verbunden. Kritiker der Suffizienzstrategie setzen diese häufig mit Einschränkung und Mangel gleich, die Menschen müssten Wohlleben und Wunscherfüllung entsagen (Linz 2002: 9). Suffizienz wird allein als unrealistische "Verzichts- und Umverteilungsstrategie" (Huber 1995: 131) verstanden, die den herkömmlichen und immer noch aktuellen Vorstellungen materieller Nutzenmaximierung entgegenstünde. Suffizienz habe es bei Minderheiten immer gegeben, sei aber nie zu einem "Alternativ-Modell für massenhaftes Handeln" avanciert (ebd.: 127). Kurzum die Suffizienzstrategie sei nicht anschluss- und resonanzfähig, da die Mehrheit der Menschen außer in extremen Krisensituationen nicht zu materiellem Verzicht bereit sei (ebd.: 127ff).

Der materielle Konsum, sei es nun die Anschaffung eines eigenen Pkw, das Mitmachen jedes Modetrends oder der Bau eines Eigenheims im Grünen, werde als Freiheit erlebt und stehe damit im Konflikt zu alternativen umweltverträglicheren Nutzungsformen, die oft mit weniger Individualität, Autonomie und Bequemlichkeit assoziiert werden (Kraemer 2002: 59). "Die Zentrierung auf lebenslange Berufsarbeit bis zur wohlverdienten Rente, auf die Kleinfamilie und auf einen stetigen Zuwachs an Wohlstand, der sich in Autobesitz und Hauseigentum repräsentiert, gilt als Modell für ein gelungenes, 'gutes' Leben" (Hildebrandt

2000: 285). Kraemer (2002: 60f) weist darauf hin, dass die herausragende Bedeutung des Konsums in der heutigen Gesellschaft zu Zielkonflikten zwischen der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit führe. Diese dürften nicht heruntergespielt werden, sondern es müsste nach den sozialen Bedingungen gefragt werden, unter denen das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung und insbesondere eines nachhaltigen Konsums die Zustimmung in der Bevölkerung finden könnte. Vor allem müsse diskutiert werden, wie monetäre Umstellungs- und Vermeidungskosten gerecht verteilt werden könnten, um zu verhindern, dass durch nachhaltigen Konsum die soziale Ungleichheit noch verstärkt würde.

Vor dem Hintergrund der ökologischen, sozialen und individuellen Folgen der Konsumgesellschaft sehen Suffizienz-Befürworter durchaus Anschlussmöglichkeiten für eine auf Konsumverzicht angelegte Strategie. Sie verweisen schon seit Jahren darauf, dass bei gehobenem Wohlfahrtsniveau bzw. Lebensstandard eine Entkoppelung von Bruttosozialprodukt und Lebensqualität zu beobachten ist. Es zeigt sich sogar, dass der in den reichen Industrieländern erreichte Zuwachs an Lebensstandard, der in Form des Bruttosozialprodukts gemessen wird, durch ökologische, soziale und psychische Folgekosten wieder aufgezehrt wird (Reisch 1998: 43).[1] Dies wird auch als 'Wohlstandsfalle' bezeichnet (Scherhorn & Reisch 1999: 54). Beispiele für die negativen Folgen der starken Orientierung an materiellem Wohlstand sind die Zunahme umwelt- und stressbedingter Krankheiten, eine wachsende soziale Isolierung in Teilen der Gesellschaft und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund wird seit einiger Zeit ein weiter gefasstes Verständnis von Suffizienz als eine neue Qualität von Wohlstand diskutiert und ein kultureller Wandel angemahnt (Linz 2002: 13). Die Frage, was ein gutes und gelingendes menschliches Leben ausmacht, wird damit neu gestellt.

Suffizienz im weiteren Sinne geht über den bewussten Verzicht auf einzelne besonders material- oder energieintensive Produkte oder Dienstleistungen hinaus. Es geht um nicht weniger als eine umfassende Änderung der Produktions- und Konsummuster und somit auch des gegenwärtigen Wohlstandsmodells in den Industrieländern. Ziel ist eine Entmaterialisierung der Bedürfnisse. Persönliche Weiterentwicklung durch intellektuelles und geistiges Wachstum, eine bewusste und selbstbestimmte Lebensführung und erfüllende zwischenmenschliche Beziehungen sollen materielle Werte, wie Haben und Besitzen, ablösen. Suffizienz rückt damit in die Nähe von Selbstmanagement und Lebenskunst, verstanden als eine reflektierte und bewusste Lebensführung. Diese zeichnet sich aus durch Übernahme von Verantwortung für das eigene Leben sowie Selbstakzeptanz und Selbstverwirklichung durch Sinnsuche (Baberg 1999: 13f). Voraussetzung dafür sind u.a. die Fähigkeiten zur Bewältigung von Problemen und zum Umgang mit Rollen und Aufgaben (Vermeiden von Über- und Unterforderung, Frustrationstoleranz und Disziplin) sowie zur Selbstregulation des Wohlbefindens, zur Kommunikation und Interaktion.

Auch in dieser weiten Definition als Maßhalten und Selbstbegrenzung mit dem Ziel, ein gutes und gelingendes Leben ohne materiellen Ballast zu führen, ist Suffizienz nur wenig anschlussfähig an die vorfindlichen Lebensstile in unserer Gesellschaft. Doch es gibt eine

[1] Aus diesem Grund wird die übliche Vorgehensweise, das Wohlstandsniveau über das Bruttosozialprodukt zu messen, kritisiert, da dabei die negativen Wohlstandskosten nicht berücksichtigt werden.

kleine Avantgarde, die sich in letzter Zeit wieder aktiv zu Wort meldet, die Frage nach dem guten Leben in der heutigen Zeit diskutiert und Alternativen zur Konsumgesellschaft vorlebt.

Artikelherkunft

Der Beitrag beruht auf: Kleinhückelkotten, S. (2005): Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation. BWV, Berlin.

Über die Autorin



Dr. Silke Kleinhückelkotten, Jahrgang 1973, hat angewandte Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg studiert und zum Thema „Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation“ promoviert. Sie arbeitet seit 1998 im ECOLOG-Institut für sozial-ökologische Forschung und Bildung. Seit 2005 ist sie Stellvertretende Geschäftsführerin und Leiterin des Arbeitsbereichs „Kommunikation & Bildung“. Sie hat Lehraufträge u.a. an der Leuphana Universität Lüneburg und der Hochschule Bremen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Umwelt- und Naturbewusstseinsforschung, Social Marketing, Kommunikation und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Verwendete Literatur

Bartelmus, Peter (2002): Suffizienz und Nachhaltigkeit – Definition, Messung, Strategien. In: Wuppertal Institut (Hrsg.): Von nicht zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers, Nr. 125, Wuppertal, S. 39-48

Hildebrandt, Eckart (2000): Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung. In: Ders. (Hrsg.): Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Edition Sigma, Berlin, S. 271-305

Huber, Josef (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Edition Sigma, Berlin

Kleinhückelkotten, Silke (2005): Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation. BWV, Berlin

Kraemer, Klaus (2002): Konsum als Teilhabe an der materiellen Kultur. In: Scherhorn, Gerhard/Weber, Christoph (Hrsg.): Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung. Ökom, München, S. 55-62

Linz, Manfred (2002): Warum Suffizienz unentbehrlich ist. In: Wuppertal Institut (Hrsg.): Von nicht zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers, Nr. 125, Wuppertal, S. 7-14

Reisch, Lucia (1998): Abschied vom "Immer mehr". Nachhaltiger Konsum – ein Königsweg aus der Wachstumsfalle? In: Politische Ökologie, Sonderheft Nr. 11, Januar 1997, München, S. 43-47

Sachs, Wolfgang (1993): Die vier E's. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie, SPECIAL, September/Oktober 1993, München, S. 69-72

Scherhorn, Gerhard & Reisch, Lucia (1999): Ich wär so gern ein Zeitmillionär. Güterwohlstand und Zeitwohlstand. In: Politische Ökologie, Nr. 57/58, Januar/Februar 1999, S. 52-56

Suffizienz[1]

Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise

Oliver Stengel

1. Hintergrund und Forschungsfragen

Die Menschheit steht, vieles deutet darauf hin, an der Schwelle eines von ihr verursachten *neuen Klimazeitalters*. Dazu verringert sich die Artenvielfalt in Folge menschlicher Eingriffe so sehr, dass in Fachkreisen bereits vom *sechsten Massenaussterben* der Erdgeschichte die Rede ist. Die durch den Menschen bedingten ökologischen Veränderungen sind so einschneidend, dass Naturwissenschaftler seit einigen Jahren ernsthaft darüber diskutieren, ob die Erde in ein neues Erdzeitalter eingetreten ist: dem *Anthropozän*.

Soll die Erderwärmung die 2°C-Marke nicht übersteigen, muss die globale Emission von Treibhausgasen zur Mitte des Jahrhunderts um die Hälfte abnehmen (im Vergleich zu 1990). Da vielen Gesellschaften künftig ein höherer Energieverbrauch als bisher zugestanden wird, um ihren Bevölkerungen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, muss die Reduktion in den Industrienationen im gleichen Zeitraum gar um 90 Prozent zurückgehen. Die Menschheit benötigt 1,5 Erden, um ihre gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise dauerhaft aufrecht zu erhalten und lebten alle Menschen wie ein durchschnittlicher EU-Bürger, wären es 2,5 Planeten; lebten alle wie ein durchschnittlicher US-Bürger, wären es 4 Planeten. Der „ökologische Fußabdruck“ der Menschheit müsste darum um 50% kleiner werden (und jener der Industrienationen noch kleiner).

Gleichwohl sind die globalen CO_2-Emissionen von 1990–2010 um fast 40 Prozent gestiegen und der globale ökologische Fußabdruck von 1980–2007 um 33 Prozent. Der Trend zeigt also in die *entgegengesetzte* Richtung und die Verbrauchsraten nehmen weiter zu, da die Weltbevölkerung wächst, ebenso der Anteil der Mittelschichtskonsumenten in den bevölkerungsreichen Schwellenländern – d.h. der Anteil jener Menschen, die sich einen mittelständischen Lebensstil EU-Europas leisten können und dies auch tun, weil der durch Filme, TV-Serien und Internet vermittelte „westliche“ Lebensstil eine globale Leitbildfunktion hat.

Zu bedenken ist dabei, dass der Anteil der Mittelschichtskonsumenten in den Schwellenländern erst bei rund 20 Prozent liegt und diese Länder einen rigiden Wachstumskurs verfolgen, um mehr Menschen Zugang zu einem höheren materiellen Lebensstandard gewähren zu können. So muss – und dies ist meine *These* – im Westen anders konsumiert werden, wenn weltweit immer mehr Menschen wie im Westen zu konsumieren beginnen.

Dies auch deshalb, weil die erhoffte Umweltentlastung durch grüne Technikinnovationen, welche das Fundament aller Green Growth- und Green Economy-Konzeptionen sind, bislang ausgeblieben ist. Zwar wird energie- und ressourceneffizienter produziert – d.h. pro produzierter Ware im Durchschnitt weniger Natur verbraucht –, zwar steigt die

[1] Dieser Beitrag beruht auf einer Zusammenfassung der Dissertation von: Stengel, O. (2011)

Recyclingquote vieler Rohstoffe, da aber die Menge der produzierten Waren gestiegen ist, wurden die ökologischen Entlastungseffekte wieder zunichte gemacht.

Die Nachfrage muss sich wandeln, wenn die natürliche Umwelt entlastet werden soll – und darauf zielt die Suffizienzstrategie. Doch werden suffiziente Lebens- und Konsumstile, obwohl sie eine sehr effektive Strategie gegen die ökologischen Probleme und an sich obendrein relativ einfach umzusetzen sind, bislang nur von einer Minderheit praktiziert. Die *allgemeine Suffizienzstrategie* zielt auf eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die den übermäßigen Verbrauch von Gütern und damit von Ressourcen und Energie durch veränderte Verhaltensweisen in die ökologischen Schranken zurückführt. Die von mir vorgeschlagene *enge Suffizienzstrategie* richtet sich dagegen primär auf die drei umweltintensivsten Konsumgruppen: auf den motorisierten Individualverkehr und auf Flugreisen (Mobilität), auf den Verzehr tierischer Produkte (Ernährung), auf den Neubau von Gebäuden in Städten mit stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung sowie auf den Energieverbrauch beim Wohnen (Bauen und Wohnen). Von diesen Produkten und Praktiken geht nachweislich der höchste Energie- und Ressourcenverbrauch aus, weshalb die Umwelt erheblich entlastet wird, wenn es hier zu Einschnitten kommt. Dabei fordert die Suffizienzstrategie nicht, dass dabei auf das Notwendige verzichtet wird.

Vor diesem Hintergrund habe ich mir in meiner Arbeit folgende *Forschungsfragen* gestellt: (a) Wenn nicht zu erwarten ist, dass in absehbarer Zeit eine grüne Technik entwickelt werden kann, die den Naturverbrauch und die Emission von Treibhausgasen bei der Produktion von Waren hinreichend minimiert, wie sollten sich Konsumstile dann verändern? (b) Wird die Gesellschaft durch die Suffizienzstrategie über die Maßen belastet? (c) Welches sind die Barrieren, die jenem Wandel im Wege stehen? (d) Lassen sie sich überwinden – und wenn ja, wie kann auf die Entwicklung der Konsumgesellschaft Einfluss genommen werden? Daran schließt sich (e) die Frage an, ob man in einer liberalen Gesellschaft mit autonomen Individuen in die Privatsphäre – Konsumstile sind ein Bestandteil derselben – eingreifen darf?

2. Aufbau der Arbeit

Die Struktur der Arbeit habe ich in acht Kapiteln zusammengesetzt:

(1.) *Zeitdiagnose* bzw. Darstellung des Ist-Zustandes durch die Beobachtung von Protestverhalten, adressiertem Unrecht oder kollektiven Leidenserfahrungen. Denn Interventionen können legitimerweise nur dann erwogen werden, so ihre Notwendigkeit bzw. das Bedürfnis für Veränderung erwiesen ist. Beispiele aus verschiedenen Weltregionen zeigen, dass Millionenen Menschen schon heute unter den sich verändernden Umweltbedingungen leiden. Ferner haben sich auf allen Kontinenten soziale Bewegungen gegen die Veränderung der Umweltbedingungen formiert.

(2.) Lokalisierung der entscheidenden Störung bzw. *Pathologie* der Gesellschaft. Störungen finden sich in der Produktions- und Konsumsphäre. Zum einen hat die Erhöhung der Arbeitsproduktivität – also der effizientere Einsatz des Faktors Arbeit – Vorrang vor der Erhöhung der Ressourcenproduktivität bzw. des effizienteren Einsatzes des Faktors Natur (Produktion). Zum anderen genießen Lebensstile mit dem höchsten Energie- und Ressourcenverbrauch das meiste intra- wie intergesellschaftliches Prestige (Konsum).

(3.) *Ätiologie*: Erklärung, wie die Pathologie und damit der kritikwürdige Ist-Zustand hat entstehen können und reproduziert wird.

Rekonstruktion der Gründe, warum sich klassische Ökonomen auf die Verbesserung der Arbeitsproduktivität konzentriert haben und nicht den Kostenfaktor Natur: Zunächst galt die Arbeitsteilung, später die Automatisierung als profitabelste Strategie. Außerdem waren die eingesetzten Rohstoffe billig, indes sich die Arbeitskosten mit der Zeit stetig erhöhten. Zudem lebten die klassischen Ökonomen in einer Epoche der fortlaufenden Entdeckung neuer Erdteile, wodurch der Eindruck der unermesslichen Fülle entstand. Die Erde galt noch bis tief ins 20. Jh. hinein als unerschöpfliches Ressourcenreservoir.

Die Konsumgeschichte zeigt, dass sich schon in der höfischen Gesellschaft Europas eine Anerkennungsstruktur etablierte, die den energie- und ressourcenintensivsten Lebensstil bis heute mit Prestige bedenkt: Die größten Häuser, die aufwendigsten Fahrzeuge (damals Kutsche, heute Autos), die exotischsten und fleischreichsten Gerichte, die neuesten Moden hatten zunächst Angehörige des Hofes. Die Statussymbole, verbreiteten sich *intra*gesellschaftlich und schließlich *inter*gesellschaftlich bis in die Schwellenländer und wurden teils zu Standardgütern.

(4) *Prognose* der Folgen, die in Zukunft zu erwarten sind, wenn die „pathologische“ Entwicklung nicht oder kaum aufgehalten wird.

Einst entsprossen Krisen dem Mangel, die Umweltkrise ist eine Folge des Überflusses. Der Überfluss vergleichsweise weniger bedroht die Zukunft vieler. Untersucht werden Folgen für Entwicklungsländer und die internationale Sicherheit, wenn die materielle Basis von Gesellschaften schwindet. Untersucht werden auch die kulturellen Folgen des fortdauernden Naturverbrauchs für die Ziele der Moderne, der größtmöglichen Zahl das größtmögliche Glück durch eine Steigerung des Güterwohlstands und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Diese Ziele geraten in größere Ferne, je weiter die Degradation der Ökosysteme voranschreitet.

(5) *Therapieplan*: Nennung einer Möglichkeit, wie die Pathologie überwunden und die Entwicklung vom Ist- zum Soll-Zustand (Emission weniger Klimagase, Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks) eingeleitet werden kann. Die Suffizienzstrategie wird dazu mit dem *technischen Einwand* konfrontiert, welcher fragt, ob diese Strategie überhaupt notwendig sei, da technische Innovationen den Energie- und Ressourcenverbrauch effektiver senken können.

Nachweis einer *Legitimation*, die als Rechtfertigung der Therapie dient und begründet, warum es richtig ist, dass sie realisiert werden sollte. Konfrontation der Suffizienztragie mit dem *ökonomischen Einwand*, dass Suffizienz die Wirtschaft belaste und sich dadurch die Zahl der Bedürftigen erhöhe. Es folgt eine Abwägung der gesellschaftlichen Kosten, die sich aus der Institutionalisierung der Suffizienzstrategie sowie aus ihrer Nichtumsetzung ergeben.

(6) *Praxis*: Aufdeckung möglicher Barrieren, welche die Umsetzung der Therapie hemmen und Erklärung, wie sie dennoch zum Vollzug kommen könnte. Hier wird die Suffizienzstrategie zunächst mit dem *kulturelle Einwand* konfrontiert. Dieser zielt auf die an der Konzeption des guten Lebens ausgerichtete Lebensführung. Er hält vor, dass Menschen in modernen Konsumgesellschaften nur ungern verzichten und Suffizienz deswegen unrealisierbar ist. Aus diesem folgt der *politische Einwand:* Suffizienz sei darum in

Demokratien undurchsetzbar. Anschließend werden zwei Möglichkeiten genannt, eine auf der Mikro- und eine auf der Makroebene der Gesellschaft, wie sich die Suffizienzbarrieren voraussichtlich umgehen lassen könnten.

(7) *Legitimation* der Praxis: Warum kann dieser Weg gewählt werden, um den Soll-Zustand zu erreichen? Konfrontation der Suffizienzstrategie mit dem *liberalen Einwand:* Es ist nicht rechtens, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun, worauf sie zu verzichten und wie sie zu leben haben. Menschen dürfen konsumieren, was sie sich zu kaufen in der Lage sind, denn die Konsumentensouveränität ist unantastbar.

Begriffe wie »Diagnose«, »Ätiologie« und »Therapie« zeigen, dass diese Vorgehensweise eine *klinische* ist. Symptomatik und Prognostik, Diagnose und Ätiologie sollen eine soziale Fehlentwicklung aufdecken, diese analysieren und aus der Analyse anschließend Möglichkeiten ihrer Korrektur aufzeigen.

3. Ergebnisse

zur Frage (a): Wider dem technischen Einwand und Darlegung der engen Suffizienzstrategie (Kapitel 5)

Ich untersuche im fünften Kapitel die Rolle technischer Innovationen (der Effizienz- und Konsistenzstrategie) zur Verminderung der Ressourcenentnahme und der Emission von Treibhausgasen. Entgegen der politischen Erwartung zeigt sich, dass grüne Technikinnovationen die Umwelt nicht wie erforderlich entlasten.

Konzepte wie der Green New Deal oder Green Growth basieren auf einer „Dritten Industriellen Revolution“, d.h. auf einer umweltfreundlichen Technik. Technische Innovationen leisten zwar einen zweifellos notwendigen Beitrag, sind jedoch *nicht* hinreichend. Eine *absolute* Abnahme des Energie- oder Ressourcenverbrauchs konnte bislang nicht registriert werden.

Zwar soll der effizientere Einsatz von Rohstoffen und Energie die Marktchancen erhöhen, doch stehen gerade *Marktmechanismen* der Effizienzsteigerung entgegen: Controlling Systeme erfassen Materialverluste zumeist nicht, fokussieren stattdessen den Faktor Arbeit und die Reduktion der Arbeitskosten. Investitionsentscheidungen bei Maschinen sind oft dominiert von den Anschaffungskosten, zudem sind die Amortisierungsfristen für neue Maschinen oft zu lang. Häufig sind technische Alternativen nicht bekannt und wo doch, werden häufig Kosten in Form von Beratungs-, Umsetzungs- und Überwachungskosten gescheut, ebenso Kosten, die durch Produktionsunterbrechungen oder -ausfällen entstehen und Effizienzmaßnahmen unattraktiv machen. Vorgaben von Kunden zum Produktdesign können der Ressourcenschonung im Weg stehen, ebenso der ungewisse Markterfolg ressourcenschlanker Waren. Effizienzmaßnahmen können sich ergo nicht wie erhofft duchsetzen und wo sie es tun, werden ihre Einsparerfolge durch ein verändertes Verbraucherverhalten im Durchschnitt halbiert:

Ressourceneffizienter produzierte Waren werden günstiger angeboten. Die nunmehr billiger gewordenen Produkte motivieren jedoch zum Mehrkonsum dieser Waren oder zur Mehrnutzung anderer Waren, wenn das eingesparte Geld für andere Zwecke ausgegeben wird. Das Phänomen ist als *Rebound-Effekt* bekannt: Autos, die weniger Benzin verbrauchen, werden häufiger genutzt. Zudem hat sich die Nachfrage auf größere Autos mit mehr

elektronischen Applikationen verlagert. Auch diese Entwicklung schmälert Effizienzerfolge. Daneben können technische Ökoinnovationen kaum etwas gegen das Artensterbens in den Meeren und an Land oder gegen die Viehwirtschaft ausrichten.

Auch ist die vollständige Umstellung der Produktion auf eine reine Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien (Konsistenzstrategie) in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten. Wie eingangs erwähnt, erschwert das Nachfragewachstum die Minderung des Naturverbrauchs. Zudem prognostiziert der World Energy Outlook, dass fossile Energieträger auch in 30 Jahren noch die mit Abstand dominante Energiequelle sein werden.

Technische Ansätze müssen folglich durch suffiziente Lebensstilveränderungen flankiert werden, sofern der Energie- und Ressourcenverbrauch reduziert werden soll. Es folgt eine Antwort auf die Frage, wie sich Konsumstile verändern müssten. Steigende Konsumraten sind aus ökologischer Sicht zwar problematisch einige Konsumpraktiken sind jedoch problematischer als andere.

Der ökologische Einfluss des privaten Konsums überwiegt in den westlichen Konsumgesellschaften deutlich den der öffentlichen Beschaffung (nicht in Schwellenländern, wo Infrastrukturen erst aufgebaut werden) und bestimmt das Angebot. Den ökologischen Druck, den nun die Konsumfelder Ernährung, Bauen und Wohnen sowie Mobilität (inklusive Infrastruktur) ausüben, wird auf 60–70 Prozent des gesamten vom Konsum ausgehenden Umweltbelastungen beziffert. Damit die Erderwärmung bis zur Mitte des Jahrhunderts nicht 2°C über der vorindustriellen Durchschnittstemperatur liegt, darf jeder nicht mehr als zwei Tonnen Treibhausgase pro Jahr emittieren. In *jedem* dieser Konsumfelder verursachen die Bürger der Industriestaaten jedoch alljährlich 1,9–2,5 Tonnen Treibhausgase. In diesen Feldern befinden sich folglich jene Praktiken, die suffizient werden müssten. Statt also alle Konsumfelder nach der Rasenmähermethode zu beschneiden, ergibt sich schon eine große Reduktion des *Volumens* der benötigten Energie- und Ressourcenmengen, wenn sich die *Struktur* des Konsums wandelt.

Suffizienz in der *Ernährung* – vor allem hinsichtlich des reduzierten Fleisch- und Fischkonsums – ist denkbar, weil es Alternativen gibt. Der Verzehr von Tieren ist für die Gesundheit nicht nötig, alternative Lebensmittel sind ausreichend vorhanden und Fleisch- und Fischprodukte sind nicht billiger als diese alternativen Nahrungsmittel.

Noch besitzen rund 20 Prozent der Weltbevölkerung rund 70 Prozent aller PkWs. Das aber ändert sich rapide, denn immer mehr Menschen können sich ein Auto leisten. Doch schon der für den Bau der gegenwärtigen Wagenflotte erforderliche Material- und Energieaufwand ist enorm. Suffiziente *Mobilität* zeigt sich darum in der Verschiebung vom Auto zu kollektiven Transportmitteln und, in Städten, auch zum Fahrrad. Zusätzlich denkbar sind neue Angebote, etwa eine jährliche Flatrate für den ÖPNV, die jeder Bürger zu zahlen hätte, was ihm die flexible Nutzung von Bussen und Bahnen ermöglichen würde. Da diese Pauschalgebühr für alle Bürger (einer Stadt) verbindlich wäre, würde dies den Preis entsprechend gering halten und dennoch Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs ermöglichen.

Obwohl in vielen deutschen Städten die Einwohnerzahl sinkt, steigt in ihnen die bebaute Fläche, da der Neubau z.B. von Eigenheimen favorisiert wird. Suffizienz im *Bausektor* räumt dagegen dem Umbau und der Modernisierung bestehender Gebäude Priorität ein.

Suffizienz im *Wohnsektor* richtet sich auf den Minderverbrauch von Energie, die für das Erwärmen und Kühlen (Wasser, Raumtemperatur) aufgewendet wird. Hier werden 80 Prozent der im Haushalt verbrauchten Energie konsumiert. Hier geht es nicht um den Verzicht auf Raumwärme, sondern um den verantwortungsbewussten Einsatz der Heizung (z.B. 18°C statt 22°C Raumtemperatur im Winter).

Es geht also nicht darum, auf Nahrung, Mobilität, Wohnfläche oder Energie zu verzichten. Es geht darum ihren Verbrauch anders zu gestalten. Ferner gilt: *Wachsen* müssen jene Branchen, die den Verbrauch von Energie und Ressourcen senken – etwa der ÖPNV, die Produktion von Windrädern, Recyclingtechnik oder Umweltbildungsdienstleistungen. *Schrumpfen* oder sich wandeln müssen dagegen jene Branchen, von denen die größten negativen ökologischen Effekte ausgehen (Viehwirtschaft, Autoindustrie, Bausektor, die fossile Energieproduktion). Dazu ist eine suffiziente Nachfrage unumgänglich.

Zur Frage (b): Negative gesellschaftliche Effekte der Suffizienzstrategie (Kapitel 6)

Die Lösung darf allerdings nicht schädlicher sein als das Problem. Wie wirkt sich das enge Suffizienzkonzept voraussichtlich auf Wirtschaft und Gesellschaft aus? Tatsächlich ist Konsum in zweifacher Hinsicht problematisch geworden:

Problematisch ist der gleich bleibende oder ansteigende Konsum, da von ihm ökologische Krisen ausgehen, die zu volkswirtschaftlichen und politischen Problemen werden.

Problematisch ist jedoch auch der sich verminderte Konsum, da er zu einer Reihe volkswirtschaftlicher und politischer Krisen führt, die auf andere Gesellschaftsbereiche übergreifen.

Merkantilisten schrieben schon vor rund 300 Jahren, dass Verschwendung und Luxus unerlässlich für eine funktionierende Marktwirtschaft sind, da sie dafür sorgen, dass Reichtum umverteilt, Innovationen und Investitionen begünstigt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Suffizienz ist zunächst das Gegenteil davon. Doch haben sich die Rahmenbedingungen seitdem verändert, da sich die Umwelt verändert hat. Der Report von Nicholas Stern (2007) errechnete, dass Klimaschutz teuer, unterlassener Klimaschutz aber teurer ist. Weitere Studien kamen zum selben Ergebnis, das auch für die enge Suffizienzstrategie gilt: Suffizienz verursacht in den betroffenen Industrien Kosten, ihre Unterlassung wird höhere Kosten nach sich ziehen (zumal Suffizienz auch eine Klimaschutzstrategie ist).

Die enge Suffizienzstrategie konzentriert sich zwar auf so wenig Wirtschaftsbranchen wie möglich, um volkswirtschaftlichen Schäden möglichst gering zu halten, dabei aber eine größtmögliche Umweltentlastung zu erzielen, dennoch bleiben Konflikte nicht aus: In der EU entfallen nach Angaben der Europäischen Kommission rund 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf die Automobilindustrie, in der (inkl. Zulieferer und Dienstleister) 2009 3-4 Prozent aller Beschäftigten in der EU-Wirtschaft arbeiten. Der Autoverkehr trägt im Gegenzug zu 20 Prozent zur Emission von Klimagasen bei. In den EU-Staaten beträgt der Anteil des Konsums von Milch- und Fleischprodukten an den umweltschädlichen Einwirkungen, die vom gesamten Konsum ausgehen, 24 Prozent. Der ökonomische Wert dieser Lebensmittel bemisst dagegen sechs Prozent.

In diesen Branchen tut sich eine Disbalance zwischen ökologischen Schäden und ökonomischem Nutzen auf. Und es lässt sich sagen, dass die Menschheit mehr noch als auf eine intakte Viehwirtschaft auf intakte Regenwälder angewiesen ist und mehr noch als auf eine wachsende Autoindustrie ist sie dies auf ein stabiles Klima. Zudem darf man die Suffizienzstrategie nicht isoliert betrachten. Schließlich gilt es auch grüne Technikinnovationen und den Ausbau des ÖPNV zu forcieren. Diese stellen neue Arbeitsplätze in Aussicht.

Erfahrungen aus der Fischindustrie zeigen, dass die vorzeitige Institutionalisierung der Suffizienzstrategie (hier: die Halbierung des Fischkonsums) größere Kosten vermieden hätte, als das Business as usual. Laut der Studie The sunken Billions von FAO und Weltbank (2008) sind 75 Prozent der globalen Fischbestände bis an ihre Grenzen befischt oder überfischt. Die daraus resultierenden Verluste summieren sich jährlich auf mindestens 50 Milliarden US-Dollar. Diese Kosten entstehen aus mehreren Gründen: Erstens sind die Kosten für das Aufspüren und Fangen der Fische wegen der überfischten Bestände gestiegen. Dadurch sank die Produktivität pro Fischer. Zweitens ist die internationale Fangflotte zu groß, so dass die schrumpfenden Erlöse auf eine zu große Anzahl an Fischfängern verteilt werden. Ferner können viele Flotten nur durch Subventionen und zu Lasten anderer Sektoren überleben. Zu diesen kommen weitere Kosten hinzu: Der Lebensunterhalt von rund 200 Millionen Menschen auf der Welt hängt ganz oder teilweise vom Fischfang und den an ihn angeschlossenen Industriezweigen ab. Manche der arbeitslos gewordenen Fischer – so am Horn von Afrika und in der Seestraße von Malakka – haben sich bewaffnet, um Frachtschiffe zu kapern und Lösegeld zu verlangen.

Zur Frage (c): Identifikation der Suffizienzbarrieren (Kapitel 7.1)

Die langfristigen Kosten dürften bei der Beibehaltung des Gegebenen größer werden. Dennoch lautet der Generaleinwand gegen Suffizienz, dass diese schlicht nicht gewolt wird. Aber warum eigentlich? Die Kenntnis der Barrieren kann den Weg zu ihrer Umgehung weisen.

Die von mir aufgedeckten Barrieren, welche der Genügsamkeit im Allgemeinen und damit auch der Genügsamkeit im Umgang mit den umweltintensivsten Güter erschweren, habe ich analytisch getrennt, sie können in Wirklichkeit miteinander vermengt auftreten. Zudem muss nicht jede der Barrieren auf jeden Einzelnen zutreffen. Im Grunde genügt schon eine von ihnen, um eine Änderung des eigenen Konsumstils abzuwehren. Die Barrieren repräsentieren die in umweltpsychologischen und -soziologischen Studien wiederholt aufgedeckte *Kluft zwischen* (Umwelt-)*Wissen und Handeln* (Individuen handeln zumeist wider ihres besseren Umweltwissens). Das bedeutet zugleich, dass die Schließung der *Kluft zwischen Nicht-Wissen und Wissen*, wo sie noch besteht, alleine nur wenig bewirken wird. Letztlich müssen beide Gräben überwunden werden.

(Barriere 1). Die erste Barriere verursacht persönliche Kosten, durch den realen oder imaginierten Verlust von Gewohnheiten, Genuss, Zeit, Status, Komfort etc. Sie entstehen oft bei der Umstellung auf umweltverantwortliche Handlungsweisen und blockieren diese damit.

(Barriere 2). Die Definitionen von Status, sozialer Integration, Wohlstand und einem gelungenem Leben sind weitgehend offen für kulturelle Interpretationen. Ihre moderne

Interpretation regt jedoch einen energie- und ressourcenlastigen Lebensstil an. Zudem hat sich mit der Säkularisierung der Ort des Guten Lebens ins Diesseits verlagert und auf die Steigerung des materiellen Wohlbefindens gerichtet. Das Leben ist zur einzigen Gelegenheit geworden, Erlebnisse und Genuss erfahren zu können.

Aus der Anerkennungsstruktur und der Vorstellung vom Guten Lebens speist sich der *Konsumismus*, ein westliche Gesellschaften charakterisierender Glaube und Lebensstil, der sich darin zeigt, dass Identität, Status, Glück, Sinn und soziale Integration an den Konsum gekoppelt sind. Dieser Konsumismus, der nicht an einzelne Konsumgüter gebunden ist, läuft auch der selektiven Suffizienzstrategie, die auf spezifische Produkte zielt, zuwider.

(Barriere 3). Die Mehrheit der Bevölkerung ist in ihrer Lebens- und Konsumweise tendenziell an der Mehrheit und deren Praktiken und Konventionen orientiert. Dadurch ergibt sich eine zirkuläre Barriere, zumal die gegenwärtigen Konsumkonventionen suffizienten Lebensstilen konträr gegenüberstehen (vgl. Barrieren 2 und 5). Zwar formieren sich unentwegt Gegenkulturen, konsumiert eine größer werdende Minderheit nach fairen oder biologischen Kriterien. Dennoch vollziehen sich auch die scheinbar abweichenden Praktiken von Minderheiten innerhalb eines kulturellen Rahmens, den auch sie anerkennen. Dieser Rahmen gibt Orientierungen, legitime Praktiken und Konventionen vor (der Besitz eines Autos ist z.B. ebenso selbstverständlich wie das tägliche Fleischgericht). Die meisten fühlen sich bei der Vorstellung unwohl und haben den Eindruck, etwas Extremes zu tun, wenn sie mit suffizienten Handlungen von vorherrschenden Leitbildern und Standards abweichen. Sie sind durchaus bereit, Änderungen ihrer Lebensweise hinzunehmen, jedoch nur, wenn andere ebenfalls so handeln würden.

(Barriere 4). Aus Respekt vor der Konsumentensouveränität, aus Sorge vor dem Unmut des Wählerwillens sowie wegen der Befürchtung negativer Folgen, die eine Politik der Konsumdrosselung für die Politik des Wirtschaftswachstums hat, warten politische Entscheidungsträger auf Signale von „unten“, von der Wählerschaft. Auf Signale von unten warten auch Akteure im ökonomischen System, da die Nachfrage ihr Angebot beeinflusst. Zugleich gibt ein großer Teil der Bevölkerung die Verantwortung für Umweltschutzmaßnahmen, nach „oben“, an Politik oder Wirtschaft ab. Daraus resultiert erneut eine zirkuläre Blockade und symbolische Umweltpolitik.

(Barriere 5). Während der ökologische Zustand der Erde eine Reduktion des energie- und ressourcenintensiven Konsums nahe legt, bedarf die Marktwirtschaft der Steigerung des Konsums und animiert dazu: Zum einen direkt durch Werbung, die weniger dahingehend wirkt, dass sie den Konsum für ein bestimmtes Produkt steigert. In ihrer Summe ist der Einfluss von Werbung subtiler. Sie vermittelt eine Art „hidden curriculum“, der in der Vorgabe von bestimmten, aber konsumgebundenen Standards und Leitbilder besteht (z.B. Lifestyle- und Identitätsinstruktionen) und einen konsumorientierten Way of Life selbstverständlich macht, der wiederum der Majorität als Orientierung dient (vgl. Barriere 3).

Indirekt erhöht die Einführung immer neuer Waren bzw. Optionen in allen Produktkategorien die Unzufriedenheit mit dem, was man hat (ein Vorjahresmodell, etwa ein Auto, verschleißt psychologisch, sobald ein neues Modell mit dem Versprechen eingeführt wird, moderner, besser und attraktiver zu sein). Das regt zu weiteren Kaufakten

an und ebenso verleitet dazu die bloße Warenfülle, die eine Bedürfnissättigung erschwert oder gar unmöglich macht.

Zur Frage (d): Möglichkeiten zur Überwindung der Barrieren (Kapitel 7.2)

Die Barrieren stellen sich dem Individuum als empfundene Kosten entgegen. Neben Zeit-, Freiheits- und Gewohnheitsverlusten (Barriere 1) bestehen weitere Kosten für suffizienten Konsum in Form von Status- und Versäumnisängsten, im Unbehagen vor sozialer Desintegration sowie in der Unlust, von einem erlangten Komfortniveau wieder ablassen zu müssen (Barrieren 2, 3 und 5). Bestehen diese Kosten nicht, haben die Individuen kaum Anlass, ihre Verantwortung an Politik und Wirtschaft weiterzureichen (Barriere 4).

Grundsätzlich bieten sich darum zwei Optionen an: Zum einen die Reduktion jener Kosten, die sich das Individuum aufbürdet, wenn es suffizient handelt. Zum anderen die Erhöhung der individuellen Bereitschaft, eben jene Kosten in Kauf zu nehmen. Beide Möglichkeiten habe ich mit dem Ergebnis untersucht, dass letzteres durch die Förderung moralischer Kompetenzen, ersteres durch kulturellen Wandel geschehen kann:

Obzwar die wenigsten Konsumenten die natürliche Umwelt bewusst schädigen möchten, tragen ihre energie- und ressourcenintensiven Konsumstile in der Summe doch dazu bei. Dies liegt auch daran, dass alle Konsumenten innerhalb eines vorgegebenen kulturellen Rahmens handeln, der vorgibt, welche Verhaltersweisen und Konsumgüter selbstverständlich sind. So gilt der Besitz und die Nutzung eines PkW auch für Kurzzstrecken als normal.

Dieser kulturelle Rahmen aber ist nicht unveränderlich. Er hat sich entwickelt und er kann sich wandeln. Beispiele für solche Rahmenänderungen, für einen Imagewandel von Konsumpraktiken, lassen sich im 20. Jh. einige finden: Autofahrer hatten in US-amerikanischen Großstädten bis in die frühen 1920er Jahre einen schlechten Ruf, da sie Menschen und Kutschen die Straßen streitig machten, die Luft verschmutzten und zigtausende Menschen bei Unfällen tödlich verletzten. Anfang der 1930er verloren Autofahrer nicht nur ihren schlechten Ruf, sondern wurden das Symbol fortschrittlicher urbaner Mobilität. Fast Food im Allgemeinen und Hamburger im Speziellen hatten in den USA der frühen 1920er Jahre den Ruf, ein krank machendes Arme-Leute-Essen zu sein und wurde darum zumeist gemieden. In den 1930er Jahren avancierte der Hamburger aber zum Kultobjekt und zur amerikanischen Standardmahlzeit. In beiden Fällen führte ein intendierter Imagewandel zum Wandel von Alltagspraktiken.

In meiner Arbeit habe ich diese und andere Prozesse des Bedeutungswandels von Produkten rekonstruiert und dabei ihre Erfolgsbedingungen herausgearbeitet, denn was in die eine Richtung funktiert, kann prinzipiell auch in die andere Richtung funtionieren. Dabei zeigte sich, dass sich die kulturelle Bedeutung von Produkten innerhalb von 10–15 Jahren grundlegend verändern kann.

Dadurch lässt sich auch ein Suffizienz-Rebound, d.h. der Effekt umgehen, dass weniger nachgefragte Güter günstiger und damit attraktiv für jene werden, die sich diese Güter bislang nicht leisten konnten. Symbolisch unattraktiv gewordene Güter aber werden von den meisten Menschen nicht mehr gewollt.

Die zweite Option basiert auf empirischen Befunden zur Psychologie der moralischen Entwicklung. Diese zeigen, dass sich die moralische Urteilsfähigkeit eines Menschen in mehreren Stufen entwickelt und diese Entwicklung – gleich der Ausbildung kognitiver Fähigkeiten – gezielt gefördert werden kann (was in Schulen üblicherweise aber vernachlässigt wird). Von Natur aus ist Moral im Menschen als Potenzial zwar eingefaltet, doch entfaltet sie sich nicht von allein, sondern nur durch äußere Stimuli. Wo diese fehlen, bleibt der Mensch in seiner moralischen Entwicklung stecken.

Menschen auf den höheren Stufen sind bereit, größere situative Widerstände zu überwinden – also Kosten in Kauf zu nehmen –, um ihr moralisches Urteil in Handlungen umzusetzen. Sie wenden weniger Ausreden als Entschuldigung für die Beibehaltung einer Verhaltensweise an, von der gewusst wird, dass von ihr negative externe Effekte ausgehen. Und schließlich enthalten Nachhaltigkeit und Suffizienz moralische Prinzipien: Beiden geht es um Mitmenschlichkeit, um die Annahme von Verantwortung, um Solidarität für Mitmenschen oder um Solidarität mit kommenden Generationen. Beiden geht es ferner um die Austarierung oft miteinander konfligierender Ansprüche (z.B. Eigen- kontra Allgemeinwohl) und um inter- wie intragenerative Gerechtigkeit bei der Ressourcennutzung.

Ich führe in meiner Arbeit eine bereits bestehende und bewährte Methode an, mittels der die moralische Entwicklung unterstützt werden kann. Dabei handelt es sich um einen Ansatz auf der Mikroebene, der sich, wird er ins Bildunsgsystem integriert, aber erst langfristig auswirkt. Im ersten Teil dieses Textes habe ich jedoch angedeuetet, dass große gesellschaftliche Veränderungen zur Minimierung des Naturverbrauchs rasch erfolgen sollten, so dass eine schneller zu Veränderungen führende Strategie nicht ausgeklammert werden kann. Eine solche ist der bereits vorgestellte Ansatz auf der Makroebene, der auf den Wandel kultureller Deutungsmuster zielt.

Zu Frage (e): Legitimation zur Steuerung der Nachfrage (Kapitel 8)

Der liberale Einwand ist gleichbedeutend mit der Frage, unter welchen Umständen die menschliche Handlungsfreiheit in liberalen Gesellschaften, in denen die Souveränität und Autonomie des Einzelnen hoch geachtet werden, beschnitten werden darf. Kant, Mill und die Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 sind sich einig darin, dass jeder tun (und konsumieren) kann, was ihm beliebt – so lange er durch sein Tun anderen nicht schadet.

Der moderne Freiheitsbegriff ist damit nicht am Einzelnen ausgerichtet, sondern in den sozialen Bereich eingebunden. Jeder hat, da er mit anderen zusammenlebt, die Pflicht, das Wohlsein dieser anderen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund ist das Individuum seiner Gesellschaft für solche Handlungen nicht rechenschaftspflichtig, die seine persönlichen Interessen allein betreffen. Aber Freiheit ist weder ein Recht noch eine Tugend an sich. Sobald Handlungen den Interessen anderer schädlich sind, ist das sie ausführende Individuum der Gesellschaft Rechenschaft schuldig.

Als bekannt wurde, dass der Qualm von Zigaretten nicht nur die Rauchenden, sondern auch die Nicht- bzw. Passivrauchenden schädigt, konnte das Rauchen nicht länger als erlaubte Selbstgefährdung gelten, sondern war nun als Fremdgefährdung zu klassifizieren. Damit begann diese Praxis mit der liberalen Maxime zu konfligieren, weshalb sie (im Westen) kulturell und durch Rechtsnormen marginalisiert wurde – trotz des ökonomischen Einwands,

wonach die Hersteller und Verkäufer von Zigaretten sowie Kneipiers und deren Lieferanten hohe Umsatzeinbußen hinzunehmen hätten.

Von den umweltintensivsten Produktgruppen und Praktiken gehen nun ganz andere Folgen aus, als vom Rauchen. Durch die weitere Veränderung der Umweltbedingungen stehen Schutz, Sicherheit, Freiheit, das Leben, die Gesundheit vieler sowie die Entwicklung der Menschheit durch Fremdzwänge der Natur, Mangel und Missernten zunehmend auf dem Spiel. An diesen Veränderungen sind wenige, besonders energie- und ressourcenintensive Konsumpraktiken vorrangig beteiligt. In ihre Kontinuität darf legitimerweise eingegriffen werden, ohne dabei liberale Grundsätze zu verletzen.

Zudem soll mit den vorgeschlagenen Strategien niemand dazu gezwungen werden, die Struktur seines Konsums an der engen Suffizienzstrategie auszurichten. Jedem bleibt die Freiheit der Wahl, niemandem wird der Wandel seines Konsumstils verbindlich vorgeschrieben. Die Veränderung entweder personaler (moralischer) oder kultureller Normen wirkt vielmehr wie ein *zwangloser Zwang* und motiviert dadurch zu Verhaltensänderungen.

4. Bedeutung

Meine Ergebnisse sind interessant für die Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung sowie für die gegenwärtige (Post-)Wachstumsdebatte.]

Einmal ist ein Forschungsdefizit zur Suffizienzstrategie zu konstatieren, da diese bislang im Schatten vor allem der Effizienzstrategie stand. So findet sich mit Thomas Princens The Logic of Sufficiency (2005) nur eine Monografie, die sich systematisch mit dieser Strategie auseinandergesetzt hat. So soll meine Arbeit, die *Nachhaltigkeitsforschung* stärker als bisher auf die Suffizienzstrategie aufmerksam machen.

Gegenwärtig wird mit der Diskussion über die *Postwachstumsgesellschaft* die Systemfrage gestellt. So lange jedoch kein vitaler alternativer Gesellschaftsentwurf vorliegt, bleibt das gegenwärtige Modell bestehen. Die Umsetzung der engen Suffizienzstrategie verschafft durch die Entlastung der Ökosysteme Zeiträume für die Ausarbeitung und Diskussion eines solchen Entwurfs und liefert zu ihm gleichzeitig einen Beitrag. Denn eine Postwachstumsgesellschaft wird auf suffiziente Lebensstile angewiesen sein.

Auch zur *Nord-Süd-Gerechtigkeit* trägt Suffizienz bei: Jahrzehnte lange Kampagnen und Bemühungen gegen Armut und für die Verwirklichung der Milleniumentwicklungsziele versanden, wenn sich die Lage von Millionen Menschen in Folge des Klimawandels und anderer Umweltveränderungen verschlechtert. Die Entwicklungsländer werden stärker und früher von diesen Veränderungen betroffen sein, obwohl der Lebensstil in den Industrienationen einen Großteil der Umweltschäden verursacht. Von letzteren gehen die meisten Veränderungen der Naturräume aus und an diese können sich die daran weitgehend unbeteiligten ärmeren Länder kaum anpassen. Folglich stehen die industrialisierten Länder in der moralischen Pflicht, die von ihnen ausgehenden negativen ökologischen Effekte möglichst schnell zu minimieren.

Die Ergebnisse sind schließlich für die Verbesserung der kollektiven *Lebensqualität* von Interesse: Die Suffizienzstrategie ist eine Strategie gegen die destruktive Veränderung der Umweltbedingungen. Sie wird ihre Bedeutung auch dann nicht verlieren, wenn es gelungen

ist den gesellschaftlichen Naturverbrauch absolut zu reduzieren. Denn neun Milliarden Menschen werden künftig auch mit begrenzten Ökosystemen vorsichtig umgehen und Ressourcen gerecht verteilen müssen.

Die Suffizienzstrategie hat zwei Dimensionen, eine quantitative und eine qualitative. Bei der quantitativen geht es darum, dass suffiziente Lebensstile den Energie- und Ressourcenverbrauch zumeist rascher und effektiver als technische Ansätze senken können. Dabei kann sich die Lebensqualität erhöhen: Stadtplaner beklagen schon lange, dass Städte im 20. Jh. primär für Autos und erst dann für Menschen konzipiert wurden. Weniger Autos (in den Städten) bedeuten nicht nur einen geringeren Rohstoffverbrauch für die Konstruktion der Autos sowie weniger klimawirksame Emissionen (davon profitiert langfristig die Allgemeinheit); sondern auch weniger Abgase, weniger Reifenabrieb und Lärm, dazu mehr Raum (davon profitiert kurzfristig der Einzelne). Werden Städte dadurch lebensfreundlicher, besteht ein vermindeter Anlass zur Landflucht und Grund zum Rückzug in die Stadt, wodurch der Verkehr zusätzlich geringer würde.

Wer für Kurzstrecken außerdem aufs Rad umsteigt (und rund die Hälfte der in den EU-Staaten zurückgelegten urbanen Fahrten mit dem PkW sind kürzer als fünf Kilometer), bewegt sich mehr und stärkt sein Herz-Kreislaufsystem – in all diesen Fällen steigt die Lebensqualität. Die Kombination aus zu wenig Bewegung und der gleichzeitigen zu beobachteten Steigerung der durchschnittlichen täglichen Kalorienzufuhr pro Kopf, bedingt zuvorderst durch den vermehrten Konsum tierischer Fette und Zucker, hat zu jener von WHO und OECD diagnostizierten Pandemie der Fettleibigkeit geführt. Die vermindert nicht nur die Lebensualität der Betroffenen, sondern belastet auch die staatlichen Gesundheitssysteme. Umgekehrt: Letztere werden durch eine suffiziente Ernährungsweise entlastet.

Liegt der Schlüssel zur Lösung vieler Umweltprobleme in einer leistungsfähigen Technik? Oder ist eine nachhaltige Gesellschaft nur über Mässigung und (Teil-)Verzicht zu erreichen? Beide Strategien müssen, so meine Argumentation, zusammengedacht werden. Insofern bietet die Arbeit Orientierung und zeigt darüber hinaus auch, in welchen Handlungsfeldern welche Suffizienzmaßnahmen vorgenommen werden müssten.

Ferner liefere ich neben den theoretischen Beiträgen einen transdisziplinären Beitrag zur Überwindung der oft beschriebenen Kluft zwischen Wissen und Handeln für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, die sich noch zu sehr auf die Vermittlung von Faktenwissen konzentriert und die Ausbildung von Moral und Verantwortung oft marginalisiert. Auf der Makroebene können die aus den Verhaltensbarrieren gewonnenen Erkentnisse in Kommunikationskampagnen genutzt werden. Ferner sollte die Erkenntnis, dass Konventionen, Konsumstandards und Statussymbole variabel sind, dazu ermutigen, dass sie neu ausgehandelt werden. Entstanden sind sie in einer Zeit, in der die Endlichkeit der Ressourcen unbekannt war. Die Welt aber hat sich verändert und die kulturellen Leitbilder und Konsumstandards sollten sich an die veränderten Bedingungen anpassen.

Artikelherkunft

Dieser Beitrag beruht auf: Stengel, O. (2011): Suffizienz – Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Oekom-Verlag, München.

Über den Autor



Dr. Oliver Stengel, Jahrgang 1974, hat Ethnologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg studiert sowie Soziologie, Politik und Psychologie in Jena. Für seine Dissertation wurde er 2010 mit dem Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie ausgezeichnet. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut. Seine Arbeitsschwerpunkte sind nachhaltiges Produzieren und Konsumieren.

Wie der Motor der Beschleunigung abgeschaltet werden kann

Fritz Reheis

Demokratische Planwirtschaft

Von den Errungenschaften der DDR-Planwirtschaft hat im Wesentlichen nur der grüne Abbiegepfeil an der Ampel überlebt. War also alles andere im Osten schlechter als im Westen Deutschlands? Dieser weit verbreiteten Meinung wurde bereits in der Zeit der Wende in wesentlichen Punkten widersprochen. Einer dieser Einwände kam vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, der dem Bundesumweltminister zur Seite steht. Dieser Rat forderte 1990, das so genannte »Sekundärrohstoff-Erfassungs-System« (SERO) der DDR für Deutschland insgesamt zu übernehmen. Das durch und durch planwirtschaftliche SERO-System war in den Augen der westlichen Experten ein vorzügliches Instrument, um drei Umweltziele auf einmal zu erreichen: die Einsparung von Rohstoffen, die Reduktion von Müll und die Vermeidung von Verkehr. Wenn nämlich ein Plan vorschreibt, dass Verpackungen von vornherein nach einheitlichen Normen hergestellt werden müssen, die zudem die optimale Wiederverwertbarkeit sichern, und diese Verpackungen dann mithilfe eines Pfandsystems auch tatsächlich wieder eingesammelt werden, so ist diese planwirtschaftliche Lösung besser, als wenn die diversen Märkte und die auf ihnen agierenden privaten Unternehmer das Verpackungsproblem auf ihre Weise lösen.

Der Vorstoß des Sachverständigenrates scheiterte allerdings, weil die betreffenden Wirtschaftszweige um ihre unternehmerische Freiheit und ihre Gewinnchancen fürchteten: Die Verpackungsindustrie wollte möglichst viele und möglichst vielfältige Verpackungen produzieren. Die Werbeindustrie wollte die Verpackungen zudem als Werbeträger möglichst individuell und auffällig gestalten. Und die Speditionen wollten möglichst viel Müll in Europa herumkutschieren. Am Ende hatten diese Interessengruppen, wie man weiß, die bessere Lobby - im Vergleich zu den Umweltschützern. Auch für andere Gemeinschaftsbedürfnisse, wie zum Beispiel Kultur, Bildung, Gesundheit und Verkehr, kann heute aus der Distanz festgestellt werden, dass sie unter den planwirtschaftlichen Bedingungen der DDR auch im Vergleich zu Westdeutschland beachtlich gut befriedigt werden konnten. Diese Leistung gilt es vor allem auch deshalb zu würdigen, weil bekanntlich die materiellen Startchancen Ostdeutschlands nach dem Krieg deutlich schlechter als die Westdeutschlands waren.

Die Planwirtschaft, so heißt es, sei nach dem Scheitern des so genannten »realen Sozialismus« ein absolutes Auslaufmodell, und auch im Westen werde überall weiter privatisiert. Meine Gegenthese lautet: An den bisher praktizierten Formen von Planwirtschaft ist nicht die Idee der Wirtschaftsplanung, sondern der undemokratische Charakter dieser Planung zurückzuweisen. Das ursprüngliche Modell der Planwirtschaft hängt eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der von ihr Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten Räteidee zusammen. Die Planwirtschaft war jene Wirtschaftsordnung, die Marx vorschwebte: Wenn die Menschen sich zu einer »freien Assoziation« gleichberechtigter Bürger, zu einem »Verein freier Menschen« zusammenfänden, dann würden nicht nur alle prinzipiell denselben Zugang zu den Reichtümern der Erde erhalten, sondern das Wirtschaftsgeschehen würde durchsichtig, der »Warenfetisch« wäre besiegt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee einer

konsequenten Planwirtschaft aus recht unterschiedlichen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftsethischen Perspektiven weiter verfolgt.

Was heißt Planwirtschaft eigentlich? Das Wort »Planwirtschaft« führt bei näherer Betrachtung in die Irre. Entscheidend für eine Planwirtschaft ist nämlich nicht in erster Linie, dass in ihr geplant wird. Planung ist in vielen Bereichen nötig, zum Beispiel im individuellen Leben, im Haushalt und natürlich auch im privatwirtschaftlichen Betrieb. Entscheidend ist vielmehr, wer plant und zu welchem Zweck geplant wird. In der kapitalistischen Marktwirtschaft ist der Planer privater Unternehmer, der im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Vorgaben insgesamt relativ souverän über sein Unternehmen verfügt und hauptsächlich gegenüber seinen Geldgebern Rechenschaft schuldig ist. Im Gegensatz dazu ist in einer Planwirtschaft der Planer eine öffentliche Behörde, die sich vor einem politischen Gremium, einem »Rat«, verantworten muss. Zweck der Planung, im Auftrag des öffentlichen Interesses ist nicht die Erzielung von privaten Gewinnen, sondern die unmittelbare Versorgung der Menschen mit dem, was sie dem Plan zufolge brauchen. Der Ausgangspunkt aller Planungsprozesse besteht deshalb darin, die Bedürfnisse der Menschen zu erfassen. Deshalb kann man die Planwirtschaft – und dann klingt der Begriff gleich harmloser – als öffentliche und Gebrauchswerte schaffende Wirtschaftsordnung definieren.

In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, dass in Deutschland die Einführung planwirtschaftlicher Elemente nach dem Ersten Weltkrieg durch die Weimarer Verfassung vorgesehen war. Dies war ein Zugeständnis an die sozialistischen Vertreter der Räteidee, die im Anschluss an die Katastrophe des Ersten Weltkriegs die Zeit gekommen sahen, die »bürgerliche« Republik umzustürzen und an ihrer Stelle eine sozialistische, also eine so genannte »Räterepublik« zu gründen. Die Räteartikel in der Weimarer Verfassung gerieten jedoch im Alltagsgeschäft der kapitalistischen Politik bald in Vergessenheit, was nicht zuletzt zur wirtschaftspolitischen Hilflosigkeit des Weimarer Staates nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise beitrug und den Nazis den Nährboden bereitete. Auch in vielen Bereichen der Wirtschaft der Bundesrepublik wird die Versorgung trotz aller Privatisierungstendenzen zumindest noch teilweise durch öffentliche Planungsprozesse gesteuert: in der kommunalen Wasser-, Strom- und Gasversorgung, bei Verkehr und Telekommunikation, im Bereich von Bildung, Gesundheit und Wissenschaft.

Es ist ein Gemeinplatz geworden, dass die stalinistische Form des Sozialismus nicht zuletzt an der Überbürokratisierung gescheitert ist. Aber was heißt das genau? Die Erfahrungen des Stalinismus zeigen bei näherer Betrachtung, wie entscheidend die umfassende Mitwirkung aller Betroffenen ist, wenn eine Planwirtschaft dem Gebot der Selbstbestimmung des Menschen gerecht werden will. Der kritische deutsche Marxist Karl Korsch hat bereits 1919 mit Blick auf die in der Sowjetunion sich anbahnende Diktatur darauf hingewiesen, dass das Funktionieren des Rätesystems nicht von der Umgestaltung der Eigentumsordnung allein abhängt. Das System steht und fällt Korsch zufolge mit der Frage, inwieweit die staatliche Planung von oben durch eine Arbeitnehmerkontrolle von unten ergänzt wird. Unter den Bedingungen der Frühindustrialisierung in Russland gab es von Anfang an größte Hindernisse für eine demokratische Planung der Wirtschaft. Bekanntlich war die industrielle Basis, nicht zuletzt auch in jenem Bereich, der für Planungsprozesse relevant ist, völlig unterentwickelt. Auch aufklärerische und gewerkschaftliche Traditionen waren noch kaum entfaltet. Selbst in der ehemaligen DDR, dem seinerzeit am weitesten technisierten Land des Ostblocks, galten moderne Kommunikationstechnologien wie Telefon, Faxgeräte und Computer noch als Mangelware. Heute ist die Situation eine fundamental andere als nach dem Ersten Weltkrieg

in Russland und nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland. Das im beginnenden 2l. Jahrhundert erreichte allgemeine und kommunikationstechnologische Niveau, die weit fortgeschrittene Verbindung von Computern über Datennetze sowie die mittlerweile vorhandenen Erfahrungen und Ansprüche an demokratisches Wirtschaften bieten heute hundertmal bessere Möglichkeiten für wirklich öffentlich geplante und kontrollierte Formen des Wirtschaftens.

Mehr noch: Eine zeitgemäße öffentlich geplante und kontrollierte Wirtschaft könnte und sollte »diskursiv« erweitert werden. Eine solche Erweiterung würde auf die Qualität der Entscheidungsprozesse, oder genauer: der Diskurse, die ihnen vorausgehen, zielen. In diese Diskurse müssen alle am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten einbezogen werden: die Arbeitnehmer und die Produktionsmittelbesitzer, die Konsumenten und die Anwohner. Dabei soll das Maß der Betroffenheit gleichzeitig das Maß des Einflusses auf Entscheidungen sein. Dies erfordert, den im Kapitalismus dominanten Einfluss der Produktionsmittelbesitzer zu neutralisieren. Dem Schweizer Wirtschaftsethiker Peter Ulrich schwebt eine »offene Unternehmensverfassung« vor, in der all jene, die von dem, was in einem Unternehmen geschieht, betroffen sind, in einem möglichst herrschaftsfreien Diskurs um die besten Entscheidungen ringen sollen. Dies setzt auch voraus, dass keine Informationsmonopole existieren, dass vielmehr alle Entscheidungsträger den gleichen Zugang zu allen Daten haben. Wichtig ist, dass auch alle Fragen der Zukunftsgestaltung, der Forschung und der Entwicklung neuer Produkte in solchen offenen Diskursen thematisiert und entschieden werden. Nicht in abgeschotteten Zirkeln, die den Shareholders oder dem Politbüro verantwortlich sind, sondern in offenen »Zukunftswerkstätten« soll beschlossen werden, wie wir morgen leben werden.

Warum berücksichtigt eine demokratische Planwirtschaft die Zeitmaße des Lebens besser, als der Kapitalismus dies tut? Warum ist sie also zeitgemäßer? Weil sie die Chance bietet, den Eigenzeiten der Natur, der Kultur und Gesellschaft und des Individuums auf direktem Weg Autorität zu verschaffen. Denn in einer demokratischen Planwirtschaft ist der Beschleunigungsmotor völlig abgestellt, die Menschen bestimmen das Tempo von Produktion und Konsumtion selbst. In ihr kann zudem beschlossen werden, dass jede Art von Leistung, die des Langsamen wie die des Schnellen, gleichermaßen Anerkennung verdient. Alles, was in einer solchen Wirtschaftsordnung geschieht, hängt vom Wollen der Menschen ab, nicht von sogenannten »Sach«-Zwängen.

Zwar wird es auch in einer öffentlich geplanten Wirtschaft Lobbyisten mit unterschiedlichen Interessen geben sowie mit unterschiedlichen Möglichkeiten, diese durchzusetzen, auch gegen jede gesamtwirtschaftliche Vernunft und gegen jede Ethik der Nachhaltigkeit und der Menschenwürde. Aber dies *muss* nicht so sein – im Gegensatz zum Kapitalismus, wo gesamtwirtschaftliche Vernunft und die Rücksichtnahme auf Natur und Mensch aufgrund der ihm innewohnenden Zwangslogiken systematisch bestraft werden [...]. Zwar gibt es auch in Diskursen ungleiche Chancen aufgrund ungleicher kommunikativer Fähigkeiten. Aber es gibt vermutlich keine automatische Rückkoppelung und Anhäufung von Vorteilen auf der einen und von Nachteilen auf der anderen Seite, wie dies in der kapitalistischen Logik der Fall ist, wo sich von Quartal zu Quartal, von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr etc. die Bedingungen fortschreiben und verstärken. In einer diskursiv erweiterten, also basisdemokratischen Planwirtschaft können nach jedem Diskurs die Karten prinzipiell neu gemischt werden.

[…]

Auf die richtige Kombination kommt es an

Die Hamster im Käfig wissen vermutlich nichts von Alternativen, sie treten einfach vor sich hin. Der Mensch jedoch kann vorausblicken, Alternativen prüfen und Bewertungen durchführen. Er kann fragen: Welche Möglichkeiten des Wirtschaftens jenseits des Turbokapitalismus eröffnen sich, wenn man historische Erfahrungen berücksichtigt, diese kreativ weiterdenkt und an Leitwerten wie Menschenwürde, Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit festhält? Und welche Konsequenzen haben solche Alternativen im Hinblick auf den Umgang mit Zeit?

Erstens: Bei der Durchsicht der einschlägigen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftsethischen Überlegungen und der historischen Umsetzungsversuche wird deutlich, dass es zur Geld- und Kapitallogik durchaus Alternativen gibt. Wer die kapitalistische Marktwirtschaft aufgrund ihres zerstörerischen Potenzials ablehnt, steht also nicht mit leeren Händen da. Diese Alternativen müssen endlich zur Kenntnis genommen, weiterentwickelt und fallweise erprobt werden.

Zweitens: Alle vorgestellten Alternativen beruhen auf vertrauten und bewährten Prinzipien und Institutionen. Dazu zählen zunächst die Vorstellung von der Selbstbestimmung des Menschen und die Leitidee der Gerechtigkeit. Bei der Frage, wer für gerechte Verhältnisse verantwortlich ist, kann ferner auf die aus der christlichen Soziallehre stammende Subsidiaritätsidee zurückgegriffen werden: Wenn der Einzelne nicht mehr weiterkann, ist zunächst die Familie, dann die Kommune, dann der Kreis, dann der Bezirk, dann das Land usw. gefordert. Auch die Idee einer Steuerpolitik, die das Große und Schnelle heranzieht, um dem Kleinen und Langsamen auf die Sprünge zu helfen, ist nichts Neues, wenn man an die Geschichte des Sozialstaats und die vielfältigen Diskussionen über die Maschinen- und die Wertzuwachssteuer denkt. Und die Alternativmodelle bedienen sich des Marktes oder der Demokratie als Einrichtungen, die, richtig umgesetzt, dafür sorgen, dass Privilegien systematisch verhindert werden und dass das geschieht, was die Menschen mehrheitlich wollen. Von daher geht es also insgesamt nicht um Revolution, sondern um Evolution, um die – allerdings mutige – Fortsetzung des Lernprozesses der Moderne.

Drittens: Die Kunst einer überlebensfähigen Wirtschaftsverfassung besteht darin, Elemente aus diesen drei Alternativmodellen so zu kombinieren, dass die Gesamtkonstruktion dem Ziel des »guten Lebens« für alle gerecht wird. Jedes der drei Modelle hat seine spezifischen Stärken: Das dualwirtschaftliche sorgt dafür, dass jeder selbst festlegen kann, wie viel entfremdete Arbeit er sich zumuten will. Die modifizierte Marktwirtschaft lässt die Koordinationsleistungen des Marktes, die auch von Kapitalismuskritikern im Grundsatz anerkannt werden, unangetastet. Sie befreit die Menschen jedoch teilweise von Ausbeutung, Mehrarbeit und Fremdbestimmung. Die Planwirtschaft schließlich kann von ihrem Grundkonzept her als Einzige gewährleisten, dass bereits im Vorhinein mit den individuellen Kräften und den natürlichen Ressourcen schonend umgegangen wird und dass die Chancen, Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen und dafür Anerkennung zu erlangen, gleichmäßiger verteilt sind, als dies im Kapitalismus der Fall ist. Es gibt zwar keine Garantie, dass diese Chancen genutzt werden, aber sie existieren immerhin.

Viertens: Nur wenn Marktprozesse konsequent ausgeschaltet sind, also im eigenwirtschaftlichen Teil der Dualwirtschaft und in der demokratischen Planwirtschaft, hat die Ethik des Schenkens und Helfens eine Chance. Dies gilt prinzipiell für Unternehmer,

Staaten und auch Arbeitnehmer: Die Spielregeln des Marktes sorgen vor allem in Zeiten verschärfter Konkurrenz dafür, dass Arbeitgeber, die in größerem Umfang Geld für soziale und ökologische Zwecke zur Verfügung stellen, von den Konkurrenten am Güter- und Kapitalmarkt sehr schnell für solche Nächstenliebe bestraft werden. Denn das verschenkte Geld fehlt beim Investieren, und allein darauf kommt es an. Auch Staaten werden in Zeiten härterer Konkurrenz von anderen Staaten bestraft, wenn sie das Geld bzw. die Zeit der Gesellschaft in die Hilfe für andere Staaten bzw. Gesellschaften stecken. Und sogar Arbeitnehmer, die ihre freie Zeit nicht in die Weiterqualifizierung ihrer Arbeitskraft zu stecken bereit sind, müssen prinzipiell damit rechnen, von ihren Konkurrenten am Arbeitsmarkt über kurz oder lang in die zweite und dritte Reihe abgedrängt zu werden. Unterm Strich bleibt festzuhalten: Nur wo das Prinzip des Markttausches völlig aufgehoben ist, bleibt derjenige, der Geld oder Zeit verschenkt, um statt für sich für andere zu sorgen, straffrei im ökonomischen Sinn. Auch wenn in der Praxis Spielräume für altruistisches Handeln existieren, so gehorchen vom Grundsatz her das Tauschen und das Sorgen konträren moralischen Prinzipien.

Fünftens: Oft wird behauptet, der Kapitalismus sei deshalb so erfolgreich, weil er der »Natur des Menschen« am meisten entspreche – seiner Gier, seiner Rücksichtslosigkeit, seiner Borniertheit. Konsequenterweise heißt es dann, alle Versuche zu einem fundamentalen Umbau der wirtschaftlichen Spielregeln müssten an der Natur des Menschen scheitern. Dem ist zum einen entgegenzuhalten, dass die meisten der vorgestellten Alternativkonzepte ganz bewusst auf dem Eigeninteresse des Menschen aufbauen. Sie lassen dem menschlichen Egoismus sogar mehr Raum als die herrschende Wirtschaftsordnung, weil sie die Chancen zur Verfolgung des Eigeninteresses unter den Menschen gleichmäßiger verteilen und weil sie dem Eigeninteresse zudem die Möglichkeit geben, sich in vielerlei Richtungen zu entfalten, sich also aus der Instrumentalisierung für ganz bestimmte, privilegierte Zwecke zu befreien.

Das Argument, Alternativen zum Kapitalismus würden an der Natur des Menschen scheitern, ist zum andern auch deshalb falsch, weil es eine unveränderliche Natur des Menschen nicht gibt. Der Mensch ist immer Produkt sowohl der Natur, die ihn genetisch prägt, als auch der Kultur und Gesellschaft, in der er vom ersten Tag seines Lebens an Erfahrungen macht, welche die Weichen für seine Gefühle und sein Denken stellen. Niemand kann die einzelnen Faktoren im Nachhinein im Detail auseinander sortieren. Klar sein dürfte lediglich: Je mehr die Spielregeln des Zusammenlebens individuelle Verhaltensweisen wie Selbstbegrenzung, Rücksichtnahme und Verantwortungsbereitschaft bestrafen, desto weniger müssen wir uns wundern, wenn die Spielzüge der Menschen durch Gier, Rücksichtslosigkeit und Borniertheit gekennzeichnet sind. Es käme also auf den Versuch an, in Zukunft eher jenes Verhalten zu fördern, das uns erstrebenswert erscheint – mit welchem Erfolg, können wir allerdings nie genau wissen.

Und schließlich *sechstens:* Je mehr eine Kultur bzw. eine Gesellschaft jener Kombination von Modellen, die auf sie am besten zugeschnitten ist, auf die Spur kommt, desto eindeutiger kann sich die Produktion des Lebens aus dem Korsett der ökonomischen »Sach«-Logik befreien und desto vollständiger kann sie den System- und Eigenzeiten von Natur, Kultur, Gesellschaft und Individuum zu ihrem Recht verhelfen. Bei dieser Suche nach der besten Kombination der Modelle müssen wir uns allerdings wiederum Zeit lassen. Denn die Ruhe und Sorgfalt bei der Gestaltung von Institutionen und der Festlegung der Spielregeln ist die beste Gewähr dafür, dass dann die Individuen bei der Entscheidung für bestimmte Handlungen bzw. Spielzüge genau jene Geschwindigkeiten wählen können, die sie brauchen

und wollen. Das ist vor allem auch dann wichtig, wenn Situationen unübersichtlich werden und Spielzüge mit besonderen Risiken behaftet sind. Je ausgereifter die Spielregeln sind, desto besser kann mit solchen Unsicherheiten umgegangen werden. Zu ausgereiften Spielregeln gehört im Übrigen immer auch deren Fehlerfreundlichkeit. Die weltweite Durchsetzung der turbokapitalistischen Monokultur, begleitet vom Totalitätsanspruch der neoliberalen Ideologie, ist auf dem besten Weg, jegliche Vielfalt einzuebnen und so die Basis der weiteren Evolution zu untergraben. Weil Irren menschlich ist, kann nur die Kombination der vielfältigen Alternativen zum Turbokapitalismus gewährleisten, dass die Evolution des Wirtschaftens und Lebens weitergeht.

[…]

Was wir tun können

Zum Abschluss nun ein Vorschlag für ein Entschleunigungsprogramm, das beansprucht, von dem Menschen auszugehen, wie er ist. Dieses Entschleunigungsprogramm möchte die persönliche und die gesellschaftlich-politische Ebene miteinander verbinden. Jede Veränderung muss beim Einzelnen beginnen, darf aber nicht bei ihm stehen bleiben. Ratgeber für das individuelle Selbstmanagement empfehlen ihren Klienten gern ein Zwei-Listen-Konzept: Was ist mir wichtig? Und: Worauf verwende ich meine Zeit? Aus der Diskrepanz sollen die Klienten dann ihre Verhaltenskorrekturen ableiten. Wenn es jedoch auf die Verbindung zwischen einer individuellen und einer kollektiven Strategie ankommt, dann wäre ein Dreilisten-Konzept nötig: Was ist mir wichtig? Worauf verwende ich meine Zeit? Und wann versuche ich mit anderen zusammen, Bedingungen herbeizuführen, die die Diskrepanz zwischen der ersten und der zweiten Liste verringern helfen?

Grundvoraussetzung für ein solches integriertes Entschleunigungsprogramm ist, dass wir in unserem Tagesgeschäft einmal innehalten, uns eine kleine Zeitinsel reservieren: einen Abend, einen Feiertag, ein Wochenende – für nichts anderes als dafür, uns unsere Erfahrungen im Umgang mit Zeit bewusst werden zu lassen. Eine solche Reflexion als *erster* Schritt eines persönlichen Entschleunigungsprogramms richtet sich zunächst auf das Hier und Jetzt: In welchen Situationen wird mir die Zeit zu knapp, spüre ich also Zeitdruck? Aber auch: Wann wird mir die Zeit zu lang, spüre ich Langeweile? Und wann bin ich ganz bei mir und ganz in der Zeit, sodass die Zeit wie im Fluge vergeht? Eine solche Reflexion könnte sodann auf Vergangenheit und Zukunft ausgreifen: Welche Vorgeschichte und welche äußeren Bedingungen führen immer wieder zu jenen Situationen, in denen ich Zeit als etwas Lästiges oder gar Schmerzliches erfahre? Und: Welche Erwartungen habe ich an meinen zukünftigen Umgang mit Zeit, und inwiefern müssten dafür in der Zukunft die Weichen anders gestellt und die Bedingungen anders gestaltet werden?

Eine solche Bestandsaufnahme ruft vermutlich eine ungeordnete Vielfalt von Aspekten der persönlichen Zeitpraxis ins Bewusstsein: die Ernährung, den Umgang mit der Gesundheit, zeitliche Gewohnheiten im Familienleben und am Arbeitsplatz, die Pflege von Beziehungen zu Freunden und Bekannten, vielleicht sogar die Sorge um weniger entwickelte Weltregionen oder um die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen. Im Anschluss an eine solche Bestandsaufnahme wäre es in einem *zweiten* Schritt sinnvoll, einen persönlichen Schwerpunkt zu setzen. In welchen Situationen besteht in Bezug auf den Umgang mit Zeit für mich die größte Diskrepanz zwischen dem, was mir eigentlich gut tut, und dem, was ich tatsächlich mache? In welchem Bereich also ist mein Veränderungsbedarf am größten?

Welche Spielräume habe ich, in diesem Bereich mein bisheriges Verhalten zu verändern? Welche äußeren Bedingungen beherrschen diesen Bereich bisher und müssen in Zukunft neu gestaltet werden? Bei der Festlegung des persönlichen Schwerpunkts der Entschleunigung sollten also sowohl die persönlichen Bedürfnisse als auch die persönlichen Spielräume berücksichtigt werden. Vermutlich sind die Entschleunigungsbedürfnisse bei der Mehrzahl der Menschen am Arbeitsplatz am größten, also dummerweise dort, wo sie nicht Herr ihrer Zeit sind.

Nach der Schwerpunktbildung sollten wir uns in einem *dritten* Schritt auf die Suche nach jenen Kräften begeben, die eine Veränderung herbeiführen können. Diese Kräfte, die sowohl in uns selbst wie in unserer Umwelt schlummern, müssen aufgeweckt, gestärkt und organisiert werden. Dies geschieht allein schon dadurch, dass wir uns bewusst machen, was wir selbst in der Vergangenheit bei ähnlichen Veränderungsvorsätzen bereits erreicht haben. Es gibt kaum jemanden, der nicht schon an sich selbst erfahren hat, dass Fantasie, Experimentierfreude und Beharrlichkeit ungeahnte Erfolgserlebnisse nach sich ziehen. Kräfte der Veränderung werden auch durch die Erfahrung mobilisiert, dass es anderen genauso geht wie einem selbst und dass es offenbar nur unterschiedliche Formen der Verarbeitung von Zeitmangel gibt. Je stärker bei der Schwerpunktbildung Bereiche festgelegt wurden, in denen eine veränderte Zeitpraxis an veränderte äußere Bedingungen gebunden ist, desto wichtiger wird es, in diesem dritten Schritt Leidensgenossen zu finden. Vor allem am Arbeitsplatz wird es darum gehen, mit ihnen zusammen dafür zu sorgen, dass die zeitlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer Berücksichtigung finden: etwa bei der Gestaltung von Dienstplänen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Familie, bei der Einrichtung telefonfreier Zeiten mit Rücksicht auf das Bedürfnis nach störungsfreien Arbeitsphasen, bei der Ermöglichung des Mittagsschlafs am Arbeitsplatz mit Rücksicht auf den Biorhythmus, bei der Bereitstellung von Stehpulten mit Rücksicht auf die Eigenzeiten der Wirbelsäule etc.

Bei der Suche nach Synergiepartnern kann gefragt werden: Wem geht es ähnlich wie mir? Mit wem könnte ich meine Erfahrungen austauschen? Wo und wann könnten wir uns treffen? Welche Mittel haben wir, weitere Menschen auf unser Anliegen aufmerksam zu machen und Einfluss zu gewinnen? Gibt es an meinem Wohnort oder Arbeitsplatz bereits Netzwerke oder Organisationen, die mich oder uns unterstützen könnten? Gibt es vielleicht gar in der Nähe eine Slow-Food-, eine Zeitverzögerer-, eine Attac-Gruppe? Oder einen kirchlichen oder gewerkschaftlichen Kreis oder ganz einfach ein paar Mütter oder Väter, die sich für eine familiengerechtere Arbeitswelt engagieren wollen, Menschen, die sich biologisch ernähren wollen, oder einen Partner für das Carsharing? Man könnte sich zusammentun und die zeitlichen Nöte des Alltags einmal grundsätzlich zum Thema machen. Man könnte das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Opfer des Hamsterrads einen gemeinsamen Gegner haben, den sie auch nur gemeinsam bezwingen können. Auf der Basis dieser Erkenntnis könnte ein Netzwerk der Entschleuniger geknüpft werden, mit dessen Hilfe Zeitpo1itik mehrheitsfähig und somit der Einstieg in eine andere, eine zeitbewusstere Form des Lebens möglich wird.

Was wir lassen können

Es gibt also viel zu tun. Woher aber die Zeit und die Energie für all das nehmen? Meine Antwort: Wir können vieles von dem sein lassen, was wir bisher denken und tun. Was heißt Seinlassen in Bezug auf unser Denken? Wie wäre es, einmal damit aufzuhören, alles, was uns ungewohnt erscheint, weil es von den herrschenden Güte- und Leistungsstandards

abweicht, immer gleich abzuwerten? Zum Beispiel wenn jemand nicht auf modische Kleidung achtet oder im Beruf nicht ehrgeizig ist oder überhaupt nicht arbeiten will? Oder wenn ganze Kulturen sich nicht um das Leistungsethos der kapitalistisch industrialisierten Welt kümmern? Aufmerksam, neugierig, offen sein, ohne gleich zu bewerten – das wäre ein *erster* Schritt auf dem Weg zum Lassen.

Und was heißt Seinlassen in Bezug auf unser Tun? Wir können *zweitens* von einigen in unserem Alltag fest verankerten Gewohnheiten Abstand nehmen. Zunächst vielleicht nur probeweise, um zu testen, wie wir uns dabei fühlen. Wir könnten probieren, wie es wäre, wenn wir den Feierabend einmal nicht vor dem Fernseher verbrächten, wenn wir am Wochenende einmal nicht von einem Event zum nächsten hetzten, wenn wir zum Zweck der Erholung einmal nicht mit dem Flugzeug den Kontinent wechselten. Wir könnten probieren, wie es wäre, wenn wir beim Einkaufen, Kochen und Essen einmal nicht auf Schnelligkeit achteten, wenn wir Musik oder Theater einmal nicht in Konservenform zu uns nähmen, wenn wir unsere Reiseeindrücke einmal statt mit High-Tech-Geräten mit dem Zeichenstift festhielten. Wir könnten probieren, wie es wäre, wenn wir im Umgang mit unseren Arbeitskollegen, Partnern und Kindern eingetretene Bahnen einmal verließen, wenn wir unsere Kollegen einmal nicht unter Leistungs- und Konkurrenzdruck setzten, wenn wir Sex einmal nicht nach dem Stundenplan machten, wenn wir unsere Kinder einmal nicht zur Nachahmung der Erwachsenen erzögen. Und wir könnten ggf. einmal probieren, wie es wäre, wenn wir einen Teil der Lebenszeit, die wir bisher für Arbeit und Konsum verwenden, einfach Eigenzeit sein ließen. Dies alles wären Formen der Selbsterweiterung, die zwar in quantitativer Hinsicht teilweise Zeit kosten, aber neue Qualitäten von Zeit erschließen könnten.

Kurz: Wir könnten die herrschenden Konventionen und Standards probehalber einmal sein lassen, was sie sind – ungeschriebene Gesetze, zu deren Einhaltung niemand verpflichtet ist, zu deren Einhaltung die meisten sich nur ohne Not verführen lassen. Dazu müssen wir freilich, wie bei allen Therapien, insbesondere von Suchterkrankungen, die Angst überwinden, zwischenzeitlich auch einmal die sichere Orientierung zu verlieren. Wenn uns dies gelingt, könnten wir unser Leben von überflüssigem Ballast befreien, es gewissermaßen vereinfachen. Lassen statt tun, das wäre eine reizvolle Alternative – und schauen, was geschieht.

Artikelherkunft

Auszüge aus: Reheis, F. (2006): Entschleunigung: Abschied vom Turbokapitalismus. Goldmann-Verlag, München.

Über den Autor



PD Dr. Fritz Reheis, Jahrgang 1949, hat Sozialkunde, Deutsch, Geschichte, Pädagogik und Philosophie studiert. Er ist promovierter Soziologie, habilitierter Erziehungswissenschaftler und langjähriger Gymnasiallehrer. Neben seiner Tätigkeit als Sachbuchautor arbeitet er derzeit als Privatdozent für Didaktik der Sozialkunde am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Gegenstand seiner jüngsten Bücher ist die Entschleunigung unserer Lebenswelt mit den Schwerpunkten Bildung, Wirtschaft und Rolle des Geldes.

Diskussion

Wo genau soll man nun anfangen, nach der Lektüre der verschiedensten Lösungsansätze beziehungsweise Lösungsannäherungen? Auch zu dieser Frage gibt es keine klare Hierarchie oder einen Fahrplan, den man befolgen kann, wenn es darum geht, die eigene Verantwortung sowie Möglichkeiten eines Wandels wahrzunehmen.

Doch Eines ist sicher: alle hier vorgestellten Lösungsbausteine sind es wert, öffentlich breiter als bisher diskutiert und beachtet zu werden. Dabei sollen die vorgestellten Alternativen zu unserem heutigen Wirtschafts-, Versorgungs- und Finanzsystem als Ansatzpunkte der Diskussion und des Erforschens weiterer Zusammenhänge verstanden werden und nicht als kritiklos in den Raum gestellte, endgültige Lösungen. Denn nur der Beginn einer sachlichen und grundsätzlichen Diskussion, gerade auch in den öffentlichen Bildungsinstitutionen wie Schulen und Universitäten, kann dazu beitragen, dass diesen Themen der nötige Raum gewährt wird und ein neues Bewusstsein über deren Zusammenhänge entstehen kann, welches als dringend notwendig erscheint.

Lösungsvorschläge zu den in Kapitel **I** und **II** genannten Problemfeldern finden sich in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion, sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene. In einer vernetzten wie globalisierten Welt, scheint es auch zielführend, diese globalen Herausforderungen anzunehmen. Dennoch sollte nicht allein darauf gewartet werden, bis sich die Risiken und Probleme, von auf wirtschaftliches Wachstum angewiesenen bzw. abhängigen Gesellschaften, durch politische Prozesse auf globaler Ebene gelöst haben. Denn globale Lösungen im Einvernehmen und der Bereitschaft aller Beteiligten zu finden, kann – wie die Nachfolgeprozesse der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) seit 1992 in Rio de Janeiro aufzeigen – mitunter ein extrem langwieriger Prozess werden, wenn er denn überhaupt möglich ist.

Solange etliche Menschen allerdings für ihren Wohlstand weiterhin auf Kosten anderer und deren Lebensgrundlagen wirtschaften und leben, kann es nur sinnvoll sein, auch selbst die Initiative zu ergreifen und sich im Rahmen individueller Möglichkeiten neu zu positionieren. Dabei soll an dieser Stelle ausdrücklich nicht der moralische Zeigefinger emporgehoben werden. Es gilt vielmehr, nicht in einen endlosen Streit um ein „Entweder-oder“ zu verfallen, auf der Suche nach dem Einen, perfekten Plan, sondern um erste Schritte in einem „Sowohl-als-auch“ (s. Interview mit Frank Spilker).

Aus diesem Grunde sind auch die in diesem Kapitel erbrachten Vorschläge so vielseitig. Das für komplexe Veränderungsprozesse, anstelle eines einzelnen Lösungsvorschlages, die Kombination verschiedener Ansätze notwendig sind, wird in weiterführenden Diskussionen zu den vorgestellten Themen jenseits des Readers sicherlich deutlich werden. Doch solange die angesprochenen Alternativen Schritte zu neuen Perspektiven und ein Vorankommen bedeuten können, das auch als Beispiel und Ermutigung für andere Menschen dienen kann, sollten diese neuen Schritte ausprobiert werden. Gleichzeitig sollte aber immer auch eine Kritik an der Wachstumskritik erfolgen und reflektiert werden, wie diese Handlungsweisen und Systemzusammenhänge beeinflusst und wo Schwachstellen in der Argumentation bestehen. Auch unter diesem Blickwinkel sollen die in diesem Kapitel vorgestellten Artikel nun kurz diskutiert werden.

Als Antwort auf die Geldschöpfung wurde in Kapitel **III** das Vollgeldsystem vorgestellt, wodurch eben diese Schöpfung des Geldes aus dem Nichts erheblich eingeschränkt würde. Damit würden auch eine Verringerung des Schuldenwachstums und ein Kontrollgewinn über die Geldmenge durch die Zentralbank einhergehen. Da Schulden immer mit Zins zurückgezahlt werden müssen und dies nur bewerkstelligt werden kann, solange das Wirtschaftswachstum über dem Realzins liegt, ist eine wachsende Wirtschaft Grundvoraussetzung für den Erhalt des Systems. Da im Vorschlag des Vollgeldes nun eine Einschränkung im Prozess der Geldschöpfung eingeführt wird und diese ohne Zinsgewinne erfolgen kann, wäre auch der Zwang zum Wirtschaftswachstum entfallen, da der Staat sich nicht mehr neuverschulden muss, so Helge Peukert. Zwei Internetadressen, welche diesen Sachverhalt sehr deutlich erklären, finden sich in der Literaturempfehlung.

Ein weiterer Vorschlag, der ein Wegfallen der Zinsen über den Geldschöpfungsprozess hinaus beinhaltet, ist die Idee des „fließenden Geldes“. Hierbei soll eine der Zinsfunktionen, nämlich die Umlaufsicherung des Geldes, dadurch gewährleistet werden, dass sich Geld, welches dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird, mit der Zeit leicht entwertet. Ausführliche Erklärungen dazu finden sich unter anderem bei Steffen Henke.

Auch das Bedingungslose Grundeinkommen, das in diesem Kapitel vorwiegend in Zusammenhang mit der Postwachstumsgesellschaft vorgestellt wurde, wird, ebenso wie die Zinsproblematik, kontrovers diskutiert. Viele Autoren – mit jeweils verschiedenen fachlichen Hintergründen – beschäftigen sich mit dem Konzept des Grundeinkommens, was zeigt, dass das Thema Einkommen beziehungsweise Einkommensverteilung ein kritischer Punkt alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle ist. Ulrich Schachtschneider, Joseph Huber und Ronald Blaschke sprechen sich dabei für ein Grundeinkommen aus.

Gerhard Scherhorn schlägt stattdessen eine negative Einkommenssteuer vor, die denjenigen zugutekommt, die weniger als das Existenzminimum verdienen. Er kritisiert, dass ein Grundeinkommen die Wertschätzung und den Gleichrang der Lebensarbeit neben der Erwerbsarbeit gefährde. Es werfe Probleme der Gerechtigkeit, und speziell der Geschlechtergerechtigkeit auf und könne Ausgrenzung nicht überwinden, da es nicht reiche um eine befriedigende Teilhabe an Konsumgütern bereitzustellen. Mit einer negativen Einkommenssteuer könnte hingegen, neben Erwerbsarbeit, auch genügend Zeit und Geld für Lebensarbeit zur Verfügung stehen.

Die meist genannten Einwände gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) sind derzeit eine nicht gewährleistete Finanzierbarkeit sowie ein fehlender Arbeitsanreiz. Inwiefern dies zutrifft, hängt sicherlich auch damit zusammen, für welche Art des Grundeinkommens man sich entscheiden mag, insbesondere davon, ob zusätzliches Erwerbseinkommen mit dem Grundeinkommen verrechnet wird, oder dem Arbeitnehmer komplett auf das BGE hinzuaddiert wird. Eine weiterführende Kritik an das BGE liefert auch Rainer Roth, eine Antwort auf selbige erfolgt durch Karl Reitter. Grundsätzlichere Informationen dazu finden sich im „Netzwerk Grundeinkommen“.

Die HerausgeberInnen sehen ein Grundeinkommen grundsätzlich als eine gute Idee, da daraus individuelle Freiheit und selbstbestimmte Lebensgestaltung resultieren können. Anstelle der Abhängigkeit von Erwerbsarbeit, welche in ihrer qualitativen Dimension stark variieren kann, könnte sich das Individuum in seiner Arbeit auch persönlich entfalten und diese Arbeit mit ökologischen wie sozialen Zielen vereinbaren. Neben der bezahlten Arbeit,

bekäme auch unbezahlte Arbeit, wie zum Beispiel Sorgearbeit, Subsistenzarbeit oder ehrenamtliche Arbeit Zeit und Raum im Leben. Dadurch wäre es möglich, im eigenen Leben Begabungen auszuleben, die bisher unentdeckt oder ungenutzt blieben. Das Individuum wäre dazu in der Lage, seine Lebensqualität auch durch zusätzliche, sinnvolle und sinngebende Arbeit zu erhöhen.

Ein in der öffentlichen Diskussion um das Geld- und Finanzsystem, die Banken- und Schuldenkrise sowie selbst in der Wachstumsproblematik zu selten Beachtung findendes Thema, ist nach Meinung der HerausgeberInnen das Bodenrecht. Sowohl die Problematik der voranschreitenden Versiegelung (unter anderem in Deutschland), als auch das Phänomen des „land grabbings“, bei dem Konzerne, Unternehmen oder Regierungen große Ländereien im Ausland aufkaufen, muss in der Diskussion einer nachhaltigen Wirtschaft zwingend beachtet werden. Insofern war es wichtig, diesen Aspekt aufzugreifen.

Eine Synthese von verschiedenen Vorschlägen präferieren Rico Albrecht und Andreas Popp. Dabei nehmen sie die Kritik an einigen der hier vorgestellten Bausteine auf und versuchen diese durch ein Miteinander zu entkräften. Am Bedingungslosen Grundeinkommen beispielsweise wird kritisiert, dass sich dieses nicht finanzieren lasse – mit einem „Fließenden Geld“ allerdings sei dies möglich, so Albrecht und Popp, da nunmehr große Geldmengen freigesetzt würden, die nicht mehr in die Erbringung der Zinsschulden investiert werden müssten. Da eine Entwertung des „geparkten“ Geldes allerdings im „Fließenden Geldsystem“ zu hohen Investitionen in Immobilien und Grundstücke führen werde, seien das „Fließende Geld“ und das Bedingungslose Grundeinkommen nur in Verbindung mit einer Reform des Bodenrechts (soziales Bodenrecht) sinnvoll. Näheres ist nachzulesen im „Plan B“ der Wissensmanufaktur (s. Literaturempfehlungen). Anmerken möchten die HerausgeberInnen an dieser Stelle noch, dass diese mit einigen Kommentaren der Wissensmanufaktur nicht konform gehen. Dennoch hat man sich entschieden, an dieser Stelle auf diesen „Plan B“ zu verweisen, da er im Kern sachlich als relevant und diskussionswürdig erscheint. Zudem sollten die verschiedenen Lösungsvorschläge und Ursachenbestimmungen – wie vorher begründet (entweder/oder vs. sowohl/als auch) – gerade in Anbetracht der Relevanz des Themas, eben sowohl gründlich als auch sachlich diskutiert, begründet und natürlich auch gegebenenfalls widerlegt werden.

Neben diesen Änderungsmöglichkeiten im Finanz- und Bodenrecht, die für den Leser/die Leserin wahrscheinlich eher ungreifbar wirken, da sie auf der politischen „Bühne“ entschieden werden, wurde im zweiten und letzten Drittel dieses Kapitels ein Übergang versucht, der dem Einzelnen in seinem Handeln mehr und mehr alltagstaugliche Ideen und Möglichkeiten vermitteln soll, im privaten Bereich einen Schritt in Richtung „Wachstumswende“ einzuleiten. Diesen Übergang stellen sicherlich die Regiogelder und die Gemeinwohl-Ökonomie dar, die sowohl im kleinen Bereich angewendet werden können und zudem eine Schnittstelle schaffen zwischen großer Finanz-, Unternehmens- und Konsumentenwelt.

Dennoch sollten die zuvor genannten Ansatzpunkte, welche sich auf das Zins-, Geldschöpfungs- und Bodenrecht beziehen weiterhin berücksichtigt werden, da sie Weichenstellungen grundsätzlicher Natur bedeuten können. Ziel muss es dabei sein, sie in der öffentlichen Diskussion breit zu verankern und ein gesellschaftliches Problembewusstsein zu schaffen, welches diese Problemfelder behandelt. Nur so können sie auf die politische Agenda gelangen und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und

Konsequenz diskutiert werden, die sie im gesamten Feld der Wachstumsproblematik verdienen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Rainer Land und Joseph Huber schlagen in diesem Feld eine Systemmodernisierung mit effizienteren Technologien vor. Sie halten am Gedanken des Fortschritts durch Technik fest, der seit Langem in wirtschaftlich geprägten Denkstrukturen maßgeblich ist. Es geht jedoch wohl nicht ohne Konsistenzstrategien (siehe auch: Michael Braungart Artikel und Interview) wie Recycling, Kreislaufwirtschaft und suffizientes Verhalten (Oliver Stengel, Niko Paech und Christa Müller). Eine Idee der Kreislaufwirtschaft, also einem Wirtschaften mit und nicht gegen die Stoffkreisläufe der Natur, erscheint als eine große Herausforderung, wobei sie in Ansätzen vielversprechend und spannend klingt.

Gerade bei Suffizienz- beziehungsweise Genügsamkeitsfragen kann jeder/jede Einzelne mit Spaß und Experimentierfreude Einfachheit und Lebensqualität (wieder-)entdecken. Neue Lebensqualität versprechen auch die Konzepte der Transition Towns (s. Interview mit Nils Aguilar) und der Urbanen Landwirtschaft, die in Deutschland und weltweit zurzeit einen Aufschwung erleben. Hier sind Fragen wichtig wie: Wo leben wir und wie können wir uns dort wohlfühlen? Wie kann der Einzelne sich einbringen, um seinen Wohnort lebenswerter zu machen? In Zukunft werden vermutlich noch mehr Menschen weltweit in Städten wohnen. Gerade dort gibt es ein großes Potential, sich mit gleichmotivierten Menschen zu vernetzen und sein eigenes Lebensumfeld zu gestalten.

Es gibt viele Möglichkeiten, dem Wachstumszwang durch Kooperation, Kreativität und bewussteren Konsum entgegenzutreten. Und im Zusammenschluss mit anderen Veränderungswilligen können Projekte entstehen, die sich Wachstumszwängen entziehen und gleichzeitig Lernprozesse, Selbstbeteiligung und Selbstentfaltung fördern können. Die Projekte der solidarischen Landwirtschaft sind dafür ein gutes Beispiel, indem sie eine Selbstbeteiligung der Verbraucher an der Produktion von ökologisch angebauten Nahrungsmitteln aus der Region bieten (s. Interview Luciano Ibarra).

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende besteht demnach aus individuellen, ökologischen und sozialen bzw. gemeinschaftlichen Aspekten. Über den Austausch mit Anderen, wird die eigene limitierte Sichtweise erweitert und es können durchdachte Konzepte und Projekte entstehen. Gemeinsam etwas aufzubauen und umzusetzen macht zudem Spaß und gibt Kraft, sich mit Problemen und Rückschlägen konstruktiv auseinanderzusetzen. Auch unter den Rahmenbedingungen des vorherrschenden, komplexen Wirtschaftssystems, sind so bereits viele zukunftsweisende Konzepte entstanden.

Diese bestehen einerseits in neuen theoretischen Denkmustern, wie sie in diesem Kapitel vorgestellt wurden. Anderseits in der Praxis eines sozialökologischen „smart grids“ vieler kleiner Initiativen, in denen sich Individuen mit ihren spezifischen Fähigkeiten für die Umsetzung zukunftsfähiger Ansätze positiv und aktiv einsetzen. Die Transformation bestehender Strukturen ist ein Prozess bzw. ein Weg, der auch von Unsicherheiten und Ungewissheiten gesäumt wird. Wie Franz Kafka es ausdrückt, „entsteht der Weg [jedoch] beim Gehen.“ Nachfolgend kommen in Kapitel **IV** daher Menschen aus verschiedenen Fach- und Lebensbereichen zu Wort, die als „Change Maker“ diesen offenen Weg der sozial-ökologischen Transformation bereits gehen und zusammen mit Anderen gestalten.

Literaturempfehlungen

Nachhaltiges Geld

- Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Nachhaltiges Geld (WANG): http://www.geld-und-nachhaltigkeit.de/

Vollgeld

- http://www.n-tv.de/politik/dossier/Das-Ende-der-monetaeren-Fata-Morgana-article917399.html
- http://blog.postwachstum.de/vollgeld-als-ein-reformschritt-in-die-postwachstumsgesellschaft-20110904/
- www.monetative.de

Gemeinwohl-Ökonomie und Solidarische Ökonomie

- www.gemeinwohl-oekonomie.de
- www.solidarische-oekonomie.de
- www.netz-bund.de
- www.contraste.org
- www.voss.solioeko.de
- www.christian-felber.at
- www.demokratische-bank.at

Fließendes Geld

- http://fliessendesgeld.com/
- http://www.youtube.com/watch?v=k3zxEJRhx2o (youtube-Vortrag von Steffen Henke)

Bedingungsloses Grundeinkommen

- http://www.grundeinkommen.de/ (Netzwerk Grundeinkommen)
- http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/roth3.html (Rainer Roth - Kritik an das BGE)

- http://www.grundrisse.net/buchbesprechungen/rainer_roth.htm (Antwort von Karl Reitter)
- http://www.youtube.com/watch?v=_NZfPMp1Ug8 (Diskussion mit Ralph Boes)

„Plan B“

- http://www.wissensmanufaktur.net/plan-b
- Popp, Andreas (2008): Der Währungscountdown; FinanzBuch Verlag

Regiogeld und Komplementärwährungen

- http://www.regiogeld.de
- http://www.monneta.org

Arbeit

- Politische Ökologie 125: „Anders Arbeiten“; Oekom Verlag, 2011

Subsistenz

- Christa Müller (2011 Hg.): Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. Oekom Verlag.
- Grahm, Daniel und Scherhorn, Gerhard (2009): Urbane Subsistenz. Oekom.
- http://www.guerrillagardening.org
- http://gruenewelle.org
- http://www.anstiftung-ertomis.de
- http://www.forum-fuer-verantwortung.de
- http://www.allmende-kontor.de
- http://www.marke-eigenbau.org
- http://www.tauschring.de

Effizienz

- von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2010): Faktor Fünf – Die Formel für nachhaltiges Wachstum. Droemer.

Ökologische Modernisierung

- Joseph Huber (2004): New Technologies and Environmental Innovation, Cheltenham: Edward Elgar.

- Joseph Huber (2011): Allgemeine Umweltsoziologie. 2. vollständig überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.

Sonstiges/Übergreifende Themen

- Fromm, Erich (2010): Haben oder Sein – Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft; Deutscher Taschenbuch Verlag. Ungekürzte Ausgabe Oktober 1979; 37. Auflage.
- Hanke, Gerolf (2012): Regionalisierung als Abkehr vom Fortschrittsdenken? Magisterarbeit, Universität Freiburg (i. Ersch.)
- Land, Rainer: Diverse Texte siehe www.rla-texte.de
- Nida-Rümelin, Julian (2011): Die Optimierungsfalle. Philosophie einer humanen Ökonomie. Irisiana.
- Scheer, Hermann (2010): Der energethische Imperativ: 100% jetzt. Wie der vollständige Wechsel erneuerbaren Energien zu realisieren ist. Kunstmann-Verlag.
- Shiva, Vandana (2009): Leben ohne Erdöl. Rotpunktverlag.
- Welzer, Harald und Wiegandt, Klaus (2011 Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung; Forum für Verantwortung. Fischer Taschenbuch Verlag.
- Weber, Andreas (2010): Biokapital – Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit. Berliner Taschenbuch Verlag.

IV Stimmen des Wandels: Change Maker im Gespräch

Einleitung

Die Arbeitsthese dieses Buches lautet, dass unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum durch eine Reihe von Wachstumszwängen bedingt wird und, angesichts ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisen, weder eine zukunftsfähige Option, noch eine anstrebenswerte Entwicklungsrichtung ist. In den Kapiteln **I** und **II** wurde diese These ausführlich dargelegt und Gründe wie Zwänge des Wirtschaftswachstums, mit Fokussierung auf die Themen Geld, Zins, Arbeit und Psychologie, erläutert. Zur Überwindung von Wachstumszwängen scheint im Gegenzug eine Wachstumswende, hin zu ökologisch wie sozial tragfähigen Alternativen und Visionen des Wirtschaftens notwendig, die in Kapitel **III** skizziert wurden.

In der Konsequenz werden in etlichen gesellschaftlichen Bereichen, Maßnahmen zur Veränderung und Umstrukturierung nötig. Die Erforschung und aktive Ausgestaltung dieser Veränderungsprozesse erfolgt über viele Menschen und Impulsgeber aus verschiedensten Lebens- und Fachbereichen, die nun in diesem Kapitel zu Wort kommen. Als sogenannte „Change Maker“ treiben sie Transformationsprozesse aktiv (vor)an und beweisen durch ihr transdisziplinäres Wirken, dass die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, „die sich nicht mit einer langfristigen Stabilität der Lebensgrundlage in Einklang bringen [lassen]“ (Niko Paech), „ein zivilgesellschaftliches Projekt [ist], dessen Umsetzung man an niemanden delegieren kann“ (Harald Welzer), da „Kultur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“ (Frank Spilker).

Eine Wachstumswende findet so auf mehreren Ebenen statt, die zwar jeweils unterschiedliche Ansätze vertreten, in ihrer Relevanz jedoch gleichwertig erscheinen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit nachhaltigen Geldkonzepten (Ludwig Schuster), dem Grundeinkommen (Ronald Blaschke) oder dem Konzept der Suffizienz (Oliver Stengel), ist deshalb ebenso wichtig, wie der Versuch Nachhaltigkeit auf Unternehmensebene zu implementieren (Uwe Schneidewind), eine Selbstversorgung mit Erneuerbaren-Energien auf regionaler Ebene zu fördern (Chantal Ruppert-Winkel) oder das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft lokal in Form einer Gartenkooperative umzusetzen (Luicano Ibarra). Gesamtgesellschaftliche Wege aus der Ökokrise (Ulrich Schachtschneider) erfordern demnach kein „entweder/oder“ zwischen Ökosozialismus (Saral Sarkar) und Kreislaufwirtschaft (Michael Braungart), sondern – wie die globale Bewegung der Transition-Initiativen (Nils Aguilar) beispielhaft aufzeigt – ein „sowohl/als auch“ von regionalen Entwicklungen (Norbert Rost), wie etwa einer Bürgeraktiengesellschaft (Christian Hiss) und parallel stattfindenden Veränderungen der globalen Finanzpolitik (Sven Giegold). Aus der Kombination dieser Strategien können sich Synergien ergeben, um stabile wie resiliente Strukturen im Sinne einer Postwachstumsökonomie oder Postwachstumsgesellschaft zu schaffen, innerhalb derer es dem Individuum erst möglich wird zu „entschleunigen“ (Fritz Reheis) und mit Anderen soziale Austauschbeziehungen einzugehen, die anstelle von Konkurrenz durch Kooperationen gekennzeichnet sind.

Die Interviews folgen insgesamt einer gemeinsamen Choreographie im Aufbau der Fragen. Es ist daher sehr lohnenswert mehrere Interviews zu lesen, um die Perspektiven

verschiedener Menschen zur gleichen Frage wahrzunehmen, in der Zusammenschau Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zu entdecken und sich letztlich vielleicht sogar davon für eigene Aktionen und Veränderungen inspirieren zu lassen.

Der Aufbau der Interviews besteht in einer temporalen Dreiteilung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Im ersten Drittel werden jeweils Fragen zur Wahl und Motivation des eigenen Tätigkeitsfeldes gestellt, um den Weg der jeweiligen Auseinandersetzung mit dem Thema nachzuzeichnen. Daran anschließend wird erörtert, an welchen Stellen gegenwärtig der größte Handlungsbedarf für eine Abkehr vom unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstum wahrgenommen wird und wie sich der/die Befragte darin mit seiner Tätigkeit verortet. Zu tragen kommen dabei auch die Fragen nach Erfolg in der eigenen Arbeit, nach Hürden wie Widerständen sowie den kooperativen Anknüpfungspunkten zu anderen Akteuren.

Im zweiten Teil des Interviews wird dadurch ermittelt, wie der/die Befragte den Status Quo wahrnimmt und damit – sowohl alleine, als auch in Kooperation mit anderen – umgeht, um eine Standortbestimmung innerhalb der Transformationsprozesse vorzunehmen. Neben der eigenen Position wird auch erörtert, wie der/die Befragte den Veränderungsprozess zu sozialökologisch nachhaltigen Wirtschaftsformen in Deutschland – zwischen Marginalisierung und Hegemonie – einschätzt, bevor im letzten Drittel des Interviews die zukünftige Entwicklung in den Fokus rückt. Dort wird nach konkreten, erreichbaren Visionen gefragt und wie sich diese innerhalb einer Woche, eines Monats und eines Jahres umsetzen lassen.

Niko Paech – Postwachstumsökonomie

Herr Paech, Sie beschäftigen sich mit dem Konzept der Postwachstumsökonomie und dessen Verbreitung. Wie kamen Sie dazu?

Ich habe mich schon recht früh für die Frage interessiert, was in unserem Wirtschaftssystem falsch läuft – vor dem Hintergrund, dass wir, zumindest ökologisch betrachtet, über unsere Verhältnisse leben. Das war auch der Grund, weshalb ich Ende der 70er Jahre die Entscheidung getroffen habe, Volkswirtschaftslehre zu studieren. Ich wollte dieses Wirtschaftssystem verstehen und verstehen, was die Fehler in diesem System sind, die dazu führen, dass wir die Ökosphäre plündern.

Und was begeistert Sie daran?

(lacht) Begeistern ist zu viel gesagt. Ich meine, es ist Wissensdurst, den ich zu stillen versuche – immer noch, bis heute – um noch besser in der Lage zu sein, zu erklären, was an unserem Wirtschaftssystem falsch ist. Aber ich bin inzwischen an einem Punkt angelangt, an dem ich sage, es ist in Wahrheit gar nicht nur unser Wirtschaftssystem, sondern es ist die Gesellschaft als Ganzes, die eine Funktionsweise oder einfach eine Kultur entwickelt hat, von der sich sagen lässt, dass sie nicht in Einklang zu bringen ist mit einer langfristigen Stabilität unserer Lebensgrundlage. Nun, Sie haben mich zu Beginn gefragt, warum ich mich mit Postwachstumsökonomie beschäftige. Ich habe es eine gewisse Zeit lang auch für möglich gehalten, dass man alleine über eine Anpassung unseres Systems, vor allem über technische Innovationen und verbesserte Verfahren, über ein anderes Design der Produkte und optimierte Infrastrukturen gleichzeitig den modernen Wohlstand erhalten und die Ökosphäre hinreichend schützen könnte. Irgendwann in den 90er Jahren wurden meine Zweifel daran immer größer., so dass ich die umgekehrte Frage stellte: Woran scheitern die unzähligen Versuche, moderne Konsumgesellschaften durch technischen Fortschritt von ökologischen Schäden zu entkoppeln. Inzwischen halte ich die Idee eines ökologisch neutralen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes für eine Quadratur des Kreises.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird vor allem durch Sie die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wo sehen Sie nun den größten Handlungsbedarf der Gesellschaft?

Ich sehe den größten Handlungsbedarf auf der Ebene der individuellen Versorgungsmuster. Das heißt, wir müssen uns der Lebensstilfrage zuwenden. Wir müssen Konzepte entwickeln, um Lebensstile robust, stabil, oder wie es neuerdings heißt, „resilient“ zu machen. Menschen müssen befähigt werden, jene Situationen zu meistern, die dann eintreten, wenn unser Wohlstandsmodell ganz oder teilweise zusammenbricht. Wenn das Industriesystem innerhalb seiner jetzigen Struktur nicht mehr wachsen kann, können wir nicht einfach auf einem bestimmten Wohlstandsniveau verharren. Jedes Unterbrechen der Wachstumsdynamik bedeutet, dass das System zunächst abstürzt. Es besteht nicht die Wahl zwischen wachsen, schrumpfen und konstanter Beibehaltung eines bestimmten Niveaus, sondern zunächst nur zwischen wachsen und schrumpfen. Ein solcher Schrumpfungsprozess wird so oder so zu durchlaufen sein. Wir werden uns dann irgendwann auf einem Niveau wiederfinden, das von der Güter- und Mobilitätsausstattung her viel, viel bescheidener sein wird als das heutige. Wir müssten auf diesem Niveau eine Systemstabilität erreichen, so dass

nicht wieder dieselben Wachstumsdynamiken erwachen, die uns abermals an den Rand des Abgrundes bringen. Das ist ein kulturelles Programm. Wir müssen vor allem Fähigkeiten entwickeln, mit viel weniger Geld umzugehen, und wieder andere Formen der Versorgung jenseits des Konsums finden.

Wie stehen Sie nun mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik? Worin besteht Ihre Aufgabe?

Meine Aufgabe besteht darin, diejenigen zu unterstützen, die jetzt schon bereit sind, sich auf ein Leben nach dem Wachstumsrausch vorzubereiten. Indem ich ihnen wissenschaftliches Vokabular und ökonomische Begründungszusammenhänge vermittle, schütze ich sie davor, als Romantiker, Spinner oder ewig Gestrige dazustehen.

Sehen Sie Erfolge in Ihrer Arbeit? Haben Sie schon mal Menschen überzeugt, von denen Sie nicht gedacht hätten, dass Sie sie überzeugen würden?

Nein. Ich kann und will niemanden überzeugen, sondern erreiche bestenfalls diejenigen, die aus eigener Kraft willens sind, über Reduktion nachzudenken. Das Spätstadium moderner Konsumgesellschaft ist vom Spätstadium der Heroinsucht kaum zu unterscheiden. Nur die, die eigenständig an den Punkt kommen, diese Sucht zu überwinden, sind für den proaktiven Wandel zu gewinnen. Das sind unter anderem funktionale Eliten, etwa Menschen, die in Transition Towns, Urban Gardening-Projekten mitmachen, ohne Auto und Flugzeug glücklich sind. Die kann ich stärken und bekannter machen. Indem ich ihre Praktiken in einen wirtschaftswissenschaftlichen Kontext stelle, steigere ich die Bedeutung und Anerkennung, die ihnen zuteil wird. Durch begleitende Kommunikation können die vorgelebten Praktiken bekannt gemacht, vernetzt und – wenn's gut läuft – so inszeniert werden, dass sie für Irritation sorgen. Derartige Netzwerke können zur Bildung jener kritischen Masse beitragen, die wahrgenommen wird. Und manche Leute, die sich nur dann auf etwas Neues einlassen, wenn es diesbezüglich schon genug vorgelegte Beispiele gibt, sagen vielleicht: "Hey, da mache ich mit!". Derartige Kulissen senken Hemmschwellen. Neulich war ich auf einer Transition-Town-Veranstaltung, wo wider Erwarten über hundert Leute waren. Man hatte mit nicht mal der Hälfte gerechnet. Inzwischen ist eine Dynamik entfacht worden, deren Potenziale offenbar noch nicht erschöpft sind. Aber es bleibt dabei: Wir reden hier über Minderheiten.

Sehen Sie in der Transition-Town-Bewegung oder vergleichbaren Projekten die Postwachstumsökonomie schon umgesetzt?

(lacht) Nein. Umgesetzt ist sie in einem globalisierten Industriestaat noch nirgends. In den Transition-Towns werden immerhin lebensstilrelevante Maßnahmen eingeübt, die von der Zielrichtung und Tauglichkeit her mit einer Postwachstumsökonomie übereinstimmen. Aber es kommt darauf an, was dieselben Personen daneben sonst noch alles praktizieren.

Welche sind die Hürden und Widerstände, auf die Sie stoßen, und mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Ich muss mich nicht mit Widerständen konfrontieren lassen. Ich kann als Ideengeber und dadurch, dass ich Begründungszusammenhänge aufzeige, Menschen kleine, hoffentlich inspirierende Hilfsmittel an die Hand geben. Ich kann bei der Vernetzung helfen und Reduktionspraktiken mit etwas mehr Würde versehen, etwa mit dem Tenor: "Als

Wissenschaftler sage ich Euch, dass das, was Ihr da treibt, nicht Romantik, sondern pure Ökonomie ist. Lasst Euch nicht von denen ins Bockshorn jagen, die sagen, wachstumskritische Lebensformen seien keine ernst zu nehmende Ökonomie". Da sie gerade von Widerständen sprachen: Das ist die alte Frage. Wie kann man liebgewonnene Symbole eines überkommenen Wohlstandes überwinden? Früher hätte ich gesagt, dies sei eine Frage der Kommunikationsstrategie. Inzwischen bin ich überzeugt davon, dass wir die Dinge, die wir für richtig halten, als Praktik einüben müssen. Es reicht nicht, die richtigen Praktiken erstens zu wollen, zweitens zu beherrschen und drittens deren Wirksamkeit im Rahmen kluger Ansprachen begründen zu können. Es gibt die vierte Bedingung, von der das Gelingen abhängt. Das ist die Dimension des Übens, des Wiederholens, der Disziplin, der ohne Wenn und Aber vorgelebten Umsetzung. Allein auf diese Weise lassen sich Veränderungen wirksam kommunizieren.

Es ist wahnsinnig schwierig aus einer Lebensform auszuscheren, die wir schon so verinnerlicht haben, dass sie schon nicht mehr nur Kultur, sondern vielleicht schon Sucht ist. Es begegnen einem tagtäglich Menschen, die der Notwendigkeit des Reduzierens unverträglicher Praktiken bedingungslos zustimmen, um sich dann auf der Hacke umzudrehen, um ein Auto zu besteigen oder ein Flugticket zu lösen. Diese Realität ist nicht durch fromme Reden und schlaue Bücher zu durchbrechen. Die Alternative muss vorgeführt werden. Kurzfristig erreichen kann ich nur jene, die schon mit dem Übungsprogramm begonnen haben. Die Mehrheit wird erst dazukommen, wenn das System zusammenbricht. Nicht vollends auszuschließen ist, dass Netzwerke kritische Massen erreichen, die eine soziale Dynamik auslösen. Aber das ist eher die unwahrscheinliche Variante. Aber beide Triebfedern können sich ergänzen. Wenn Zusammenbrüche eintreten, ist es wichtig, dass es genug Leute gibt, die mit ihren Erfahrungen und Übungsprogrammen denjenigen zur Seite stehen können, die andernfalls den Übergang nicht meistern können. Die vorgelebte Praxis kann nicht nur beruhigen, sondern beweisen, dass es eben auch anders geht. Deswegen lohnt es sich, das Konzept der Postwachstumsökonomie zu kommunizieren, auch wenn damit nur eine Minderheit zu erreichen ist. Diese wird als funktionale Elite eine wichtige Rolle spielen.

Sie sind also sicher, dass der Zusammenbruch kommt?

Ja, was denn sonst? (lacht) Ich meine, wir können Wetten über das Wann und Wie, aber nicht über das Ob abschließen. Vor 30 Jahren ging es um den ökologischen Kollaps. Heute kommt die Ressourcenkrise dazu. Und jetzt tut sich noch etwas Drittes auf, nämlich Schulden- und Finanzkrisen. Die Politik ist bei alledem ohne jede Orientierung. Es wird im Nebel gestochert und versucht, sich durchzuwurschteln. Politik ist inzwischen ein chaotisches Reaktionsmuster, das von exogenen Schocks oder Krisenszenarien getrieben wird. Wir sind wieder im Mittelalter angelangt. Damals waren wir schicksalsabhängig. Wir waren nicht Herr unseres Lebens, wir waren unfrei, wir waren abhängig von Lehnsherren oder vom Klerus, und wir waren wie ein Blatt im Wind, das sich den Launen des Schicksals zu fügen hatte. Dann erfolgte der Aufbruch in die Moderne. Wir haben die Freiheit und den Wohlstand erfunden, glaubten schließlich, Herr unseres Lebens zu sein, wähnten uns in der Lage, vernunftgeleitet und vorsorglich die Gesellschaft gestalten zu können. Und jetzt erkennen wir: Das ist schief gegangen. Wir sind wieder in einem Zeitalter der Unmündigkeit und Verdummung angelangt. Es gibt nichts Dümmeres, als ständig darüber zu fachsimpeln, was man in Wahrheit nicht tun will. Und wir stehen hilflos da, starren gebannt auf die Kurstafeln der Börse, hören Nachrichten, warten auf die nächste Katastrophe und auf die

nächste Wahl, die auch nichts ändert. Die heraufziehenden Krisen als Chancen zu begreifen und sie mit Humor zu ertragen, ist das, was noch geht. Humor ist eine zum Glück kostengünstige Ressource, von der wir für den bevorstehenden Übergang eine ganze Menge brauchen.

Sie sagten, die wesentliche Rolle bei der Umsetzung spiele die Zivilgesellschaft, und Sie sagten auch, dass die Politik da nichts tun könne. Aber müsste nicht die parlamentarische Demokratie es als ihre Aufgabe verstehen, die Zivilgesellschaft zu bestärken und dafür zu sorgen, dass es von unten nach oben einen Wandel geben kann?

Ja sicher, ich könnte jetzt eine halbe Stunde lang politische Maßnahmen runterrattern, die geeignet wären, den Weg in eine Postwachstumsökonomie zu ebnen. Nur, es gibt auf diesem Planeten in keinem einzigen Staat eine politische Mehrheit dafür. Der Weg kann deshalb nur in umgekehrter Richtung verlaufen. Erst wenn hinreichend viele wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger durch vorgeführte Praktiken in Erscheinung treten, die mit einer Postwachstumsökonomie vereinbar sind, werden Politiker erstmals den Mut aufbringen, sich dem zu stellen. Die Politik eilt dem kulturellen Wandel niemals voraus, sondern immer nur hinterher. Sie hat Angst vor dem Wählerstimmenentzug, der auf sie zukäme, wenn sie zu früh unbequeme Wahrheiten verkündet. Man kann von der Politik nichts erwarten, was außerhalb der Logik von Konsumdemokratien liegt. Diese Systemlogik entspricht einem Überbietungswettbewerb. Die erste Partei, die es wagen würde, über Reduktion oder Begrenzung auch nur laut nachzudenken, würde sofort vom Bannstrahl des Wählerhasses getroffen. Politiker wetteifern darum, den Menschen noch mehr materielle Selbstverwirklichungsmöglichkeiten, noch mehr Freiheit, noch mehr Mobilität zu versprechen, und gleichzeitig alles zu minimieren, was nach Zumutung aussehen könnte.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weitergehen könnte?

Es hängt von genau zwei parallelen Entwicklungen ab. Die eine Entwicklung ist das, was sich im Finanz-, Ressourcen-, und Ökologiebereich zusammenbraut und uns schicksalhaft entsprechende Anpassungsmaßnahmen abverlangen wird. Die zweite sind die kleinen Bewegungen an der Basis, die kleinen Netzwerke mit ihren Versuchen, sich fit zu machen und andere zu sensibilisieren. Dazu zählen auch Netzwerke, die versuchen, eine entsprechende Diskussion anzustoßen. Die Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und das Netzwerk Wachstumswende sind dafür gute Beispiele.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Meine Zukunftsvorstellung ist eine Postwachstumsökonomie, in der Menschen nur noch 20 Stunden für Geld arbeiten, so dass die spezialisierte Wirtschaft nur noch halb so groß ist. Die Produktionsmengen werden entsprechend gering sein. Manche Bereiche, wie etwa die Kohle- und Mineralölindustrie, der Flugverkehr und Automobile werden auf ein minimales Niveau zurückgebaut. Neue Gebäude werden wir gar nicht mehr bauen können. Die Bauindustrie wird ebenfalls verkleinert und umstrukturiert. Sie wird sich nur noch darauf beschränken können, die vorhandene Gebäudesubstanz umzubauen, abzubauen, zu renovieren und zu konvertieren. Wir werden viele Gebrauchsgegenstände pflegen, instand halten, reparieren, folglich länger nutzen und mit anderen teilen. Flughäfen und Autobahnen werden wir renaturieren oder nutzen, um Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie dort

zu installieren. So können wir den Konflikt zwischen Naturschutz und Landschaftsästhetik auf der einen Seite und der sogenannten Energiewende auf der anderen Seite mildern.

Den Bereich der urbanen Subsistenz werden wir weiter ausbauen, um die 20 frei gewordenen Stunden ohne Geld und Industrie sinnstiftend zu verwenden. Wir werden als Handwerker, Künstler und Selbstversorger tätig zu sein. Wir werden wieder sesshaft und gestalten unser Umfeld sowohl durch Konzepte der Gemeinschaftsnutzung als auch durch eine Reaktivierung sozialer Umfelder, die aus der Vereinzelung herausführen. Wir werden dann nicht mehr kerosinträchtig auf der Flucht sein müssen.

Wenn die LeserInnen Sie fragen würden, was sie selbst morgen, im nächsten Monat oder im nächsten Jahr zu dieser Veränderung beitragen können, was würden Sie antworten?

Zunächst sollten wir unsere individuelle CO_2-Bilanz ermitteln, um zu schauen, wie weit wir von den 2,7 Tonnen entfernt sind, die maximal mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzes noch vereinbar wären. Nach dieser Maßgabe können wir unser Leben entrümpeln, indem wir uns von den dicksten CO_2-Brocken befreien. Als nächstes sollten wir uns vom 40-Stunden-Modell verabschieden. Dann sollten wir unser Recht auf eigenständige Reparatur erstreiten. Dies gelingt, indem wir zumindest geringe handwerkliche Fähigkeiten reaktivieren, sei es dass wir tischlern, schneidern, Brot backen, Wohnungen/Häuser instand halten, Fahrräder reparieren, im Gemeinschaftsgarten aktiv sind oder aus kaputten elektrischen Geräten funktionsfähige Objekte basteln. Ebenfalls wichtig ist der schrittweise Auf- oder Ausbau sozialer Netze des Tausches und der Gemeinschaftsnutzung. All das spart nebenbei Geld, somit auch die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum. Alles, was nicht auf lokaler Ebene ohne Geld zu bewerkstelligen ist, könnte mittels zinslos umlaufgesicherter Regionalwährungen erwirtschaftet werden. Das Resultat wäre ein dreistufiges Versorgungssystem: lokale Versorgung ohne Geld, dann die Regionalversorgung auf Basis von Komplementärwährungen. Und was dann noch übrig bleibt, also weder entrümpelt noch lokal noch regional hergestellt werden kann, aber trotzdem gebraucht wird, ist die Restgröße an Bedarfen, die von einer auf die Hälfte zurückgebauten Industrie zu befriedigen sind.

Ich habe als Kritik an Ihrer These gehört, dass sie als Rückschritt ins Mittelalter aufgefasst werden könnte. Was sagen Sie dazu?

In der Tat bin ich mittelalterlich, sogar regelrecht anti-modern, insoweit ich mich von der üblichen Fortschrittsgläubigkeit frei gemacht habe. Aber ich bin überzeugter Demokrat. Frieden, Menschenrechte und Toleranz sind auch für mich das Allerwichtigste, aber nicht auf Basis von Maßlosigkeit. Die Moderne ist gescheitert. Modernität heißt, dass jede Art von Entwicklung nur eine Vorwärtsrichtung kennt. Diese Voreingenommenheit ist eine Art moderner Religion, die nicht wahrhaben will, dass Entwicklungen grundsätzlich einen Vorwärts- und einen Rückwärtsgang haben. Die Moderne kennt keine Ankunft, sondern nur eine gehetzte und über Leichen gehende Steigerung aller verfügbaren Möglichkeiten. Vollkommen verpönt ist demnach die Reduktion. Im Übrigen werden wir schon deshalb nicht ins Mittelalter zurückkehren, weil unser technisches Wissen nicht verschwindet. Wenn wir die Produktion von Konsumgegenständen drastisch reduzieren, muss das nicht im geringsten bedeuten, dass diese Dinge von geringerer Qualität sind. Wenn wir uns zu dritt eine Digitalkamera teilen würden, könnte die Produktion der Digitalkameras entsprechend

gedrittelt werden. Aber es könnten dieselben Digitalkameras sein. Zurückgebaut werden müssen die Quantitäten, aber nicht notwendigerweise die Qualitäten.

Interview Golo Peters | Schriftliche Ergänzungen des Interviewten

Über die Person



apl. Prof. Dr. Niko Paech, Jahrgang 1960, ist Volkswirtschaftler und seit 2008 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM) an der Universität Oldenburg. 2006 wurde ihm für seine Habilitationsschrift der Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie verliehen. Er ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland, Agenda21-Beauftragter der Stadt Oldenburg und seit 2010 Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ). Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der Umweltökonomik, der Postwachstumsökonomik, der Konsumforschung, der Ökologischen Ökonomie und der Nachhaltigkeitsforschung.

| Weitere Infos: www.postwachstumsoekonomie.org

Ludwig Schuster – Regionalwährungen und nachhaltiges Geld

Herr Schuster, Sie beschäftigen sich u.a. mit „Regionalwährungen“ und „Nachhaltigem Geld“. Wie sind Sie dazu gekommen?

Als Architekturstudent hatte ich mit Kommilitonen an einem Ideenwettbewerb zu „Schrumpfende Städte“ teilgenommen – und wir haben gemerkt, dass die nicht von alleine schrumpfen, sondern schlicht, weil sie im globalen Vergleich keine glaubwürdigen Profiterwartungen wecken können. Und weil dadurch eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt ist, die mit dem Rezept „mehr vom Gleichen“ niemals aufzuhalten ist: Wo keine Gewinne erwartet werden, wird gar nicht erst investiert, Einkommen und Beschäftigung sinken, Abwanderung setzt ein – schließlich brauchen die Leute was zu essen und ein Dach über dem Kopf. Damit sinkt die Kaufkraft und die Aussicht, dort jemals wieder Gewinne zu erzielen – eine selbsterfüllende Prophezeiung, die von vielen Soziologen, aber leider auch von den meisten Ökonomen, einfach so hingenommen wird.
Unser Vorschlag für den Ideenwettbewerb war ganz und gar unarchitektonisch – die Kaufkraft und das Kapital stärker an den Ort zu binden, um so eine Art Rettungsnetz einzuziehen – und ist wohl auch deswegen nicht durchgekommen. Ich bin noch immer davon überzeugt, dass er goldrichtig ist – und habe es zu meinen Beruf gemacht, solche Instrumente für endogene, also aus sich selbst herauskommende nachhaltige Entwicklung zu entwerfen, sei es für ein Dorf in Brandenburg oder für Griechenland. Nun bin ich also so etwas wie ein „Architekt für nachhaltiges Geld“ geworden – das überrascht mich selbst noch manchmal.

Was begeistert Sie daran?

Geld anders zu denken und zu machen ist nicht nur sinnvoll, es ist auch ein fast unerschlossenes Forschungsfeld. Es erfordert viel systemisches, aber auch sehr praktisches Denken und die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte auf einfache Handlungsansätze herunterzubrechen, die auch noch Oma Lieschen versteht. Vor allem aber ist es eine riesige Gestaltungsaufgabe, man kann sofort überall, mit jedem Thema und in jeder Größe anfangen, vom Tauschring über parallele Nationalwährungen oder „grünes Geld“ bis hin zur globalen CO2-Währung. Eben ganz wie in der Architektur, wo man auch vom regionalplanerischen und städtebaulichen Maßstab bis zur Türklinke alles mitdenken soll und mitgestalten kann. Insofern hat mich das Architekturstudium natürlich ganz gut vorbereitet.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Es wird Sie vermutlich kaum wundern, dass ich in einer Reform der Geldarchitektur natürlich den größten Handlungsbedarf sehe – aber ich bin sicher nicht einer, der in jedem Problem einen Nagel sieht, nur weil er einen Hammer im Kopf hat. Es ist einfach so, dass Geld unser soziales Leben, in all seinen Facetten, bestimmt wie kein anderes Medium. Angesichts dieser Bedeutung finde ich es immer wieder schier unglaublich, wie wenig Aufmerksamkeit darauf

gerichtet wird, dessen Risiken und Nebenwirkungen genauer unter die Lupe zu nehmen und es zum gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu gestalten. Geld gibt es ja heute im Grunde nur in einer einzigen Ausfertigung, nämlich im Modell „Profit und Wachstum“. Und das Modell wird optimiert was das Zeug hält. Fast so, als wären Flugzeuge unser einziges Fortbewegungsmittel und alles würde daran gesetzt, immer schneller fliegen zu können – während wir die immer weiteren Strecken zum Flughafen zu Fuß laufen müssten. Oder, um in der Architektur zu bleiben: als würde zwar der immer gleiche Plattenbautypus immer effizienter gebaut, aber weder Fabrikhallen noch Fahrradunterstände, weder Hütten noch Paläste.
Solange wir nur ein Geldmodell haben und dieses Geldmodell wachstumsfixiert ist, werden früher oder später alle anderen (durchaus sinnvollen) Maßnahmen dem nicht nachhaltigen Wachstum begegnen, davon eingeholt und überfahren – sei es die Ressourcenbesteuerung oder der Green New Deal.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Zurzeit forsche ich gemeinsam mit einigen Soziologen, Wirtschaftsmathematikern und natürlich Ökonomen in der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Geld“ genau zu denjenigen Wachstumsursachen, welche sich explizit auf die Geldarchitektur zurückführen lassen. Wir sind anfangs mit populären geldkritischen Thesen und vagen Vermutungen eingestiegen, haben dann aber ergebnisoffen und überaus kritisch analysiert, ob und wenn ja, welche Zwänge sich tatsächlich schlüssig belegen lassen , und sind ehrlich gesagt ziemlich überrascht über die Erkenntnisse, die wir zutage gefördert haben. Unsere Ergebnisse diskutieren wir Ende März mit anerkannten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern aller Couleur und werden sie anschließend in die laufende Debatte um „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einbringen. So wollen wir auch den breiten Wissenschafts- und Politikbetrieb dazu ermutigen, diese dringend notwendige Auseinandersetzung zu führen und mögliche Ansatzpunkte genauer zu beleuchten.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Wo soll ich anfangen? Ich sehe die Erfolge überall. Beispielsweise verfolge ich seit einigen Jahren regelmäßig die Presse zu all diesen Themen. Die Berichterstattung über alternative Geldmodelle hat sich völlig verändert, erst von abschätzig zu wohlwollend, inzwischen sind sogar ab und zu sachlich sehr fundierte Artikel darunter. Mit Ausbruch der Finanzkrise wurde schlagartig mehr darüber berichtet, und nochmal in den vergangenen Monaten. Aber vor allem hat die Zahl der Ökonomen, die sich wissenschaftlich mit nachhaltigeren Geld-Ansätzen und -Instrumenten auseinandersetzen oder sogar selbst welche entwickeln, seither rasant zugenommen, ebenso deren Vernetzung und Austausch untereinander. All das lässt mich optimistisch in eine positive Zukunft blicken, die durch viele neue, nachhaltige Gelder geprägt sein wird.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Widerstand erlebe ich eigentlich nicht, im Gegenteil: Ich erfahre großartige Unterstützung von vielen Seiten. Hürden gibt es allerdings schon ab und zu, oft wo man sie vielleicht nicht sofort vermuten würde. Das fängt schon bei den Begriffen an: Geld, Kredit, Darlehen, Vermögen, Kapital – gerade im Geldbereich sind viele Begriffe ganz unterschiedlich besetzt

oder unscharf voneinander getrennt, selbst innerhalb derselben Disziplin. Das gilt auch für den Wachstumsbegriff, was jegliche sachliche Auseinandersetzung mit diesem heiklen Thema von vorneherein zu einem Vabanque-Spiel macht. Wir mussten innerhalb unserer kleinen Arbeitsgruppe viel Zeit dafür aufwenden, all die Missverständnisse aufzuklären, die im laufenden Prozess bis zuletzt immer wieder allein dadurch entstanden sind, dass wir unter denselben Begriffen nicht exakt dasselbe verstanden haben. Und wir haben dabei viel neu und dazugelernt: vor allem wie wichtig es ist, aktiv zuzuhören und um gegenseitiges Verstehen zu ringen, anstatt sich wohlgefällig zurückzulehnen und auf seinen Differenzen auszuruhen. Was im Kleinen in unserer Arbeitsgruppe gilt, gilt natürlich im Großen erst recht. Solche Verständnis- und Verständigungshürden werden wir sicher in Zukunft noch in vielen Geld-Diskursen erleben.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Das hängt ganz vom Ansatz ab. Da gibt es die eher zivilgesellschaftlich und oft größtenteils ehrenamtlich getragenen Modelle, wie Regiogeld oder das Allmende-Konzept, die auf gemeinschaftliche Selbsthilfe abzielen und wo es im Grunde auf die Überzeugung jedes Einzelnen ankommt. Daneben arbeite ich aber auch an staatlichen Komplementärwährungsmodellen auf kommunaler und europäischer Ebene und an einem Prämiensystem für nachhaltiges Verbraucherverhalten. Bei diesen kommt es fast ausschließlich auf die politischen Entscheidungsträger an. Und dann gibt es natürlich rein unternehmerische Ansätze, wie Investitions- und Energiegutscheinmodelle oder noch komplexere Ansätze für einen „grünen Markt“, wo es vor allem auf lebendige Unternehmerpersönlichkeiten ankommt, die verstanden haben, dass Nachhaltigkeit etwas anderes bedeutet, als eine Zahl im CSR-Prospekt.
Allen gemeinsam ist, dass es letztendlich immer auf die einzelnen Menschen ankommt, die ja nicht entweder Konsument oder Produzent oder Sparer oder Investor oder Unternehmer oder Erwerbstätiger oder politisch interessierter Bürger sind, sondern von allem etwas, in ein und derselben Person mit allen erdenklichen inneren Widersprüchen – das wird in der akteursbezogenen Forschung leider häufig übersehen. Entscheidend ist, ob jemand bereit ist, in wenigstens einer seiner vielen Rollen zu entscheiden, ab sofort irgendetwas wirklich anders und besser zu machen als vorher. Das Bewusstsein allein bringt keinen Wandel.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

In der Aufwachphase. Der Wecker klingelt schon zum x-ten Mal, und langsam gelingt es uns immer schlechter, ihn noch länger zu ignorieren. Hoffen wir, dass sich unsere Augen bald weit genug öffnen.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Von der Gegenwart. Was wir heute nicht eintüten, wird morgen nicht in der Tüte sein.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Ich habe mehrere, damit ich nicht unglücklich werde, falls eine ausfällt. Eine, die mir sehr gut gefällt, ist die, dass wir in Zukunft die Wahl haben werden, ob wir weiter (nur) beim globalen Wachstumsmonopoly mitspielen oder nicht, weil es daneben auch noch andere funktionierende Geld-Ökonomien gibt, die auf Nachhaltigkeit statt Profitmaximierung programmiert sind, und die dann vielleicht „commoney" heißen oder „ecopolis".

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Morgen: Nicht nur den Stromanbieter[1] wechseln, sondern auch die Bank[2]. Inzwischen gibt es in Deutschland mit der Ethikbank, der Umweltbank, der GLS-Bank und der Triodos-Bank schon vier ethisch-ökologische Banken, also keine Ausreden mehr. (Das wäre der erste Level, „Green New Deal").

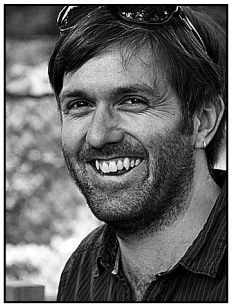
Im nächsten Monat: Zweiter Level. Schlau machen, ob und wo es in der Nähe eine Regiogeld-Initiative gibt und wenn ja, einfach mitmachen – Regiogeld auszugeben tut auch nicht mehr weh als Euro auszugeben – sogar eher weniger (Und wenn Sie schon auf der Suche sind, stolpern Sie sicher über noch ganz andere Projekte und Initiativen, bei denen Sie sofort einsteigen können: Stadtgärten, Carsharing, Energiegenossenschaften, Dorfläden,...) – los geht's!

Im nächsten Jahr: Dritter Level. An dem dran bleiben, was Sie gefunden haben und wofür Sie brennen – Strohfeuer sind nicht nachhaltig.

Und bei alledem: Viel Spaß!

Interview schriftlich

Über die Person



Dipl.-Ing. Ludwig Schuster, Jahrgang 1975, arbeitet als Projektmanager und Berater für soziale Unternehmen, mit langjähriger Expertise in der Entwicklung komplementärer Währungen und alternativer Finanzierungsformen. Er ist Gründungsmitglied und Koordinator der **W**issenschaftlichen **A**rbeitsgruppe **N**achhaltiges **G**eld (WANG), sowie Mitglied im Fachbeirat des Regiogeld-Verbands. Derzeit forscht er zu den monetären Ursachen des Wachstumszwangs und möglichen (geld-) ordnungspolitischen Ansätzen für eine nachhaltige Ökonomie.

| Weitere Infos: www.geld-und-nachhaltigkeit.de

[1] http://www.atomausstieg-selber-machen.de/stromwechsel/oekostrom-anbieter.html

[2] http://www.attac.de/aktuell/bankwechsel/bank-wechseln/alternativbanken/

Ronald Blaschke – Zukunft der Arbeit und Grundeinkommen

Herr Blaschke, Sie beschäftigen sich u.a. mit der „Zukunft der Arbeit“ und dem „Grundeinkommen“. Wie sind Sie dazu gekommen?

Aus philosophischer Betrachtung und persönlicher Erfahrung. Ich habe Philosophie studiert und war jahrelang erwerbslos. Drei Tatsachen haben meine Positionen geprägt: erstens die Tatsache, dass massenhaft natürliche Ressourcen in sinnloser Produktion und Konsumption vernichtet werden. Zweitens die Tatsache, dass Arbeit mit bezahlter Erwerbs-/Lohnarbeit gleichgesetzt wird. Und drittens die Tatsache, dass trotz des Überflusses an Gütern und trotz gesättigter Märkte auf den Arbeitsämtern und in den Jobcentern der menschenrechtswidrige Arbeitszwang tagtägliche Praxis war und ist. Diese Tatsachen ließen bei mir keinen Zweifel aufkommen: Die bestehende Gesellschaft ist unvernünftig, ressourcenverschwendend und menschenrechtswidrig organisiert.

Was begeistert Sie daran?

Die Hauptfrage beim Thema „Zukunft der Arbeit" lautet: Was und wie wollen wir produzieren, damit alle gut leben können *und* natürliche Ressourcen geschont werden. Mit dieser Frage ist zwangsläufig die These verbunden, dass der Mensch befähigt ist, Produktion und Konsumption bewusst zu gestalten, das heißt für eine moderne Gesellschaft: demokratisch zu gestalten. Dann wird Gesellschaft auch wieder spannend. Jetzt langweilen die „Herren der Arbeitsgesellschaft" (Ralf Dahrendorf) sich und uns mit der Behauptung, Wachstum und Arbeitsplätze führen zu Glück.
Das Grundeinkommen im Sinne einer Absicherung der Existenz und der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen ohne jegliche Bedingungen als das Menschsein verleiht der Demokratie den Schuss Freiheit, ohne den sie zum antidemokratischen Ausgrenzungs-und Zwangssystem verkommt. Beides, Demokratie und Freiheit, sind Themen, die Herrschende fürchten, die aber viele Andere begeistern – weil es ihnen an Demokratie und Freiheit mangelt.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Erstens ist unser Wirtschaftssystem fixiert auf bezahlte wirtschaftliche Tätigkeit. Die eigentliche ökonomische Basis der Gesellschaft wird ausgeblendet: die unbezahlte Ökonomie. Sie muss verdeutlicht und anerkannt werden.
Zweitens ist die bezahlte Wirtschaft „entbettet", das heißt aus menschlich-gesellschaftlich sinnvollen Rahmenbedingungen herausgelöst. Sie muss eingebettet werden durch eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft und Ökonomie.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Als langjähriger Protagonist der Grundeinkommensidee liegt es mir am Herzen, Wachstumskritik und soziale Grundrechte zusammenzudenken. Auf dem großen

wachstumskritischen Kongress von Attac Deutschland in Berlin im Mai 2011 wurde dieser gesellschaftliche Denkprozess vertieft. Er ist wichtig, weil es auch eine neoliberale Wachstumskritik gibt, der soziale Grundrechte unwichtig sind.

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Einen großen Erfolg sehe ich darin, dass auf dem genannten Kongress die Wachstumsfrage stets mit der sozialen Frage verbunden worden ist sowie das Grundeinkommen neben anderen Formen des universalistischen Zugangs zur Existenz- und Teilhabesicherung ein großes Thema war. Inzwischen ist in weiten Teilen der Grundeinkommensbewegung das Thema Wachstumskritik angekommen und in weiten Teilen der wachstumskritischen Bewegung das Thema Grundeinkommen.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Es sind die geschichtlich üblichen Hürden: Neue ökonomische und soziale Ideen verlangen Beweglichkeit und stellen die Machtfrage – im Falle des Grundeinkommens - an die „Herren der Arbeitsgesellschaft". Es sind dieselben Adressaten, an die sich Wachstumskritiken richten. Die „Herren der Arbeitsgesellschaft" hätten am liebsten immerwährendes Wachstum und immerwährend eine an Erwerbs-/Lohnarbeit gebundene Sicherung der individuellen Existenz- und Teilhabe, weil dadurch ihre Machtposition hinsichtlich der gesellschaftlichen Zielsetzungen und Strukturen gesichert bleibt. Der „Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester) ist im Wesentlichen der tagtägliche Terror der „Herren der Arbeitsgesellschaft".

Dann gibt es noch die „technokratischen Hürden". Gemeint sind Ideologien, die die These beinhalten, dass das Problem der Ressourcenknappheit technologisch zu lösen sei.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Demokratisch-emanzipatorische Kräfte, weil historisch Wachstum durch das Konkurrenz- und Profitprinzip besonders befördert worden ist und der Existenz- und Teilhabevorbehalt „Verkauf der Ware Arbeitskraft" ein Grundzug kapitalistischer Ökonomie ist.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Nach wie vor in einer schlechten. Immerhin sind die Themen „Schrumpfung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen durch Schrumpfung der Wirtschaft“ und „Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft" in der gesellschaftlichen Debatte.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Es hängt davon ab, ob der Mythos vom guten Leben durch Wirtschaftswachstum (inklusive Zerstörung natürlicher und menschlicher Ressourcen), der sich in vielen Köpfen hartnäckig hält, aufgelöst werden kann. Wenn dieser Mythos an Wirkkraft verliert, werden die Köpfe frei zum Denken und Entwerfen von Alternativen.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Alle Menschen haben eine Sehnsucht nach Liebe, Anerkennung, intakter Umwelt, sozialer Sicherheit, Kreativität und Wettstreit – es gibt viele Erzählungen darüber. Sie müssen immer wieder erzählt und erneuert werden. Meine Vision ist eine demokratische Gesellschaft, die die Freiheit und Würde des Einzelnen respektiert und die freie Entwicklung des Einzelnen als gesellschaftliches Ziel betrachtet – mithin eine demokratische Kulturgesellschaft. Von dieser Vision her beurteilt, leben wir in einer Barbarei.

Zu empfehlen ist die Lektüre der Visionen von Ernest Callenbach in „Ökotopia", von Heinrich Böll in seiner „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral" und von André Gorz in seinem Werk „Arbeit zwischen Misere und Utopie".

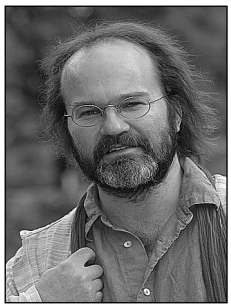
Erreichbar werden Visionen, indem sie zu konkreten Schritten in Richtung der Vision führen: Wie wäre es zum Beispiel mit der Einführung eines gebührenfreien öffentlichen Nahverkehrs und eines Ökogrundeinkommens in ganz Deutschland?

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann.

Zu empfehlen wäre das Wahrnehmen und Bedenken der tagtäglich stattfindenden Zerstörung der Natur und menschlicher Perspektiven in ärmeren Ländern und bei uns, um daraus Schlüsse für gesellschaftliche und individuelle Veränderungen zu ziehen.

Interview schriftlich

Über die Person



Ronald Blaschke, Jahrgang 1959, hat Philosophie und Erziehungswissenschaften studiert und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten. Er ist Mitglied im Netzwerkrat des Netzwerks Grundeinkommen. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Armut und Grundeinkommen.

| Weitere Infos: www.grundeinkommen.de

Christian Hiss – Bürgeraktiengesellschaft „Regionalwert AG“

Herr Hiss, Sie beschäftigen sich durch die Regionalwert AG mit dem Konzept einer Bürgeraktiengesellschaft, welche die Landwirtschaft und Regionalwirtschaft rund um Freiburg sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig gestalten will. Wie sind Sie dazu gekommen?

Das ist eine große Frage. Gleich vorab: Ich bin aufgewachsen auf einem Biohof in der Region, bin seit 30 Jahren selbstständig in der ökologischen Landwirtschaft, und aus der Erfahrung heraus empfand ich, dass der Wirtschaftsbegriff, der die letzten Jahrzehnte in der Gesellschaft geherrscht hat, den Leistungen der Landwirtschaft bzw. der ökologischen Landwirtschaft nicht gerecht wird. Die klassische Wirtschaft externalisiert zu viele Leistungen und gleichzeitig auch Fehlleistungen. Diese werden gar nicht erfasst und somit nicht mit einberechnet in der ökonomischen Rechnung, sagen wir mal der Geschäftsjahresrechnung. Ich habe gesehen, dass wichtige Leistungen und Wertschöpfungen durch diese Nicht-Berücksichtigung verloren gehen, beziehungsweise wegrationalisiert werden. Dadurch entstehen Schäden, die problematisch werden. Das Konzept der Regionalwert AG ist nur ein Instrument, aber der Kern des Ganzen ist schon der Versuch, diese Externalitäten stärker zu berücksichtigen.

Was begeistert Sie an Ihrer Arbeit?

Dass es neue Perspektiven gibt. Die Ernährungs- oder Landwirtschaft kann jetzt neu und strukturiert angegangen und organisiert werden.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu?

Wachstumswende ist ein Begriff, den man vielleicht nutzen kann. Ich würde es eine Blickerweiterung nennen. Wir müssen Anderes ins Blickfeld nehmen. Ich bleibe gerne bei diesen ökonomischen Begriffen: Die Externalitäten müssen neu in den Blick genommen und mit berücksichtigt werden. Ich betrachte den bisherigen betriebswirtschaftlichen Blick auf das Wirtschaften als kritisch.

Wo sehen Sie momentan den größten Handlungsbedarf? Liegt der in der Betrachtung dieser Externalitäten?

Ja, eindeutig. In der Erweiterung der Buchhaltung zum Beispiel.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit in der Regionalwert AG im Kontext zur Wachstumsproblematik? Wo setzen Sie an?

Da gibt es verschiedene Ebenen: Ebene 1 ist die Wachstumsproblematik konkret in der Landwirtschaft. Hier gibt es die Methapher der „Spezialisierung versus Diversifizierung“. Die Spezialisierung in der Landwirtschaft hat viele Vorteile mitgebracht, wie zum Beispiel die Arbeitsteilung, aber auch viele Nachteile. Mit dem Konzept der Regionalwert AG haben wir

zumindestens innerhalb des Netzwerkes die Möglichkeit, sowohl den einzelnen Betrieb auf Produktion oder auf Vermarktung zu spezialisieren als auch die negativen Effekte der Spezialisierung wieder aufzuheben. Das ist die ganz praktische Ebene des Wirtschaftens.

So wie ich das verstanden habe, ist es in der Regionalwert AG so, dass Sie davon ausgehen, dass die Aktionäre sich auch dafür interessieren, was mit ihrem Geld gemacht wird und es nicht nur darum geht, dass der größtmögliche Gewinn abgeworfen wird. Ist das richtig?

Ja, da kommt es wieder darauf an, was man unter Gewinn versteht. Ich gehe sehr an die Begriffe heran. Ich würde gerne die Externalitäten, das heißt die sozial-ökologische Wertschöpfung, auch als Gewinn sehen. Oder als Verlust. Man muss dann sagen, dass die Beteiligten nicht nur auf den finanziellen Gewinn oder Verlust schauen, sondern auch auf den extrafinanziellen.

Wie viel Mitspracherecht haben die Aktionäre? Wie funktioniert das genau?

Die Aktionäre können jedes Jahr an der Hauptversammlung über die langfristige Entwicklung mit abstimmen. Sie können zufrieden sein mit der Leistung des Vorstands, oder sie können eben nicht zufrieden sein. Dafür haben sie jeweils in der Jahresversammlung ihre Stimmrechte.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Die Erfolge liegen darin, dass die Themen, die hier angesprochen werden – Regionalentwicklung, regionale Landwirtschaft, Ökologie und Soziales – eine Stimme bekommen. Sie werden gehört, und es wird Aufmerksamkeit darauf gelenkt. Von einzelnen Menschen, von Institutionen, von Politik und Gesellschaft. Das ist der größte Erfolg.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert wurden?

Den formalen Aufwand im Aktienrecht könnte man vielleicht als Hürde bezeichnen, aber ansonsten sehe ich keine.

Also gibt es nichts, was Sie sich vorher anders vorgestellt haben oder wo eben auf Widerstand gestoßen sind?

Nein.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Zuallererst die Unternehmer und Unternehmerinnen, die etwas machen wollen im Bereich der regionalen Landwirtschaft. Eine weitere Rolle spielen die Aktionäre, gleichbedeutend wie die Unternehmer, und schließlich das Instrument der Regionalwert AG selbst, welches die beiden zusammenbringt. Aber die Hauptakteure sind die Aktionäre und die Unternehmer, also die Kapitalgeber und die Kapitalnehmer.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ich würde mal sagen, wir befinden uns immer noch im Vorbewussten. Wenn man jetzt pauschal über die Gesamtgesellschaft geht, dann ist ein Gefühl, dass es so nicht weiter gehen kann, weit verbreitet. Die konkreten Schritte des Individuums hinken aber noch weit hinterher.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Da gibt es zwei Möglichkeiten: Denken oder Leiden. Die eine Möglichkeit, also das Denken, heißt: aus dem Gefühl heraus, dass etwas passieren muss, konkrete Schritte einzugehen. Konkret heißt das, Geld nicht nur in klassische Fonds bei klassischen Anlagemöglichkeiten weltweit zu investieren, sondern unbescheiden und ernsthaft in Regionalmöglichkeiten zu investieren und auch den Konsum umzustellen. Das sind Möglichkeiten, sich selbst zu reflektieren: Was mache ich, was erwarte ich von anderen und was mache ich selbst? Über den Leidensprozess steht ja jeden Tag etwas in der Zeitung, also auf welche Art und Weise die aktuelle Situation erlitten wird, denken Sie an Griechenland! Die Zusammenbrüche werden hier angekündigt. Und was dann abläuft und wie dann agiert wird, davon habe ich keine Ahnung. Aber ich sehe diese zwei Möglichkeiten, von denen es in Zukunft abhängen kann, wie es weiter geht: Handeln durch Denken oder durch Leiden verursacht.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Meine Vision ist bereits umgesetzt. Und das ist ein klares Angebot an die Mitmenschen, sich hier zu beteiligen. Es können sowohl die Unternehmer wie auch die Menschen und die Aktionäre mitmachen.

Eine Vision für die Gesellschaft, wie sähe die aus?

Mit so großen Lösungsansätzen bin ich überfragt, das geht dann eher an die Politik.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Das hängt sehr vom Einzelnen ab, der mich fragt. Was mir oft begegnet, ist ein gewisser Fatalismus, und Fatalismus lähmt. Der erste Schritt wäre, im Inneren die seelische Haltung zum Konstruktiven hin zu ändern. Und dann sich selbst auf den Weg zu machen, denn die Angebote gibt es ja vielfältigst, ob es jetzt Konsum ist, Klima oder Autofahren. Wenn man vom Destruktiven zum Konstruktiven gekommen ist, kann man also im zweiten Schritt versuchen, sich entlang diesem Interesse auf den Weg zu machen. Das wäre relativ schnell machbar. Mittelfristig – ich gehe jetzt sehr vom Einzelnen aus – sollte man versuchen, die Gegenwelt mit aufzubauen.

Das heißt konkret?

Wenn ich jetzt mein Thema als Beispiel nehme, also die regionale Landwirtschaft, dann gibt es vielfältige Möglichkeiten etwas zu tun. Die meisten Personen stehen ja ebenfalls in einem Beruf, und dort gibt es genauso Möglichkeiten, umzudenken und anders zu handeln.

Interview Alina Janssen

Über die Person



Christian Hiss, Jahrgang 1961, ist Gärtnermeister und M.A. Social Banking and Social Finance. Er ist Vorstand der Regionalwert AG Eichstetten. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Aufbau und die Geschäftsführung dieser Bürgeraktiengesellschaft zur Regional-entwicklung.

| Weitere Infos: www.regionalwert-ag.de

Ulrich Schachtschneider – Gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise

Herr Schachtschneider, Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Konzepten für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. Wie sind Sie dazu gekommen?

Sie sprechen jetzt wahrscheinlich das Buch „Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus – gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise“ an, welches ich zusammen mit Frank Adler verfasst habe. Wir haben verschiedene Seminare zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ durchgeführt, hauptsächlich im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bei der Diskussion von Ursachen der Ökokrise und deren Lösungsansätzen tauchten immer wieder dieselben Fragen auf, die oft aber nicht ganz klar isoliert betrachtet werden konnten, sondern untereinander verwoben waren. Dazu drei Beispiele: Kann die ökologische Krise jenseits von Kapitalismus sowieso nicht gelöst werden? Wenn wir nicht alle bei uns selbst anfangen mit unserm Konsum, dann geht doch sowieso nichts. Oder: Erreicht man nur was, wenn der Staat reguliert?

Uns sind immer wieder grundsätzliche Haltungen begegnet, hinter denen aber ausgearbeitete Denkweisen stehen. Unser Anliegen war es, das einmal systematisch aufzuschreiben, um einfach mal einen Überblick geben zu können. Weil diese grundlegenden Herangehensweisen in der Praxis verwoben sind und nie in Reinkultur auftreten, wollten wir sie in analytischer Klarheit darstellen. Denn jeder Ansatz hat eine eigene Auffassung; zum Beispiel zur Rolle individuellen Konsums, zur Rolle des Staates, zur Rolle von Wertvergesellschaftung, zur Rolle des Patriarchats usw. In der Porträtierung der einzelnen Ansätze haben wir genau das versucht herauszuarbeiten.

Wir gehen davon aus, dass es Konsens ist, dass die nördlichen Industriegesellschaften ihren Ressourcen-Verbrauch und ihre Emissionen um 80 bis 90 % senken müssen. Dass man dahin kommen muss, haben wir als vorausgesetzt angenommen, darüber wird nicht mehr groß gestritten. Es geht eigentlich nur noch darum, was die nötige Gesellschaftsstruktur ist, um dort hinzukommen.

Was begeistert Sie daran?

Begeisternd ist, dass in jeder dieser Denkrichtungen ein Fünkchen Wahrheit steckt - auch ein Funke. Deswegen sind sie ernst zu nehmen! Wenn man einen Gegenstand richtig betrachten will, in diesem Fall den Gegenstand „gesellschaftliche Ursachen der ökologischen Krise“, dann ist es wichtig, nicht nur von einer Seite drauf zu gucken, sonst sieht man nur einen wichtigen Charakterzug, der auf der Rückseite aber bleibt verborgen. Es kommt also auf die Perspektive an. Es war uns eben ein Anliegen, alle Perspektiven erst mal ernst zu nehmen und zu gucken, was da drin stecken könnte als Lösungsansatz für einen besseren Umgang mit der ökologischen Krise. Und sowohl in den radikalen wie auch den systemstabilisierenden Ansätzen stecken akzeptable Lösungsansätze drin. Das ist auch das, was mich persönlich antreibt: Wie können diese Ansätze im Sinne von Mosaiksteinchen rekombiniert werden, damit man eine bessere Bearbeitungsmethode der ökologischen Krise erreicht, ein Konzept für eine sozialökologische Transformation gewinnt. Dieses Konzept ist noch nicht ausgereift. Das wird auch nicht von einem Denkansatz alleine erreicht werden,

schon gar nicht von einer Person alleine. Aber mich fasziniert diese Suche nach der richtigen Kombination.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Ich würde das auf zwei Punkte konzentrieren: Erstens müssen Wachstumsmotoren, die nicht zu einer besseren Ökobilanz und Wachstumsmotoren, die nicht zu mehr Emanzipation (d.h. die nicht zu einem freiheitlicheren Leben des Einzelnen) führen, bekämpft werden. Gegenwärtig müssen wir wachsen aufgrund von Ungleichheit (die sich zum Beispiel in Verschuldungen manifestiert) und Herrschaftsmechanismen. Diese für ein selbstbestimmtes Leben eigentlich unnötigen Wachstumsmechanismen müssen verringert werden. Alle, die hier unten sind und unter täglichen existenziellen Zwängen stehen, sollen freier bestimmen können, damit niemand mehr auf ökologisch fragwürdige Jobs angewiesen ist, an ihnen festhalten muss. Und Leute, die oben sind, sollen sich keine fragwürdigen Produktionen mehr ausdenken müssen, um oben zu bleiben. Mehr Gleichheit bedeutet weniger unsinnige Produktion. Studien haben gezeigt, dass gleichere Gesellschaften (nicht im Sinne von Gleichförmigkeit, sondern von geringeren Einkommensunterschieden) auch weniger Umweltemissionen haben.

Der zweite Punkt besteht darin, den Menschen mehr freie Zeiträume zuzugestehen, um sich selbst besser kennenzulernen. Wer seine Arbeit eher als Zeitraub empfindet, wird kompensatorische Konsumbedürfnisse mit entsprechenden ökologischen Fußabdrücken nötig haben. Es geht auch darum, eine Selbstverwirklichung durch die Arbeit zu erfahren, um einen ganz andern ganzheitlichen Blick zu kriegen und freier zu werden. Der Fokus liegt dann nicht mehr auf der Unterdrückungserfahrung, sondern auf Sinnfragen: Was macht mich eigentlich glücklich? Wie ist mein Austausch mit Menschen, mit der Natur? Freiräume (bei 20 Stunden Erwerbsarbeit) sollen entstehen, wo andere Lebensformen ausprobiert werden können. Gemeinschaft, mit wem auch immer, kann z.B. mehr Lebenserfüllung bringen.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Das Buch ist nicht ein Plädoyer für oder gegen Wachstum. Ich selbst bin allerdings der Meinung, wir müssen Wege aus dem Wachstum finden. Und dafür können wir uns verschiedener Ansätze dieser grundlegenden Denkrichtungen bedienen. Eine Idee von mir ist die des ökologisch finanzierten Grundeinkommens. Es beinhaltet drei wesentliche Vorteile: erstens eine Ökosteuer, die Märkte und Innovationen in eine ökologisch akzeptable Richtung lenkt (wie es der Ansatz der „Ökologischen Modernisierung“ propagiert). Zweitens erfolgt eine Umverteilung nach unten: Jeder kriegt den gleichen Teil der Einnahmen dieser Ökosteuer in gleichem Maße zurück (was Punkte aus den Systemkritiken aufnimmt) und drittens entsteht aufgrund des dadurch erreichten Grundeinkommens ein größerer emanzipatorischer Freiraum für andere Formen der Arbeit und des Zusammenlebens (was Bestandteil der Idee eines Phasenwechsels ist, d.h. im Hier und Jetzt des Kapitalismus beginnen, den Fortlauf aber offen halten). Das wird im ökologisch finanzierten Grundeinkommen kombiniert. Bei den Vertretern der Grundeinkommensidee ist allerdings bisher kaum die ökologische Komponente enthalten. Dort wird mehr mit der Steigerung

einer sozialen Qualität des Lebens und der Arbeit argumentiert. Meine Idee ist, die beiden Diskursstränge der sozialen und ökologischen Qualität zu verbinden.

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Es gibt noch keine wirklich ersichtlichen Erfolge. Die Idee des Grundeinkommens ist noch nicht auf der Ebene der Parlamentspolitik angekommen. Es gibt zwar Parteien, die das durchaus für eine diskussionswürdige Idee halten, es ist aber dort noch nicht in irgendeiner Weise konkret. Positiv ist aber, dass es in allen Parteien in Deutschland Vertreter gibt, welche die Idee des Grundeinkommens zumindest aufgenommen haben. Es ist dieses „Cross-Over", welches so faszinierend ist: Es gibt aus den verschiedensten politischen und philosophischen Richtungen Zustimmungsmöglichkeiten, welche das Potential dieser Idee ausmachen! Sie lässt sich gerade auch begründen aus einer Synthese der verschiedenen Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, die wir in unserem Buch porträtiert haben.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Nehmen wir als Beispiel die „Rohstoffstrategie" der Bundesregierung. Da wird in der kritischen Diskussion festgestellt, es wäre ja grundsätzlich besser zu recyceln, anstatt fragwürdige „Rohstoffpartnerschaften" abzuschließen mit Kasachstan usw. Aber woran scheitert es, dass hier nicht genügend passiert? Letztlich ist es in vielen Sektoren immer noch viel günstiger, etwas Neues zu verwenden, anstatt es hier zu recyceln. Über den Preis könnte diese Recyclingwirtschaft enorm angekurbelt werden. Man sieht das Problem auch in andern Feldern, wie z.B. CO2-Emissionen. Wenn es wirklich teurer wäre, würden sich die Verhaltensweisen viel stärker ändern, könnte die Energiewende beschleunigt werden.

Sehen wir uns die zwei großen gesellschaftlichen Probleme „Rückgang der Erwerbsarbeit" und „Rückgang von Ressourcen" an: Beim Problemkreis „Weniger Erwerbsarbeit" ist mit dem Grundeinkommen eine Antwort jenseits eines Setzens auf Wirtschaftswachstum gefunden. Der Stillstand beim zweiten Problemkreis, dem Ressourcenproblem, verlangt eine ganz andere ökologische Steuerung. Der Einstieg in die Recyclingwirtschaft ist zu langsam, ebenso die Energiewende. Wir finden viele Bereiche, wo die Kosten-Nutzen-Verhältnisse so sind, dass die Leute und die Betriebe keine radikalen Schritte gehen in ihrem Verhalten. Ich versuche diese beiden Problemkreise zusammenzubringen!

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Politik ist ein wichtiger Akteur, aber nicht nur. Bis die Idee des „Tax and Share", des ökologischen Grundeinkommens in der Politik oben ankommt, muss sie in der Gesellschaft, in der Wissenschaft, in den sozialen Bewegungen, im öffentlichen Diskurs reifen. In all diesen Bereichen gibt es also wesentliche Akteure.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Die Umsetzung hier in Deutschland befindet sich im Moment noch in einem Anfangsstadium mit noch keinen praktisch erprobten Beispielen. In der Schweiz wird diese Idee im kleinen

Maßstab aber bereits realisiert. Zum Beispiel erheben die Stadtwerke Basel die „Lenkungsabgabe Strom". Es gibt eine Steuer auf die Kilowattstunde Strom. Die Einnahmen, die darüber akquiriert werden, werden jedem Stromkunden gutgeschrieben. Auch in der ganzen Schweiz gibt es eine Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, die jedem Bürger zu gleichen Teilen gutgeschrieben wird. Das ist dasselbe Prinzip: Etwas ökologisch Problematisches wird verteuert, und die Einnahmen werden pro Kopf ausgeschüttet. In Deutschland gibt es die Idee von Basis-Progressivtarifen, wie sie die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen hat. Sie ist allerdings bisher nicht verwirklicht worden. Ich bin selbst in der Oldenburger Energiegenossenschaft. Wir wollen hier das Oldenburger Netz übernehmen und haben auch vor, einen solchen Basis-Progressivtarif an Strom anzubieten. Es soll auf kleinen Ebenen demonstriert werden: Das ist machbar!

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Das ökologische Grundeinkommen ist nur eine Idee von vielen. Generell ist es wichtig, die Fragen von Ungleichheit und Herrschaft zu thematisieren, wenn wir die Wachstumsdiskussion in die Breite der Gesellschaft bringen wollen. Wir müssen auch für die Leute, die unten stehen, eine „Realutopie" darstellen können, also eine relativ kurz- bis mittelfristig realisierbare Verbesserung ihres Lebens durch eine Gesellschaft mit weniger Wachstum. Wenn wir denen einfach nur sagen, sie müssen den Gürtel jetzt enger schnallen, werden wir die Zustimmung aus diesem Gesellschaftsteil nicht bekommen. Es ist eine Frage der Befreiung aus unterdrückenden und bedrückenden Arbeitsverhältnissen. Sonst wird man dort auch mit der Idee des „Weniger ist mehr" wenig bewirken können. Die Leute bleiben dann in der Tretmühle drin.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Ich würde sagen, man muss es mit weniger Arbeit und mehr Lebensqualität verbinden. Zum Beispiel 30 Stunden arbeiten ist für alle sowohl möglich als auch ökologisch gut. Und man muss den Leuten Sicherheit im Wandel geben. Das heißt, sie wissen, wenn eine Produktion aus ökologischen Gründen ausläuft oder verändert wird, falle ich nicht ins Bodenlose, sondern mich fängt die Gesellschaft auf. Es ist ein ganz akutes lebensweltliches Problem, dass die Leute unsicher sind. Man muss ökologische Produktion mit weniger Ressourcenverbrauch verbinden, aber dafür mit mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität. So wird der tiefgreifende Wandel attraktiv. Es müssen sich dafür erreichbare Visionen und konkrete Modelle entwickeln, die ich jetzt allerdings nicht aus der Tasche ziehen kann.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Persönliche Veränderungen sind ein wichtiger Anstoß, aber für eine gesellschaftsweite Veränderung von allen ist eine ermöglichende Struktur notwendig. Was man morgen machen kann? Ich will es also zweiteilen: Einerseits kann ich vorleben, dass weniger mehr ist. Dass ich etwa nicht jeden Job, den ich kriegen könnte, annehme, nur damit ich mehr verdiene. Dass ich nicht glücklicher werde, wenn ich mir bestimmte Sachen kaufen würde. Die zweite Sache, die ich tun kann, ist, mich politisch einzusetzen für das, worüber ich vorher gesprochen habe: die Idee des ökologischen Grundeinkommens und die Idee der Sicherheit

im Wandel. Auch das kann ich morgen machen, indem ich beispielweise mit Leuten spreche oder etwas darüber veröffentliche.

Interview Jörn Sempach

Über die Person



Dr. rer. pol. Ulrich Schachtschneider, Jahrgang 1962, ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und Diplom-Sozialwissenschaftler mit Schwerpunkt Umweltpolitik. Er arbeitet als Energieberater und freier Sozialwissenschaftler. Er ist in der politischen Bildung und der Politikberatung (u.a. für die Rosa Luxemburg Stiftung, Attac, Institut für Solidarische Moderne) tätig. Seine Schwerpunkte sind Soziale Umweltpolitik, Konzepte sozial-ökologischer Transformation sowie Nachhaltigkeit und Strukturen des modernen Kapitalismus.

Uwe Schneidewind – Transition und Nachhaltigkeit in Unternehmen

Herr Schneidewind, Sie beschäftigen sich u.a. mit „Transition-Forschung“ und „nachhaltigem Wirtschaften auf Unternehmensebene“. Wie sind Sie dazu gekommen?

Begonnen hat meine Beschäftigung mit den Themen des „nachhaltigen Wirtschaftens auf Unternehmensebene“ sowie der „Transition-Forschung“, nachdem ich in Köln das Studium der Betriebswirtschaftslehre abgeschlossen hatte. Da ich im Anschluss daran in einem Bereich mit Bezug zu umweltrelevanten Fragestellungen tätig sein wollte, nahm ich eine Stelle an der Universität St. Gallen an und arbeitete dort am „Institut für Wirtschaft und Ökologie“ zu Themen des strategischen Umweltmanagements. Hier setzte ich mich damit auseinander, auf welche Art Unternehmen strukturiert werden können, um nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Anders ausgedrückt lautete meine Arbeitsfrage: Wie gestaltet sich die „Transition“ auf Unternehmensebene im Bereich der Ökologie? Von dort ausgehend, galt mein Interesse zunehmend der Rückwirkung von Unternehmen auf die politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Seit den 1990er Jahren beschäftige ich mich nun damit, wie ein ökologischer Strukturwandel aussehen könnte und welche Rolle dabei die Unternehmen einnehmen können.

Was begeistert Sie daran?

Was mich an meiner Arbeit begeistert, ist sicherlich auch die Tatsache, dass ich an einer für die Gesellschaft spannenden und relevanten Fragestellung forschen kann, welche zunehmend in das öffentliche Interesse gelangt und viele Menschen beschäftigt. Zudem gibt es in der „Transition-Forschung“ viele wissenschaftlich noch ungelöste Fragestellungen, mit denen ich mich gerne beschäftige und dabei zugleich einen Beitrag leisten kann, die notwendigen Umformungsprozesse weiter anzutreiben. Für mich ist dies ein wundervolles Positioniert-Sein zwischen Wissenschaft und konkreter gesellschaftlicher Veränderung.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

In den Kontext der Wachstumswende setzen wir unter anderem auch eine Art „wachstums-befriedete“ Gesellschaft. Niko Paech bezeichnet diese auch als eine „wachstums-resiliente“ Gesellschaft und meint damit eine Gesellschaft, welche Wohlstand erzeugt, ohne dabei auf weitere ökonomische Wachstumsraten angewiesen zu sein. Die entsprechenden gesellschaftlichen Systeme, Sozialversicherungssysteme, aber auch das Wirken unserer Wirtschaft so zu justieren, dass dies umsetzbar ist, und dabei zugleich ein hohes Maß an Wohlstand zu generieren, unabhängig von einem parallel einhergehenden Wirtschaftswachstum, sind die aktuellen Aufgaben, die es anzugehen gilt. Dieser Umbau, der in vielen Bereichen stattfinden muss, ist Voraussetzung für das Einleiten einer Wachstumswende. Angelika Zahrnt hat dies in ihrem Buch „Postwachstumsgesellschaft“ ebenfalls sehr deutlich gemacht.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Im Wuppertal-Institut [dessen Leiter Herr Schneidewind ist] beschäftigen wir uns schon seit längerem mit der Erstellung neuer Wohlstandsmodelle. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aus den Jahren 1996 und 2008 haben wir auf der nationalen Ebene entsprechende Perspektiven entworfen. Vor einem guten Jahr [2010] ist mit einer Studie zum zukunftsfähigen Hamburg auch ein Entwurf auf regionaler Ebene entstanden. Dabei beschäftigt sich das Wuppertal-Institut mit der Wachstumsproblematik, indem es untersucht, wie neue Wohlstandsmodelle mit nachhaltiger Ausrichtung aussehen könnten. Zudem ist es sehr bedeutend, die ökologischen Implikationen von wachsenden Ökonomien abzubilden, wofür es das sogenannte Ressourcen-Monitoring gibt.

Von meinem persönlichen Forschungsschwerpunkt aus betrachtet, bewege ich mich auf der Ebene der Unternehmensstrategien. Meine Fragestellung lautet dabei konkret: Welche Bedeutung nehmen Postwachstumsideen für die Unternehmensstrategien ein, und inwiefern lassen sie sich in die Unternehmensphilosophie einführen? Als Ausgangspunkt der Umsetzung von Postwachstumsideen bedienen wir uns dabei zumeist der Suffizienz-Strategie. Wolfgang Sachs hat dies auf die vier Ebenen „Entschleunigung“, „Entrümpelung“, „Entkommerzialisierung“ und „Entflechtung“ (als Prozess der Dezentralisierung) gebracht. Ausgehend hiervon stellt sich nun die Frage: Was bedeuten zum Beispiel Entschleunigungsstrategien für die Unternehmen? Ist es möglich, auf deren Grundlage ein „Business-Case“, ein Geschäftsmodell zu kreieren? Oft stellen wir dabei mit den Unternehmern fest, dass es viel mehr Handlungs- und Umstrukturierungsansätze gibt, als dies zu Beginn vermutet worden wäre, und dass die Unternehmen dabei durchaus zu Motoren für eine neue Form der gesellschaftlichen Kultur werden können.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Insbesondere unsere Studien zum zukunftsfähigen Deutschland sind in den letzten Jahren auf eine große Resonanz gestoßen. Daher gehe ich davon aus, dass wir die Diskussion in diesem Bereich entscheidend mitprägen konnten. Im Rahmen meiner unternehmensbezogenen Arbeit und bei vielen Diskussionen und Vorträgen die ich halte, spüre ich zudem, dass die Offenheit zu diesen Themen auch in vielen Unternehmensbereichen wächst. Auch die Bereitwilligkeit der Unternehmer, sich darüber Gedanken zu machen, was die Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften ganz konkret für ihr Unternehmen, für die Geschäftsstrategie sowie die Transformation ihres Unternehmens bedeutet, wächst meines Erachtens.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Es gilt zu berücksichtigen, dass die Diskussion über das Postwachstum zum Teil emotional noch sehr aufgeladen ist, teilweise bedingt durch stereotype Wahrnehmungen, so dass viele Menschen der Ansicht sind, es bedeute ein „Zurück in die Steinzeit“, wenn wir von einer Postwachstumsgesellschaft sprechen. Zudem berührt diese Diskussion auch sehr tief das Selbstverständnis der Menschen. Oftmals interpretiert dabei die Generation, die zu Recht stolz darauf ist, was durch ihre Arbeit und das hohe Wirtschaftswachstum in den letzten vierzig Jahren an Wohlstand erreicht worden ist, die Wachstumskritik als Kritik an ihrem eigenen Lebenswerk, das ihr Selbstverständnis für lange Zeit ausgemacht hat. Daher ist es immer wichtig, eine Rahmung des Themas zu finden, die eine missverstandene Kritik und eine falsche Wahrnehmung der Problematik vermeidet. Ein respektvoller Umgang mit dieser

Generation, die vieles für uns Selbstverständliche erst möglich gemacht hat, ist daher angebracht und erleichtert zudem die Diskussion über eine Wende hin zu einer Postwachstumsgesellschaft.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Wichtig sind zunächst einmal all diejenigen, welche die Debatte um eine Postwachstumsgesellschaft auf verschiedenen Ebenen neu positionieren und rahmen, indem sie gute Bilder finden und die Diskussion damit weiter am Laufen halten. Auf der praktischen Ebene haben für mich all die Bewegungen eine ganz entscheidende Rolle, die immer wieder konkret aufzeigen, was in der Umsetzung möglich ist. Zum Beispiel indem sie zeigen, wie neue Lebenswege aussehen können, wie dies beispielsweise in der Transition-Town-Bewegung gemacht wird. Diese Bewegungen sind es auch, die Angst nehmen und beweisen, dass auch resiliente Wohlstandsmodelle mit einer hohen Lebensqualität verbunden sein können. Deutlich wird dies unter anderem an der „Mobilitätswende“. Hier wird erkennbar, dass es sich ausgezeichnet auf unsere Innenstädte auswirken kann, wenn man den Verkehr anders austariert und wieder vermehrt Radfahrer in die Innenstädte hineinholt. Schnell wird dabei auch für viele Menschen intuitiv spürbar, dass unser Weg wirklich nicht der Weg „zurück“ ist, sondern es sich um Wohlstandsmodelle handelt, die zu einer wesentlich höheren Lebensqualität führen. Daher haben diese Bewegungen von „unten“ eine sehr hohe Relevanz. Letztendlich aber sind alle Akteure wichtig, die sowohl im politischen, im gesellschaftlichen als auch im Unternehmensbereich den Mut zum Experimentieren haben, und etwas wirklich Neues wagen.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ich denke, wir befinden uns in einer Phase, in der das Problembewusstsein allgemein vorhanden ist. Deutlich wird dies zum Beispiel an der Einberufung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, in der ich mitwirken darf, und die von allen Fraktionen des Bundestages getragen wird. In diesem Gremium spürt man sehr deutlich, dass die Themen um die Probleme unseres Wirtschaftens sehr ernst genommen werden und sich jeder bewusst ist, dass es an der Zeit ist, sich damit auseinanderzusetzen. Aber es ist bisher noch nicht so weit, dass wir das ganze Themenfeld richtig gefasst, d.h. so formuliert und gerahmt haben, dass man die richtigen und nötigen Konsequenzen daraus ableitet. Ein wichtiger nächster Schritt ist es daher, Rahmungen und Problembeschreibungen zu finden, hinter denen sich alle Mitglieder wiederfinden. Das ist nicht immer ganz einfach in einer Kommission, in der zuweilen heftig gestritten wird, weil es eben auch um politische Selbstverständnisse geht. Daher wird dies vermutlich noch eine Zeit lang dauern.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Wie es in Zukunft weitergeht, hängt sicherlich auch von wissenschaftlichen Impulsen ab. Dies können Impulse aus Diskussionskreisen, wie einer Enquete-Kommission sein, aber auch Impulse aus der Fachwelt, beispielsweise in Form von Büchern, Bildern und Veröffentlichungen, die in bestimmten Bereichen einen neuen Durchbruch bedeuten, wie dies damals der Club of Rome-Bericht oder die Studie zum zukunftsfähigen Deutschland

waren. Es geht hierbei darum, immer wieder neue Formen und Bilder zu finden, die das Thema in der Art aufgreifen, dass sich ganz viele Menschen dahinter wiederfinden. Wenn sich zum Beispiel die Transition-Town-Bewegung weiter ausdehnt und die Menschen mitreißt, dann schafft dies natürlich eine Grundlage dafür, die Debatte in der Gesellschaft weiter zu verankern und auszubreiten.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Letztlich sind es für mich die vorhin schon angesprochenen Bilder und das Beitragen zu solch prägenden Beispielen der Umgestaltung. Das kann der konkrete Umbau im Kleinen sein, wie er von der Transition-Town-Bewegung vorgelebt wird, oder auch ein neues Buch, welches die Menschen begeistert und mitnimmt und der Umformung einen neuen Impuls gibt. Diese Visionen scheinen für mich erreichbar. Ich habe keine Vision, die sich auf den Komplettumbau bezieht, oder darauf, wie der Gesamtzusammenhang später aussehen mag. Meiner Meinung nach können wir dies heute noch überhaupt nicht abschätzen.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Für sehr wichtig halte ich es, selbst eigene Transformationserfahrungen im privaten Bereich zu erleben. Das lehrt uns unter anderem auch die Sozialpsychologie. Für jemanden, der spürt, dass er für sich selbst etwas verändern kann, scheint es zumeist auch leichter zu sein, sich auf gesellschaftliche Transformationsprozesse einzulassen. Beginnen kann der private Transformationsprozess zum Beispiel mit einer Veränderung im Mobilitätsverhalten, mit der Einführung eines vegetarischen Tages oder mit dem Besuch der städtischen Transition-Town-Bewegung. Oftmals bettet sich hierbei ein individuelles Wirken sogar im Anschluss in eine übergeordnete gesellschaftliche Vision ein. Gerade dies ist eben das Besondere am beginnenden Transformationsprozess: dass die Veränderung im Individuellen ganz eng verknüpft ist mit der gesamtgesellschaftlichen Veränderung und dass es in einem sehr breiten individuellen Bereich Möglichkeiten gibt, anzufangen und Neues auszuprobieren.

Interview Alexander Bertram

Über die Person



PD Dr. Uwe Schneidewind, Jahrgang 1966, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Er promovierte und habilitierte an der Universität St. Gallen und war Präsident der Universität Oldenburg. Seit 2010 ist er Präsident des Wuppertal Instituts und ordentlicher Professor an der Schumpeter School der Bergischen Universität Wuppertal. Er ist u.a. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat „Wirtschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit“ des BMBF, im Strategiebeirat der sozialökologischen Forschung des BMBF und Vorstand der Vereinigung für Ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW).

| Weitere Infos: www.wupperinst.org

Oliver Stengel – Suffizienz

Herr Stengel, Sie beschäftigen sich mit dem Konzept der „Suffizienz“. Wie sind Sie dazu gekommen?

Auf das Thema bin ich bei den Recherchen im Rahmen meiner Dissertation gekommen. Schon recht früh glaubte ich, im Konsum den entscheidenden Faktor der Reduktion des zu hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs gefunden zu haben. Auf den Begriff Suffizienz bin ich allerdings recht spät, erst nach rund einem Jahr, gestoßen. Als ich der Spur der Suffizienzstrategie folgte, merkte ich rasch, dass die keinen sehr populären Stellenwert hatte, da sie stets mit Verzicht gleichgesetzt wurde. Nun, es geht ja auch tatsächlich um Verzicht, aber das ist eben noch nicht die ganze Story.

Was begeistert Sie daran?

Die Suffizienzstrategie hat zwei Dimensionen: eine quantitative und eine qualitative. Bei der quantitativen geht es darum, dass suffiziente Lebensstile den Energie- und Ressourcenverbrauch zumeist rascher und effektiver als technische Ansätze, die dennoch notwendig sind, senken können. Dabei kann sich die Lebensqualität sogar erhöhen. Ein Beispiel: Weniger Autos (in den Städten) bedeuten einen geringeren Rohstoffverbrauch für den Bau der Autos sowie weniger klimawirksame Emissionen (davon profitiert langfristig die Allgemeinheit); zudem weniger Abgase, weniger Reifenabrieb und Lärm, dazu mehr Raum (davon profitiert kurzfristig der Einzelne). Wer für Kurzstrecken außerdem aufs Rad umsteigt (und 50% der urbanen Fahrten mit dem Pkw sind kürzer als 5Km), bewegt sich mehr und stärkt sein Herz-Kreislaufsystem – in all diesen Fällen steigt die Lebensqualität. Mit der Suffizienzstrategie lassen sich oft zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, und das macht diese Strategie sehr interessant.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Die Wachstumsökonomie war notwendig, als es galt, den materiellen Mangel zu überwinden. Nachdem sie diese Aufgabe zumindest in der westlichen Welt durchaus erfolgreich gemeistert hat, wurde die Wachstumsökonomie zu einem Problem. Grob gesagt, schädigt die auf materiellem Wachstum basierende Ökonomie zunehmend die Natur, da sie die ökologischen Grenzen unseres Planeten überschreitet (wodurch sich der materielle Mangel in den Entwicklungsländern vergrößert), sowie die sozialen Beziehungen, da sie dazu tendiert, Individuum und Gesellschaft zu einem Anhängsel des Markts zu machen. Die Wirtschaft sollte ursprünglich dem Gemeinwohl sowie dem Wohlergehen des Einzelnen dienen. Tatsächlich hat sich der Markt verselbstständigt, und nun dienen Individuum und Gesellschaft der Wirtschaft. Das halte ich für eine faszinierende und zugleich sehr bedenkliche Entwicklung. Und doch: Unbedingt wachsen müssen gegenwärtig jene Industriezweige, die zur Reduktion des Naturverbrauchs beitragen.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Wird über eine Wachstumswende gesprochen, werden suffiziente Lebensstile in der Regel mitgedacht. Das eine ist ohne das andere, d.h. ohne die Bereitschaft den eigenen subistenzüberschreitenden Konsum reduzieren zu wollen, nicht zu haben. Hier wie dort geht es dabei auch um die Frage nach dem guten Leben: Fördern das Gegeneinander der Konkurrenzwirtschaft und der Druck auf dem Arbeitsmarkt wirklich die Lebensqualität? Wird sich die Lebensqualität der Menschen verbessern, wenn immer mehr äußere Natur in Waren und Dienstleistungen transformiert wird? Ist die innere Natur des Menschen so beschaffen, dass wir uns erst gut fühlen, wenn wir zwischen 300 Schokoladensorten wählen können?

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Es wäre ein theoretischer Erfolg, wenn meine Arbeit dazu beitragen würde, dass die Suffizienzstrategie der Effizienzstrategie und anderen technischen Ansätzen zur Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs künftig ebenbürtig wäre. Und es wäre ein praktischer Erfolg, wenn manch einer zu dem Schluss kommt, dass er nicht notwendigerweise besser lebt, wenn er viel besitzt, sondern dass er viele Güter gemeinschaftlich nutzen kann, ohne sie zu besitzen.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Bei meiner beruflichen Arbeit? Zeitmangel, bedingt durch berufliche Zwänge. Bezieht sich die Frage aber inhaltlich auf meine theoretische Arbeit, dann musste ich wiederholt feststellen, dass viele gute Ansätze zur Minimierung der Umweltprobleme entweder daran scheitern, dass Akteure auf der Makroebene (Staaten, Unternehmen, Verbände) ihre jeweiligen (meist ökonomischen) Interessen durchsetzen möchten und sich daraus eine Interessenvielfalt ergibt, die vernünftige Kompromisse kaum möglich macht. Zum anderen, auf der Mikroebene, neigen Akteure dazu, ihr Eigenwohl über das Gemeinwohl zu stellen. Beide Hürden haben einen gemeinsamen Nenner, beide sind ein großes Problem, wenn es gilt, Veränderungen zu gestalten.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Ich beziehe mich in meiner Arbeit auf die Veränderung der Konsumkultur. Der Historiker J. Osterhammel meint, an Übergängen von einer Epoche zu einer anderen treten „Häufigkeitsverdichtungen von Veränderungen“ auf. Je geringer die Nachfrage nach carnivoren Lebensmitteln und je mehr Akteure für eine vegane Ernährung argumentieren und sie vorleben, desto mehr findet eine Verschiebung in der Ernährungskultur statt. Während manche Akteure aber kaum wahrgenommen werden, können andere diesen Prozess beschleunigen. Letztere Akteure kann man mit dem Begriff „Deutungselite“ bezeichnen.

Die Deutungselite ist eine heterogene Akteursgruppe und setzt sich im Wesentlichen aus Akteuren zusammen, die (z.B. als anerkannte Experten) von der Gesellschaft einen Vertrauensvorschuss entgegengebracht bekommen und als glaubwürdig gelten. Die Deutungselite problematisiert einen zuvor als unproblematisch geltenden

Meinungshintergrund, sie hinterfragt bestehende Konventionen und führt neue Legitimationen, Stile und Praktiken in die Gesellschaft ein.
Von dieser Gruppe gehen neue Denk- und/oder Handlungsweisen aus, die von Leitmedien aufgegriffen und verbreitet werden und in die Mitte der Gesellschaft diffundieren. Eine Veränderung (z.B. zum Fleischkonsum) resultiert daraus jedoch nur, wenn drei zusätzliche Bedingungen erfüllt werden, die einer neuen Deutung Stabilität verleihen: Persistenz, Konsonanz und Fokussierung. Die öffentliche Meinung zum Fleischkonsum wandelt sich umso schneller, je aufmerksamer das Interesse der Vermittlungselite an der neuen Deutung ist, d. h. je häufiger über es berichtet wird (Fokussierung). Außerdem dürfen kontrastierende Deutungen der Deutungselite nicht zu sehr Einfluss gewinnen (Konsonanz). Die neue Deutung muss durch die Vermittlungselite stetig erneuert bzw. reproduziert werden, sonst schwächt sie sich ab (Persistenz). Das ist kein einfacher Prozess, sondern ein diskursiver, in dem viele Argumente bewegt werden. Im Idealfall, wenn sich also die neue Sichtweise behaupten kann, hat der Fleischverzehr dann nicht mehr die positive Deutung, die er einst hatte, er ist symbolisch unattraktiv geworden und wird deswegen weniger gewollt.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

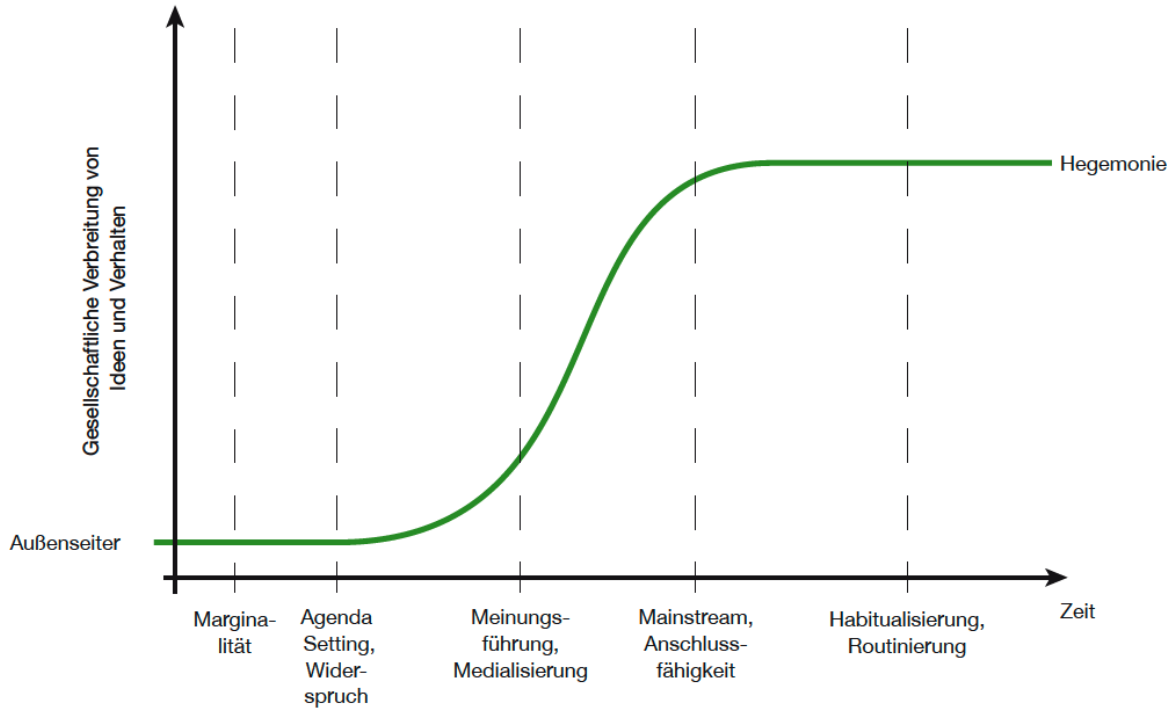
Nach dem auf J. Rotmans zurückgehenden Transformationsverständnis verlaufen Transformationsprozesse in vier Phasen:

(1.) Die Vorentwicklungsphase: In dieser Phase ist keine Veränderung des dynamischen Gleichgewichts zu erkennen. Jedoch beginnen *marginale* Veränderungen in Hinblick auf die Fundamente der Gesellschaft und die Vernetzung der Akteure. Die soziale Destabilisierung nimmt zu.

(2.) Die Take-Off-Phase: Hier kommt der Veränderungsprozess in Gang. Vereinzelte strukturelle Veränderungen werden sichtbar und beginnen sich zu verschieben. *Meinungsführer* bilden sich heraus.

(3.) Die Beschleunigungsphase: Während der Beschleunigungsphase kumulieren die strukturellen Veränderungen, und es erfolgen kollektive Lernprozesse. Sozio-kulturelle, ökonomische, ökologische und institutionelle Innovationen verstärken einander. In dieser Phase können sich strukturelle Veränderungen durchsetzen.

(4.) Die Stabilisierungsphase: In der Stabilisierungsphase konsolidieren sich die neuen Strukturen zu einem neuen Mainstream. Die neu entstandenen Netzwerke, Ideen, Methoden und Prozesse sind in alle gesellschaftlichen Bereiche integriert und *habitualisieren*.



Ich würde sagen, wir befinden uns bei der Wachstumswende nach diesem Schema irgendwo um den Punkt Agenda Setting herum, d.h. zwischen Phase 1 und 2. Das bedeutet aber nicht, dass die Take-Off-Phase nun kurz bevorstünde. Zwei Probleme können das Eintreten dieser Phase nämlich verhindern: Da wären einmal Transformationsblockaden (z.B. die Kurzfristorientierung der Politik, Pfadabhängigkeiten sowie Lobby- und Interessengruppen). Und so lange zum anderen kein vitaler alternativer Gesellschaftsentwurf vorliegt, bleibt das gegenwärtige Modell schlicht bestehen.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Von der Wirkmächtigkeit dieser Transformationsblockaden, davon ob sich alternative Gesellschaftsentwürfe theoretisch behaupten können und davon, ob sich (charismatische) Meinungsführer beim Postwachstum herausbilden, von der weiteren Krisenanfälligkeit der Wachstumsgesellschaften (also davon, ob das gegenwärtige Modell mehr spürbar Kosten als Nutzen zu verursachen beginnt) und von der Stabilität der Ökosysteme.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Visionen von einer besseren Welt sind tatsächlich wichtig. Was ist meine? Zunächst eine Welt mit minimaler Umweltzerstörung, mit natur- und menschenfreundlichen Städten. Dann: eine Gesellschaft, in der das Gesundheits- und Bildungssystem nicht kapitalistischen Imperativen gehorchen und obendrein wichtiger sind als die Werbe- und Modeindustrie. Eine Gesellschaft, in der man anderen vertrauen kann und nicht ständig auf der Hut sein muss, das Opfer kommerzieller Interessen zu werden. Mehr Kommunitarismus und weniger extremen Individualismus und eine Gesellschaft, welche endlich die geistige und technische Reife erlangt hat, um bemannt in den Weltraum aufbrechen zu können! Mir schwant

allerdings, dass uns zunächst ein 21. Jh. mit unschönen Ereignissen bevorsteht. Vielleicht muss es eben erst einmal schlimmer werden, bevor es besser werden kann.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Ich durchmische die Chronologie: nicht jeden Modetrend mitmachen, kollektive Nutzungsformen bevorzugen (auch dann, wenn diese ein Modetrend werden sollten), containern, adbustern, sich mit Serge Moscovicis Erkenntnissen zum Thema „sozialer Wandel durch Minoritäten“ befassen, keinesfalls die FDP wählen, nicht an der Börse spekulieren, die eigene Lebensplanung nicht an materiellen Karriereaspekten ausrichten, nach dem Studium eher nach Berlin als nach München umziehen.
Immer erwünscht sind zudem in den öffentlichen Raum hineinragende kreative Beiträge zur Änderung des wachstumsfixierten Zeitgeistes (wachstumskritische Streetart, Blogs, Videos auf Youtube) sowie Beiträge, etwa Abschlussarbeiten, zur Frage, wie eine Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte. Diese müsste die Vorteile des alten Systems bewahren, dessen Nachteile aber vermeiden können. Vorschläge dazu können gerne an mich gerichtet werden.

Interview schriftlich

Über die Person



Dr. Oliver Stengel, Jahrgang 1974, hat Ethnologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg studiert sowie Soziologie, Politik und Psychologie in Jena. Für seine Dissertation wurde er 2010 mit dem Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie ausgezeichnet. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut. Seine Arbeitsschwerpunkte sind nachhaltiges Produzieren und Konsumieren.

Saral Sarkar – Ökosozialismus

Herr Sarkar, Sie beschäftigen sich mit dem Konzept des „Ökosozialismus“. Wie sind Sie dazu gekommen?

1956 war ich 20 Jahre alt und war schon ein Sozialist. Ich hielt die damalige Sowjetunion für einen sozialistischen Staat. In dem Jahr aber begann die Entstalinisierung in der Sowjetunion. Es war ein großer Schock für mich. Seit jener Zeit grübelte ich fortwährend über das Scheitern des Sozialismus, obwohl der Staat Sowjetunion und die anderen "sozialistischen" Staaten fortbestanden.

Mitte der 1970er Jahre las ich das Buch "Die Grenzen des Wachstums" von Meadows et al.. Ich war überzeugt, dass es sie gibt. Danach las ich noch mehr. Das Buch "Ein Planet wird geplündert" von Herbert Gruhl beeindruckte mich sehr. Ende der 1980er Jahre las ich das Buch "The Challenge: Economics of Perestroika" von Abel Aganbegyan. Der Autor, ein führender Ökonom der Sowjetunion und Wirtschaftsberater von Gorbatschow, sagte in klaren Worten, dass die sowjetische sozialistische Wirtschaft ein großes Ressourcenproblem hatte. Andere sowjetische Autoren jener Zeit beschrieben die ökologischen Probleme des Landes ausführlich. Das alles belegte die Thesen von Meadows et al. Ich hatte schon 1979 Otto Ullrichs Buch "Weltniveau" gelesen, dessen Untertitel "In der Sackgasse des Industriesystems" lautete. Ich erinnerte mich an die These von Ullrich, dass es keine Untergrenze der wirtschaftlichen Entwicklung gibt, unter der eine sozialistische Gesellschaft unmöglich ist.

Nachdem ich all diese Lektüren gedanklich verarbeitet hatte, kam ich zu dem Schluss, dass der Sozialismus der Zukunft keine hochindustrielle ökonomische Basis haben kann, und dass er ein ökologischer Sozialismus sein muss, dessen wirtschaftliche Basis quantitativ ein sehr viel niedrigeres Niveau haben muss als das Niveau der heutigen durchschnittlichen wirtschaftlichen Basis von entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.
In meinem Buch "Eco-Socialism or Eco-Capitalism?" (Deutsch: Die nachhaltige Gesellschaft – eine kritische Analyse der Systemalternativen) habe ich diese Argumentation ausführlich präsentiert.

Was begeistert Sie daran?

Was mich daran begeistert, ist, dass der Ökosozialismus eine echte Synthese von dem Ideal einer egalitären-solidarischen Gesellschaft und dem Ideal einer nachhaltigen Wirtschaft möglich macht. Der alte Sozialismus verstand sich als das Ideal einer egalitären-solidarischen Gesellschaft auf der Grundlage einer hoch entwickelten industriellen Ökonomie. Da es aber Grenzen des Wachstums gibt, müssen wir jetzt erkennen, dass dieses Ideal des alten Sozialismus völlig illusorisch ist. Im Ökosozialismus meiner Prägung ist der Widerspruch zwischen Ökologie und Sozialismus aufgehoben. Mehr noch, um die Wirtschaften der Menschheit echt nachhaltig gestalten zu können, und um für die Mehrheit der Menschen die damit einhergehenden, unvermeidlichen, vielfältigen Verzichte akzeptabel zu machen, wird das Versprechen des Sozialismus notwendig sein, sowohl die Vorteile als auch die Lasten einer schrumpfenden Wirtschaft egalitär zu verteilen.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Der Ausdruck "Wachstumswende" ist Wischiwaschi. Was für eine Wende ist nötig? Da gibt es Raum für etliche Illusionen. Viele Leute denken, in zwei oder drei Jahrzehnten könne unser Energiebedarf hundertprozentig durch erneuerbare Energien gedeckt werden (Energiewende) und unser Gesamtrohstoffbedarf durch nachwachsende Rohstoffe. Dann könne Wirtschaftswachstum munter weitergehen. Die Frage, warum ich diese Hoffnung für eine Illusion halte, kann ich hier nicht ausführlich beantworten. Ich bitte die Leser, dafür das vierte Kapitel meines Buches "Die nachhaltige Gesellschaft" zu lesen.

Eine andere Illusion ist, dass eine Wende vom quantitativen zum qualitativen Wachstum möglich sei. Es ist überhaupt nicht klar, was hier "qualitativ" bedeuten soll. Nur eine Schrumpfung der Wirtschaft führt zu einer qualitativen Verbesserung der Umwelt. Das haben wir in der DDR und der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre gesehen. Das kann man aber nicht Wachstum nennen. Wenn man qualitativ bessere Konsumgüter industriell produziert, führt das zu keiner Verbesserung der Umwelt, wenn die Gesamtmenge des Rohstoffverbrauchs gleich bleibt. Noch eine Illusion ist, man könne die gleiche Menge von Gütern und Dienstleistungen mit weniger Ressourcenverbrauch produzieren (Stichwort Faktor Vier, Faktor zehn). Es gibt auch Grenzen bei Steigerung der Ressourceneffizienz. Die Gesetze von Physik, Chemie und Biologie können wir nicht aufheben (siehe dazu das vierte Kapitel meines genannten Buches). Der größte Handlungsbedarf besteht heute also darin, mit diesen Illusionen aufzuräumen.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Ich bin 76 Jahre alt, bin im Ruhestand ohne Ruhe. Meine Tätigkeit im Kontext der Wachstumsproblematik besteht heute hauptsächlich im Reden und Schreiben, in politischer Bewusstseinsbildung. Zur Demo gehen oder eine zu organisieren etc. schaffe ich nicht mehr. Dafür sind jüngere Leute viel geeigneter. Aber eine Demo für eine falsche oder belanglose Sache ist kontraproduktiv. Darum bemühe ich mich durch schreiben, Klarheit zu schaffen. Klare Analyse der Lage der Menschheit ist eine Vorbedingung für richtige politische Arbeit.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Ich kann noch nicht sagen, dass die Welt tatsächlich besser geworden ist, seitdem ich rede und schreibe. Aber mindestens auf dem Gebiet der Bewusstseinsbildung habe ich (zusammen mit anderen) etwas erreicht. Ich schreibe über meine ökosozialistische Analyse und Perspektive seit den 1980er Jahren. Inzwischen reden auch viele Altlinke von Ökosozialismus. Attac redet von "Postwachstum" oder "jenseits von Wachstum". Mein Hauptwerk "Eco-Socialism or Eco-Capitalism?" ist auch auf Deutsch und Chinesisch erschienen. Eine französische Übersetzung ist im Internet erschienen. Eine japanische Übersetzung wird Mitte dieses Jahres als Buch erscheinen. Viele meiner Artikel und Aufsätze zirkulieren im englischsprachigen Internet. Auch in allgemeiner Publizistik sieht man, dass Kapitalismuskritik, Plädoyer für Wirtschaftsschrumpfung und Sozialismus meiner Prägung immer mehr Akzeptanz findet.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. In diesem Sinne sagen mir viele sinngemäß: Du hast recht. Aber was soll ich tun? Ich habe da und da eine Arbeit gefunden, und ich produziere da total unnötige Sachen. Aber ich muss mein Brötchen verdienen, meine Familie ernähren, und ich möchte auch etwas Komfort im Leben. Ich habe Verständnis dafür. Ich selber habe längst auf ein privates Auto, Kauf von modischen Kleidern etc. verzichtet. Aber ich verbrauche auch Erdöl, um meine Wohnung zu heizen, und ich fliege, wenn ich meine Geschwister in Indien besuche. Es gibt keine leichte und schnelle Lösung. Auf individueller Ebene kann man nicht viel machen. Ich glaube an die Top-down-Methode. Es muss makroökonomisch vor sich gehen. Wichtig ist momentan, dass die Transformation beginnt. Eine Hürde sind die Illusionen, von denen ich oben gesprochen habe. Eine weitere Hürde ist der Glaube, dass der Kapitalismus irgendwie ökologisch und menschlicher gestaltet werden kann. Warum das nicht möglich ist, habe ich im fünften Kapitel meines genannten Buches erklärt.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Das ist eine schwierige Frage. Alle Altlinken dachten einmal, das Proletariat würde die sozialistische Revolution machen. Das Proletariat hat sie bitter enttäuscht (außer 1917 in Russland). Die ökosozialistische Vision einer guten Gesellschaft ist aber sehr viel anders als die alte sozialistische Vision. Um die Argumentation des Ökosozialismus meiner Prägung zu verstehen, sind eine Menge Wissen und ein gewisser Grad an Intelligenz notwendig. Darum denke ich, dass eher studierte und studierende Menschen geeignet sind, bei der notwendigen politischen Arbeit die führende Rolle zu spielen. Aber auch jeder Arbeiter, Bauer oder sonst wer kann die notwendige Intelligenz haben und sich das notwendige Wissen aneignen. Hauptsache ist, es brennt im Herzen beim Anblick der miserablen Lage der Erde und der Menschheit. Also innere Motivation.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

In Deutschland besteht bei den Regierenden überhaupt keine Klarheit über die Lage, aber auch in keinem anderen Land. Sie, aber auch die große Mehrheit der Bevölkerung, denken, dass sie den Kuchen essen und auch behalten können. Sie denken, Wirtschaftswachstum kann nachhaltig gemacht werden. Nachhaltiges Wachstum ist aber ein schwarzer Schimmel. Was sie alles im Namen der Nachhaltigkeit sagen, ist bloße Augenwischerei. Die tatsächliche Politik ist eine des Weiter-so. Die Mantra von Wirtschaftswachstum ist immer noch gültig.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Davon, ob wir noch genug Zeit haben, oder ob es schon zu spät ist. Da kann man pessimistisch sein. James Lovelock, Vater der Gaia-Theorie, meinte in seinem Buch "Rache der Gaia", es sei schon zu spät. Jetzt könne man nur daran arbeiten, dass die Zukunft nicht allzu schlimm wird. Ich denke persönlich, wir sollten noch nicht aufgeben. Und was nützt überhaupt aufgeben? Selbst wenn der Klimawandel längst begonnen hat und schwer aufzuhalten ist, könnten wir in anderen Bereichen schon etwas erreichen, wenn wir die kritische Masse von Menschen für unsere Analyse und Vision gewinnen können. Wir dürfen

keine Energie verschwenden, wir müssen ganz gezielt arbeiten. Wenn die kritische Masse erreicht ist (sagen wir, etwa 33 Prozent der Bevölkerung der entwickelten Länder), dann wird die Politik uns folgen.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

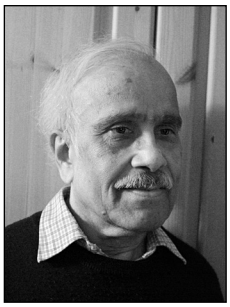
Visionen sind immer große und langfristige Sachen. Ich würde sagen, abgesehen von der Vision einer ökosozialistischen Gesellschaft, müssen wir auch in absehbarer Zeit erreichbare Ziele verfolgen. Das wäre zum Beispiel, Verdrängung von privater Motorisierung im Verkehrswesen und Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel. Oder zum Beispiel, höhere Steuer auf Luxuskonsum oder Erschwerung von Finanzspekulation mittels einer Tobin-Steuer. Aber kurzfristige Ziele müssen immer in einer langfristigen Vision eingebettet sein, die als Orientierung dient. Orientierungsloser Aktionismus wäre nur Energie- und Zeitverschwendung.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Zunächst würde ich ihm sagen: Lesen Sie meine zwei unten genannten Bücher[1] oder zumindest die Artikel und Broschüren[2]. Klarheit schaffen und Bewusstseinsbildung sind zur Zeit das Wichtigste. Und dann motivieren Sie Ihre Freunde und Bekannte, diese zu lesen. Und dann engagieren Sie sich in Aktivitäten für kurzfristige Ziele, von denen ich oben gesprochen habe.

Interview schriftlich

Über die Person



Saral Sarkar, Jahrgang 1936, hat Englische Literatur, Geschichte und Politische Ökonomie an der Universität Kalkutta studiert und 1958 mit Bachelor of Arts abgeschlossen. Danach hat er Deutsch am Goethe-Institut, in Indien und in Deutschland, studiert und mit dem Deutschlehrerdiplom abgeschlossen. Er arbeitet als freiberuflicher Publizist und Buchautor mit den Schwerpunkten in der politischen Ökonomie, Ökologie und Ökopolitik

| Weitere Infos: www.oekosozialismus.net

[1] 1. Die nachhaltige Gesellschaft – eine kritische Analyse der Systemalternativen.
2. Die Krisen des Kapitalismus – eine andere Studie der politischen Ökonomie.

[2] 3. Die Broschüre "Ökosozialismus oder Barbarei" (mit Bruno Kern).
4. Der Aufsatz "Die aktuelle Weltwirtschaftskrise verstehen".

Michael Braungart – Kreislaufwirtschaft

Herr Braungart, Sie beschäftigen sich mit Konzepten, wie die Natur und deren Produkte effizienter genutzt werden können. Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich beschäftige mich nicht mit Effizienz. Effizienz ist im Prinzip eine der Ursachen für die globale Zerstörung. Hier in Deutschland sagen wir: Schütz die Umwelt, fahr weniger Auto, reduziere den Wasserverbrauch, spar Energie und mach weniger Müll! Das ist aber kein Schutz, das ist nur weniger kaputt machen. Es geht nicht um Effizienz. In dieser Logik der Effizienz hat die DDR die Umwelt so viel besser geschützt als Westdeutschland. Weil das System nicht effizient war, konnten die Feuchtgebiete nicht zerstört werden. Und es konnten die Böden nicht kontaminiert werden. Ich habe dort 1991 flächendeckende Untersuchungen gemacht bezüglich Bodenqualität in den neuen Bundesländern. Die Böden waren viel sauberer als in Baden-Württemberg oder Bayern oder Nordrhein- Westfalen beispielsweise. Und zwar durch Ineffizienz. Also, wenn ich etwas Falsches mache, dann sollte ich es lieber nicht effizient machen, weil es sonst nur perfekt falsch wird.

Aber in Ihrem Buch ging es doch schon um die Effektivität, um Konsistenz im Produktebereich?

Ja, eben um Nicht-Effizienz. Effizienz bedeutet in diesem Zusammenhang, die Dinge richtig zu machen.

Jede Effizienz-Steigerung kann also mit Faktor Fünf oder Faktor Zehn letztlich gesehen nur zu mehr Zerstörung führen. Man würde durch den Effizienzgewinn nur immer in weitere Zerstörung investieren. Der Rebound-Effekt, der durch Effizienz-Steigerung zustande kommt, ist seit dem 19. Jahrhundert bekannt.

Effektivität bedeutet hingegen, von Anfang an die richtigen Dinge zu machen. Wir fragen uns: „Was ist das Ziel, und was ist das Richtige?“, um dies dann zu optimieren.

Und wie sind Sie zu Ihrem Themenfeld gekommen?

Ich habe mir angeschaut, wie man in anderen Kulturen mit Kreisläufen umgeht. Albert Einstein hat einmal gesagt: Kein Problem kann durch die Denkweise gelöst werden, die es verursacht hat. Mit dem, was wir machen, nämlich von der Wiege zur Wiege zu denken, verbinden wir die westliche, Art Probleme zu analysieren, mit der östlichen Art, in Kreisläufen zu denken und mit der südlichen Art, Lebensfreude dabei zu haben. Dadurch entstehen viel schönere Dinge. Also uns geht es darum auch nicht um Umwelt, auch nicht um Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit in der heutigen Umsetzung ist ein rückwärtsgewandtes Konzept des Schuldmanagements, das auszugleichen, was wir vorher verursacht haben. Letztlich ist keine Innovation jemals nachhaltig gewesen – denn sonst wäre sie auch keine Innovation.

Zu unserem Beschäftigungsfeld sind wir gekommen, indem wir uns einfach viele Naturvölker angeschaut haben. Wir als Team von fünf Wissenschaftlern haben Interviews mit Naturvölkern geführt und festgestellt, dass Menschen immer großzügig und freundlich sind,

wenn sie sich akzeptiert fühlen und wenn sie gemocht werden. Menschen sind nur rachgierig und feindselig und auf Eigentum aus, wenn sie Angst haben. Und so ist „Cradle to Cradle“ entstanden, ein Konzept für Produkte, die nicht weniger schlecht sind, sondern die gut sind.

Die Solarstadt Freiburg sagt, sie möchte kohlenstoffneutral sein. Aber man kann nur kohlenstoffneutral sein, wenn man nicht existiert. Allein durch das Denken sind wir nicht kohlenstoffneutral. Und es ist eine viel traurigere Denkweise zu sagen, unser höchstes Ziel ist, dass es gar keine Menschen gibt. Im Amazonasgebiet gibt es immer noch 600 Milliarden Bäume. Sie finden keinen einzigen kohlenstoffneutralen Baum. Warum soll das Ziel sein, kohlenstoffneutral zu sein, das wäre furchtbar traurig.

Ich möchte kohlenstoffpositiv sein, nützlich und nicht nur weniger schädlich. Also es gilt nicht nur, den ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Wenn Sie in Freiburg auf den Feldberg hoch klettern, ist ihr Fußabdruck nachteilig, weil der Boden dadurch zerstört und dadurch ausgewaschen wird. Wenn Sie aber unten in der Rheinebene sind und dort spazieren gehen, dann bedeutet das, dass Wasser in der Wiese stehen bleibt, kleine Seen entstehen. Es ist vorteilhaft, dass das Wasser nicht so schnell abläuft, eventuell entsteht dadurch ein neues Feuchtgebiet. Und dadurch wird es weniger Überschwemmungen geben. Ich möchte also einen großen Fußabdruck haben, der aber nützlich ist.

Es geht mir nur um die Qualität eines Produktes. Ein Produkt, das mit Kinderarbeit verbunden ist, hat einen Qualitätsmangel. Das, was mit Moral oder Verantwortung verbunden ist, ist immer sehr konjunkturabhängig. Gerade wir Deutschen vergessen die Moral, wenn es uns schlecht geht. Darum verstehen wir es lieber als ein Politikthema. Wenn unsere Produkte die Kinder krank machen, in manchem Kinderspielzeug zum Beispiel finde ich über 600 umweltschädliche Chemikalien, dann haben wir ein Qualitätsproblem. Es geht auch um Schönheit. Ein Produkt, das Menschen krank macht, ist einfach nicht schön, ein Produkt was die Umwelt zerstört, ist einfach nicht schön.

Spiritualität und Moral sind schon gut, aber gesellschaftlich verschrien, eben nachteilig. Moral verstehe ich auch eher als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage für den Einzelnen. Aber sobald sie gesellschaftlich verordnet wird, führt sie eben zu Doppelmoral.

Was begeistert Sie daran? Ist es zum Beispiel der Austausch mit den Naturvölkern?

Ich finde es ist wichtig, dass man die Natur nicht romantisiert. Wir zerstören die Natur in Deutschland vor allem so gründlich, weil wir sie romantisiert haben. Es gibt keine „Mutter Natur“. Die am stärksten krebserregenden Stoffe und die giftigsten Stoffe sind Naturstoffe. Nur die Natur ist nicht dumm, aus der Natur kann man endlos lernen, sie ist unsere Partnerin, nicht unsere Mutter. Es ist auch ein furchtbares Konzept, die Menschen selber zu Schädlingen zu erklären.

Mich begeistert auch einfach erfolgreich zu sein. Wir haben jetzt das erste Papier auf dem Markt, das man wirklich verbrennen kann, ohne davon krank zu werden. Wir haben seit drei Jahren das erste Toilettenpapier auf dem Markt, das dafür geeignet ist, dass die Klärschlämme in die Landwirtschaft gehen können. Bis jetzt war Toilettenpapier immer

Sonderabfall. Das erste Schwarz, das für Hautkontakt geeignet ist, ist jetzt auf dem Markt. Man kann sich wirklich freuen, wenn sich solche anscheinend primitiven Dinge ändern.

Jetzt ernte ich Erfolge. Im Moment schaue ich einfach fröhlich zu, es ist ein freundlicher Tsunami. In vielen Ländern wird Cradle to Cradle jetzt eingesetzt. Jetzt endlich verstehen die Leute, dass es nicht um Grün und Öko geht, sondern um Qualität, um qualitatives statt quantitatives Wachstum. Ich freue mich über Wachstum von Intelligenz, Kultur, Bildung. Es gibt so vieles, womit wir wachsen können, wir brauchen bloß kein Wachstum von Krebs.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Ich glaube, dass es tatsächlich ein elementares Problem gibt. Ein Problem ist sicherlich das Zinsproblem, aus dem Wachstumszwänge entstehen. Aber das größte Problem ist eher ein Mangel an guten Leuten. Wie soll ich nach den ganzen Umweltkatastrophen meinem Kind noch erklären, dass ich Chemiker bin? Heute arbeiten die kreativsten Leute nicht mehr als Ingenieure oder Naturwissenschaftler, sondern als Elektrotechniker oder Informatiker. Wir machen das Falsche perfekt. Das liegt am rückwärts gewandten Denken in der Nachhaltigkeit. Das Problematischste ist, dass wir zu langsam sind. Die Dinge, die wir brauchen, sind im Prinzip da. Wir müssen uns fragen: Welches Wachstum brauchen wir?

Nehmen wir solche dummen Ideen wie „langlebige Produkte“. Die einzigen lebenden Produkte sind unsere Kinder. Wir sollten uns fragen, wie man das Ziel durch eigenen Konsum unterstürzen kann. Und dazu kommen, dass wir, je mehr wir kaufen, schneller zum Ziel kommen. Und wir setzen es um. Zum Beispiel können wir Teppichböden machen, die Luft in dem Gebäude reinigen und damit nicht nur weniger schädlich, sondern nützlich sind. Und nützliche Gebäude, die wie Bäume sind, die Lebensräume für Menschen und Tiere bieten. Dadurch, dass etwa die Dächer begrünt werden, können sich viele Vogelarten dort ansiedeln, wir können sie aktiv unterstürzen.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik, im Bereich von Produkten?

Nein, ich will nur zeigen, dass es funktioniert! Wir machen zwar Konzeptentwicklungen und Produkte, es geht aber um eine neue Kultur, die Rolle des Menschen in der Natur. Wir fragen: Wohin will ich überhaupt? Es geht darum, sich die Rolle des Menschen noch einmal völlig neu anzuschauen. Ist er ein Risiko für den Planeten oder doch eine Chance? Es gibt dann vielleicht fünf Arten, die Menschen zu kontrollieren, möglichst wenig schädlich zu sein. Aber es gibt Millionen Arten, Menschen zu unterstützen, nützlich und förderlich zu sein für das Gemeinwesen, für die Kultur, für die Natur, für alle.

Wir machen ein Menschen-Unterstützungsprogramm. Und zwar unterstützen wir die Menschen nicht so, wie sie sind, sondern wie sie sein wollen. 95 % der Menschen wollen gut sein, warum soll ich sie kontrollieren, nur damit sie weniger schlecht sind?

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Deutschland sehe ich als abschreckendes Beispiel. Deutscher Umweltschutz ist für uns die größte Bedrohung. Deutsche Verbrennungsanlagen zum Beispiel werden in Shanghai gebaut, der Müll brennt aber gar nicht, Glas und Papier werden raussortiert und deshalb muss man Öl dazugeben. Mir geht es nur um Qualität. Die Europäische Union hat für Cradle to Cradle über 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Es setzt sich durch, weil man verstanden hat, dass weniger schlecht nicht gleich gut ist.

Die Grundlagen für die Umsetzung sind vorhanden. Wir müssen nicht alles neu erfinden. Dinge, die verschleißen, müssen so sein, dass sie biologisch nützlich sind. Und alle Dinge, die nur genutzt werden, wie etwa Waschmaschine und Fernseher, müssen so sein, dass sie technisch nützlich sind. Aber was machen wir? Wir ersetzen giftige Stoffe durch noch giftigere.

Wir sollten die Stoffkreisläufe überdenken und zum Beispiel Holzschutzmittel so entwickeln, dass aus dem Holz später Papier werden kann. Man macht erst Möbel, daraus dann Spanplatten, dann Papier und dann erst verbrennt man. So haben wir Millionen Tonnen altes kontaminiertes Holz, was als Sondermüll verbrannt wird. Das ist pure Dummheit. Und genauso dumm ist Bodenzerstörung durch Biogas-Gewinnung, oder Maisanbau, wie zum Beispiel im Oberrheingraben. Wie gesagt, das ist ein deutsches Phänomen. Und es ist mir egal, ob Deutschland erfolgreich ist oder nicht. Oft ist die gute Absicht das Gegenteil von gut.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Keine, nur die Zeit. Wir sind immer noch zu langsam. Wenn die Leute verstanden haben, dass weniger schlecht nicht gut ist, geht es voran. Wenn die Menschen sich erst mal 30 Jahre damit beschäftigt haben, Dinge weniger schädlich zu machen und dann auf nützlich umschalten, brauchen sie doch ein bisschen Zeit. Wir haben zu lange versucht, die falschen Dinge zu optimieren. Und darum ist es natürlich schwer, damit umzugehen.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Zum einen natürlich die Firmenleitungen, die sich überlegen, wo das Unternehmen in fünf, in zehn oder in zwanzig Jahren stehen will. Und zum anderen braucht es kreative Leute, die stolz auf ihre Arbeit sein wollen. Sobald sie verstanden haben, dass weniger schlecht nicht gut ist, dann machen sie nicht mehr weiter damit. Und das ist nur eine Frage der Zeit. Der Wettlauf mit der Zeit ist schon kritisch, vor allem weil die Zerstörung so schnell voran geht. Wir sind noch um einiges zu langsam. Was man braucht, ist ein neugieriges und freundliches Wesen.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ich halte den Begriff „Wachstumswende" für ziemlich dumm. Es geht doch darum, welches Wachstum man möchte. Und als Ziel sollten wir qualitatives Wachstum haben. Ein Leukämie-krankes Kind lässt heutzutage neun Arbeitsplätze entstehen – wir wollen ja deswegen nicht immer mehr Leukämie haben. Ich halte die Denkweise dahinter für traurig

und auch nicht zielführend. Sie macht quasi Menschen zu Feinden und sagt, es wäre besser, wenn wir nicht da sind.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Ich habe gehört, dass Cradle to Cradle in China 50 Millionen Mal gedruckt wurde. Die Menschen in China haben immer schon in Kreisläufen gedacht. Ich bin mir sicher, dass dieses Kreislauf-Denken bei der Umsetzung nützlich sein wird. Was in China jedoch noch ein Problem ist: Man braucht als Basis zuerst eine offene Gesellschaft. Und in Europa mussten wir erst dreißig Jahre Weltuntergangsdiskussion haben – diese Zeit haben wir für China aber nicht noch einmal.

Darum versuchen wir im Moment in einigen Ländern Blaupausen zu schaffen, die in China, Indien, Indonesien oder auf den Philippinen kopiert werden können. Und damit gesellschaftliche Systeme schaffen, in denen die Menschen einen positiven Fußabdruck leisten. Und das scheint zu gelingen.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Da stimme ich ziemlich zu, würde allerdings eher von positiver Zielsetzung sprechen, statt von Visionen. Und das positive Ziel ist, glaube ich, eine Welt zu schaffen, in der die Intelligenz der Menschen für die anderen Lebewesen nützlich ist und nicht weniger schädlich. Also eine Welt, in der die Menschen Platz haben und trotzdem Lebensraum für alle anderen Lebewesen da ist. Und in der alle genügend zu Essen und sauberes Wasser haben. Es geht darum, den ökologischen Fußabdruck förderlich zu machen. Wir sind eigentlich schon sehr weit gekommen, müssen uns allerdings vom bereits erwähnten, rückwärtsgewandten Denken über Nachhaltigkeit befreien.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Zum einen rate ich natürlich allen jungen Leuten, Naturwissenschaften oder Ingenieurwissenschaften zu studieren. Wir sind im Denken viel weiter als im Handeln. Wir haben durch die ganze Umweltzerstörung viel gelernt, und jetzt geht es wirklich darum, zu handeln und zu gestalten.

Und sich konkrete Ziele zu setzen wie: „Wir möchten, dass 2015 in Äthiopien kein Kind mehr stirbt, weil es kein sauberes Wasser hat.“ Oder: „Ich möchte Landwirtschaft betreiben, die den Kohlenstoff im Boden hält.“ Es gibt inzwischen ganz viele Initiativen, und jeder/jede hat Qualifikation für die praktische Umsetzung im Alltag. Zum Beispiel kann man sagen: Alles was ich nicht kompostieren kann und ohne Filter verbrennen kann, gebe ich zurück. Ich kaufe Neues nur dann, wenn es derjenige, der es mir verkauft hat, auch zurücknimmt. Ich will doch nur Fernsehen, aber mit dem Fernseher nicht gleichzeitig 4360 verschiedene Chemikalien kaufen. Mit ein wenig Zivilcourage schafft man bereits erstaunliche Änderungen. In diesem Wandlungsprozess ist man erst mal ein Sandkorn im Getriebe, aber danach ist man tatsächlich Gestalter.

Menschen sollen sich Konzepte überlegen, wie sie die Nutzung verkaufen können und nicht das Eigentum. Alles was verschleißt oder kaputt geht, wie etwa Schuhsohlen oder Bremsbeläge, sollen so gemacht werden, dass sie biologisch nützlich sind. Alles andere soll so gemacht werden, dass es technisch nützlich ist und in die Technosphäre zurückgeführt werden kann. So kann ich als Kunde aktiv mitwirken. Dann entstehen ganz viele neue Innovationen. Zum Beispiel Gebäude wie Bäume. Joseph Beuys hat gesagt, dass jeder Mensch ein Künstler sein kann. Genauso kann jeder Mensch auch ein Gestalter, ein Designer sein.

Es ist wichtig, an der Qualität zu arbeiten und die Schönheit zu schätzen, aber gleichzeitig die Natur nicht zu romantisieren. Es gilt zu sagen: „Nicht mit mir, das ist „Chemical harassment!“ So wie „Sexual harassment", so gibt es die chemische Belästigung.

Und sich einzumischen, ohne sich für die Einmischung zu entschuldigen. Wir können uns einmischen, wir müssen nur sicher sein, dass die Einmischung reversibel ist. Darum sind Chemikalien, die sich in Lebewesen anreichern, problematisch. Oder wenn Müll entsteht, wie etwa Atommüll. Hier sind die Fehler, die man macht, nicht korrigierbar. In der Tat können wir Müll nicht vermeiden, sondern wir können Nährstoffe schaffen und den Begriff des Abfalls abschaffen.

Interview Marilen Haver und Jörn Sempach | Schriftliche Ergänzungen des Interviewten

Über die Person



Prof. Dr. Michael Braungart, Jahrgang 1958, studierte Chemie und Verfahrenstechnik unter anderem in Konstanz und Darmstadt. Braungart entwickelte das „Cradle-to-Cradle“-Konzept und ist Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam. Er ist Geschäftsführer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH in Hamburg und wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Produkte, Entwicklung und Umsetzung von Umweltschutzkonzepten, umweltverträgliche Produktionsverfahren sowie Ökobilanzen komplexer Gebrauchsgüter.

| Weitere Infos: www.braungart.com

Chantal Ruppert-Winkel – Regionale Selbstversorgung mit EE

Frau Ruppert-Winkel, Sie beschäftigen sich im Projekt „EE-Regionen – Sozialökologie der Selbstversorgung“ mit Erfolgsbedingungen und Konzepten zur vollständigen Energieversorgung von Kommunen und Regionen auf der Basis Erneuerbarer Energien. Wie sind Sie dazu gekommen?

Wie ich dazu gekommen bin, ist eigentlich fast schon banal. Es ging damit los, dass ich mir auch für meine wissenschaftliche Zukunft überlegen musste, was ich denn möchte. Und ob ich wirklich in der Wissenschaft bleiben oder ob ich in die Praxis gehen möchte. Ich hatte auch schon ein Unternehmen gegründet und habe dann aber festgestellt, dass ich das nicht so gut finde, denn man kommt in die normalen Wirtschaftsmühlen hinein. Ich merkte, dass ich eigentlich wirklich gerne weiter in der Forschung tätig sein würde. Und da kam gerade eine BMBF-Ausschreibung im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung, die relativ breit ausgeschrieben haben, dass sie neue Forschungsprojekte fördern würden, die im Bereich *Sozialökologie* liegen und wo man Ideen einreichen konnte. Ich habe mir überlegt: Hab’ ich da eine Chance? Hab’ ich da keine? Ich habe aber vorher schon im Bereich *Sozioökonomie* ziemlich viel über „forstliche Ränder“ hinausgeguckt. Mein Mentor, Professor Oesten, ist sehr breit aufgestellt, auch was ökonomische Ansätze angeht (z.B. Ökologische Ökonomie), und davon habe ich viel abbekommen. Und dann habe ich mir gedacht: Okay, das traue ich mir zu. Was könnte denn ein potentielles Projekt sein, und mit wem könnte man zusammenarbeiten? Und daraus ist das Projekt quasi entstanden.

Wie sind Sie darauf gekommen, gerade im Bereich Energie etwas zu machen?

Das war auch wieder ein Zusammenspiel von verschiedenen Faktoren. Zum einen habe ich vorher im Bereich kommunaler Forstbetriebe gearbeitet und dachte, mich mal ein bisschen breiter aufzustellen, wäre eine gute Sache. Außerdem kam das auch gerade ins Rollen, dass Erneuerbare Energien stärker vorangetrieben wurden. Und dann wurde hier an der Universität das Zentrum für Erneuerbare Energien gegründet, so dass das ganz gut reinpasste. Ich hatte zuerst überlegt, das Projekt auf Bioenergie zu beschränken, um hier die Schnittstelle Forst/Holz und Erneuerbare Energien zu nutzen. So habe ich entsprechend angefangen, das Konsortium zu bilden, aber dann hat sich doch gezeigt, dass die Interessen weit darüber hinausgehen, insbesondere einer der Partner im Konsortium brachte die EE Selbstversorgungsidee ein. Und wenn man sich eine Komplettversorgung anschaut, also die Möglichkeiten einer EE Selbstversorgung, geht das meist nicht mit Bioenergie allein, da braucht es ein Zusammenspiel von verschiedenen Erneuerbaren.

Was begeistert Sie an ihrer Arbeit?

Was toll ist, ist erstens, dass wir einen transdisziplinären Ansatz haben. D.h. wir arbeiten mit den Praxisakteuren vor Ort zusammen. Wir haben also einen direkten Austausch. Gerade schreiben wir zur nachhaltigen Bioenergienutzung mit Leuten aus der Region zusammen an einem Artikel. Man kriegt Probleme und Fragestellungen mit, die man sonst vielleicht verpassen würde - kann aber durch die Forschungsergebnisse wieder Anregungen zurückgeben. Das ist also kein ganz klassischer wissenschaftlicher Ansatz, wie andere es

definieren würden. Meiner Meinung nach kann Wissenschaft jedoch nicht nicht beeinflussen. Wenn man an etwas oder mit jemandem arbeitet, dann beeinflusst man immer. Ich finde es auch wichtig, wenn man versucht, wirklich an Grundprobleme heranzukommen, die auch in der „normalen" Welt bewegen. Das ist das eine. Und das andere, was mich an meiner Arbeit begeistert, ist, dass wir sehr interdisziplinär aufgestellt sind. D.h. wir arbeiten mit Doktoranden aus verschiedenen Institutionen und mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Und wenn wir jetzt beispielsweise während eines Projekttreffens miteinander arbeiten, ist es unglaublich, wie toll sich da Ideen entwickeln: dann kommen Ideen auf, an die man überhaupt nicht gedacht hat, weil sie aus einer anderen Disziplin inspiriert wurden. Es ist unheimlich spannend, was sich da entwickelt.

Zusätzlich habe ich bei unserem Thema das Gefühl, gerade an einem sehr wichtigen Thema dran zu sein. Erneuerbare Energien sind jetzt überall ganz wichtig, aber es ist auch wichtig, wie man das Ganze anlegt. Und da kommen diese Fragen: Ist es ökologisch sinnvoll? Wo liegen die Grenzen? Kann man die überhaupt definieren? Ist es sozial sinnvoll? Wo liegen die Konfliktlinien? Da sind wir beim Thema, dass es für das Erreichen des Ziels einer Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien in der Regel nicht reicht, die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen, sondern man muss sich auch mit folgenden Fragen auseinander setzen: Wo bzw. wie kann ich Energie sparen? Wo kann ich denn das Denken verändern, Lebensstile verändern, damit man das Ziel einer EE Selbstversorgung erreichen kann, ohne negative Einflüsse auf die Umwelt zu haben oder weitere Bedürfnisse der BürgerInnen zu vernachlässigen?

Der Bereich Erneuerbare Energien ist gerade ein Boombereich, der sehr stark wächst, was im Widerspruch zu unserer These bzgl. des Wirtschaftswachstums zu stehen scheint. Auch z.B. Niko Paech sieht das kritisch, wenn Erneuerbare Energien nur additiv sind. Was halten Sie von dem Erneuerbare-Energien-Boom?

Ziemlich kritisch sollte man das „WIE" hinterfragen. Oft hört man: Wir sind ein wichtiger Wachstumsmotor, Grüne Energie usw. Ich bin kein Green Economy Fan an sich. Ich denke, dass es gerade hier ganz besonders wichtig ist, auf die Verantwortung von Ressourcen und Ressourcennutzung zu schauen und darüber zu reflektieren. Und, wie schon gesagt, einfach immer mehr und immer mehr – damit wird das Energieproblem nicht gelöst werden können. D.h. hier bedarf es ziemlich grundlegender Veränderungen im Umgang mit Energie, was wir versuchen mit dem Baustein V in unserem Projekt stärker zu bearbeiten. Wir haben als Ziel im Projekt, am Schluss einen Entscheidungsrahmen für andere (oder auch unsere eigenen) Regionen, die dieses Ziel einer EE Selbstversorgung verfolgen, zu erarbeiten. Und darin wollen wir Konfliktlinien aufzeigen und Problembewusstsein schaffen. Dass man eben sieht, dass die Kommunen schon aus sich heraus Wertschöpfung, Jobbildung usw. propagieren und natürlich auch versuchen, Unternehmen in ihre Region zu holen und ihre Kommune, ihren ländlichen Raum zu stärken. Damit aber steigt der Energieverbrauch wieder. Die Frage ist also: Wie soll das funktionieren? Diese Ziele können in einem starken Konflikt zu Zielen wie der Energieeinsparung und des Umweltschutzes stehen, wenn EE ausgebaut wird, ohne über ökologische Auswirkungen zu reflektieren. Eine Priorisierung kann man schwierig von der Politik verlangen – Aber Wachstum und Energieeinsparung, geht beides? Aber man kann sagen: Leute, schaut mal, was hier gerade passiert, und ist es das, was ihr wollt? Und man kann schauen, wer denn die kritischen Köpfe in der Kommune sind, die Konfliktfelder sehen

und die selber schon so etwas propagieren wie: Denken wir mal über unseren Lebensstil nach. Und da haben wir auch einige gefunden, welche interessanterweise oft wieder die politischen Akteure vom Anfang waren, die schon am Beginn überlegt hatten, wie der Wandel des Energiesystems erfolgen kann und ob nicht grundlegendere Änderungen auch notwendig wären.

D.h. der Punkt Lebensstiländerung, Lebensstandard spielt auch eine Rolle in dem Projekt?

Ja. Zwar haben wir es nicht direkt so genannt. Bei uns geht es um Energieeinsparungen, d.h. es ging hier erst mal darum, zu analysieren: Wie sehen das denn die Kommunen eigentlich, wie sehen das die Akteure? Und wie ist ihnen bewusst, dass da vielleicht eine Schwierigkeit besteht? Und daraus dann abzuleiten, wo man ansetzen kann, wenn man etwas ändern möchte. Es ist eben ein sehr normativer Ausgang, den wir haben, und da ecken wir manchmal an Akteure an, die Erneuerbare puschen, puschen, puschen wollen. Dass es heißt: Ihr seid doch auch für Erneuerbare, warum hinterfragt ihr das dann?

Wir sagen dann: Wir hinterfragen das nicht, um es zu stoppen, sondern um zu schauen, wie es „richtig" gesteuert werden kann, also auf welche Dinge man achten muss. Wenn ich mir überlege: Im Schwarzwald gab es ein weiteres Pump-Speicherbecken-Projekt, das vor etlichen Jahren unter anderem aufgrund von Natur- und Landschaftsschutzgründen gestoppt wurde. Und jetzt, mit der Energiewende, heißt es: Ja, wir müssen aber Erneuerbare ausbauen. Dann kommt so etwas wieder auf das Tablett und die Naturschützer wissen gar nicht genau, wie sie sich jetzt dazu verhalten sollen, weil sie ja eigentlich Erneuerbare wollen. Und wie geht man mit so etwas um…?

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Also ich würde auch sagen, man braucht die Wachstumswende. Aber die Frage ist, ob es realistisch ist, zu sehen, dass so etwas kommt, weil das Ganze natürlich ein in sich geschwungenes System ist. Es bräuchte eigentlich ein völliges Umdenken in der Politik, was eben sehr unrealistisch zu sein scheint. Man müsste eigentlich, überspitzt gesagt, weg von grundkapitalistischen Einstellungen, die immer nur mehr Wachstum wollen. Auch wenn man sich die EU anguckt, die EE auch puscht – nur Green Technology hier und da – und es geht wieder um Wachstum und wirtschaftliches Denken in die Richtung größer besser usw., stellt sich die Frage: Müsste es da nicht auch einmal eine andere Richtung geben? Gerade auch in der EU- Förderung: Warum wird jetzt gerade EE in den Förderprogrammen so stark gepuscht? Weil die EU eine bestimmte Linie verfolgt, Technologien und Wachstum fördert und da mischt sich Deutschland auch ein. Also die Frage ist, ob sich ein Land da so rausziehen kann. Ich denke, da braucht es einen größeren Rahmen, aber wie will man das machen?

Man bräuchte quasi eine von der Politik unabhängige Institution, die Ideen einbringt oder in einer anderen Weise steuernd irgendwie eingreifen kann. Deswegen ist es, finde ich, ein ganz schwieriger Moment, und da kommen wieder regionale Ansätze ins Spiel. Eine Region kann das. Sie hat zwar auch diesen Zwang, wie ich eben meinte: Sie möchte nicht, dass die Leute abwandern. Sie möchte der Region etwas bieten. Sie möchte Unternehmen anwerben,

um attraktiver zu werden. Aber man könnte ja auch mal als Region versuchen, sich ein anderes Leitbild aufzustellen, wo man auf eine andere Art den Menschen die Region attraktiv macht, und das müsste mal jemand richtig wagen. Es gibt da ja schon kleine Pools, die das machen. Aber warum nicht so etwas auch auf einer größeren, regionalen Ebene (Kommune) versuchen? Aber das braucht halt auch wieder die entsprechende politische Leitung, die das aufgreift und muss dann erst mal wieder gewählt werden und attraktiv bleiben. Und da sind wir dann wieder bei dem Problem: kann man mit einer Politik der veränderten Lebensstile gewählt werden? Da könnte man dann argumentieren: Man braucht die Aufklärung der Leute, braucht vielleicht eine Vision für die Region oder für die Kommune, die geteilt wird, die getragen wird und wo man sich politisch dahinter stellen kann.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Das ist das, was ich vorhin meinte, dass wir versuchen mit dem Endprodukt, das wir haben, eben auch diese Problematik aufzuzeigen. Dass es uns mit einer 100-Prozent-Idee nicht darum geht, möglichst viel Wachstum in dem Sektor zu erzeugen, sondern es geht uns darum: Wie kann man dieses Ziel erreichen, wenn man ganzheitlich denkt, auch im Sinne von Lebensstilen und Energieeinsparungen. Was hat das denn alles für Konsequenzen? Welche Bereiche sind betroffen? Wir haben, was vielleicht für ein wissenschaftliches Projekt etwas seltsam klingt, ein klares normatives Bild. Und das kommunizieren wir auch, d.h. wenn dieser Entscheidungsrahmen kommt – das wird eine Broschüre sein – dann wird auch klar drinstehen, dass wir von einem sozial-ökologischen Hintergrund kommen.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Interessant ist z.B. der Landkreis Lüchow-Dannenberg. Dort gab es einen starken Ausbau bei Bioenergie und zwar vorwiegend mit Mais. Resultat war eine starke Mais-Konzentration um die Biogasanlage, was ökologisch von den Standorten her nicht sehr sinnvoll ist. Und dann war die Frage: Wie geht man jetzt damit um? Und das ist dann sehr spannend zu sehen, dass die Akteure in der Region selber gesagt haben: Leute, so kann es jetzt nicht weitergehen. Die haben auch selber Experten im Bereich Biodiversität in der Region sitzen. Dann sind alle miteinander in Kontakt gekommen, und auch unser Doktorand aus Baustein III, der im Bereich Landnutzungskonflikte und -potenziale arbeitet, ist bei einem Treffen der Expertengruppe dabei gewesen. Unter anderem wurde diskutiert: Wie können Kriterien aussehen für einen Anbau von Biomasse zur Energienutzung? Welche anderen Konzepte gibt es? Wir arbeiten jetzt auch, das hatte ich schon erwähnt, mit den Akteuren zusammen an einem Artikel, wo wir darstellen: Wie sieht es denn dort aus? Was waren die Probleme? Und wie wird das jetzt angegangen?

Und das zu publizieren für andere, finde ich, ist eine ganz wichtige Aufgabe. Es gab einen negativen ZEIT-Artikel über die Region. Da wurde nur das Negative herausgehoben: Jetzt gibt es da so viel Mais, und das EEG hat falsch gesteuert, das ist richtig. Aber es wurde nichts darüber gesagt, was die Akteure selbst tun und welche Ansätze sie haben und Dinge verändern. Da haben wir gesagt: Lasst uns zusammen einen Artikel schreiben und aufzeigen, was wirklich gemacht wird. Und ich denke, dass das auch für andere Regionen wiederum sehr hilfreich ist, um zu schauen: Okay, ein solches Problem könnte bei uns auch entstehen, was können wir tun um das zu vermeiden? Oder wenn wir das Problem schon haben, wie

gehen wir damit jetzt am besten um? Das ist wieder dieses Transdisziplinäre, wir arbeiten eben nicht nur an wissenschaftlichen Artikeln. Jetzt müssen wir versuchen, möglichst viele unserer Ergebnisse aufzuarbeiten und nach außen zu tragen.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Das ist einmal der Vorwurf, nicht richtig wissenschaftlich zu sein, weil man mit einem normativen Ziel arbeitet. Wenn man eine bestimmte Position bezieht/Empfehlung gibt, z.B. zu Lebensstiländerungen, muss man damit umgehen, muss es offenlegen und diskutieren. Auch der transdisziplinäre Ansatz wird nicht von allen gutgeheißen. Dass man sagt: Ja, aber Wissenschaft darf nicht so sein. Ihr analysiert ja quasi das, was ihr beeinflusst. Das sind einfach zum Teil grundlegende Sachen, die man gar nicht ausmerzen kann. Man denkt so, oder man denkt so nicht. Aber es ist wichtig, das zu diskutieren und auch zu verschriftlichen. Es gibt ein Grundlagenpapier, in welchem wir uns damit auseinandersetzen und hoffen, dass wir das auch noch veröffentlichen können. Eine Zusammenfassung davon kommt in unseren Entscheidungsrahmen. Und ansonsten gibt es natürlich auch immer wieder mit den Akteuren in den Regionen nicht direkt Konflikte, aber einmal eine stärkere Bereitschaft, bei etwas mitzuarbeiten und einmal weniger. Und selbstverständlich gibt es in den Regionen auch immer bewusst Gegeninitiativen und Proinitiativen – aber das ist auch gut so.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Also es startet sehr unterschiedlich. Wir haben festgestellt – das war vor allem bei den Arbeiten in Baustein I im EE-Regionen Projekt – dass es bei eigentlich allen vier Partnerregionen tatsächlich so war, dass das die EE Selbstversorgungsidee von Bürgerinitiativen, also von aktiven Bürgern ausging. Das fanden wir sehr spannend, weil die Verwaltungen das schon aufgenommen hatten und angefangen haben, die Idee voranzutreiben, als wir eingestiegen sind. Es wurden dann auch schon politische Beschlüsse dazu gefasst. Aber wenn man zurückschau, waren das Bürger, sehr aktive Bürger, die wir in zwei Bereiche geteilt haben. Zum einen die technischen Pioniere, Landwirte und andere, die angefangen haben, hier Problem zu sehen. Viele waren ökologische Landwirte, die gesagt haben: Okay ich mache ökologische Landwirtschaft, ich kann es nicht vereinbaren mit Energie, die nicht-ökologisch gewonnen wird, sie haben nach technischen Lösungen für ihren eigenen Hof gesucht. Und sie haben dann angefangen, Biogasanlagen zu entwickeln oder auch im Photovoltaikbereich neue Ansätze zu suchen und haben quasi dieses Technische vorangetrieben.

Dann gab es die, die wir politische Akteure genannt haben, jetzt nicht die Politiker an sich. Die hatten einfach eine große Vision, waren sehr ökologisch geleitet und haben dann diese Idee der Komplettversorgung ihrer eigenen Region mit Erneuerbaren aufgebracht. Und dann gab es eine Phase, wo diese zusammen kamen und auch sehr starken Einfluss auf die politischen Gremien genommen haben. Und in einigen Kommunen war es dann so, dass die Verwaltungen das die EE Selbstversorgungsidee aufgenommen haben. Da waren Leute, die haben sich identifiziert mit diesen Zielen, haben auch gemerkt, dass es gut für Wahlen ist und haben es dann mitgenommen. Und jetzt sind eigentlich die Kommunen selber sehr starke Akteure.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ganz am Anfang, wenn man da überhaupt von einer Phase schon sprechen kann. Was ich spannend finde, ist gerade, dass es immer mehr Initiativen gibt und auch immer mehr Tagungen und Wissenschaftler, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Wenn ich mir überlege: Es gab zwar immer so Wellen, in den 70er-Jahren ging das schon los, dann ging es wieder runter, und jetzt ist gerade wieder so ein Hoch. Also fast alle außeruniversitären und universitären Einrichtungen, die sich irgendwie damit auseinandersetzen, wurden in dieser Zeit gegründet. Ich finde das schon ganz beeindruckend, was da jetzt gerade alles läuft. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass das schon irgendwie viel, beispielsweise in der Politik auf Landesebene, beeinflusst.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Was ich sehr beeindruckend finde, sind kleinere Kreise, die sich gebildet haben, wie z.B. die Gartenkooperative. Und ich finde solche Beispiele müssen unbedingt vorangebracht und publik gemacht werden, sodass andere auch an so etwas andocken können. Und ich glaube auch nicht, dass das von der Politik kommen kann, das muss von „unten“ kommen.
Nun könnten diese tollen Beispiele dazu führen, dass man selbst merkt, dass auch das Leben eine andere Art von Qualität gewinnen kann, wenn man eben nicht den „normalen“ Prozessen folgt. Und da finde ich, ist diese Gartenkooperative ein tolles Beispiel. Ich glaube dann lässt sich wirklich etwas verändern. Wir haben ganz oft, wenn es um Energieeinsparungen in unseren Regionen ging, gehört: Energie muss teurer werden, dann sparen die Leute auch Energie. Also es ging sehr oft nur um finanzielle Anreize, um zu steuern. Aber das muss ja nicht unbedingt sein, wenn es noch andere Anreize gibt, die vielleicht stärker sind, wie wirklich gesundes, gutes Essen oder auch soziale Aspekte, z.B. wieder eine stärkere Gemeinschaft zu haben oder so etwas.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Ich denke die Vision wäre, dass jeder Einzelne wieder ein stärkeres Bewusstsein für Ressourcen bekommt, Ressourcen auch im Sinne von sozialen Werten. Also dass man sowohl die Umwelt, Natur an sich, als ein wichtiges Gut, wieder stärker zu schätzen weiß und auch soziale Komponenten. Dass man in gemeinschaftlichen Dingen etwas erreichen kann, was man vielleicht als Einzelner abgekoppelt nicht so erreichen kann. Und dass man monetäre Werte vielleicht nicht mehr so stark sieht, sondern soziale und ökologische Werte wieder stärker in den Vordergrund stellt. Also wirklich das Schätzen der Ressource Umwelt und der Ressource Mensch an sich und die Qualität, die man am Leben haben kann, unabhängig von monetärer Bewertung.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Ich denke, dass man wirklich das anschauen muss, was man selbst konsumiert und produziert und sich fragen sollte, ob man das selber gut vertreten kann. Man macht sich ja Gedanken da drüber: Was habe ich denn jetzt gerade für einen Tee getrunken? Das ist eine

Kleinigkeit, mit der es anfängt. Wie ist der hergestellt worden? Ist die Qualität so, dass ich meine, dass er auch gut für mich ist? Man kann ja schon bei sich selbst anfangen. Und ich denke, wenn man das morgen tut, kommt man auch dazu, einen größeren Schritt übermorgen oder auch längerfristiger zu machen. Und wie gesagt: Augen auf, was um einen herum los ist. Da sind so viele tolle Ideen und Projekte, die man gar nicht so wahr nimmt und das ist sehr schade.

Interview Patrick Becker | Schriftliche Ergänzungen der Interviewten

Über die Person



Dr. Chantal Ruppert-Winkel, Jahrgang 1978, ist Diplom-Forstwirtin und hat Forst- und Umweltwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studiert. Sie arbeitet als Nachwuchsgruppenleiterin des BMBF-Forschungsprojektes: „EE-Regionen: Sozialökologie der Selbstversorgung“ am Zentrum für Erneuerbare Energien (ZEE) der Universität Freiburg. Ihre Arbeits-schwerpunkte sind: Nachhaltige und effiziente Ressourcennutzung auf lokaler und regionaler Ebene, Inter- und transdisziplinäre Forschung zur sozial-ökologischen Nutzung von Erneuerbaren Energien, sozioökonomische Analysen von Akteurs-Netzwerken, Institutionen, Organisationsstrukturen und Leadership.

| Weitere Infos: www.ee-regionen.de

Norbert Rost – Regionalentwicklung

Herr Rost, Sie beschäftigen sich mit dem Konzept der Regionalisierung und regionalem Wirtschaften als Komplementärentwicklung zur Globalisierung. Wie sind Sie dazu gekommen?

Mein Einstieg in das Ganze war in erster Linie eine Kritik am Finanzsystem. Das ist jetzt 10 Jahre her, dann habe ich darüber meine Diplomarbeit schreiben dürfen bei einem Professor, der mit seiner Richtung auch etwas aus dem Rahmen fällt. Das war zu der Zeit, als der Chiemgauer begonnen hatte, für mich war das ein sehr spannender Ansatz und praktisch mein Einstieg, mich auf diese Themen zu konzentrieren. Seitdem versuche ich, einerseits lokal Projekte umzusetzen, die in diese Richtung gehen, andererseits Werkzeuge zu entwickeln, um die Umsetzung zu erleichtern und sinnvoller zu gestalten – im weitesten Sinne. Es kamen auch noch andere Themen hinzu, die Fragen des Peak-Oil beispielsweise. Auch dabei kommt man relativ schnell zu der Erkenntnis, dass kleinräumigere Wirtschaftssysteme eine viel größere Rolle spielen werden.

Ein anderes Projekt, das wir hier vor Ort haben, ist der Elbtaler, also das Regionalgeld für die Region Dresden. Das ist an sich schon ein recht lange laufendes Projekt, weil der Verein, der das organisiert, schon seit 2006 existiert. Andererseits ist es ein relativ frisches Projekt, weil wir jetzt gerade erst mit unserem Kontensystem anfangen, das wir entwickelt haben, um den Elbtaler auch tatsächlich umzusetzen. Mit umsetzen ist gemeint, dass die ersten Unternehmer jetzt ihre Konten auf dem System bekommen. Vorher haben wir über Jahre intensiv Öffentlichkeitsarbeit gemacht und dabei auch eindeutig die Grenzen dessen gespürt, was möglich ist. Da es wie bei vielen Regionalgeldinitiativen an ehrenamtlichen Strukturen hängt, ist die Frage immer, was die Leute in ihrer Freizeit leisten können. Da ist ein sehr kritischer Spagat notwendig, wie man das System halbwegs professionell auf die Beine stellen kann, ohne die Leute, die das tragen, damit auszupowern. Man kann sagen, dass so ein Regionalgeldsystem durchaus vergleichbar ist mit einer Bankgründung. Wenn man sich überlegt, wieviel Personal eine Bank hat und dasselbe Pensum von einem ehrenamtlich arbeitenden Verein getragen wird, sieht man, dass da einige Diskrepanzen aufscheinen.

Mein Geld verdiene ich momentan mit unterschiedlichen Projekten, die im weitesten in diesem Bereich liegen. Letztes Jahr habe ich beispielsweise eine Studie gemacht, für die sächsische grüne Landtagsfraktion zum Thema „Peak-Oil in Sachsen“, also wie die Situation in Sachsen angesichts dieses Problems ist. Jetzt steht ein Projekt vor der Tür, bei dem ich mir im Rahmen einer Studie eine Kleinstadt anschauen werde, bei der es um die Frage geht: „Wie ist diese Stadt hinsichtlich der Energiefrage vorbereitet, und wie hoch ist ihre Energiewendeaktivität“. Mit Regiogeld sein Geld zu verdienen, ist eine ganz schwierige Geschichte.

Was begeistert Sie daran?

Also erst mal ist es das breite Spektrum an interessanten Menschen, die man über solche Aktivitäten kennenlernt. Ansonsten ist es so, dass ich einfach die Notwendigkeit sehe. Ich

habe zwei Kinder und für mich stellt sich langfristig die Frage, in welcher Welt die leben werden. Die mittelfristige Frage ist natürlich, in welcher Welt ich leben werde. Als wir einige Jahre unterwegs waren und versucht haben, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten à la „wir haben Probleme mit unserem Finanzsystem, wollen wir uns da nicht alle mal drauf vorbereiten?“, da hat noch keiner zugehört. Inzwischen brechen diese Probleme im Finanzsystem nun offener auf, aber ich sehe auch weiterhin keine Ansätze, die vielversprechend sind. Die Politik hat keine Antworten gefunden, mir scheint, sie weiß einfach nicht, wie sie damit umgehen soll. Mancherorts werden zumindest die Ursachen durchdiskutiert, aber auch immer nur auf theoretischer Ebene. Praktische Erkenntnisse, tatsächlich empirische, sind aufgrund der Größe der Systeme, über die wir sprechen, auch einfach schwer zu gewinnen.

Über die Ursachen kann man ja auch tatsächlich sehr viel reden und nachdenken und wird dabei unterschiedliche Pro- und Contra-Aspekte für den einen oder anderen Sachverhalt finden. Aber aus dem bisherigen Denken herauszutreten, das System, in dem man sich befindet, mal aus einem völlig anderen Blickwinkel anzuschauen und anhand dessen neue Ansätze zu entwickeln, das macht die Politik zur Zeit nicht. Sie handelt weiter im bestehenden System, und das dürfte, glaube ich, nicht besonders hilfreich sein. Auch diese Beobachtung treibt mich zum Handeln.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Das kommt darauf an, wen man fragt. Also wer hat welche Möglichkeiten? Der Einzelne sollte sich überlegen, inwiefern er dazu beiträgt, dass wir ständig auf Wachstum aus sind. Was er konsumiert, wie er es konsumiert, wieviel er konsumiert. Die Politik hat ganz andere Möglichkeiten, sie könnte tatsächlich experimentelle Aktivitäten starten und die verschiedenen Initiativen, die sich mit solchen Fragen befassen, unterstützen und fördern. Und sie könnte erstmal ihr eigenes Paradigma hinterfragen; die Frage stellen: Warum arbeiten wir Richtung Wachstum? Mit dieser Enquete- Kommission im Bundestag passiert das ein wenig zurzeit.

Die Unternehmen müssen sich überlegen: Wie müsste ich denn meine Unternehmensstrukturen aufstellen, um in einer Welt zu wirtschaften, die ohne Wachstum auskommen oder sogar schrumpfen muss. Und das ist keine einfache Geschichte. Beispielsweise habe ich bis jetzt noch keine Antwort auf die Frage gefunden, wie man Ressourcen verteilt in einer Welt ohne ständige Ressourcenverfügbarkeit oder wo die Ressourcenmengen sogar schrumpfen werden. Die Wissenschaft muss sich über solche Sachen genau Gedanken machen. Insofern hat jeder andere Bausteine, und es gibt keinen Baustein, von dem man sagen kann, der muss als erstes angegangen werden, sondern die unterschiedlichen Institutionen und Akteure müssen sich das parallel auf ihrer jeweiligen Ebene anschauen.

Wie gehen Sie mit dem „Kein Wachstum bedeutet Rückschritt“-Argument um?

Ich finde, das passt irgendwie nicht. Wir leben in einem gesellschaftlichen System, das Entwicklung kennt, und Entwicklung kann natürlich bedeuten, dass man einzelne Elemente aufgreift, die schon einmal da waren, das ist keine Frage. Aber ich gebe an diesem Punkt

immer wieder gerne eine Gegenfrage zurück, und fordere die Leute auf, mir ein Bild einer Gesellschaft zeichnen, die realistisch ohne Erdöl auskommt. So, damit ist die Aufgabe gesetzt. Und vor der stehen wir in den nächsten 20, 30, 40 Jahren. Deutschland ist zu 98% beim Erdöl abhängig von außen, und wenn uns dort die Hähne abgedreht werden, dann gehen relativ schnell die exportorientierten Lichter hierzulande aus. Natürlich versucht man alles, um das zu vermeiden und das zu überbrücken, aber die Endlichkeit des Rohstoffs ist einfach da und die technischen Lösungen, die wir heutzutage haben hinsichtlich erneuerbarer Energien, sind eigentlich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das bedeutet, dass wir bereits heute anfangen müssten, unsere Strukturen umzubauen. Es kommt dann immer das Argument „ja wenn kein Öl mehr da ist, dann fahren wir mit Elektroautos." Die Elektroautos, die wir uns vorstellen können, die fahren nun mal nur sehr begrenzte Strecken. Wir haben in Deutschland 2300 reine Elektroautos auf den Straßen, es kommen noch ein paar Hybride hinzu, aber die kann man vernachlässigen, die brauchen Öl. Bis zu der Vision der Bundesregierung, 2020 eine Million von den Dingern auf der Straße zu haben, ist ein ganz schöner Weg. Und den sehe ich momentan nicht, wir haben schon 2012. Wir haben weder die industriellen Kapazitäten, noch das Interesse bei den Leuten, die die Dinger benutzen sollen. Und das ist meine Rückfrage, die ich dann geben würde: Wie stellen die Leute sich ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vor, das ohne Erdöl auskommt? Und dann gucken wir mal, welche Antwort kommt.

In Zeiten der Globalisierung wird das Regionalisierungskonzept von vielen Menschen als unzeitgemäß empfunden. Welche Erfahrungen haben Sie mit den Sichtweisen der Menschen auf Regionalisierung gemacht?

Es kommt natürlich darauf an, wem man gegenüber steht. Bei der Beschäftigung mit dem Regionalgeld konfrontieren wir oftmals Leute mit Wirtschaftsfragen, die sich üblicherweise nicht mit solchen Themen auseinandersetzen. Letztens habe ich die Anwesenden eines Regiogeld- Vortrags gefragt, wann sie das letzte Mal in einem Vortrag zu Wirtschaftsfragen waren. Da kommt keine Antwort, die Leute gehen normalerweise nicht zu solchen Vorträgen. Das Regionalgeld schafft es, sie aus ihren Löchern herauszuholen, und aufgrund dieser seltsamen Idee, eigenes Geld zu machen, lassen sie sich mit anderen Fragestellungen konfrontieren. Auf der politischen Ebene oder dort, wo die Leute sehr viel Erfolg mit diesem Wachstumssystem haben, hinterfragen sie es selten. Selbst die Grünen halten ja an dieser Begrifflichkeit fest. Sie versuchen zwar, dem Begriff „Wachstum" ein anderes Mäntelchen zu geben – da ist einerseits schon die Idee dahinter, etwas anders machen zu wollen – andererseits schaffen sie es nicht, konsequent genug zu sagen „Wir wollen das bisherige nicht mehr, sondern etwas Neues!". Also wird die Systemfrage dort auch nicht gestellt.

Vielleicht liegt das auch ein bisschen an dem Begriff als solchm: Wachstum ist relativ abstrakt. Der Einzelne kann damit nichts anfangen. Dagegen wird das Thema Regionalisierung handfest, und es gibt verschiedene Gruppierungen, die das Thema erfolgreich an die Leute herantragen. Nehmen wir Slow-Food: Slow-Food ist relativ erfolgreich in seinen Bereichen und hat die Regionalisierung als Thema. Die Regiogelder schaffen es – dank der Finanzkrise – mittlerweile auch ganz gut das Thema zu transportieren. Die Offenheit nimmt zu, und eine Notwendigkeit dafür wird zunehmend erkannt. Aber in der breiten öffentlichen Diskussion, die von den Massenmedien getragen wird, kommt es überhaupt nicht an. Es taucht vielleicht mal hier und da punktuell auf, aber eine

gesellschaftliche Diskussion über die Zielstellungen, wo wir als Gesellschaft hinwollen, haben wir nicht. Die einzige Zielstellung, die wir haben, ist Wachstum.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Also abgesehen davon, dass das alles viel länger dauert, als ich das manchmal gedacht hatte, gibt es dann doch schon zwei Regiogelder, an denen ich mitgewirkt habe: den Lausitzer, dort hat sich vor zwei Jahren ein Verein gegründet – ich selbst stamme aus der Lausitz. Und in Dresden gibt es das System jetzt eben auch. Dort haben wir viel Sensibilisierung gemacht, was dazu führte, dass ich auch mit Akteuren ins Gespräch kam, von denen ich vorher keine Offenheit erwartet habe oder es zumindest als schwierig empfand. Heute bin ich mit der IHK vorsichtig im Gespräch. Dann werden wir inzwischen von einigen Unternehmern unterstütz, und man kann es durchaus als Erfolg ansehen, dass wir mittels unserer Vereinsaktivitäten Gelder einwerben konnten, die für ein paar Monate einen 400- Euro Job für einen unserer Akteure möglich machen. Dass es in der Stadt viele Leute gibt, die den Elbtaler kennen, obwohl er noch nicht einmal aktiv ist, sondern nur durch die zahlreichen Veranstaltungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, auch das können wir uns auf die Fahne schreiben. Und natürlich habe ich auch das Gefühl, dass unsere Arbeit durch das aktuelle Geschehen, das innerhalb der europäischen und globalen Strukturen stattfindet, bestätigt wird.

Und außerdem empfinde ich unsere Software- Entwicklung, die wir die letzten zwei Jahre betrieben haben, als Erfolg. Dass wir ein Tool funktionsfähig haben, das sich für Regionalmanagements, für Kommunen oder eben für Regiogeld- Vereine einsetzen lässt. Es ist ein relativ einfach benutzbares Onlinekontensystem, das im Grunde ähnlich funktioniert wie das Online-Banking einer Bank, kombiniert mit einer modernen Darstellung der teilnehmenden Unternehmen in Form eines Wirtschaftsatlas. Ich hoffe mit diesem RegionalAtlas in die Vermarktung gehen zu können. Durch solcherart Tools wird es vielleicht auch einfacher, die Themen zu transportieren, weil wir sagen können: „Wir haben hier nicht nur eine Idee, sondern wir haben gleichzeitig auch noch ein Konzept und ein Werkzeug, mit dem wir sie umsetzen können."

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Das Denken in den bisherigen Strukturen. Wenn ein anderer Denkansatz verfügbar und vertretbar wäre, dann würde das sehr viel leichter funktionieren. Aber es würde zu weit führen, das im Detail auszuführen. Es geht dabei um die Frage, warum Entscheidungsträger bei bestimmten Sachen mitmachen und bei anderen nicht, warum werden manche Sachen gefördert und andere nicht. Zum Beispiel gibt es in Sachsen ein Förderprogramm, die sog. Gemeinschafts-Aufgaben-Förderung: Da wird gefördert, dass die Unternehmen Produkte produzieren, die mindestens 50km weit transportiert werden müssen. Das heißt, die Unternehmen bekommen keine Förderung, wenn sie den regionalen Markt bedienen wollen, jedenfalls nicht aus diesem Fördertopf. Das heißt, es gibt eine Wirtschaftsförderung bei Exportorientierung. Und solche Sachen sind ganz normaler Bestandteil unseres heutigen Wirtschaftslebens und werden von der Politik vertreten, ohne dabei ansatzweise kritisch hinterfragt zu werden. Natürlich ist das hinter dem Paradigma der Exportorientierung nachvollziehbar, da können wir lange mit „Regionalisierung" kommen. Dabei stehen sich zwei Pole diametral gegenüber, das Eine ist mit dem Anderen nur schwer vereinbar. Aber ich

bin davon überzeugt, dass Deutschland mit der Strategie ein großes Problem bekommen wird, nämlich dann, wenn die andere Seite der Medaille nicht mehr mitspielt, und das sind die Importländer.

Es geht nicht, dass ein Land immer exportiert,ohne dass ein anderes Land importiert. Und wenn ein Land dauerhaft Exportüberschüsse erzielen will, muss es mindestens ein anderes Land geben, was dauerhaft Importüberschüsse hinnehmen muss. Diese Ungleichgewichte führen zu diesen Spannungen, die wir momentan in der Euro- Zone sehen. Das ist nicht so leicht zu erklären, weil uns teilweise das systemische Denken fehlt, diese Dinge auch aus einer anderen Perspektive zu sehen. Aber das wird uns irgendwann um die Ohren fliegen; beziehungsweise fliegt es uns ja schon um die Ohren: Dass die südlichen Länder Europas so ihre Probleme haben, hängt eindeutig auch mit der exportorientierten Wirtschaftspolitik Deutschlands zusammen.

Bei der Frage, wie man das in ein gesundes Maß bekommt, spielt dann natürlich Regionalisierung eine große Rolle. Aber ich habe es ehrlich gesagt aufgegeben, mich über die große Politik aufzuregen oder zu sagen „ihr müsstet dies und jenes machen“, weil da können wir hier unten noch so lange trommeln, das hört dort oben sowieso keiner – um mal im Bild von oben und unten zu bleiben. Ich sehe das so: Die großen Entscheider machen ihr Ding und fahren den Karren in den Dreck. Und ich muss gucken, dass ich hier bei mir vor Ort etwas auf die Beine kriege, was dafür sorgt, dass uns der Dreck nicht bis zum Hals steht. Also Strukturen zu schaffen, die in gewissem Maße widerstandsfähiger sind gegenüber Schocks von außen – der Begriff der Resilienz ist ja momentan ein Kernbegriff, um den sich vieles dreht. Und insofern ist dieses System auch kompatibel für egoistische Sichtweisen, da man sagen kann „Hey Leute, wenn ihr ein angemessenes Leben haben wollt, schaut euch mal an, ob es nicht besser ist, selbst Strukturen in eurem Umfeld zu schaffen, die euch tragen.“

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ich bin in den letzten Jahren öfters Leuten begegnet, die haben die Situation mit der Vorwende-Zeit in der DDR verglichen. Es gab damals Entwicklungen, in denen sich Menschen in Gruppen zusammenfanden und begannen, kritisch über das System nachzudenken, sowie Ideen zu entwickel, wie ein anderes System aussehen könnte. All das gab es in der Vorwendezeit, und ich denke, das passiert heute auch. Hier in Dresden sehe ich eindeutig, dass die Gruppierungen, mit denen ich zu tun habe, an Zulauf gewinnen. Auch tauchen immer mehr Leute auf, die die letzten Jahre nicht dabei waren, eben Unternehmer, Ärzte, und man entdeckt in Institutionen plötzlich eine Offenheit, die vorher nicht da war. Also da bewegt sich schon einiges, wenn auch noch sehr langsam. Aber das kann sich durchaus beschleunigen. Die Frage ist dann, welche Ereignisse das wären, die das dann beschleunigen.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Dresden hat 2006 sein 850-jähriges Bestehen gefeiert, und damals habe ich eine Vision für Dresden 2012 geschrieben. Das haben wir zwar jetzt schon, und es sind längst nicht alle Punkte umgesetzt, aber da habe ich mal versucht, so ein Bild zu entwerfen. Im Netz ist es unter „Region Dresden 2012. Ein Zukunftswerk“ zu finden.

Es ist kein einfacher Prozess, eine Vision zu entwickeln. Wir versuchen das gerade innerhalb eines Workshops, indem wir eine Zeitung aus der Zukunft entwerfen. In verschiedenen Gruppen entwickeln wir mit den Leuten Zeitungsartikel, in denen sie ihr Bild eben möglichst konkret runterbrechen sollen: Wie stellen Sie sich Ihre Stadt oder einen Teil Ihrer Stadt im Jahr 2030 vor? Das machen wir im Rahmen dieser Transition-Aktivitäten, da passt das super rein. Und man merkt, wie schwierig es ist, konkrete Zukunftsbilder zu entwickeln.

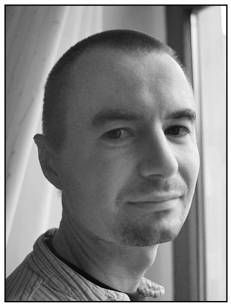
Aber Ihre Frage bezog sich ja auf meine Zukunftsvision. Wenn es jetzt um die Regionalisierung geht, ist es so, dass ich das Bild vor Augen habe, dass die Städte in Europa (und nicht nur da) sich aus ihrem Umfeld zu großen Teilen selbst versorgen müssen. Das geht natürlich längst nicht mit allen Dingen, aber mit dem Lebensnotwendigen sollte es gehen, denn das ging früher schon. Denn wenn Städte auf die Versorgung durch weit entfernte Gebiete angewiesen sind, bedeutet das immer eine Art Kolonialisierung anderer Teile des Planeten. Vor allem um die großen Städte ziehe ich gedanklich lockere Kreise, die keine Grenzen darstellen, aber Gebiete sind, aus denen sich die Städte zu gewissem Maße selbst versorgen. Und das bedeutet natürlich auch eine Aufwertung des ländlichen Raums. In so einer Entwicklung bekommen die Dörfer rundherum eine neue Bedeutung, die sich stark von ihrer heutigen unterscheidet. Ein Teil dieser Vision ist auch, dass die Menschen sich über die Auswirkungen über ihres Handelns und Konsumverhaltens bewusster sind, sprich dass ihnen klar ist, was sie alles mitkaufen, wenn sie billigen Elektroschrott kaufen.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Als erstes können die Menschen gucken, ob es in ihrer Umgebung ähnliche Initiativen gibt oder – wenn es solche Initiativen tatsächlich nicht geben sollte – wie sie so etwas anschieben können. Am Beispiel von Dresden: Wir haben hier einen Verein, der sich mit Regiogeld auseinandersetzt, wir haben Leute, die selbstständig Stadtgärten anlegen, das heißt Brachflächen wiederbeleben und zu Gärten umfunktionieren wollen; wir haben Werkstätte in der Stadt, Fahrradwerkstätte und andere, wo sich Leute mit handwerklichem Geschick einbringen können, und wir haben einen Tauschring, bei dem wirklich jeder mitwirken kann. Und wer keine Zeit für solche Späße hat, der kann einem dieser Vereine beitreten, um diese Initiativen mit seinem Mitgliedsbeitrag von der finanziellen Seite her zu unterstützen. Und ansonsten hilft natürlich, wenn jeder beginnt, auch in seinem Umfeld diese Dinge zu thematisieren. Zu guter Letzt sollte man immer bei sich selbst anfangen und die Frage stellen: Was mache ich denn eigentlich? Und ist das mit der Welt, die ich wirklich haben will, kompatibel?'

Interview Sarah Bhandari

Über die Person



Norbert Rost, Jahrgang 1976, ist Diplom-Wirtschaftsinformatiker und hat an der TU Dresden studiert. Derzeit arbeitet er als Geschäftsführer im Büro für postfossile Regionalentwicklung in Dresden. Seine aktuellen Schwerpunkte sind Studien und Beratungen zu den Auswirkungen des Ölfördermaximums (Peak Oil), Förderung regionalwirtschaftlicher Strukturen und Softwareentwicklung: RegionalAtlas / EnergieAtlas.

| Weitere Infos: www.regionalentwicklung.de

Literaturempfehlung:

http://www.regionalentwicklung.de/download/Region%20Dresden%202012%20-%20Ein%20Zukunftswerk%20-%20Version%201.0.pdf

Luciano Ibarra – Solidarische Landwirtschaft: Gartencoop Freiburg

Herr Ibarra, Sie beschäftigen sich in der Gartencoop Freiburg praktisch mit dem Konzept der „solidarischen Landwirtschaft." Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich habe mich, in einem längeren Kontext gesehen, viel in der sogenannten „globalisierungskritischen" Bewegung politisiert. Ich habe einen Teil meines bisherigen Lebens damit verbracht, die Globalisierung und das herrschende ökonomische System zu kritisieren und dagegen zu protestieren. Dabei habe ich mir innerhalb vieler sozialer Bewegungen einen Eindruck darüber machen können, wie Menschen Alternativen und Visionen aufbauen, um sich dem herrschenden Diskurs entgegenzusetzen. Irgendwann ist mir klar geworden, dass die Wahrnehmung und das Agieren auf globaler Ebene zwar wichtig ist, Bewegungen jedoch eine lokale Verankerung brauchen, um Änderungen herbeizuführen, die dann auf lokaler Ebene konkrete Strukturen schaffen.

Man muss sozusagen irgendwo anfangen. Man hat viel mehr Kraft und Legitimität für die Umsetzung seiner Ideen, wenn man nicht nur von einer Vision spricht, sondern diese auch vorlebt. Ich denke, das war eine wesentliche Motivation für mich, hier in der Region etwas umzusetzen. Die Idee der Ernährungssouveränität, die Frage: „Wie organisieren wir unsere Lebensmittelversorgung?" hat mich schon sehr lange beschäftigt. Dazu zählen diverse Aspekte der Lebensmittelproduktion, ihrer Verteilung, ihrer Qualität und die Frage nach dem Zugang zu Land usw. Die Art, wie wir unsere Ernährung organisieren, spiegelt enorm viel über unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem wider. Wenn man sich allein den Energieverbrauch des globalen Ernährungssystems anschaut, kann man fast sagen, dass wir heute Erdöl essen. Außerdem sind vierzig bis fünfzig Prozent der heute produzierten Treibhausgase auf die Landwirtschaft und die Ernährung zurückzuführen. Wenn wir bei dem Sektor anfangen, können wir viel bewirken.

Ich sehe in der Landwirtschaft u.a. eine große Chance, der Klimakrise entgegenzuwirken. Durch die Waldrodungen der Vergangenheit und durch die sogenannte „grüne Revolution" der letzten Jahrzehnte wurden enorm viele Treibhausgase von der Biosphäre in die Atmosphäre verfrachtet. Wenn wir es tatsächlich schaffen würden, weltweit eine Landwirtschaft umzusetzen, die als Ziel hat, die Fruchtbarkeit der Böden und die Funktion der Ökosysteme wiederherzustellen und zu erhalten, könnten wir in einigen Jahrzehnten große Mengen an Treibhausgasen einlagern und so dem Klimawandel etwas entgegensetzen.

Ich denke auch, dass wir wegmüssen von einem System, das durch Wettbewerb und Profitmaximierung charakterisiert ist. Die einzige Lösung sehe ich in einem Wandel zu mehr kooperativen und solidarischen Wirtschaftsweisen.

Was begeistert Sie daran?

Hauptsächlich die Vorstellung, dass ich auf eben beschriebene Ziele hinarbeite. Die Tatsache, dass wir etwas Neues, Alternatives aufbauen und versuchen, mit einem Beispiel voranzugehen. Wenn viel mehr Leute ihre Ideen in ähnliche Prozesse einbringen würden,

könnte man eine ganz andere Dynamik entfachen. Ich denke, Menschen sind zu viel mehr fähig, als sie sich in der Regel zutrauen.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Für mich beruht das herrschende Wirtschaftssystem auf Wachstumszwang, verbunden mit Zinswesen, Profitmaximierung, Kapitalanhäufung, Konkurrenz und Expansion. Seit vielen Jahren haben sich immer wieder Menschen zusammengefunden und versucht, dieses System zu überwinden. Jedoch ist die Wachstumslogik tief in uns verinnerlicht.

Zurzeit erreichen wir einen besonderen Moment in der Geschichte, wo sich zwei Sachen zuspitzen:

Auf der einen Seite bedroht der Klimawandel und der Kollaps von Ökosystemen die Existenzgrundlagen unserer Zivilisation und des Lebens auf dieser Erde.

Auf der anderen Seite schwinden die natürlichen Ressourcen, auf deren enormen und billigen Verfügbarkeit das Wachstum der letzten Jahrzehnte beruhte. Allen voran das Erdöl. Diese Situation setzt dem ökonomischen Wachstum eine harte Grenze. Das aktuelle Wirtschaftssystem ist extrem eng an die Zufuhr und die Verfügbarkeit von billigem Erdöl gekoppelt. Die Erdölressourcen werden immer unzugänglicher und damit aufwendiger und teuer abzubauen. Wenn das Erdöl schwindet und die weltweite Förderung nicht mehr gesteigert werden kann, sondern ab jetzt für immer zurückgehen wird, dann gibt es auch kein Wachstum mehr. Gerade erleben wir das Ende des ökonomischen Wachstums. Ich denke, dass die Basis der Wirtschaftskrise, die wir gerade erleben, eine Krise der Ressourcen und der Energie ist.

Eine Energie- und Wachstumswende wird also so oder so kommen. Je früher wir anfangen, etwas zu ändern, desto besser sind wir auf das vorbereitet, was kommt. Wir haben jetzt die Chance, andere Werte und andere Strukturen zu etablieren, die sozial gerechter sind und innerhalb der ökologischen Grenzen dieses Planeten agieren.

Den größten Handlungsbedarf sehe ich in der Umsetzung einer solchen solidarischen Postwachstumsökonomie. Wir sollten anfangen, sofort zu verinnerlichen, dass wir in einer umfassenden Krise stecken und vor einem Paradigmenwechsel stehen. Die Erkenntnis wird nach und nach durchsickern, dass wir die Zeiten der billigen und massiv verfügbaren Energie endgültig verlassen und dass der Bezugsrahmen der Vergangenheit in Zukunft nicht mehr gültig sein wird.

Wir sollten sofort loslegen neue Strukturen zu schaffen, um der postfossilen Zeit besser begegnen zu können. Für die Umsetzung brauchen wir jetzt die entsprechenden Freiräume. Wir brauchen eine neue Kultur, die sich Werte setzt, wie Steigerung der Lebensqualität, intakte Ökosysteme, beste Luftqualität, bessere Bodenfruchtbarkeit, und zwar für alle Menschen. Das wären Ziele, die eine ganz andere Welt schaffen würden.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Ich engagiere mich viel im Bildungsbereich, mache Öffentlichkeitsarbeit, wirke bei Filmen und Radiosendungen mit. Ich bemühe mich um viel Austausch. 2009 habe ich in Freiburg die Gartencoop initiiert. Ich habe diese Idee viele Jahre mit mir herumgetragen und schließlich habe ich, zusammen mit anderen Engagierten, die Kern- und Gründungsgruppe gebildet, um das Projekt ins Leben zu rufen. Ein Teil meiner Tätigkeit besteht also zur Zeit darin, Landwirtschaft neu zu gestalten und landwirtschaftliche Strukturen umzukrempeln.

Wie funktioniert die solidarische Landwirtschaft in der Gartencoop?

Die solidarische Landwirtschaft ist eine kleine kopernikanische Revolution. Es ist nicht mehr der Hof, der sich um die Menschen im anonymen Markt dreht, und seine Produktion danach ausrichtet. In der solidarischen Landwirtschaft drehen wir alles um: Die Menschen drehen sich um den Hof. Eine feste Gruppe an Menschen schließt sich zusammen und übernimmt Verantwortung für die Landwirtschaft. Sie tragen gemeinsam die Kosten der Landwirtschaft und teilen das Risiko, d.h sowohl die gute, als auch die schlechte Ernte.

Mit unserem System garantieren wir das Funktionieren der Landwirtschaft über den Zeitraum von jeweils einem Jahr. Das bedeutet, dass wir gemeinschaftlich die Kosten aufbringen, um Arbeitskräfte, Saatgut, und Wasser zu finanzieren. Zusätzlich haben wir auch noch ein gemeinsames Eigentum über die Produktionsmittel geschaffen: Werkzeuge, Traktoren, Folientunnel oder Bewässerung. Dadurch schaffen wir eine Situation, in der die Gärtner/innen und Landwirte von dem marktwirtschaftlichen Ertragsdruck komplett befreit sind. Sie können sich also auf ökologische und soziale Ziele konzentrieren. So können sie zum Beispiel die Bodenfruchtbarkeit optimieren oder überlegen: Wie begegne ich Schädlingen, wie erleichtere ich mir und Anderen die Arbeit, wie kann ich bedarfsorientierter produzieren. Es geht mehr um Qualität statt Profitmaximierung.

Sie beziehen ja auch die Verbraucher direkt in Ihre Arbeit ein, das finde ich sehr schön.

Ja, es war uns sehr wichtig, die Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten zu verwischen. Diese Trennung ist generell sehr streng in unserer Gesellschaft. Es gibt nur sehr wenige Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, da in den letzten Jahrzehnten viele Konzentrationsprozesse stattgefunden haben. Aktuell hängt die meiste Arbeit von Maschinen und billiger Energie ab. Das wird in Zukunft so nicht mehr möglich sein. Einerseits ist uns der Aspekt der Bildung wichtig, also neue Fähigkeiten zu erlernen und Zusammenhänge zu erkennen.

Andererseits schafft die Gartencoop so einen Berührungspunkt für eine Situation, wie wir sie von Kuba nach der Wende kennen. Dort waren 11 Millionen Menschen von heute auf morgen von der Versorgung mit billigem Erdöl, Kunstdünger, Pestiziden und Maschinen aus der Sowjetunion abgeschnitten. Wenn man sich diese Erfahrung anschaut, sieht man in etwa die Dimension der Herausforderung, die sich uns in einer solchen Krisensituation stellen würde. In Kuba waren ungefähr 15 - 20 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Form in Berührung mit der Produktion von Lebensmitteln. Und das ist eine gewaltige Zahl. In Bezug auf Deutschland wären das bei nur 10 Prozent ungefähr 8 Millionen Landwirte oder Gärtner, die es bis in die postfossile Zeit geben müsste.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Der größte Erfolg ist die Tatsache, dass wir aus einer Idee ein real funktionierendes Projekt gemacht haben. Und, dass es genug Leute gegeben hat, die daran geglaubt haben und die Initiative ergreifen wollten, so dass schließlich die Gartencoop entstand. Außerdem haben wir erfolgreich Land in der Nähe von Freiburg gefunden. Das ganze letzte Jahr war ein Erfolg, wir konnten einen kompletten gärtnerischen Betrieb aufbauen. Zunehmend bekamen wir Unterstützung, der Mitgliederkreis hat sich auf 260 Haushalte beständig erweitern können.

Ich sehe jede Woche, wie unser Gemüse mit Fahrrädern verteilt wird, wie gemeinschaftlich zur Ernte gegangen wird und sich an Diskussionen beteiligt wird. Es melden sich fast täglich Leute bei mir, die Infos über das Projekt haben wollen. Ich sehe solche Projekte als so etwas wie eine Keimzelle. Wir haben das Potential, Andere zu inspirieren. In Deutschland gibt es aktuell 20 Projekte der solidarischen Landwirtschaft und genau so viele neue in der Gründungsphase

Was sind Hürden und Widerstände mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Da gibt es zwei Aspekte. Einmal sind es die herrschenden Strukturen. Und andererseits sind wir es selbst. Wir sind ja einige Wenige, die innerhalb des Systems Realpolitik betreiben müssen, um idealistische Ziele umzusetzen. Da hat man natürlich Probleme mit Rechtsformen und ökonomischen Zwängen. Wir stecken in dem marktwirtschaftlichen System ja drin, können es nicht einfach ausblenden. Wir haben realpolitische Zwänge, mit denen wir umgehen müssen. Mit diesen Hürden muss man umgehen und sich Freiräume erkämpfen. Hier in Freiburg ist es z.B. schwer, Räume zu finden. In der Gartencoop brauchen wir Räume für Verteilpunkte und Mietraum ist hier sehr knapp und teuer.

Zu den internen Hürden: Wir sind in diesem System sozialisiert und müssen komplett umdenken und anders miteinander umgehen in einer Struktur, wie der Gartencoop. Das ist erst mal neu. Wir kommen schnell wieder ins Denken der Trennung zwischen Konsumenten und Produzenten oder setzen uns unter Leistungsdruck. Man kommt eben nicht so schnell aus seiner Rolle heraus. Aber langsam findet schon eine große Änderung statt. Auf dem Weg braucht man viel Feedback und Diskussionen.

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung ihrer Ansätze eine Rolle?

Es ist der besondere Mix von Gärtnern und Gärtnerinnen auf der einen, und engagierten Menschen aus der Stadt auf der anderen Seite. Beide haben verschiedene Hintergründe und Vorstellungen. Im Rahmen der Gartencoop setzen sie sich mit ökologischen und sozialen Themen und auch sozialer Gerechtigkeit auseinander. Diese Mischung war bei unserer Kerngruppe sehr wichtig, da die Gärtner das fundierte Fachwissen und Selbstvertrauen mitbrachten bezüglich der direkten landwirtschaftlichen Umsetzung, die Städter hingegen das Finanzielle oder den Aufbau eines Netzwerkes im Blick hatten. Es ist wichtig, dass ein Raum geschaffen wird, wo Leute sich mit ihren vielfältigen Fähigkeiten einbringen können.

Auch die Mischung zwischen Realpolitik und Utopie ist wichtig. Man braucht sowohl idealistische Menschen mit gewagten Visionen als auch bodenständige Pragmatiker. Dann

wächst man über sich selbst hinaus und schafft plötzlich Sachen, die man sich im Einzeln vorher nie vorgestellt hatte.

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Politisch gesehen, also von der Herrschaftsstruktur her, herrscht eine sehr starke Verdrängung. Diese Verdrängung reicht sogar bis in die alternativen Kreisen. Für mich war die Zeit um den Weltklimagipfel in Kopenhagen sehr entscheidend. Dort hat sich abgezeichnet, dass ein Green New Deal, ein globaler Ökokapitalismus, einen Durchbruch erleben könnte. Das finde ich zwar nicht die richtige Lösung, schließlich hat sich aber noch nicht einmal das durchgesetzt. Grüner Kapitalismus stellt die Wachstumslogik ja gar nicht in Frage. Der Beginn der ökonomischen Krise 2008, die zum Dauerzustand geworden ist, hat die ökonomische und politische Elite sofort wieder in die bekannten Muster zurückversetzt: das ökonomische Wachstum um jeden Preis wieder herzustellen.

Die Abwrackprämie war für mich so ein Zeichen für dieses Festhalten an den alten Glaubenssätzen. Das wäre z.B. eine Chance gewesen, die ganzen staatlichen Interventionen in eine Anpassung der Strukturen an das post-fossile Zeitalter zu kanalisieren. Stattdessen versucht dieses System mit allen Mitteln, das Erdölzeitalter zu verlängern und an den Glaubenssätzen des Wachstums festzuhalten, bis es gegen die Wand fährt. Ich sehe leider noch keine weltweite Massenbewegung, die der ganzen Wachstumsdynamik ein Ende setzen könnte. Dafür bräuchten wir Aufstände, wie zur Zeit in Griechenland, zeitgleich in allen industriellen Zentren der Welt.

Gerade am Peak ist es für die Menschen schwer sich vorzustellen, dass es danach auch wieder runter geht. Menschen haben Jahrzehnte des Wachstums erfahren, dann ist es schwer sich vorzustellen, dass das nur auf Pump ging, durch Zugang zu billigen fossilen Brennstoffen. Uns stehen mehrere Jahre des Schrumpfens bevor mit einem Zusammenbruch an ökonomischer Aktivität. Wir werden nicht mehr einfach aus dieser Depression ökonomisch herauswachsen können, weil die nötige Energiezufuhr fehlen wird. Im Rückblick wird uns klar werden, wie entscheidend diese Verfügbarkeit an fossiler Energie war.

Andererseits hat die Menschheit viel Wissen angehäuft. Menschen sind auch intelligent und lernfähig, sie können einen Ausweg suchen und finden. Wir werden so oder so lernen müssen, in den neuen Rahmenbedingungen zurechtzukommen. Ich habe die Hoffnung, dass wir mit Ansätzen, wie Transition Town oder Gartencoop, lauter Keimzellen pflegen. Das sind Ansätze, die andere Werte vermitteln, wie Kooperation, Vielfalt oder Genügsamkeit. Hier gelten menschliche und ökologische Ziele, nicht ökonomische. Man kann die Entwicklung nicht vorhersagen, aber es wird spannend, was und wie schnell sich etwas verändert.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Überzeugung und Entschlossenheit. Es ist unvorhersagbar, wie solche Veränderungsprozesse aussehen werden. Wie sich Ideen verbreiten, ist auch wichtig. Jetzt gibt es zwanzig solidarische Landwirtschaftsprojekte in Deutschland, wie wird es in zehn Jahren aussehen? Ich denke auf jeden Fall, dass es möglich ist, dass große Bewegungen entstehen. Die Kommunikationsstrukturen sind vorhanden, vor allem durch das Internet. Allerdings wird es

wahrscheinlich so sein, dass die meisten Menschen erst in dem Moment richtig loslegen, wenn sie die Konsequenzen ihres bisherigen Handelns spüren und merken, dass die massive Verfügbarkeit von billiger Energie der Vergangenheit nie wieder zurückkehren wird. Dann dürfen wir aber zugleich nicht ein Feindbild vor Augen geführt bekommen. Sondern jeder sollte selber infrage stellen, wie man selbst in inneren und äußeren Strukturen verhaftet ist.

Ich habe die Hoffnung, dass viele Keimzellen, wie beispielsweise die Gartencoop Freiburg, wertvolle Pools an Erfahrungen, Techniken und Organisationsformen sammeln, die in der postfossilen Zeit um sich greifen und andere inspirieren können. Entscheidend wird auch sein, wieviele Ressourcen wir in Zukunft noch mobilisieren werden können.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Ich denke, man braucht sowohl pragmatische, realpolitisch denkende Leute als auch Visionäre mit utopischen Ideen. Und man braucht auch kleine Erfolgserlebnisse auf dem Weg zum Ziel.

Meine Vision: Im Bereich Landwirtschaft hat man ganz viele Kooperativen, und urbane Landwirtschaft wird ausgebaut. Kleine Städte versorgen sich weitgehend mit dem, was in ihrem unmittelbaren Umfeld produziert wird. Besonders Freiburg ist klimatisch sehr begünstigt und sehr fruchtbar – man ernährt sich in viel größerem Maße aus regionalen Produkten. Es existiert eine Gesellschaft mit kurzen Wegen: Gemeinschaften mit kollektivem Besitz über ihre Passivhäuser, erneuerbare Energieanlagen, Gärtnereien und Transportmittel. Wir verwenden hauptsächlich Ressourcen, die uns regional zur Verfügung stehen. Man setzt mehr auf Recycling, auf Selber machen, solidarische Kooperation, Reparieren und langlebigere Produkte.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

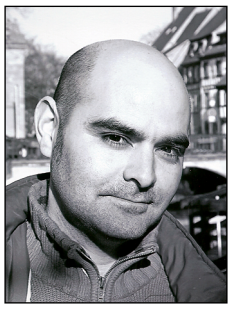
Morgen: aktiv beim Ernten von Gemüse der Gartencoop helfen, das Gemüse in Kisten aufteilen und in Freiburg verteilen. Einfach mitmachen!

Nächster Monat: sich über Zusammenhänge und Sachverhalte informieren. Zum Beispiel über Peak Oil und Bodenfruchtbarkeit. Erlebnisse und Erkenntnisse weitererzählen, Fotos von der Gartencoop Freunden und Bekannten zeigen. Eventuell entstehen neue Projekte, andere werden inspiriert. Che Guevara sagte: „Das Bewusstsein macht uns verantwortlich." Daran glaube ich.

Ein Jahr: sich zusammenschließen. Am meisten kann man gemeinschaftlich bewegen: zusammen Ideen entwickeln und umsetzen. Wir müssen uns auch aktiv entgegenstellen und protestieren gegen Entwicklungen, von denen wir finden, dass sie in die falsche Richtung gehen. Andererseits müssen wir mit guten Beispielen vorangehen und alternative Projekte starten. Gemeinsam können wir mehr bewegen als alleine. Wir müssen uns hohe Ziele stecken und Freude an der Reise ins Ungewisse haben. Auf dem Weg dahin legen wir meistens beachtliche Strecken zurück mit Erfolgen, die wir uns vorher selbst nicht zugetraut hätten.

Interview Marilen Haver | Schriftliche Ergänzungen des Interviewten

Über die Person



Luciano Ibarra, Jahrgang 1972, hat für einige Zeit Agrarwissenschaften in Belgien studiert, bevor er sich u.a. als Filmemacher, Journalist, Referent, Sprachlehrer und Moderator professionalisiert hat. Er hat langjährige Erfahrung im umwelt- und sozialpolitischen Bereich und ist Mitbegründer des Medienkollektivs „cine rebelde“. Nach seiner Tätigkeit bei Radio Dreyeckland, mit einer Radiokampagne für eine klimagerechte Gesellschaft, ist er derzeit freier Mitarbeiter in der Innovation Academy und in der Gartencoop Freiburg tätig. Seine Schwerpunkte liegen in der Auseinandersetzung mit post-fossilistischer Gesellschaft, Peak Oil, Klimawandel, Transition, Energiewende und solidarische Landwirtschaft.

| Weitere Infos: www.gartencoop.org

Nils Aguilar – Globale Transition-Initiativen

Herr Aguilar, Sie beschäftigen sich in ihrem Film „Voices of transition“ mit zivilgesellschaftlichen Initiativen rund um den Globus, die versuchen, mit Konzepten einer sozialökologischen Landwirtschaft unabhängiger bzw. widerstandsfähiger gegen die Risiken und Probleme industrialisierter Landwirtschaftsformen zu werden. Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich hatte von klein auf einen stark emotionalen Bezug zur Landwirtschaft. Wenn man von naturliebenden Eltern in einer kleinen grünen Universitätsstadt inmitten von Weinbergen und Streuobstwiesen aufgezogen wird, dann kommt man nicht umhin, eine gewisse Sensibilität zu entwickeln, die man durchaus auch "romantisch" nennen darf, wenn man in dem Wort das subversive Element nicht übersieht. Wenn man in einem so gesunden sozialen Kontext aufwächst, merkt man eines Tages beim Erleben weniger privilegierter Orte, dass die Art, wie schlecht oder wie gut wir mit unseren Mitmenschen umgehen, eng zusammenhängt mit der Art, wie wir unsere Landschaften pflegen. Stark simplifiziert könnte man sagen, dass die Erosion unserer Kulturen und die Erosion unserer Böden fast immer Hand in Hand gehen. Jemand mit einer gewissen naturverbundenen Sensibilität wird beim Anblick von Monokulturwüsten sich viel eher in seinem ästhetischen Empfinden frustriert fühlen, als jemand, der in einer Großstadt aufgewachsen ist und nie einen emotionalen Bezug zu einer Prärie im Morgentau herstellen konnte oder zum Duft frischer Erde. Ich schicke das deswegen vorweg, weil ich es als Soziologe wichtig finde zu erwähnen, dass Aktivismus im Bereich der Nachhaltigkeit und der Ökologie nie aus dem nichts entsteht, sondern fast immer mit viel intensiver Naturerfahrung in der Kindheit korreliert: Diese müssten wir viel mehr fördern, wenn wir künftig weitere engagierte Generationen haben wollen.

Über Kommilitonen aus dem globalisierungskritischen Milieu, über das Engagement in einer "Food-Coop" und über französische Freunde, die in Südfrankreich eine Permakulturfarm gegründet haben, bekam ich Wind von der Permakultur als einem radikalen Gegenentwurf zum heutigen agrarindustriellen Modell. In der Permakultur geht es darum, menschliche Siedlungen so ökologisch wie möglich zu gestalten, indem man alle Subsysteme des menschlichen Zusammenlebens zusammendenkt und sich dabei vom Funktionieren der natürlichen Ökosysteme inspirieren lässt. Ab dem Zeitpunkt habe ich mich immer mehr in das Thema hineingelesen.

2005 hatte ich auf einer längeren Argentinienreise ein Schlüsselerlebnis. Ich bin mit einer Gruppe von Videoaktivisten in eine Zuckerrohr produzierende Region gereist, wo wir lokale Proteste gegen die Verbrechen großer Agrarkonzerne filmisch festhalten wollten. So kamen wir schließlich auch in Kontakt mit Indigenen, die aus ihren Wäldern vertrieben worden waren. Ihre Dörfer waren mit einer Walze dem Erdboden gleichgemacht worden, ihr Protest von Schlägertrupps mit Keulen zum Verstummen gebracht. Diese Erfahrung hat mich sehr tief getroffen. Für mich war diese Dampfwalze eine Metapher des heutigen ökonomischen Systems, wie es, sinnentleert, die Zerstörung hunderter Existenzen in Kauf nimmt, zugunsten des Profits Einzelner. Das war eine drastische Lektion für mich: Hier geht es um viel mehr als nur um perverse Agrarmethoden, die Umwelt und Klima schädigen, sondern auch um das

systematische Vernichten menschlicher Existenzen. Diese zerstörerische Kraft ist in unserem System angelegt, sie ist dessen Basis und waltet immer dort, wo die "Wachstumszwänge" des „Return-on-investment“ ungezügelt wirken dürfen.

2006 hatte ich, nach der Lektüre eines Buches des genialen französischen Bodenkundlers Claude Bourguignon, die Idee zu einem Dokumentarfilm, der, im Gegensatz zu den vielen anklagenden Filme zum Thema, über das Aufzeigen von positiven Lösungswegen zum Handeln inspirieren sollte. Die Verschriftlichung der Idee und das Suchen erster Finanzierungsquellen habe ich dann parallel zu meinem ohnehin schon sehr arbeitsintensiven Soziologiestudium gestemmt. Da ich im Filmemachen Autodidakt bin und da nur wenige Profis punktuell mitgearbeitet haben, hat es umso länger gedauert, bis das Projekt aus den Kinderschuhen raus war. Jetzt ist der Film so gut wie fertig, und er wird bald in Deutschland einen "Bundesstart" erleben.

Was begeistert Sie an den Transition Towns?

Ausgangspunkt des Films sollte die Erosion unserer Bodenkulturen sein, aber auch unserer Kulturen allgemein. Davon ausgehend wollte ich dann zur Permakultur als einer "permanenten Kultur" sowie zu anderen Lösungen zu mehr Ernährungssicherheit überleiten. Bald habe ich den Fokus dann aber noch einmal weiter gefasst, denn ich wollte zeigen, dass Antworten auf das immer dringendere Problem der Ernährungsunsicherheit nicht nur auf dem Land gesucht werden müssen und in den Agrarinstitutionen und Bauernhöfen. Auch in der Stadt kann man diesbezüglich Verantwortung übernehmen. Wenn Städter Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften bilden, Gemeinschaftsgärten gründen oder sich anderswie auf kreative Art und Weise von ihrem schieren, isolierten Konsumentendasein verabschieden, hat das noch einmal mehr Gewicht, als wenn sie nur "mit dem Einkaufszettel abstimmen" würden.

Als ich im Jahr 2006 mitbekam, dass ein gewisser Rob Hopkins die "Transition Town Totnes" in südenglischen Devon gegründet hat und ich bald darauf ein erstes kleines Interview im Netz fand, wusste ich, dass ich den roten Faden meines Films gefunden hatte. Diese Bewegung geht von der Annahme aus, dass die Abhängigkeiten und Probleme, die sich aus dem Klimawandel und dem Erdöl-Peak als zwei Seiten einer selben Medaille ergeben, nicht ohne eine große kulturelle Transformation lösen lassen können. Mit der Überzeugung, dass eine energiearme Übergangszeit von etwa zwei Dekaden (Transition) aber keinen Rückschritt bedeuten muss, sondern auch ein mehr an Lebensqualität bedeuten kann, erarbeitet man sich kollektiv und mit viel Spaß an der Sache eine Vision einer lebenswerteren und "resilienteren", also wiederstandsfähigeren gemeinsamen Zukunft. Auf diese Vision aufbauend knöpft man sich dann in Arbeitsgruppen alle Subsysteme vor, die sich hier und jetzt radikal verändern müssen, wenn man die formulierten übergeordneten Ziele erreichen will: Energieproduktion, Nahrungsproduktion, Transport, Wohnen, Bildung, Abfallentsorgung, Geldwirtschaft, etc. Dann arbeitet man Schritt für Schritt diesen Zielen zu, im Hier und Jetzt, methodisch, in transparenten, möglichst horizontalen, Synergien fördernden Strukturen, mit Sinn für soziale Realitäten und vor allem ohne abzuwarten, bis sich eines fremden Tages die hohe Politik darum kümmert, da man dann eventuell schon handlungsunfähig geworden ist. Mittlerweile ist eine florierende Bewegung daraus entstanden, die weltweit schon über tausend Initiativen in 35 Ländern vorweisen kann.

Ich fand, dass diese neue Bewegung den meisten anderen Bewegungen etwas voraus hat, und zwar eine sehr intelligente Philosophie des Wandels. Zum einen charakterisiert sie sich über Positivität. Über eine positive Vision kann man sicherlich mehr Menschen erreichen und zum Handeln animieren als über pessimistische Prophezeiungen, die Angst einflößen, lähmen und überhaupt klarem Denken im Weg stehen, oder sogar Zynismus und Nihilismus fördern. Zum anderen ist die Transition-Philosophie von der Suchtpsychologie inspiriert. Wenn man versucht, Alkoholiker zu verstehen, entwickelt man auch ein besseres Verständnis dafür, weshalb es so mühsam ist, vom Wort zur Tat zu schreiten, wenn man sich von komfortablen, durch Erdöl, Ideologie und alte Leitbilder gestützten Handlungsmuster loseisen will. So fällt es uns dann auch leichter, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich gerade befinden, um sie tolerant und mit mehr Einfühlungsvermögen ins Boot zu holen.

Tatsächlich finden sich Menschen aus den verschiedensten Hintergründen, Altersklassen und Kulturen in dieser Bewegung wieder: Man findet dort Studenten, Berufstätige, Rentner, Arbeitslose, Großeltern mit ihren Enkelkindern, alle um denselben Tisch geschart, wobei vermutlich diejenigen etwas überrepräsentiert sind, die mehr Zeit zur Verfügung haben. Gerade dieses sehr inklusive Element ist, glaube ich, in dieser Form einmalig in der Geschichte. Ich finde es umso interessanter und wirkmächtiger, als ich bis dahin viel in Milieus aktiv war, in denen man oft sehr elitär und geradezu autistisch denkt, ohne es sich selbst zuzugestehen, und sich als Avantgarde mit Vorbildfunktion betrachtet, "dem dann der Rest schon folgen wird". Das ist nicht besonders wirkungsvoll. In Transition-Initiativen sieht man sich aber vielmehr als Teil eines großen gesellschaftlichen Körpers, den man nur langsam zum Umdenken bringt und dann zum "Umhandeln". Hier geht es um einen nachhaltig andauernden Wandelprozess, der besser durch den Begriff "Evolution" als durch "Revolution" beschrieben werden kann. Wenn in den französischen sozialrevolutionären Bewegungen Methode und Pragmatismus oft abwesend sind, sind sie in der Transition-Bewegung essenziell, und das ist wohl auch der Grund ihres Erfolgs.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Das so genannte Ressourcenproblem ist mittlerweile in aller Munde. Mittlerweile wird ja nicht nur das Datum des Peak Oils diskutiert – das Maximum der globalen Erdölförderung mit der notwendigen Folge gravierender Preissteigerungen für fast alle Gebrauchsgüter – sondern auch allgemein der uns bevorstehende Peak Energy (Kohle, Gas, Uran...), der Population Peak sowie Peak Phosphor, Peak Food, Peak Water, Peak Edelmetalle...salopp gesagt, der "Peak everything" (Richard Heinberg) steht vor der Tür. Zumindest heute ist eine vom Ressourcenverbrauch "abgekoppelte" Industrie noch ein hehrer Wunschtraum, und so steht Wirtschaftswachstum außer für eine rein rechnerische Vermehrung des volkswirtschaftlichen "Reichtums" und der absoluten Geldmenge vor allem auch für wachsende Müllberge, für Ressourcenverschleiß und für Erhöhung der Umwelt- und Sozialkosten.

Die krisenhafte Verknappung der Ressourcen hat viele Gründe: Ein wichtiger Grund ist, dass wir es (noch) nicht geschafft haben, uns als Teil einer in Kreisläufen funktionierenden Natur zu verstehen und unsere Ökonomie in diese zu integrieren. Während die Stoffströme in der industriellen Zivilisation fast immer linear (von der Fabrik zur Müllkippe) verlaufen, werden

Stoffe in der Natur ohne Verlust wiederverwertet sowie vorhandene Ressourcen extrem effizient genutzt. Die industrielle Revolution und die fortlaufende Globalisierung des Warenverkehrs, die "Verkünstlichung" der Lebensbedingungen und die Monetarisierung von Gütern, Dienstleistungen und Beziehungen haben – in Kombination mit einem dem Privateigentum sehr wohl gesonnenen politischen und rechtlichen Rahmensystem und einer im Amerika der 30er Jahre aufkommenden Konsumideologie – eine galoppierende Verteilungsungerechtigkeit möglich gemacht, die wenigen Eliten verschwenderischen Reichtum bringt. Was allerdings selten zur Sprache gebracht wird und oft mit Moralappellen kaschiert wird, ist, dass der "Wachstumszwang" systeminhärent ist.

Dieses liegt primär daran, dass in unserem kreditbasierten Finanzsystem einer Person nur zinspflichtig Geld geliehen wird: Diese ist dann gezwungen, einen Mehrwert bzw. den so genannten "Return on investment" zu erwirtschaften, um zum einen die Zinsen zahlen zu können als auch um einen Profit zu erzielen. Diese betriebswirtschaftliche Binsenweisheit ist dann auf die Gesamtwirtschaft übertragbar; sie muss wachsen, um in sich kohärent zu bleiben. Da sie das aber mit exponentieller Geschwindigkeit tun muss, wird sie dann plötzlich mit dem Krebsgeschwür vergleichbar, welches in Windeseile die eigene Lebensgrundlage aufbraucht. Es ist dem kapitalistischen System inhärent, dass es Quantität vor Qualität kommen lässt, Tauschwert vor Gebrauchswert, Verwertung von Humankapital vor der persönlichen Entfaltung sowie die Interessen weniger vor den Interessen aller. Letzteres wird dann parteienübergreifend ideologisch gerechtfertigt mit dem (verknappt wiedergegebenen) Argument von Adam Smith, der Reichtum einzelner Weniger würde allen indirekt zugute kommen, oder mit dem sozialdarwinistischen Argument der Neoliberalen, die Gewinner des Systems wären auch die höherwertigeren Menschen.

Moral allein wird diesen systemischen Zwängen, unter denen der Wachstumszwang der prominenteste ist, wohl kaum beikommen, sondern nur eine große kulturelle Transformation, wie sie heute die bereits genannte Transition Bewegung vorwegnimmt und auf die ich hier nicht noch einmal eingehen brauche. Diese Transformation muss aber einhergehen mit der Integration von mehr ökonomischer Realität und mehr ökologischer und sozialökologischer Intelligenz in ein neu zu erfindendes, dezentrales, horizontaleres System, in dem Kollaboration vor Wettbewerb steht und volkswirtschaftlicher Nutzen vor betriebswirtschaftlichen Interessen steht. Mit anderen Worten: Die Ökonomie darf nicht mehr getrennt von der Ökologie existieren. Neue, gesamtgesellschaftliche Ziele und Wohlstandsindizes müssen formuliert werden, in denen Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen höher gewichtet werden als bisher. Lokale Graswurzelbewegungen, NGOs und institutionelle Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sind dabei als Akteure des Wandels von gleich großer Wichtigkeit (wobei die letzteren sich mehr von den ersten beiden inspirieren lassen müssten).

Aus der Forderung nach dem verbesserten, intelligenteren Abbilden der ökonomischen Realität ergeben sich viele andere: Sämtliche von der Industrie und hohen Entscheidungsträgern versteckte Schäden und also Kosten, die für die Natur und für die Gesellschaft entstehen, dürfen nicht mehr "sozialisiert" werden, sondern müssen konsequent von ihrem Urheber getragen werden; umgekehrt könnten mit den ersparten Kosten für die Allgemeinheit soziale und ökologische Dienstleistungen, die sowohl Arbeitsplätze schaffen als auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen und Ökosysteme erhalten und stärken, gebührend entlohnt werden. Allgemein müssen Leistungen in der

Gesellschaft entsprechend ihrem reellen gesamtgesellschaftlichen Effekt entgolten werden, sodass der Banker, der Reichtümer vernichtet und Menschen in die Arbeitslosigkeit schickt, weniger entlohnt werden sollte als derjenige, der sich um das Aufziehen von Kindern kümmert oder der Steuerberater für Reiche, der Ressourcen auf Kosten der Ärmeren einseitig verteilen hilft, weniger als derjenige, der in der Mülltrennung arbeitet.[1]

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

In der Transition Town Bewegung ist der Begriff der "Resilienz" zentral, welcher im Prinzip mit der Wachstumsfrage eng verknüpft ist. Der Begriff "Resilienz" ist der Ökologie entlehnt und meint Widerstandsfähigkeit in der Form von Anpassungs- bzw. Wandlungsfähigkeit bei Eintreten von externen Schocks und Stressfaktoren. Konkret auf unsere Städte angewandt, bedeutet das Ziel der "lokalen Resilienz", den Geburtsfehler des industriellen Systems, nämlich seine zunehmende Zentralisierung von Infrastrukturen und seine Monopolisierung von Macht, entgegenzuwirken, um kleinere, dezentrale, horizontale, autonom funktionierende Einheiten mit geschlossenen Kreisläufen zu fördern sowie das menschliche Zusammenleben und dessen Organisation dahingehend neu zu erfinden. Dazu gehört auch, dass man die Wachstumszwänge auf elegante Art und Weise obsolet werden lässt. Das geht, indem man kollaborativen, tauschenden, leihenden Netzwerken beitritt, Zwischenhändler durch Nahrungsmittel-Kooperativen und Erzeuger-Verbraucher Gemeinschaften umgeht, gärtnert, werkelt, näht, repariert, recycelt und vor allem Probleme mit Kreativität löst anstatt mit *ex-und-hopp* Lösungen aus dem Supermarktregal. Wenn es Spaß macht und man sich dadurch ein solidarisches Beziehungsgeflecht in der Nachbarschaft aufbaut, hat man doppelt und dreifach gewonnen.

Eine Wachstumswende wird wohl erst dann eingeleitet sein, wenn wir wiedererlernt haben, die Natur mehr für uns arbeiten zu lassen: Sie arbeitet gratis und obendrein effizienter; es fällt kein Müll an, und es ist langfristig gesehen von ökonomischer Perspektive nachhaltiger als "künstliche", "input"-intensive Lösungen. Ein eindrückliches Beispiel ist die aus der Not geborene kubanische Agrarwende hin zu einer "postindustriellen" Landwirtschaft: Die aufgrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion eingetretene ökonomische Krise im Jahr 1990 hat aufgrund des akuten Ölmangels und Ersatzteilmangels für Agrarmaschinen landesweit zu einer Zergliederung der riesigen, maschinell betriebenen staatlichen Produktionseinheiten in kleine, wenig mechanisierte, dezentralisierte Einheiten und Kooperativen mit biologischer Düngung und Schädlingsbekämpfung geführt. Dies hat wider Erwarten zu einem Produktivitätszuwachs pro bewirtschafteter Fläche geführt, wobei erwiesen ist, dass der geringere chemische Input durch einen höheren Arbeits-Input mehr als wettgemacht werden konnte. Dass durch den Wegfall der Maschinen aber auch viel Brachland entstanden ist, steht auf einem anderen Blatt und bedeutet vor allen Dingen, dass auch auf Kuba die arbeitsintensive Ackerarbeit nicht die Anerkennung bekommt, die ihr eigentlich zustehen müsste: Auch auf Kuba wollen die Menschen statt auf den Feldern lieber in den Städten wohnen, wo es bessere Bildung, ein besseres Gesundheitssystem und mehr Komfort gibt. Das erinnert uns wiederum daran, dass Wachstum in manchen Bereichen auch sehr erwünscht ist: in sehr armen, strukturschwachen Regionen des Globus sowie in den Bereichen Bildung, Kultur, Biomasse, Infrastruktur...

[1] Diese Beispiele sind von der New Economics Foundation, kurz NEF, entlehnt. Lawlor, Kersley, Steed: A bit rich. Calculating the real value to society of different professions. The New Economics Foundation, 2009.

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Ich freue mich sehr zu sehen, dass mein Dokumentarfilm "Voices of Transition" in den zahlreichen Vorpremieren mit Enthusiasmus aufgenommen worden ist und sich schon jetzt als ein wichtiges Werkzeug zur "Mobilmachung" im Dienste der Transition Bewegung etabliert hat. Ich habe auch schon von mehreren Menschen gehört, dass der Film sie dazu angespornt hat, selber Gemeinschaftsgärten anzulegen! In vielen Städten war die Filmprojektion der Anlass, unmittelbar nach dem Film eine Transition Town Initiative zu gründen. Das gibt mir sehr viel Kraft. Auch zeigt es mir, wie wirkmächtig das Medium Film doch sein kann. Es berührt und inspiriert nachhaltiger als Schriftpublikationen und kann daher auch Menschen besser zum Handeln animieren.

Wenn dann, wie erhofft, anlässlich einer öffentlichen Vorführung an einem Ort viele Menschen zusammenkommen, tun wir alles daran, dass der Film nicht nur passiv absorbiert wird, sondern auch im Anschluss debattiert wird, insbesondere über konkrete Handlungsmöglichkeiten im Hier und Jetzt. Allein schon der Trick, im Kinosaal die Zuschauer vor dem Film zu bitten, mit einem – möglichst unbekannten – Sitznachbarn in Kontakt zu treten und über die Beweggründe ihres Kinobesuchs zu sprechen, ist ein voller Erfolg. Nachdem das Eis erst einmal gebrochen ist, reden sie munter drauflos und tun den ersten Schritt für den Wandel: eben ihren Nachbarn kennenzulernen! Nach dem Film gibt es dann noch einmal zwei Minuten Innenschau und Austausch über das Gesehene und Gehörte. Was hat der Film in mir ausgelöst? Zu was spornt er mich an? Sobald man etwas verbalisiert, bekommt es gleich einen anderen Stellenwert. Danach gibt es keine Ausreden mehr, nicht direkt die Lösungen anzupacken. Meine Hoffnung ist, dass der Film sich auf diese Art über Landesgrenzen hinweg verbreitet und seine Rolle des "Katalysators" weiterer Initiativen übernehmen kann.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

Ich glaube, dass mein Filmprojekt mit vielen Problemen konfrontiert wurde, die sich in unserer Gesellschaft wiederfinden. Mein Film war viel zu lange ein Ein-Mann-Projekt. Ich habe so viel wie zwanzig Personen gearbeitet und hatte zwanzig verschiedene Rollen. So habe ich ironischerweise an eben dieser Resilienz gezehrt, die ich doch so gerne preise! Als Einzelkämpfer habe ich niemals dieselbe Kraft und Dynamik wie jemand, der in einem Team eingebunden ist, das einen stützt. Ursprünglich hatte ich einen Co-Regisseur im Boot, aber der hat das Projekt aufgegeben, weil er nicht wirklich daran geglaubt hat. Ich habe dann lange gedacht, dass ich das Projekt auch als fachfremder Autodidakt problemlos meistern kann. Diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Ab dem Moment bin ich alleine von einer Durststrecke zur nächsten gewankt, musste mir mit viel Schweiß und Tränen immer neue Methoden und Programme selbst aneignen und habe mich bis zur Erschöpfung selbst ausgebeutet.

Eine andere Hürde war und ist die Finanzierung. Ich hätte nie gedacht, dass es so viele Finanzmittel braucht, um einen Dokumentarfilm herzustellen. Da stecken Jahre unentgoltener Arbeit drin! Ich habe aus dem Koffer gelebt sowie mit dem Laptop auf den Knien im eigenen Bett gearbeitet, statt an einem korrekten Arbeitsplatz. So handelt man sich das Problem ein, dass man nicht mehr zwischen der Arbeit und dem Privatleben trennen kann, der Film sich in die Träume einmischt und man so im Schlaf weiterarbeitet...wenn man

überhaupt zum Schlafen kommt. Das fühlt sich genauso übel an wie es sich anhört! Es war daher auch gesundheitlich ein sehr großes Opfer, das ich geleistet habe. Nun soll mir und dem Leser aber die wichtige Lektion daraus ewig erhalten bleiben: Ein Team sich gegenseitig vertrauender Freunde ist die einzige Voraussetzung, um ein geniales, in dieser Gesellschaft aber viel zu oft ignoriertes Wundermittel nutzen zu können: Synergie!

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Mit dem Film wollte ich eine bestimmte Zielgruppe erreichen, die bereits Vorwissen auf der Analyse-Ebene hat, die aber noch nach Verbindungspunkten und Lösungsansätzen sucht, wie sie die Transition-Bewegung bieten kann. Der Film musste also für diejenigen attraktiv sein, die auch tatsächlich zu Protagonisten dieser Bewegung werden können. Tatsächlich sind aus den Reihen der Zuschauer des Films schon einige Gründer neuer Transition-Initiativen geworden, und es hat sich gezeigt, dass diese dann auch die besten, effektivsten Multiplikatoren dieser Ideen sind. Und dadurch, dass es bald den Film in mindestens zwölf verschiedenen Sprachen geben wird, soll gewährleistet werden, dass der Film auch den globalen Süden erreicht. Hoffentlich wird in der Folge das Vorurteil entkräftet werden, demzufolge diese Bewegung nur für bürgerliche, universitäre Kleinstädte geeignet sei.

Ein gutes Gegenbeispiel ist 2011 die Gründung der ersten "Transition Favela" namens "Brasilândia" bei Sao Paulo, Brasilien gewesen. Dank der Starthilfe der wohlhabenden, bürgerlicheren Transition Town "Santa Teresa em Transição" (bei Rio) konnten in Windeseile zahlreiche Gemeinschaftsgärten auf brachliegenden Plätzen gegründet werden sowie eine alternative Medienstation, ein Tauschring, eine Bäckereikooperative, eine Textilreparaturwerkstatt, eine Renaturierungskampagne der zugemüllten Brachen und vieles mehr. Hier sieht man nicht nur, wie wichtig die Transition Konzepte für den Aufbau von Infrastrukturen in bettelarmen Gemeinden sind, sondern auch, dass die oftmals eher bürgerlichen, intellektuellen Akteure des Wandels eine Pionierarbeit leisten, die dann später in weniger privilegierten Orten auf sehr fruchtbaren Boden fallen können!

Ein anderer wichtiger Akteur ist der Produzent selbst. Auch hier sind hartnäckige, unerschrockene Pioniere, die mit gutem Beispiel vorangehen, von größter Wichtigkeit. Im Film wird viel von Agroforstmodellen gesprochen, in denen man über das Einbringen von Bäumen in das Agrarökosystem versucht, die konkurrenzlose Ressourceneffizienz des natürlichen Waldökosystems zu kopieren. Dass Frankreich mittlerweile weltweit in der Forschung zu gemischten Agroforstsystemen vorne liegt, ist z.B. auch einem Landwirten, Claude Jollet, zu verdanken, der sich seit Anfang der 70er Jahre unbeirrbar über Sanktionen hinweggesetzt hat und Walnussbaumreihen in seine Gerstenfelder angepflanzt hat. Heute zeigen Forschungen, dass solche gemischten Systeme mehr als 60% Mehrertrag bringen können und immense ökologische Vorteile bringen.

Oft wird vergessen, dass viel Inspiration aus der Tradition kommt: Die artenreichsten, komplexesten Agroforstsysteme und Waldgärten sind in den Tropenwäldern Amazoniens und Indonesiens erfunden worden, und es gibt sie noch heute! Man müsste den meist unsichtbaren Vertretern traditioneller Kulturen die Sichtbarkeit verschaffen. Die Nutzung geschlossener, lokaler Kreisläufe, Lösungen wie die Terra Preta im Amazonasbecken, solidarische Tauschgemeinschaften, handwerkliche Fertigkeiten usw. war schon seit Jahrtausenden in den präindustriellen Gesellschaften verankert, bevor wir sie jetzt

wiederentdeckt und mit schicken Anglizismen versehen haben. Der Vorteil unserer heutigen Zeit ist: Wir können diese Techniken viel besser als früher kollaborativ verbessern und die vielversprechendsten, optimierten Lösungen über öffentliche Wissensplattformen wie ekopedia.org und wikipedia.org massenhaft verbreiten!

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Es gibt ein psychologisches Modell, das so genannte fünf-Phasen-Modell der Trauerüberwindung nach Kübler-Ross, das uns helfen kann, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich das Individuum in existenziell bedrohlichen Krisenzeiten verhält. Üblicherweise reagieren wir erst einmal auf übermächtige Probleme mit der Verdrängung (1): "Das betrifft mich nicht". Diese Haltung wird von einer zornerfüllten Suche nach Sündenböcken abgelöst (2), worauf nach einer Phase des Haderns mit dem Schicksal (3) die Depression eintritt (4). Erst dann kommt die Phase der Akzeptanz (5), in der erst die Möglichkeit zum konstruktiven Problemlösen gegeben ist. Analog könnte dieses Modell vielleicht auch auf gesellschaftliche Wandelprozesse angewandt werden.

Um bei der Analogie zu bleiben, könnte man sagen, dass die Mitglieder der Transition Bewegung schon zur Mehrzahl aus der Depression herausgetreten sind und sich den Methoden des Wandels zuwenden. Auf die deutsche Gesellschaft übertragen, könnte man schematisiert sagen, dass man nur in manchen wenigen Bereichen bereits aus der Phase der Verdrängung herausgekommen ist, um erste Schritte zu tun, z.B. in der Integration von Wertstoffkreisläufen in unserem Alltag[2] oder im Fördern der Erneuerbaren.

Im Bereich der Landwirtschaft, in dem ich mich relativ gut auskenne, sieht es dagegen schon weniger gut aus. Chemie- und energieintensive „Auslaufmodelle“ werden immer noch den "solaren", biologischen und nahezu kostenlosen Kreislaufmodellen vorgezogen, weil sie dem Wachstumsmodell am ehesten entsprechen. Aus der oberen Politikerriege ist nichts zu erwarten: Die Kanzlerin Merkel, der EU-Energiekommissar Oettinger und die Agrarministerin Aigner halten immer dagegen, wenn eine klare Abkehr von der Förderung einer auf Billigexporte ausgerichteten agrarindustriellen Produktion gefordert wird, die die Weltmarktpreise verzerrt, die agronomischen Realitäten ignoriert und die Torpedierung der Ernährungssicherheit der ärmeren Länder in Kauf nimmt. Im Moment werden in der europäischen Agrarpolitik vor allem der Flächenbesitz und eine möglichst industrielle Produktion durch Prämien honoriert, statt die mit bäuerlicher, ökologischer Wirtschaftsweise verbundenen sozialen und ökologische Dienstleistungen - im Sinne der Gesellschaft und nicht zuletzt der Tier- und Pflanzenwelt. Trotzdem besteht Hoffnung dafür, dass im Jahr 2013 eine Wende eingeläutet wird, da sich sehr viele Verbände zu einem Bündnis zusammengeschlossen haben, um einen politischen Paradigmenwechsel zu erzwingen.

[2] Man denke an den „Gelben Sack“, an die Wertstofftonne und an die Liebe der Deutschen zu Pfandsystemen. Die sehr wichtige Einführung von Kreislauftechnologien wie Trennklos zur Rückführung von Stickstoff und Phosphor in die Landwirtschaft werden aber im Moment leider noch nicht breit genug diskutiert.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Die Art und Weise, wie Kuba ab 1990 – zusätzlich zum bereits existierenden amerikanischen Handelsembargo – mit der Krise eines verfrühten "Peak Oil", bedingt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und der privilegierten Wirtschaftspartnerschaft beider Länder (Öl und Maschinen gegen Zucker), umgegangen ist, zeigt uns, dass es immer eine Alternative gibt, dass es immer Lösungswege gibt, dass sie aber mit mehr oder weniger viel Mühen verbunden sind. In Kuba ist man nur sehr knapp an einer Hungerkatastrophe vorbeigeschlittert. Die Menschen mussten sehr viel improvisieren, sie haben wieder erlernt, mit Ochsengespannen zu arbeiten, im urbanen Raum haben sie in ihren Badewannen Schweine und auf ihren Dächern Kaninchen aufgezogen sowie auf öffentlichen Plätzen Gemüsegärten eingerichtet. Polizei-, Armee-, Schul- und sogar Krankenhausbelegschaften haben begonnen, sich mit den 'Organoponicos', den biologischen Hochbeetensystemen, selbst mit Vitaminen zu versorgen. Trotz aller Stromausfälle, Engpässe und der Armut hat das kubanische Volk es geschafft, durchzukommen. Daraus kann man eine wichtige Botschaft an unsere hochkomplexen und daher umso fragileren Industriegesellschaften formulieren: Es geht gar nicht so sehr um unser nacktes Überleben, sondern darum, rechtzeitig zu handeln, damit die Umstellung nicht allzu schmerzhaft wird. Und wenn alles gut läuft, wird diese Umstellung uns erlauben, glücklicher zusammenzuleben als in der völlig individualisierten Gesellschaft von heute.

Auch fällt mir im Zusammenhang mit der kubanischen Krise eine Analogie ein, die auch eine Antwort auf die gestellte Frage darstellt. Jenseits der Tatsache, dass bei Anfang der Krise noch einige Bauern traditionell landwirtschafteten und etwa mit Ochsen umzugehen wussten, waren der Insel schon vor der großen Ressourcenkrise Ideen der Agrarökologie gleichsam eingeimpft worden. Es gab bereits in den sechziger Jahren Forschungen über biologische Schädlingsbekämpfung ohne chemische Pestizide. Australier waren dort mit der Idee der Permakultur hausieren gegangen. Das waren lauter Samen, die ab Ölkrise 1990 dann spontan gesprossen sind: In einer ersten Phase, als eine Volksbewegung für mehr private Initiative in der Landwirtschaft Forderungen gestellt hat, und später, als diese Ideen von staatlicher Seite aufgegriffen und gefördert worden sind. Nun ist Agrarökologie in aller Munde: Sogar ein nicht studierter Taxi-Fahrer auf Kuba konnte uns eine Definition dieses abstrakten Konzeptes nennen!

Egal wie anekdotisch die neuen Geschichten des Wandels auch scheinen mögen, egal wie klein die Initiativen sind, die heute auf Plattformen wie transitionnetwork.org oder transitionculture.org kolportiert werden: Die meisten von ihnen werden bereits morgen durch weitere Vernetzung wachsen und gedeihen, wenn die Zeit reif ist. Auch hier muss man wieder auf das Prinzip der Transition Philosophie hinweisen: Statt abzuwarten, bis sich in den Politikeretagen etwas regt oder die Experten sich der Probleme annehmen, sollten wir lieber sofort anfangen, vor der eigenen Haustüre zu kehren und eine Wende im kleinen, im lokalen anzuregen.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Eine Million Menschen mit meinem Film zu erreichen und zu inspirieren und 100 000 Gemeinschaftsgärten sowie 10 000 Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften anstiften! Nein, im Ernst, ich bin der Meinung, dass man den ersten kleinen Schritt am meisten valorisieren

muss. Zum Beispiel kann eine erfolgreiche Gartenkooperative schon mit der Petersilie auf dem Fensterbrett beginnen; das zahlenstärkste Massenprojekt mit dem Zusammenschluss zweier Menschen. Es ist wichtig, zu kommunizieren, dass die größten Initiativen ganz klein beginnen, vor der eigenen Haustür, und dass Scheitern dazu gehört und gut ist, weil man aus Fehlern lernt.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Morgen: Der erste Schritt wäre, innezuhalten und einen großen Schritt zu tun, um von den ganzen Zwängen, in die man eingebunden ist, Abstand zu nehmen und aus den eigenen Routinen auszubrechen. Man sollte ein bisschen meditieren und schließlich intensiv über seine großen Lebensziele und Wünsche sinnieren. Wenn man sich dann vorstellt, dass man nur noch einen Tag zu leben hat, wird es spannend! Man wirft einen Blick zurück auf sein Leben und schaut, was man alles erreicht hat und was nicht und ob man so schon zufrieden sterben könnte oder nicht. Anschließend an dieses Gedankenexperiment würde ich empfehlen, eine Art Zielhierarchie zu formulieren und zumindest ein Zehntel dieser Ziele seiner Familie und seinen besten Freunden mitzuteilen.

Nächster Monat: Ich würde raten, zu überlegen, mit welchen Menschen man mittelfristig in Kooperation treten will, um dieses Wachstumswende-Projekt im eigenen Leben zu verankern und diese darauf anzusprechen. Denn alleine kann man keine Wachstumswende durchziehen. In diesem Schritt gilt es auch zu überlegen, auf was man verzichten kann und andererseits auch, was zwar eigentlich unverzichtbar ist, worauf man aber die meiste Zeit verzichten musste. Und dann könnte er oder sie ganz konkret Wochentage einplanen, in denen man sich diesen Sachen widmen wird. Es könnte zum Beispiel sein, dass man seine wertvollsten Geräte, Maschinen, Autos, Rasenmäher oder Nähmaschinen anderen Menschen gegen Gebühr zur Verfügung stellt, zum Beispiel über Plattformen wie frents.com, autonetzer.com oder mitfahrgelegenheit.de. Man könnte auch einen Wochentag der Subsistenz einrichten, an dem man Sachen selbst herstellt, mit dem Nachbarn kocht, werkelt...

Ein Jahr: Es macht Sinn, sich zu überlegen, wie resilient man selbst, seine Freunde, seine Familie und seine Nachbarn heute leben, also kurz vor dem Ende des Erdöl-Zeitalters, im Moment des größten Energieverbrauchs aller Zeiten, und wie man eine knallharte Krisenzeit z.B. einen Systemzusammensturz überleben könnte. Ist im Falle einer extremen Ressourcenverknappung die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser, Nahrung, Energie etc. gewährleistet? Wie organisiert man dann wichtige Bereiche des Zusammenlebens, wie Abwasser- und Abfallentsorgung, Medizin, Transport oder Bildung? Da es aber hier um die Organisation der Gemeinschaft bzw. um Gemeindepolitik geht, müsste man das bereits in der Nachbarschaft im Verbund mit anderen diskutieren. Das wäre dann der Moment, in dem man eine Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft gründet oder eben eine Transition Town ins Leben ruft!

Interview Marilen Haver | Schriftliche Ergänzungen des Interviewten

Über die Person



Nils Aguilar, Jahrgang 1980, ist M.A. Soziologie und politische Philosopie. Er arbeitet als Dokumentarfilmer (milpafilms) in Paris und Berlin. Seine derzeitigen Themenschwerpunkte sind gesellschaftliche Transformationsprozesse, Transition Towns und Agrarökologie.

| Weitere Infos: www.voicesoftransition.org

Sven Giegold – Finanzpolitik und Globalisierungskritik

Herr Giegold, Sie beschäftigen sich u.a. mit Regionalwährung, Finanzmarktregulation,und Sie sind Globalisierungskritiker. Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich komme aus der Umweltbewegung und habe mich in diesem Zusammenhang gefragt, wie die volkswirtschaftlichen Mechanismen funktionieren. Das habe ich daraufhin studiert und kam dann zu dem Ergebnis, dass man ohne eine Internationalisierung des Regulierungsrahmens keine Ordnung im Sinne des Gemeinwohls in die Wirtschaft bekommt.

Was begeistert Sie an diesen Themen und motiviert Sie, jeden Tag daran zu arbeiten?

Ich habe ein sehr tiefes Verhältnis zur Natur als auch zur Frage der Gerechtigkeit. Ich könnte mich in dieser Welt schwer ertragen, wenn ich meine Arbeitskraft nicht darauf verwenden würde, sowohl zum Erhalt des Planeten als auch zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit beizutragen.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Aus meiner Sicht zäumt die Wachstumsfrage das Pferd von hinten auf. Die Frage ist, wie hoch kann der Verbrauch von Natur sein? Diesen Verbrauch muss man durch absolute Grenzen regeln. Davon abgeleitet stellt sich die Frage, wieviel in Geld gemessene Wirtschaftsleistung kann in diesem Rahmen stattfinden. Das hängt von der Technologie ab, die man einsetzt und von der absoluten Menge. Die absolute Menge hängt von der Konsumgröße und der Zahl der Menschen ab. Aus meiner Sicht ist die Fokussierung auf die Frage nach Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eigentlich eine nachgeordnete Frage. Wir müssen die absoluten Grenzen der Nutzung durchsetzen. Und jetzt stellt sich davon abgeleitet die Frage, wieviel BIP-Wachstum ist dann noch möglich? Aus meiner Sicht ergibt sich daraufhin sogar die Notwendigkeit von Schrumpfung. Dabei ist es so, dass man unterscheiden muss, welche Bereiche der Wirtschaft dafür wachsen und welche schrumpfen müssen. Beides wird es geben müssen. Wie groß welche Wachstums- und Schrumpfungsprozesse sein müssen, kann man nicht vorhersagen, weil man technologische Entwicklung bisher noch nie vorhersagen konnte. Alle, die zu dieser Frage eine starke Position vertreten, sowohl diejenigen die sagen, wir brauchen unbedingt viel Wirtschaftswachstum, und es geht alles nur durch Effizienzrevolution als auch diejenigen, die sagen, nein, wir müssen absolute Schrumpfungsprozesse zumindest in den Industrieländern hinnehmen, stellen sich beide im Grunde über dessen, was sie wissen können. Technologische Revolutionen in anderen Bereichen waren sehr erfolgreich. Wenn man z.B. auf die Produktivitätssteigerung des Faktors „Arbeit“ schaut: Seit Beginn der Industrialisierung wurde da eine gigantische Leistung erbracht.
In der Wachstumskritik wird ja auch so argumentiert, dass man schon so lange über Umweltschutz redet, es bisher aber keine absolute Entkopplung gegeben hat. Außerdem werde oft relative Entkopplung genannt, welche jedoch sehr unökonomisch ist, da freien, oft übernutzten Gütern (z.B. das Klima) kein Preis gegeben wurde.

So ähnlich war es im Feudalismus mit Arbeit. Der Faktor Arbeit bekam ja nur so viel, dass die Menschen gerade nicht starben. Wenn wir jedoch ordentliche Preismechanismen und Grenzen einführen, dann wird sich auch technologischer Fortschritt entsprechend einstellen. Allerdings bin ich gegenüber diesem pauschalen Effizienzoptimismus ähnlich skeptisch eingestellt, wie ich mich jetzt hier gegenüber pauschaler Wachstumskritik geäußert habe. Denn keiner weiß, wie sich technologische Effizienz entwickeln wird. Es kann sein, dass diese Prozesse bei weitem nicht ausreichen, um den Schutz des Planeten zu erreichen. Da wir das nicht wissen können, muss der Kampf nicht darum gehen, wie ein schlechter Indikator sich entwickelt, in dem Fall das BIP, sondern um die Durchsetzung von absoluten Nutzungsgrenzen. Also Naturschutzgebiete, absolute Grenzen für CO2-Emissionen, klare Grenzen für die Nutzung von nicht erneuerbaren Ressourcen, nachhaltige Landnutzung, damit der Faktor Boden nicht noch weiter erodiert wird usw. Und dann muss sich die Wirtschaft diesen Nutzungsgrenzen anpassen. Genauso wie sie sich z.B. Menschenrechten anzupassen hat. Wie weit man diese Produktionsfaktoren nutzen kann, stellt ja auch eine absolute Grenze dar.

Jetzt wird ja in der Wachstumskritik die These aufgestellt, dass, wenn es denn nun so ist, dass solche absoluten Nutzungsgrenzen nur erfüllbar sind, wenn auch die in Geld gemessene Menge von Gütern und Dienstleistungen zurückgehen, das System an seine Grenzen stößt und es zu einer nicht verhinderbaren Krise kommt. Dieser These stehe ich persönlich relativ skeptisch gegenüber. Ich bin nicht überzeugt, dass Marktwirtschaft und auch kapitalistische Marktwirtschaft notwendig ein wachsendes BIP voraussetzen. Die entsprechenden Bücher von Binswanger oder auch was zum Teil aus marxistischer Ökonomie kommt, überzeugen mich nicht. Im Detail müsste man jetzt aber die einzelnen Argumentationsmechanismen durchdenken. Grundsätzlich würde ich sagen, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft auch Schrumpfungsprozesse zulässt und eben ein offenes System ist, dass nicht von vornherein eine ganz bestimmte BIP-Größenordnung voraussetzt, wenn man die sich daraus ergebenden Probleme etwa durch vernünftige Besteuerung und vernünftige Geldpolitik regelt. Das Problem, dies durchzusetzen, ist weniger ökonomischer, sondern politischer Natur. Die politischen Maßnahmen im Bereich der Sozial,- Geld- und Steuerpolitik, die notwendig sind, wenn in BIP gemessene kapitalistische Markwirtschaften schrumpfen sollen, führen nämlich immer zu Umverteilungen, die sehr schwer umzusetzen sind.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Ehrlich gesagt wenig. Ich beschäftige mich zurzeit vor allem mit Finanzmarktregulierung. Ich bin weiterhin öffentlich dazu aktiv, z.B. auf verschiedenen Plattformen wie Maxplanet, in entsprechenden Sendungen in den Medien, aber derzeit arbeite ich wenig zu diesem Thema. Wir haben eine Debatte über dieses Thema auch in der „Grünen“ Europafraktion. Ich versuche den Diskurs zu verfolgen, aber meine Hauptverantwortung liegt im Moment ganz klar bei europäischer Makroökonomie und Finanzmarktpolitik.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Aus meiner Sicht haben wir es nicht mit einer Wachstumsproblematik, sondern mit einer Übernutzungsproblematik zu tun. Diese Übernutzungsproblematik bekämpfen wir als Grüne natürlich querschnittartig. Ich will darauf verweisen, dass wir ein ganz klares Klimaschutzziel in der EU vereinbart haben; und zwar von -80% bis 2050. Der wichtigste Prediger der

Wachstumskritik in Deutschland, Nico Paech, behauptet, das sei gar nicht möglich ohne Schrumpfung. Davon bin ich persönlich nicht überzeugt. Das ist eine Behauptung, die er genauso wenig belegen kann, wie die umgekehrte These.

Welche Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze zur Überwindung der Übernutzungsproblematik eine Rolle?

Ich glaube, dass bei Dingen, die tief in die Lebenswirklichkeit von Menschen eingreifen, und darüber reden wir bei einer anderen Weise des Wirtschaftens und Konsumierens, dass Politik nur zusammen mit der Gesellschaft kann. Bei Detailregulierungen kann auch die Politik etwas gegen ihre eigenen BürgerInnen regeln. Vor allem dann, wenn die BürgerInnen das gar nicht mitbekommen. Ob die Politik das sollte, ist eine andere Frage. Aber sie kann es zumindest. Im Bereich des Klimaschutzes oder im Bereich des Schutzes des Planeten geht dies nur, wenn es auch die Unterstützung der BürgerInnen gibt. Das ist auch ein Grund, warum ich gegenüber der Wachstumspredigt eine gewisse Skepsis habe, weil die große Mehrheit der Bevölkerung viel eher zu gewinnen ist für einen grünen Umbau, der praktisch nicht als Verzicht wahrgenommen wird. Die Überzeugung, dass dies gar kein Verzicht, sondern besseres Leben sei, wird offensichtlich von großen Teilen der Bevölkerung nicht geteilt, und schon wenn die entsprechenden Vertreter in die Nachbarschaftskneipe gehen, scheitern sie ganz grundlegend mit den Thesen der Wachstumskritik.

Allerdings haben wir bei den Umbauprozessen, die derzeit laufen, eine doch recht breite Unterstützung. Wir sind da mittlerweile hegemoniefähig, und ich finde es wichtig, dass es gelingt, dort eine Koalition des Wandels zu erreichen. Das heißt, dass die Unternehmen und Arbeitnehmer der Zukunftsbranchen, die derzeitig noch mächtigen Unternehmensverbände auf der einen und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, aufspalten. Dadurch lässt sich nun auch politische Regulierung durchsetzen, die man alleine aus einem Bündnis der Politik, der Umweltbewegung und anderer, aus moralischer Überzeugung Handelnder, nicht schaffen würde. Und das bedeutet, wir müssen diese Zukunftsbranchen organisieren und daraus einen politischen Umbauprozess einleiten, der einerseits in der Gesellschaft die richtigen Veränderungen erreicht und umgekehrt eine Koalition zusammenbringt, die dann mit Mehrheiten zu Regeln führt, die für alle gelten. Weil, es kann ja nicht sein, dass wir der schmutzigen Ökonomie eine grüne Hinzufügen, sondern es geht darum, das gesamte ökonomische System zu ökologisieren. Das wird starke Widerstände hervorrufen, und dafür braucht man Umbaukoalitionen, die groß genug sind. Das kann man meiner Meinung nach mit einem klaren Bündnis mit den Zukunftsbranchen erreichen. Dieses Bündnis wird jedoch politisch gleich wieder gefährdet, wenn man den Partnern aus der Wirtschaft gleich wieder erzählt, dass man auch schrumpfen muss. Diese Schrumpfungsforderungen sind meiner Meinung nach sehr gefährlich und politisch – glaube ich – ein Irrweg.

Sie sprachen gerade von Umbauprozessen: Gibt es davon schon Ansätze, oder wie weit sehen Sie diesen Prozess schon vorangeschritten? In welcher Phase befinden wir uns da?

Ich würde sagen, dass dies ein höchst ambivalenter Prozess ist. Gerade in Deutschland ist es uns ja gelungen, mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz große Fortschritte zu erreichen. Auch global wird auf Deutschland geschaut in einer Intensität, die hier häufig unterschätzt wird.

Das heißt, wir haben dort eine Vorbild- und Vorreiterfunktion. Die Klimagasemissionen nehmen in Deutschland ab. Gleichzeitig muss man allerdings sagen, dass in dem Bereich nicht alles grün ist, was sich grün nennt. Ein Teil der Erneuerbaren-Produktion und der Rohstoffabbauprozesse, die dafür benötigt werden, sind alles andere als grün und menschenrechtlich vertretbar. Da braucht es auch ein konsequentes Nachsteuern! Aber im Bereich der Energieproduktion, und hoffentlich in Zukunft auch im Bereich der Energieeffizienz, sind wir grundsätzlich auf dem richtigen Wege. Dagegen sehe ich andere große Problembereiche, wo wir bisher nicht wirklich weiterkommen. Das ist zum einen die ganze Frage des Umbaus der Agrarproduktion. Dort sind die Widerstände enorm. Es ist auch kulturell absolut trendy, Schweinefleisch durch Geflügel aus der Billig-Mast zu ersetzen. Viele Andere halten es für hip, sich von Fisch zu ernähren, den wir in den Mengen nicht haben. Dort haben wir sehr große Probleme, die notwendigen Grenzen sowohl kulturell als auch politisch durchzusetzen. Da haben wir es mit großen Übernutzungen zu tun. Wir haben ähnliche Probleme im Bereich von Zellulose. Dazu gibt es sehr traurige Analysen, z.B. von der NGO ,,Global-Footprint", die sehr systematisch die verschiedenen Grenzen bestimmt und aufgezeigt hat, wie weit wir bei der Durchsetzung von notwendigen Grenzen sind. Und da sind wir auch in Deutschland im Grunde hauptsächlich im Klimabereich Vorreiter, aber in vielen anderen Bereichen eben nicht. Das muss man leider sagen. Und auch im Klimabereich müssen wir die Geschwindigkeit des Umbaus weiter steigern.

Wie Sie schon ansprachen, sollte beim Klimaschutz auch der Agrarsektor betrachtet werden. Reicht es nun, um positive Effekte auf das Klima haben zu können, von der Politik aus den Impuls zu mehr ökologischer Landwirtschaft zu geben, oder muss jeder einzelne Bürger beim eigenen Konsumverhalten noch kleinskaliger ansetzen?

Ich glaube die Studien z.B. des WWFs, wie man denn die -80% Treibhausgasemissionen erreichen kann, zeigen, dass man es gar nicht schafft, wenn man den ganzen Agrarbereich außen vorlässt. Und da bringt Bio im Vergleich zu Nicht-Bio ein bisschen, aber im Verhältnis wenig. Wir haben auch sicherlich im Bereich der Tierzucht noch Optionen. Zum Beispiel könnte man die Methanemissionen bei den Kühen durch Zucht vielleicht noch reduzieren. Das muss sicher gemacht werden. Gleichzeitig glaube ich doch auch, dass nach all dem, was wir bisher wissen, es so aussieht, dass wir dort auch Veränderungen abseits des technischen Fortschritts brauchen. Deshalb bin ich auch Vegetarier. Aber das wird kulturell sehr viel schwieriger werden als andere Dinge. Ich glaube auch da gilt, dass wir versuchen müssen, die Produktionsweise so zu ändern, dass sich die Änderungen im Lebensstil in Grenzen halten. Denn es genügt in diesen Bereichen nicht, ich sage das einmal ganz zugespitzt, politisch verantwortlich zu handeln und als Bürger, Aktivist oder Wissenschaftler dabei recht zu haben. Vielmehr geht es darum, Recht zu schaffen.

Es ist ganz leicht sich unter Ökologen zu einigen, wir müssen alle Vegetarier werden, wir sollen alle nicht mehr fliegen, wir sollen massiv unser Konsumniveau herunterschrauben und so weiter. Wir werden zwar sicherlich manche Menschen finden, die das toll finden. Aber diese Art von Predigt ist in den letzten 30/40 Jahren in der Umweltbewegung massiv gescheitert. Die Umweltbewegung der 70er/80er Jahre war viel mehr von solchen Thesen geprägt und ist damit kulturell gescheitert. Umgekehrt sind die neuen Bereiche, die praktisch Wachstumsbereiche sind und waren, diejenigen, mit denen wir Alternativen geschaffen haben, wodurch aber kein direkter Komfortverlust für die Menschen eintrat. Dies waren Erfolge! Jetzt gibt es in der Umweltbewegung und in der Wachstumskritik eine ganz starke

Tendenz, vor diesen Problemen ganz einfach die Augen zuzumachen und zu sagen: Wir haben aber recht. Basta! Das ist eine Haltung, die sich daran orientiert, Recht haben zu wollen, aber nicht Recht zu schaffen. Und das finde ich, ehrlich gesagt, nicht sehr verantwortlich. Wenn man all diese Energie, die in Kampagnen zur Wachstumskritik fließt, in Umbaupolitik stecken würde, wären wir vermutlich schon ein Stück weiter.

Ich finde es hoch interessant, dass z.B. aus sozialen Bewegungen Kongresse und Veranstaltungen zum Thema Wachstum proppenvoll sind, die Menschen sind im Bereich der Aktivisten fasziniert von diesem Thema, sobald sie aber in ihre Nachbarschaftskneipe gehen, scheitern sie mit diesem Thema jedoch massiv. Wenn aber große gesetzliche Blockadepositionen aufgebaut werden, wie jetzt gegen die Energieeffizienzrichtlinie, die europaweit 20% Effizienzsteigerung verbindlich machen würde, dann gibt es keinen einzigen Aktivisten, der sich darum schert. Oder dass das Erneuerbaren-Energien-Gesetz blockiert wird, dagegen gibt es bisher nicht auch nur annähernd vergleichbare Aktivitäten. Und da ist ein Ungleichgewicht, das ich politisch sehr fragwürdig finde. Ich habe nichts dagegen, ich finde es auch intellektuell spannend, sich mit dem Wachstumsthema zu beschäftigen, vor allem, weil es natürlich auch sehr grundlegende Fragen aufwirft, die ich als Nachdenkender teile. Aber bei der Verteilung der politischen und intellektuellen Energiekonzentration haben wir im Bereich der Umweltaktivisten eine massive Fehlallokation.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Es geht darum, die Natur zu erhalten und die Art des Zusammenlebens zwischen den Menschen auf mehr Gerechtigkeit zu gründen. Eine absolute visionäre Vorstellung habe ich nicht im Sinne eines Ismus oder im Sinne einer Ideologie, wie alles werden soll. Ich habe eine Grundorientierung und diese versuche ich im Rahmen meiner Chancen und meiner Möglichkeiten zu verfolgen.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Ich würde zunächst einmal sagen, dass man als Einzelner wenig erreichen kann. Meine wichtigste Botschaft wäre, *organisiere Dich in irgendeiner der vielen Initiativen, die auch versuchen, politische Macht zu erreichen*. Macht meine ich nicht parteipolitisch, sondern in Organisationen, die Kraft bündeln. Ich finde gut, was im Internet passiert, rund um „Campact“, aber auch die internationalen Bewegungen. Ich finde sehr gut, was im Bereich der Atomenergie durch „Ausgestrahlt“ passiert und was im Bereich der Agrarwende von den großen Bündnissen erzielt wird. Diese Liste wäre fortzusetzen. Eine ganz wichtige Botschaft ist, dass es nicht ausreicht, sich als Einzelner ethisch zu verhalten und darüber nachzudenken, sondern es geht darum, sich als BürgerIn zu organisieren, um Macht zu entfalten.

Das setzt meiner Meinung nach aber auch immer eine eigene Verhaltensänderung voraus!

Ich finde, dass beide Sachen zusammengehören. Auch für mich persönlich ist es wichtig. Es ist unglaubhaft, solche Politik zu machen, ohne, so gut man eben kann, voranzugehen. Man sollte sich dessen bewusst sein, dass, wenn man allen predigt, sich persönlich verändern zu

müssen, Probleme des Systems nicht gelöst werden. Dafür braucht man letztlich politische Regeln. Außerdem ist es so, dass auch der Einzelne sich in einem System befindet, das auf Raubbau ausgerichtet ist und sich gar nicht so verhalten kann, den Raubbau zu verhindern. Das heißt, es gibt viele Dinge, die kann der Einzelne gar nicht internalisieren, solange es bestimme Angebote gar nicht gibt. Es ist zum Beispiel sehr schwierig, sich als Europaabgeordneter vegan zu ernähren. Ich habe schon immer Schwierigkeiten, denen in Belgien zu erklären, was vegetarisch bedeutet. Deswegen lebe ich auch nicht mehr vegan, weil sich einfach zu viel meiner politischen Energie auf das Essen verlagern würde, und ich glaube, dass es besser ist, wenn ich diese Energie politisch einsetze.

Die Autoren der Artikel unseres Readers haben ja vielleicht eine andere Herangehensweise als sie, und auch in unserer Arbeitshypothese fordern wir eine Wachstumswende, die jedoch durch Wachstumszwänge erschwert wird. Was sagen sie dazu?

Ich kann nur sagen, dass es darum geht, herauszufinden, was stimmt. Wenn man diese Arbeitshypothese voraussetzt, dann muss man die erst einmal gut begründen. In der Arbeitshypothese war ja vom Systemzwang die Rede. Das muss man zunächst genau argumentativ belegen, was ich gar nicht so trivial finde. Worin besteht Zwang in einer kapitalistischen Marktwirtschaft? Dass es eine Wachstumstendenz gibt und auch einen ständigen Druck, da man damit Geld verdienen kann, das finde ich völlig überzeugend. Binswanger kommt ja zu dem Punkt, dass er sagt, man muss immer vorfinanzieren. Das finde ich äußerst unüberzeugend, da ich das nachher ja wieder wegbesteuern kann. Deshalb kann ich mir keine kapitalistische Marktwirtschaft vorstellen, die kein Nettowachstum kennt. Und das muss man erst einmal sauber belegen, weil sonst die ganze Arbeitshypothese auf tönernen Füßen steht.

Interview Josha Lange

Über die Person



Sven Giegold, Jahrgang 1969, hat Wirtschaftswissenschaften, Erwachsenenbildung und Politik in Lüneburg, Bremen und Birmingham studiert und den Master in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung an der University of Birmingham absolviert. Er ist seit 2009 als Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament und finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion Die Grünen/EFA und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfahlen. Er ist unter anderem an der Mitgründung von Attac Deutschland und des Institutes Solidarische Moderne e.V. sowie bei der Mitinitiierung von „finance watch“ beteiligt.

| Weitere Infos: www.sven-giegold.de

Fritz Reheis – Entschleunigung

Herr Reheis, Sie beschäftigen sich u.a. mit dem Thema „Entschleunigung“. Wie sind Sie dazu gekommen?

Biografische Motivation: Leiden eines langsamen Menschen am Tempo, das die Umwelt oft fordert.
Wissenschaftliche Motivation: beeinflusst durch die späte 68er Zeit, die kritische Theorie und die Suche nach theoretischen Ansätzen, die sowohl radikal interdisziplinär sind als auch deskriptiv-analytische und normative Perspektiven aus einem Guss entwickeln können; deshalb Interesse für Ökologie der Zeit seit Anfang der 90er (Projekt an der Evangelischen Akademie Tutzing).

Was begeistert Sie daran?

Die weite Verbreitung des Wunsches nach Entschleunigung und die didaktisch fundamental wichtige, gute Anschlussfähigkeit dieses Wunsches an die Systemzwänge der kapitalistischen Ökonomie (Akkumulationszwang, Wertgesetz).

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Wachstum muss neu definiert werden. Stichworte sind:

- im Bereich des materiellen Wachstums (Güterversorgung): Primat der Grundbedürfnisse (statt Luxusbedürfnisse) und insofern vermehrtes Wachstum in den unterentwickelten Weltregionen
- im Bereich des menschlichen Wachstums (Persönlichkeitsentfaltung, Selbsterweiterung): Orientierung an höheren Bedürfnissen (Schutz/Sicherheit, soziale Anerkennung, Selbstanerkennung, Selbstverwirklichung) und insofern Umorientierung in den hochentwickelten Regionen vom Güter- zum Zeitwohlstand (Zeit für ein selbstbestimmtes Leben, in dem „dumme“ Formen des Lustgewinns schrittweise durch „kluge“ Formen ersetzt werden).

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Als Hochschullehrer und Autor versuche ich diese Einsichten weiterzugeben.

Wo sehen sie Erfolge Ihrer Arbeit?

In der partiellen Resonanz bei meinen Studierenden und Lesern.

Was sind Hürden und Widerstände, mit denen Sie in Ihrer Arbeit konfrontiert werden?

An der Uni, die mit dem Bologna-Prozess verschärft betriebene Umorientierung in Hinblick auf Humankapital-Produktion (Verkürzung, Verschulung, Verflachung, Tauschwertorientierung, etc.).

Welche wesentlichen Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze eine Rolle?

Zivilgesellschaftliche Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Attac etc.)

Die Umsetzung von Ansätzen einer Wachstumswende ist ein Veränderungsprozess. In welcher Phase befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan?

Ziemlich am Anfang, aber mit zunehmender Geschwindigkeit, gefördert durch die offensichtlich immer dramatischere Legitimationskrise der herrschenden Ordnung.

Wovon hängt es ab, wie es in Zukunft weiter geht?

Davon, ob die objektiven Bedrohungen schneller oder langsamer zunehmen als die subjektive individuelle und gesellschaftliche Verarbeitung dieser Bedrohungen, zu der die adäquate Beschreibung, Analyse und die Erkenntnis der Veränderbarkeit der Situation gehören.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Entschleunigung im Sinne des individuellen und gesellschaftlichen Respekts vor Eigenzeiten wäre eine gute Vision.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Gehe von deinen eigenen Bedürfnissen und Wünschen aus, nimm Dich also wirklich ernst (Ingo Schulze), suche Gleichgesinnte; vernetzt euch und streut Sand ins Getriebe!

Interview schriftlich

Über die Person



PD Dr. Fritz Reheis, Jahrgang 1949, hat Sozialkunde, Deutsch, Geschichte, Pädagogik und Philosophie studiert. Er ist promovierter Soziologie, habilitierter Erziehungswissenschaftler und langjähriger Gymnasiallehrer. Neben seiner Tätigkeit als Sachbuchautor arbeitet er derzeit als Privatdozent für Didaktik der Sozialkunde am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Gegenstand seiner jüngsten Bücher ist die Entschleunigung unserer Lebenswelt mit den Schwerpunkten Bildung, Wirtschaft und Rolle des Geldes.

Frank Spilker – Band „Die Sterne“

Herr Spilker, Sie beschäftigen sich mit der Band „die Sterne“ und als Solokünstler musikalisch seit mehr als 20 Jahren sowohl mit intellektueller Gesellschaftskritik und postmodernen Theorien als auch mit linkspolitischen Einstellungen und offener Kapitalismuskritik. Wie sind Sie dazu gekommen bzw. musikalisch gesprochen: Was hat Sie bloß so ruiniert, sich gerade mit diesen Themen auseinanderzusetzen?

Das möchte ich gar nicht auf diese "Ruiniert-Frage" reduzieren, weil das für mich noch eine andere Geschichte ist. Wir haben im Grunde mit unserer ersten Veröffentlichung, also mit der Single "Fickt das System" (1992), angefangen, uns mit zwei Themensträngen zu beschäftigen. Das ist auf der einen Seite die Aneignung von Parolen durch den "Hipster"; denn dadurch, dass man etwas auf T-Shirts druckt, wird es gleichzeitig entwertet. Auf der anderen Seite die Aussage, dass die Parole trotzdem wahr und richtig sein kann. Was dann das Lied sagt und was ich hoffe, dass es sich in der Kunst transportiert, ist, dass man hinsichtlich wirtschaftlicher und ökologischer Probleme bzw. Problemen, welche die Welt überhaupt hat, die Systemfrage stellen muss. Aber nicht in einem Sinn, wie das im Kalten Krieg ein „entweder/oder“ war, sondern dass es einfach möglich sein muss, das System, welches die Probleme produziert, auch zu kritisieren. Ich komme aus der Generation, die in den 80er Jahren mit "Kalter-Kriegs-Demagogie" groß geworden ist, und das war natürlich immer dieses polarisierende „entweder/oder“. Hier haben wir dann in den 90ern als Band angesetzt. Nicht nur, weil diese Auseinandersetzung vorbei ist, sondern auch, weil es grundsätzliche Probleme gibt, die aus dem System heraus kommen, wo der Einzelne mit einer Konsumentscheidung gar nichts machen kann und wo es auch nicht reicht, an den Symptomen herumzukritteln.

Das heißt: zu den Ursachen gehen, aber keine entweder/oder-Entscheidungen?

Es geht um die Überwindung dieser "du bist entweder Kommunist oder Kapitalist"-Logik. Und das ist noch eine verhaltene Äußerung anstatt gleich zu sagen "ich bin Vertreter einer sozialistischen oder kommunistischen Grundideologie“. Zu den Ursachen gehen bedeutet, dass man den Kapitalismus so wie er ist in Frage stellt, egal was dabei herauskommt. Und man muss dies auch tun dürfen. Das ist also zunächst ein aufklärerischer Gedanke.

Sie sind durch die achtziger Jahre geprägt worden. Was begeistert Sie bis heute daran, sich mit diesen Inhalten musikalisch auseinanderzusetzen und nicht über beispielsweise einen wissenschaftlichen Zugang?

Das ist einfach zu mir gekommen. Ich bin vom Typ her jemand, der lieber und besser künstlerisch arbeitet als wissenschaftlich. Und für eine wirklich wissenschaftlich fundierte Arbeit bin ich einfach viel zu schludrig (lacht), das habe ich während des Studiums festgestellt. Die Frage der Themenauswahl hat einerseits damit zu tun, dass sich diese Themen seit 20 Jahren durchziehen und mich persönlich interessieren. Und auf der anderen Seite damit, dass man Feedback bekommt, positives Feedback und Leute das eigene Handeln relevant finden. Dass wir nicht so oberflächlich sind im Umgang mit unseren Themen, unterscheidet uns ja auch von anderen Bands.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem Veränderungen in Form einer Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Sie haben ja in der Einleitung gesagt, dass es so etwas wie einen Zwang zum Wachstum oder Wachstumszwänge gibt. Das ist auch aus meiner nichtwissenschaftlichen Sicht ein offensichtlich systemimmanentes Problem. Es ist teilweise nicht möglich, einzelne wirtschaftende Einheiten, unabhängig von ihrer Größe, innerhalb ihrer kapitalistischen Konkurrenzsituation von ihrem Wachstumsdruck zu befreien. Ich glaube, das spiegelt auch die Schizophrenie unserer Gesellschaft wider. Einerseits werden die Leute unter Druck gesetzt, Gewinne zu machen. Anderseits sollen sie sich gleichzeitig moralisch korrekt verhalten, das heißt beispielsweise: die Umwelt nicht verschmutzen etc. Letztendlich ist dies jedoch unter den vorliegenden Bedingungen des Wirtschaftens nicht möglich. Daher versucht jeder, zu bescheißen, also die Symptome zu vertuschen und trotzdem erfolgreich zu wirtschaften. Im Grunde liegt hier aber der Ansatz, das System zu hinterfragen und der Frage nachzugehen, ob andere Arten des Wirtschaftens möglich bzw. zumindest vorstellbar sind.

Das ist also die Frage, wie der Einzelne innerhalb des Politischen oder des Systematischen funktionieren kann und funktionieren muss. Darauf würde ich gerne an späterer Stelle vertiefend eingehen. Wie sieht das aber jetzt aus, wenn man die Verbindung zu Ihrer musikalischen Tätigkeit herstellt? Wie verorten Sie sich im Kontext der Wachstumsproblematik?

Abgesehen davon, dass ich darüber nachdenke, ist das ganz schön schwer in Worte zu fassen. Ich glaube, dass die Kreativwirtschaft nochmal ein bisschen anders funktioniert, weil sie eben nicht so stark mit Rohstoffen und Rohstoffausbeutung zusammenhängt. Man macht sich Gedanken, was die eigene Produktionen angeht und ob es überhaupt ein Außerhalb der Verhältnisse gibt. Und man kann sich in seiner künstlerischen Arbeit ja immerhin kritisch äußern oder die richtigen Fragen stellen. Das können beispielsweise Fragen zu Problemen, wie der Differenzierung von Geschlechtern und Rassen sein, ergänzt durch die Frage, wie man sich selbst dazu verhält. Was in der Kunst direkt eine Rolle spielt ist, dass es nicht nur darum geht *was* man sagt, sondern auch was man *macht* und wie man in der Öffentlichkeit auftritt. Da komme ich jetzt aber schlecht auf nachhaltiges Wirtschaften, außer bei einem Standpunkt zur CD-Produktion.

Sie haben vorhin gesagt, dass es systemimmanente Probleme in Form von Druck und Konkurrenz gibt. Jetzt sind Sie ja nicht nur als Sänger musikalisch handelnd tätig, sondern auch in der angesprochenen CD-Produktion. Mit Veröffentlichungen auf dem Independentlabel „L’age-d’Or“ und der eigenen Abkehr vom Majorlabel „Materie Records“ (2010) wurde von den „Sternen“ eine Art Regionalisierung der deutschen Musiklandschaft mitgeprägt, die selbstbewusst auf deutsch singt, dass sie „auf deutsche Texte scheißt“. Wurde mit dieser Vorgehensweise Freiraum für weniger Druck und weniger Konkurrenz angestrebt, oder ging es dabei eher um den Umgang mit dem problematischen Feld von „deutschen Texten“?

Ist das ein problematisches Feld? Ich weiß es nicht. Mein Ansatz war früher immer, und ich fühle mich durchaus bestätigt, dass es besser ist, den Texten aufs erste kritische Ohr anzuhören, dass Unsinn, Schwachsinn oder Unwichtigkeiten gesungen werden, als dass man

es nicht merkt, weil man zum Beispiel durch Dauerbeschallung von Phil Collins im Radio auf Durchzug schaltet und gar nicht mehr zuhört. Insofern ist die Deutschsprachigkeit im deutschsprachigen Raum auf jeden Fall erst mal ein Mehr an Zuhören. Es ergibt sich dadurch eine konkretere Informationsebene. Dass dann trotzdem viel von dem, was produziert wird, als nicht gut zu bewerten ist, erfordert eine zweite Rezeptionsleistung, in deren Folge man anfängt, sich darüber Gedanken zu machen. Zur Regionalisierung: Ich kann mir vorstellen, dass einige dieser deutschen Texte, die jetzt geschrieben werden, eher in der Lage wären, auf einem internationalen Markt (den es so nicht gibt, weil deutsche Texte im Ausland nicht verstanden werden) zu bestehen als der Müll, der teilweise auf Englisch getextet wird. Dadurch, dass jetzt überhaupt im deutschsprachigen Raum zugehört wird, ist die Qualität eher gestiegen.

In der Regionalisierungsdebatte gibt es, zugespitzt formuliert, die Problematik zwischen „regionaler Vielfalt“ und „deutschem Obst aus deutschen Landen“.[1] Gibt es dies auch auf musikalischer Ebene?

Das gibt es selbstverständlich auch, die braune Front ist da sehr aktiv. Es gibt beispielsweise die "Blaue Narzisse". Das ist ein rechtes Organ im Internet, welches wirklich versucht, jede kleine deutschsprachige Indie-Veröffentlichung als Erste zu rezensieren. Entsprechende Links tauchen dann auf, wenn man im Internet nach neuen Sachen sucht. Das ist also ganz eindeutig auch ein Versuch, diese Deutschsprachigkeit zu instrumentalisieren. Ich habe gerade erst wieder einen "deutschen" Radiosender von unserer Webseite gelöscht. Die kamen sehr lobend daher und meinten, dass "Universal Tellerwäscher" in ihrem Programm läuft, und im nächsten Satz steht dann "deutsche Musik und deutsche Texte" in einem Sinn, von dem man sich immer sehr abgrenzen muss, auf den man sehr aufpassen muss oder auch schlau genug sein muss, ihn zu erkennen. Das geht schon oft in die Richtung Rassismus und Nationalismus. Wir haben ja deshalb wirklich gleich mit unserer ersten Major-Veröffentlichung „Scheiß auf deutsche Texte“ damit angefangen zu formulieren, dass es nicht darum geht, in welcher Sprache etwas gesagt wird, sondern *was* gesagt wird. Ich finde, deutlicher kann man es eigentlich nicht machen. Trotzdem ist man davor nicht gefeit.

Mit dem, was Ihr sagt und wie Ihr es sagt, feiert Ihr als Band auch Erfolge. Welche sind das, und wie bemessen Sie Erfolg?

Für mich gibt es unterschiedliche Arten. Das Wichtigste, was man darüber sagen kann ist, dass Erfolg eine Art Stolz ist, seine Ziele erreicht zu haben. Die eigenen Ziele können dabei sehr von dem abweichen, was einem als Ziel unterstellt wird. Das stelle ich jedenfalls oft in Interviews fest. Für mich ist es beispielsweise ein großer Erfolg, wenn ich ein sehr abstraktes Stück schreibe und das Gefühl habe, dass das, was ich gerade formuliere, sehr subtil ist, sehr viele Leerstellen hat und eigentlich in drei Minuten nicht zu bewältigen ist. Ich bin also nicht sicher, ob das so funktioniert und merke dann irgendwann im Gespräch mit jemanden, der es gehört hat, dass das ganz hervorragend funktioniert. Das ist für mich ein großer Erfolg, und das sind mit die größten Momente, die fast noch wichtiger sind als die Fragen, wie ein Album insgesamt ankommt, wie die Kritiker reagieren (die ohnehin meist eine träge Masse sind), wie das Auf und Ab der Mode ist und ob man da reinpasst oder nicht. Dadurch steht

[1] www.boell.de/downloads/braune-oekologen.pdf

man da manchmal ein bisschen drüber. Trotzdem würde ich nicht sagen, dass das immer nur eine intrinsische Sache ist. Letztendlich jedoch die Leute bei einem Konzert zusammenzukriegen und in glückliche Gesichter zu schauen, das finde ich das Tolle an unserer Arbeit. Den direkten Kontakt zu haben, ist immer das direkteste Gefühl von Erfolg, das man haben kann.

Geht es Ihnen letztlich in der Musik mehr um die langfristige Inspiration von Menschen durch Verdichtung, Kontinuität sowie Qualität und weniger um quantitative Parameter, also etwa die Single in den TOP10 oder den Erfolg der Goldenen Schallplatte, wie ihn beispielsweise „Element of Crime“ feiern durften?

Ja genau. Die goldene Schallplatte wäre sozusagen auch ein Erfolg, auf den man sehr stolz sein kann und darf, wenn das ohne Kompromisse geschieht. Element of Crime sind ein schönes Beispiel, weil die auch relativ kompromisslos ihren Weg gegangen sind und trotzdem eben durch verschiedene Faktoren irgendwann ihre Goldene Schallplatte erworben haben. Das ist natürlich etwas, was sich jede Band wünscht.

Wenn die Goldene Schallplatte die Bergspitze auf dem musikalischen Weg ist, was sind demgegenüber die Täler, die Hürden und Widerstände, die man durchlebt und mit denen man lernen muss umzugehen?

Eine ganz große Gefahr besteht beispielsweise darin, wenn man das Ziel des "Größer Werdens" und "in die Breite gehen" zu sehr vor Augen hat. Das haben wir als Band auch in den 90er Jahren erlebt, und das ist natürlich das, was Plattenfirmen gerne wollen. Die wollen ja nicht 20 Jahre warten, bis sozusagen ein generationsübergreifendes Werk entstanden ist, jedenfalls wäre das nicht der Klassiker. Das Interesse besteht vielmehr darin, sich innerhalb einer Generation soviel Aufmerksamkeit wie möglich zu besorgen und das Ganze so weit wie möglich in die Breite gehen zu lassen. Gerade für eine Band wie uns besteht eben dabei die Gefahr, dass man dadurch Leute vergrault oder abschreckt. Ganz gutes Beispiel ist hier die Band „Blumfeld“ gewesen, die im leicht zu konsumierenden Radiobereich ihre Fans eher verloren hat, als dass sie neue gewinnen konnte.

„Die Sterne“ hatten ja auch den Erfolg auf Niveau der Goldenen Schallplatte mit Songs, die sehr große Resonanz erzeugt haben, wie beispielsweise "Fickt das System". Darin heißt es: "Nach der Revolution, die totale Freiheit, du kannst ficken wen du willst, was willst du denn? Fickt das System!" Aber um mit Goethe zu sprechen: "Nach Golde drängt, am Golde hängt [am Ende] doch alles. Ach wir Armen!" Wie eng ist das wirtschaftliche Korsett, bzw. wie sehr wird man auch als explizit kapitalismuskritische Band über wirtschaftliche Zwänge selbst "gefickt", und welche Auswege gibt es möglicherweise daraus?

Daraus gibt es nicht wirklich einen Ausweg. Gerade jetzt in wirtschaftlich schlechten Zeiten, die ja für die Musikindustrie immer noch gelten, weil wir keine Autos in China verkaufen (lacht). Man muss dabei unterscheiden zwischen der Musikindustrie, die bemüht ist, Arbeitsplätze in der Musikindustrie zu erhalten und der Kunst an sich, die das eigentlich nicht braucht und in einer Welt, in der es so etwas Tolles wie das Internet gibt, eigentlich nicht auf Tonträger angewiesen ist. Zu dem Problem der Eingebundenheit in das wirtschaftliche Korsett gibt es ein gutes Beispiel von der Band "Die Türen". Dessen Sänger Maurice Summen ist seit einigen Jahren gleichzeitig auch Labelbetreiber, und man hört dem

aktuellen Album diese Zwickmühle auch an. Er ist jemand, der die Zwänge überblickt und weiß, dass man als einzeln handelnde wirtschaftliche Entität da nicht rauskommt und anfängt, aus Wut darüber an den Leuten herumzumeckern, welche die Songs illegal herunterladen. Das ist eine typische Entwicklung, wenn man zu sehr in diesem wirtschaftlichen Tagesgeschehen drinsteckt, weil die Zwänge, gegen die man die ganze Zeit arbeitet, letztlich bei dem, was man macht, so wahnsinnig in den Vordergrund drängen. Das schwierige ist die Position, die man einnimmt. Man sollte immer außerhalb von dem, was man ist, einen Schritt zurücktreten und – egal ob man eine eher akademische oder wirtschaftliche Perspektive einnimmt – in beiden Positionen die jeweils andere Seite nicht vergessen. Das ist sehr wichtig, um ein Gesamtbild zu bekommen und sich nicht zu einseitig zu verlieren.

Wenn man Modelle der Gemeinwohlökonomie betrachtet, wäre dann beispielsweise die genossenschaftliche finanzierte Produktion eines Albums ein Lösungsansatz?

Bei diesen genossenschaftlichen Konzepten gibt es ja das sogenannte "Crowd-Funding". Man kann das also durchaus genossenschaftlich organisieren, wie es beispielsweise die Band "Einstürzende Neubauten" gemacht hat. Das sind alles Ansätze, aber ich bin da jetzt mal kulturpessimistisch: Denn gerade von der Film- und Musikindustrie angeschobene Abkommen, wie beispielsweise ACTA[2], zeigen, wie das Internet auf etwas zusammengestrichen werden soll, was mit den klassischen Begriffen von Eigentum und kapitalistischen Märkten eben doch zu handhaben ist. Wenn man sich die Geschichte ansieht, ist es immer so gewesen, dass alle neuen Medien zunächst etwas Anarchistisches hatten, was sie genau dann verloren, als es wirtschaftlich "ernst" wurde. Das galt fürs Radio oder für die aufkommenden Singlemärkte in Amerika, und das gilt jetzt auch für das Internet. Die Wirklichkeit wird eher so sein, dass es in zehn Jahren keinen freien Austausch mehr gibt, speziell nicht von urheberrechtlich geschützten Werken. Die Freiheit im Internet, so wie wir sie jetzt kennen, wird dann zu Ende sein, und ich fürchte, dass dies eher der Fall sein wird, als dass sich diese genossenschaftlichen Modelle durchsetzen.

Das ist in der Tat sehr kulturpessimistisch. Wie gehen Sie damit um? Ab in die Disco, ab in die Natur, ab in die Flucht, wie der Sänger Peter Licht dies auf seinem Album "Das Ende der Beschwerde" (2011) beschreibt - oder rein in die Konfrontation?

In die Konfrontation. Aber das ist eines der Phänomene, gegen das man sich erst mal nicht alleine stellen kann. Zunächst mal geht es darum, einen politischen Protest zu formulieren, das heißt sich gegen ACTA und Co. zu äußern und gegen diese Tendenzen mit allen Mitteln, die man hat, zu kämpfen. Mein Lieblingsvorschlag ist, einfach mal mit dem Produzieren aufzuhören. Das ist natürlich nicht vorstellbar, aber letztlich ein Hinweis darauf, dass der Erfolg des Mediums Internet eben von den Inhalten abhängig ist. Wenn keine Inhalte mehr produziert werden würden, würden sehr viele, die momentan an der Kreativleistung der Künstler verdienen, ganz schön im Regen stehen. Legale Vermittler und Streaming-Dienste genauso wie kriminelle Dienstleister, die dadurch Milliardäre werden, weil sie einen Weg gefunden haben, den Leuten noch mehr Inhalte "umsonst" zur Verfügung zu stellen. Daran sieht man letztendlich, dass es um die Inhalte geht. Dass die Produzenten der Inhalte quasi

[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Anti-Counterfeiting_Trade_Agreement

aus der Wertschöpfungskette ausgeschlossen werden, indem sie immer mehr "umsonst" zur Verfügung stellen, ist sehr übel. Die Lösung, die sich jetzt in einer Beschränkung oder Beherrschbarkeit des Internets andeutet, ist leider die schlechteste Lösung, aber angesichts der Ereignisse wohl auch die wahrscheinlichste. Es bleiben dennoch andere Möglichkeiten des Handelns. Wir sind als "alte" Band hier in einer speziellen Situation, weil wir uns schon ein Publikum erarbeitet haben, woraus sich diverse Optionen ergeben, bis hin zu dem Standpunkt nur noch live zu spielen. Außerhalb dieser Einnahmequelle könnte man alles "verschenken" oder andere Modelle ausprobieren.

In Verbindung mit diesem technischen Umgang mit den Inhalten gibt es ja auch die Inhalte selbst; Ihr verfolgt mit Eurer Musik auch Ziele. Welche Akteure spielen in der Auseinandersetzung mit diesen Zielen eine Rolle? Die Politik oder das private Individuum, wenn sich dies so trennen lässt?

Da kann es keine wirkliche Grenze geben. Für mich ist ein politisch nicht interessierter Mensch ein allgemein uninteressierter Mensch. Aktivität besteht in unterschiedlichen Formen, in denen man sich austauscht oder Standpunkte in die Welt setzt bzw. verstärkt. Man kann also nicht sagen: "Das eine ist der Privatmann, das andere ist der Politiker." Leute, die mit unseren Standpunkten und Aussagen überhaupt etwas anfangen können, müssen natürlich in gewissem Maße auch dazu bereit sein. Wenn man sich nur berieseln lassen will, sind "Die Sterne" immer schon eine problematische Band gewesen.

Der Veränderungsprozess einer Wachstumswende kann als Phasenmodell dargestellt werden (s. Interview mit Oliver Stengel). Zwischen Marginalität und Hegemonie: Wo befindet sich die Gesellschaft in Deutschland momentan in diesem Veränderungsprozess?

Wenn man das jetzt positiv sieht, sind wir genau an dieser Grenze zwischen Marginalität und politischer Wahrnehmung. Worum es gehen muss ist, dass Themen, die wir haben, überhaupt in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden, ohne dabei belächelt zu werden. Wenn man überlegt, was in letzter Zeit passiert ist, dass beispielsweise durch Bankenkrise etc. auch so jemand wie Frank Schirrmacher (Hrsg. FAZ) über das Ende des Kapitalismus spekuliert[3] (lacht), dann sind das teilweise – auch wenn andere Meinungen vertreten werden – Dinge, für die man vor 20 Jahren – wenn man sie so wie wir angesprochen hat – belächelt worden ist. Und ich würde nicht behaupten, dass "Die Sterne" hier mehr geleistet haben, als die jetzige Gesellschaftskrise an sich (lacht). In anderen Bereichen ist es schon so, dass, indem man wirklich Sachen wiederholt und sie sich auch als richtig herausstellen, diese zumindest nicht mehr belächelt werden. Das ist genau der Moment, an dem man aus diesem marginalisierten Bereich herauskommt.

Wie verhält sich Eure musikalische Auseinandersetzung zu diesem Diskurs, wie er von Frank Schirrmacher in der FAZ geführt wird?

Es gibt da durchaus Unterschiede. Die angesprochene Bankenkrise ist jetzt nicht etwas, das Marx nicht schon beschrieben hätte. Diese "Aufs" und "Abs" sind Teil der Wirtschaftsgeschichte und deswegen als systemimmanent zu sehen. Da gibt es keine

[3] http://www.faz.net/-gqz-6m1ki

Schuldigen oder irgendwelche bösen Akteure, und es ist auch gefährlich, wenn man anfängt, das auf bestimmte Leute zu beziehen. Sonst ist man schnell auch bei einer Naziideologie, die sagt, dass die jüdischen Spekulanten an der West- oder Ostküste schuld sind. In diesem Wirtschaftssystem ist eingeschrieben, dass es diese "Hochs" und "Tiefs" gibt. Wenn man daran etwas ändern möchte, muss man die Systemfrage stellen und nicht an den Symptomen herumkritteln.

Wovon hängt es dann ab, wie es in Zukunft weitergeht?

Da sehe ich einen großen Unterschied zwischen dem, was ich direkt in der Musikwirtschaft erfahre und anderen Branchen oder der Weltwirtschaft. Zunächst zu letzterer: Ich glaube, es gibt durchaus positive Veränderungen, aber natürlich keine grundsätzlichen. Die Art und Weise, wie in Europa über Systemfragen nachgedacht wird, wird weiterhin eine Rolle spielen. Mit der Weltmacht China kommt jedoch noch ein anderes ideologisches Potential hinzu, in dem beispielsweise der Eigentumsbegriff anders ausgelegt wird als im "Westen". Das könnte in der Zukunft nochmals zu großen Unterschieden führen. Wenn man sich im weltwirtschaftlichen Bereich auf die Spielregeln einigt, könnte sich durchaus einiges ändern. Nur möglicherweise nicht dadurch, dass wir in Europa darüber nachdenken, sondern irgendjemand bzw. konkret "jemand" wie China oder Indien eine Deutungshoheit hat. Das ist eine offene und spannende Frage.

Der zukünftige Druck von außen durch China oder Indien ist eine abstrakte Vorstellung. Wie sieht es konkret aus mit Handlungsoptionen des Individuums, bezogen auf Eure musikalische Auseinandersetzung? Kann sich die „Generation Praktikum“, können sich diese "Universal Tellerwäscher" in der Zukunft "befreien" und ihre, wie Sie es in einem anderen Interview gesagt haben[4], durch den Kapitalismus mitverursachte Autoaggression und Depression in etwas Positives wandeln?

Das ist eine sehr individuelle Frage, solange sich die Verhältnisse nicht ändern. Ich arbeite im Moment tatsächlich an dem Thema und überlege, wie unterschiedlich Leute darauf reagieren, und das ist eben sehr individuell. Es gibt Leute, die das aussitzen, Leute, die sich dann letztendlich doch anpassen, also quasi ihre Ideale über Bord schmeißen und noch einen Schritt weiter auf das zugehen, was von ihnen gefordert wird. Leute, die aggressiv oder depressiv werden. Ich glaube, das Problem dieser „Generation Praktikum“ – dieser Leute, die in diesen gehobenen zivilisatorischen Bereichen "Medien und Mode" arbeiten – ist, dass die erst dann versorgt sind, wenn die Wirtschaft auch grundsätzlich gut läuft. Es gibt da ja die Maslow‘sche Bedürfnispyramide[5]; wenn die Leute Geld haben, haben sie auch wieder mehr Geld für Mode und die anderen Dinge an der Spitze dieser Pyramide. Das ist nicht besonders erhellend, das ist leider so. Mit einem größeren finanziellen Reichtum der Gesellschaft insgesamt wird es auch entspannter für die, die sich im Bereich der Kommunikation zu behaupten versuchen.

Auf Ebene des Individuums gibt es demnach vielfältige Optionen hinsichtlich dessen, was getan werden könnte. Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht in diesen

[4] http://tinyurl.com/7rhc8rw
[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Maslowsche_Bed%C3%BCrfnispyramide

Zusammenhang davon, dass Individuen in Veränderungsprozessen keine Konjunktive brauchen, sondern erreichbare Visionen.

Das stimmt.

Welche ist Ihre? Sie schreiben ja gerade an einem Buch mit dem Arbeitstitel "Die Kur".

Ich bin sozusagen versorgt (lacht). Einfach ausgedrückt und ganz konkret für den Musikbereich ist es so, dass die wirtschaftliche Grundlage verschwindet. Es ist eine Frage der Gesellschaft, wie sie mit Kultur umgeht. Im Internet bin ich auf ein Zitat von Carl Friedrich von Weizsäcker gestoßen, in dem er Kulturleistung bzw. kulturelle Ausgaben als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert und die er dann mit dem Straßenbau vergleicht, da auch niemand sagen würde, dass der Straßenbau subventioniert wird. Wenn in einer finanziell reichen Gesellschaft Geld da ist, Substanz da ist, dann ist es auch leichter, sich dafür zu entschließen, dass auch Kultur gebraucht wird und nicht nur Straßen. Dann müssen auch Wege gefunden werden, im Kulturbereich mehr zu finanzieren, und dadurch entstehen in unserem Umfeld konkrete Ziele. Dann ist es möglich, bestimmte Förderungen für das eigene Projekt zu bekommen, damit man weitermachen kann.

Besteht Ihre Vision für Kulturschaffende in einer externen Finanzierung, bei der das Kapitalvolumen erhöht werden muss?

Ja genau. Es ist nicht anders denkbar. Wenn man von genossenschaftlichen Modellen, wie "Crowd-Funding", absieht, ist es meine düstere Vision (lacht), dass durch die Verschärfung des Eigentumsbegriffs und die angedachte Durchsetzung dieser Interessen im Internet zwar mehr Geld erwirtschaftet wird, dies aber nicht genügen wird, um weiter ein reiches Kulturleben zu haben, wie es die Umsätze mit der CD ermöglicht haben. Man wird sich entscheiden müssen: Entweder man verzichtet darauf oder man gibt von außen Geld hinein. Und das wird eine politische Entscheidung sein. Es gibt ganz viele Künstler, die sich auf keinen Fall subventionieren lassen wollen. Beispielsweise gibt es die "Initiative Musik", die wie jedes Projekt zwiespältig ist, weil sie eher dazu gedacht ist, Arbeitsplätze in der Musikindustrie zu erhalten, als Kunst zu fördern. Aber es gibt auf der anderen Seite in Hamburg Projekte wie "Kampnagel" und anderswo die städtische Kulturförderung, Theaterförderung und Kunstförderung, durch die sich Leute auch gerne subventionieren lassen. Der Begriff der Subvention ist auch sehr umstritten. Dass der Staat Geld dazu gibt, will man beispielsweise als Punkband überhaupt nicht.

Noch eine Zukunftsfrage. Im letzten Sterne-Album 24/7 (2010) war das Beschleunigungsparadigma sogenannter moderner Gesellschaften regelrecht Programm. Das kontinuierlich verfügbare Individuum bietet sich dort mit seiner Leistungsbereitschaft in Convenience Shops feil, bis es durch Burnout und Stressdepression regelrecht zwangsentschleunigt wird. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Fritz Reheis plädiert in seinen Büchern für eine "Kreativität der Langsamkeit" und den "Abschied vom Turbokapitalismus" durch Entschleunigung. Entschleunigung als Lösungsansatz, wie stehen Sie dazu?

Dieses Convenience-Shop-Bild ist keine Gegenposition, aber es hat sehr viel damit zu tun, dass wir als Gesellschaft immer noch im Wandel begriffen sind und gleichzeitig schon den

Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft erlebt haben. Im Ruhrgebiet wurde vor 20 Jahren noch Kohle abgebaut und Stahl produziert. Heute gibt es all das nicht mehr und der Dienstleistungssektor wird mit dem Argument "Servicewüste Deutschland" immer weiter aufgebaut. Leute, die öffentliche Gelder, wie etwa Harz IV, beziehen, werden in diese Bereiche hineingeschubst und sollen sich dort etwas suchen, was es gar nicht gibt, wie etwa genügend Nachfrage. Der daraus entstehende Druck ist enorm, und was gefordert wird, ist die 24-Stunden-Verfügbarkeit, quasi die sklavische Unterwerfung in diesem Dienstleistungsbereich. Das Convenience-Shop-Bild ist aber erst einmal eher eine Beschreibung als das Angebot einer Lösung. Auch eine Beschreibung der Politik der letzten fünfzehn Jahre seit Clinton/Blair/Schröder mit der Agenda-2010 und deren Folgen. Ich kann mit solchen Begriffen, wie Entschleunigung und Turbokapitalismus, nicht so viel anfangen. Turbokapitalismus geht etwa immer wieder in die Richtung: "Eigentlich ist es ja richtig, aber man darf nicht übertreiben". Das kann man diskutieren, aber dabei fehlt es mir manchmal an Tiefe. Denn ist es wirklich so, dass übertrieben wird? Oder ist eben dieser Zwang zum Übertreiben da? Oder anders gefragt: Gibt es eine Möglichkeit, nicht zu übertreiben?

Auf der deskriptiven Ebene lässt sich gut darstellen, dass es für das Individuum in der Dienstleistungsgesellschaft oft relativ wenig Freiraum gibt und Begriffe wie Entschleunigung wenig helfen können.

Genau, was soll dieser Begriff denn machen?

Wie sieht aber dann der weitere Weg aus, auch wieder auf die Musik bezogen? Verharrt man im Zustand und kommt über das Beschreiben nicht hinaus?

Nee. Ich würde jetzt an die praktische Situation denken. Wenn man das Ganze zusammen sieht, also nicht nur das, was wir an Theorien und Überlegungen formulieren, sondern was wir machen. Wir können als Band ja auch nicht aus diesem Nachfrageproblem heraus, welches sich aufgrund des Verschwindens der CD ergibt. Wir sind natürlich noch erfolgreich, vielleicht weniger als noch vor 10 Jahren, was auch logisch ist, da Bands selten eine Halbwertszeit von 40 Jahren haben (lacht). Wir sind quasi schon ganz schön alt. Aber das Ganze hätte ein größeres Volumen, wenn es die CD noch gäbe oder die Verhältnisse noch so wären, wie Mitte der 90er Jahre. Dann wären wir noch gut im Geschäft. Jetzt können wir aber auch nicht dagegen anspielen. Es ist ja eine ganze Zeit diskutiert worden, dass man einfach mehr Konzerte gibt. Die Situation ist dann so, dass es ja bei allen gleich ist, also alle mehr Konzerte machen würden und ganz schnell ein Überangebot entsteht, was wieder zu der Angebot/Nachfrage-Problematik führt. Vor fünf Jahren gab es hier einen Höhepunkt, an dem alle Clubs ständig ausgebucht waren. Irgendwann kam es dann zu einer Auflösungswelle. Man entscheidet sich dann persönlich, ob man das überhaupt noch auf sich nimmt oder mit dem Kram aufhört und sich einen "richtigen" Job sucht. Man hat aber nicht die Möglichkeit, die CD wieder einzuführen. Insofern ist man als Einzelner damit überfordert und kann auch als Band nichts daran ändern, dass es den Markt nicht mehr gibt. Und in der Folge beschränkt sich das praktische Handeln auf eine politische Ebene, indem man formuliert und sagt, woran es liegt.

Und damit letztlich eine Rückkopplung erzeugt, die das eigene Handeln wieder ermöglicht?

Ja richtig. Was ich konkret für uns als Band sagen und auch politisch ausdrücken wollte, ist, dass keiner etwas für die Situation kann und es viele Optionen gibt, wie es beispielsweise mit dem Internet weitergeht. Was wir aber erleben, ist ein Verlust an Vielfalt im gesamten Kulturbereich. Es gibt statt sechs großer Plattenfirmen nur noch zwei, es gibt immer weniger Bands, die professionell tätig sein können und unterm Strich immer weniger Musik. Die Frage ist, ob die Gesellschaft das will oder nicht. Dabei geht es nicht um das Individuum oder die Frage, wie die Leute klar kommen, die seit zehn Jahren Musik gemacht haben, sondern will man das, was kann man tun und wie teuer ist das?

Was kann man tun? Wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv etwas tun kann, etwas verändern kann, was würden Sie für diese Zeitskalen antworten?

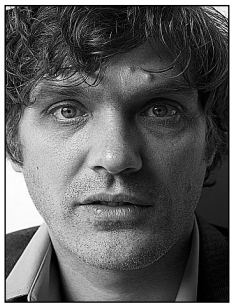
Darauf hinweisen, was passiert. Ich glaube, den meisten Leuten ist das nicht bewusst. Wenn sie vor dem Computer sitzen und eine illegale Austauschplattform nutzen, dann sehen sie erst mal ein mehr an Vielfalt und haben das Gefühl, die ganze Welt stünde ihnen offen. Alles ist umsonst, und man muss es nur runterladen. Dass es aber in Wirklichkeit so ist, dass gleichzeitig immer weniger Musik produziert wird und immer weniger nachkommen kann, ist den Leuten schwer zu vermitteln. Das klar zu machen, muss insofern der erste Schritt sein. Und man muss sich auch klar machen, dass Politiker normalerweise von dieser Materie nichts verstehen. Die Akteure, die im öffentlichen Bereich entscheiden, sind meistens Leute, die in die Konzerthallen oder Philharmonien gehen und behaupten, keine Popmusik zu hören. Und wenn, dann sind es die Rolling Stones. Das ist leider so, das ist meine Erfahrung.

Was ist die langfristige Perspektive, wenn es kurzfristig darum geht, Bewusstsein zu schaffen?

Langfristig sind diese Probleme nur gemeinsam zu lösen. Nicht von Einzelnen und auch nicht von einer einzelnen Branche. Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Interview Boris Woynowski

Über die Person



Frank Spilker, Jahrgang 1966, hat von 1987 - 1988 Pädagogik und Psychologie und von 1989 - 1995 Angewandte Kulturwissenschaften studiert. Er ist Sänger der Band „Die Sterne“, Manager des Musiklabels Materie Records und arbeitet derzeit an seinem Debütroman.

| Weitere Infos: www.diesterne.de

Glossar

Hinweis: Dieses Glossar umfasst nur einen kleinen Ausschnitt an Fachbegriffen, die für das Verständnis einiger Beiträge von großer Bedeutung sind. Die hier geleistete Begriffsbestimmung, soll jedoch nur als ein erster Schritt, zur Klärung und als Aufforderung zur intensiveren Auseinandersetzung mit den jeweiligen Begriffen, verstanden werden.

Akzeleration: Beschleunigung

Axiomatisierung: Unter der Axiomatisierung einer Theorie versteht man ihre Darstellung in der Weise, dass gewisse Sätze dieser Theorie, die Axiome, an den Anfang gestellt werden und weitere Sätze durch logische Deduktion aus ihnen abgeleitete werden.
(Quelle: Carnap, Einführung in die symbolische Logik, 3. Aufl. (1968), S. 172 **)**

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Gibt den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die binnen eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden (Inlands- bzw. Arbeitsortkonzept). Im Unterschied zum Bruttonationaleinkommen (BNE) werden bei der Berechnung des deutschen BIP alle Leistungen von In- und Ausländern erfasst. Entscheidend ist, dass die Leistungen in Deutschland erbracht werden.
(Quellen: http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt und Norbert Reuter)

Bruttonationaleinkommen (BNE): Entsprechend misst das Bruttonationaleinkommen (BNE) den Wert aller irgendwo auf der Welt produzierten Waren und Dienstleistungen, die in einer Periode mithilfe von Produktionsfaktoren hergestellt werden, die sich im Besitz von Personen befinden, die ihren festen Wohnsitz in Deutschland haben (Inländer- bzw. Wohnortkonzept). Bei der Berechnung des BNE wird vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgegangen. Von diesem werden diejenigen Erwerbs- und Vermögenseinkommen abgezogen, die an das Ausland geflossen sind, und diejenigen Einkommen hinzugefügt, die von Inländern aus dem Ausland bezogen worden sind. Das BNE stellt somit eher auf Einkommensgrößen ab und wurde in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ehemals auch als *Bruttosozialprodukt (BSP)* bezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt misst demgegenüber die wirtschaftliche Leistung eines Landes von der Produktionsseite her und wird in der Wirtschaftsstatistik inzwischen bevorzugt verwendet.

Unterschieden wird zwischen nominalem und realem Bruttonationaleinkommen. Beim nominalen BNE sind alle produzierten Güter und Dienstleistungen mit den Preisen des Erstellungsjahres (d. h. zu laufenden Preisen) bewertet. Beim realen BNE liegen dagegen Preise eines bestimmten Basisjahres (d. h. konstante Preise) der Berechnung zugrunde; die Inflationsrate ist herausgerechnet. Die Berechnungsart des realen BNE bewirkt, dass Erhöhungen des Bruttonationaleinkommens, die auf Preissteigerungen zurückgehen, unberücksichtigt bleiben (Preisbereinigung).
(Quellen: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=O2TFCQ und Norbert Reuter)

Compliance: Compliance bzw. Regeltreue (auch Regelkonformität) ist in der betriebswirtschaftlichen Fachsprache der Begriff für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in Unternehmen, aber auch von freiwilligen Kodizes. Die Gesamtheit der

Grundsätze und Maßnahmen eines Unternehmens, zur Einhaltung bestimmter Regeln und damit zur Vermeidung von Regelverstößen in einem Unternehmen wird als Compliance Management System bezeichnet.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Compliance_%28BWL%29)

Deduktion: Die Deduktion bezeichnet das logische Schließen vom Allgemeinen auf das Besondere und ist eine Lehrmethode, bei der von allgemeinen Gesetzen oder Regeln ausgegangen wird, die auf konkrete Fälle angewendet werden (vgl. Grüner, Georg & Kahl, 1982, S. 64). (Quelle: http://lexikon.stangl.eu/208/deduktion/)

Depositen: Sicht- und Termineinlagen, die von Bankkunden (Nichtbanken) bei Geschäftsbanken unterhalten werden. […] Sichteinlagen oder Giroeinlagen sind täglich fällig, Termineinlagen sind entweder Kündigungsgelder oder Festgelder. Erstere nimmt die Bank unter Vereinbarung einer definierten Kündigungsfrist herein, letztere stehen der Bank für eine bestimmte Frist zur Verfügung (Monatsgelder, Zweimonatsgelder usw.).
(Quelle: http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/depositen/depositen.htm)

Diskretionär: dem Ermessen des Partners anheimstellend
(Quelle: http://www.duden.de/rechtschreibung/diskretionaer);

Diskretionär (franz.) dem Gutdünken, namentlich eines Richters, anheimgestellt; daher die diskretionäre Gewalt des Richters, die Befugnis, bei Zwischenfällen die nötigen Anordnungen zu treffen, insbesondere zur Aufrechthaltung der Ordnung und Handhabung der Disziplin sogen. Disziplinarstrafen anzuwenden. Ebenso spricht man auch von der diskretionären Gewalt des Präsidenten einer gesetzgebenden Körperschaft, insofern in gewissen Dingen dem freien Ermessen desselben einiger Spielraum gelassen ist.
(Quelle: http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=104384)

Effektivität und Effizienz: Effektivität bezeichnet das Verhältnis von erreichtem Ziel zu definiertem Ziel (Zielerreichungsgrad). Das Kriterium für das Vorhandensein von Effektivität ist das Ausmaß, in dem beabsichtigte Wirkungen erreicht werden.

Effizienz wird allgemein als das Verhältnis zwischen erreichtem Erfolg und dafür benötigten Mitteleinsatz definiert. Das Ziel ist, mit einem möglichst geringen Aufwand einen gegebenen Ertrag zu erreichen oder mit einem gegebenen Aufwand einen möglichst großen Ertrag zu erreichen.

Effektiv arbeiten bedeutet, so zu arbeiten, dass ein Ergebnis erreicht wird. Effizient arbeiten bedeutet hingegen, ein Ziel oder Ergebnis mit einem möglichst geringen Mitteleinsatz zu erreichen *oder* mit einem bestimmten Mitteleinsatz einen möglichst großen Ertrag zu erreichen (Ökonomisches Prinzip).

Effektivität ist ein Maß für die Zielerreichung (Wirksamkeit, Qualität der Zielerreichung).

Effizienz ist ein Maß für die Wirtschaftlichkeit (Kosten-Nutzen-Relation).

(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Effektivit%C3%A4t)

Emergenz: Emergenz ist die spontane Herausbildung von neuen Eigenschaften oder Strukturen auf der Makroebene eines Systems infolge des Zusammenspiels seiner Elemente.

Dabei lassen sich die emergenten Eigenschaften des Systems nicht – oder jedenfalls nicht offensichtlich – auf Eigenschaften der Elemente zurückführen, die diese isoliert aufweisen. (Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Emergenz)

Entkopplung: Relative Entkopplung bedeutet, mehr mit weniger zu machen: mehr wirtschaftliche Aktivität mit weniger Umweltverbrauch; mehr Güter und Dienstleistungen mit weniger Ressourceneinsatz und weniger Emissionen. Relative Entkopplung heißt, effizienter vorzugehen. Werden aber gleichzeitig immer mehr Waren hergestellt, werden pro Produkteinheit zwar weniger Ressourcen bei der Herstellung verwendet, insgesamt steigt der Ressourcenverbrauch aber dennoch an. Dies ist der Unterschied zu absoluter Entkopplung, bei der der gesamte Materialverbrauch abnimmt.
(Quelle: Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, Oekom Verlag (2011), S. 82 ff.)

Eudaimonie: Eudaimonie, Eudämonie oder Eudaimonia ist ein in der praktischen Philosophie häufig gebrauchter Begriff, der ursprünglich (etwa bei Aristoteles) das Gedeihen oder Gelingen (der Lebensführung) bezeichnet. Mittelbar wird der Begriff mit Glückseligkeit und seelischem Wohlbefinden verbunden.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Eudaimonie)

Eurostat: Das Statistische Amt der Europäischen Union, kurz EuroStat oder ESTAT, ist die Verwaltungseinheit der Europäischen Union (EU) zur Erstellung amtlicher europäischer Statistiken und hat ihren Sitz in Luxemburg. Sie hat den Rang einer Generaldirektion der Europäischen Kommission und ist dem Kommissar für Wirtschaft und Währung zugeordnet.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Eurostat)

Externalisierung: Das Abwälzen von Kosten, Lasten oder Aufwendungen auf andere Personen, Regionen oder Kostenträger (z.B. Ableitung von Abwässern in Flüsse, die dann auf Kosten der Gemeinschaft gereinigt werden müssen). Ggt.: Internalisierung.
(Quelle:http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=X34F9K)

Formeller Sektor: Als formeller Sektor wird der Teil einer Volkswirtschaft bezeichnet, der im Gegensatz zur informellen Wirtschaft durch formalisierte Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist, also statistisch und steuermäßig erfasst wird und in den Geldkreislauf eingebunden ist.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Formeller_Sektor&oldid=42854874)

Fraktionales Reservesystem: Prozess der Geldschöpfung […] Da das neu geschaffene Geld den Kreditinstituten wieder als Basis für weitere Geldschöpfung dienen kann, gibt es theoretisch keine obere Grenze für die Menge des von den Kreditinstituten geschaffenen Geldes. Um diese Geldschöpfung in Grenzen zu halten, gibt es neben Bilanzvorschriften für die Kreditinstitute (keine Überschuldung, minimale Eigenkapitaldeckung der Bank) je nach Land die Verpflichtung, bei der Zentralbank eine Mindestreserve an Zentralbankguthaben zu halten, die einen bestimmten Prozentsatz der bei ihnen liegenden Sichtguthaben ihrer Kunden ausmacht, das „fraktionale Reservesystem“.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Geld)

Geldschöpfung: Geldschöpfung ist die Vermehrung der Geldmenge.

Die Geldschöpfung geschieht hauptsächlich über die Kreditgewährung durch Geschäfts- und Zentralbanken (aktive Geldschöpfung). Daneben können auch Nichtbanken (Unternehmen, private Haushalte, öffentliche Hand) Geld schaffen, indem sie Einlagen bei der Bank, die

nicht zur Geldmenge gezählt werden, in solche Einlagen umwandeln, die zur Geldmenge zählen (aus Sicht der Geschäftsbanken: passive Geldschöpfung). Je nach Geldmengendefinition fällt darunter auch das von der Zentralbank geschaffene Geld. Unabhängig davon nimmt aber die Zentralbank auf den Prozess der aktiven Geldschöpfung durch ihre Geldpolitik Einfluss.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Geldsch%C3%B6pfung)

Gross Domestic Product (*GDP*): Der Begriff Gross Domestic Product (kurz *GDP*) bezeichnet das amerikanische Bruttoinlandsprodukt, das Pendant zu unserem BIP.
(Quelle: http://www.boerse-express.com/wiki/Gross_Domestic_Product)

Informeller Sektor: Als informeller Sektor wird jener Teil einer Volkswirtschaft bezeichnet, dessen wirtschaftliche Tätigkeiten nicht in der offiziellen Statistik erfasst sind. In industrialisierten Ländern wird von Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit gesprochen. In Entwicklungsländern gehören die Herstellung und der Verkauf von Produkten auf lokalen Märkten und einfache Dienstleistungen dazu. Durch den informellen Sektor erhöht sich das BIP eines Landes nicht bzw. nur indirekt, da sich durch die Wertschöpfung in diesem Bereich auch Umsatzsteigerungen im formellen Sektor ergeben können.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Informeller_Sektor)

Konsumption: Verbrauch an Wirtschaftsgütern, die der Bedürfnisbefriedigung dienen
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Konsumtion)

Leverage: Kann ein Anleger Fremdkapital zu geringeren Zinsen oder günstigeren Konditionen aufnehmen als er mit einem Investment an Rendite erzielt, so kann er dadurch die Rendite seines Eigenkapitals erhöhen. Der Anleger kann mehr Geld investieren und so einen höheren Gewinn erzielen. Diese Hebelwirkung nennt man englisch Leverage-Effekt (lever=Hebel). Hat ein Investor z.B. 100.000 Euro und kann eine Marktrendite von 8 Prozent erzielen, so entsteht ein Leverage-Effekt, wenn er zusätzlich 50.000 Euro Fremdkapital zu 6 Prozent (3.000 Euro Zinsen) bekommen kann. Die Differenz aus Zinsaufwand und zusätzlicher Rendite (8 Prozent auf 50.000 Euro) 4.000 Euro ergibt den Leverageeffekt in Höhe von 1.000 Euro oder 10 Prozent auf sein eingesetztes Kapital.
(Quelle: www.boersenlexikon.faz.net/leveragf.htm)

Liquidität: Fähigkeit und Bereitschaft eines Unternehmens, jederzeit seine bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Höhe nach und fristgerecht erfüllen zu können. Die notwendigen Mittel (*liquide Mittel*, *flüssige Mittel*), um die Verbindlichkeiten jederzeit begleichen zu können, sind die Kassenbestände und Guthaben auf den Girokonten (Sichtguthaben).

Um die Liquidität eines Unternehmens differenziert beurteilen zu können, werden entsprechende Kennzahlen *(Liquiditätsgrade)* herangezogen; man unterscheidet: 1) *Liquidität 1. Grades*, bei der die liquiden Mittel ins Verhältnis zum kurzfristigen Fremdkapital (kurzfristige Verbindlichkeiten) gesetzt werden. 2) Die *Liquidität 2. Grades* ist das Verhältnis aus der Summe von liquiden und kurzfristigen Forderungen zum kurzfristigen Fremdkapital; dieses Verhältnis sollte immer über 100 % liegen. 3) Bei der *Liquidität 3. Grades* wird das gesamte Umlaufvermögen zum kurzfristigen Fremdkapital in Bezug gesetzt; eine wenig praxisgerechte Kennzahl.
(Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=BTLM6P)

Mindestreserve: Jedes Kreditinstitut ist verpflichtet, einen bestimmten Teil seiner kurz- und mittelfristigen Einlagen (Giro-, Termin- und Spareinlagen) nicht wieder auszuleihen, sondern als unverzinsliches Guthaben bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu unterhalten. Ursprünglich dient diese Mindestreserve allein der Sicherheit des Kunden und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Die EZB kann die Höhe der Mindestreserven (den Prozentsatz) innerhalb bestimmter Grenzen verändern. Damit sind die Mindestreserven ein Mittel der Kreditpolitik. Durch eine Erhöhung der Mindestreservesätze werden z.B. die für die Kreditvergabe verfügbaren Mittel der Banken knapper.
(Quelle: http://boersenlexikon.faz.net/mindestr.htm)

Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltige Entwicklung bezeichnet eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltige_Entwicklung)

Nash-Gleichgewicht: Das Nash-Gleichgewicht, teils auch (wie im Englischen) Nash-Equilibrium genannt, ist ein zentraler Begriff der mathematischen Spieltheorie. Es beschreibt in nicht-kooperativen Spielen eine Kombination von Strategien, eine für jeden Spieler, von der ausgehend kein einzelner Spieler für sich einen Vorteil erzielen kann, indem er einseitig von seiner Strategie abweicht. In einem Nash-Gleichgewicht bereut daher kein Spieler seine Strategiewahl. Die Strategien der Spieler sind wechselseitig beste Antworten. Es ist ein grundlegendes Lösungskonzept der Spieltheorie. Definition und Existenzbeweis des Nash-Gleichgewichts gehen auf die 1950 veröffentlichte Dissertation des Mathematikers John Forbes Nash Jr. Zurück.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Nash-Gleichgewicht)

Negentropie: Negentropie ist die Kurzbezeichnung für negative Entropie, ist also genau das Gegenteil von Entropie und ein Spezialfall der Syntropie. Allgemein ist die Negentropie definiert als Entropie mit einem negativen Vorzeichen. Sie kann interpretiert werden als ein Maß für die Abweichung einer Zufallsvariable von der Gleichverteilung. Da die Entropie einer gleichverteilten Zufallsfolge maximal ist, folgt, dass die Negentropie dieser Folge minimal wird. In der informationstheoretischen Interpretation der Entropie ist damit die Negentropie groß, wenn in einer Zeichenfolge viel Information steckt, und klein in einer zufälligen Zeichenfolge.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Negentropie)

Notenbank: Eine Zentralbank (auch Notenbank, Zentralnotenbank oder zentrale Notenbank) ist eine für die Geld- und Währungspolitik eines Währungsraums oder Staates zuständige Institution. In vielen Staaten wurden die Zentralbanken auf das Hauptziel festgelegt, die Preisniveau- und Geldwertstabilität zu wahren. Eine Zentralbank hält die Währungsreserve eines Währungsraumes, refinanziert Geschäftsbanken und den Staat. Zentralbanken emittieren Banknoten und bringen diese in Umlauf. Zur Erfüllung ihrer Ziele und Aufgaben steht der Notenbank eine Reihe von Instrumentarien (i.W.: Steuerung der Zinshöhe und der Geldmengen) zur Verfügung, die die verschiedenen Zentralbanken (siehe auch: Liste der Zentralbanken) in unterschiedlichen Intensitäten einsetzen. Der Abhängigkeitsgrad der Notenbanken von anderen staatlichen Institutionen richtet sich nach den wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen des jeweiligen Landes. Da es nationale und supranationale Währungsräume gibt, sind Zentralbanken entsprechend auf nationaler

Ebene (Federal Reserve System, Schweizerische Nationalbank, Bank of England, etc.) und supranational (z. B. Europäische Zentralbank) vorzufinden.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Notenbank)

OECD: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (englisch Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD; französisch Organisation de coopération et de développement économiques, OCDE) ist eine Internationale Organisation mit 34 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten OECD-Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Sitz der Organisation ist Paris in Frankreich.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/OECD)

Ordoliberalismus: Der Ordoliberalismus ist ein Konzept für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, in der ein durch den Staat geschaffener Ordnungsrahmen den ökonomischen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger auf dem Markt gewährleisten soll. Das Konzept des Ordoliberalismus wurde im Wesentlichen von der Freiburger Schule der Nationalökonomie mit Walter Eucken, Franz Böhm, Leonhard Miksch und Hans Großmann-Doerth entwickelt. Erste Ansätze finden sich in dem 1937 herausgebrachten Heft Ordnung der Wirtschaft. Der Ausdruck Ordoliberalismus wurde 1950 von Hero Moeller in Anlehnung an die Zeitschrift ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft geprägt. Die Bezeichnung geht auf den Ordo-Gedanken der Scholastik zurück.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ordoliberalismus#cite_note-0)

Peak Oil (Globales Ölfördermaximum): Ist die maximale Förderrate der weltweiten Erdölproduktion. Dabei wird der Zeitpunkt bezeichnet, zu dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist. Die Förderrate ist abhängig von der Menge an Energie, die in die Förderung gesteckt wird. Diese Energiemenge ist über die letzten Jahrzehnte ständig gestiegen. Die Berücksichtigung der eingesetzten Energie für die Förderung führt zu einer erheblichen Vordatierung des Zeitpunktes für das globale Ölfördermaximum.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Globales_%C3%96lf%C3%B6rdermaximum)

Peak Everything: Ist die Erweiterung von Peak Oil auf alle Ressourcen, die verbraucht werden. Es soll verdeutlicht werden, dass nicht nur ein bestimmter Rohstoff übernutzt wird.

Rationalitätenfalle: Das Eigeninteresse eines einzelnen Marktteilnehmers bewirkt entgegengesetzte Effekte, sobald alle sich so verhalten.
(Quelle:http://www.durch-lernen-zum-erfolg.de/Wirtschaftslexikon/Rationalitaetenfalle.htm)

Realzins: Zinsertrag, der sich unter Berücksichtigung der eingetretenen Inflations- oder Deflationsrate ergibt. Zu seiner Ermittlung muss man einerseits das investierte Kapital mit dem Nominalzins auf- und andererseits mit der Inflationsrate abzinsen.

Beispiel: Nominalzins = 9%, Inflationsrate = 5,8%

(1 + 9 : 100) : (1 + 5,8 : 100) = 1,03025

Der Realzins beträgt im Beispiel also 3,025%, das heißt, 1000 Euro sind nach einem Jahr real, also nach Berücksichtigung der Inflationsrate, 1030,25 Euro wert.

(Quelle: http://boersenlexikon.faz.net/realzins.htm)

Rebound-Effekte: Der Rebound-Effekt besagt, dass Einsparungen, die z.B. durch effizientere Technologien entstehen, durch vermehrte Nutzung und Konsum stets überkompensiert werden. So ist durch effizientere Ressourcennutzung bisher noch selten eine Umweltentlastung entstanden. Vielmehr wurden durch die effektivere Nutzung Produkte und Serviceleistungen erst zu günstigen Preisen möglich, was die Konsumspirale weiter beschleunigt hat. Jede neue Technik hat also letztlich nicht weniger, sondern mehr Ressourcen in noch kürzerer Zeit umgesetzt und eine Überkompensation des Einspareffektes bewirkt. (Quelle: http://www.umweltdatenbank.de/lexikon/rebound_effekt.htm)

Regulationstheorie: Die Regulationstheorie stellt eine modernisierte Weiterentwicklung kritischer politiökonomischer Theoriebildung dar. Sie entstand in den 1970er Jahren in Frankreich und erfuhr seither bedeutende Weiterentwicklungen. Bedeutende Vertreter sind Michel Aglietta und Robert Boyer. In der Regulationstheorie wird versucht, die jeweils historisch-geographischen spezifischen Funktionsweisen des Kapitalismus zu untersuchen. Akkumulation und Regulation stellen das zentrale Begriffsduo dieses theoretischen Zungangs dar.

Die Regulationstheorie untersucht, wie kapitalistische Entwicklung trotz ihrer Widersprüchlichkeit stabilisiert werden kann. Die Regulation von Entwicklung ist ein komplexer Prozess. Im Kapitalismus können soziale Beziehungen auf einer sozialen Eigenlogik aufbauen, warenförmig in Form von Kaufen und Verkaufen oder staatsförmig in Form von Bürgerrechten und –pflichten organisiert sein. Die Waren- und die Staatsform üben ständig Druck auf nicht- und vor-kapitalistische soziale Institutionen und Organisationen aus. Familiäre und dörfliche Strukturen lösen sich auf. Die Schwierigkeit, dauerhaft alternative soziale Netzwerke aufzubauen, zeigt die Mächtigkeit von Waren- und Staatsform. So sind die alternativen Lebens- und Wohnformen, die die 68er Bewegung propagierte mittlerweile zum Großteil wieder aufgegeben worden. Zum Modell der bürgerlichen Kleinfamilie ist kein alternatives Gegenmodell in Sicht, genau so wenig wie die Großfamilie ihrer Zersplitterung viel entgegensetzen kann. Das Lohnverhältnis, Wettbewerb, Geld und Natur gelten als grundlegende strukturelle Formen.
(Quelle: http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-2034.html)

Rentabilität: Das meist auf der Basis von Werten aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, Bilanz, Kosten- und Leistungsrechnung ermittelte, in Prozent ausgedrückte Verhältnis einer Erfolgsgröße und einer als sinnvoll erachteten Bezugsgröße. Bei der Kapitalrentabilität oder dem Return on Investment, Abkürzung ROI, wird die Erfolgsgröße (z. B. Gewinn im Sinne des ausgewiesenen Jahresüberschusses vor Steuern oder des Betriebsergebnisses) auf den eingesetzten Produktionsfaktor Kapital bezogen; je höher das Verhältnis ist, desto besser ist die Kapitalrentabilität und damit die Verzinsung.

Bei der Eigenkapitalrentabilität wird der aus Eigentümer- oder Anlegersicht wichtige Quotient aus Gewinn und Eigenkapital betrachtet. Zur Beurteilung des gesamten Unternehmens eignet sich die Gesamtkapitalrentabilität als Verhältnis des Jahresüberschusses vor Steuern zuzüglich der Fremdkapitalzinsen zum gesamten Kapital. Während die Gesamtkapitalrentabilität angibt, wie viel Gewinne und Zinsen für das im Durchschnitt während einer Periode eingesetzte Kapital erwirtschaftet wurden, verdeutlicht die Umsatzrentabilität, wie viel Prozent der Umsatzerlöse dem Unternehmen als

Betriebsgewinn verbleiben. Ein Unternehmen arbeitet rentabel, wenn die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität z. B. über dem Marktzins für langfristig angelegte Gelder liegt. Eine weitere Kennzahl für die Rentabilität ist der Cashflow.
(Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=EL31CX)

Resilienz: Resilienz (von lateinisch *resilire* = „zurückspringen, abprallen“, deutsch etwa *Widerstandsfähigkeit*) beschreibt die Toleranz eines Systems gegenüber Störungen.

Systeme müssen von innen oder außen kommende Störungen ihres Zustandes ausgleichen oder unter Aufrechterhaltung ihrer Systemintegrität ertragen. Im ersten Fall (Resilienz im engeren Sinn) muss also der ungestörte Ausgangszustand einen Attraktor der Dynamik darstellen, wogegen im zweiten Fall die Menge der tolerablen Systemzustände unter der Störungswirkung unveränderlich sein muss. Ein anschauliches Beispiel für Resilienz im engeren Sinn ist die Fähigkeit von Stehaufmännchen, sich aus jeder beliebigen Lage wieder aufzurichten. Schematisch kann man sich diese Art von Resilienz auch als Teilmenge des Zustandsraumes vorstellen, innerhalb dessen ein System nach einer Störung immer wieder zum „Grundzustand“ zurückkehrt. Ein eng verwandter Begriff ist Selbstregulation.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Resilienz)

Seigniorage: Als Seigniorage […] wird der von der Notenbank erzielte Gewinn bezeichnet, der durch die Emission von Zentralbankgeld entsteht, die Privathaushalte halten. […] (Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Seigniorage); In der Geldtheorie gebräuchlicher Begriff, der sich auf die mit dem allg. Preisniveau deflationierten Einnahmen des Staates aus sämtlichen Arten der Basisgeldemission (Münzen, Noten, Einlagen von Geschäftsbanken und privaten Nichtbanken bei der Zentralbank) bezieht. Es lassen sich drei Arten unterscheiden:

1. Monetärer Seignorage: Hierunter versteht man den realen Zuwachs des Nominalbestandes an Zentralbankgeld.
2. Opportunitätskosten-Seignorage: In dieser Betrachtungsweise kommt zum Tragen, dass die Geldschöpfung alternativ über eine Kreditaufnahme am Geld- oder Kapitalmarkt hätte realisiert werden können. Dies würde periodische Zinszahlungen des Staatssektors an den privaten Sektor nach sich ziehen. Die real eingesparten Zinsen repräsentieren dementsprechend den Opportunitätskosten-Seignorage.
3. Fiskalischer Seignorage: Bei diesem Konzept wird der Zeitpunkt des realen Mittelzuflusses an den Staatshaushalt betrachtet. Typischerweise liegt dieser Zeitpunkt bei der Ausschüttung des Zentralbankgewinns an den Staatshaushalt.

(Quelle: http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/seignorage.html)

Sozialkapital: Der Begriff des Sozialkapitals genießt in den Sozialwissenschaften seit den 1990er-Jahren eine hohe Popularität. Dabei gilt es akteur- und systemorientierte Begriffsvarianten zu unterscheiden. Akteurorientiert ist z.B. die Definition von Pierre Bourdieu (1983), wonach Sozialkapital eine individuelle Ressource ist, die aus den sozialen Beziehungen zu anderen Individuen abgeleitet wird. Zahlreiche Studien dokumentieren inzwischen, dass es sich bei dieser Ressource in der Tat um eine wichtige Quelle des sozialen Status und des subjektiven Wohlbefindens handelt. So ist die Verfügbarkeit von Sozialkapital insbesondere bei der Stellensuche, aber auch bei gesundheitlichen Problemen vorteilhaft. Systemorientierte Definitionen begreifen Sozialkapital hingegen als Summe von Faktoren, die das Zusammenleben und damit die gesellschaftliche Entwicklung fördern.

Obwohl der Ursprung dieses Verständnisses umstritten ist und inzwischen eine kaum mehr überblickbare Menge von Definitionsvarianten existiert, gilt Robert Putnam (1993) nach wie vor als Pionier der systemorientierten Sozialkapital-Forschung. So wird in der Forschung in Anlehnung an Putnam das Sozialkapital von sozialen Entitäten anhand von strukturellen (soziale Netzwerke, z.B. Vereine) und kulturellen Faktoren (Normen, z.B. generalisiertes Vertrauen) bestimmt. Da zahlreiche Studien belegen, dass sich die Verfügbarkeit von Sozialkapital in höheren Wachstumsraten und damit tendenziell positiv für die Mitglieder des Sozialsystems auswirkt, sehen Entwicklungsorganisationen und die Weltbank im Besonderen in der Verbesserung des Sozialkapitals eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie. Da Sozialkapital kein öffentliches Gut im engeren Sinne ist, gilt es dabei jedoch - ähnlich wie im Falle der sozialen Netzwerke - die Kehrseite der Medaille (z.B. Exklusionsphänomene, Diskriminierung) nicht aus den Augen zu verlieren (vgl. Portes und Landolt 1996).
(Quelle: Wörterbuch der Sozialpolitik; http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=610)

Subsistenz: Die Subsistenz (spätlat. *subsistentia* „Bestand haben“) – eigentlich: Selbständigkeit, Durch-sich – bezeichnet ein philosophisches Konzept, bei dem sich das Bestehende aus sich selbst erhält. Subsistenz wird ebenfalls für selbst erhaltenden Lebensunterhalt (Subsistenzwirtschaft) verwendet.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Subsistenz)

Subsistenzwirtschaft: Subsistenzwirtschaft oder auch Bedarfswirtschaft ist eine Form der Wirtschaft, in der für den eigenen Bedarf produziert wird (Selbstversorgung).
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Subsistenzwirtschaft)

Suffizienz: Suffizienz (von lat. *sufficere* – ausreichen) steht in der Ökologie für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch. In der praktischen Nachhaltigkeitsdiskussion wird Suffizienz komplementär zu Ökoeffizienz und Konsistenz gesehen. Es wird im Sinne der Frage nach dem rechten Maß sowohl auf Selbstbegrenzung, Konsumverzicht oder sogar Askese, aber auch Entschleunigung und dem Abwerfen von Ballast gebraucht.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Suffizienz_%28%C3%96kologie%29)

Tobin-Steuer: Unter diesem Namen wird eine Umsatzsteuer von ein bis fünf Promille auf grenzüberschreitende Geldgeschäfte diskutiert. Sie würde spekulative Kapitalflüsse stark reduzieren und könnte nach Ansicht ihrer Befürworter zu einer wichtigen Einnahmequelle für die globale Armutsbekämpfung werden. Bei einem Steuersatz von 0,1% und einem bereits eingerechneten Rückgang der Umsätze auf den Devisenmärkten um 50% kämen jährlich Einnahmen von 250 Milliarden Dollar zustande. Zur Bekämpfung der schlimmsten Armut und der gravierendsten Umweltschäden wären laut UNO jährlich 225 Milliarden Dollar nötig.
(Quelle: http://www.umweltdatenbank.de/lexikon/tobin_steuer.htm)

Transition Town: Im Rahmen der Transition-Town-Bewegung (etwa „Stadt im Wandel“) gestalten seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt den geplanten Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins und Studenten des Kinsale Further Education College in Irland. Ausgehend von der Beobachtung,

dass die nationale und internationale Politik nicht entsprechend auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen Ölfördermaximums (Peak Oil) reagiert und daher die Kommunen von sich aus mit ersten vorbereitenden Maßnahmen auf eine Zukunft knapper werdender Roh- und Treibstoffe reagieren müssen, initiieren Transition Towns Gemeinschaftsprojekte. Hierzu gehören u. a. Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern sowie zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Gestaltungsprinzipien der Permakultur, die es insbesondere landwirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Systemen ermöglichen sollen, ähnlich effizient und resilient zu funktionieren wie natürliche Ökosysteme.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Transition_Towns)

Vulnerabilität: Vulnerabilität meint nicht nur Mangel und ungedeckte Bedürfnisse, sondern einen gesellschaftlichen Zustand, der durch Anfälligkeit, Unsicherheit und Schutzlosigkeit geprägt ist. Verwundbare Menschen und Bevölkerungsgruppen sind Schocks und Stressfaktoren ausgesetzt und haben Schwierigkeiten, diese zu bewältigen. Diese Schwierigkeiten resultieren nicht nur aus Mangel an materiellen Ressourcen, sondern weil den Betroffenen die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme an Wohlstand und Glück verwehrt wird, weil ihnen Unterstützung vorenthalten wird oder weil sie nicht ausreichend in soziale Netzwerke eingebunden sind. Vulnerabilität besitzt folglich nicht nur eine ökonomische bzw. materielle Dimension (Armut), sondern auch eine politische und soziale.
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Vulnerabilit%C3%A4t)

Zentralbank: Im allgemeinen Bezeichnung für eine Notenbank wie z.B. die Bundesbank. Die Hauptverwaltungen der Bundesbank in den einzelnen Bundesländern heißen Landeszentralbanken. Unter Zentralbanken versteht man aber auch Zentralkassen der Kreditgenossenschaften und die Girozentralen der Sparkassen.
(Quelle: http://boersenlexikon.faz.net/zentralb.htm)

Zins: Der Preis für die zeitlich befristete (selten unbefristete) Überlassung eines Vermögensgegenstands (Kapital). Der Zins stellt insoweit die Entlohnung des Produktionsfaktors Kapital dar (Kapitalzins). Der Begriff Zins wird meist auf die am häufigsten vorkommende Bedeutung als Preis für die Inanspruchnahme einer bestimmten Geldsumme (Geldkapital) in Form eines Kredits oder Darlehens beschränkt (Geldzins, Kreditzins, Darlehenszins). Als Zins wird oft sowohl der Zinssatz als Prozentsatz der geliehenen Geldsumme pro Zeiteinheit (auf ein Jahr berechneter Jahreszins) bezeichnet als auch der Zinsbetrag in Geldeinheiten. Aus der Sicht des Gläubigers bzw. Kreditgebers sind dies der Zinsertrag (Zinseinnahmen, Zinseinkünfte), aus der Sicht des Schuldners bzw. Kreditnehmers die Zinskosten (Zinsausgaben, Zinsaufwand). Die Zinsen werden nach der Zinsformel berechnet.
(Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=WE54ZE)

Zinseszins: Zinsen, die der Sparer nicht von seinem Sparkonto abhebt, werden zum Anfangskapital hinzugerechnet (kapitalisiert). So wird der Zins als Kapitalzuwachs verzinst.
(Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=QWPO9X)

Über das Buch

In diesem Buch wird die These begründet und vertreten, dass – angesichts ökologischer, sozialer und ökonomischer Krisen – weiteres wirtschaftliches Wachstum weder eine zukunftsfähige Option, noch eine anstrebenswerte Entwicklungsrichtung darstellt. Zur langfristigen Sicherung von Wohlstand und Lebensqualität, erscheint vielmehr eine (Wachstums-)Wende notwendig, weg von der Fokussierung auf eine kontinuierliche Steigerung des Wirtschaftswachstums und hin zu sozial wie ökologisch tragfähigen Wirtschaftsweisen und Lebensstilen.

Von ausgewählten AutorInnen werden dazu, auf theoretischer Ebene – speziell in den Bereichen Geld, Zins, Arbeit und Psychologie – die Ursachen und Zwänge des Wachstumsparadigmas dargelegt. Neben dieser ausführlichen Problembeschreibung, kommen in den gleichen Bereichen auch AutorInnen zu Wort, welche an theoretisch fundierten wie praktisch anwendbaren Alternativen und Visionen einer Wachstumswende arbeiten. Um aufzuzeigen, dass diese Ansätze bereits vielfach erfolgreich umgesetzt werden, wurden zusätzlich mit etlichen wichtigen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Grasswurzel-Initiativen vertiefende Interviews geführt.

Ziel dieses Buches ist es, die Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften jenseits von Wachstumsorientierung aufzuzeigen und interessierten Menschen einen Einstieg zu bieten, um sich weiter zu informieren, bestehende Denk- wie Handlungsstrukturen kritisch zu hinterfragen und unterstützende Motivation für die eigene Tätigkeit zu finden. Weiterhin soll deutlich werden, dass die notwendigen Veränderungen einer Wachstumswende eine gesamtgesellschaftliche Dimension haben und folglich auch eine gemeinsame Aufgabe sind, die Kooperationen über Fachgrenzen hinweg erfordern und sich nicht auf die Ökonomie allein beschränken lassen.

Herausgeber und Entstehungshintergrund

Dieses Buch war ursprünglich als einfacher Reader zur Einführung in die Debatte um Wirtschaftswachstum konzipiert und wurde von Studierenden der Umwelt- und Naturwissenschaften in der Lehrveranstaltung „Wirtschaft ohne Wachstum?!“ an der Universität Freiburg entwickelt. Im Verlauf der Projektarbeit wurde die Komplexität des Themas deutlich und eine Anpassung des Publikationskonzeptes notwendig, um sowohl die Notwendigkeit einer Wachstumswende fundiert zu begründen, als auch deren verschiedene Ansätze auf theoretischer und praktischer Ebene ausführlich aufzuzeigen sowie kritisch zu diskutieren.

ISSN 1431-8261